

Verwaltungsbericht der
Stadt Tübingen 1991 - 1998

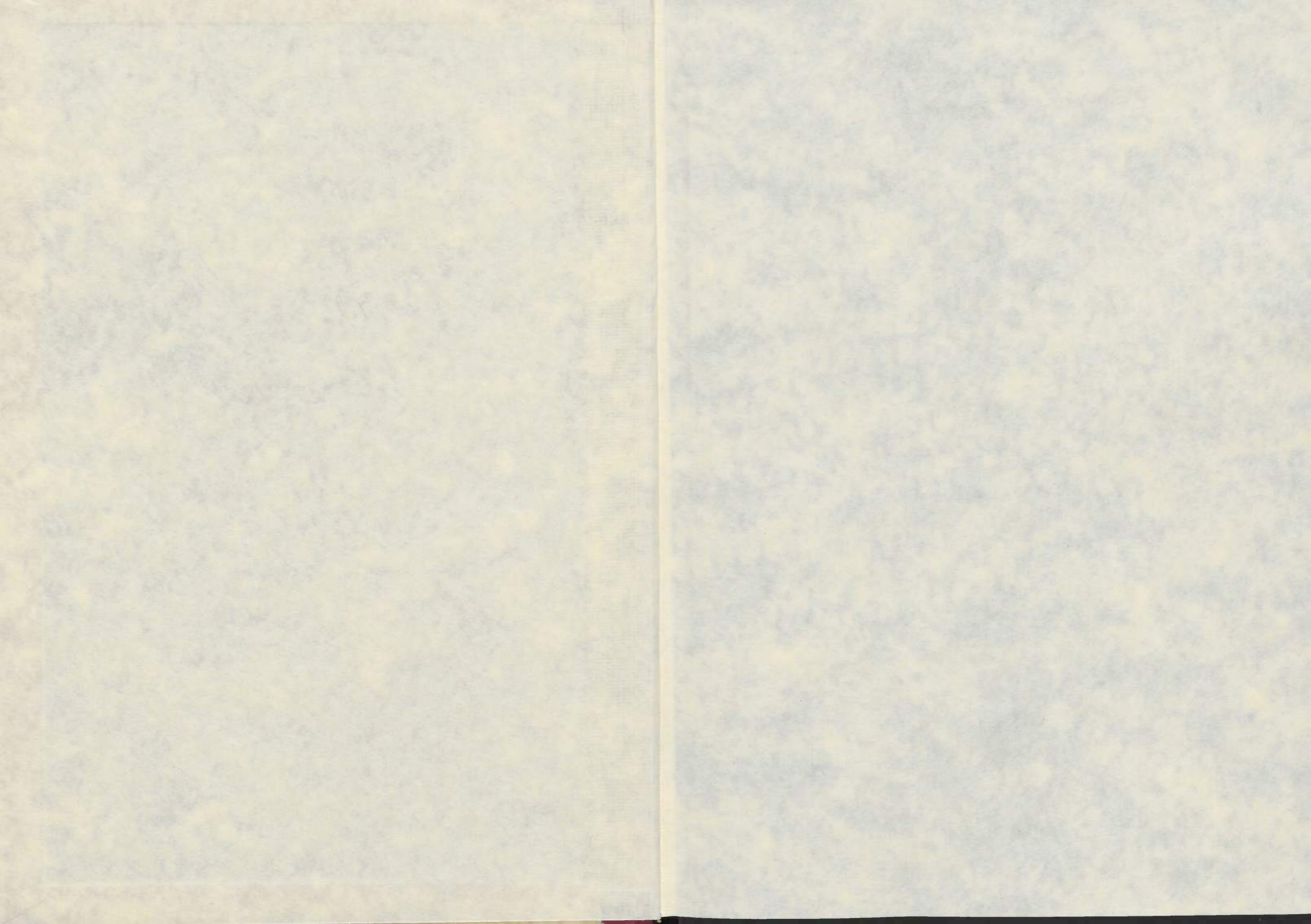
Verwaltungsbericht
1991 - 1998



der
Stadt Tübingen

Stadtarchiv
Tübingen
UM
252a
11

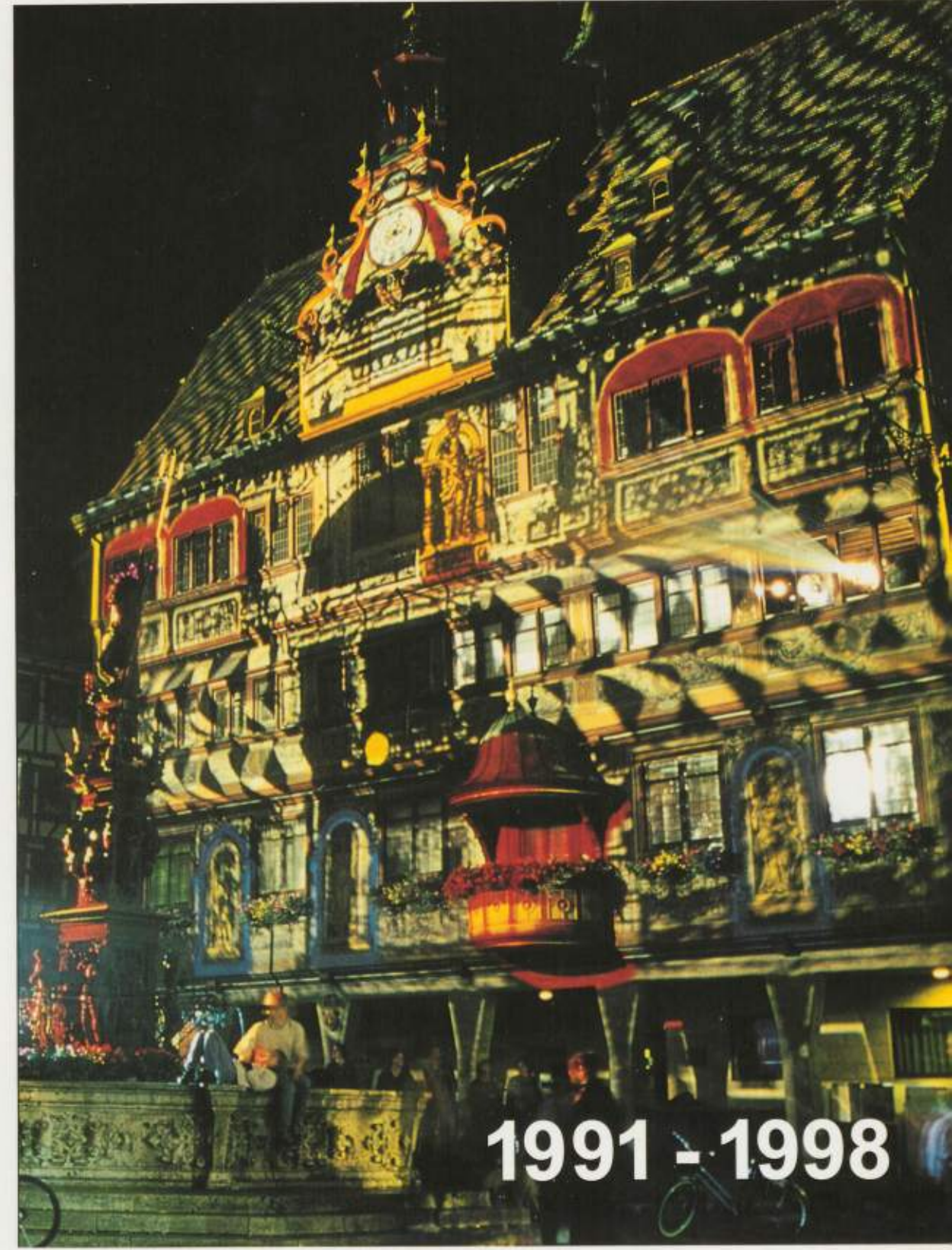
-UM
252a/11



bericht

Stadt
Tübingen

Verwaltungsjahrs



1991 - 1998

Verwaltungsbericht
1991 - 1998



der
Stadt Tübingen

Inhalt

Seite

Chronik	I - XIV
Organisation der Stadtverwaltung	5
Allgemeiner Teil	7
Stabsstelle Verwaltungsreform	10
Frauenbeauftragte	12
Umweltbeauftragte	14
Hauptamt	18
Geschäfts- und Verwaltungsstellen:	
Lustnau und Derendingen	24
Weilheim	25
Kilchberg	27
Bühl	29
Hirschau	30
Unterjesingen	31
Hagelloch	32
Bebenhausen	34
Pfrondorf	36
Personalamt	38
Rechnungsprüfungsamt	41
Stadtkämmerei	43
Liegenschaftsamt	49
Rechtsamt	53
Ordnungsamt	55
Standesamt	63
Schul- und Sportamt	67
Kulturamt	76
Sozialamt (mit Altenhilfe Tübingen - AHT)	85
Stadtplanungsamt	93
Stadtsanierungsamt	105
Baurechtsamt	111
Hochbauamt	116
Tiefbauamt (mit EntsorgungsbetriebeTübingen - EBT)	121
Stadtvermessungsamt	131
Stadtbaubetriebe (SBT)	138
Stadtwerke Tübingen GmbH (SWT) und Stadtverkehr Tübingen (SVT)	142
Impressum	146



Vorwort

Dies ist der dritte Verwaltungsbericht in meiner Amtszeit als Oberbürgermeister. Er bilanziert acht Jahre Tübinger Kommunalpolitik, genau die Dauer der letzten Wahlperiode. Das ist so gewollt. Aufbauend auf seinen beiden Vorgängern von 1982 und 1991 wird der jetzige Bericht für mich persönlich gleichsam zu einer Art Schlußstein, auch wenn er, über die Zeiten hinweg, nur ein kurzes Innehalten zwischen Vergangenheit und Zukunft sein mag, zwischen dem also, was unverrückbar geworden ist, und dem, was noch geformt werden kann. Eine Stadt ist, solange Menschen in ihr leben, nie fertig.

Der Zeitpunkt, in dem der Bericht erscheint, wird durch globale wirtschafts- und bundespolitische Einschnitte markiert. Eine neue Regierung sieht sich aktuell weltweiten Börsenstürzen und Finanzturbulenzen ebenso ausgesetzt wie einer in Jahren gewachsenen und aus vielen Quellen gespeisten melancholischen

Grundstimmung. Die hohe Arbeitslosigkeit, zerbrechende Sozialpartnerschaften, unerträglich gewordene Abgabenlasten, ins Unermeßliche steigende öffentliche Schulden, dies alles prägt die deutsche Befindlichkeit. Dazu kommen subjektiv so empfundene Schreckgespenste wie die Globalisierung und der Euro, die neue europäische Währung; aber auch die Angst vor einer wachsenden lokalen und internationalen Kriminalität beunruhigt die Menschen.

Manches hiervon mag mit den Realitäten oft wenig gemein haben. Allein, die Gemütslage macht es der Politik schwer, gegen die vorherrschende besitzstandswahrende Mentalität eine neue risikobereite Aufbruchstimmung zu wecken und jenen „Ruck“ zu bewirken, den der Bundespräsident angemahnt hat und von dem er meint, er müsse vitalisierend durch eine saturierte, wohlstandsverwöhnte Gesellschaft gehen. Der Widersprüchlichkeiten sind in der Tat viele; Martin Walser hat sie einmal auf den Punkt gebracht: „Uns geht es gut im schönen Land. Wir sind nicht zufrieden.“

Von alledem ist in Tübingen ebenfalls etwas zu spüren und dieser Verwaltungsbericht ist, seinen Erfolgsdaten zum Trotz, davon nicht völlig frei. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat, wie anderswo auch, Spuren in der Stadt hinterlassen. Immer wieder ist erwähnt, daß Arbeitsplätze weggefallen sind. Vor allem aber spiegeln Schlagworte wie Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsreform Themen wider, die die kommunalpolitische Diskussion geradezu beherrschten, teils sogar überschatteten. Steigende Ausgaben, insbesondere im Sozial- und Jugendhilfebereich, und gleichzeitig stagnierende oder gar schwindende Einnahmen zwangen Gemeinderat und Verwaltung zu mehr betriebswirtschaftlichem Denken und zu Strukturveränderungen, die oft nur unter Ächzen und Stöhnen umgesetzt werden konnten. Die Verwaltungsreform, angetrieben von den finanziellen Engpässen und mit dem Ziel, politische Gestaltungsmöglichkeiten zurückzugewinnen, gebar drei neue Eigenbetriebe, die sich, so das Motiv ihrer Gründung, letztlich „rechnen“, also ohne Subventionen auskommen sollen; der größte davon, die „Entsorgungsbetriebe Tübingen“, modernisiert derzeit für einen

dreistelligen Millionenbetrag die Tübinger Kläranlage. Den einzelnen Ämtern wurden je eigene „Budgets“ zugeteilt, die sie, „profit centers“ ähnlich, wirtschaftlich optimal verwalten müssen. Die Stadtwerke, eine florierende Tochter der Stadt, erhielten nach und nach defizitäre Einrichtungen, die Bäder etwa, den öffentlichen Personennahverkehr oder die Parkhäuser, überbürdet, um steuerliche Möglichkeiten zum Frommen des städtischen Haushalts zu nutzen. Hunderte von städtischen Wohnungen mußte die ehemals Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, die ebenfalls wirtschaftlich gesund ist und im wesentlichen der Stadt gehört, kaufen, auf daß Investitionen im städtischen Haushalt finanziert werden konnten. Zusammen mit dem Tübinger Handel und Gewerbe gründete die Stadt eine Gesellschaft, die die wirtschaftliche Struktur fördern sowie die Bewahrung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Tübingen verbessern soll. Für ein Bürgeramt in der ehemaligen Fruchtschranne, die nach dem Umzug der Albert-Schweitzer-Realschule in einen neuen, schmucken Rundbau frei geworden ist, sind die Weichen gestellt; die ohnehin schon bürgernahe Tübinger Verwaltung soll noch bürgerfreundlicher werden, indem passende Dienstleistungen räumlich zusammengefaßt werden. Schließlich ist eine zentrale städtische Gebäudewirtschaft wenigstens auf den Weg gebracht:

Nichts, wie gesagt, nichts bleibt so, wie es ist; alles fließt. Im „Französischen Viertel“, den ehemaligen Loretto- und Hindenburg-Kasernen-Arealen, entstehen nach dem Ende der hundertjährigen Tübinger Garnisons-Ära mit allem „drum und dran“ neue Vorzeige – Stadtquartiere „der kurzen Wege“. Drei superbe Kinderhäuser im Süden, Westen und Norden der Stadt krönen die Angebote an die Eltern und ihre Jüngsten; und im Osten kommt gerade ein viertes hinzu. Weitere Schulen sprossen und sprießen aus dem Boden, alte wurden erweitert. Das Freibad ist seit kurzem mehr als runderneuert. Der Stadtgraben, einst von Schulen gesäumt, wird schon bald, wenn die geplanten Geschäfte und Wohnungen gebaut sind, einen völlig veränderten Anblick bieten. Das Ammertal schmückt ein ökologischer Handwerkerpark, im unteren Neckartal wächst ein attraktives Gewerbegebiet heran, aus der BEKA-Industriebranche wird ein Hornbach-Baumarkt und der Europaplatz hat schon

teilweise und erhält weiter ein neues städtisches Gesicht.

Drei Aspekte will ich in dieser kommunalen Momentaufnahme noch besonders hervorheben, weil sie für die künftige Entwicklung Tübingens wichtig sind. Da ist vorrangig die Universität, die mehr als jede andere Institution das Werden und Wachsen der Stadt schon bisher beeinflusst hat und weiter bestimmen wird, auch wenn der Höhepunkt der Studentenzahlen überschritten sein dürfte. Die vielschichtige, weit mehr subtile als spektakuläre Zusammenarbeit beider Korporationen, der Stadt und der Universität, machte es möglich, daß das Fernheizwerk in der Brunnenstraße zum „joint venture“ werden konnte, daß das „Verfügungsgebäude“ gegen viele Bedenken durchgesetzt wurde, daß die Kinderklinik ihren Weg vom Tal auf die Höhe fand und, dies vor allem, daß im großen Tübinger Steinenberg-Schnarrenberg-Streit ein, wenn auch für manche schmerzhafter, jedenfalls aber zukunfts-trächtiger, Kompromiß zustande kam, der soeben schon den Spatenstich für die neue Hals-Nasen-Ohren-Klinik ermöglichte. Am Rande bloß sei noch die nach Jahren abgeschlossene Schloß-Renovierung mit dem feinen, attraktiven Museum erwähnt, auch die unmittelbar bevorstehende Erweiterung der Universitätsbibliothek, die Vergrößerung der renommierten Berufsgenossenschaftlichen Klinik schließlich und, welcher Glücksfall, die Verpflanzung der „Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik“ von Esslingen neckarwärts ins Schwabenhaus; damit bekommt Tübingen nach über 500 Jahren zu seiner singulär –dominanten Alma mater eine weitere, klein-feine Hohe Schule und wird so an der Schwelle zum dritten Jahrtausend nachgerade zur doppelten Universitätsstadt. Tübinger Herz, was willst du mehr?

Da ist, zum andern, die Veränderung der Behördenlandschaft, eine Entwicklung, die weitgehend der öffentlichen Aufmerksamkeit entbehrte. Tübingen, die alte Fürstenstadt, die das Regierungspräsidium, „Mutter“ aller andern Behörden sozusagen, durch den Neubau in den Mühlbachäckern endlich sichern konnte, war bei den vielen bundes- und landesbehördlichen Rochaden sowohl Gewinner als auch Verlierer. Unterm Strich kann die Stadt mit dem Ergebnis, das noch längst

nicht in allen Bereichen umgesetzt ist, sicherlich zufrieden sein, insbesondere, weil sie, in harter Konkurrenz mit der Landeshauptstadt, die Forstdirektion behielt und die Stuttgarter noch dazu bekommt.

Da ist schließlich die neue, für viele überragende, von manchen immer noch argwöhnisch beäugte Kooperation zwischen den beiden oberzentralen Städten Reutlingen und Tübingen. Der Anfang ist gemacht, die bisherigen Schritte mit ihren vertraglichen Bindungen waren so richtig wie ermutigend, die weitere Annäherung bedarf der sorgfältigen, intensiven, ebenso interessegemäßen wie verständnisvollen Pflege von beiden Seiten.

Tübingen in der Gestalt eines Verwaltungsberichtes, das ist eine zugleich persönliche wie öffentliche Bilanz. Den Aktiva stehen die Passiva, den Tief- und Hochbauten die Schulden gegenüber, ich weiß, und doch ist die Summe erfreulich. Nicht von ungefähr bietet Tübingen von allen 543 Städten und Kreisen Deutschlands vor Bonn und Münster die beste Lebensqualität, so man „Focus“ glaubt. Nicht zufällig ist Tübingen nach Freiburg zweite „Wohlfühlstadt“ des Landes. In diesen Wertungen fließt vieles zusammen an Urbanität und Liberalität, an Spannungen und Toleranz, an sozialen Standards auch und an kultureller Vielfalt, voran das „highlight“ Kunsthalle mit den spektakulären Cézanne- und Renoir-Ausstellungen, hoffentlich bald auch noch das privat finanzierte Konzerthaus an der „Blauen Brücke“. „Tübingen ist einfach Tübingen. Diese merkwürdige Verbindung von Landschaft, von Tradition und akademischem Milieu – man kann das schwer voneinander trennen, und ich mag auch die Leute hier“, so schwärmte einmal der jetzt über neunzigjährige, hochgeehrte – und geschätzte Literaturwissenschaftler Hans Mayer.

Ein Verwaltungsbericht ist eine weitgehend nüchterne Angelegenheit. Ihn zu konzipieren, zu koordinieren und zu kompilieren ist ebenso mühselig wie notwendig, mühselig, weil die, die an ihm mitwirken, über ihr alltägliches Pensum hinaus belastet sind, und notwendig, weil er ein Stück Zeitgeschichte ist. Allen, die mitgeholfen haben, daß dieser Bericht werden konnte, was er ist, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der mit den „Tübinger Verhältnissen“ vertrauten Re-

dakteurin Ursula Metzger, danke ich für ihre Anstrengungen und schließe sie ein in jenen Spruch, mit dem ich einmal eine Neujahrsansprache beendete: dankbar rückwärts, mutig vorwärts, gläubig aufwärts.

Tübingen, im Oktober 1998

Dr. Eugen Schmid
Oberbürgermeister

Aus der Tübinger Stadtchronik 1991-1998

Januar 1991

16. Eröffnung des neuerbauten Hotels Domizil in der Wöhrdstraße.
18. Die in Tübingen lebende israelische Rechtsanwältin und Schriftstellerin Felicia Langer erhält den Preis der Bruno-Kreisky-Stiftung in Wien, nachdem sie zuvor schon den alternativen Nobelpreis in Stockholm erhalten hatte.
19. Demonstration in der Innenstadt gegen den bevorstehenden Golfkrieg, mit etwa 10.000 Teilnehmern größte Demonstration seit 15 Jahren.
22. Gabriele Eberle wird Geschäftsführerin des Bürger- und Verkehrsvereins und damit Nachfolgerin von Heinrich Lang.

Februar 1991

24. Das Stadtmuseum Tübingen öffnet im Erdgeschoß des Kornhauses den ersten Teil seiner Dauerausstellung. Die Sanierung des Gebäudes, die 1985 begonnen hatte, ist aber noch nicht ganz abgeschlossen (vgl. Mai 1992).

April 1991

22. Der Tübinger Gemeinderat nimmt erstmals erhebliche Kürzungen am städtischen Haushaltsplan vor, weil das Regierungspräsidium sonst die Genehmigung versagt hätte. Betroffen ist vor allem die mittelfristige Finanzplanung.
24. Wilhelm Pfeiffer, Bildhauer, Maler und Graphiker verstirbt im Alter von 74 Jahren.
27. Der Tübinger Alpenverein begeht seinen 100. Geburtstag.

Mai 1991

12.-19. Die Stadt Tübingen hat als Geste der Versöhnung eine Gruppe ehemaliger polnischer Fremdarbeiter zu einem Besuch eingeladen. Die Fremdarbeiter waren während des Zweiten Weltkriegs nach Deutschland verschleppt und hier zur Zwangsarbeit verpflichtet worden.
31. Stadtveterinärdirektor Gernot Stengel tritt als Leiter des städtischen Veterinärämtes in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Peter Behrens.

Juni 1991

3.-24. 26 Kinder aus dem radioaktiv verseuchten Tschernobyl-Gebiet sind auf Einladung der Deutsch-Sowjetischen

Gesellschaft zur Erholung in Tübingen.
6. Oberbürgermeister Eugen Schmid wird zu einem der Stellvertreter des Deutschen Städtetags-Präsidenten gewählt.

17. Der Gemeinderat beschließt, das Gelände um die Hindenburg- und Loretokaserne „Französisches Viertel“ zu nennen. Dieser Name hatte zuvor den ersten Platz bei einem Wettbewerb erhalten, bei dem die Stadt nach Ideen suchte, um an die französische Garnison zu erinnern.
21. Der Bürger- und Verkehrsverein feiert seinen 100. Geburtstag.
25. Die Stadt Tübingen verabschiedet bei einem Empfang im Kloster Bebenhausen die Offiziere der französischen



August Kehrer, Tübingens letzter Pferdefuhrwerker (12.7.1991)

Garnison. Drei Tage später folgt die Abschiedsfeier für die Angehörigen der französischen Streitkräfte. Sie steht in Verbindung mit dem 36. Sommerfest auf den Weilheimer Wiesen. Die französische Garnison hatte zuletzt knapp 1200 Soldaten sowie rund 600 Zivilangestellte umfaßt. Sie hatte etwa 115 Hektar bebaut und unbebaute Fläche auf der Tübinger Stadtmarkung in Beschlag, darunter das Gelände der Hindenburg- und der Loretokaserne, aber auch zahlreiche Einzelgebäude wie zum Beispiel das Offizierskasino an der Wöhrdstraße oder das Foyer an der Blauen Brücke. Mit dem Abzug der französischen Streitkräfte endet Tübingens Tradition als Garnisonsstadt, die 1875 mit dem Bau

der Thiepvalkaserne ihren Anfang genommen hatte.

Juli 1991

3. Das Mayerhöfle in der Haaggasse feiert den 100. Jahrestag seiner Eröffnung.
6. Beim traditionellen Sommerfest des Deutsch-Französischen Kulturinstituts wird der bisherige Leiter Bernard Bonnerly verabschiedet und sein Nachfolger Yves Lucas willkommen geheißen.
8. Der Gemeinderat wählt Georg Kaltschmitt zum Leiter des neugeschaffenen Baurechtsamtes.
12. August Kehrer, der letzte Pferdefuhrwerker der Unterstadt, stirbt im 77. Lebensjahr.

23. Oberbürgermeister a.D. und Ehrengewählter des Württembergischen Landessportbundes Hans Gmelin stirbt 79jährig. Er wird nach einem Trauerakt auf dem Bergfriedhof am 29. Juli auf dem Stadtfriedhof beigesetzt.

August 1991

9. In den frühen Morgenstunden brennt das Schloß Roseck bei Unterjesingen ab.

September 1991

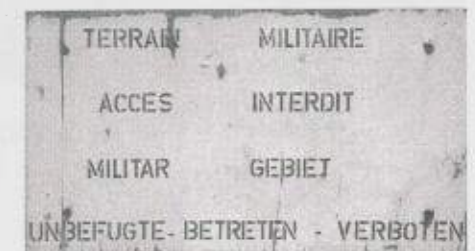
6. Das 13. Tübinger Stadtfest wird eröffnet.
14. Der Tübinger Stadtteil Weilheim feiert seine erste schriftliche Erwähnung vor 900 Jahren.



Nach der Wiedervereinigung beschloß Frankreich den Abzug seiner Truppen aus Deutschland ...



.... damit ging auch für Tübingen die Zeit als Garnisonsstadt zu Ende. (25.6.1991)



Oktober 1991

17. Der Zweckverband Steinlach-Wasserversorgung weiht das neue Wasserverswerk auf Gemarkung Kilchberg ein.

mehrere Hilfstransporte mit gespendeten Nahrungsmitteln und Kleidern aus Tübingen.

2. Der Gemeinderat beschließt, die



Schmiedtorkelter als Markthalle (26.3.1992)

21. Der Übersetzer, Essayist und Lyriker Michael Hamburger erhält den von Universität und Stadt gestifteten Hölderlinpreis.

31. Stadtbaudirektor Gerhard Fromm, seit 1969 Leiter des Stadtplanungsamtes, geht 63jährig in den Ruhestand. Uraufführung im Landestheater: „Rubinstein oder der Bayreuther Totentanz“ von Hans Sahl.

November 1991

4. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen eines Bebauungsplanes die Voraussetzungen für das Wohnprojekt „Wagenburg“ zu schaffen.

12. Oberbürgermeister Eugen Schmid übergibt den 1977 aus Anlaß der 500-Jahr-Feier von der Stadt geschenkten Brunnen im Wert von 300.000 DM an die Universität. Das Kunstwerk wurde von dem Düsseldorfer Bildhauer Erwin Heerich entworfen und von einer Düsseldorfer Steinmetzfirma geschaffen und steht vor der Universitätsbibliothek.

17. Die „Bonhoeffer-Gemeinde“ in Waldhäuser-Ost weiht den zweiten Teil ihres Gemeindezentrums ein. 1985 war die dazugehörige Kirche fertig geworden.

Dezember 1991

Die russische Partnerstadt Petrosawodsk erhält in diesem Winter wiederum

städtischen Bäder zum 1.1.1992 an die Stadtwerke GmbH zu übergeben.

24. Die Schindereiche im Schönbuch zwischen Bromberg und dem Falkenkopf, ein 400 Jahre alter Baumriese und ein markantes Naturdenkmal, wird durch einen Brandanschlag von unbekannten Tätern zerstört.

26. Gegen 6.15 Uhr brennt der „Jazz-Keller“ in der Haaggasse 15/2. Das Feuer greift auch auf das Gebäude 15 über. Es entsteht ein Schaden von 400.000 Mark.

Januar 1992

17./18. Den von der Stadt ausgeschriebenen Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Französischen Viertels in der Südstadt gewinnt eine Stuttgarter Studentengruppe. Der zweite Preis geht an das Tübinger Architekturbüro Mühlich/Haug.

Februar 1992

Beim Abbruch der Neckargasse 27 („Eisen-Stehle“) wird die unter Denkmalschutz stehende mittelalterliche Stadtmauer zunächst freigelegt und dann ebenfalls beseitigt.

17. Der Gemeinderat benennt die Robert-Gaupp-Staffel in Jakob-van-Hoddis-Staffel um. Gaupp war Direktor

der Tübinger Nervenklinik. Er trat schon in den zwanziger Jahren für die Zwangssterilisierung von geistig Behinderten ein und gilt als Wegbereiter der nationalsozialistischen Rassenlehre. Der Dichter Jakob van Hoddis wurde 1942 von den Nationalsozialisten ermordet.

März 1992

19. Die Haus- und Landwirtschaftliche Schule im Feuerhägle erhält den Namen Mathilde-Weber-Schule. Mathilde Weber (1829-1901) hatte sich um die Rechte und die Bildung der Frauen verdient gemacht.

23. Die Textilfirma Egeria International stellt beim Amtsgericht Tübingen den Vergleichsantrag.

26. Die im Gemeinderat 1989 mit einer Stimme Mehrheit beschlossene Markthalle in der Schmiedtorkelter (Umbaukosten 2,7 Millionen DM) öffnet ihre Pforten.

31. Der Landeshistoriker Hans-Martin Decker-Hauff stirbt im 75. Lebensjahr.

April 1992

5. Bei der Landtagswahl werden gewählt: Dr. Friedhelm Repnik (CDU) 33,4 %, Gerd Weimer (SPD) 30,4 %, Monika Schnaitmann (Grüne) 14,2 %, Karl August Schaal (Republikaner) 11,2 % und Dietmar Schöning (FDP) 6,3 %. Die Wahlbeteiligung liegt bei 74,7 %.

7. Die Tübinger Stadtwerke übergeben das neue Wassermischsystem auf dem Sand seiner Bestimmung. Künftig wird darin das weiche Bodenseewasser (70 Prozent) mit dem harten Eigenwasser (30 Prozent) gemischt, so daß fast alle Tübinger mit der gleichen Wasserqualität versorgt werden können. Die Baukosten betragen 15 Millionen DM.

Mai 1992

9. Im Kornhaus, dessen Sanierung jetzt abgeschlossen ist, wird die erste große Wechsellausstellung des Stadtmuseums eröffnet. Ihr Thema: Tübingen im Nationalsozialismus.

25. Der Gemeinderat wählt Albert Fügler zum neuen Leiter des städtischen Tiefbauamtes. Er wird damit Nachfolger von Friedrich Gräber, der in den Ruhestand trat. In der gleichen Sitzung wird der Bebauungsplan Mühlbachäcker-Ost als Satzung beschlossen. Damit können auf dem ehemaligen Gelände der Firma Gröber ca. 130 Eigentumswohnungen gebaut werden.

August 1992

31. 600 Beschäftigte der Firma Zanker demonstrieren in der Innenstadt gegen

die bevorstehende Schließung des Werkes. Anschließend berät der Gemeinderat in der Hermann-Hepper-Turnhalle die Situation.

September 1992

9. Bei einer Feierstunde stellt das Schwäbische Tagblatt sein für 10 Millionen Mark renoviertes Stammhaus in der Uhlandstraße 2 der Öffentlichkeit vor.

29. Die seit 1901 in Derendingen ansässige Ferdinand Gröber GmbH & Co.KG will ihre Produktion einstellen und legt den Mitarbeitern einen Sozialplan vor. Danach sollen 61 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren.

30. Eröffnung der wiedererrichteten Brauereigaststätte Neckarmüllerei. Die alte Neckarmüllerei war 1971 abgebrochen worden. Das damals an dieser Stelle geplante Einkaufszentrum wurde jedoch nie realisiert.

Oktober 1992

1. Oberbürgermeister Schmid stoppt erstmals den Vollzug des städtischen Haushaltsplanes. Erster Vorbote der ersten finanziellen Probleme, die sich in den Folgejahren noch verschärfen. Im Großen Sitzungssaal des Rathauses tagt erstmals ein Tübinger Jugendparlament.

10. In Anwesenheit einer Delegation aus Aix-en-Provence werden die Räume der Maison d'Aix im ehemaligen Casino in der Wöhrdstraße 25 der Öffentlichkeit übergeben.



Kornhaus als Stadtmuseum (9.5.92)

Das für 5,2 Millionen Mark erstellte Kinderhaus „Alte Mühle“ in Derendingen wird seiner Bestimmung übergeben.



Neubau der Neckarmüllerei (30.9.92)

November 1992

13. Mit einer Feier werden am Evangelischen Stift die zweijährigen Sanierungsarbeiten für 23 Millionen DM abgeschlossen.

18. 6.000 Tübinger folgen dem Aufruf des Tübinger Gesamtelternbeirats und demonstrieren gegen Ausländerfeindlichkeit.

Dezember 1992

11. Bei eisigen Temperaturen wird der neugestaltete Haagtorplatz mit dem freigelegten Ammerkanal eingeweiht (Kosten 1,3 Millionen). Die Zuschauer bekommen Feuerzangenbowle gereicht. Dazu läuft open-air der gleichnamige Film mit Heinz Rühmann in der Hauptrolle.

18. Hermann Karch geht nach 18jähriger Tätigkeit als kaufmännischer Geschäftsführer der Stadtwerke in den Ruhestand.

20. Mit der „Aktion Lichterbaum“ wenden sich am Osterberg 8.000 Menschen gegen Fremdenhaß, Gewalt und Rassismus.

29. Das Kaufring-Kaufhaus Kuhn in der Friedrichstraße schließt seine Tore.

Januar 1993

12. Das Thermometer klettert bis auf 15,8 Grad. Das sind die mildesten Januartemperaturen in Tübingen seit 112 Jahren.

15. Die Kunsthalle bietet mit 97 Ölgemälden die seit 1936 größte Cézanne-Schau. Bis zum Ende der Ausstellung,

am 2. Mai, kommen 430.000 Besucher nach Tübingen und es werden 210.000 Kataloge verkauft. Man schätzt, daß die Tübinger Gewerbetreibenden in dieser Zeit ein Umsatzplus von 80 Millionen Mark verbuchen.

Februar 1993

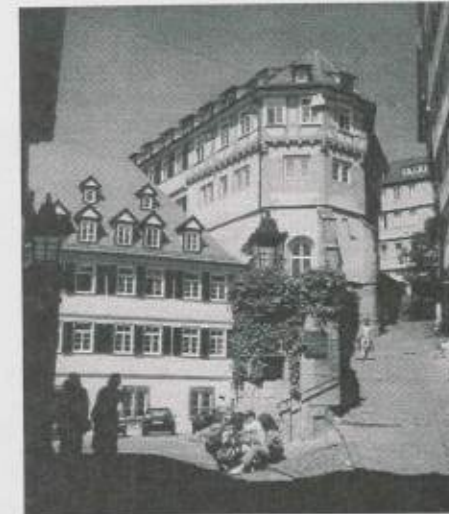
5. Die Walter AG Tübingen, die mit 880 Mitarbeitern zu den größten gewerblichen Arbeitgebern Tübingens zählt, will in den nächsten Monaten 150 Mitarbeiter entlassen.

13. Einweihung des Kinderhauses auf dem Horemer in der Nordstadt.

23. Die Firma Flender-Himmelwerk in Kilchberg verringert ihre Belegschaft um 40 Mitarbeiter.

März 1993

7. In der Innenstadt tritt die erste Stufe einer Parkraumbewirtschaftung in Kraft. Damit sollen sowohl der Parksuchverkehr reduziert als auch die Wohnbedingungen für die Anwohner verbessert werden.



Saniertes Evangelisches Stift (13.11.92)

31. Die 1888 in Tübingen gegründete Firma Zanker, zuletzt im Besitz des schwedischen Konzerns Electrolux, schließt für immer ihre Tore. In den besten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das Unternehmen mehr als 1400 Mitarbeiter beschäftigt. Zanker-Hausgeräte galten als dauerhaft und vorbildlich. Manche Zanker-Produkte - wie zum Beispiel die Trommelwaschmaschine - setzten internationale Standards.

April 1993

19. Der Gemeinderat wählt Erich Fritz zum neuen Leiter des Stadtplanungsamtes.



Endgültiges Aus für die Produktion von Zanker-Waschmaschinen (31.3.1993)

27. Der Schriftsteller Hans Sahl, der die letzten Jahre seines Lebens in Tübingen verbrachte, stirbt fast 91jährig.

Mai 1993

10. Der Gemeinderat wählt Uta Schwarz-Österreicher zur Leiterin des Sozialamtes. Sie wird damit Nachfolgerin von Sabine Mayer-Dölle, die zum Kreisozialamt wechselte.

Juni 1993

16.-23. 10. Französische Filmtage in Tübingen.

24. Ludwig Hönle, Ehrenbürger der Stadt Tübingen, stirbt im 74. Lebensjahr.
28. Der Gemeinderat beschließt nach langer und kontrovers geführter Diskussion, daß die Mühlstraße für den motorisierten Individualverkehr in südlicher Richtung gesperrt bleibt.

Claudine Pachnicke wird neue Leiterin des Tübinger Stadtmuseums und folgt damit dem ausgeschiedenen Thomas Schuler nach.

Juli 1993

15. Sommertheater-Premiere: Das Melchinger Lindenhoftheater bringt seinen zweiten „Hölderlin – Ein Abendspaziergang“ heraus. Die folgenden Vorstellungen sind bald restlos ausverkauft und locken mehr als 12.000 Zuschauer auf die Neckarinsel.

30. Der langjährige Baubürgermeister Richard Jäger verstirbt 82jährig.

August 1993

1. Einführung der Biomülltonne in Tübingen.

27. Bei der Eröffnung des Stadtfestes sind Besucher aus fast allen Tübinger Partnerstädten anwesend, darunter auch 260 Bürger aus Petrosawodsk.

28. Die beiden karelischen Künstler Michail Pawlowitsch Koppalew und Stanislaw Anatoljewitsch Schewtschenkow übergeben am Anlagensee das Partnerschaftsdenkmal aus Petrosawodsk.

September 1993

Crescentia Dünßer und Otto Kukla lösen Thomas Bockelmann in der Intendanz des Zimmertheaters ab.

20. Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan für den Handwerkerpark am Aischbach.

25. Festakt zum 100jährigen Bestehen des Tübinger Schlachthofs.

Oktober 1993

Im Wintersemester 1993/94 erreicht die Zahl der Studierenden mit 26.245 an der Eberhard-Karls-Universität einen absoluten Höhepunkt und geht in den Folgejahren kontinuierlich zurück.

21. Der Ostberliner Lyriker Uwe Kolbe erhält den von Stadt und Universität gestifteten und mit 20.000 Mark dotierten Hölderlinpreis.

November 1993

14. Bei einem Bürgerentscheid stimmen 55,5 Prozent für die Befahrbarkeit der Mühlstraße in beide Richtungen. Dennoch bleibt es bei der vom Gemeinderat beschlossenen halbseitigen Sperrung. Der Beschluss wäre nur aufgehoben worden, wenn mindestens 30 Prozent aller Wahlberechtigten für die beidseitige Öffnung gestimmt hätten. Dieses notwendige Quorum wurde aber um 88 Stimmen verfehlt.

18. Der Planungsausschuß des Gemeinderats genehmigt den Abbruch der Neuen Straße 3, ehemals Kulturdenkmal und Geburtshaus von Reichsvizekanzler Friedrich Payer.

20. Abschluß der Sanierungsarbeiten an der Eberhardsbrücke (3,7 Millionen Mark) und Eröffnung einer Aussichtsplattform an der Stelle des ehemaligen Graf-Eberhard-Denkmal.

Dezember 1993

6. Das Kinderhaus Weststadt an der Sindelfinger Straße (Baukosten 3,1 Mio.) wird seiner Bestimmung übergeben.

Januar 1994

28. Bei einem Empfang auf dem Rathaus wird Baubürgermeister Klaus Blanke nach 16 Amtsjahren verabschiedet und sein Nachfolger Siegfried Mezger begrüßt.

Februar 1994

23. Die „International Making Cities Livable Conference“ in San Francisco verleiht Tübingen den Preis für eine „lebenswerte Stadt“. Damit wird vor allem die Arbeit des langjährigen Tübinger Stadtsanierers Andreas Feldtkeller gewürdigt, der den Preis in Vertretung des Oberbürgermeisters entgegennimmt.

24. Übergabe des neuen Kindergartens auf dem Herrlesberg (Baukosten ca. 3 Millionen Mark).

März 1994

5. Eröffnung der 20. Ausstellung „Für die Familie“ auf den Weilheimer Wiesen.

9. Das Regierungspräsidium verweigert der Stadt wegen Überschuldung die Genehmigung des Haushaltsplanes 1994. Der Gemeinderat kürzt in der Folge die Kreditaufnahmen um 5 Millionen Mark.

Mai 1994

Abbruch des Gebäudes Bachgasse 29, ehemals ein Kulturdenkmal, für einen Neubau der Sophienpflege.



Das Kulturdenkmal Neue Straße 3 (rechts, um 1900) darf abgebrochen werden (18.11.1993)

2. Der Gemeinderat beschließt den Erwerb des Depots (ehemaliges Heeresverpflegungsamt) an der Reutlinger Straße.

Juni 1994

10. Übergabe des für 12,7 Millionen Mark umgebauten und erweiterten Feuerwehrhauses in der Keltnerstraße.



Treppenabgang zur Platanenallee: aus Geldmangel verschobene Sanierung (14.9.94)

12. Europawahl, Stadt-Ergebnis: CDU 26,7%, SPD 26,2%, Grüne 27,7%, FDP 6,6%, REP 3,7%. Die Wahlbeteiligung lag bei 70,2%.

Kreistagswahl, Kreis-Ergebnis: FWV 26,6% (17 Sitze), CDU 23,5% (14 Sitze), SPD 20,2% (12 Sitze), Grüne 15,1% (9 Sitze), FL 5,7% (3 Sitze), FDP 4,3% (2 Sitze), REP 2,6% (1 Sitz).

Gemeinderatswahl, Ergebnisse: SPD 20,8% (13 Sitze), CDU 19,4% (12 Sitze), AL 19,0% (11 Sitze), UFW 13,1% (8 Sitze), FL 10,1% (6 Sitze), W.U.T 9,2% (5 Sitze), FDP 5,1% (3 Sitze), TUL 3,2% (1 Sitz).

Juli 1994

Gründung der „Stabsstelle Verwaltungsreform“, die unmittelbar dem Oberbürgermeister zugeordnet wird. Damit beginnt der Umbau der Verwaltung zu einem schlanken und effizienten Dienstleistungsunternehmen. Zug um Zug werden die Eigenverantwortlichkeit der Ämter erweitert und viele Aufgaben in neue Eigenbetriebe der Stadt ausgelagert.

1. Werner Spanagel tritt nach 19 Jahren als Leiter des Stadtvermessungsamtes in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Josef Mayer.

August 1994

4. Im Lorettoareal wird ein Fußgängersteg über die B 27 errichtet.

29. Der Gemeinderat beschließt den Kauf der Hindenburgkaserne, des Lo-

rettoareals und der Französischen Schule für zusammen 13,7 Millionen Mark. Damit kommen fast 16 Hektar des ehemaligen Militärareals in den Besitz der Stadt. Die Liegenschaften sollen nach und nach wieder verkauft und der Planungsgewinn zur städtebaulichen Entwicklung der Südstadt verwendet werden.

September 1994

6. Wahl Achim Sailers zum Ortsvorsteher von Bühl. Er wird damit Nachfolger von Friedrich Wilhelm Seeliger.

14. Bauübergabe im Schloß Hohentübingen. Ende der 15jährigen Sanierung des Gebäudes für 43 Millionen Mark.

Der marode Treppenabgang von der Eberhardsbrücke zur Platanenallee muß teilweise gesperrt werden, weil das Geld zur Sanierung fehlt. Die Maßnahme gilt als Sinnbild für die Finanznot, in der sich die Stadt befindet.

Oktober 1994

2. Beim 1. Tübinger Stadtlauf starten mehr als 650 Läufer vor etwa 6000 Zuschauern.

16. Bei der Bundestagswahl erringt Claus-Peter Grotz (CDU) mit einem

inseln sei in ihrem Bestand gefährdet. Sie müsse dringend untersucht und gegebenenfalls saniert werden.

Dezember 1994

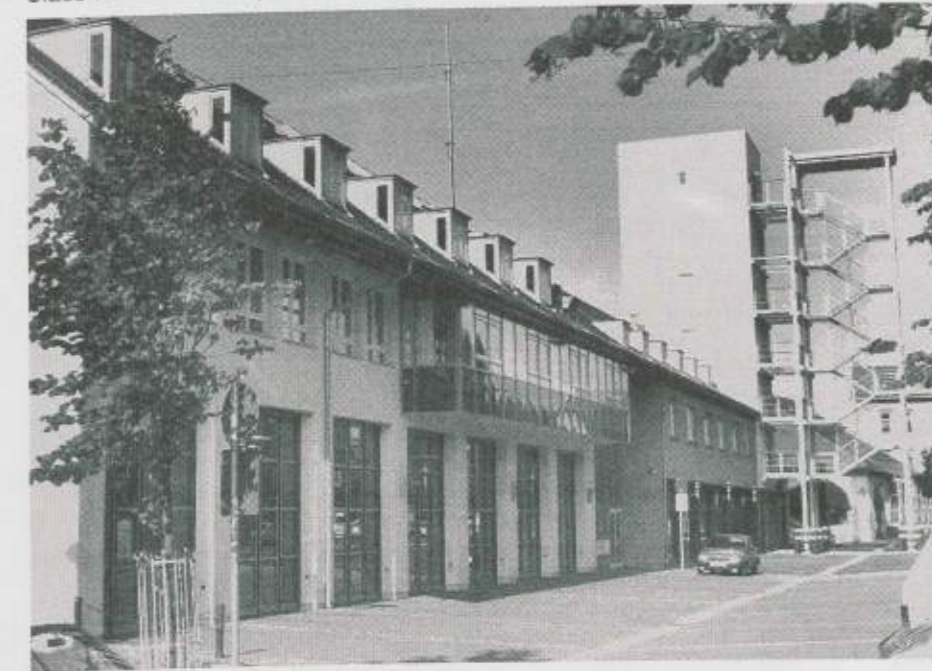
15. Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan für das Gewerbegebiet Güllen als Satzung (später umbenannt in Gewerbepark Neckaraue). Damit sollen die planerischen Voraussetzungen für die Ansiedlung eines neuen Briefverteilergeschäfts der Deutschen Post AG geschaffen werden.

Die neue Bundesstraße 27 zwischen Tübingen und Kirchentellinsfurt wird für den Verkehr freigegeben. Sie ist damit durchgängig vierspurig bis Stuttgart befahrbar.

21. Universität, Stadt und Land unterzeichnen Energieverbundverträge zum künftigen umweltschonenden Betrieb des Heizkraftwerks in der Brunnenstraße. Dort sollen nach einem Umbau nicht nur Fernwärme sondern gleichzeitig bis zu 15 Prozent des Tübinger Strombedarfs erzeugt werden.

Januar 1995

26. Die Gesellschafterversammlung des Zimmertheaters wählt Klaus Metzger



Umgebautes und erweitertes Feuerwehrhaus am Keltnerplatz (10.6.94)

Vorsprung von 247 Stimmen vor Herta Däubler-Gmelin (SPD) das Direktmandat. Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 37,7%, SPD 30,9%, Grüne 13,4%, FDP 11,2%.

20. Die Tübinger Stadtgärtner schlagen Alarm. Die Platanenallee auf der Neckar-

zum neuen Intendanten. Er soll im Januar 1996 Crescentia Dünßer und Otto Kukla ablösen.

Februar 1995

20. OB Schmid wird Vorsitzender des Städtetages Baden-Württemberg.



Blick nach Stuttgart: mit der Freigabe (15.12.94) der neuen Bundesstraße 27 rückt Tübingen näher an die Landeshauptstadt heran. Die Luftaufnahme entstand wenige Tage zuvor und zeigt in der unteren Bildhälfte zwischen Bahntrasse und B 27 das neue Gewerbegebiet „Güllen“, das später den Namen „Gewerbepark Neckarau“ erhielt.



Degas-Ausstellung in Tübingen: Besucherschlange vor der Kunsthalle (17.3.95)

März 1995

17. Ministerpräsident Erwin Teufel eröffnet in der Kunsthalle eine Ausstellung mit Portraits des französischen Malers Edgar Degas.

27. Adolf Theis, der nach 23 Jahren aus seinem Amt als Universitätspräsident scheidet, gibt aus diesem Anlaß einen Empfang. (Hans-Werner Ludwig tritt im November 1995 als Universitätsrektor die Nachfolge an).

30. Gründung des Zweckverbands „ÖPNV im Ammertal“, dessen Aufgabe die Reaktivierung und der Betrieb der Ammertalbahn zwischen Tübingen und Herrenberg sein wird. Die Kosten für die Wiederherstellung der Strecke und die Beschaffung der Züge sind auf 61 Millionen Mark veranschlagt.

Juni 1995

11. Offizielle Übergabe des für 11 Millionen Mark völlig neugestalteten Freibads.

12. Bruno Rilling, Ortsvorsteher von Bebenhausen, verstirbt 64jährig.

23. Nach jahrelangem Rechtsstreit verliert die Stadt gegen das Regierungspräsidium: die flächendeckende Anordnung von Tempo 30 auf innerstädtischen Straßen wird gerichtlich für rechtswidrig erklärt.

Juli 1995

1.-2. Höhepunkt des 10. Internationalen Tübinger Festivals mit afrobrasilianischer Musik auf dem Marktplatz.

6. Der Grundstein für die neue Kinderklinik auf dem Schnarrenberg wird gelegt (Bauvolumen 113 Millionen Mark).

8. Festakt zum 150jährigen Bestehen der Turn- und Sportgemeinde Tübingen (TSG).

14. Eröffnung des 15. Tübinger Stadtfestes.

25. Auf der Morgenstelle wird das im Vorfeld heftig umstrittene „Verfügungs-

gebäude“ eingeweiht. Es hat 55 Millionen Mark gekostet und bietet auf etwa 6000 Quadratmeter Raum für naturwissenschaftliche Forschung.

10.-20. Zum dritten Mal nach 1981 und 1987 kommt eine Gruppe ehemaliger Tübinger Juden in die alte Heimat, aus der sie einst von den Nationalsozialisten vertrieben wurden. Der Besuch erfolgt auf Einladung der Stadt.

September 1995

15.-17. Aus Anlaß der 35jährigen Städtepartnerschaft mit Aix-en-Provence findet in der Altstadt erstmals ein provenzalischer Markt statt.

17. Der zweite Tübinger Stadtlauf findet mit 1000 Teilnehmern und 25.000 Zuschauern statt.

30. Das Nachrichtenmagazin Focus meldet in seiner jüngsten Ausgabe: Tübingen bietet die beste Lebensqualität in ganz Deutschland. Vorausgegangen war eine Untersuchung, in die 543 Städte und Landkreise einbezogen waren.

Oktober 1995

2. Ursula Hepperle übernimmt die Leitung der Stadtbücherei und ist damit Nachfolgerin von Albrecht Zeller, der in den Ruhestand ging.

14. Nach mehrjähriger Umbauzeit wird das „Haus der Kirche“ – die ehemalige Villa Metz in der Hechinger Straße – feierlich seiner Bestimmung übergeben. Es dient künftig verschiedenen Einrichtungen des evangelischen Kirchenbezirks Tübingen.

21. Der Münchner Philosoph Dieter Henrich erhält den von Stadt und Universität gestifteten und mit 20.000 Mark dotierten Hölderlinpreis.

23. Enthüllung einer Gedenktafel am Holzmarkt, die an die Verfolgung der Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten erinnert.

November 1995

6. Der Gemeinderat erfährt von der Entscheidung der Deutschen Post AG, ihr neues Briefzentrum nicht in Tübingen sondern im Reutlinger Industriegebiet Mark West zu bauen. Die Konsequenz: Mit der Fertigstellung des Neubaus (im Mai 1997) verliert Tübingen zahlreiche Arbeitsplätze (siehe auch: Januar 1998).

Dezember 1995

Das Beka-Werk im Großholz – seit 1988 unter holländischer Führung – stellt zum Jahresende die Produktion von Kochgeschirr ein. Die Firma hatte in den siebz-



Tübingen liegt in puncto Lebensqualität ganz vorne (30.9.94)

ger Jahren noch 750 Beschäftigte. Jetzt sind es noch 50 Mitarbeiter, die sich ausschließlich um Vertrieb und Versand kümmern sollen.

10. Die Tübinger Entwicklungsbiologin Christiane Nüsslein-Volhard, Direktorin

des Max-Planck-Institutes für Entwicklungsbiologie, erhält in Stockholm den Nobelpreis für Medizin.

18. Auf Vorschlag des Ortschaftsrates Bebenhausen wählt der Gemeinderat Ursula Stöffler zur Ortsvorsteherin von Bebenhausen.

Januar 1996

1. Gründung der Altenhilfe Tübingen (AHT). Sie ist als Eigenbetrieb der Stadt künftig für die städtischen Seniorenheime verantwortlich. Erster Leiter wird (im Juni) Heinrich Kallenberg.

Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen (SBT) als Eigenbetrieb der Stadt, der künftig für den Fuhrpark, den Bauhof, die Stadtgärtnerei und die Friedhöfe zuständig ist. Erster Leiter wird (im Februar) Werner Friedrich.

12. Der ehemalige Universitätspräsident Adolf Theis wird zum Ehrenbürger der Stadt Tübingen ernannt.

29. Der Gemeinderat beschließt die Namen für die neuen Straßen im Lorettoareal der Südstadt: Lorettoplatz (benannt nach der Kaserne, bzw. der Lorettohöhe nördlich der französischen Stadt Arras, Frontabschnitt im Ersten Weltkrieg, der sowohl auf deutscher als auch französischer Seite besonders viele

Straße (Hildegard und Richard Götz, Wankheimer Pfarrersleute, die Juden Schutz und Asyl vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten gewährten.)

Februar 1996

Das Haus Judengasse 14 – bislang ein Kulturdenkmal – wird abgebrochen.

25. Zum ersten Mal seit der Reformation zieht ein Fasnetsumzug durch die Tübinger Altstadt. 20.000 Zuschauer begleiten das Spektakel, das die Roseker Schloßochsen organisiert haben.

März 1996

12. Bundeskanzler Helmut Kohl spricht im Landtagswahlkampf auf dem Marktplatz vor ca. 3000 Zuhörern.

15. Einweihung des neuen Jugendhilfezentrums der Sophienpflege (Bachgasse 25-29).

24. Bei den Landtagswahlen werden im Wahlkreis 62 Friedhelm Repnik (CDU mit 35,2%), Gerd Weimer (SPD mit 24,8%) und Sabine Schlager (Grüne mit 19,3%) in den Landtag gewählt. Die bisherigen Abgeordneten Dietmar Schöning (FDP) und Karl August Schaal (REP) werden dem Landtag nicht mehr angehören.



Massenandrang beim Stadtlauf und umbrisch-provenzalischen Markt (22.9.96)

Opfer forderte), Ruth-Marx-Straße (jüngstes Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Tübingen), Lilli-Zapf-Straße (Autorin des ersten Buches zur Geschichte der Tübinger Juden), Gölz-

April 1996

1. Der Gemeinderat beschließt die Aufhebung der unechten Teilortswahl. Damit wird sich die Zahl der Gemeinderatsmitglieder von jetzt 59 auf zunächst

48 ab Herbst 1999 und schließlich auf 40 ab Herbst 2004 reduzieren. Außerdem beschließt er die Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Mai 1996

6. Der Gemeinderat wählt Michael Lucke zum Stadtkämmerer. Er wird damit Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Albrecht Schmid.

27. Nach 18 Wochen schließt die Renoir-Ausstellung in der Kunsthalle. Es kamen 420.000 Besucher, die 118.000 Kataloge kauften.

Juni 1996

28. Empfang auf dem Rathaus: vor 25 Jahren wurden die Gemeinden Bühl, Hagelloch, Hirschau, Kilchberg, Pfrondorf, Unterjesingen und Weilheim nach Tübingen eingegliedert. 1974 folgte Bebenhausen.

Juli 1996

6. Auf dem Platz des ersten Tübinger Gaswerks und des späteren Metropol-Filmtheaters wird ein neues Parkhaus mit 310 Parkplätzen eröffnet. Damit gibt es insgesamt 1245 Parkhausplätze in Tübingen. Vom neuen Parkhaus führt ein alter eiserner Fußgängersteg hinüber zur Blauen Brücke. Er stammt vom Bahnbetriebswerk an der Rottenburger Straße. Das Mathildienstift in der Hechinger Straße 20 besteht seit 100 Jahren. Es wurde von der Tübingerin Mathilde Weber gegründet. Heute leben dort vorwiegend ältere, alleinstehende Damen.

22. Der Gemeinderat beschließt Grundsätze zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Städte Reutlingen und Tübingen.

September 1996

22. Der zweite umbrisch-provenzalische Markt, der Stadtlauf und der verkaufsoffene Sonntag ziehen mehr als 30.000 Besucher in die Stadt.

29. Die Jakobusgemeinde bezieht ihr neues Gemeindehaus beim Salzstadel. Es handelt sich um eine umgebaute alte Scheuer.

30. Der Gemeinderat beschließt, die defizitäre Markthalle in der Schmiedtor Keller wieder aufzugeben und das Gebäude zum Verkauf auszuschreiben.

Oktober 1996

1. Gründung der „Tübinger Kulturstiftung e.V.“ Erster Vorsitzender wird Oberbürgermeister Eugen Schmid.

19. Einweihung der neuen Hauptschule Innenstadt im Schleifmühlweg (Kosten: 19 Millionen Mark).

21. Der Gemeinderat beschließt die Satzung für den Bebauungsplan Oberer Schnarrenberg. Damit werden die planerischen Voraussetzungen für die Erweiterung des Klinikums geschaffen. Dem Beschluß ging eine kontroverse Diskussion um die Frage voraus, wie weit der ökologisch wertvolle Steinenberg bebaut werden darf.

November 1996

9. Die Museumsgesellschaft feiert ihr 175jähriges Bestehen.

15. Festakt zum 25jährigen Jubiläum der Kunsthalle.

18. Der Gemeinderat beschließt den Verkauf von 461 Wohnungen an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft (GWG). Mit dem Erlös von fast 32 Millionen Mark soll der städtische Haushalt aufgebessert werden.

21. Gründung der Kommunalen Arbeitsförderungs GmbH Reutlingen-Tübingen.

Dezember 1996

3. Gedenkveranstaltung für Carlo Schmid (1896-1979) anlässlich seines 100. Geburtstages.

13. Am Stadtgraben beginnt der Abriß der Uhlandschule (von 1873) und der Hölderlinschule (von 1882).



OB Schmid radelt mit 65 noch nicht in den Ruhestand (22.3.97)

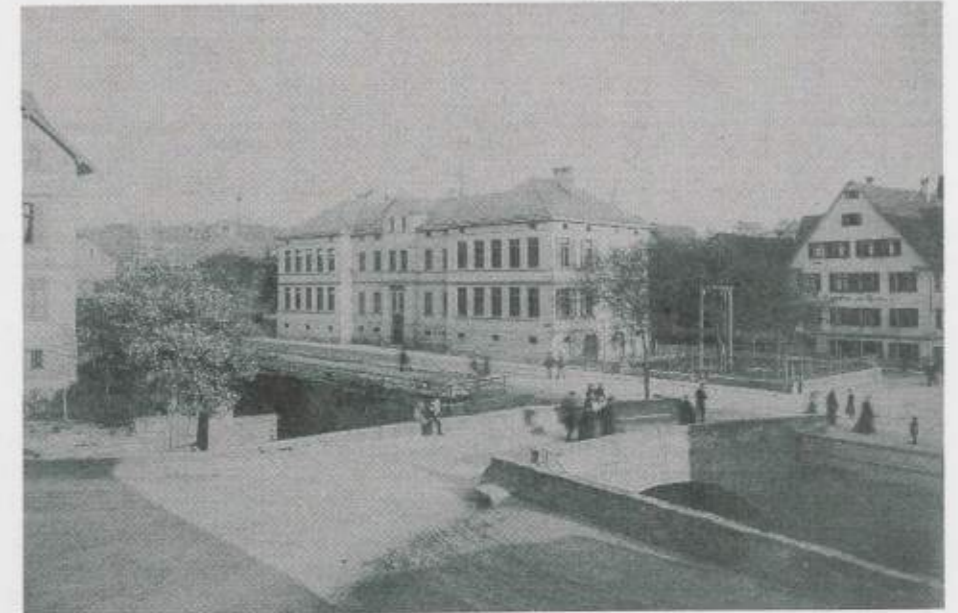
Januar 1997

1. Gründung des Eigenbetriebs Entsorgung der Stadt Tübingen (EBT). Erster Leiter wird Albert Fügler. Der bisherige Regierungspräsident Max Gögler (65) scheidet nach 22 Dienstjahren aus dem Amt. Sein Nachfolger ist Hubert Wicker.

Februar 1997

7. Der 34 Meter hohe Schornstein der ehemaligen Chemischen Fabrik Eberle in Lustnau wird gesprengt. Auf dem Firmengelände sollen Wohnhäuser gebaut werden.

17. Der Gemeinderat beschließt, die Stelle eines Wirtschaftsbürgermeisters neu zu schaffen.



Einschneidende Veränderungen am Stadtgraben: nach dem Abbruch der Hölderlinschule (im Bild um 1900) sowie der Uhlandschule soll an dieser Stelle ein zusammenhängender Gebäudekomplex errichtet werden. (13.12.96)

März 1997

22. Oberbürgermeister Eugen Schmid wird 65 Jahre alt.

April 1997

7. Beginn der in Tübingen gedrehten Fernsehserie „Katrin ist die Beste“ (SAT1).

17. Die Stadtverwaltung präsentiert sich seit heute mit einem umfangreichen Programm im WorldWideWeb. Die Internetadresse lautet www.tuebingen.de.

20. Der „Naturpark Schönbuch“ wird 25 Jahre alt.

Mai 1997

8. Eröffnung des Schloßmuseums Hohentübingen.

9. Die Künstlerin Suse Müller-Diefenbach stirbt an ihrem 86. Geburtstag.

Juni 1997

20. Festakt im Festsaal der Universität zum 150jährigen Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr Tübingen.

Juli 1997

8. Bundespräsident Roman Herzog hält anlässlich des Jubiläums „500 Jahre Rhetorik in Tübingen“ eine Rede im überfüllten Festsaal der Universität.

10. Eröffnung des 16. Tübinger Stadtfestes auf dem Marktplatz.

31. Die 40jährige Tübinger Patenschaft

zum Minenjagdboot M 1074 der Bundesmarine ist zu Ende. Das Boot wird außer Dienst gestellt.



Tübingen ist „online“ (17.4.97)

September 1997

18.-21. Umbrisch-provenzalischer Markt und Tübinger Stadtlauf. Den Abschluß bildet ein Konzert von Dieter Thomas Kuhn in der gesperrten Mühlstraße.

28. Zwischen Tübingen und Stuttgart verkehren erstmals fahrplanmäßig die

neuen NeiTec-Züge (Pendolinos) der Deutschen Bahn AG. Sie sind deutlich schneller als der bisherige Regionalexpress, weisen jedoch anfangs erhebliche konstruktive Mängel auf.

an der Reutlinger Straße treten die Tübinger Einzelhändler und ihre Angestellten in einen befristeten Streik und treffen sich auf dem Marktplatz zu einer Demonstration.



Das neue Einkaufs- und Bürocenter gegenüber der Hauptpost (Ende November 97)

30. Andreas Feldtkeller (65) geht nach 25 Amtsjahren als Leiter des Sonderamtes für Altstadtsanierung und später des Stadtsanierungsamtes (Schwerpunkt Südstadt) in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Andreas Pätz.

Oktober 1997

6. In Bühl öffnet der neue städtische Kindergarten seine Türen. Er hat 1,2 Millionen Mark gekostet.
 18. Die Kaufmännische Schule in der Primus-Truber-Straße erhält den Namen Wilhelm-Schickard-Schule.
 21. Zum 5. Mal verleihen Universität und Stadt den mit 20.000 Mark dotierten Hölderlinpreis. In diesem Jahr erhält ihn der 72jährige schweizer Dichter, Übersetzer und Kritiker Philippe Jaccottet.
 22. Der Airbus A 319 „Tübingen“ der Lufthansa ist das neue Patenflugzeug der Stadt.
 Ende Oktober ist die langjährige innere und äußere Sanierung des Museums an der Wilhelmstraße beendet.

November 1997

22. Der Biologe und berühmte Wissenschaftler Georg Melchers stirbt im Alter von 91 Jahren.
 24. Aus Protest gegen ein geplantes Einkaufszentrum auf dem Depotgelände

Ende November beziehen die ersten Geschäfte das neu erbaute „Einkaufs- und Bürocenter“ am Europaplatz gegenüber der Hauptpost.

Dezember 1997

7. Einweihung des neuen Bettenhauses der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik auf dem Tübinger Schnarrenberg.
 4. Ein großer Teil der Tübinger Studenten ist in den Streik getreten und protestiert damit gegen die schlechten Studienbedingungen an der Universität. Vom Balkon der Neuen Aula wird vor 5000 versammelten Studenten die „Bildungsrepublik Tübingen“ ausgerufen. Mit einer Reihe weiterer witziger Aktionen (Vorlesungen unter freiem Himmel, im Hallenbad oder mitten in der Nacht) werben die Studierenden um Sympathie für ihr Anliegen.

Januar 1998

Der südliche Flügel der Hauptpost wird abgebrochen. Später soll auch der westliche Flügel folgen, um dort für 45 Millionen Mark einen Büro- und Ladenkomplex zu errichten.
 29. Die Tropenklinik Paul-Lechler-Krankenhaus feiert den Abschluß einer 10jährigen Umbauzeit.

Februar 1998

9. Der Gemeinderat wählt Gerd Weimer (SPD) zum neuen Ersten Bürgermeister der Stadt Tübingen. Er wird damit Nachfolger von Gabriele Steffen, die dieses Amt in den vergangenen acht Jahre bekleidet hat. In der gleichen Sitzung wird Eugen Höschele (CDU) zum ersten Tübinger Finanz- und Wirtschaftsbürgermeister gewählt.
 24. Das Haus Collegiumsgasse 4 in der Altstadt wird bei einem Brand schwer beschädigt.

März 1998

24. Vor 500 Jahren wurde das erste Buch in Tübingen gedruckt. Das Stadtmuseum erinnert (ab dem 28. März) an dieses Ereignis mit der Ausstellung: „Tübingen – Eine Stadt des Buches 1498-1998“. Zu den Highlights der Ausstellung zählen die Bücher aus der Bibliothek Herzog Christophs, die sich ursprünglich auf Hohentübingen befanden und im Dreißigjährigen Krieg nach München verschleppt wurden.
 28. Historischer Markt in der Tübinger Altstadt.

April 1998

12. Die Eisenbahnfreunde Zollernbahn feiern das 25jährige Jubiläum ihres Vereines und haben dazu zahlreiche histori-



Winterliches Bad im Neckar: Streikende Studenten machen auf die schlechten Studienbedingungen aufmerksam. (04.12.97)

sche Dampflok aufgebauten. 40.000 schaulustige Besucher strömen trotz regnerischen Wetters in die Stadt.



Das Stadtarchiv erwirbt mit Unterstützung der Volksbank Tübingen Aufnahmen des Fotografen Paul Swirdoff und präsentiert sie in der Ausstellung: „Tübingen vor 40 Jahren“. (17.4.98)

17. Eröffnung einer Ausstellung des Stadtarchivs mit Tübingen-Fotografien von Paul Swiridoff.

Mai 1998

10. Wiedereröffnung des vor 100 Jahren erbauten Steinenbergturms, nachdem er mit den Mitteln der Tübinger Kulturstiftung renoviert werden konnte.

15. Der 1893 erbaute Tübinger Schlachthof wird geschlossen.

18. In der Gartenstraße werden Fundamentreste der 1938 zerstörten Synagoge entdeckt und freigelegt. Es entzündet sich ein Streit um ihren Erhalt. Günter Hodapp wird Leiter des Standesamtes und somit Nachfolger von Heinz Stenz, der in den Ruhestand trat.

Juni 1998

21. Die evangelischen und katholischen Südstadtgemeinden weihen bei einem Festgottesdienst ihre gemeinsame



Der Schlachthof wird geschlossen (15.5.98)

21.-27. Das Sudhaus Soziokulturelles Zentrum feiert sein zehnjähriges Bestehen.

26. Bebenhausen feiert die Gründung als selbstständige Gemeinde vor 175 Jahren.

Juli 1998

10. Die Schüler der Albert-Schweitzer-Realschule, bislang im alten Fruchtkasten an der Schmiedtorstraße untergebracht, beziehen den für 19,5 Millionen Mark erstellten Neubau (Rundling) in der Weststadt.

10./11. Hollywoods jüngster Kinohit über den Untergang der Titanic wird in Tübingen auf dem Neckar gezeigt: 2500 Zuschauer sitzen in Stockerkähnen bzw. in der Platanenallee und erleben auf einer riesigen Leinwand über dem Wasser die Schiffskatastrophe. Den Erlös der Veranstaltung erhält die Kinderklinik.

12. Fertigstellung des dritten Bauabschnitts zur Modernisierung des Tübinger Klärwerks (Kosten ca. 40 Millionen Mark).

19. Das „Haus des Handwerks“ im Handwerkerpark Aischbach wird eingeweiht.

24.-26. Erstes Tübinger Bücherfest in der Altstadt.

27. Der Gemeinderat wählt Berthold Rein zum neuen Stadtkämmerer. Er wird damit Nachfolger von Michael Lucke, der zur Stadtverwaltung Singen wechselte.

September 1998

Die Volkshochschule feiert bei einem Tag der offenen Tür ihren Umzug vom

Schwabenhaus am Neckar in die Loretokaserne der Südstadt.

17.-20. Zum umbrisch-provenzalischen Markt, zum Stadtlauf und zum verkaufsoffenen Sonntag kommen mehr als 80.000 Besucher in die Tübinger Altstadt.

Der Chroniktext wurde vom Stadtarchiv zusammengestellt

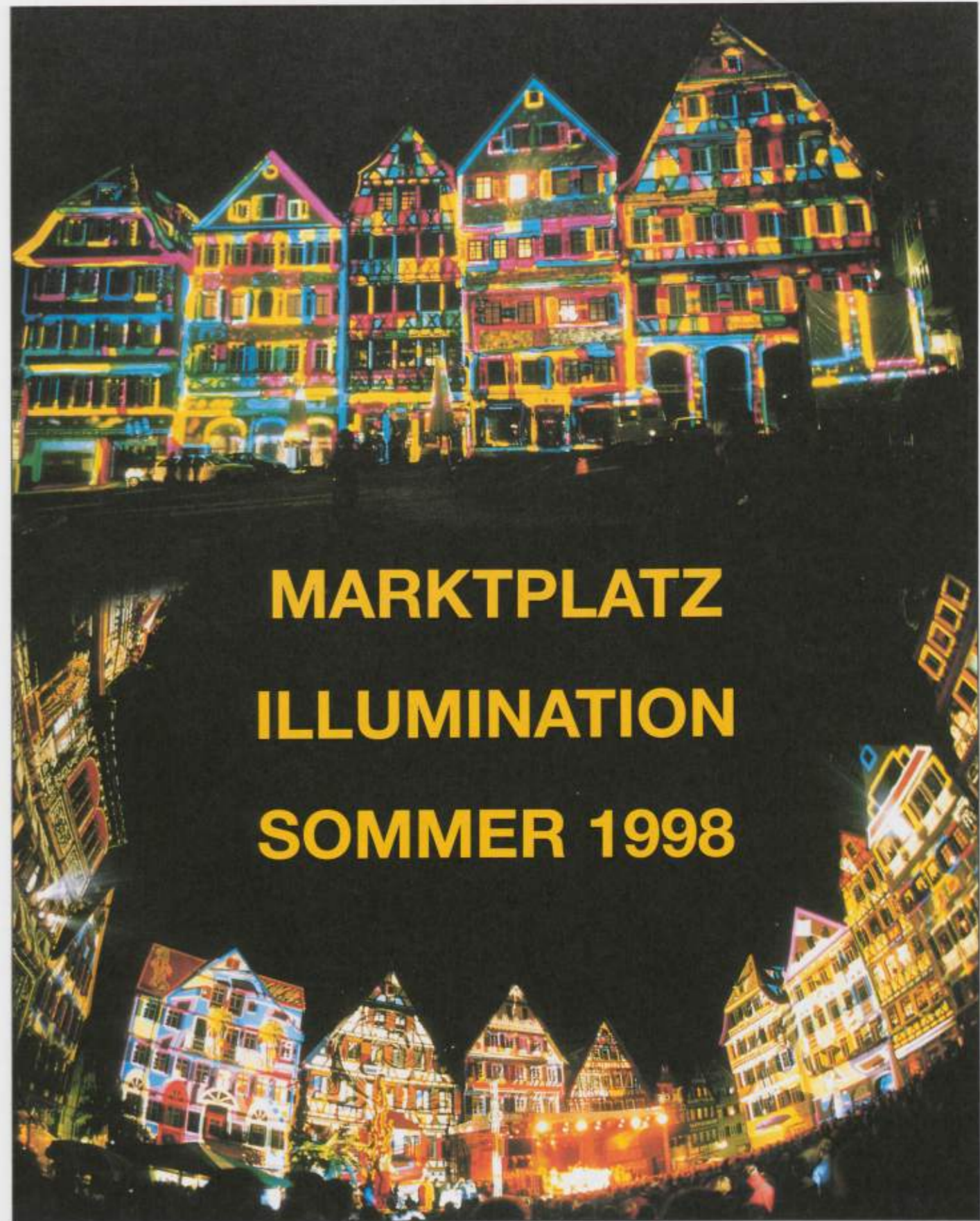
Abbildungsnachweis:

- Paul Bicheler *V (Mitte)*
- Manfred Grohe *I, VII (links), VIII, IX (oben), X, XI (links), XIV (links)*
- Helmut Maier *VII (rechts)*
- Peter Neumann *II*
- Hans Paysan *IV*
- Udo Rauch *III, V (links u. rechts), XII (oben), XIV (rechts)*
- Paul Sinner *VI (rechts), XI (oben)*
- Erich Sommer *XII (unten)*
- Paul Swiridoff *XIII*



Eröffnung des renovierten Steinenbergturms (10.5.98)

„Kirch' am Eck“ auf dem Gelände der ehemaligen Hindenburgkaserne ein.



DEZERNATSVERTEILUNGSPLAN (vor Mai 1998)

Geschäftskreis des Oberbürgermeisters (Geschäftskreis I) Oberbürgermeister Dr. Schmid	Geschäftskreis der Ersten Beigeordneten (Geschäftskreis II) Erste Bürgermeisterin Steffen	Geschäftskreis des Zweiten Beigeordneten (Geschäftskreis III) Bürgermeister Mezger
Wahrnehmung der Aufgaben des Oberbürgermeisters	Ständige allgemeine Stellvertreterin des Oberbürgermeisters	Allgemeiner Stellvertreter des Oberbürgermeisters im Falle der Verhinderung der Ersten Beigeordneten
Hauptamt Personalamt Rechnungsprüfungsamt Stadtkämmerei Liegenschaftsamt Rechtsamt Frauenbeauftragte	Ordnungsamt Standesamt Schul- und Sportamt Kulturamt Sozialamt Eigenbetrieb Altenhilfe Tübingen	Stadtplanungsamt Stadtsanierungsamt Baurechtsamt Hochbauamt Tiefbauamt Stadtvermessungsamt Eigenbetrieb Stadtbaubetriebe Tübingen Eigenbetrieb Entsorgungsbetrieb Tübingen Umweltbeauftragte

DEZERNATSVERTEILUNGSPLAN (Mai 1998)

Geschäftskreis des Oberbürgermeisters (Geschäftskreis I) Oberbürgermeister Dr. Schmid	Geschäftskreis des Ersten Beigeordneten (Geschäftskreis II) Erster Bürgermeister Weimer	Geschäftskreis des weiteren Beigeordneten (Geschäftskreis III) Finanz- und Wirtschaftsbürgermeister Höschele	Geschäftskreis des weiteren Beigeordneten (Geschäftskreis IV) Baubürgermeister Mezger
Wahrnehmung der Aufgaben des Oberbürgermeisters	Ständiger allgemeiner Stellvertreter des Oberbürgermeisters	Allgemeiner Stellvertreter des Oberbürgermeisters im Falle der Verhinderung des Ersten Bürgermeisters	Ständiger Vertreter des Oberbürgermeisters im Falle der Verhinderung des Ersten Bürgermeisters und des Finanzbürgermeisters
Hauptamt Personalamt Rechnungsprüfungsamt Rechtsamt	Ordnungsamt Standesamt Schul- und Sportamt Kulturamt Sozialamt	Stadtkämmerei Liegenschaftsamt Eigenbetriebe	Stadtplanungsamt Stadtsanierungsamt Baurechtsamt Hochbauamt Tiefbauamt Stadtvermessungsamt



Platanenallee und Neckarfront: Die Tübinger "Schokoladenseite" aus der Vogelschau

Allgemeiner Teil

Neuer Ehrenbürger Adolf Theis

Ein Jahrzehnt lang ließ sich die Stadt Tübingen Zeit, bis sie eine weitere Persönlichkeit auf das Schild ihrer Ehrenbürger hob: Als der Präsident der Eberhard-Karls-Universität im Frühjahr 1995 in den Ruhestand trat - die Präsidialverfassung an der Universität war mit seinem Amtsantritt vor über 22 Jahren eingeführt worden -, verlieh ihm der Gemeinderat in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um Stadt und Universität das Ehrenbürgerrecht.



Neuer Ehrenbürger: Adolf Theis

25 Jahre Eingliederung

Im Sommer 1996 konnte die Stadt auf die ein Vierteljahrhundert zuvor vollzogene Eingliederung der Umlandgemeinden Bühl, Hagelloch, Hirschau, Kilchberg, Pfrondorf, Unterjesingen und Weilheim im Rahmen der landesweiten Gemeindegebietsreform zurückblicken; Bebenhausen folgte diesem Schritt im Jahr 1974. Die Stadt würdigte dieses in ihrer neueren Geschichte wichtige Ereignis in einem gros-

sen Rathausempfang für die aktiven und ehemaligen Mitglieder des Gemeinderates und der Ortschaftsräte am 28. Juni 1996. Oberbürgermeister (nachfolgend) und Ortsvorsteher/innen zogen Bilanz über die 25 Jahre Gemeinsamkeit:

Ansprache des Oberbürgermeisters: "Im Vorfeld eines Ereignisses, das daran erinnern soll, warum und wie sich vor 25 Jahren die kommunalpolitische Landschaft rings um uns herum verändert hat, wie also Dörfer zu Städten oder wie alten Gemeindefürsorge neue übergestülpt wurden, da können neben den zufriedenen die kritischen, klagenden, auch resignativen Stimmen nicht ausbleiben. Viel zu einschneidend war die Gemeindereform in Baden-Württemberg, als daß sie eine Generation später hätte vergessen sein kön-

wurden, nicht alle vernarrt. Wie könnte dies auch sein, wo solches doch nicht einmal in Lustnau und Derendingen der Fall ist, die beide immerhin schon vor rund 60 Jahren zwangsweise in die Stadt eingegliedert worden sind?

Dieser Stimmung waren sich alle bewußt, die den heutigen Empfang initiierten und die ihn zu verantworten haben, die Damen und Herren Ortsvorsteher ebenso wie meine Mitarbeiter. Ob solches Gedenken angebracht oder unangebracht sei, darüber wurde vor Wochen ernsthaft bei und mit mir gesprochen; am Ende neigte sich die Waagschale deutlich zugunsten der Befürworter, allerdings in dem Sinne, daß es keine Jubelfeier geben möge, sondern eine Veranstaltung, die der nüchternen Besinnung dienen soll.

Die reformerischen Schlagworte für die Neumodellierung der kommunalen Landkarte Baden-Württembergs vor 25 Jahren hießen: Die Verwaltung sollte auf allen Ebenen an die gewandelten Strukturen der Gesellschaft angepaßt werden; sie sollte sich an den Aufgaben der Zukunft ausrichten; sie sollte durch Aufgabenverlagerungen nach unten bürgernäher werden. Insbesondere sollten die Verwaltungskraft und Leistungsfähigkeit auf der Gemeindeebene durch Schaffung von Verwaltungseinheiten verbessert werden, die nach Einwohnerzahl und Gebietszuschnitt die Aufgaben der Gemeindeverwaltung eigenverantwortlich und funktionsgerecht erfüllen, namentlich in der Leistungsverwaltung die Infrastruktur in ihrem Bereich sinnvoll planen und verwirklichen können.

Gegen solch hochkarätig abstrakte Formulierungen war nichts und ist nie etwas einzuwenden; sie sind Teil der ewigen Politwahrheiten. Doch klopft man sie auf ihren sachlichen Gehalt ab, wird schnell deutlich, wie hohl sie klingen. In Wirklichkeit entsprach die Reform ganz einfach dem damaligen Zeitgeist, und umgesetzt wurde sie beileibe nicht kraft Überzeugung und Vernunft, sondern ausschließlich mit den bewährten Mitteln von Zuckerbrot und Peitsche. Gelegentliche Bedenken, woher Stuttgart das versprochene Geld nehmen wolle, waren in den Wind gesprochen, übrigens zurecht, wenn man weiß, daß das Land damals noch beinahe schuldenfrei war, heute aber mit knapp fünfzig Milliarden in der Kreide steht.



25 Jahre Gemeindereform: Ansprache des Oberbürgermeisters

Die Verwaltungsreform vor 25 Jahren ist ein Beispiel dafür, daß das "Wirtschaftswunder" nicht nur im Bereich der Ökonomie ein neues Bewußtsein und neue Strukturen bewirkte; nach dem Prinzip, daß die Wirtschaft unser Schicksal ist, veränderte es auch das politische Denken. Man glaubte allüberall immer mehr an die "großen Einheiten" und an deren angeblich höhere Effizienz. Dieser Stimmung, diesem Zeitgeist also, konnte sich niemand entziehen. So kam es in den fünfziger und sechziger Jahren nicht nur zu den Großraumbüros und Supermärkten, sondern auch zur "Konzeption der Landesregierung für die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg."

Der Zeitgeist ist aber nun einmal kein Weltgeist, sondern immer nur der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich spiegeln. Schon damals gab es gegen ihn mehr oder weniger laute Stimmen. In einer Bürgerversammlung etwa polemisierte ein Teilnehmer gegen das "Denken im großen Verband" und fürchtete um die Demokratie. Solche Stimmen wurden später und werden heute auf den einfachen Nenner gebracht: small is beautiful, das Kleine ist das Feine. Ausdruck dafür sind übrigens schon die Formulierungen in den Eingliederungsverträgen, daß nämlich bei allem Bestreben, die Lebensverhältnisse innerhalb der neuen großen Gebilde zu vereinheitlichen, sich also am höchsten Standard zu orientieren, doch die kulturel-

le Eigenart der Einzelorte bewahrt bleiben soll. Heute ist der Widerstand gegen den Glauben an die Macht der "großen Einheiten" noch weit stärker zu spüren, etwa im europäischen Einigungsprozeß, in dem die Regionen neben den Staaten immer bedeutender werden, oder im Zerfall großer staatlicher Strukturen wie etwa der Sowjetunion oder Jugoslawien. Es zeigte sich, daß die gewachsene kulturelle Identität allemal ein mächtigeres und dauerhafteres Bindungs- und Strukturelement für eine Gemeinschaft ist, als irgend eine gewillkürte politische Einheit, und daß die Politik nie daran vorbeikommt, darauf Rücksicht zu nehmen, wenn sie den sozialen Frieden bewahren will.

Allerdings ist es heute müßig, über das Für und Wider der Gemeindereform noch länger zu räsonieren; sie ist vollzogen, die Politik hat mit ihr zu leben, und wir alle müssen gemeinsam versuchen, für die Zukunft das Beste aus ihr zu machen. Anders als in manch andern Reformgemeinden des Landes, kann sich die bisherige Tübinger Bilanz, so meine ich, durchaus sehen lassen. Ich will dies, hoffentlich ohne den Damen und Herren Ortsvorstehern vorzugreifen, mit einigen Stichworten und persönliche Bemerkungen belegen. Von Anfang an waren mir die neuen Stadtteile gleichsam als Vielfalt in der Einheit mit auf meinen Amtsweg gegeben. Für mich war Tübingen nie nur der traditionelle Kern mit Derendingen und Lustnau und

dem jungen Waldhäuser-Ost, sondern immer auch die eigenständig geprägte, selbstbewußt empfindende neue Peripherie im Neckartal, im Ammertal und im Schönbuch. Da ich ebenfalls in einem dörflichen Kosmos groß geworden bin, hatte ich keine menschlichen, sozialen oder kulturellen Schwellen zu überwinden, um mich mit den Sorgen und Nöten, den Wünschen und Hoffnungen der neuen Stadtteile vertraut zu machen. Das war eine gute Basis für ein Miteinander und sie stützte das Zusammenwachsen dessen, was neu zusammengefügt worden war, als es galt, die Zusagen inhaltlich und zeitlich einem realistischen Maß anzupassen; dabei denke ich an die bauliche Entwicklung ebenso wie an die vielen Bäder, die, da sie nicht gebaut wurden, heute nicht geschlossen werden müssen.

Angenehm empfinde ich auch die weitgehende Kontinuität in den Personen der Damen und Herren Ortsvorsteher. Manche von denen, die heute noch dabei sind, waren schon vor 25 Jahren in der einen oder andern Funktion in den damaligen aufgewählten Entscheidungsprozeß eingebunden. Das spricht für politische Leidenschaft ebenso wie für Verantwortungsbewußtsein und dies in einem Amt, das Lust und Frust durchaus zu paaren weiß. Insoweit kann wiederum von einem Tübinger Glücksfall gesprochen werden: man kennt sich lange, weiß sich zu schätzen und einzuschätzen. Der Sache hat dies bisher gutgetan. Mancher, nicht jeder, potentielle Streit endete, bevor er real wurde; spektakulär ist das nicht, umso mehr aber verträglich.

Ich erinnere mich der vielen Bürgerversammlungen in allen acht neuen Stadtteilen, in denen Jahr für Jahr peinlich genau die Eingliederungsvereinbarungen bilanziert wurden. Das Liegenschaftskonto wurde gegengerechnet, das Geld, das den neuen Stadtteilen vertraglich zustand, aufgelistet und die öffentlichen Einrichtungen, die versprochen waren, wurden aufgezählt. Inzwischen ist dieser einst ritualisierte Themenkomplex längst abgehakt. Wer spricht noch von diesen Bilanzen, die übrigens für sich selbst gesprochen haben?

Die Vielfalt in der Einheit habe ich apostrophiert. In der Praxis bereitet diese schöne Metapher mehr Tücken als in Sonntagsreden. Zwei Beispiele will ich nennen, in denen sich der Gemeinderat auf Vorschlag der Verwaltung und der Ortschaf-

ten bewußt zur Vielfalt bekannte: Der Beschluß über die Zonengeschwindigkeit überließ den Ortschaftsräten die Entscheidung, ob "Tempo 30" in den Stadtteilen eingeführt werden soll oder nicht. Diese Delegation ist, ich weiß, durchaus problembehaftet, verlagert sie doch einen gesellschaftlichen Streit, der in Teilen zum Glaubenskrieg wurde, nämlich den ums Auto, in die Kompetenz der einzelnen Stadtteile. Weit weniger Schwierigkeiten bereitete der zweite Fall, der die Ortsbildsatzungen betraf; sie wurden vom Gemeinderat für die Stadtteile beschlossen, die sie wollten, wo nicht, blieben die Stadtteile ortsbildsatzungsfrei. Bis heute ist diese Entscheidung eine für mich rundum gelungene Lösung, mag auch mancher Stadtplaner oder Heimatpfleger deswegen Trauer tragen.

Schließlich ist Tübingen, eine traditionell auf Universität und Behörden fixierte Stadt, durch die neuen Stadtteile auch kulturell bereichert worden. Das ließe sich an vielen Beispielen verdeutlichen, an den Vereinen, den Kirchen oder den Baudenkmalen, die denen des ehemaligen Tübingen hinzugefügt wurden. Eines dieser Beispiele sei konkret benannt: die Fasnet findet nicht mehr nur in Bühl und Hirschau, sondern auch auf dem Tübinger Rathaus, dem Marktplatz und neuerdings sogar in Gestalt eines Umzugs in den Straßen und Gassen der Altstadt statt. Vornehm würde ein solches Phänomen heutzutage und in dieser Stadt Paradigmenwechsel genannt.

Wie sieht die Zukunftsperspektive aus? Manche träumen von einem Weg zurück in die Vergangenheit. Es wird ihn realistischere nicht geben, weil die Politik an einer solchen Revision zerbrechen würde und weil, bei allem verständlichen Nörgeln und Nachkarten von einzelnen, die Reform im großen und ganzen von der Bevölkerung inzwischen akzeptiert ist.

Bei dieser Aussage ist mir durchaus bewußt, daß es in den nächsten Jahren für alle Beteiligten politisch schwieriger werden wird als es bisher war und daß deshalb neue Spannungen entstehen können. Die derzeitige und die überschaubare wirtschaftliche Entwicklung hat nämlich zur Folge, daß die öffentlichen Einnahmen stagnieren oder sogar schrumpfen. Deshalb werden künftig weniger Wünsche erfüllt werden können als in der Vergangenheit. Diese Wohlstandswende aber trifft nicht nur die neuen Stadtteile, sondern

uns alle und muß solidarisch getragen und ertragen werden. Ich bin guten Mutes, daß wir das meistern werden, wenn nicht, ist uns nicht zu helfen.

Offen ist, wie sich die soeben vom Gemeinderat beschlossene Abschaffung der unechten Teilortswahl auswirken wird. Ich bleibe dabei, daß diese Entscheidung richtig und notwendig war, weil dieses baden-württembergische Unikum in der Summe mehr Nachteile als Vorteile hat und in Tübingen hatte. Und ich weise auch noch einmal ausdrücklich auf die vorrangige Bedeutung der Ortschaftsverfassung für die Wahrung der Interessen der Stadtteile hin und fordere alle Beteiligten auf, stets die notwendige Sorgfalt im Umgang mit dieser Ortschaftsverfassung zu beachten. Geschieht dies, braucht auch hier vor der Zukunft, die insoweit übrigens erst im nächsten Jahrtausend beginnen wird, niemand Bange zu sein.

Letztlich wird das weitere gedeihliche Miteinander davon abhängen, daß sich immer wieder Bürgerinnen und Bürger finden, die bereit sind, im Gemeinderat und in der Ortschaftsräten Verantwortung zu übernehmen und dabei über allen Einzelinteressen das Ganze nicht vergessen. Die richtige gesamtstädtische Balance zu halten und immer wieder neu zu finden, bleibt eine anspruchsvolle Daueraufgabe und eine stete politische Herausforderung.

Ich danke allen, die in den letzten 25 Jahren in diesem Sinne an dem Gemeinschaftswerk mitgearbeitet haben, einem Werk, das, in historischen Dimensionen gedacht, ein bißchen ein solches der Vergangenheit, weit mehr aber ein solches der Zukunft ist".

Empfänge für Gäste der Stadt

Einträge im Goldenen Buch

Tag des Empfangs	Gast
08.05.1991	Dr. Arpad Göncz, Präsident der Republik Ungarn
	Erwin Teufel, Ministerpräsident
30.09.1992	Frieder Birzele Innenminister
06.11.1992	Prof. Dr. Türkan Akyol Türkische Staatsministerin
23.04.1993	Dr. Richard von Weizsäcker Bundespräsident
03.06.1993	Ignatz Bubis Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland
27.04.1994	Bülent Ecevit früherer türkischer Ministerpräsident
08.07.1997	Prof. Dr. Roman Herzog Bundespräsident



Eintrag ins Goldene Buch: Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog

Schlank und effizient

Die Stabsstelle Verwaltungsreform

Wie bei (fast) allen Kommunen des Landes, hat die dramatische Entwicklung der Finanzen auch in Tübingen zu Diskussionen geführt, ob und wie neben den vielfältigen Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung eine Neustrukturierung der Verwaltung nach dem Neuen Steuerungsmodell der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung des Deutschen Städtetages) wieder nachhaltig politischen Handlungsspielraum schaffen kann. Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid hat im Juli 1994 hierfür eine ihm unmittelbar zugeordnete Stabsstelle Verwaltungsreform eingerichtet und ihr folgende wesentlichen Aufgaben übertragen:

1. Umbau der Verwaltung zu einem schlanken und effizienten Dienstleistungsunternehmen
2. Mitarbeit an der Erstellung eines umfassenden Haushaltskonsolidierungskonzeptes.

Mit Beschluß vom 17. Oktober 1994 stimmte der Gemeinderat der generellen Zielrichtung zur Reform der Verwaltung zu. Für die Begleitung des Prozesses wurde eine Strukturkommission gebildet, in der die Fraktionen des Gemeinderates vertreten waren.

Die Stabsstelle Verwaltungsreform, geleitet von Michael Lucke (stv. Leiter der Stadtkämmerei, ab Juli 1996 Stadtkämmerer) mit den Mitgliedern Richard Heß (Leiter der Organisationsabteilung beim Hauptamt), Wilfried Raiser (stv. Leiter des Ordnungsamtes) und Albert Füger (Leiter des Tiefbauamtes), nahm ihre Arbeit unter der Prämisse auf, den Umgestaltungsprozeß gemeinsam mit den Ämtern voranzubringen und sah ihre Aufgabe hauptsächlich darin zu initiieren, zu moderieren und zu koordinieren. Die Verwaltungsreform sollte sich in vielfältigen Projekten in den Ämtern, aber auch amts- und dezer-natsübergreifend, von unten nach oben (bottom up-Prinzip) entwickeln. Begleitet von den Grundsätzen des Oberbürgermeisters, die in erster Linie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor betriebsbeding-

ten Kündigungen schützen, andererseits aber die aktive Mitarbeit und die notwendige Flexibilität beim Umgestaltungsprozeß einfordern, konnten in über 50 Projekten kleine und große Schritte hin zu einem schlanken und effizienten Dienstleister Stadtverwaltung getan werden.

Mit der Bildung von drei Eigenbetrieben, der Einführung der Budgetierung von Sach- und Personalkosten für die Ämter und Dienststellen im Zuge der dezentralen Ressourcenverantwortung und vier Pilotprojekten zur Kosten- und Leistungsrechnung (Hausdruckerei, Stadtvermessungsamt, Daten- und Kommunikationstechnik sowie Lohn- und Gehaltsabteilung) wurden die Grundlagen zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit in den Ämtern und Dienststellen geschaffen. In begleitenden Fortbildungsmaßnahmen, überwiegend in Inhouse-Seminaren, wie zum Beispiel zur Projektorganisation, zu Grundlagen der Betriebswirtschaft, aber auch zu Zielefindung und Zeitmanagement, wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Führungskräfte auf die Verwaltungsreform vorbereitet.

Die Stabsstelle Verwaltungsreform entwickelte auch eine Vision für die neue Aufbauorganisation der Stadtverwaltung. Die wesentlichen Elemente dieses sogenannten Fachbereichsmodells sehen vor, die bestehenden 17 Ämter in 9 Fachbereiche produktorientiert zusammenzufassen und eine Entscheidungsebene durch Zusammenlegen der bisherigen Dezernats- und Amtsleitungsebene ersatzlos zu streichen. Die Erstellung eines Kataloges mit 9 Bereichen, 63 Gruppen und 235 Produkten sollte Grundlage für die Neustrukturierung der Verwaltung sein, mit dem Ziel, der Bürgerschaft ein Produkt aus einer Hand anbieten zu können. In kontroverser Diskussion innerhalb der Verwaltung und Entwicklung von Alternativmodellen von Personalrat, ÖTV-Betriebsgruppe, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und durch eine Querdenkergruppe, die von der Stabsstelle initiiert und ihre Arbeit kritisch begleiten sollte, konnte jedoch bis heute kein Konsens gefunden werden. Der Gemeinderat hat in seiner Entscheidung im Jahre 1997, eine zusätzliche Beigeordnetenstelle für einen Finanz- und Wirtschaftsbürgermeister zu schaffen, den angestrebten Abbau einer Hierarchieebene konterkariert. Dennoch bleibt die Zielrichtung, größere Organisationsein-

heiten innerhalb der Verwaltung als Voraussetzung für eine dezentrale Ressourcenverantwortung zu schaffen. Bei jeder Personalentscheidung auf Amtsleitungsebene wurden organisatorische Maßnahmen in dieser Richtung untersucht und wenn möglich umgesetzt. Die Auflösung des Bauverwaltungsamtes machte den Anfang. Weitere Zusammenlegungen und Neuorganisationen, wie beispielsweise beim Hauptamt und Personalamt, beim Liegenschaftsamt und der Stadtkämmerei, oder auch im technischen Bereich bei den Bauämtern, sind nicht nur verwaltungsintern angedacht, sondern stehen schon in der gemeinderätlichen Diskussion. Hervorzuheben ist auch der bikommunale Versuch der Städte Reutlingen und Tübingen, eine gemeinsame Organisation der Rechnungsprüfung zu finden. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat zwischenzeitlich den Auftrag, Modelle gutachterlich zu untersuchen.

Selbstkritisch bleibt anzumerken, daß es der Stabsstelle Verwaltungsreform nicht gelungen ist, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch oder gerade auf der Führungsebene, für diese in die bisherigen Strukturen der Verwaltung einschneidende Reform zu gewinnen. Eine Projektstudie mit externer Beratung hat gezeigt, daß die vielfältigen Widerstände in der mangelnden Akzeptanz und Sinnfälligkeit der einzelnen Maßnahmen zu suchen sind, oder aber schlicht beim nicht durchgängigen Informationsfluß zu den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ein Handbuch für die Verwaltungsreform, in der EDV eingestellte und abrufbare Informationen von der Stabsstelle zu einzelnen Projekten und das Mitteilungsblatt für alle Beschäftigten der Stadtverwaltung als Informationsforum haben wohl nicht ausgereicht. Dennoch hat sich ein Klima der Reform in der Denkweise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickelt. Die kritische Auseinandersetzung mit den künftigen Aufgaben der Stadt und mit dem, was jeder an seinem Arbeitsplatz tut, betriebswirtschaftliches Denken und Kostenbewußtsein und die Bereitschaft, flexibel auf Veränderungen zu reagieren, aber auch die Erkenntnis, daß diese Verwaltungsreform in ihrer Evolution und Dynamik unumkehrbar ist, sind unverkennbar.

Die Stabsstelle Verwaltungsreform hält an ihrem Ziel fest:

Wir wollen eine moderne Stadtverwaltung schaffen, die ihre Ziele, ihr Handeln konse-

quent an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichtet, nach betriebswirtschaftli-

chen Gesichtspunkten geführt und über politische Zielsetzungen gesteuert wird.



Um den Haushalt zu sanieren muß man die Guillotine schmieren

Zeichnung: Buchegger

In der Verwaltung etabliert

Die Frauenbeauftragte

In zehn Jahren Frauenförderung hat die Frauenbeauftragte im Spannungsfeld der Verwaltung und der Öffentlichkeit einen festen Platz besetzt. Themen wie die berufliche Förderung von Frauen, Gewalt gegen Frauen und Mädchen aber auch Mädchenarbeit in der Jugendhilfe standen ebenso auf der Tagesordnung wie Stadtplanung und Frauenkultur in Tübingen. In Zusammenarbeit mit den Organisationen und Verbänden wurde ein gutes Netzwerk ausgebaut. Nicht Alleingang, sondern Bündelung und Differenzierung der unterschiedlichen Interessen und Ziele sind angesagt.



Gewußt wo.. wann.. wie..

Berufliche Frauenförderung

Frauenförderpläne sind ein Instrument in der Personalpolitik, mit dem der nachhaltigen Benachteiligung von Frauen im Berufsleben entgegengewirkt wird. Bereits 1990 begannen die verwaltungsinternen Vorarbeiten zum Frauenförderplan. Die erste differenzierte Beschäftigtenanalyse belegt die klassische Pyramide in den Beschäftigungsverhältnissen von Frauen und Männern: Männer arbeiten in Führung

und Leitung, Frauen maßgeblich in Bereichen, wo zugearbeitet und nicht entschieden wird. Im Januar 1991 wird dem Gemeinderat der Entwurf über den Abschluß einer Dienstvereinbarung "Frauenförderplan für die Stadtverwaltung Tübingen" zur Entscheidung vorgelegt. Die von der Verwaltung vorgesehene Quotierung - ein Novum in Baden-Württemberg - wird jedoch zurückgestellt, bis das Bundesverfassungsgericht über Quotierungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst entscheidet. Der Personalrat kündigt sein Veto an, sollte eine Quotierung beschlossen werden. Noch 5 Jahre später, lautet das Resümee der Frauenbeauftragten im Bericht zum Frauenförderplan: "Die Veränderungen für Frauen bewegen sich nach wie vor im Tempo einer Schnecke." Es wird deutlich, daß Frauen noch nicht die Sterne vom Himmel holen - aber immerhin Bewegung im Geschlechtergefüge zu verzeichnen ist: Bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl hat sich der Anteil der Frauen insgesamt erhöht; die Schnittstellen in der Besoldung entwickeln sich langsam nach oben. Im Gegensatz zum ersten Bericht befinden sich in der Zwischenzeit mehr Frauen in der mittleren Führungsebene. Auch ist erfreulich, daß mehr Frauen relativ zügig aus dem Erziehungsurlaub zurückkehren, um ihren beruflichen Werdegang nicht länger zu unterbrechen. Im Februar 1997 fungiert die Stadt Tübingen wiederum als Vorbild und schließt als erste Einrichtung des öffentlichen Dienstes in Tübingen eine "Dienstvereinbarung gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz" ab. Die Reaktionen und das große Interesse anderer behördlicher Einrichtungen zeigen, daß die Initialzündung wirkt. Ein wesentliches Ziel kommunaler Frauenpolitik wird damit erreicht.

Um die kommunale Vorbildfunktion für die Wirtschaft zu unterstützen, werden verschiedenste Aktivitäten und Organisationsformen entwickelt. So bildet im Mai 1995 die Veranstaltungsreihe "Betriebliche Frauenförderung - Frauen auf dem Weg nach oben" Auftakt und Einstieg zum Themenkomplex "Frauenförderungsmaßnahmen in Tübinger Betrieben". Die von der Stadtverwaltung umgesetzten Leitlinien zur Frauenförderung werden den Betrieben vorgestellt. Diese sollen prüfen, inwieweit die Leitlinien auf die betrieblichen Gegebenheiten übertragen werden können. Gleichzeitig werden die Leitlinien

bereits existierenden Modellen anderer Wirtschaftsunternehmen gegenübergestellt. Die Kampagne mündet im Juli 1995 in eine Fachtagung "Frauenförderung in kleinen und mittleren Betrieben", an dem eine Vielzahl Tübinger Betriebe beteiligt sind. Die Fachtagung stößt auf großes Interesse.

Auch in anderen Feldern der beruflichen Frauenförderung setzen Maßnahmen und Initiativen der Frauenbeauftragten an. So beschäftigt sich zum Beispiel im Dezember 1991 die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbeauftragten Baden-Württemberg in ihrem ersten landesweiten Gemeinschaftsprojekt "Mädchen machen Nägel mit Köpfchen" mit dem Berufswahlverhalten von Mädchen. Diese Ausstellung wird an Tübinger Schulen in enger Kooperation mit dem Arbeitsamt und anderen Trägern gezeigt und provoziert eine kritische Haltung bei der Berufswahl von Mädchen.

Eine andere Facette beruflicher Frauenförderung bildet die Initiative "Wege zum Ziel: Frauen gründen eine Existenz" der Frauenbeauftragten im Herbst 1994, die von der Ersten Bürgermeisterin Gabriele Steffen maßgeblich unterstützt wird. Selbstständigkeit - für Frauen ein Wort mit vielerlei Bedeutung. Aufgrund ihrer Biographie bringen Frauen viele Kompetenzen und wettbewerbsorientierte Vorteile mit und dennoch: der Schritt in die Selbstständigkeit wird ihnen nicht leicht gemacht. Diese Initiative führt 1995 zur Gründung des Vereins "Frauenwirtschaftswunder e. V.", ein Netzwerk von Existenzgründerinnen. Dieser Verein organisiert auf Initiative und in Kooperation mit der Frauenbeauftragten den ersten Existenzgründerinnentag.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist Ausdruck der patriarchalen Kultur und dokumentiert das Unterordnungsverhältnis von Frauen unter Männer. Im Oktober 1991 wird auf Initiative der Frauenbeauftragten die Infobörse "Gewalt ist auch..." als Aktion des Arbeitskreises Gewalt gegen Frauen und Mädchen organisiert. Sie stellt eine neue Form der Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Themenbereich dar. Im März 1993 wird das Thema "Gewalt gegen Frauen und Mädchen" ein Stachel

in der Idylle der "Ausstellung für die Familie (fdf)": Publikumswirksame Arbeit für jede Frau und jeden Mann an einem eher ungewöhnlichen Ort. Informationen, auch als Infobroschüre oder in Gesprächen, zeigen an vielen anderen Anknüpfungspunkten der Arbeit der Frauenbeauftragten ihre Wirkung!



Ein Ort für Öffentlichkeitsarbeit: die "fdf"

Einen ganz anderen Zugang zum Thema sexuelle Gewalt an Mädchen beschreitet die Frauenbeauftragte im November 1995 mit der Erarbeitung eines Präventionskoffers, zusammengestellt von Fachfrauen aus Beratung und Schule. Damit wird dem Anliegen zur Umsetzung von Präventionsmaßnahmen gegen sexuelle Gewalt an Mädchen in Schule und Unterricht Rechnung getragen. Durch die Bereitstellung gezielter Materialien wird Lehrkräften übersichtlich und kompakt ein Thema aufgezeigt, das für sie selbst Neuland darstellt.

Die Einsicht in die Notwendigkeiten präventiver Maßnahmen reicht jedoch nicht aus, im Oktober 1996 die Verhandlungen im Landkreis Tübingen über die Regelfinanzierung der Beratungsstelle für Mädchen der Tübinger Initiative Mädchenarbeit (TIMA), zu einem positiven Ergebnis zu führen. Die Landkreisverwaltung argumentiert - allen vorliegenden Erkenntnissen aus Praxis und Forschung zum sexuellen Mißbrauch an Mädchen zum Trotz - gegen eine ausgewiesene parteiliche Arbeit für Mädchen. Ein herber Rückschlag für die Mädchenarbeit in Tübingen,

für die Betroffenen ein gravierender Einschnitt in die Angebotsstruktur, für die Frauenbeauftragte die schwerwiegendste Niederlage ihrer Amtszeit! Die Stadt Tübingen erhält ihre finanzielle Förderung aufrecht und gewährleistet damit die Weiterarbeit der Kontakt- und der Informationsstelle der TIMA.

Beratung als Spiegelbild kommunaler Gleichstellungspolitik

Nicht zuletzt erfährt die Frauenbeauftragte Mißstände, Probleme und Bedürfnisse der Bürgerinnen vor Ort aus den Anliegen, mit denen Bürgerinnen und Beschäftigte der Verwaltung an die Frauenbeauftragte herantreten. Dadurch wird sie mit den unmittelbaren Auswirkungen von gesetzlichen Bestimmungen konfrontiert, die ohne den Blick auf die Frauen erlassen werden.

Benachteiligungen bei der Wiederaufnahme der Berufstätigkeit nach der Familienphase oder von Banken bei der Existenzgründung; Gewalt in der Ehe oder sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz; Kündigungsschutz oder Berufsplanung von ausländischen Frauen - Themen, die den Beratungsalltag des Frauenbüros bestimmen. Das Büro der Frauenbeauftragten ist 'Umschlagplatz' von vielfältigen Informationen, die an Ratsuchende persönlich, telefonisch oder schriftlich weitergegeben werden. Individuelle Probleme einzelner Frauen zeigen sich dabei als strukturelle Benachteiligung von Frauen, die viele trifft.

Die Beratungsarbeit der Frauenbeauftragten ist ganz konkrete Einzelarbeit von Frauen für Frauen. Für Frauen ist es wichtig, Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Interessen sowie ein Spektrum an Handlungsmöglichkeiten mit auf den Weg zu bekommen. Die Frauenbeauftragte bietet dazu den notwendigen Rahmen. Das in den vergangenen 10 Jahren gut ausgebaute Netz an Organisationen und Einrichtungen von Frauen für Frauen beläßt die Beratungsarbeit der Frauenbeauftragten dabei überwiegend in ihrer Vermittlerinnenfunktion, die sie einzunehmen hat.

Kommunalpolitik, Landespolitik, Bundespolitik ...

Gleichberechtigung zu verwirklichen, endet nicht an den Grenzen einer Stadt. Ob der Wiedereinstieg von Frauen im Berufsleben oder die Altersarmut von Frauen, die sich in den kommunalen Haushaltöpfen der Sozialhilfe niederschlägt - Aufgabebereiche der Frauenpolitik, in denen weitreichende Forderungen umgesetzt werden müssen.

Mit der Einrichtung von Frauenbeauftragtenstellen in den Kommunen und Landkreisen in Baden-Württemberg ergab sich bald die Notwendigkeit nach landesweiten Zusammenschlüssen und Bündnissen. Die Tübinger Frauenbeauftragte ist von Anfang an Mitglied verschiedener landesweiter Zusammenschlüsse, so etwa in der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbeauftragten, die mit dem Ziel arbeitet, Gleichstellungspolitik auf Landesebene einzufordern, indem frauenpolitische Impulse und Notwendigkeiten gegenüber Ministerien, Landtagsfraktionen und Verbänden vertreten werden.

Durch die Organisation der überregionalen Infrastruktur der kommunalen Frauenbeauftragten wurde ein wesentliches Ziel der Einrichtung kommunaler Frauenbeauftragter auch in Baden-Württemberg erreicht: das Öffentlichmachen und Überleiten von alltäglichen Diskriminierungen von Frauen an die politischen Stellen, die für die Umsetzung des Gleichstellungsauftrags des Grundgesetzes Artikel 3 Abs. 2 verantwortlich sind.

Tübingen trägt dazu bei!

Im Auftrag der Nachhaltigkeit

Die Umweltbeauftragte

Die Organisationseinheit der Umweltbeauftragten wurde auf Beschluß des Gemeinderats 1986 als Ein-Personen-Stabsstelle eingerichtet. Als außerhalb der Ämterorganisation stehende Stelle war und ist es Aufgabe von Dr. Sybille Hartmann, durch ämterübergreifende Maßnahmen die problemgerechte Wahrnehmung von Umweltschutzaufgaben zu unterstützen und das Umweltbewußtsein in Verwaltung und Öffentlichkeit zu fördern. Es zeigte sich schon bald, daß bei einer Mittelstadt wie Tübingen mit gut 80 000 Einwohnern die Erfüllung dieser Aufgabe neben intensiver konzeptioneller und moderierender Arbeit auch Datenerhebungen, Sachbearbeitung und Controlling erfordert, wenn Unterstützung und Förderung sich letztlich auch in realem Handeln niederschlagen sollen. Die Stabsstelle wurde daher 1988 um zwei halbe Sachbearbeiterstellen und eine halbe Sekretariatsstelle ergänzt. Nach den ersten Beschlüssen des Gemeinderats zur Haushaltskonsolidierung wurde der Energiebeauftragte im Mai 1995 der Umweltbeauftragten als Energieabteilung angegliedert.

Die Aufgaben der Stabsstelle lassen sich in drei Produktgruppen untergliedern: Umweltplanung, Ökoaudit und umweltbezogene Öffentlichkeitsarbeit.

Umweltplanung

Ein wesentlicher Bestandteil der Umweltplanung ist die freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfung im Bebauungsplanverfahren. Jede neue Bebauung ist mit mehr oder weniger schwerwiegenden Veränderungen der natürlichen Umwelt verbunden. Zur Beurteilung der Auswirkungen ist eine systematische Erfassung aller Umweltmedien erforderlich. Deshalb erstellt die Umweltbeauftragte zu jedem Bebauungsplan für das Stadtplanungsamt zum Auslegungsbeschluß eine orientierende Umweltverträglichkeitsprüfung. Deren Ergebnisse werden zum Auslegungsbeschluß in Form der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) aufgearbeitet und vertieft. In Abhängigkeit von der örtlichen Situation und den Inhalten des Bebauungsplans

können Schwerpunkte und Umfang der UVP sehr unterschiedlich sein. Während es zum Beispiel beim Bebauungsplan zum naturwissenschaftlichen Verfügungsgebäude auf der Morgenstelle vor allem um die Auswirkungen des Arbeitens mit gentechnisch veränderten Organismen ging, waren es bei den Weilheimer Scheunen die Nistmöglichkeiten für Schleiereulen oder bei der Liegnitzer Straße die Beeinflussung von Kalt- und Frischluftströmen. Nicht immer ist die Datenlage für eine Prüfung ausreichend. Dann müssen Gutachten vergeben werden, zum Beispiel zur Messung von persistenten Pflanzenschutzmitteln im Boden vor der Überbauung eines Gärtnergeländes oder zur Beurteilung der Geruchsemissionen der Kläranlage. Mit einer Thermalbefliegung des gesamten Tübinger Stadtgebiets wurden über den Bereich der Klimaanalyse der Tübinger Südstadt hinaus Aussagen zur lokalen Klimasituation möglich. Bei der politisch umstrittenen und ökologisch problematischen Ausweisung des im Wasserschutzgebiet liegenden "Güllen" als Ge-

Umweltbereich	Luft	Lärm	Ressourcen
generelles Ziel	Unterschreitung 23. BImSchV * um 25 %	Einhaltung der DIN 18005	Reduktion des CO ₂ -Ausstoßes um 50%
Ziele im einzelnen	NO ₂ 120 mg/m ³ (98-Perzentil)	Kerngebiete : 65/ 55dB(A)	MIV binnen:*** 40 000 t CO ₂ /a
	Ruß** 6 mg/m ³ (Jahresmittel)	Dorf- und Mischgebiete: 60/50 dB(A)	MIV außerorts: 30 000 t CO ₂ /a
	Benzol: 7,5 mg/m ³ (Jahresmittel)	allgemeine Wohngebiete: 55/45 dB(A)	LKW gesamt: 15 000 t CO ₂ /a

werbegebiet wurde die UVP wegen des Umfangs der notwendigen Untersuchungen an ein externes Büro vergeben.

Ebenfalls zur Umweltplanung gehört die Erarbeitung von Konzepten zum vorsorgenden Umweltschutz. Bis zur Einrichtung der Abfallberatung beim Tiefbaumt war die Müllvermeidung ein wichtiges Thema. Es umfaßte unter anderem die Betreuung des Projekts "Müllfreie Schule", die Anlage von Häckselplätzen in den Teilorten oder die Unterstützung zur Einrichtung eines Hausratverwertungshofes.

Ein Baustein im vorsorgenden Gewässer- und Grundwasserschutz war die Förderung von Regenwasserzisternen, die lei-

der nach 5 Jahren Laufzeit der Haushaltskonsolidierung zum Opfer fiel. Wichtige Datengrundlagen für die Arbeit der anderen Ämter wurden mit dem Grundwasserkataster für die Tübinger Südstadt und mit der Bestandserhebung und -bewertung des Gehölzbestands an den Wasserläufen auf Tübinger Gemarkung zusammengetragen.

Durch die Meßstation der Landesanstalt für Umweltschutz im alten botanischen Garten wird die Luftqualität in Tübingen kontinuierlich überprüft. Die Umweltbeauftragte wertet die Daten aus und arbeitet sie für die politische Beschlußfassung auf. Ergänzt wurden sie mit den Ergebnissen einer Flechtenkartierung, mehrjährigen Benzolmessungen an den stark befahrenen Straßen und überschlägigen Abschätzungen nach dem Street-Modell. Zusammen mit den Ergebnissen einer Verkehrslärmanalyse waren sie Grundlage für die "Umweltqualitätsziele für den Straßenverkehr", die der Gemeinderat nach dem Verkehrsforum beschlossen hat:

- * BImSchV: Bundesimmissionsschutz-Verordnung
- ** mg / m³: Mikrogramm
- *** MIV: Motorisierter Individual-Verkehr

Zur Zeit laufen noch Benzolmessungen in der Kreuzung Belthlestraße/Kelternstraße und an der Ortsdurchfahrt Unterjesingen. Mit ihnen soll abgeklärt werden, ob an diesen Straßenabschnitten verkehrsbeeinflussende Maßnahmen auf der Grundlage der 23. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz möglich und notwendig werden.

Vorsorgender Umweltschutz, dessen Auswirkungen weit über die Tübinger Gemarkung hinausgehen, ist das Tübinger Klimaschutzkonzept. Mit dem Beitritt zum

Klimabündnis der europäischen Städte hat sich die Stadt Tübingen im Januar 1993 unter anderem verpflichtet, ihren CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2010 um 50% zu reduzieren. Um dieses Ziel zum Schutz der Erdatmosphäre einhalten zu können, mußte überhaupt erst einmal erhoben werden, wieviel CO₂ in Tübingen in die Atmosphäre entlassen wird. Aus der gemeinsam mit den Stadtwerken erstellten CO₂-Bilanz gehen nicht nur die absoluten Emissionsmengen hervor - sie zeigt auch die unterschiedlichen Beiträge der Energieverbrauchergruppen:

Emittentengruppe	t CO ₂ /a	%
Verkehr		
MIV binnen	39 301	7,3
MIV außerorts	63 816	12,20
LKW-Verkehr gesamt	29 000	5,4
Tü-Bus	2 275	0,4
Energie		
Kommunale Einrichtungen	10 344	1,9
priv. Haushalte	170 015	31,6
Universität	62 248	11,6
Industrie, Gewerbe, sonstige	159 762	29,6
Summe	538 762	100,00

Auf dieser Bilanzierung baut das Klimaschutzkonzept auf, das vom Umweltausschuß 1996 beschlossen wurde.

Der Schwerpunkt bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes lag 1996 und 1997 beim "Tübinger Wärmepaß", mit dem als größte Verbrauchergruppe die privaten Haushalte zum Klimaschutz motiviert werden sollen. Mit dem Wärmepaß, der für die energetische Sanierung von bestehenden Gebäuden verliehen wird, soll erreicht werden, daß durch Wärmedämmung und die Installation einer zeitgemäßen Heiztechnik der Energieverbrauch für die Raumwärme deutlich vermindert wird. Damit alle an der Gebäudesanierung Beteiligten an einem Strang ziehen, haben die Initiatoren des "Tübinger Wärmepasses", die Stadt Tübingen und die Stadtwerke Tübingen, im vergangenen Jahr zusammen mit der Tübinger Kreishandwerkerschaft und der Architektenkammergruppe Tübingen ein Angebotspaket für die Hausbesitzer entwickelt, das eine erfolgreiche Gebäudesanierung im Sinne der Ziele des Wärmepasses garantiert. Die ersten 5 Wärmepässe wurden im März 1998 verliehen.

Ebenfalls Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes ist die Festlegung, daß städtische Grundstücke und Gebäude nur mit der Auflage zur Einhaltung des Niedrige-

nergiestandards verkauft werden. Dank dieser Festsetzung ist gewährleistet, daß im gesamten städtebaulichen Entwicklungsbereich "Stuttgarter Straße/ Französisches Viertel" im Sinne des Klimaschutzes gebaut wird.

Weit in die Zukunft reicht auch eine Aufgabe der Umweltplanung, die 1997 begonnen wurde - die Erarbeitung einer lokalen Agenda 21. Die Umsetzung dieses Auftrags der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio wird von der Umweltbeauftragten gemeinsam mit der Volkshochschule, der evangelischen Kirchengemeinde, dem Umweltzentrum und aktiven Bürgerinnen und Bürgern vorbereitet. Zur Zeit arbeiten 4 offene Gesprächskreise aus allen gesellschaftlichen Gruppen an konkreten und überschaubaren Einzelprojekten. Sie sollen der Bürgerschaft und den politisch Handelnden deutlich machen, daß nachhaltige Entwicklung auf der lokalen Ebene machbar ist. Damit soll der Grundstein für eine breite Diskussion über eine lokale Agenda 21 in Tübingen gelegt werden.



Ökoaudit

Unter der Produktgruppe Ökoaudit sind alle die Aufgaben zusammengefaßt, die sich aus der Überprüfung und Beurteilung der Material- und Energieflüsse in der Verwaltung ergeben. Ziel dabei ist es, umwelt- und gesundheitsverträgliche Alternativen zu den eingesetzten Materialien zu finden, den Ressourcenverbrauch zu senken und - wenn möglich - dabei auch noch Kosten zu sparen. Die Ergebnisse des Ökoaudits werden teilweise durch Selbstverpflichtung oder per Dienstanweisung verwaltungsintern umgesetzt, teilweise dienen sie als Grundlage für entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse. So hat der Gemeinderat nach einer einjährigen Probezeit einen PVC-Verzicht bei allen städtischen Bauvorhaben und Beschaf-

fungen beschlossen; aus finanziellen Gründen ausgenommen wurden nur Elektrokabel und Abwasserrohre. Auch der Verzicht sowohl auf den Einsatz von fluorchlorkohlenwasserstoffhaltigen Produkten (FKW) als auch von Tropenholz wurde im Zusammenhang mit dem Beitritt zum Klimabündnis beschlossen.

Rein verwaltungsintern erfolgte eine systematische Überprüfung aller in städtischen Gebäuden eingesetzten Reinigungs- und Putzmittel. Das Ergebnis nach vielen Gesprächen mit Hausmeistern und Reinigungskräften und mehreren Testläufen war eine übersichtliche Liste der zulässigen Mittel. Viele umwelt- und gesundheitsschädliche Mittel konnten ersatzlos gestrichen oder durch verträglichere und auch besser zu dosierende ersetzt werden. Außerdem blieb unterm Strich auch noch eine Einsparung von jährlich 80.000,-DM an Reinigungskosten übrig.

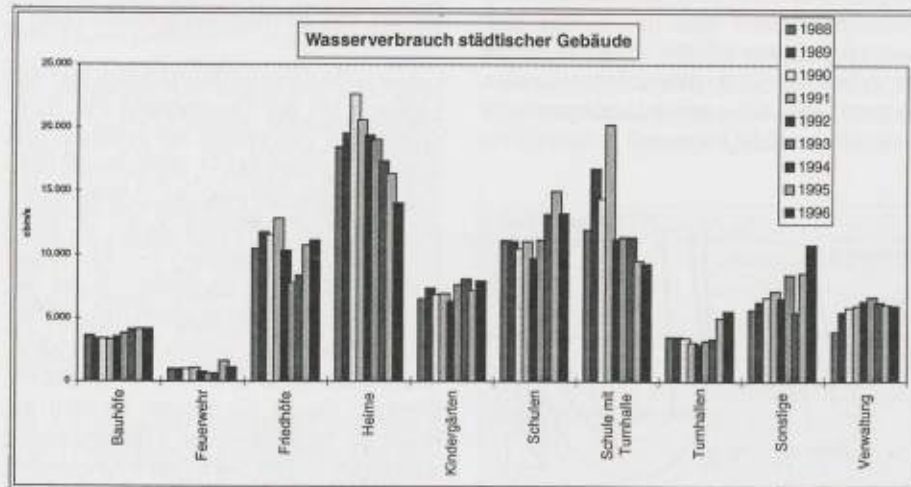
Leider nicht ganz so übersichtlich war das Ergebnis bei der Überprüfung der Büromaterialien. Die Vielfalt der Produkte und Anbieter auf dem Markt, die laufende Weiterentwicklung der Produkte und die unterschiedlichen Anwendungen in allen Bereichen der Verwaltung vom Kindergarten bis zum Rechnungsprüfungsamt lassen es nicht zu, eine überschaubare Liste von umwelt- und gesundheitsverträglichen Büromaterialien herauszugeben. Deshalb wurde für diesen Bereich ein leicht zu handhabender Kriterienkatalog entwickelt. Er hilft der Beschaffungsstelle, die Anforderungen der bestellenden Ämter zu überprüfen und ein entsprechendes, umweltfreundliches Produkt anzubieten. Im Zusammenhang mit den Entscheidungen zur Gründung der Stadtbaubetriebe Tübingen wurde der gesamte Fahrzeugpool der Stadtverwaltung einer kritischen Analyse unterzogen. Die Aufarbeitung der Daten zum Kraftstoffverbrauch, zur Nutzungshäufigkeit und zur Wirtschaftlichkeit war eine wichtige Grundlage für die Neuorganisation des Kraftfahrzeugbestands.

Ebenfalls zum Ökoaudit gehört die Überprüfung der in den städtischen Gebäuden eingesetzten Baustoffe. Die Untersuchungen der gesundheitlichen Auswirkungen der über 25 Jahre alten Teppichböden in der Aischbachschule waren Anstoß zu einer Gesamtüberprüfung der Teppichbeläge in den Schulen. Daraus wurde gemeinsam mit Hochbauamt und Schul- und

Sportamt eine längerfristige Planung ihrer Reinigungshäufigkeit und der Austauschnotwendigkeit erarbeitet. Die Überprüfung auf Holzschutzmittel und polychlorierte Biphenyle (PCB) hat glücklicherweise keine hochbelasteten Gebäude ergeben. Seit 1995 gehört auch der Aufgabenbereich des Energiebeauftragten zum Ökoaudit. Er ist in zwei Hauptaufgabenbereiche gegliedert: das Energie-(und Wasser)-management und die Umsetzung und Kontrolle des Niedrigenergiehaus(NEH)-Beschlusses. Unter dem Begriff "Energie-management" wird die Gesamtheit aller Überlegungen, Planungen und Maßnahmen zu Bedarf, Auswahl, Einrichtung und Betrieb energietechnischer Anlagen zusammengefaßt. Das 1996 bei der Energieabteilung installierte PC-Programm EKOMM 3.2 ist eine wesentliche Voraus-

setzung für die zeitnahe Erstellung der notwendigen Datengrundlagen und das darauf aufbauende Berichtswesen. Energie- und Wasserverbrauch und Kosten werden als Verbrauchsentwicklung jederzeit abrufbar und transparent. Dies ist Voraussetzung für die notwendige Rückkopplung mit den Nutzern und den budgetführenden Ämtern.

Die Aufgabe der Energieabteilung liegt hier sowohl in der Koordination aller Beteiligten, in der Schulung und Information, z.B. für Hausmeister und Nutzer, als auch in der Übernahme der Verantwortung für die Regelung in etlichen Gebäuden. So ist der Heizungsmeister der Energieabteilung zur Zeit überall dort tätig, wo weder Hausmeister noch SWT diese Aufgabe übernehmen können. Nach Anpassung der Wärmelieferung an den Bedarf werden auch die Wärmelieferverträge angepaßt werden können, was zu weiteren Kostensenkungen führen kann. Daneben erarbeitet die Energieabteilung auf der Grundlage der erhobenen Verbrauchsdaten gemeinsam mit dem Hochbauamt Vorschläge für investive Maßnahmen in der Heizungstechnik und bei der Gebäudesanierung.



Die Umsetzung der Verfügung zur Einhaltung der Norm-Raumtemperaturen konnte zwar mehr "Energiebewußtsein" schaffen, gleichzeitig wurden aber auch die bestehenden organisatorischen Probleme deutlich.

Damit durch eine nutzungsangepaßte Regelung der Wärmeversorgung die vorhandenen Einsparpotentiale optimal genutzt werden können, müssen klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten geschaf-

Bestandteil des Klimaschutzkonzepts ist der Gemeinderatsbeschluß, städtische Grundstücke und Gebäude nur mit einer Auflage zur Niedrigenergiebauweise zu verkaufen. Für die Umsetzung und Kontrolle dieses NEH-Beschlusses ist ebenfalls die Energieabteilung verantwortlich. Der Hauptteil ihrer Tätigkeit liegt bei der Beratung und Information der Bauherren und der in ihrem Auftrag tätigen Architekten. Je früher die Überlegungen zur Niedrigenergiebauweise in die Gebäudeplanung einbezogen werden, desto einfacher ist nachher die technische Umsetzung und desto "besser" auch das Ergebnis. An Hand der Wärmeschutznachweise, die nach der Wärmeschutzverordnung sowie so für jedes Gebäude vorgelegt werden müssen, wird überprüft, ob die Vorgaben des Gemeinderats zum Niedrigenergiestandard eingehalten werden. Während

dies bei Neubauten so langsam zum Selbstläufer wird, steckt bei der Sanierung von Altbauten der Teufel häufig im Detail.

Umweltbezogene Öffentlichkeitsarbeit

In diese Produktgruppe gehören Informationen und zielgruppenorientierte Aufklärung und Beratung. Umweltberichte sollen dem Gemeinderat, der Verwaltung und natürlich auch der Bürgerschaft in verständlich aufbereiteter Form einen Überblick zur Umweltsituation in Tübingen oder zu einzelnen Themenbereichen geben. Darüber hinaus sollen sie natürlich auch Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und politische Entscheidungen vorbereiten. Der 1991 vorgelegte umfangreiche Bericht zum Themenbereich Abfall hat jedoch deutlich gezeigt, daß mit der Fülle der vorgelegten Daten leicht der Überblick über die zu ziehenden Konsequenzen verloren geht. Seitdem werden die Berichte der Umweltbeauftragten kürzer und die behandelten Themenbereiche enger gefaßt. Bei der Ozonbroschüre, der Darstellung der Ergebnisse der Flechtenkartierung oder dem stadtökologischen Rundgang lag die Hauptzielrichtung eher in der Information der Bürgerschaft. Die Untersuchung der Umweltauswirkungen des Straßenverkehrs in Tübingen, der Klimaschutzbericht und die Energieberichte sind daher eher Grundlagen für die politische Entscheidungsfindung und für das Verwaltungshandeln.

So breit gestreut wie die zu bearbeitenden Umweltthemen, so vielfältig sind auch die Themen und Aktionsformen bei der zielgruppenorientierten Öffentlichkeitsarbeit. Mit der 1991 neu aufgelegten Umweltfibel und den regelmäßigen Umweltbürgerinfos im städtischen Mitteilungsblatt wurden allgemein interessierende Themenkomplexe wie Umweltschutz im Haushalt, Umweltschutz im Garten und ähnliches angesprochen. Bei Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, auf Elternabenden und in Vereinen und Verbänden sind neben dem Fachvortrag vor allem das Gespräch und der Austausch von Informationen wichtig. Daneben wurden jedes Jahr Schwerpunkte in gemeinsamen Veranstaltungsreihen mit der Volkshochschule, mit Infoständen und Teilnahme an der Tübinger Familienmesse gesetzt. Auch das Medium Fernsehen konnte schon für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden. In der

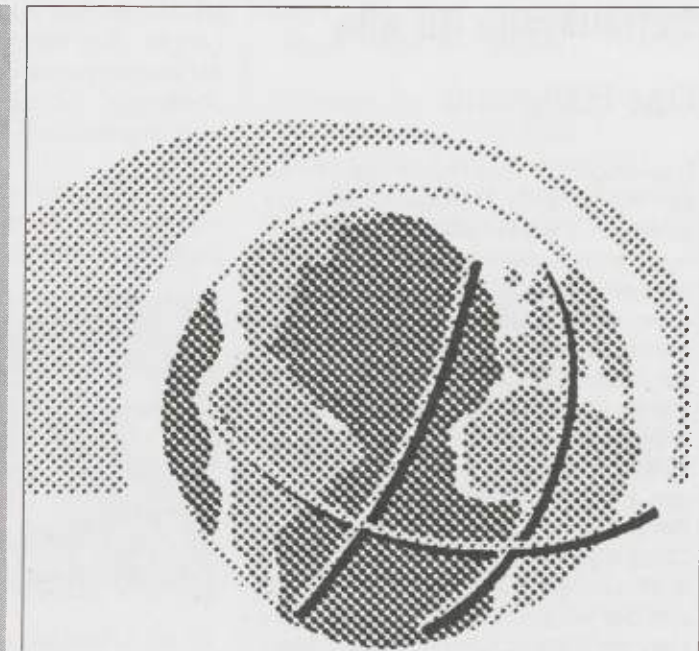
Landesschau des Südwestfunks gab es einen Bericht über das umweltverträgliche Beschaffungswesen in der Tübinger Stadtverwaltung. Und in einem Beitrag für einen Deutschkurs der BBC wurden die Möglichkeiten des Mülltrennens in einem deutschen Haushalt demonstriert.

Um ein ganz anderes Gebiet der zielgruppenspezifischen Beratung ging es bei der Initiierung und Moderation des "Runden Tisches Wagenburgen". Dabei wurden in einem offenen Gesprächskreis mit Mitgliedern der beiden Tübinger Wagenburgen, Bürgerinnen und Bürgern aus der unmittelbaren Nachbarschaft und Stadträtinnen und Stadträten Wege und Regeln zu einem verträglichen Miteinander gesucht. Das Ergebnis des runden Tisches ist jetzt Bestandteil des laufenden Bebauungsplanverfahrens "Wankheimer Täle".

Ausblick

Das Jahr 1998 wird einige Änderungen in der Organisationsstruktur und auch bei den Aufgabeninhalten bringen. Die büroorganisatorische Anbindung an das Stadtplanungsamt und die Übernahme der Abteilungsleitung in der neu gebildeten Abteilung Umwelt und Landschaftsplanung werden eine bessere Abstimmung zwischen Umweltverträglichkeitsprüfung und naturschutzrechtlicher Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung ermöglichen. Aus diesem Grund wird neben der Umsetzung der Klimaschutzkonzeption der Arten- und Biotopschutz ein Schwerpunktthema werden. Außerdem sollen die begonnenen Aktivitäten zur lokalen Agenda in den Gemeinderat und in das Verwaltungshandeln eingebracht werden.

Nach Abschluß der Arbeit in der Projektgruppe Gebäudebewirtschaftung wird die Energieabteilung mit dem Energiecontrolling und dem Energieberichtswesen in die neu zu bildende Einheit Gebäudebewirtschaftung beim Wirtschaftsdezernat überwechseln. Die enge fachliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieeinsparung und des Klimaschutzes wird aber hoffentlich erhalten bleiben können.



Tübinger WÄRMEPASS

Liste der
zertifizierten Handwerksbetriebe
im
Landkreis Tübingen, Stand 7/97



Schaltstelle für alle

Das Hauptamt

Das Hauptamt - man könnte seine Aufgaben mit "zentrale Dienstleistungen" umschreiben. Zwei Schwerpunkte sind diesem Amt zugeordnet: die Geschäftsstelle der gemeindlichen Selbstverwaltungsgane, Gemeinderat und Oberbürgermeister einerseits und die innere Organisation der Stadtverwaltung zum anderen Teil. Für die Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse werden die Tagesordnungen entworfen, die Beratungsunterlagen zusammengestellt und das spätere Beratungsergebnis protokolliert. Dem Oberbürgermeister arbeitet das Hauptamt in allen seinen Aufgaben als Vorsitzender des Gemeinderats und gesetzlicher Vertreter der Stadt zu. Das reicht zum Beispiel von der Repräsentation der Stadt über die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit bis zur fachlichen Unterstützung der Ortschafträte und Verwaltungsstellen in den eingegliederten Stadtteilen. Zu den zentralen Organisationsaufgaben des Hauptamts gehört zunächst, für die nötigen Räumlichkeiten und die bedarfsgerechte Ausstattung der Arbeitsplätze zu sorgen. Weiter ist das Hauptamt für die Durchführung der Wahlen zu den kommunalen Vertretungskörperschaften - Gemeinderat, Ortschafträte und Kreistag - sowie für die Wahl des Oberbürgermeisters verantwortlich. Als zusätzliche, gesetzlich übertragene Aufgabe der Gemeinden kommen noch die Parlamentswahlen auf Landes-, Bundes- und Europa-Ebene hinzu.

Partnerschaften und Patenschaften

Die Stadt Tübingen unterhält internationale Beziehungen zu einer Reihe von Städten und Gemeinden im europäischen und außereuropäischen Ausland. Mit Aufnahme der partnerschaftlichen Beziehungen zu Petrosawodsk in Rußland ist die Anzahl dieser Verbindungen auf 9 angewachsen. Das Hauptamt ist in diesem Bereich, der ansonsten weitgehend in der Regie des Kulturamtes liegt, für die Betreuung offizieller Delegationen in Tübingen sowie die Vorbereitung von Auslandsdienstreisen der Verwaltungsspitze und des Gemeinderates zuständig. Von den beiden Patenschaften, die die Stadt Tübingen über lange Jahre unter-

hielt, ist eine im Jahr 1997 zu Ende gegangen: Das Minenjagdboot „Tübingen“ der Bundesmarine, seit 1957 als Tübinger „Patenkind“ auf den Weltmeeren unterwegs, wurde im Juni 1997 außer Dienst gestellt.

Die zweite Patenschaft, die seit 1968 zum Lufthansa-Jet „Tübingen“ besteht, erhielt dagegen im Jahr 1998 eine Auffrischung:



Ein neuer Mittelstrecken-Jet Airbus A 319 wurde im Rahmen einer kleinen Feierstunde im Tübinger Rathaus auf den Namen seiner Patenstadt getauft.

Der Gemeinderat

Bei der Eingliederung von Bühl, Hageloch, Hirschau, Kilchberg, Pfrondorf, Unterjesingen und Weilheim sicherte die Stadt Tübingen den sieben Dörfern durch die unechte Teilortswahl im Gemeinderat eine angemessene Vertretung zu. Das führte bei den Wahlen dazu, daß der Tübinger Gemeinderat - für den die Gemeindeordnung entsprechend einer Einwohnerzahl von 85 000 eine Ratsgröße von 40 Mitgliedern vorsieht, die aber bei der unechten Teilortswahl auf 48 aufgestockt werden konnte - durch Ausgleichssitze in der Amtszeit 1989 bis 1994 auf 64 Mitglieder kletterte, seit 1994 59 Mitglieder hat. Der Gemeinderat hat, nach mehreren vergeblichen Anläufen, im April 1996 die Aufhebung der unechten Teilortswahl von den Kommunalwahlen 1999 an beschlossen, dabei aber die Zahl der Sitze auf 48 festgelegt.

Für seine Arbeit hat der Gemeinderat 1989 sechs beschließende Ausschüsse gebildet (Verwaltungs- und Sozialausschuß, Ausschuß für Kultur, Partnerschaft und Frieden, Planungsausschuß, Ausschuß für Umwelt und Energie, Verkehrs- und Verkehrsplanungsausschuß), dazu kam ein beratender Schul- und Sportausschuß (ihn hat der Gemeinderat nach der Wahl 1994 aufgegeben und seine Zustän-

digkeit im Kultur- und Schulausschuß gebündelt). 1992 installierte der Gemeinderat einen Südstadtausschuß, der für die Südstadt alle Zuständigkeiten der übrigen Ausschüsse übernommen hat. Damit war sichergestellt, daß die Entwicklung der großen Kasernenareale, die nach dem Abzug der französischen Streitkräfte freigeworden waren, insgesamt von einem Ausschuß begleitet wurde und sich die anderen Ausschüsse nicht um Teilaspekte kümmern müssen.

Der Gemeinderat hat neben den Ausschüssen auch einige Kommissionen (Personalkommission, Kommission für Universitätsangelegenheiten etc.) gebildet. Im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit sind einzelne Gemeinderäte auch Mitglied im Nachbarschaftsverband Reutlingen-Tübingen, im Abwasserzweckverband Ammertal; sie sitzen beispielsweise im Aufsichtsrat der Stadtwerke, der GWG, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, der Kommunalen Arbeitsförderungs GmbH, und sie sind in einem beratenden Gremium zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Reutlingen und Tübingen vertreten.

Fraktionen

Nach der Wahl 1989 waren im Gemeinderat folgende Fraktionen vertreten:

CDU, SPD, AL (Alternative Liste), UFW (Unabhängige Freie Wählergemeinschaft), FL (Freie Liste) und FDP. Die DKP, der zwei Gemeinderäte angehörten, hatte keinen Fraktionsstatus. Nach der Wahl 1994 kam die WUT-Fraktion (Wählerinitiative Unabhängige Tübinger) neu hinzu. Die DKP ist seit 1994 nicht mehr im Gemeinderat vertreten. Gerhard Bialas, vorher für die DKP im Gemeinderat, ist jetzt als Vertreter der TUL (Tübinger Linke) fraktionsloses Gemeinderatsmitglied.

Sitzverteilung im Gemeinderat:

	22. Oktober 1989	12. Juni 1994
CDU	16 (25,0 %)	12 (19,4 %)
SPD	14 (21,9 %)	13 (20,8 %)
AL	13 (20,3 %)	11 (19,0 %)
UFW	10 (15,6 %)	8 (13,1 %)
FL	6 (9,4 %)	6 (10,1 %)
WUT	-	5 (9,2 %)
FDP	3 (4,7 %)	3 (5,1 %)
DKP	2 (3,1 %)	-
TUL	-	1 (3,2 %)

insges. 64 Sitze 59 Sitze

Der Gemeinderat setzte sich nach der Wahl am 22. Oktober 1989 folgendermaßen zusammen:

Bialas, Gerhard	Gärtnermeister	DKP
Bosch, Peter	Landwirt	FL
Braun, Rainer	Rechtsanwalt	SPD
Braungardt-Friedrichs, Erika	Lehrerin	SPD
Brümmer, Erwin *	Parkettlegemeister	UFW
Class, Friedrich *	Medizinisch-technischer Assistent	SPD
Eck, Ellen *	Lehrerin	SPD
Edel, Romeo	Pfarrer, Lehrer, Hausmann	AL
Eitle, Hans-Dieter	Freier Architekt	FL
Friesch, Kurt	Bankvorstand	UFW
Gebhart-Pietzsch, Bruno	Buchhändler	AL
Gönner, Margarethe	Historikerin	AL
Goller, Wilhelm	Lehrer	SPD
Gottschalk, Ulrike	Hausfrau, Mutter	FL
Hämmerle, Alma	Hausfrau	CDU
Hahn, Eva-Maria	Rechtsanwältin	FDP
Hansis, Dorothee, Dr. *	Ärztin	AL
Herre, Petra-Ilona *	Wissenschaftliche Angestellte	SPD
Höhne-Mack, Ingeborg	Studienrätin, Familienfrau	SPD
Hurlebaus, Rudi	Bäckermeister	CDU
Jung, Beate	Lehrerin, Mutter	AL
von Kapff, Daniela	Hausfrau	CDU
Kehrer-Bleicher, Gisela	Angestellte	DKP
Kern, Georg	Schlossermeister	UFW
King, Werner	Architekt und Stadtplaner	SPD
Klein, Hans-Peter	Installateurmeister	UFW
Kost, Helmut	Lokomotivbetriebsinspektor	CDU
Kralewski, Ursula	Dozentin	SPD
Kühn, Albrecht, Dr. *	Arzt	UFW
Kunz, Horst Leit.	Polizeidirektor	CDU
Latus, Ulrich	Zimmermeister	CDU
Litzbarski, Arno	Rechtsanwalt	SPD
Lohmüller, Hugo	Bauwerkmeister	CDU
Marxer, Ernst	Forstdirektor i.R.	CDU
Müller, Adelheid	Chemie-Ingenieurin	AL
Nold, Siegfried	Rechtsanwalt	AL
Pantel, Dieter	Akademischer Oberrat	CDU
Patzwahl, Claudia	Mutter und Hausfrau	AL
Petersdorff, Tim	Student	AL
Dr. Petersmann, Johanna	Hausfrau und Historikerin	FL
Rak, Michael	Oberregierungsrat	CDU
Rautenberg, Dieter	Dipl.-Pädagoge, Sonderschullehrer	FL
Riehm-Günther, Eva, Dr.	Ärztin	CDU
Riekert, Silvia *	Hausfrau	FL
Rilling, Günther	Küchenausstatter	UFW
Roh, Sonja	Krankenschwester	AL
Sailer, Eugen	Flaschner- und Installateurmeister	CDU
Schmid-Welke, Gudrun	Sozialpädagogin	AL
Schneck, Siegfried	Malermeister	CDU
Schneck, Wolfgang	Sportlehrer	SPD
Scholder, Carola	Hausfrau	FDP
Schreiber, Hans	Vorsitzender Richter am Landgericht	SPD
Schreiner, Otto	Techn. Postbetriebsinspektor	CDU
Schwarz, Erwin, Dr.	Rechtsanwalt	UFW
Schweizerhof, Karl	Ltd. Regierungsbaudirektor a.D.	CDU
Schwenninger, Walter	Lehrer	AL

Folgende Änderungen haben sich während der Amtszeit ergeben:

- * Brümmer, Erwin: verstorben am 20.11. 1992; nachgerückt ist am 14.12.1992 Christa Gehr, die sich im Dezember 1993 der FL-Fraktion angeschlossen hat.
- * Class, Friedrich: ausgeschieden am 22.04.1991; nachgerückt ist Dr. Gerd Dähn.
- * Eck, Ellen: sie hat im Juli 1993 die SPD-Fraktion verlassen und ist seither fraktionsloses Gemeinderatsmitglied.
- * Dr. Hansis, Dorothee: ausgeschieden am 26.2.1990; nachgerückt ist Gerhard Schnaitmann.
- * Herre, Petra-Ilona: ausgeschieden am 17.02.1992; nachgerückt ist Dr. Heribert Weber.
- * Dr. Kühn, Albrecht: ausgeschieden am 05.11.1990; nachgerückt ist Günther Bankmann.
- * Riekert, Silvia: sie hat sich im Juni 1993 der FDP-Fraktion angeschlossen.
- * Volle, Wilhelm: ausgeschieden am 14.12.1992; nachgerückt ist Albert Pfeilsticker.
- * Weimer, Gerhard: ausgeschieden am 07.10.1991; nachgerückt ist Edith Hellstern.
- * Wölflle, Wolfgang: ausgeschieden am 11.05.1992; nachgerückt ist Louis Bäßler.
- * Zanker, Sabine: ausgeschieden am 06.06.1994; nachgerückt ist Margitta Kauffmann.
- * Zöllner, Ursula: sie hat sich im Mai 1997 der FL-Fraktion angeschlossen.

Sütterlin, Kurt, Dr.	Schulamtsdirektor	FDP
Volle, Wilhelm *	Postoberinspektor	CDU
Weimer, Gerhard *	Landtagsabgeordneter	SPD
Werner, Wolfgang	Verkehrsdirektor i.R.	UFW
Wiedemann, Renate	Postbedienstete	SPD
Wölflie, Wolfgang *	Fahrlehrer	UFW
Zanker, Sabine *	Rechtsanwältin	AL
Zöllner, Ursula *	Hausfrau und Juristin	UFW

Der Gemeinderat nach der Wahl am 12. Juni 1994:

Bäßler, Louis	Straßenwachtoberinspektor a.D.	UFW
Bankmann, Günter	Bundesbahnbeamter a. D.	UFW
Bausenwein, Ilona	Dipl. - Geographin	AL
Beeb, Hannelore *	Hotelfachfrau	WUT
Bialas, Gerhard	Gärtnermeister	TÜL
Bosch, Peter	Landwirt	FL
Braun, Rainer	Rechtsanwalt	SPD
Braungardt-Friedrichs, Erika	Lehrerin	SPD
Dittus, Hans-Martin	Schreinermeister	CDU
Eck, Ellen	Lehrerin	FL
Eitle, Hans-Dieter	Freier Architekt i. R.	FL
Friesch, Kurt	Bankvorstand	UFW
Fröhlich, Werner *	Richter am Amtsgericht	AL
Gebhart-Pietzsch, Bruno	Buchhändler	AL
Gehr, Christa	Kindergärtnerin	FL
Glaser, Roland	Bundesbahnamtsrat	PD
Goller, Wilhelm *	Lehrer	SPD
Gottschalk, Ulrike	Hausfrau	FL
Hahn, Eva-Maria	Rechtsanwältin	FDP
Härle, Ulrich *	Dipl.-Ing. (FH) Architektur, Stukkateur	CDU
Haydt, Claudia	Religionssoziologin	AL
Hellwig, Frank-Thomas	Wiss. Angestellter	SPD
Höhne-Mack, Ingeborg *	Studienrätin/Familienfrau	SPD
Horn, Hans-Peter	Koch	WUT
Kehrer, Gerhard	Gärtnermeister	UFW
Kehrer, Frank *	Polizeibeamter	SPD
Kern, Georg	Schlossermeister	UFW
Kienle, Karl	Metzgermeister	WUT
Klink, Albert	Schreinermeister	CDU
Klink, Rainer	Geschäftsführer	UFW
Konrad, Wilfried, Dr.	Physiker	AL
Kost, Helmut	Lokomotivbetriebsinspektor	CDU
Kralowski, Ursula	Rentnerin	SPD
Künstle, Karl	Schuhmachermeister	CDU
Latus, Ulrich	Zimmermeister u. Restaurator im Zimmerhandwerk, Bauleiter	CDU
Lichtenberger, Kurt	Schreinermeister	UFW
Liebscher, Peter	Dipl.- Physiker, Wissenschaftl. Angestellter für Internet	AL
Lohmüller, Bertram	Dipl. Ing. (FH), Bauingenieurwesen, Dipl. - Exportwirt	CDU
Müller, Adelheid	Chemie-Ingenieurin	AL
Oezen, Tayfun	Techn. Angest. Nuklearmedizin, Dolmetscher	SPD
Pantel, Dieter	Akademischer Oberrat	CDU
Patzwahl, Claudia	Mutter und Hausfrau	AL
Pfeilsticker, Albert *	Rechtsanwalt	CDU

Folgende Änderungen haben sich seither ergeben:

- * Beeb, Hannelore: ausgeschieden am 17.10.1994; nachgerückt ist Inge Tressel.
- * Fröhlich, Werner: ausgeschieden am 06.03.1995; nachgerückt ist Christopher Dedner.
- * Goller, Wilhelm: ausgeschieden am 24.07.1995; nachgerückt ist Dr. Petra Braitling.
- * Härle, Ulrich: ausgeschieden am 16.06.1997; nachgerückt ist Rudi Hurlebaus
- * Höhne-Mack, Ingeborg: ausgeschieden am 28.07.1997; nachgerückt ist Brigitte Invitto.
- * Kehrer, Frank: ausgeschieden am 06.03.1995; nachgerückt ist Werner King.
- * Pfeilsticker, Albert: ausgeschieden am 20.10.1997; nachgerückt ist Walter Germey.
- * Reif, Peter: ausgeschieden am 18.11.1996; nachgerückt ist Dr. Anita Seitz-Jakubik.
- * Dr. Riehm-Günther, Eva: ausgeschieden am 28.07.1997; nachgerückt ist Karl-Eberhard Seelos.

Rautenberg, Dieter	Dipl.-Pädagoge, Sonderschullehrer	FL
Reif, Peter *	Drogist	WUT
Riehm-Günther, Eva, Dr. *	Ärztin	CDU
Riethmüller, Hermann-Arndt	Buchhändler	WUT
Rosenkranz, Gitta	Sozialarbeiterin	AL
Sailer, Eugen	Flaschner- und Installateurmeister	CDU
Schmincke, Eva, Dr.	Dipl. - Biochemikerin, selbst. (Ökolog.)	AL
Schöning, Dietmar	Parlament. Berater	FDP
Schreiber, Hans	Vizepräsident des Landgerichts	SPD
Schwägerle, Gretel, Dr.	Augenärztin, Psychotherapie	CDU
Steinhilber, Jürgen	Dipl. Kaufmann, Geschäftsführer	UFW
Sütterlin, Kurt, Dr.	Schulamtsdirektor	FDP
Tichy, Martin	Schreiner-geselle	AL
Waiblinger, Gerhard	Rentner, Weingärtner	SPD
Weber, Heribert, Dr.	Akad. Oberrat	SPD
Wiedemann, Renate	Postbedienstete	SPD

Der Frauenanteil lag nach der Wahl 1989 bei 23 von 64 Ratsmitgliedern (35,9 Prozent).

Nach der Wahl von 1994 waren 17 der 59 Gemeinderäte Frauen (28,8 %). Ende 1997 gehörten 18 Frauen dem Gemeinderat an (30,5 %).

Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte verteilen sich wie folgt:

Fractionen	Frauen	Männer
SPD	5	8
CDU	1	11
AL	6	5
UFW	0	8
FL	3	3
WUT	2	3
FDP	1	2
TÜL	0	1

Geschäftsstelle des Gemeinderates

Die Geschäftsstelle des Gemeinderates versorgt den Gemeinderat (derzeit 59 Mitglieder), die Ortsvorsteher und Ortsvorsteherinnen sowie die Verwaltung mit Tagesordnungen und Unterlagen für die Sitzungen des Gesamtplenums und seiner Ausschüsse.

Um zu verdeutlichen, welche Papiermen-gen dabei "umgesetzt" werden, ein paar Zahlen:

Zwischen 1991 und 1997 haben der Gemeinderat und seine Ausschüsse insgesamt 495 mal getagt:

Gemeinderat	120 Sitzungen
Verwaltungsausschuß	70 Sitzungen
Sozialausschuß	42 Sitzungen
Planungsausschuß	85 Sitzungen

Umweltausschuß	43 Sitzungen
Verkehrsplanungs-ausschuß	55 Sitzungen
Südstadtausschuß	36 Sitzungen

(ab 1993) Kultur- und Schulaus-schuß

44 Sitzungen (bis Sept. 1994 Kulturausschuß und Schul- und Sportausschuß)

In diesen Sitzungen waren 5 123 Tages-ordnungspunkte zu bearbeiten.

Nach den Sitzungen ist es Aufgabe der Geschäftsstelle, die Ergebnisse der Beratungen festzuhalten und die Protokolle zu erstellen. Grobe Schätzungen haben eine Zahl von jährlich über 3000 Seiten ergeben, die diktiert, geschrieben und korrigiert sein wollen.

Die Protokolle öffentlicher Sitzungen werden den Gemeinderatsfraktionen für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt. In öffentliche Protokolle können auch Tübinger Bürgerinnen und Bürger Einsicht nehmen. Oft ist die Geschäftsstelle auch Ansprechpartner für Ämter oder Gemeinderäte, wenn länger zurückliegende Gemeinderatsbeschlüsse gesucht werden.

Organisation

Verwaltungsintern agiert die Organisationsabteilung. Sie ist für eine effektive, effiziente und bürgernahe Verwaltungsstruktur verantwortlich.

Aufbauorganisation

Nach 1990 hat sich die Verwaltung durch teils einschneidende Veränderungen in der Aufbauorganisation und der Aufgabenverteilung den veränderten Rahmen-

bedingungen angepaßt. So wurden 1991 als Ergebnis einer Organisationsuntersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt mit der Bildung eines Grünflächenamtes die Bereiche Landschaftsplanung, Bau, Unterhaltung und Pflege von Grünanlagen und das Friedhofswesen zusammengefaßt. Ziel war es, zusammengehörende Aufgaben (heute Produkte genannt) aus einer Hand anzubieten. Hierzu zählten auch die Zusammenlegung des Baugenehmigungsverfahrens mit dem Bauordnungsrecht, das zur Bildung des Bau-rechtsamtes geführt hat (1993) und die Bildung einer Abteilung für Wohnungswesen, bei der die Bereiche Wohnungsvermittlung und Wohngeld, sowie die Wohnungsbauförderung und Fehlbelegungs-abgabe zusammengefaßt wurden (1992).

Die als Stabsstelle agierende Verkehrsplanungsabteilung wurde zuvor schon in die Amtshierarchie integriert und dem Stadtplanungsamt zugeordnet (1992). Aber auch Aufgabenreduzierungen bzw. -abbau im Rahmen der Haushaltskonsolidierung mußten organisatorisch umgesetzt werden. Als jüngstes Beispiel kann hier die Umorganisation bei der Stabsstelle der Umweltbeauftragten genannt werden. Der Gemeinderat hat in den "Pfrondorfer Empfehlungen", der dritten Haushaltskonsolidierungsrunde bei der Stadtverwaltung, personelle Einsparungen beschlossen und die Umweltbeauftragte "büroorganisatorisch" dem Stadtplanungsamt zugeordnet (1997); ein Beschluß, der aus organisatorischer Sicht nur in der Form umgesetzt werden konnte, daß mit der Bildung einer Abteilung Landschaft und Umwelt zwar eine Eingliederung in die Amtshierarchie erfolgte, gleichzeitig aber die Funktion der Umweltbeauftragten als Querschnittsaufgabe der Subordination entzogen blieb. Diesem Organisationsmodell wurde nach einer längeren und teils kontroversen Diskussion innerhalb der Verwaltung und mit dem Personalrat schließlich im März 1998 zugestimmt.

Im Rahmen der Verwaltungsreform wurden weitere strukturelle Veränderungen innerhalb der Verwaltung vorgenommen: Mit Unterstützung des externen Beratungsunternehmens Mummert & Partner aus Hamburg wurde der gesamte Regiebereich untersucht und mit der Bildung der Stadtbaubetriebe Tübingen mit den Bereichen Fuhrpark, Straßenunterhaltung,

Grünpflege und Friedhofswesen 1996 abgeschlossen.

Die Änderung des Eigenbetriebsrechts im Dezember 1995 schuf die rechtliche Voraussetzung, um die Stadtbaubetriebe Tübingen als Eigenbetrieb zu führen und einer effektiven und effizienten Organisationsform zuzuführen. Auch die Altenhilfe Tübingen mit den städtischen Alten- und Altenpflegeheimen Pauline-Krone-Heim und Bürgerheim und der städtischen Sozialstation ist seit 1996 ein Eigenbetrieb mit Sonderrechnung. Zum Jahresbeginn 1997 wurde der dritte Eigenbetrieb, die Entsorgungsbetriebe Tübingen mit den Bereichen Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung und Erddeponie Schinderklinge, eingerichtet.

Änderung des Dezernatsverteilungsplanes

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 24. Februar 1997 wurde im Stellenplan die zusätzliche Dezernatsstelle eines „Finanz- und Wirtschaftsbürgermeisters“ (Dezernat 02) geschaffen. Die Stelle wurde durch den Gemeinderat am 9. Februar 1998 mit dem bis dahin als Amtsleiter des Amtes für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Heilbronn tätigen Eugen Höschele besetzt, der am 18. Mai 1998 sein Amt antrat. Ein Teil der städtischen Ämter wurde durch diese organisatorische Änderung anderen Dezernaten zugeordnet (vgl. Schaubilder S. 5 und 6).

Aufgaben des weiteren Beigeordneten werden unter anderem die Verbesserung der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Wirtschaft in Tübingen, die Bestandspflege von Unternehmen, die Förderung von Existenzgründungen, eine starke Kooperation mit der Universität und auch die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe sein.

Ablauforganisation

Aber nicht nur die Struktur der Verwaltung, sondern auch ihre Arbeitsweise hat sich verändert. Die Lösung von Aufgaben wurde schwerpunktmäßig projektorganisatorisch angegangen. Themen wie Corporate Identity mit der Schaffung eines neuen Logos für die Stadtverwaltung zum 1. Juli 1993 und dem Erlaß der Leitlinien für die Führung und Zusammenarbeit in der Ver-

waltung im Oktober 1994, sowie das IuK-Sollkonzept für die Informations- und Kommunikationstechnik standen ebenso im Mittelpunkt der Projektarbeit unter Federführung der Organisationsabteilung, wie die Dienstvereinbarung über flexible Arbeitszeiten, die mit dem Personalrat am 1. September 1996 abgeschlossen wurde. Diese Vereinbarung ermöglicht einerseits den Beschäftigten ein Höchstmaß an Flexibilität in der persönlichen Gestaltung der Arbeitszeit und andererseits die bedarfsorientierten Ausgestaltung der Öffnungszeiten für die Bürgerschaft. Mit den neuen Öffnungszeiten der Verwaltung ab 1. Mai 1997 wurde am Dienstag als attraktives Angebot für die Bürgerschaft der Dienstleistungstag mit durchgängiger Öffnungszeit von 8 bis 17 bzw. 18 Uhr eingeführt.

Raumprogramm

Als Ersatz für den jahrelang diskutierten und nicht realisierten Anbau ans Technische Rathaus zur Lösung der beengten räumlichen Verhältnisse der Verwaltung, wurden Räumlichkeiten in den Gebäuden Poststr. 10 und Fruchtschranne 6 (1991), Wöhrdstr. 4 und 8 und Karlstr. 3 (1992) angemietet. Der neue Standort "Zinsendreieck" liegt zentrumsnah und verkehrsgünstig angebunden in der Nähe des ZOB und des Neckarparkhauses.

Die Auflösung der französischen Garnison im Jahre 1991 eröffnete vielfältige Varianten für die Unterbringung der Verwaltung, die alle untersucht, bewertet und schließlich wieder verworfen wurden mit Ausnahme der Paulinenstr. 25 (jetzt Lorettoplatz 30); das Gebäude eignete sich ideal für die Unterbringung des Stadtansiedlungsamtes in räumlicher Nähe zum Großprojekt Südstadtentwicklung.

Aber die personelle Entwicklung in der Verwaltung wurde in den vergangenen Jahren der Haushaltskonsolidierung gestoppt und umgekehrt. Der damit reduzierte Flächenbedarf führte dazu, daß die Wöhrdstr. 8 im Jahre 1996 wieder aufgegeben werden konnte. Eine interessante räumliche Alternative für die Unterbringung der Verwaltung ergibt sich durch den Neubau der Albert-Schweitzer-Realschule und die Frage der Nachfolgenutzung des Fruchtkastens, einschließlich der herzoglichen Kelter und des sogenannten Industriesaals. Anfang 1998 hat der Ge-

meinderat entschieden, die Räumlichkeiten einer Verwaltungsnutzung zuzuführen und die Verwaltung beauftragt, die Einrichtung eines Bürgeramtes vorzusehen.

Qualitätssicherung

Mit einer Umfrage bei den Besucherinnen und Besuchern im Herbst 1992 konnte erstmals die Leistungsfähigkeit und Akzeptanz der Verwaltung bei der Bürgerschaft auf den Prüfstand gestellt werden. Das imposante Ergebnis zeigte, daß 95,9 Prozent der 1492 Befragten mit den Leistungen zufrieden waren. Ausfluß aus dem Umfrageergebnis war die Verbesserung der Wegweisung innerhalb der Gebäude mit der "Tübinger Ampel" und die Einrichtung eines zentralen Auskunftstelefon verbunden mit dezentralen Auskunftsstellen in den Fachämtern als erste Ansprechpartner für die Bürgerschaft.

Stellenbewertung

Die Kommission für Stellenbewertung hatte in den Jahren 1990 - 97 die neuen Tarifverträge für Angestellte im Sozial- und Erziehungsdienst, für Angestellte in technischen Berufen, für Schulhausmeister und den Bezirkslohnstarifvertrag Nr. 5 G umzusetzen. Allein im Jahre 1991 wurde 893 Einzelbewertungen erforderlich. In den Folgejahren schwankte die Zahl der Bewertungen zwischen 50 und 150 Stellenbewertungen. Im Jahre 1995 wurde entschieden, die Posten der ca. 160 Beamtenstellen erstmals zu bewerten. Die GPA erhielt den Auftrag, die analytische Dienstpostenbewertung fachkompetent zu begleiten und die Kommission für Stellenbewertung für ihre künftig neue Aufgabe auszubilden.

Gebäudewirtschaft

Die Organisationsabteilung ist für die Reinigung der städtischen Gebäude zuständig. Mit Auflösung des Bauverwaltungsamtes wurden zusätzlich die Bewirtschaftungskosten der Verwaltungsgebäude (Ver- und Entsorgungskosten) und die Beschaffung von Reinigungsmaterial in ihre Zuständigkeit übertragen. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wurde im Jahre 1996 der Reinigungsrythmus bei Verwaltungsgebäude im Schulbereich reduziert, was eine Einsparung von 20 % der Reinigungskosten (ca. 800.000 DM) ausmacht.

Stellplatzbewirtschaftung

Seit Frühjahr 1993 müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Benutzung städtischer Stellplätze bezahlen, für überdachte Stellplätze monatlich 50 DM und für nicht überdachte 45 DM. Im Gegenzug beschloß der Gemeinderat, mit dem Stellplatzbewirtschaftungskonzept die Einführung eines 50prozentigen Zuschusses für die Benutzung des ÖPNV. Ausgaben in Höhe von 48.500 DM stehen hier Einnahmen in Höhe von 40.000 DM in 1997 gegenüber.

Hausdruckerei und Beschaffungswesen

Die Hausdruckerei wird seit 1996 als interner Dienstleister betriebswirtschaftlich geführt und stellt ihre Produkte zu Marktpreisen den auftraggebenden Ämtern in Rechnung. Nach einem anfänglichen Defizit im Jahre 1996 von knapp über 10 Prozent konnte im 2. Pilotjahr 1997 eine fast ausgeglichene Erfolgsrechnung mit -3,23 Prozent vorgelegt werden. Die Hausdruckerei hat damit ihren Auftrag, kostendeckend zu arbeiten, weitgehend erfüllt.

Der mit den "Pfrondorfer Empfehlungen" geforderte Stellenabbau im Beschaffungswesen soll zu einer Neuorganisation in Form einer Dezentralisierung der Beschaffungen führen. Die ersten Abstimmungsgespräche haben jedoch gezeigt, daß die Ämter und Dienststellen eine Mehrbelastung ohne entsprechenden Personalausgleich befürchten.

Informations- und Kommunikationstechnik

Das IuK-Sollkonzept definiert als oberstes Ziel die Harmonisierung der Benutzeroberfläche und die anwenderfreundliche Hardwareausstattung der Arbeitsplätze. Dies bedingt, daß der IBM-Stadtrechner mit den sogenannten "dummen" Terminals durch zeitgemäße PCs ersetzt, die Client/Server-Technik flächendeckend eingesetzt wird und die Softwareanwendungen in der Standardausstattung vereinheitlicht werden. Die Anzahl der PCs in den Ämtern und Dienststellen steigerte sich von 1991 mit 50 PCs, über 1994 mit 132 PCs auf 383 PCs im Jahre 1997. Diese enorme Steigerung und der damit verbundene Mehraufwand in der System- und

Anwenderbetreuung konnte infolge der Haushaltskonsolidierung und des damit gebotenen generellen Personalabbaus in der Verwaltung personell nicht aufgefangen werden. Engpässe sind damit vorprogrammiert; dennoch braucht die EDV-technische Ausstattung und Betriebsbereitschaft der Stadtverwaltung einen Vergleich mit anderen Städten nicht zu scheuen. Seit 01.01.1997 arbeitet die Daten- und Kommunikationstechnik (DKT) unter betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und muß ihre Leistungen bewerten und den Anwendern in Rechnung stellen.

Nach der Beschaffung einer neuen leistungsfähigen Telefonanlage im Jahre 1997 wurde das Telekommunikationsnetz an die SWT GmbH verkauft, um die Grundlage zu schaffen, wirtschaftlich günstige Übertragungswege zu nutzen und das nunmehr in einer Hand zusammengeführte städtische Netz zusätzlich an Dritte zu vermieten.



Interner Dienstleister: Die Hausdruckerei



Bundestagswahl 1998: Annahme der Wahlunterlagen

Die beiden Ältesten

Lustnau und Derendingen

Nicht selbstverständlich ist, daß die beiden Geschäftsstellen Lustnau und Derendingen den Berichtszeitraum überdauert haben, zumal nach dem Tod des langjährigen Geschäftsstellenleiters Eberhard Frösche im Oktober 1995 dessen Stelle längere Zeit vakant war. Obgleich beide Geschäftsstellen in den Eingemeindungsverträgen von 1934 verankert sind, haben die Stürme der Haushaltskonsolidierung mächtig an deren Wurzeln gerüttelt. So hat sich letztendlich das von beiden Geschäftsstellen abgedeckte weitgefächerte Aufgabenspektrum verbunden mit der allorts geführten Diskussion um die Bürgerämter als Rettungsanker erwiesen. Die Liste der dort während attraktiver Sprechzeiten angebotenen Leistungen reicht - um nur die wesentlichsten Aufgaben zu nennen - von allen Standesamtsangelegenheiten über Meldewesen, Lohnsteuerkarten, Führungszeugnisse, Personalausweise, Reisepässe, Kinderausweise, Rentenangelegenheiten bis hin zu Fahrkarten für den Stadtverkehr. Daß in beide Rathäuser kein neuer Chef eingezogen ist, der Ansprechpartner vor Ort in allen Verwaltungsangelegenheiten ist, mag bedauert werden, muß jedoch als Zugeständnis an die allen Ämtern auferlegte Haushaltskonsolidierung akzeptiert werden.

Auch nach der Kommunalwahl 1994 sind die beiden Ortsbeiräte Lustnau und Derendingen vom Gemeinderat gebildet worden. In ihnen werden alle wichtigen Angelegenheiten des Stadtteils vorberaten und mit einem entsprechenden Empfehlungsbeschluß an die gemeinderätlichen Gremien weitergeleitet.

Dem Ortsbeirat Lustnau gehören an:
Andrea Le Lan/SPD,
Rudi Hurllebaus/CDU,
Siegfried Nold/AL,
Peter Aicheler/UFW,
Elke Meyer-Dubbers/FL,
Gerhard Breuer/WUT
Silvia Riekert/FDP

Dem Ortsbeirat Derendingen gehören an:
Gerhard Aichele/SPD,
Manfred Wurster/CDU,
Gerhard Schnaitmann/AL,
Gudrun Sinner/UFW,
Klaus Schiffer/FL,
Jürgen Kost/WUT
Gerhard Raiser/FDP

Die Folgen der zügigen Bebauung des Herrlesbergs in Lustnau haben auch die entsprechenden Themen - u.a. Schaffung von neuen Kindergartenplätzen, Schulsituation - für den Ortsbeirat Lustnau diktiert.



Lustnau, Neubaugebiet Herrlesberg, Zentrum

Demgegenüber wartet die Derendinger Bürgerschaft weiterhin auf die Realisierung des (Wohn-)Baugebietes Saiben (Platz für ca. 2 000 - 3 000 Einwohner). Beiden Stadtteilen gemeinsam ist eine intensive Nachverdichtung in ihren Kerngebieten, was durch die fehlende Ortsbildung erleichtert wird. Auch befinden sich attraktive Gewerbe- und Industriebetriebe sowie noch freie Gewerbeflächen innerhalb ihrer Gemarkungsgrenzen (Gewerbegebiet Neckaraue, Gewerbegebiete „Unter dem Holz“ und „Azenbach“).



Derendingen, Gewerbegebiet "Unter dem Holz": Neubau der Firma Transtec

Stütze des kommunalen Lebens ist in beiden Stadtteilen eine ausgeprägte und vielfältige Vereinslandschaft, deren gemeinsame Belange durch die jeweiligen sehr aktiven Arbeitsgemeinschaften Lustnauer bzw. Derendinger Vereine gesteuert wird. Diesen beiden Institutionen werden auch in Zukunft wichtige Aufgaben für den jeweiligen Stadtteil zufallen. Eine Besonderheit ist im Stadtteil Lustnau das monatliche Mitteilungsblatt „Lustnau aktuell“, das die Arbeitsgemeinschaft Lustnauer Vereine in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung herausgibt.

Vermittlungsausschuß ohne Ergebnis

Weilheim

Der Berichtszeitraum war geprägt durch zurückgehende Investitionen infolge finanzieller Schwierigkeiten der Stadt, durch umfangreiche planerische Maßnahmen und durch viele gesellige Jubiläen, die in dieser Zeit gefeiert wurden.

Ein glanzvoller Höhepunkt für Weilheim war die 900-Jahr-Feier im Jahr 1991. Mit zahlreichen Ausstellungen, historischen Führungen, Konzerten und Vorträgen wurde das ganze Jahr über dieses Fest gefeiert. An einem Festwochenende im September war ganz Weilheim auf den Beinen, um sich den vielen Besuchern aus nah und fern zu präsentieren. Sowohl beim Dorf-(Fest-)abend als auch beim historischen Festzug bei herrlichem Wetter gaben die Vereine und die gesamte Bevölkerung Einblick in ihre 900-jährige Dorfgeschichte. Ursprünglich nur als Festschrift geplant, entstand, gestaltet von Weilheimer Bürgern in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv, ein über dreihundert Seiten umfassendes Heimatbuch.

Dem Ortschaftsrat gehörten zu Beginn des Berichtszeitraums Heide Barth, Claus-Eckhard Bürker, Ottmar Geckle, Roland Glaser, Gerhard Junger, Werner Lauer, Lore Malchow, Fritz Poddig, Margarete Raabe, Otto Schreiner und Gerhard Ulmer an. Die Weilheimer Interessen im Gemeinderat wurden in dieser Zeit von Otto Schreiner wahrgenommen. Für die 1994 nicht mehr kandidierenden Gerhard Junger, Werner Lauer sen., Lore Malchow und Otto Schreiner wurden Werner Lauer jun., Klaus Röscheisen, Werner Schall und Elisabeth Storp gewählt, Roland Glaser in seinem Amt als Ortsvorsteher bestätigt und gleichzeitig in den Gemeinderat gewählt. Steffen Andreae ist im Juli 1995 für die aus gesundheitlichen Gründen ausgeschiedene Elisabeth Storp in den Ortschaftsrat nachgerückt.

Der Ortschaftsrat tagte durchschnittlich neunmal im Jahr, hielt 1991 eine Bürgerversammlung ab, in der besonders die Themen L 370/B 28 neu, die Erweiterung des Müllplatzes Schweinerain und Tempo

30 für Weilheim diskutiert wurden. Er rief im Zusammenhang mit dem Thema B 28 neu - Umfahrung und Anbindung an den Weilheimer Knoten - im Jahr 1996 den Vermittlungsausschuß an, der jedoch für Weilheim kein zufriedenstellendes Ergebnis brachte.

Die Einwohnerzahl ist von 1.516 Ende 1990 geringfügig auf 1.523 Ende 1997 gestiegen. Besonders erwähnenswert ist ein 60prozentiger Geburtenanstieg im Jahr 1997 gegenüber 1996.

Nach über 25jähriger Tätigkeit in der Verwaltungsstelle wurde Ende 1996 Berta Schaible in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Ihre Nachfolgerin wurde im April 1997 Miriam Fischer. Ebenso trat 1996 der langjährige Fronmeister des Stadtteils, Heinz Sauser, in den Ruhestand.

Im Mai 1994 wurde im Rahmen eines Gemeindenachmittags nach über 15jähriger Tätigkeit in der Evangelischen Kirchengemeinde Weilheim - Hirschau Pfarrer Heinrich Mohr verabschiedet. Sechs Monate später trat sein Nachfolger Bernhard Riesch-Clausecker den Dienst in der Doppelkirchengemeinde an.

Vollendete Vorhaben

Zurückgehende Fahrgastzahlen veranlaßten die Deutsche Bundesbahn, mit dem Sommerfahrplan im Mai 1991 die Haltestelle Weilheim an der Bahnstrecke Tübingen - Horb stillzulegen. Durch den im Jahr 1990 in Kraft getretenen Bebauungsplan „Sportanlagen Weilheim“ konnten 1991 die ersten beiden Tennisplätze durch den Sportverein Weilheim errichtet werden, die 1997 um zwei weitere Plätze ergänzt wurden. Die im Herbst 1976 angeordnete Flurbereinigung Weilheim konnte mit der Schlußfeststellung im November 1994 abgeschlossen werden. Im Sommer 1990 wurden in einer gemeinsamen Informationsschau der Teilnehmergeinschaft und dem Flurbereinigungsamt der Bevölkerung die Ergebnisse der Flurbereinigungsverfahrens präsentiert. Den Erlös aus diesem wohl gelungenen Festnachmittag teilten sich die Kindergärten Derendingen-Saiben, Kilchberg und Weilheim. Zweckgebunden für künftige Maßnahmen im Flurbereinigungsgebiet erhielt die Stadt

noch 30.000 DM aus der Kasse der Teilnehmergeinschaft.

Bedingt durch geburtenstarke Jahrgänge konnten im Kindergartenjahr 1992/93 nicht alle Kinder in den Kindergarten aufgenommen werden. 1993 hat der Gemeinderat dem kostengünstigen Vorschlag des Ortschaftsrats und der Elternvertretung zugestimmt, die freigewordene Wohnung im Kindergarten für eine dritte Gruppe umzubauen, die dann im April 1994 unter Mithilfe der Eltern in Betrieb genommen wurde. Im Sommer 1995 feierte der Kindergarten das 25jährige Bestehen des Kindergartengebäudes.

Die zur Beheizung der Rammerthalle im Jahr 1987 in den Ort verlegte Gasleitung wurde Zug um Zug erweitert und vervollständigt. Schon 1990 wurden Kindergarten und Schule angeschlossen, und 1995 hatte die gesamte Bevölkerung die Möglichkeit, diese umweltfreundliche Energieart zu nutzen.

Auch die evangelische Kirchengemeinde tat viel für die Verschönerung des Dorfbildes. 1990 wurden die Kirchplatzmauer und 1996 das Dach, die Außenfassade und der Kirchturm vollständig renoviert. Für diese Maßnahmen gab die Stadt insgesamt ca. 130.000 DM Zuschuß. Im September 1993 wurde das 27 Jahre alte Fahrzeug der Weilheimer Feuerwehrabteilung durch ein neues Tanklöschfahrzeug ersetzt. Gleich zweimal innerhalb eines Monats mußte die Weilheimer Wehr 1996 zu Wohnungsbränden ausrücken.

Schwierige und langwierige Leitungsarbeiten in Tübingen (Gartenstraße) waren Voraussetzung dafür, daß Weilheim schließlich im Dezember 1995 an das wesentliche weichere Mischwasser angeschlossen werden konnte.

Langjährige Bemühungen des Stadtteils um eine bedarfsgerechte Anbindung Weilheims an den ÖPNV wurden mit dem Sommerfahrplan 1997 erfüllt: in Hauptverkehrszeiten gibt es den Viertelstundentakt, tagsüber den Halbstundentakt mit Durchbindung bis zur BG-Unfallklinik, und für Schüler sind direkte Verbindungen zum Schulzentrum Feuerhägle fahrplanmäßig. Für das Wochenende wurde sogar der Nachtbus eingeführt.

Die Bemühungen des Ortschaftsrats und Proteste der Bevölkerung halfen nichts: Ende des Jahres 1997 wurde die Weil-

heimer Poststelle aus Rentabilitätsgründen durch die Post AG geschlossen. Der Postzusteller übernimmt seither den mobilen Service der Post AG.

Planungen

Der Bauantrag eines neuen Besitzers, seine am westlichen Ortsrand von Weilheim gelegene Scheuer zu Wohnzwecken umzubauen, löste 1990 eine allgemeine Debatte über die Nutzung und die Unterschutzstellung dieser Weilheimer Scheunen aus. Daraufhin wurde Mitte 1990 die 170 m lange westliche Scheunenzeile unter Denkmalschutz gestellt. Zur Erhaltung des historischen Ortskerns und zum Schutze vor allzu freizügigem Handeln in diesem Gebiet beantragte der Ortschaftsrat die Aufstellung von Bebauungsplänen für den alten Ortskern samt Scheunen. Dem Wunsch schloß sich der Gemeinderat an und erließ im Dezember 1993 zur Sicherung der Planung eine Veränderungssperre. Im Rahmen einer Semesterarbeit erarbeiteten Studenten der Universität Stuttgart den Stegreifentwurf „Wohnen und Arbeiten in der Scheunenzeile Weilheim“. Die Lösungen der Studenten wurden ausgestellt, erörtert und in einer vom Stadtplanungsamt herausgegebenen Broschüre zusammengefaßt. Mit der inzwischen beschlossenen Ortsbildsatzung, den für die Bebauungspläne erarbeiteten Parkierungskonzepten und verschiedenen Entwürfen der Studenten und von Architekten beschlossen Ortschaftsrat und Gemeinderat, die Aufstellung der Bebauungspläne zunächst ruhen zu lassen und eingehende Bauwünsche danach zu beurteilen.

Ständiger Begleiter im Berichtszeitraum waren die Planungen für den Neubau der L 370 zwischen Tübingen und Rottenburg. Zwischenzeitlich läuft diese Planung unter „B 28 neu“ und befindet sich im Planfeststellungsverfahren beim Regierungspräsidium Tübingen.

Vereine und deren Aktivitäten

Mitgliederstärkster Verein ist der Sportverein, der zwischenzeitlich Besitzer von vier Tenniplätzen wurde, Jahr für Jahr an der Spitze der im Verhältnis zur Mitgliederzahl abgenommenen Sportabzeichen im Landkreis steht, wiederholt den von der Kreissparkasse ausgelobten Wanderpokal

erhielt und dessen Tischtennisabteilung weit über die Kreisgrenzen hinaus bekannt ist.

Jüngster Verein sind die Narrenfreunde Weilheim e.V., die im Jahr 1990 gegründet wurden und die mit ihren Eichenweibern und den Waldschritten nicht nur in Weilheim die Fasnet bereichern.

Im Herbst 1990 beging der Obst- und Gartenbauverein sein 40-jähriges Jubiläum. Er ist Ausrichter des jährlichen Blumenschmuckwettbewerbs und einer Baumschnittaktion der Bäume im Bereich des Regenüberlaufbeckens im Tal. Schnitt- und Veredelungslehrgänge stehen jährlich im Veranstaltungsprogramm.

Die Ortsgruppe Weilheim im Schwäbischen Albverein veranstaltet jährlich zusammen mit den Narrenfreunden eine Markungssputzete und renovierte den durch „Wiebke“ im Frühjahr 1990 zerstörten Seifertbrunnen am Nordrand des Rammerts.

Der Musikverein feierte 1997 das 70-jährige Bestehen des Vereins, seine der Geselligkeit dienenden Feste, (Frühjahrskonzert, Vatertagsfest, Straßenfest oder Winterfeier) sind fester Bestandteil des jährlichen Veranstaltungskalenders.

Fast fertiggestellt ist die neue Luftgewehrhalle des Schützenvereins, der 1995 sein 90-jähriges Bestehen feiern konnte. Weitere Jubiläen im Berichtszeitraum waren:

25jähriges des Kirchenchors der evangelischen Kirchengemeinde im Jahr 1994, 75jähriges des Posaunenchores der evangelisch-methodistischen Kirche im Jahr 1995 und das 25jährige des Jugendzentrums „Schlupfloch Weilheim“ im Jahr 1996.

In Anerkennung ihrer langjährigen Verdienste in Weilheimer Vereinen wurden sechs Weilheimer Bürger mit der Ehrennadel des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet:

1990: Gerhard Junger für 40 Jahre Vereinskassier im Obst- und Gartenbauverein

1991: Siegfried Lang für langjährige Vorstandschaft im Schützenverein

1992: Karlheinz Burkhart für langjährige Vorstandschaft im Musikverein

1994: Karl Haug für langjährige Arbeit in verschiedenen Vereinen

1997: Gottlob Trautmann für 44 Jahre als Kassier im Schwäbischen Albverein

-Otto Schreiner für über 20 Jahre Vorstand des Obst- und Gartenbauvereins

Wünsche und Anregungen

An oberster Stelle steht die Verbesserung der Abwassersituation, die in den nächsten Jahren angegangen werden soll. Voraussetzung für einen zweiten notwendigen Abwassersammler ist der Bau eines Regenüberlaufbeckens im Bereich der L 371, der 1998 begonnen wird.

Die Kapazität des im Jahr 1983 eingeweihten Friedhofs am Rammertrand ist fast erschöpft. Die Erweiterung muß in Kürze in Angriff genommen werden.

Die Entwicklung der Kinderzahlen muß im Hinblick auf notwendige Erweiterungen im Kindergarten- oder Schulbereich sorgsam beobachtet werden.

Bevölkerung und Ortschaftsrat sprechen sich weiterhin für eine mit der Bahnlinie gebündelte neue B 28 zwischen Tübingen und Rottenburg aus. Damit sollen die Neckartalstadteile vom Verkehr entlastet werden. Es kann aber nicht sein, daß auf Weilheimer Markung ein Bauwerk entsteht zur Entlastung anderer Stadteile, Weilheim selbst aber nicht entlastet wird (K 6900). Wir werden weiter die Ostumfahrung fordern und andere Lösungen mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.

Zum Schluß bleibt noch die Hoffnung, daß sich die Finanzsituation der Stadt bald wesentlich verbessern möge, damit ein langgeplantes Vorhaben endlich verwirklicht werden kann: die Anlage eines Sportgeländes für die Weilheimer Jugend, da in Weilheim derzeit keinerlei Außensportanlagen vorhanden sind.

Ein Wunsch bleibt noch: daß Verwaltung und Gemeinderat trotz Abschaffung der unechten Teilortswahl stets die Anliegen der Stadteile respektieren möge.

Engagement für die Schule

Kilchberg

Zu Beginn des letzten Jahrzehnts in diesem Jahrhundert ist der Bau einer Mehrzweckhalle in Kilchberg vorläufig gestoben. Schuld waren die Wünsche auf Umplanungen und Geldknappheit. Wegen der fehlenden Mittel wurde auch auf die Neugestaltung der Ortsmitte mit Pflasterungen, sowie auf den Bau von 12 Sozialwohnungen "Hinter den Gärten" verzichtet. Vielleicht sind diese hochgesteckten Ziele in der Zukunft noch erreichbar.

Es galt aber, den anlaufenden Bebauungsplan Bühler Straße/Rammertstraße ins Verfahren zu bringen und in Baumaßnahmen umzuwandeln. Eine lange Planung war dem Baubeginn vorgeschaltet. Am 28. Februar 1996 begann die Erschließung des Baugebietes, sie wurde im Juli 1997 abgeschlossen. Eine rege Bautätigkeit ist seither die Folge. In der Mitte des neuen Baugebietes ist auch der Bau von Eigentums- und Sozialwohnungen der GWG vorgesehen.

Im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Bevölkerungszuwachs (er stagniert seit 10 Jahren) tauchte auch die Frage nach Erweiterung des Schulhauses auf. Es gründete sich eine Bürgerinitiative, um dieses Problem rechtzeitig zu lösen, da die Schulklassen 1 und 2, einschließlich Weilheimer Kinder, an der Teilungsgrenze lagen.

Es wurde heiß diskutiert, ob ein Anbau an das Schulhaus von zwei Klassenzimmern oder der Bau eines Gymnastikraumes das richtige sei. Einvernehmlich mit der Verwaltung, der BI und dem Ortschaftsrat entschied man sich für den Bau eines Gymnastikraumes, mit Erneuerung der Toilettenanlage, dem Bau eines Jugendraumes und Unterbringung der erweiterten Öffnungszeiten für die Schulkinder. Der seitherige Saal im Schulhaus wurde für zwei Klassen aufgeteilt. Mit Geld- und Arbeitszeitspenden der BI und Vereine wurde das Verfahren beschleunigt, da der Gemeinderat ob soviel privatem Engagement seine Zustimmung nicht versagen konnte. Das Bauwerk steht unmittelbar vor seiner Vollendung.



Erweiterung des Schulhauses: Spatenstich durch die Erste Bürgermeisterin Gabriele Steffen und Ortsvorsteher Erich Krauss

Als weitere Verbesserung wurde ein neuer Hauptsammler von der Straße "Am Keltengrab" bis zum Neckar gebaut. Aus dem alten Klärwerk wurde ein Regenrückhaltebecken, das Abwasser läuft seither in die Kläranlage nach Lustnau. Gleichzeitig wurden Fernsehkabel eingelegt, bis dann die "Schüsseln" dem Kabel den Rang abliehen. Nebenbei verlegten die Stadtwerke Gasleitungen im ganzen Ort, so daß bei Neubauten oder bei Erneuerung der Heizanlage als Energieträger Gas verwendet wird.

Seit 20.12.1995 fließt weiches Mischwasser aus der Leitung.

Im Zuge der Privatisierung von Post und Bahn wurde wegen Unrentabilität die Poststelle am 1. November 1993 geschlossen. Die Bahn hält seit 1. Juni 1991 nicht mehr in Kilchberg. Alle Proteste seitens der Be-

völkerung und des Ortschaftsrates halfen nichts. Auch der einzige Laden im Ort, die Bäckerei Ott im Hause Schäfer, schloß am 30. Juni 1993 ihre Türen wegen zu geringer Inanspruchnahme. Im Frühjahr 1994 konnte ein Bäcker aus Mössingen gewonnen werden, der in der Filiale der Kreissparkasse, Bühlerstraße, einen Laden eröffnete. Die Kreissparkasse zog Ende April 1994 in ihren Neubau im ehemaligen Löwen.

Nach langen Beratungen billigte der Ortschaftsrat am 8.2.1994 einstimmig für den Ortskern die Ortsbildsatzung, die Erhaltungssatzung und die Satzung über die Erforderlichkeit einer Baugenehmigung. Mit diesen Satzungen will man verhindern, daß durch fremde Baustile das Dorfbild verschandelt wird.



Offen für Besucher: Tag des Denkmals im Kilchberger Schloß

Eine verkehrliche Verbesserung brachte der TüBus, der jetzt im Takt durch Kilchberg und Weilheim fährt. Ein Anlieger, unterstützt von 145 Bürgern, wollte diesen Durchgangsverkehr wieder rückgängig machen, da ihn die vielen Busse vor seinem Haus störten. Aufgescheucht durch Presse und Rundfunk tobte im Dorf ein richtiger Busstreit. Der Ortschaftsrat entschied sich aber klar für die Busse und den günstigen Taktverkehr. Die Verwaltung und die Vereine hielten weiterhin guten Kontakt zu den Freunden aus Kilchberg/Zürich. Ein reges Besuchersleben mit Erwachsenen und Kindern ließ die Partnerschaft weiter gedeihen, und bei jeder Begegnung gab es ein Riesenfest. Oft traf man sich im Schloßgarten, Feuerwehrhaus oder Dreschschuppen. Überhaupt pflegen die Vereine die Feste so, daß sie immer zur Freude und nicht zur Last werden.

Im Schloß werden seit einigen Jahren beim Tag des Denkmals viele Gäste empfangen, die interessiert die historischen Bauten und Anlagen besichtigen.

Im Ortschaftsrat sind vertreten Ortsvorsteher Erich Krauß, Ferdinand Kehrer, Siegfried Bürker, Dr. Heribert Weber, Joachim Schneider, Richard Gebauer, Horst Kunz, Margit Schnell-Koch, Kurt Bellack und Gustav Haug für die verstorbene Emma Wienchol, sowie Radegunde Reichenmiller für den ausgeschiedenen Dr. Klaus Mohr. Die Einwohnerzahl beträgt 1.169. Im Gemeinderat ist Dr. Heribert Weber.

Im Jahr 1998 steht die Inbetriebnahme des Anbaues am Schulhaus mit Einweihungsfest an. Auf der Wunschliste steht eine Vergrößerung des Kindergartens und dessen Renovierung.

Die Vereine planen Begegnungen mit den Partnern zu deren 750-Jahrfeiern über das ganze Jahr 1998.

Baronin von Tessin baut einen Festsaal (Orangerie im Schloßpark), den auch die Vereine und die Verwaltung für ihre kulturellen Veranstaltungen benutzen dürfen.

Die Firma Core aus Rottenburg plant den Bau eines Tagespflegeheimes für alle Mitbürger.



Zu Gast in Tü-Kilchberg: Alphornbläser aus Kilchberg/Zürich

Dorf mit Eigenleben

Bühl

Bühl, seit 1971 Stadtteil von Tübingen, konnte 1996 nach 25 gemeinsamen Jahren feststellen, daß der Eingliederungsvertrag weitgehend erfüllt ist. Die Bachregulierung des Bühlertalbaches, der Ausbau der Infrastruktur, eine neue Aussegnungshalle, die Sanierung des Ortskerns sowie der Neubau des Feuerwehrhauses sind nur einige Projekte, die realisiert wurden.

Wesentlichen Anteil am Initiieren und Gelingen von verschiedenen Projekten hatte der jeweilige Ortschaftsrat. Dem heutigen Ortschaftsrat gehören noch die bereits 1989 gewählten Jochen Hagner, Axel Hille, Verena Knott-Thiemann und Achim Sailer an. Nach der Kommunalwahl von 1994 kamen Monika Baur, Gerd Faiß, Gabriele Hauber-Schwenk, Armin Raidt und Gerd-Rüdiger Panzer hinzu. Marianne Eberle löste 1996 Roland Schindler ab. Mit der Kommunalwahl 1994 gab es auch einen Wechsel an der Spitze des Ortschaftsrats und der Verwaltungsstelle. Zum neuen Ortsvorsteher wurde Achim Sailer gewählt. Er wurde Nachfolger von Friedrich Wilhelm Seeliger, der dieses Amt bis zum Ende der Wahlperiode im September 1994 ausübte und sich nicht wieder in den Ortschaftsrat wählen ließ. Als Stellvertreter/in stehen dem Ortsvorsteher Verena Knott-Thiemann und Hugo Lohmüller zur Seite. Vertreter für den Stadtteil im Gemeinderat der Stadt Tübingen sind Stadtrat Bertram Lohmüller und nach seinem Umzug nach Bühl – Stadtrat Peter Liebscher. Ob Bühl auch künftig einen Vertreter im Gemeinderat haben wird, ist nicht sicher. Mit der Abschaffung der unechten Teilortswahl durch den Gemeinderat im April 1996, die eine Vertretung der Stadtteile im Gemeinderat garantierte, könnte sich diese Situation ändern. Die Parteien und Wählervereinigungen stehen hier im Wort, auch weiterhin Kandidaten aus den Ortsteilen aufzustellen. In den letzten acht Jahren stieg die Einwohnerzahl Bühls von 1.545 auf 1.831. Zu diesem Anstieg haben nicht zuletzt drei größere Bebauungsplanverfahren und die damit gestiegene Wohnbebauung beigetragen: Schloßgartenacker, Grothaus-Läniger und Bonlanden-West. Mit dem

Satzungsbeschuß zum Bebauungsplan Grothaus-Läniger wurden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die bauliche Erschließung des östlichen Ortsrandes geschaffen; dabei wurden auch Flächen für den Mietwohnungsbau, speziell für den sozialen Wohnungsbau, ausgewiesen. Mit dem Spatenstich durch die GWG am 3. September 1996 konnte auch dieses Planungsziel erreicht werden. Mit dem Bebauungsplan Bonlanden-West wurde ein weiteres Baugebiet zur Verfügung gestellt, bei dem allerdings die Ausweisung von gewerblichen Bauflächen im Vordergrund stand. Bühl hat damit ein gut erschlossenes und effektiv nutzbares Gewerbegebiet erhalten.

Große Sorgen bereitete den Bühlern Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre die Absichten der Landesregierung und der Energiewirtschaft, einen Trinkwasser- bzw. Kühlwasserspeicher im Bühler Tal zu bauen. Dagegen erhob sich massiver Widerstand und führte zur Gründung der "Bürgerinitiative Bühler Tal". Erst mit der Ausweisung des Naturschutzgebietes Bühler Tal war die Gefahr gebannt. Mittlerweile konnte die BI aufgelöst werden.

Das wahrscheinlich für längere Zeit letzte städtische Bauvorhaben in Bühl wurde gerade fertiggestellt: Fast pünktlich zum Beginn des Kindergartenjahres 1997/98 wurde der städtische Kindergarten in Bühl seiner Bestimmung übergeben. Obwohl durch den Zuzug in die Neubaugebiete ein dringender Bedarf an weiteren Kindergartenplätzen bestand, war eine Realisierung des Kindergartens nur auf massiven Druck des Ortsvorstehers und des Ortschaftsrats möglich. Mit ins Boot genommen wurde die evangelische Kirchengemeinde Kilchberg/Bühl, die sich damit den lange gehegten Wunsch eines eigenen Gemeinderäumens in Bühl verwirklichen konnte.

Den Ortschaftsrat beschäftigte auch die Verwaltungsreform der Stadt Tübingen, die nicht vor den Ortschaftsgrenzen halt macht. Vor allem in den für die Ortschaften sensiblen Bereichen Stadtteilbauhöfe und -friedhöfe war und ist man nicht immer einer Meinung mit der Verwaltung.

Ein Dauerthema im Ortschaftsrat ist das Verfahren um den Bau der B 28 (neu) im Neckartal. Den Standpunkten der Verwaltung und des Gemeinderats konnte sich der Ortschaftsrat nicht immer anschließen. Auch wenn Bühl die Entlastung vom Durchgangsverkehr auf der L 370 drin-

gend benötigt, will der Ortschaftsrat dies nicht um jeden Preis erreichen, sondern fordert eine gleichermaßen sorgfältige Prüfung der Varianten sowie eine Berücksichtigung der Bedenken des Ortschaftsrats.

Auch Jugendarbeit ist für den Ortschaftsrat ein Thema. Dazu hat er 1996 ein „Forum für Offene Jugendarbeit“ ins Leben gerufen, in dem die Jugendlichen aktiv teilnehmen und sich beteiligen. Außerdem konnte unter ihrer Mitarbeit die Dachsanierung des alten Feuerwehrhauses, in dem sich der Jugendraum befindet, durchgeführt werden.

Trotz der vielen Veränderungen hat Bühl seine dörfliche Struktur bewahrt. Man fühlt sich der Gesamtstadt zwar verpflichtet, legt aber dennoch wert auf sein Eigenleben. Dieses Eigenleben stützt sich hauptsächlich auf die Bühler Vereine und Clubs, einschließlich der Freiwilligen Feuerwehr, und zeigt sich bei den zahlreichen Festen sowie beim jährlichen Dorffest, das von den Vereinen veranstaltet wird.

Ausblick auf 1998

Jugendarbeit wird auch 1998 einen wichtigen Platz bei den Beratungen des Ortschaftsrates einnehmen. Das dafür gegründete "Forum für Offene Jugendarbeit" soll als Plattform für die Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen, Ortschaftsrat und Verwaltung dienen. Angesprochen werden neben den auftretenden Problemen auch die Wünsche und Vorstellungen der Jugendlichen. Aus dieser Diskussion heraus ist das Engagement für einen „Fun-Park“ entstanden. Mit ihm soll der Wunsch der Jugendlichen nach einer Freizeit- und Spielfläche realisiert werden. Es ist dabei gelungen, die Jugendlichen zu aktiver Mitarbeit zu motivieren. Zu hoffen bleibt, daß ihr Engagement belohnt wird und die notwendigen Mittel aufgebracht werden können.

Überdenken und verbessern möchte der Ortschaftsrat die bereits beschlossenen Bebauungspläne Bonlanden-West und Schloßgartenacker.

Ein Dorf auf Wachstum

Hirschau

Das Dorf am Fuße des Kapellenbergs übersprang im Jahre 1991 die 3000-Einwohner-Marke und ist damit unter den neuen Stadtteilen Tübingens der größte. Zum Jahresende 1997 lag die Zahl der Einwohner bei 3.157 - und noch ist ein Ende des Wachstums nicht abzusehen, denn das Neubaugebiet "Riedweg", das der Ortschaftsrat 1991 mit dem Aufstellungsbeschuß auf den Weg brachte und das 1994 durch Satzungsbeschuß rechtskräftig wurde, ist zwar schon zu einem erheblichen Teil überbaut; bis alle Baumöglichkeiten ausgeschöpft sind, wird aber noch einige Zeit vergehen.

Hirschau zeichnet sich in seiner politischen Führung durch Kontinuität aus. Im Ortschaftsrat gab es bei der Kommunalwahl 1994 nur eine Änderung, für Eva Renner (sie zog von Hirschau weg) kam Andreas Nischwitz zum Team um den langjährigen Ortsvorsteher Hermann Endreß mit Richard Fridrich (erster Stellvertreter des Ortsvorstehers), Hermann Barth (zweiter Stellvertreter), Karl Dold, Dr. Gernot Ehrmann, Ulrich Latus, Roland Mayer, Georg Schöllkopf, Martin Wekenmann und Werner Wulf. Im Gemeinderat vertreten ist Hirschau durch Ulrich Latus (CDU) und Rainer Braun (SPD).

Der Rückblick auf acht Jahre zeigt, daß Hirschau nicht rastet, sich immer neue Aktivitäten entwickeln. Unter den Aktivitäten ganz vorn steht die Partnerschaft mit dem elsässischen Kingersheim, die 1963 begründet wurde. Und da sowohl Hir-



Partnerschaftstreffen

schauer als auch Kingersheimer gerne feiern, gab's im Sommer 1993 hüben und drüben gelungene Partnerschaftsfeste. Aber auch in festfreien Jahren brechen die Kontakte nicht ab, dafür sorgen zum ei-

nen der seit Jahren von Roswitha Binder und Werner Wulf betreute Schüleraustausch (mal rechts, mal links vom Rhein), zum anderen Besuche auf Vereinsebene (der Albverein beispielsweise wandert jedes Jahr an Pfingsten mit Mitgliedern des Vogesenclubs in den Vogesen), aber auch der Ökumenische Altenkreis pflegt Verbindungen über den Rhein.

Große Aufmerksamkeit schenkt man in Hirschau dem Nachwuchs, der in zwei Kindergärten - einem städtischen und einem katholischen - betreut wird. 1994 ging Schwester Anneliese nach zwölf Jahren am katholischen Kindergarten in den Ruhestand; der daraus resultierende Personal-Engpaß wirkte sich auch auf die Belegungsmöglichkeiten aus. In der Schule ging es dagegen zügig weiter, auch als nach 21 Jahren ihr Rektor Richard Stöckle in den Ruhestand ging. Dem bekannten Schulmann und Mundartdichter, dem Hirschau mit der Verleihung der Bürgerplakette in Silber dankte, waren nur noch wenige Monate vergönnt: Er starb am 16. November 1993. Nachfolger Stöckles an der Uhlandschule wurde Margret Wulf. Für die Jugendarbeit suchte Hirschau lange Zeit nach passenden Räumlichkeiten. Sie fanden sich Mitte der neunziger Jahre im Untergeschoß des alten Schulhauses, nachdem der Raum nicht mehr als Heizungskeller für das Gebäude - Hirschau war inzwischen weitgehend ans Gasnetz angeschlossen - benötigt wurde. Seit einigen Jahren wirken die Jugendlichen in ihren Räumen eigenverantwortlich.



Osterausstellung

Seit Jahren ein immer wiederkehrendes Thema ist die ständig wachsende Verkehrsbelastung der Ortsdurchfahrt (L 371). Hirschau drängt unablässig auf die Verwirklichung der Pläne für eine Entlastungsstraße zwischen Tübingen und Rottenburg parallel zur Bahnlinie, egal ob sie nun 370 neu oder B 28 neu heißt. Um in der Zwischenzeit nicht von Rasem über-

rollt zu werden, beschloß der Ortschaftsrat 1992 die Erstellung von zwei stationären Radaranlagen an den Ortseinfahrten. Wenig später war sich das Gremium über die Einführung von Tempo 30 in den Dorfstraßen rechts und links der L 370 einig. Keine Einigkeit gab es im Ortschaftsrat bei der Diskussion über eine Ortsbildsatzung. Auch mit speziell für Hirschau vorgesehenen Details fand die Ortsbildsatzung keine Mehrheit - sie wurde 1994 abgelehnt. Auf den Weg gebracht wurden die Erweiterung des Friedhofs nach Westen und der Umzug des Bauhofs, womit die Riedkeller für eine Vereinsnutzung frei wurde. Der Obst- und Weinbauverein hat den Vorplatz der Kelter und das Erdgeschoß für seine Zwecke hergerichtet und mit einem Kelterfest der Öffentlichkeit vorgestellt. Daß diese Vereinsaktivität nicht die einzige in Hirschau ist, sei am Beispiel der Narrenzunft belegt, die 1991 nach immensen Anstrengungen ihre Narrhalla - die Stefan-Hartmann-Halle - fertigstellen konnte. Auf diesem Gebiet steht aber auch der TSV nicht abseits - sein letztes Projekt an Eigenleistung war der Kunstrasen-Trainingsplatz. Solches Engagement vieler in den unterschiedlichsten Bereichen findet auch öffentliche Anerkennung: So wurden mit der Landesehrennadel Walter Bluthardt, Georg Schöllkopf, Klara Kaltenmark, Otto Bachner und Josef Fridrich ausgezeichnet. Hirschau selbst verlor die Bürgerplakette in Silber an Ortschaftsrat Karl Dold, den scheidenden evangelischen Pfarrer von Weilheim-Hirschau Heinrich Mohr und an Pfarrer Josef Landsteiner, der viele Jahre die St. Ägidius-Gemeinde betreute. Nachdem die katholische Gemeinde keinen neuen Pfarrer bekam, versieht seit 1993 Pastoralreferent Dr. Reinhold Pfau kirchliche Dienste in Hirschau. Das neue Gemeindehaus St. Urban ist einer der Mittelpunkte der katholischen Gemeinde Hirschau.

Hirschau war in den Kriegs- und Nachkriegsjahren Heimat für Dr. Hedwig Maier, die ihre Erinnerungen in einem TAG-BLATT-Buch festgehalten hat. Als sie im November 1993 zu einer Lesung aus diesen Erinnerungen in Hirschau war, gab es viele, die ihrerseits Erinnerungen an die schlimmen Jahre dazu beitragen konnten. Hirschau Firmen finden immer wieder auch überregionale Anerkennung. So war der langjährige Bundesbauminister Klaus Töpfer bereits dreimal zu Besuch bei einer Kaminbau-Firma in Hirschau.

Problem B 28

Unterjesingen

Die B 28 ist die Nabelschnur, mit der Unterjesingen an Tübingen angebunden ist. Sie ist aber auch seit Jahrzehnten Problem Nr. 1 des Dorfes am Schönbuchrand. Mit der Autobahn Stuttgart-Westlicher Bodensee ist der Durchgangsverkehr in einem Maße gestiegen, daß man heute das Dorf durchaus als zweigeteilt betrachten kann. Da eine Entlastung durch eine Umgehungsstraße in weite Ferne gerückt ist - die B 28-Ortsumgehungen Unterjesingen und Entringen sind nicht mehr in den (Bundes-)Plänen des dringlichen Bedarf enthalten -, sind die Kommunalpolitiker vor Ort, nicht zuletzt seit dem tödlichen Unfall eines Schulmädchens im Sommer 1994, um Verbesserungen entlang der Ortsdurchfahrt bemüht.

Mehrfach wurden die Vertreter des Land- und Wahlkreises im Bundestag und im Landtag um Unterstützung gebeten, ihnen vor Ort die Gefährlichkeit der Situation erläutert. Unterjesingens Antrag, auf der gesamten Ortsdurchfahrt Tempo 40 zuzulassen, ist stets abgelehnt worden. 1995 beschied Landesverkehrsminister Hermann Schaufler den Unterjesingern, sie könnten Tempo 40 bekommen, wenn sie entsprechende Umbaumaßnahmen entlang der B 28 akzeptieren würden.

Nachdem sich herausstellte, daß für solche Mindestlösungen keine Zuschüsse zu bekommen sind, entschied sich der Ortschaftsrat lieber für Beibehaltung von Tempo 50 und die Errichtung von zwei stationären Geschwindigkeitsmeßanlagen im Osten und Westen der Ortseinfahrt; die im Westen steht und zeigt erste Erfolge hinsichtlich der Einhaltung der Tempo-Vorschriften. Mit zur Verringerung der innerörtlichen Geschwindigkeiten tragen auch der Umbau der östlichen Ortseinfahrt - eine Verkehrsinsel zwingt zum Langsamfahren - und weitere Signalanlagen im Dorf bei.

Unterjesingen, dessen Einwohnerzahl in den vergangenen acht Jahren stets um 2500 lag, konnte in den Jahren 1990 - 92 seine Grundschule erweitern. Nahezu gleichzeitig lief ein Umbau des Anfang der siebziger Jahre erstellten Mehrzweckgebäudes, im dem Feuerwehr, Kindergarten und Mehrzweckhalle untergebracht sind.

In mehreren Bauabschnitten wurden die Raum-Probleme für alle Nutzer optimal gelöst.



Grundschule Unterjesingen: Erweiterungsbau



Schulfest

Daß man trotz immenser Verkehrsbelastungen auch etwas für die Wohnqualität im Dorf tun kann, bewies Unterjesingen mit der Umgestaltung der Unteren Straße und der Neugestaltung der Arnoldsgasse und des Platzes bei der "Linde" sowie der Straße Ob der Ammer. Investiert hat der Stadteil auch in sein Rathaus, dessen Erdgeschoß zu einem neuen Bürgertreff geworden ist. Dort tagt nicht nur der Ortschaftsrat - ihm gehören in der Legislaturperiode 1994 bis 1999 neben dem langjährigen Ortsvorsteher Fritz Maichle die für Emil Hechler nachgerückte Isolde Rock an, desweiteren Heinz Züfle, Eugen Steck, Heinz Möllers, Michael Rak, Hans-Martin Dittus, Hermann Kaiser, Gerhard Dieterle, Harald Mayer und Bärbel Schmid-, es fand dort auch der Altenkreis des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes eine Bleibe.

Unterjesingen war einmal, wie das zu Beginn der siebziger Jahre Mode war, ein Dorf mit einer Flachdachsiedlung. Nach mehr als zwanzig Jahren rührte sich in der

Sandäcker-Siedlung Widerstand gegen die im Laufe der Zeit immer mehr undicht werdenden Flachdächer. Nach 1991 stand das Siedlungskonzept zur Disposition und wurde, dem Wunsch der Hauseigentümer folgend, so umgeändert, daß heute dort Sattel- und Pultdächer das Bild bestimmen.

Mit dem Bebauungsplan für den Bereich Brunnenhalde bis zur westlichen Tankstelle versuchte Unterjesingen 1992, den westlichen Ortsrand neu zu gestalten. Gleichzeitig beschäftigte sich der Ortschaftsrat mit der Planung für ein Gewerbegebiet Enzbach, ebenfalls am westlichen Ortsrand. Letzteres hat bisher immer noch nicht alle Hürden im Tübinger Gemeinderat genommen. Erstmals 1992 tauchten Pläne für ein Landschaftsschutzgebiet Ammertal auf, das die Frei- und Ackerflächen zwischen Tübingen und Unterjesingen und um den Ammerhof umfaßt.

Nachdem 1993 der Sulzer Unternehmer Oskar Eggenweiler von den Franziskanerinnen Schloß Roseck erworben hatte, mußte sich der Ortschaftsrat mit einer neuen Nutzung des alten Komplexes befassen. Ein Bebauungsplan stellte die rechtliche Sicherheit für das geplante Pflegezentrum für Schwerstthirngeschädigte her. Heute ist Schloß Roseck ein privat betriebenes Pflegeheim; das ursprüngliche Konzept wurde, nachdem das baden-württembergische Sozialministerium die Notwendigkeit einer Einrichtung für Schwerstthirngeschädigte im Raum Tübingen nicht anerkannte, aufgegeben.

Aktuellstes verkehrspolitisches Thema ist derzeit die Ammertalbahn. Nachdem der Landkreis die Bahnstrecke zwischen Tübingen und Herrenberg erworben hat, laufen die Planungen für eine Reaktivierung des Schienenverkehrs auf der gesamten Strecke. Für Unterjesingen bedeutet der von Mai 1999 an vorgesehene Halbstunden-Takt tagsüber die Anbindung über zwei neue Bahnsteige (unter Verzicht auf den bisherigen Bahnhof) und den Wegfall der bis jetzt noch verkehrenden Busverbindung nach Tübingen.

Geringes Wachstum

Hagelloch

Am 31.12.1989 hatte Hagelloch 1.751 Einwohner (Haupt- und Nebenwohnung nach dem Melderegister), am 31.12.1997 1.801. Die Zunahme der Bevölkerung war folglich gering, bedenkt man, daß im Neubaugebiet Auchtert-Bangert auf 10,1 ha Platz für 66 Ein- und Zweifamilienhäuser geschaffen wurde und das Gebiet heute fast vollständig bebaut ist. Zudem wurde im Ortskern und in älteren, etwas außerhalb gelegenen Baugebieten durch Anbauten und Dachausbauten zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Diese Wohnungen wurden fast ausschließlich von Kindern der Eigentümer mit ihren Familien bezogen. Auf diese Weise bleibt in Hagelloch in einer nicht unerheblichen Zahl die dörfliche Struktur der Großfamilie erhalten.

Als nächstes mögliches Baugebiet wird der "Erdenbrunnen", ein kleines Gebiet von 2,5 ha, im Rahmenplan von 1983 als Bauhinweisfläche geführt. Der Ortschaftsrat empfahl 1992, den "Erdenbrunnen" in die 31. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes des Nachbarschaftsverbandes Reutlingen-Tübingen aufzunehmen. Im Arbeitsprogramm des Stadtplanungsamtes steht der "Erdenbrunnen" für die 41. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes allerdings in Dringlichkeitsstufe 2.

Ortsvorsteherin ist seit 1989 Gertrud Kurz. Die Verwaltungsstelle war von 1991-1993 mit drei halbtags beschäftigten Sachbearbeiterinnen Elsbeth Leiste, Erika Mang und Almut Hepper besetzt. Nach dem Ausscheiden von Frau Hepper war von 1994-1997 eine halbe Stelle unbesetzt. Im Stellenplan 1998 ist diese Stelle nun gestrichen. Damit leistet Hagelloch seinen Beitrag zu Sparmaßnahmen im Stellenbereich.

Dem Ortschaftsrat gehörten von 1989-94 an: Gertrud Kurz, Werner Armbruster, Hans Schneck, Katharina Dobler, Karl Motzer, Dr. Jürgen Christner, Siegfried Schneck, Wolfgang Schneck, Christian Reutter, Rolf Schöll und Eugen Reutter. Erster Stellvertreter der Ortsvorsteherin war Wolfgang Schneck, zweiter Stellvertreter Werner Armbruster. Stadtrat war Siegfried Schneck.

1994 wurden in den Ortschaftsrat gewählt: Katharina Dobler, Karl Motzer, Hans Schneck, Christa Gonser, Dr. Jürgen Christner, Rainer Maurer, Martin Oppenländer, Christian Reutter, Siegfried Schneck, Thomas Reutter und Martin Lack. Erster Stellvertreter der Ortsvorsteherin ist Christian Reutter, zweiter Stellvertreter Karl Motzer. Stadtrat ist Frank-Thomas Hellwig.

Die wichtigsten Themen waren für den Ortschaftsrat die Ortsbildsatzung und die 30 km-Zone. Intensiv beschäftigt hat sich der Ortschaftsrat mit der Ortsbildsatzung, die am 14.10.94 rechtskräftig wurde und in die er einige Änderungsvorschläge, die speziell auf Hagelloch bezogen waren, eingebracht hat. Mit dieser Satzung kann, wie die Erfahrung gezeigt hat, das charakteristische Aussehen der Gebäude im Ortskern erhalten und bei Neubauten dem durch die Geschichte geprägten Bild Rechnung getragen werden.

Nicht minder wichtig war dem Ortschaftsrat der Wunsch nach einer flächendeckenden 30 km-Zone. Da die Durchgangsstraße -obwohl der Rechtsweg bis zum Bundesverwaltungsgericht ausgeschöpft wurde- nicht in die Regelung einbezogen werden kann, gilt vorerst die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km nur für die Nebenstraßen. Das Stadtplanungsamt hat wohl eine Überarbeitung der Konzeption in Aussicht gestellt, aber noch nicht bearbeitet.

Keine Probleme sah der Ortschaftsrat bei der Abschaffung der unechten Teilortswahl. Nach 25 Jahren hielt er die Integration für weitgehend abgeschlossen, sodaß er im Gegensatz zu den meisten anderen Teilorten nicht an der unechten Teilortswahl festhalten wollte.

Einige wichtige Baumaßnahmen wurden in den vergangenen Jahren ausgeführt: Am 30.12.1990 wurde der Jugendraum im Alten Schulhaus als selbstverwaltetes Jugendzentrum eröffnet. Die Jugendlichen haben nahezu alle Arbeiten selbst ausgeführt, sodaß sich die Umbaukosten bei 70.000 DM hielten.

Der alte Teil des Friedhofs wurde 1994 für Neubelegungen (Kosten 42.202 DM) umgestaltet, wobei der ursprüngliche Charakter erhalten blieb. Einige von Ortsvor-

steherin Kurz ausgewählte Grabsteine von abgelaufenen Grabstellen geben, entlang der Friedhofsmauer ausgestellt, einen Überblick vom Jugendstil bis in die 60er Jahre.

1991 wurde im Rahmen des städtischen Wohnungsprogramms im Rathaus eine 2-Zimmer-Wohnung ausgebaut. Im gleichen Jahr wurde eine bisherige Wohnung im ersten Geschoß zur Arztpraxis umgebaut.

1992 wurde eine Brunnenwasserableitung in der Straße Am Dorfbrunnen hergestellt. Der Hartplatz konnte 1992 durch Verlegen einer Wasser- und Elektroleitung in Eigenleistung durch die Vereine als Festplatz hergerichtet werden.

1995 wurde der Kindergarten Viehtrstraße nach Freiwerden von zwei Appartements erweitert.

Zu erwähnen sind noch: 1990 wurde von Ortsvorsteherin Kurz mit Hilfe von Kurt Moser vom Stadtarchiv eine kleine Heimatgeschichtliche Sammlung im Sitzungssaal des Rathauses eingerichtet. 1994 wurde die denkmalgeschützte pneumatische Orgel aus dem Jahr 1904 in der Evangelischen Kirche restauriert.

Sehr zur Zufriedenheit der Bevölkerung hat sich der öffentliche Nahverkehr entwickelt. Im Viertelstundentakt erfolgt die Anbindung an Tübingen. Seit Ende 1995 sind mit der Linie 18 auch die Kliniken und die Naturwissenschaftlichen Institute direkt erreichbar.

Unverständnis gab es von der Bevölkerung für die Auflösung der Postfiliale im Rathaus Hagelloch und die Auflösung der "Vorschulgruppe" im Alten Schulhaus, die in eine altersgemischte Kindergartengruppe umgewandelt wurde. Ein weiterer Verlust steht der Bevölkerung mit der Auflösung des staatlichen Forstreviers Hagelloch bevor.

Alle zwei Jahre wird in Hagelloch ein Blumenschmuckwettbewerb durchgeführt. Bei der Abschlußveranstaltung präsentieren sich die Hagellocher Vereine vom Posaunenchor, Musikverein, Liederkranz bis zur Gymnastikabteilung des TSV. Sie laden auch zur 1. Mai-Feier ein, bei der (als einzigen Gemeinde im Kreis Tübingen) ein Vertreter der Gewerkschaft spricht.

Nach langen Jahren vergeblichen Bemühens seitens des Ortschaftsrats wurde der Torbogenweg 1997 ausgebaut und gleichzeitig der Torbogen restauriert. 1997 wurde auch die Weilersbachbrücke saniert.

Der Ausbau der südlichen Panoramastraße wird seit Jahren vergebens im Haushalt angemeldet.

Dem Sportverein fehlen Sportplätze. Die



Torbogenweg mit Torbogen vor der Sanierung

Das Dorffest und mehrere Veranstaltungen der sehr aktiven örtlichen Vereine bringen Abwechslung in das Leben in Hagelloch. Einige Vereine haben auch Jubiläen gefeiert, so 1991 der Liederkranz sein 125jähriges Jubiläum, 1992 die Abteilung Hagelloch der Freiwilligen Feuerwehr Tübingen ihr 125jähriges Jubiläum und 1995 der Musikverein sein 70jähriges Jubiläum mit einem großen Festumzug. 1994 feierten die Evangelische Kirche ihr 90jähriges Jubiläum und der Darlehensverein (die heutige Volksbank) sein 100jähriges Jubiläum. Der Krankenpflegeverein bietet zweimal im Jahr Ausflüge für seine Mitglieder.

Ausblick auf 1998

Die Grundschule klagt seit Jahren über Raummangel, da sie für die wachsende Zahl der Unterrichtsmittel und für Besprechungen mit den Eltern keinen extra Raum besitzt. Ein Anbau steht daher auf der Wunschliste.

Schulwiese sollte als Jugendtrainingsplatz genützt werden können. Falls die Errichtung eines Fangzaunes als Schutz an den Einsprüchen der Angrenzer scheitern sollte, sollte der im Bebauungsplan "Auchtert-Bangert" ausgewiesene Lärmschutzwall errichtet werden.

Die im Zuge der Beratung des Landschaftsplans an die Verwaltung gestellten Aufträge sollten bearbeitet werden:

- Eine Untersuchung der ökologischen und städtebaulichen Bedingungen und Möglichkeiten für das Baugebiet "Erdenbrunnen" und
- die Einleitung eines Verfahrens, das die Rechtsgültigkeit der Gartennutzung für die Gartengebiete "Knie" und "Sandklinge" sichert und für weitere Gebiete mit heutiger Gartennutzung die Grenzen und Möglichkeiten aufzeichnet.

Perle des Schönbuchs Bebenhausen

Bebenhausen, der kleinste Teilort Tübingens, hat seine Besonderheiten. Als Gesamtanlage unter Denkmalschutz gestellt einschließlich der Streuobstwiesen, Felder und Grünflächen bis zum Waldrand, lagert er sich um den beherrschenden baulichen Mittelpunkt - das Kloster - und ist das Eingangstor zum Naturpark Schönbuch. Dies zieht unendlich viele Besucher an, die sich am Kloster, dem Schloß der württembergischen Könige, dem Ortsbild und den Spazier- und Wanderwegen erfreuen, oder die häufigen Konzerte und Festveranstaltungen im Kloster besuchen.

Diese "Perle des Schönbuchs" in seiner Einheit zu bewahren, den Besucherstrom zu bewältigen, die Struktur des Orts, der seinen dörflichen Charakter immer mehr zum Wohnplatz wandelt, als lebenswert zu erhalten, das waren die vornehmsten Aufgaben in den letzten acht Jahren und werden es auch in Zukunft sein.

Bei dieser Aufgabe wirkten die Ortsverwaltung, der Ortschaftsrat und die Ämter der Stadt stets vertrauensvoll und im Rahmen ihrer Möglichkeiten sehr gut zusammen. Durch die Wahl 1994 bedingt, gab es im Ortschaftsrat starke Veränderungen. Ihm gehörten bis 1994 Ernst Fischer, Dr. Hans Günzl, Brigitte Haug und Siegfried Pfeiffer an. Imanuel Märkle und Ursula Stöffler bildeten zusammen mit Joachim Jacobowski, Prof. Dr. Werner Lauchart, Birgit Maurer und Siegfried Rilling auch den neuen Ortschaftsrat. 1995 rückten Albrecht Eißler und 1996 Dietmar Scholz durch das Ausscheiden von Siegfried Rilling nach.

Seit 1984 war Prof. Dr. Barbara Scholkmann Ortsvorsteherin. Ihr folgte 1994 Bruno Rilling nach, der nach aber nur einem dreiviertel Jahr erfolgreicher Arbeit starb. So wurde 1995 Ursula Stöffler als Ortsvorsteherin gewählt. Die Verwaltungsstelle ist mit der Teilzeitkraft Ruth Wiesenmaier besetzt. Sie ist mit den Verwaltungsaufgaben und der Betreuung des Bürgerbüros extrem ausgelastet.

An städtischen Einrichtungen besteht wei-



Perle des Schönbuchs: Bebenhausen

terhin der Kindergarten, der 1984 als Provisorium eingerichtet wurde, speziell für Bebenhausen zugeschnitten. Er ist neben seiner eigentlichen Funktion für die Integration junger Familien in den Ort enorm wichtig. Allerdings ist seine Existenz laufend gefährdet und umkämpft. Durch die geringe Einwohnerzahl bedingt, ist die Kinderzahl sehr klein. Deshalb werden seit 1997 auch Kinder ab 2 Jahren und auswärtige Kinder aufgenommen. Eine Erzieherin und eine Erzieherin im Anerkennungsjahr betreuen unter der Mithilfe von Eltern (ein- bis zweimal pro Monat) die Kinder. Derzeit liegt die Kinderzahl bei 15.

Das Schulhaus, das 1990 vom Landesdenkmalamt geräumt wurde, wird jetzt vielfältig genutzt: Die oberen Stockwerke sind an zwei Familien vermietet, in dem kleinen Schulraum arbeitet eine Logopädin. Der Schulsaal wurde von der Stadt mit einer Küchenzeile ausgestattet und das Inventar über ein zinsloses Darlehen der Evangelischen Kirchengemeinde beschafft. So konnte die Einweihung des Bürgersaals im September 1996 mit einem kleinen Dorffest erfolgen. Nun steht er neben regelmäßigen Veranstaltungen wie Gymnastik des Kindergartens, Kinderkirche, Singstunde des Männerchors und Volkshochschule auch bürgerlichen Veranstaltungen wie Preisverleihungen beim Blumenschmuckwettbewerb, Alternachmittagen und privaten Veranstaltungen zur Verfügung. Dies alles funktioniert ohne Hausmeister. Damit wurde der Plan auf-

gegeben, das Rathaus umzubauen. Auch wurde der Schulhof mit Basketball und Tischtennisplatte ausgerüstet und wird von der Jugend Bebenhausens eifrig genutzt.

Bei der Freiwilligen Feuerwehr Bebenhausen trat der seit 1982 amtierende Abteilungskommandant Joachim Jacobowski 1997 zurück. Er wurde zum Ehrenkommandanten ernannt. Sein Nachfolger wurde Andreas Fischer. Für Bebenhausen ist es notwendig, eine aktive funktionsfähige Gruppe von z.Zt. 12 Mann mit guter Ortskenntnis zu haben. Sie wird im Brandfall von den Abteilungen Lustnau und Tübingen unterstützt. Erfreulich ist, daß 1998 vier Bebenhäuser Jungen in die Jugendfeuerwehr eingetreten sind.

Die Erneuerung des Ostteils der Friedhofsmauer konnte im Winter 1997/98 durch das Friedhofsamt der Stadtbaubetriebe in Handarbeit durchgeführt werden.

Die 1994 verabschiedete Ortsbildsatzung ist ein wichtiges Instrument, den Ort in seiner Einheit zu erhalten. Allerdings sind auch zusammen mit der Denkmalschutzverordnung Entwicklungsmöglichkeiten für den Ort nicht gegeben. So bleibt die Einwohnerzahl konstant zwischen 380 und 400. Dies führte 1994 zu einer endgültigen Schließung des einzigen Ladens, obwohl sich Ortsvorsteher Rilling extrem für den Erhalt eingesetzt hat. Auch die Postfiliale wurde 1995 geschlossen.

Die größten Schwierigkeiten bilden nach wie vor die ungelösten Verkehrsprobleme, sowohl des fließenden wie des ruhenden Verkehrs. Die Durchfahrt über den Rittweg zur Nordstadt nimmt wegen der Ausdehnung der Kliniken und Institute immer mehr zu. Dieser kurze Verbindungsweg zu den Schulen, Sporteinrichtungen, Einkaufszentren und Praxen ist aber für den Ort unerlässlich. So ist eine Schließung dieses Weges, die in Betracht gezogen wurde, nicht sinnvoll. Allerdings gilt seit 1993 ein Sonntagsfahrverbot, dessen Durchsetzung nur dadurch gelang, daß die Ortschaftsräte reihum die Schranken schließen. Die Wintersperre und Schließung während der Krötenwanderung schafften vor allem hinsichtlich der Dauer Probleme und sollte neu geregelt werden.

Die Sicherung des Fußgängerüberwegs zur Bushaltestelle auf der B 464 (B 27 alt) wurde leider erst nach einem Unfall verbessert. Der Radweg entlang der B 464 erfuhr nach einer Unterschriftensammlung 1992 eine Teilverbesserung.

Immer mehr Probleme bereitet der ruhende Verkehr. Die Attraktion des Orts und die Zunahme der Abendveranstaltungen im Kloster führen immer öfter zu unerträglichen Situationen. Die schon in den 80er-Jahren geplante Parkierungsanlage vor dem Ort wurde aus Einspruchs- und Kostengründen 1991 wieder aus der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen. Dieser Plan wurde 1997 wieder aufgegriffen und soll in vereinfachter und verkleinerter Form mit Kostenbeteiligung des Landes 1998 ausgeführt werden. Erst dann kann es im Ort zu einer Verkehrsberuhigung kommen. Das ist auch der größte Wunsch für die Zukunft.

Ausblick 1998

Das Jahr 1998 wird geprägt sein durch zwei Jubiläen:

1. An Georgi 1823 wird die Gemeinde Bebenhausen gegründet. Dieses 175jährige Jubiläum wird in mehreren Veranstaltungen gefeiert werden. Vor allem findet ein Festabend im Sommerrefektorium statt, den der Ortschaftsrat organisiert, und ein Dorffest, das zusammen mit den Vereinen durchgeführt wird. Daneben werden einzelne Abendveranstaltungen und Führungen organisiert werden.



Zeichnung von Demian Bern anlässlich des 175jährigen Jubiläums der Gemeinde Bebenhausen

2. Aus Anlaß des 900jährigen Bestehens des Zisterzienserordens findet im Kloster von Juli bis Oktober die Landesausstellung "Ora et labora" statt. Dazu werden zahlreiche Besucher erwartet, die das Parkproblem verschärfen werden.

Ein neuer Friedhof

Pfrondorf

In den vergangenen acht Jahren hat sich in Pfrondorf einiges getan. Hervorzuheben ist dabei die neue Friedhofsanlage und die neue Friedhofshalle, die nach jahrelangen Forderungen des Ortschaftsrates und auch der Bürger nun endlich verwirklicht werden kann.

Der Ortschaftsratsrat setzte sich seit den Kommunalwahlen 1989 aus folgenden Mitgliedern zusammen: Edith Hellstern, Wolfgang Dieter, Bruno Gebhart-Pietzsch, Theodor Grauer, Karlheinz Laux, Ernst Marxer, Walter Mayer, Kurt Reitter, Wilhelm Röthenbach, Karl August Schaal und Volker Welz. Ortsvorsteher ist Wilhelm Röthenbach, seine Stellvertreter sind Theodor Grauer und Walter Mayer. Im Gemeinderat waren bis 1994 für Pfrondorf Ernst Marxer, Bruno Gebhart-Pietzsch und Edith Hellstern vertreten. Mit den Kommunalwahlen im Herbst 1994 sind die Ortschaftsräte Ernst Marxer und Walter Mayer ausgeschieden. Dafür kamen neu Helga Vogel und Karl Künstle in den Ortschaftsratsrat. Ortsvorsteher ist weiterhin Wilhelm Röthenbach, seine Stellvertreter sind Karl Künstle und Theodor Grauer. Pfrondorf wird im Gemeinderat von Karl Künstle und Bruno Gebhart-Pietzsch vertreten.

Wie eingangs schon erwähnt, hat die Neuanlage des Friedhofs im Gewann "Rädlesacker/Schwarze Äcker" dem Ortschaftsratsrat und auch den Bürgern am meisten am Herzen gelegen. Im August 1994 konnte der erforderliche Bebauungsplan als Satzung beschlossen werden. Die landschaftsgärtnerischen Maßnahmen wurden im Oktober 1996 vergeben und werden im Lauf des Jahres 1998 weitgehend abgeschlossen sein.

Die Verwirklichung der neuen Friedhofshalle war bis zum Herbst 1997 unsicher, einerseits wegen der finanziellen Situation der Stadt, andererseits wegen der Probleme, die Mitglieder des Ortschaftsrats mit der Architektur der geplanten Friedhofshalle hatten. Nachdem eine neugebildete Arbeitsgemeinschaft eine für Pfrondorf passende und ansprechende Halle entworfen und der Gemeinderat Tübingen die

finanziellen Mittel dafür freigegeben hat, konnte der Ortschaftsratsrat im Dezember 1997 die Arbeiten für die Friedhofshalle vergeben.



Modell -Friedhofshalle Pfrondorf-

Der Zustand einiger Straßen in Pfrondorf wurde durch zum Teil umfangreiche Tiefbau-, Kanalisations- und Straßenbaumaßnahmen verbessert. In der Steinbruchstraße wurden 1993 die dringend notwendige Kanalsanierung und Straßenbaumaßnahmen durchgeführt. Der Ausbau der Straße "Am Ziegelacker" konnte ebenfalls im Laufe der Jahre 1993/94 abgeschlossen werden.

Weitere Straßenbauarbeiten fanden in der Blaihof-/Obere Haldenstraße, Friedrich-Schaal-Straße, Haldenbachstraße und in der Süßerstraße statt.

Durch die Einrichtung von verschiedenen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, z.B. "Tempo 30", Erhöhung der Fußgängerüberwege, Errichtung von Pflasterbändern, konnten viele gefährliche Stellen für die Verkehrsteilnehmer entschärft werden.

Im Zusammenhang mit der Sanierung des Haldenbachs wurde der Kanal im Gewann "Ziegelwiesen/Halde" umfangreich saniert. Diese aufwendige Maßnahme konnte im Laufe des Jahres 1993 abgeschlossen werden.

Dem Bedarf nach mehr Gewerbefläche konnte im Herbst 1995 Rechnung getragen werden. Der Ortschaftsratsrat hat den Bebauungsplan für das Gewerbegebiet

"Hofstrüttele II" zur Beschlußfassung empfohlen.

Im April 1995 wurde der Bebauungsplan "Sportanlage Höhberg" beschlossen. Dem Wunsch nach einer Erweiterung des Baugebiets "Breite" konnte jedoch nicht entsprochen werden.

Ein weiterer jahrelanger Streitpunkt war die Errichtung einer Bushaltestelle mit Busbucht in der Lustnauer Straße auf Höhe der Zollernstraße. Der Ortschaftsratsrat konnte sich aus Verkehrssicherheitsgründen dem Votum des Verkehrsplanungsausschusses, wonach auf spezielle Busbuchten verzichtet werden könne, nicht anschließen. Nachdem sich auch die maßgeblichen Stellen überzeugten, daß gefährliche Situationen nicht auszuschließen sind, wurde im Dezember 1997 die beidseitige Errichtung einer Bushaltestelle mit Bucht beschlossen.

Für Pfrondorf ist es sehr erfreulich, daß derzeit jedem Kind mit Erreichen des dritten Lebensjahres ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Dies wurde auch durch die Erweiterung des Kindergartens

"Breite" um einen Anbau für eine dritte Gruppe im Jahr 1993 ermöglicht. Im Baugebiet Breite steht seit 1992 ein neuer Kinderspielplatz zur Verfügung.

Auf Grund der beengten Raumsituation in der Grundschule wurde ein Klassenzimmer im bestehenden Gebäude umgebaut. Die Klasse mit Schülerbetreuung im Rahmen der erweiterten Öffnungszeiten wurde in das Vereinszimmer der Schönbuchhalle verlegt, das nun den Vereinen nicht mehr zur Verfügung steht. Dieses Provisorium besteht heute noch, da ein Anbau von zwei Klassenzimmern an die Grundschule nicht verwirklicht werden konnte.

Alljährlich findet der Blumenschmuckwettbewerb statt, wobei alle Vorgärten, Gärten und Balkone begutachtet werden. Bei der jeweiligen Abschlußveranstaltung im Herbst werden die Bürger für ihre Mühe mit einem kleinen Pflanzengeschenk belohnt.

Durch die vielen Aktivitäten der Pfrondorfer Vereine wird das kulturelle Leben im Ort belebt. Dadurch haben auch Neubürger die Möglichkeit, sich aktiv am Dorfgeschehen zu beteiligen. Tradition haben das "Gass-Fest", das jedes Jahr im Sommer stattfindet, sowie das "Fest am Jägersitz", das der Musikverein veranstaltet.

Jährliche Veranstaltungen, bei denen alle Vereine teilnehmen können, sind das Dorffußballturnier und das Vereinspokalschießen.

Zu bemängeln ist in Pfrondorf der Durchgangsverkehr, der mit der Bebauung des Herrlesbergs in Lustnau und der Schließung der B 297 stark zugenommen hat. Dem Wunsch des Ortschaftsrats, die alte B 297 nicht rückzubauen und bei erforderlichen Umleitungen für den Verkehr zu erhalten, wurde aber nicht entsprochen.

Ortschaftsratsrat und Bürger wünschen einen Lebensmittelmarkt; leider hat sich bisher noch kein Interessent gefunden. Nach wie vor ist auch der Wunsch nach einem neuen Feuerwehrhaus noch nicht verwirklicht.

Wer arbeitet wo und wie?

Das Personalamt

Während die Verwaltungsberichte der Vorjahre nahezu ständig steigende Beschäftigtenzahlen und neue Rekordhöhen der städtischen Personalhaushalte vermeldeten, umfaßt der Berichtszeitraum den wohl (hoffentlich) entscheidenden Umbruch in Richtung auf die Reduzierung der städtischen Personalkosten.

Zum 1. Januar 1997 wurde der bisherige Sammelnachweis 1, in dem die Personalkosten aller städtischen Einrichtungen zusammengefaßt wurden, aufgelöst und den einzelnen Ämtern und Eigenbetrieben fest zugeordnet. Das Zeitalter der Personalkostenbudgetierung wurde hiermit eingeläutet.

Obwohl es noch gilt, Anfangsschwierigkeiten zu beseitigen und letztendlich allgemeingültige "Spielregeln" für die Budgetierung aufzustellen, hat sich schon sehr bald gezeigt, daß die Eigenverantwortlichkeit der Ämter und Eigenbetriebe über ihre Personalkosten zu einem viel stärkeren Kostenbewußtsein und damit zur Senkung der Personalkosten geführt hat.

Senkung der Personalkosten heißt in erster Linie Verringerung des Personalbestands, denn aufgrund der Tarifgebundenheit der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sind Abstriche am Lohn- und Gehaltsgefüge nicht machbar. Im Rahmen eines sozial verträglichen Arbeitsplatzabbaues führte dies dazu, daß in der Regel freie gewordene Arbeitsplätze nicht wiederbesetzt, beziehungsweise durch Umsetzungen von Beschäftigten besetzt wurden. Nicht immer konnten so optimale Personalentscheidungen getroffen werden. Eine der Hauptaufgaben von Vorgesetzten wird es daher künftig sein, so gewonnene neue Mitarbeiter zu motivieren und sie für ihre neuen Aufgaben zu schulen.

Ein weiterer Schritt zur Senkung der Personalkosten ist, Stellen nicht mehr voll zu besetzen oder sie nur zeitweise in Anspruch zu nehmen. Eine Handlungsweise, die in der Wirtschaft schon lange angewandt wird und in der Verwaltung nur sehr zögerlich Einzug hält, da insbesondere von Personalrats- und Gewerkschaftsseite sowie von Seiten des Gemeinderates versucht wird, dem direkten und indirekten

Arbeitsplatzabbau entgegenzusteuern. Um die Beschäftigten formal zu schützen, wurden mit dem Personalrat Dienstvereinbarungen getroffen, die darauf abzielten, einerseits Personal abzubauen und andererseits die Beschäftigten der Stadtverwaltung vor betriebsbedingten Kündigungen und sozialen Verschlechterungen

Jahr	Beschäftigte	Differenz	Personalkosten	Abrechnungsfälle/Monat
1.1.	zum Vorjahr		in Mio. DM	
1990	1498	+ 35	71,0	1600
1991	1528	+ 30	78,2	1711
1992	1611	+ 83	86,5	1828
1993	1676	+ 65	91,3	1863
1994	1713	+ 37	91,8	1957
1995	1673	- 40	90,8	1864
1996	1615	- 58	90,9*	1789
1997	1573	- 42	88,1*	1717
1998	1532	- 31	90,0*# Planansatz	1681

davon 0,7 Mio übertragen vom Vorjahr im Rahmen der Übertragungsmöglichkeit der Budgetierung
*incl. Eigenbetriebe

zu bewahren. Ferner zielten diese Dienstvereinbarungen darauf ab, das zum Teil sehr schwerfällige Tarifrecht des öffentlichen Dienstes so auszulagern, daß insbesondere bei der Arbeitszeitgestaltung mit Betrieben der Wirtschaft konkurriert werden kann.

So wurden u.a. folgende Dienstvereinbarungen abgeschlossen:

- Besitzstand von Beschäftigten bei Umsetzungen und die Durchführung von Umschulungen und Fortbildungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung.
- Abfindungs- und Vorruhestandsregelung für Beschäftigte, die wegen Stellenabbau bei der Stadt ausscheiden.
- Bewerbersauswahl bei internen Ausschreibungen.
- Arbeitszeitregelung für die Stadtbaubetriebe.
- Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.

Insbesondere durch das Angebot eines Vorruhestandes konnte die Zahl der städtischen Beschäftigten deutlich gesenkt werden. Zum 31. Januar 1996 traten die ersten Beschäftigten in den Vorruhestand. Bis Jahresende 1997 waren es insgesamt 46 Beschäftigte, und im Jahr 1998 muß mit weiteren 15 Personen gerechnet werden,

die vorzeitig ausscheiden werden. Von der Abfindungsregelung, das heißt ausscheiden ohne in Vorruhestand gehen zu können, haben bisher nur 3 Personen Gebrauch gemacht.

Der Personalstand der Stadtverwaltung Tübingen hat sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

eine Vereinbarung über die Umsetzung der Stellenbewertung getroffen.

Diese Aufgaben, die zusätzlich übernommen werden mußten, sowie die im Berichtszeitraum stattgefundenen Änderungen des Tarifrechts, des Beamtenrechts und vor allem das sehr zeitaufwendig gewordene Kindergeldrecht wurden ohne personelle Aufstockung abgewickelt. Im Gegenteil, im Berichtszeitraum hat sich die Personalausstattung des Amtes (Personalamt / Lohn- und Gehaltsabteilung / Ausbildungsbeauftragte) wie folgt entwickelt:

1990: 17,0 Stellen

1994: 18,0 Stellen

1997: 14,55 Stellen

Im Jahr 1998 ist ein weiterer Stellenabbau um 0,25 Stellen geplant, so daß das Personalamt zum Jahresende 1998 voraussichtlich 14,30 Stellen haben wird. Sofern dieses Ziel erreicht wird, hat das Personalamt innerhalb von 4 Jahren seinen Personalstand um 3,7 Stellen abgebaut; das sind über 20 % !

Ausbildung / Verwaltungsschule

Insgesamt 0,7 Stellen stehen für die Betreuung der städtischen Auszubildenden zur Verfügung. Zusätzlich wird damit auch die Geschäftsführung der Kommunalen Verwaltungsschule Tübingen wahrgenommen, die als Bezirksschule der Kommunalen Verwaltungsschule des Städte-tages, des Gemeindetages und des Landkreistages Baden-Württemberg Verwaltungsfachangestellte ausbildet.

Ferner werden von der Stadt jährlich 8 Plätze für das "Freiwillige soziale Jahr" zur Verfügung gestellt und bezahlt.

Alle bei der Stadt ausgebildeten Personen werden auf Wunsch nach Ende der Ausbildung befristet sechs Monate lang weiterbeschäftigt. Diese Zeit soll dazu dienen, Berufserfahrung zu sammeln und sich um einen festen Arbeitsplatz zu bewerben. Während der befristeten Beschäftigung haben die ehemaligen Azubis insbesondere die Möglichkeit, sich auch auf freiwerdende Stellen innerhalb der Verwaltung zu bewerben; insoweit werden sie als interne Bewerber/innen angesehen.

Übersicht über die Anzahl der im jeweiligen Jahr neu besetzten Ausbildungsplätze

Ausbildung	1997	1994	1990
Gehobener Dienst	3	3	4
Mittlerer Dienst	-	2	2
Verwaltungsfachangestellte	5	3	4
Assistent/innen an Bibliotheken	2	2	3
Vermessungstechniker	1	2	-
Buchbinder/in	1	1	1
Gärtner/in	1	-	1
Ver- und Entsorger/in	1	-	1
Forstwirt	-	1	1
Vorpraktikanten/innen	23	21	20
Anerkennungspraktikanten/innen	22	21	20
Summe der Ausbildungsplätze	59	56	57

Kommunale Verwaltungsschule/Bezirksschule Tübingen

Die im Jahr 1985 gegründete Tübinger Bezirksschule hat sich gut entwickelt und hat ein stabiles Einzugsgebiet. Die Schule führt in der Regel die zweimal jährlich stattfindenden Prüfungsvorbereitungskurse, Dauer rund drei Monate, einzügig durch. Als Dozenten sind überwiegend städtische Mitarbeiter im Einsatz. Bis September 1997 wurden 970 Schüler in 38 Kursen unterrichtet.

Zusammensetzung des Personalrats vom 01.06.1993 bis 31.05.1997

Gruppe Angestellte

Rose Stoll
- freigestellt als 1.stv. Vorsitzende -

Wilhelm Binder
-Stadtvermessungsamt-Vorstandsmitglied

Herbert Heberle
-Grünflächenamt-

Jürgen Riegraf
-Tiefbauamt-

Anke Lehrer
-Kulturamt/Stadtmuseum-

Anneliese Schreiner
-Sozialamt-

Irene Holl-Vriesen
-Kulturamt/Stadtbücherei-

Gruppe Arbeiter

Hans-Joachim Wiertz
- freigestellt als Personalratsvorsitzender -

Karl Motzer -Fuhrpark-Vorstandsmitglied

Franz Hebe
-Tiefbauamt-

Winfried Ebert
-Fuhrpark-

Gruppe Beamte

Dieter Glemser
-Stadtvermessungsamt
-2. stv. Vorsitzender -

Wilhelm Gunkel
-Ordnungsamt-

Für die ausscheidenden Mitglieder rückten bisherige Ersatzmitglieder nach: In der Gruppe Arbeiter für Hans-Joachim Wiertz Stefan Schwart, in der Gruppe Beamte für Dieter Glemser Wolfgang Rebmann und für Wilhelm Gunkel Jürgen Merz.

Zusammensetzung des Personalrats ab 01.06.1997 bis 31.05.2001

Gruppe Arbeiter

Renate Anders
-SBT/Stadtgärtnerei-
2.stv. Vorsitzende

Winfried Ebert
-SBT/Bereich Straßen-Vorstandsmitglied

Gerhard Mitschka -EBT-

Gruppe Angestellte

Anneliese Schreiner
- freigestellt als Personalrats-
vorsitzende

Anke Lehrer
-Kulturamt/Stadtmuseum-
Vorstandsmitglied

Herbert Heberle
-Hochbauamt-

Claudia Gessat
-Sozialamt/KiGa Ahornweg-

Dorothea Maltasiadis
-Kulturamt-

Irene Holl-Vriesen
-Kulturamt/Stadtbücherei-

Jürgen Riegraf
-Tiefbauamt-

Dagmar Hagenlocher
-Schul- und Sportamt-



Personalratssitzung: Gute Stimmung und konzentriertes Arbeiten

Gruppe Beamte

Jürgen Merz
- freigestellt als 1. stv. Vorsitzender -

Wolfgang Rebmann
-Stadtvermessungsamt-
(Beurlaubung vom 01.01.1998 bis
31.12.1998)

Helmut Krebs
-Ordnungsamt-
(während der Beurlaubung von
Wolfgang Rebmann)

Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung

01.06.1993 - 31.05.1995:

Vorsitzende: Melanie Haug
Stellvertreterin: Nicole Stierle
Mitglied: Susanne Krauß
Mitglied: Heike Kärcher
Mitglied: Petra Kaiser

01.06.1995 - 31.05.1997:

Vorsitzende: Birgit Hermann
Stellvertreterin: Sabine Braun
Schriftführer: Andreas Eberhardt

01.06.1997 - 31.05.1999:

Vorsitzende: Birgit Hermann
Stellvertreterin: Heike Narr
Schriftführer: Andreas Eberhardt
Mitglied: Simone Kohlstetter
Mitglied: Silke Mierse

Schwerbehindertenvertretung vom 01.01.1995 - 31.12.1998

Manfred Bomba
Waltraud Stahl -Stellvertreterin-

Vertretung der Ausländischen Beschäftigten aus Nicht-EG-Staaten *) vom 01.06.1993 bis 31.05.1997

Pala Ridvan
Abdullah Kaplan
Cafer Ayyildiz

*) aufgrund einer Änderung des LPVG mit der Amtszeit ab 01.06.1997 weggefallen

Auf Mark und Pfennig

Das Rechnungsprüfungsamt

Das Rechnungsprüfungsamt betreibt ein Geschäft, das man in der privaten Wirtschaft als Innenrevision bezeichnen würde - mit einem Unterschied: Die Prüfungsberichte des Amtes sind nicht nur an die Verwaltung, sondern ebenso - wenn auch zusammengefaßt in jährlichen Schlußberichten - an den Gemeinderat und damit an die Öffentlichkeit gerichtet. Denn das Rechnungsprüfungsamt ist als Instrument der öffentlichen Finanzkontrolle demokratisches Urgestein und so auch in der Gemeindeordnung verankert. Es ist als Einrichtung unabhängig und Weisungen, den Prüfungsinhalt betreffend, nicht unterworfen. Prüfungsziel ist die Gesetzmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, in dieser Reihenfolge. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Rechte der Stadt hie und der Bürger da oder die der Verwaltung hie und des Gemeinderats da zu verteidigen sind.

Die Prüfungsgebiete im einzelnen

Hauptaufgabe des Amtes ist die Prüfung von Jahresabschlüssen der Stadt und der Eigenbetriebe sowie die laufende Überwachung aller Kassenvorgänge einschließlich der Prüfung der Originalbelege geblieben. Geprüft wird, ob bei den Einnahmen und Ausgaben "nach dem Gesetz und sonstigen bestehenden Vorschriften verfahren worden ist", ob die einzelnen Beträge sachlich begründet und rechnerisch richtig sind, der Haushaltsplan eingehalten wurde und ob wirtschaftlich und sparsam gehandelt wurde. Es wird also gleichermaßen formell wie materiell geprüft. Grenzen der materiellen Prüfung setzen die politischen Entscheidungen der Gremien und des Oberbürgermeisters. Die Prüfung fand grundsätzlich "begleitend" statt, d.h. in zusammenhängenden Abschnitten nach dem Kassenvollzug. Nur noch die Erschließungs- und Entwässerungsbeiträge wurden wegen der Schwierigkeiten nachträglicher Bescheidänderungen als "Visa-Kontrolle" (Belegprüfung vor dem Kassenvollzug) durchgeführt.

Auszahlungen, die zu Lasten der Kassen anderer Gebietskörperschaften gehen,

wie das Wohngeld oder die Sozialhilfe, sind wie eigene Zahlungen zu prüfen. Im Berichtszeitraum ist als neue gesetzliche Aufgabe die Prüfung der bei der Stadt eingesetzten Finanzsoftware hinzugekommen. Neu ist auch die Jahresabschlußprüfung bei den drei Eigenbetrieben. Beispiele von Prüfungsschwerpunkten im Berichtszeitraum sind die Kindergärten (Nachmittagsbelegung), die städtischen Mieten (Miethöhe), die Kosten des Umbaus der Hechinger Straße, die Stellenbewertung in der Stadtverwaltung. Neben diesen gesetzlichen Aufgaben sind dem Rechnungsprüfungsamt vom Gemeinderat die Prüfung der Vergaben (z.B. von Bauleistungen, Lieferungen) und der Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe übertragen worden. Außerdem hat das Amt die Jahresabschlüsse bei Vereinen und Einrichtungen zu prüfen, die in enger finanzieller Beziehung zur Stadt stehen oder/und laufende Zuschüsse erhalten.

In den Jahren 1990 bis 1997 hat das Amt daneben versucht, mit jährlich durchschnittlich rund 200 sonstigen Stellungnahmen und Vorschlägen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Diese "Prüfung im voraus" hat in den letzten Jahren eine immer größere Bedeutung erhalten. Unwirtschaftliches Verhalten gar nicht erst aufkommen zu lassen, ist für die Stadt immer besser als der beste Mängelbericht hinterher.

Die Jahre 1990 bis 1997 standen für das Rechnungsprüfungsamt in zweierlei Hinsicht im Zeichen von Krisenhaushalten. Einmal war das Amt stark in der sogenannten Haushaltskommission engagiert, die 1992 eingesetzt wurde und die ihre Fortsetzung in der Projektarbeit der Verwaltungsreform fand. Zum anderen war es selbst von herben Personaleinschnitten betroffen.

Personal - ist da weniger mehr?

Im Jahre 1990 war das Amt noch mit 7 ganztags beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt. Sogar eine 8. Stelle für einen zweiten Bauprüfer war im Stellenplan von 1991 an enthalten, konnte aber mit der zur Verfügung stehenden Dotierung nicht besetzt werden und wurde im Stellenplan 1994 wieder gestrichen. Wie die Zeiten sich ändern: Schon lange ist von einer Aufstockung der Bauprüfung

keine Rede mehr. Im Gegenteil. Nach der Pensionierung des langjährigen Bauprüfers Eberhard Wolf am 1.4.1997 wurde seine Stelle im Stellenplan 1998 gestrichen. Die Vollzeitstelle der Vorzimmersekretärin wurde zunächst auf 85 % und ab 1.1.1995 auf 50 % gekürzt. Und schließlich fehlt dem Amt seit der Pensionierung von Hans Mauch, dem langjährigen Amtsleiter, (ebenfalls am 1.4.1998) ein weiterer Mitarbeiter.

Im Zuge der Verwaltungsreform wurde die Gemeindeprüfungsanstalt beauftragt, Möglichkeiten der Zusammenarbeit des Tübinger Rechnungsprüfungsamts insbesondere mit dem der Stadt Reutlingen zu untersuchen. Vorerhebungen dazu sind von den beiden Rechnungsprüfungsämtern seit Mitte 1996 gemacht worden und mittlerweile abgeschlossen.

Dreimal umgezogen-einmal abgebrannt?

Das Rechnungsprüfungsamt war im Juni 1988 (widerstrebend) aus dem Rathaus aus- und in die Neckarhalde 56 umgezogen. Die Mitarbeiter hatten sich an die Vorzüge der geräumigen alten Villa gewöhnt. 1993, also nur fünf Jahre später, stand bereits der nächste Umzugstermin an. Im Gebäude Wöhrdstr. 4 konnte eine der beiden angemieteten Etagen nicht wie vorgesehen genutzt und mußte anderweitig gefüllt werden - mit uns. Wieder wehrten wir uns achtbar und mit achtbaren Argumenten. Denn die stadteigene Villa stand nach unserem Auszug leer, hätte also keine Miete gekostet. Der Verkauf verzögerte sich denn auch wie von uns befürchtet bis zum Jahre 1996. Doch die Tinte unter den Mietverträgen war bereits trocken und inzwischen haben wir uns an die Vorzüge des Zinserdreiecks gewöhnt - und erwarten den nächsten Umzug...

Auch beim Rechnungsprüfungsamt hat eine Aufrüstung in Sachen EDV stattgefunden. Alle Beschäftigten des Amtes sind inzwischen standardmäßig mit PC, grossem Bildschirm und Drucker ausgerüstet. Dazu steht ein Textprogramm, Tabellenkalkulationsprogramm sowie Software zum Bildschirmaufruf der auf CD gespeicherten Eingangsrechnungen zur Verfügung. Die bei der Stadt eingehenden Rechnungen werden seit Ende 1996 eingescannt und digitalisiert gespeichert. Nach Prüfung durch uns werden sie bei den

Ämtern und Eigenbetrieben dezentral aufbewahrt. Die Prüfung der Rechnungen ausschließlich am Bildschirm hat sich allerdings noch nicht durchgesetzt.

Verwaltungsreform - ein Kind des Mangels

Die aus der Finanznot der Stadt geborene Verwaltungsreform versucht seit einigen Jahren, mit Hilfe betriebswirtschaftlicher Methoden eine effizientere und insgesamt billigere Verwaltung zu erreichen. Dezentrale Aufgabenerledigung durch selbständige wirtschaftliche Einheiten (z.B. Eigenbetriebe), Aufgabenauslagerung, Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs durch Budgetierung statt Einzelzuteilung der Mittel und Kosten- und Leistungsrechnung mit innerbehördlicher Leistungsverrechnung sind die Bausteine der Reform.

Der organisatorische Aufbau der Stadtverwaltung und die Arbeitsabläufe haben sich dadurch verändert, und das ist nicht ohne Auswirkung auf die Rechnungsprüfung geblieben. Wie die klassischen Zentralverwaltungsämter Hauptamt, Personalamt und Kämmerei erbringt auch das Rechnungsprüfungsamt einen Teil seiner Aufgaben als Serviceleistung für andere Ämter und Eigenbetriebe.

Je mehr der "budgetierte" Haushaltsplan aber an Kontrollmöglichkeiten über die Aufgabenerfüllung der Ämter verliert, desto wichtiger wird es, die aus der Rechnungsprüfung gewonnenen Informationen in ein Controlling einfließen zu lassen, dessen Kern in der Vorgabe von Zielen und Überprüfung ihrer Einhaltung besteht. Dabei kann sich das Rechnungsprüfungsamt aufgrund der Bündelung von Informationen aus allen Teilen der Verwaltung verstärkt des Themas "Einheit der Verwaltung" annehmen.

Seit 1.1.1996 gibt es die Eigenbetriebe "Altenhilfe Tübingen" und "Stadtbaubetriebe Tübingen" und seit 1.1.1997 den "Eigenbetrieb Entsorgung". Diese Betriebe übernahmen städtische Aufgaben, die bisher als sogenannte Abschnitte im Haushaltsplan der Stadt nachgewiesen waren. Die nunmehr selbständig wirtschaftenden Betriebe erfordern nicht nur wegen der eigenständigen kaufmännischen Buchführung und Bilanzierung, sondern auch wegen stark erweiterter Zuständigkeiten der Betriebsleiter eine neue, für kameralistisch geschulte Mitarbeiter ungewohnte Art der

Prüfung. Es wird daher notwendig sein, die betriebswirtschaftliche Kompetenz des Rechnungsprüfungsamts zu stärken. Die Verwaltungsreform hat das "Beteiligungsunternehmen Stadt Tübingen" noch deutlicher hervortreten lassen. Es muß auch in der Prüfung als Ganzes betrachtet werden. Die Informationen des kameralen Rechnungswesens werden dazu nicht mehr ausreichen. Unternehmenskennzahlen, Gesamtschuldenstand und andere aussagekräftige Angaben werden zur Diagnose des finanziellen Gesundheitszustandes der Stadt Tübingen immer wichtiger. Dazu ist eine Weiterentwicklung der Rechnungslegung in Richtung Konzernbilanz unabdingbar.

Ausblick auf 1998

Durch den Haushaltsbeschluß 1998 des Gemeinderats wurde die Stelle des Bauprüfers endgültig gestrichen. Es kann jetzt zunächst die Amtsleitung wiederbesetzt werden und danach sein/e Stellvertreter/in. Der Stellvertreter hat die Aufgabe, mindestens die Jahresabschlüsse der drei Eigenbetriebe und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie die übrigen kostenrechnenden Einrichtungen der Stadt zu prüfen. Außerdem hat er die Betätigung der wirtschaftlichen Unternehmen zu prüfen. Daher ist es erforderlich, daß er eine betriebswirtschaftliche Vorbildung besitzt.

Ohne Geld läuft nichts

Die Stadtkämmerei

Durch die prekäre Finanzlage der Stadt Tübingen in den letzten Jahren hat das Haushalten und Wirtschaften mit (statt einfachem Ausgeben von) knappen Finanzmitteln von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewonnen. Die bisherige Hauptaufgabe des Stadtkämmerers war es, einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan und Finanzplan zu erstellen und den Haushaltsvollzug zu überwachen. Aber die Einnahmen schienen wegzuschmelzen wie Eis in der Sonne. Krisenmanagement war gefragt.

Bereits in den Jahren 1990 bis 1993 wurden die Tübinger Steuer- und Gebührenzahler verstärkt zur Kasse gebeten. Es gab Erhöhungen der Gebühren im Schlachthof, bei den Friedhöfen, in der Abwasserbeseitigung, der Abfallbeseitigung und Erhöhungen der Grund- und der Gewerbesteuer. Doch als im Jahr 1994 die Genehmigung für die im Haushaltsplan 1997 vorgesehene Kreditaufnahme durch das Regierungspräsidium um 2 Mio. DM versagt wurde, war einer Reform im Umgang mit den Finanzmitteln der Stadt nicht mehr aus dem Wege zu gehen. Die Haus-

haltskonsolidierung konnte nicht mehr nur Aufgabe eines Kämmerers sein, der die Wünsche der Ämter auf das finanzierbare herunterstrich, sondern die Ideen, der Sachverstand und die Bereitschaft zur Umsetzung mußte aus der Gesamtverwaltung kommen. Aus diesem Grund wurde im Juli 1994 eine Projektgruppe "Verwaltungsreform" als dem Oberbürgermeister unmittelbar zugeordnete Stabsstelle eingerichtet. Eine ihrer Hauptaufgaben war die Mitarbeit und die Erstellung eines umfassenden Haushaltskonsolidierungskonzeptes (siehe auch Bericht der Stabsstelle "Verwaltungsreform"). Insbesondere durch diesen Zwang zur Konsolidierung und dem damit verbundenen Wunsch der Umstrukturierung und Modernisierung der Verwaltung haben sich die Aufgaben der Stadtkämmerei in den Jahren 1990 bis 1998 verändert.

Mit der Bildung der Stadtbaubetriebe Tübingen der Auflösung des Bauverwaltungsamts und den Veränderungen im Schlachthof durch das Sonderbehörden-eingliederungsgesetz ergibt sich folgender neue Aufbau der Stadtkämmerei:

Abteilung 200	Haushalt- und Betriebswirtschaft
Abteilung 201	Stadtkasse
Abteilung 202	Steuerabteilung

Abteilung 203 Erschließungsrecht und
Abteilung 271 Schlacht- und Viehhof

Die Stadtkasse zwischen Doppik und Kameralistik

NSM (Neue Steuerungsmodelle), Cost-center, IS-PS (Industrie Solution-Public Sektor) das künftige Programm für das Finanzwesen von SAP - die Stadtkasse als Dienstleister: In den Jahren 1990 bis 1998 haben sich viele gravierende Änderungen ergeben, von denen auch die Stadtkasse nicht verschont blieb:

1990, nach der sogenannten Wende, begann die Übernahme der Kasernengelände und der Wohnungen der ehemaligen französischen Besatzungstreitkräfte. Die Grundstücksgeschäfte mit dem Bund mußten abgewickelt und die Mieten für den zusätzlichen Wohnungsbestand vereinnahmt und verbucht werden.

1992 wurden die städtischen Bäder den Stadtwerken Tübingen übertragen, um damit eine Aufrechnung der Bäderverluste mit den Gewinnen der Stadtwerke zu ermöglichen und somit die Körperschaftsteuer zu reduzieren. Das sogenannte HUEL-Verfahren für den Auszahlungsverkehr wurde eingeführt. Das Verfahren erlaubt eine perfekte Überwachung des gesamten Auszahlungsbereichs von der Auftragsvergabe über Abschlagszahlungen bis zur Schlußzahlung; bei Bedarf getrennt nach sämtlichen Gewerken im Hoch- und Tiefbaubereich.

1995 führte das neue Abfallwirtschaftsgesetz zur Übergabe der gesamten Abfallwirtschaft an den Landkreis. Damit entfiel für die Stadtkasse auch die Bearbeitung der Abfallgebühren.

1996 konnte durch die inzwischen voll funktionsfähige digitale Archivierung mittels "Questys" die komplette manuelle Belegablage für die Ausgabebelege eingestellt werden. Die Originalbelege gehen über das Rechnungsprüfungsamt an die bewirtschaftenden Ämter zurück, die sie bis zum Ende der gesetzlichen Fristen aufbewahren müssen.

Die beiden Eigenbetriebe AHT (Altenhilfe Tübingen) und SBT (Stadtbaubetriebe Tübingen) wurden ebenfalls gegründet. Im Jahr 1997 folgten die EBT (Entsorgungsbetriebe Tübingen). Alle drei Betriebe arbeiten mit der kaufmännischen doppelten Buchführung über das landeseinheitliche WIRV-Verfahren. Die Einheitskasse wur-



Bei Kleinigkeiten fängt das Sparen an!

Zeichnung: Buchegger

de jedoch beibehalten, das heißt, alle Ein- und Auszahlungen für die drei Eigenbetriebe werden weiterhin zentral über die Stadtkasse abgewickelt.

Im gleichen Jahr wurde die Verwaltung des städtebaulichen Entwicklungsbezirks Südstadt an die LEG (Landesentwicklungsgesellschaft) übertragen, und es wurde mit den Stadtwerken Tübingen ein Abbuchungsverfahren für alle Abschlagszahlungen aus Strom, Gas, Wasser, Abwasser und Fernwärmerechnungen vereinbart. Statt der bisherigen über 10.000 Abschlagszahlungen leistet die Stadt eine pauschale einmalige Abschlagszahlung in Höhe von 45% mit zur Zeit 2.700.000 DM. Die Stadtwerke erhalten jetzt zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen pünktlich ihre Abschlagszahlungen von der Stadt, ohne daß die städtischen Ämter auf termingerechte Auszahlungsanordnungen achten müssen.

Ab 1997 bezahlt die Stadt statt der Umlage an den Zweckverband Regionales Rechenzentrum in Reutlingen nur noch Fallpreise für alle in Auftrag gegebenen Arbeiten. Das neue Kontoauszugsdatenverfahren wurde eingeführt, das der Stadtkasse eine sofortige Kassenmitteldisponierung bereits am Morgen über den Bildschirm ermöglicht. Über dieses neue Verfahren werden auch sämtliche, mit eindeutigen Verwendungszwecken versehene Überweisungen sofort richtig verbucht.

1998 wird nach Umstellung im Einwohnerwesen auch das Finanzwesen über den Rechner der Interkommunalen Datenverarbeitung in Ulm abgewickelt werden. Die Betreuung wird nach wie vor über das Rechenzentrum in Reutlingen erfolgen.

Der Schlachthof wird zum 11.05.1998 geschlossen; der bisher über die Stadtkasse abgewickelte Zahlungsverkehr entfällt. Eine weitere besonders gravierende Umstellung wird die Stadtkasse im Herbst 1998 beschäftigen. Die Datenzentrale hat als Ersatz für die veralteten landeseinheitlichen Verfahren im Finanzwesen zwei Standardlösungen auf dem Softwaremarkt eingekauft: Zum einen das Produkt KIRP (Kommunales Integriertes Rechnungswesen) von der Firma IFS und zum anderen das Produkt IS-PS von der Firma SAP. Die Stadt Tübingen hat sich entschlossen, für das Produkt IS-PS Pilotan-

wender zu werden. Zur Umsetzung dieses Projekts ist der Leiter der Stadtkasse, Karl-Heinz Pache, seit September 1997 in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern aus ganz Baden-Württemberg, der Datenzentrale und SAP, um dieses Verfahren für die Gemeinden zu entwickeln.

Organisation und Personal

Das Personal der Stadtkasse wurde im Berichtszeitraum um 10 % abgebaut. Das war möglich durch den Wegfall der Abfallgebührenveranlagung, die drastische Verminderung der Mietkonten durch den Verkauf der städtischen Wohnungen an die GWG sowie die digitale Archivierung und das Kontoauszugsdatenverfahren. Die Stadtkasse hat damit ihren Beitrag zur Konsolidierung der städtischen Finanzen geleistet.

Einnahmen und Ausgaben

Die Einnahmeabteilung - Leitung Karl Steinhilber - wie auch die Ausgabeabteilung - Leitung Peter Buchbach - profitieren gleichermaßen von dem neuen Kontoauszugsdatenverfahren, die Einnahmeabteilung durch die weitgehende automatische Verbuchung der Giroeingänge und die Ausgabeabteilung durch den aktuellen Kontoauszug bei Arbeitsbeginn am Bildschirm und die schnellen Kontodispositionen.

Die Stadtkasse verfügt zur Zeit über insgesamt sechs Girokonten. Jetzt steht auch etwas mehr Zeit zur Verfügung, um die erforderlichen Termingeldanlagen oder Kassenkredite innerhalb der Bundesrepublik oder auf dem Euro-Markt - über London oder Luxemburg - vor dem Bankenschluß um 10.00 Uhr zu erledigen. Leider ist es bis jetzt noch nicht gelungen, das Rechenzentrum in Reutlingen zur Bereitstellung der Kontoauszugsdaten in die digitale Archivierung zu bewegen.

Buchführung

Die Arbeit der Buchhaltung - Leitung stellv. Kassenleiter Frank Christ - wurde von der Gründung der drei Eigenbetriebe und der Probleme mit der Abstimmung der kaufmännischen doppelten Buchführung beeinflusst. Anfangsschwierigkeiten konnten inzwischen unter Kontrolle gebracht werden.

Mahn- und Beitreiben

In der Mahn- und Beitreibungsabteilung - Leitung Gabriele Schäfer - sind der EDV naturgemäß Grenzen gesetzt. Die schlechte finanzielle Lage vieler Bürger zwingt zu einer Vielzahl von Zahlungsmoratorien, die überwacht werden müssen.

Im Bereich der privatrechtlichen Forderungen ist die Stadtkasse wie jede Privatperson auf das gerichtliche Mahnverfahren angewiesen. Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Forderungen wie Steuern, Gebühren und Beiträge darf die Stadtkasse ihre Rückstände selbst Beitreiben. Der Vollstreckungsdienst zählt Amtshilfeersuchen und Forderungspfändungen (in Lohn und Gehalt, Giro- oder Sparkonten, Sozialleistungen, Steuererstattungen, Mietforderungen und ähnliches) ebenso zu seinen Zwangsmitteln wie die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung.

Besonders aufwendig und mit Sorgfalt zu bearbeiten sind Konkurs-, Vergleichs- und Zwangsversteigerungsverfahren, die künftig durch das neue Insolvenzrecht ersetzt werden. Dieses wird den Schuldner, wie schon in der Bibel, eine Restschuldbefreiung nach sieben Jahren gewähren. Ebenso aufwendig ist die Beitreibung der verhängten Geldbußen wegen Ordnungswidrigkeiten; häufig kann die Zahlung erst durch die Erzwingungshaft erreicht werden.

Spenden an Vereine

Das vielfältige und pulsierende Vereinsleben in der Stadt ist nach wie vor auf die Hilfe der Stadtkasse angewiesen. Obwohl der Bundesfinanzhof in einem Urteil vom 11.06.1997 das Durchlaufspendenverfahren grundsätzlich in Frage stellt, hat die Finanzverwaltung ihre Richtlinien über dieses Verfahren bis jetzt noch nicht geändert. Trotz des erheblichen Aufwands unterstützt die Stadtkasse sämtliche Tübinger Vereine selbstverständlich gerne und wickelt die Spenden über ein von ihr entwickeltes PC-Programm in "Access" ab.

Die Steuerabteilung

Die Steuerabteilung ist zuständig für die Veranlagung der Gewerbesteuer, der Grund-, der Hunde-, der Vergnügungssteuer, der Abfall-, der Erdaushub- und

der Abwassergebühren. Desweiteren für die Abgabe der Umsatzsteuererklärung von sogenannten Betrieben gewerblicher Art.

Gewerbesteuer

Im Berichtszeitraum wurden neue Gewerbegebiete erschlossen, dabei änderte sich der Kreis der Abgabepflichtigen aber kaum, die Zahl der Gewerbesteuerzahler blieb bei rund 1000 stehen. Von den wenigen Gewerbebetrieben, die durch hohe Beträge glänzten, verlor die Stadt einen auf unglückliche Weise durch Wegzug nach Rottenburg. Weitere Gewerbegebiete sollen 1998 bebaut und genutzt werden. Der Hebesatz bei der Gewerbesteuer war von 1990 bis heute konstant 360 v. H.

Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens

Jahr	Gewerbesteueraufkommen	Vollverzinsung Nachforderung	Erstattungs-zinsen
	DM	DM	DM
1990	30.493.338	-	-
1991	35.565.005	41.746	30.232
1992	33.877.628	125.864	105.490
1993	37.306.599	314.823	100.000
1994	35.077.558	430.777	168.413
1995	31.525.875	664.852	184.391
1996	39.665.327	1.888.857	748.584
1997	42.004.678	307.650	202.610

Das Gewerbesteueraufkommen 1998 dürfte sich durch den Wegfall der Kapitalsteuer um ca. 15%, d.h. um rund 6 Mio. DM mindern.

Grundsteuer

Das Grundsteueraufkommen stieg von 7.742.690 DM (1990) auf 16.793.157 DM (1997). Die Erhöhung ist auf den jährlichen Wegfall der zehnjährigen Grundsteuervergünstigung, auf den generellen Wegfall derselben ab 1990, die Erschließung von neuem Baugelände (Staudach), die rege Bautätigkeit und insbesondere auf die stufenweise Anpassung der Hebesätze bei der Grundsteuer A von 250 v. H. auf 360 v. H. und bei der Grundsteuer B von 300 v. H. auf 410 v. H. ab 1993 zurückzuführen. Das Grundsteueraufkommen ergibt sich aus rd. 32.996 Ob-

jekten und verteilt sich auf 19.492 Steuerpflichtige.

Hundesteuer

Hatte der Gemeinderat im November 1990 den Hundesteuersatz von 120 auf 180 Mark erhöht, so beschloß er 1996, nachdem die gesetzliche Neuregelung von 1997 an die Festlegung der Erhebung einer Hundesteuer auf die kommunale Ebene verlagert hatte, die Satzung über die Anmeldung von Hunden und die Erhöhung der Hundesteuer mit einem Steuersatz von 240 Mark für den ersten und jeden weiteren Hund.

Vergnügungssteuer

Die Vergnügungssteuer ist aus Sicht der Automatenaufsteller eine schwere wirtschaftliche Belastung. Entsprechend umstritten ist sie. Gegen die Vergnügungssteuerbescheide in den letzten Jahren legten fast alle Automatenaufsteller Widerspruch ein. Sie beantragten Ruhen des Verfahrens bis zur Klärung durch das Bundesverfassungsgericht, das im März 1997 entschied, daß die Rechtsgrundlage ausreichend ist, und die Entscheidung machte auch deutlich, daß das deutsche Vergnügungssteuerrecht nicht gegen EU-Recht verstößt.

Zur Verbesserung der Haushaltslage hatte der Gemeinderat die Steuersätze für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeiten in Gaststätten und Spielhallen 1990 und 1993 angehoben. Für 1998 erfolgte eine weitere drastische Erhöhung. Das Vergnügungssteueraufkommen hat sich gegenüber 1990 von 217 820 auf 443 560 Mark (1997) erhöht. Die zuletzt beschlossene Erhöhung soll eine Mehreinnahme für 1998 von 50 000 Mark erbringen.

Abfallgebühren

Seit 1.1.1978 hat die Stadt aufgrund der Zuständigkeitsübertragung durch den Landkreis nach dem Landesabfallgesetz die Aufgabe des Einsammelns und Beförderns von Abfall auf ihrem Gebiet wahrgenommen. Diese Aufgabenübertragung mit Satzungs- und Gebührenerhebungsrecht endete kraft Gesetzes zum 31.12.1994.

Am 19.4.1993 beschloß der Gemeinderat eine Änderung der Abfallwirtschaftssat-

zung dahingehend, daß ab 1.8.1993 die anfallenden Abfälle getrennt nach Hausmüll, Sperrmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Biomüll (sofern er nicht kompostiert wird) bereitzustellen sind. Desweiteren wurde die Möglichkeit zur Bildung von Müllgemeinschaften geschaffen. Aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 14.10.1992 wurde diese Aufgabenübertragung mit dem Ziel der landkreiseinheitlichen Erledigung nicht erneuert. Der Landkreis übernahm diese Aufgabe zum Jahresbeginn 1995 wieder in eigener Zuständigkeit.

Abwassergebühren

Das Abwasser wird als kostenrechnende Einrichtung geführt; das bedeutet, daß die Gebühren nur die Kosten decken dürfen. Die Gebührenbescheide werden von den Stadtwerken mit der Strom-, Gas- und Wasserrechnung versandt. Besondere Bescheide gehen an Gebührenschuldner, die Wasser aus privaten Anlagen beziehen, an solche, die nachweislich Wasser nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen einleiten oder deren Wasser einen bestimmten Verschmutzungsgrad übersteigt. Der Abwassergebührensatz stieg am 01.08.1992 von 1,35 DM/cbm auf 2,85 DM/cbm und am 01.07.1995 auf 3,65 DM/cbm.

Für 1998 ist aufgrund von Mehreinnahmen in den letzten Jahren mit einer Gebührensenkung zu rechnen.

Die Abteilung Erschließungsrecht

In den Jahren 1990 -1997 wurden insgesamt 2.715 Erschließungs- und Abwasserbeitragsbescheide mit zusammen 21,6 Mio. DM erlassen (Erschließungsbeiträge 15,8 Mio. DM, Abwasserbeiträge 5,8 Mio. DM). In den größeren Baugebieten Unter dem Holz, Herrlesberg/ Stauden und Breite waren noch die Endabrechnungen durchzuführen; für die Gebiete Hofstrüttele I, Industriegebiet Rittweg, Bonlanden-West, Mühlbachäcker, Grotthaus-Läninger, Bühler-/ Rammertstraße, Au-Ost und Handwerkerpark Aischbach wurden Vorausleistungen erhoben und/oder die Endabrechnung durchgeführt.

Im gleichen Zeitraum wurden lediglich 31 Stundungen bewilligt, und es wurden 102 Widersprüche (davon 5 Klagen) eingereicht sowie 114 Widersprüche (davon 11 Klagen) abgeschlossen.

Nachdem die freiwilligen Ablösungen beim Erschließungsbeitrag gegenüber dem Berichtszeitraum 1982 - 1989 von 37% auf 13% zurückgingen, wurde verstärkt von der Möglichkeit, Vorausleistungen zu erheben, Gebrauch gemacht. Diese stiegen von 8% auf 48%. Die restlichen 39% entfielen auf Endabrechnungen.

Nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches kann die Gemeinde die Erschließung durch Vertrag auf einen Dritten übertragen (Erschließungsvertrag). Der Dritte kann sich gegenüber der Gemeinde verpflichten, die Erschließungskosten ganz oder teilweise zu tragen. Von dieser Möglichkeit wurde in mehreren Fällen Gebrauch gemacht, wobei die privaten Erschließungsträger in der Regel die vollen Kosten übernahmen und im Bereich der Universität diese die innere Erschließung auf eigene Kosten herstellte.

Zur Aufgabe der Abteilung gehörten nicht nur die Erstellung der Bescheide (Veranlagung), sondern auch der umfangreiche Schriftverkehr und telefonische und persönliche Beratung der Beitragspflichtigen. Bei jeder Immobilienentscheidung ist der Stand der Beitragsschuld, der auf dem Grundstück lastet, von großer Bedeutung. Jedes Baugesuch und die gefertigten Veränderungsnachweise müssen auf Beitragspflichten hin geprüft werden. Im Berichtszeitraum waren dies 4.700 Baugesuche und 764 Veränderungsnachweise. Ferner wurden 92 Stellungnahmen zu Bebauungsplanverfahren an das Stadtplanungsamt abgegeben.

Eine weitere Aufgabe ist die (straßenrechtliche) Widmung und Einziehung von Straßen.

Von 1990 - 1997 wurden 40 Widmungs- und 10 Entwidmungsverfahren durchgeführt.

Zur Abteilung Erschließung gehört auch das Sachgebiet Staatszuschüsse. Im Berichtszeitraum konnten insgesamt 46,22 Mio. DM Staatszuschüsse für Investitionen vereinbart werden.

Im wesentlichen entfielen dabei auf:

Wasserwirtschaft	3,98 Mio. DM
Straßenbau/ÖPNV	9,55 Mio. DM
Städtebauliche Erneuerung	17,70 Mio. DM
Schulbau	6,87 Mio. DM
Altlasten	6,80 Mio. DM
Sonstiges	1,32 Mio. DM.

In den Jahren 1996 und 1997 wurden in den drei Sanierungsgebieten Lammblock, Rathausblock und Hintere Grabenstraße/Alter Botanischer Garten von den Grundstückseigentümern Ausgleichsbeträge für die durch die Sanierung bedingte Bodenwerterhöhung erhoben. Die Erhebung war im Vorfeld sehr umstritten, so daß im Laufe des Verfahrens große Überzeugungskraft notwendig war, um die Gelegenheit zu einem guten Ende zu bringen. Immerhin ging es um Einnahmen von ca. 1,3 Mio. DM. Davon wurden ca. 80% von den Eigentümern vertraglich abgelöst. Bei der Endabrechnung der restlichen 20% wurden in mehreren Fällen Widersprüche gegen die Bescheide erhoben, die zwischenzeitlich erledigt werden konnten. In einigen Fällen wurden Stundungen des Betrags ausgesprochen. Ab 1998 wird auch die Bearbeitung der Abwassergebühren (bisher bei der Steuerabteilung) von der Abteilung Erschließungsrecht vorgenommen.

Haushalt- und Betriebswirtschaft

In der zum 01.07.1996 gegründeten Abteilung werden die Aufgaben der Kämmerei im engeren Sinne wahrgenommen. Dazu gehören die Haushaltsplanung, die Überwachung des Haushaltsvollzugs mit Überwachung und Steuerung der Budgets, die Betriebswirtschaft, Investitions- und Kostenrechnung, die Kreditverwaltung und schließlich die Rechnungslegung.

Die Finanzsituation 1990 bis 1997 war unerfreulich. Steuermindereinnahmen, Belastungen durch die Deutsche Einheit und den Länderfinanzausgleich, Kürzungen des Landes und steigender Kreisumlagehebesatz haben die Haushaltspla-

Jahr *	Zuführungsrate DM	Ordentliche Tilgungen DM	Nettoinvestitionsrate DM
1990	21.233.154	6.393.484	14.839.670
1991	25.685.987	6.194.564	19.491.423
1992	17.699.728	7.852.576	9.847.152
1993	14.387.827	8.949.646	5.438.181
1994	11.642.132	10.551.040	1.091.092
1995	7.642.734	9.809.314	-2.166.580
1996	10.557.737	9.677.445	800.292
1997 (Plan)	-2.761.990	4.946.500	-7.708.490
1998 (Plan)	-901.009	3.580.000	-4.481.009

* 1990 bis 1996 liegen die Rechnungsergebnisse, 1997 und 1998 liegen die Planansätze zugrunde

nung 1998 so schwierig gemacht wie die Quadratur des Kreises.

1. Die Steuerschwäche der Stadt Tübingen

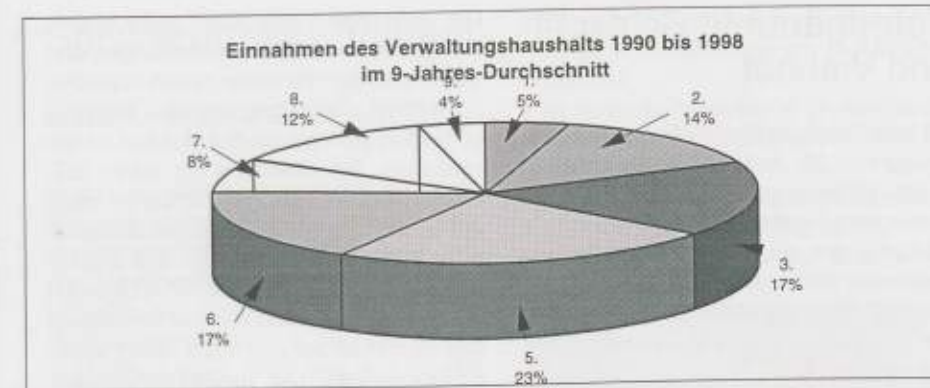
Trotz der hohen Hebesätze lag Tübingen noch unterhalb des durchschnittlichen Grundsteueraufkommens vergleichbarer Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg. Der hohe Steuerausfall resultiert aus der Steuerfreiheit für die Behörden- und Universitätsgrundstücke. Auch die Einnahmen der Gewerbesteuer liegen unterhalb des Durchschnitts.

Einen teilweisen Ausgleich bringen die Zuweisungen des Landes im kommunalen Finanzausgleich, da hier unter anderem auch die Steuerschwäche der Stadt berücksichtigt wird. Bei der Beteiligung an der Einkommensteuer zeigt sich wiederum, daß Tübingen eine steuerschwache Stadt ist. Viele Einwohner/innen in Tübingen haben kein oder nur ein geringes steuerpflichtiges Einkommen.

2. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt

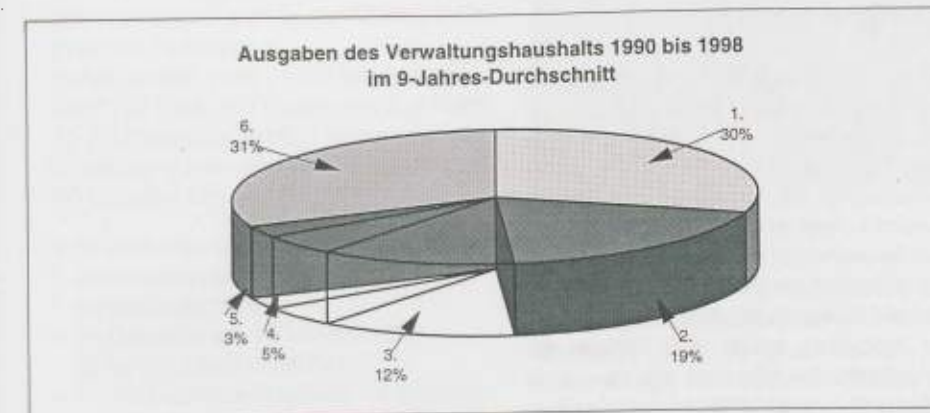
Der Überschuß des laufenden Verwaltungshaushalts wird auch Zuführungsrate oder Zuführung an den Vermögenshaushalt genannt. Werden von dieser Zuführung die ordentlichen Kredittilgungen abgezogen, erhält man die Nettoinvestitionsrate, d.h. der Betrag an Eigenmitteln, mit dem die Stadt neben den Erlösen aus der Veräußerung von Vermögen und der Entnahme aus Rücklagen zur Finanzierung ihrer Investitionen beiträgt.

Die Nettoinvestitionsrate hat sich in Tübingen wie folgt entwickelt:



Einnahmen des Verwaltungshaushalts

	1990 (TDM)	1998 (TDM)
1. Grundsteuer und sonstige Steuern	9.830	18.142
2. Gewerbesteuer	30.493	36.650
3. Gemeindeanteil Einkommen-/Lohnsteuer	39.881	42.000
4. Gemeindeanteil Umsatzsteuer	0	4.070
5. Schlüsselzuweisungen und sonstige allg. Zuweisungen	53.622	55.296
6. Gebühren, Entgelte u. Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pacht	41.289	22.391
7. Erstattungen und sonstige Finanzeinnahmen	16.994	22.831
8. Innere Verrechnungen und kalk. Einnahmen	36.612	10.312
9. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	8.722	12.067
10. Zuführung vom Vermögenshaushalt	0	1.402
Summe	237.443	225.161



Ausgaben des Verwaltungshaushalts

	1990 (TDM)	1998 (TDM)
1. Personalausgaben	71.088	67.792
2. Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	40.221	49.646
3. Innere Verrechnungen und kalk. Kosten	36.612	10.312
4. Zuweisungen und Zuschüsse	12.911	12.143
5. Zinsausgaben	7.261	2.870
6. Gew.Steuermulage, sonst. Umlagen und sonst. Finanzausgaben	69.350	82.398
Summe	237.443	225.161

3. Investitionen und Schulden

Um hohe Kreditaufnahmen zu vermeiden, wurden städtische Grundstücke veräußert.

Zur Verstärkung des Finanzierungseffekts wurden die Mittel für den Grundstückserwerb gekürzt. Dies bedeutet heute, daß die Grundstücksverkehrsbilanz nicht mehr ausgeglichen ist.

Die Schulden haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr	Schuldenstand)	Schulden pro Einwohner
	TDM	(DM)
1990	126.169	1.589
1991	135.756	1.682
1992	147.252	1.778
1993	162.885	1.957
1994	166.250	2.003
1995	178.465	2.178
1996	177.824	2.175
1997	157.808	1.946
1998 (Plan)	179.380	2.201

Um den Finanzhaushalt der Stadt Tübingen längerfristig zu verbessern, war es unumgänglich, betriebswirtschaftliche Methoden in die Verwaltung einzuführen. Die beiden größten Ausgabenblöcke sind die Personal- und Sachausgaben. Es lag daher nahe, diese Ausgaben zu kürzen. Von 1990 bis Ende 1998 werden voraussichtlich 500 Stellen und über 21 % der Sachausgaben eingespart werden.

Im Jahr 1995 wurde die dezentrale Budgetverantwortung für alle mittelbewirtschaftenden Ämter eingeführt. Dazu wurden die haushaltsrechtlichen Instrumente der gegenseitigen Deckungsfähigkeit und der Mittelübertragung extensiv eingesetzt. Gegenseitige Deckungsfähigkeit bedeutet, daß die bei einer Haushaltsstelle ersparten Mittel zur Deckung des Mehrbedarfs bei einer anderen Haushaltsstelle verwendet werden dürfen, und die Übertragung von Haushaltsmitteln ins nächste Jahr bedeutet, daß eingesparte Mittel nicht einfach verfallen, sondern im neuen Jahr wieder zur Verfügung stehen.

Mit dem Haushalt 1996 wurden weitere Bereiche in die Verantwortung der jeweiligen bewirtschaftenden Ämter delegiert. Sofern am Jahresende kein Fehlbetrag entstand, konnten die noch verfügbaren Mittel der Sachausgaben zu 100 % in das Folgejahr übertragen werden.

Im Haushaltsjahr 1997 wurde die Budgetierung noch weiter ausgedehnt. Die Budgetierung wurde auf die Personalausgaben ausgedehnt, d.h. die Personalkosten waren von nun an Teil des Budgets. Das bedeutet über die Übernahme der Verantwortung nicht nur die Höhe der Personalkosten, sondern auch für die Organisation des einzelnen Arbeitsplatzes, wann welche Stelle besetzt werden soll, und die Personalauswahl, -einsatz und -führung.

Zwischen den Budgets im Verwaltungshaushalt und den Ausgabeansätzen im Vermögenshaushalt für die Anschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen derselben Bewirtschaftungsstellen wurde gegenseitige Deckungsfähigkeit mit einzelnen Einschränkungen eingeführt.

Wer seine Kosten nicht kennt, kann keine wirtschaftliche Entscheidungen treffen. Deshalb leistet die Kostenrechnung einen weiteren Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Seit 1996 werden bei der Hausdruckerei alle Kosten einschließlich kalkulatorischer Mieten, Abschreibungen, Zinsen und Personalkosten anderer Abteilungen zusammengestellt. Diese Kosten werden entsprechend der tatsächlichen Inanspruchnahme durch andere Ämter als innere Verrechnungen oder an Auftraggeber von außen weitergegeben.

Im Jahr 1997 wurde die Kosten- und Leistungsrechnung bei der Lohn- und Gehaltsabteilung, der Daten- und Kommunikationstechnik und in Teilbereichen des Stadtvermessungsamtes neu eingeführt. Mittelfristig ist vorgesehen, in allen Dienstleistungsbereichen der Stadtverwaltung die Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen.

Ein weiterer Schritt war die Bildung der Eigenbetriebe Altenhilfe Tübingen (AHT) mit dem Bürgerheim, dem Pauline-Krone-Heim und der Sozialstation, der Stadtbaubetriebe Tübingen (SBT) mit dem Fuhrpark, dem Bauhof, der Grünunterhaltung und dem Bestattungswesen sowie Entsorgungsbetriebe Tübingen (EBT) mit dem Kanalnetz, der Regenwasserbehandlung, dem Klärwerk und der Abfallbeseitigung. Diese Unternehmen sind aus dem Verwaltungsverband herausgelöst, um sich optimal dem Marktgeschehen anpassen zu können. Trotzdem behält die Stadt die Kontrolle.

Alle diese Reformprojekte der letzten Jahre haben einen entscheidenden Anteil zur Haushaltskonsolidierung erbracht. An der strukturellen Einkommensschwäche konnten sie allerdings nichts ändern. Deshalb bleibt der Stadt keine Wahl, als den eingeschlagenen Sparkurs fortzusetzen.

Veterinäramt/ Schlacht- und Viehhof

Mit dem Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz vom 30. Juni 1995 wurde das städtische Veterinäramt aufgelöst. Das gesamte, mit hoheitlichen Aufgaben betreute Personal des städtischen Schlacht- und Viehhofes/Veterinäramtes Tübingen (Tierärzte, Fleischkontrolleure und ein Teil des Verwaltungspersonals) wurde zum Landratsamt versetzt.

Zu diesem Zeitpunkt war das Ende des Tübinger Schlachthofes absehbar, auch wenn es Bestrebungen gab, mit einem Neubau im „Güllen“ die Tradition der Fleischverarbeitung in Tübingen fortzusetzen. Die letzte größere Investition im Schlachthof Tübingen, der im September 1993 sein 100jähriges Bestehen mit einer Vielzahl von Ehrengästen - darunter der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser - feierte, erfolgte zwei Jahre zuvor mit dem Einbau einer Betäubungsfalle für Großvieh in der Rinderschlachthalle.

Kurz vor Jahresende 1991 schied der langjährige Amtsleiter Dr. Gernot Stengel aus gesundheitlichen Gründen aus dem Amt. Sein Nachfolger wurde Dr. Peter Behrens. Als ein Anzeichen des Fortbestandes konnte er die im Dezember 1991 vom Gemeinderat gebilligte Verlängerung des Wirtschaftsvertrages mit der Fleischzentrale Südwest um fünf Jahre werten. Nur drei Jahre später aber forderte die Fleischzentrale Südwest die vorzeitige Auflösung dieses Vertrages, was der Verwaltungsausschuß des Gemeinderates indes ablehnte.

Die Schlachtzahlen der Jahre 1990 bis 1997:

Tierart	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Pferde	2	2	0	0	2	0	2	1
Großvieh	9.413	9.853	9.008	8.822	7.392	7.309	6.678	5.241
Kälber	177	271	240	254	536	244	255	238
Schweine	22.525	31.130	25.953	31.083	29.372	27.004	23.812	22.197
Schafe	884	2.407	1.325	1.319	1.831	3.779	3.999	2.574
Ziegen	10	6	4	8	5	7	1	1
Gesamt	33.011	43.669	36.530	41.486	39.138	38.343	34.747	30.252

Die fünfjährige Vertragszeit sollte eigentlich genutzt werden, die Planungen und Vorbereitungen für einen neuen Schlachthof baureif zu machen, um den Übergang vom alten zum neuen Schlachthof zu garantieren. Die Chancen für einen EG-Schlachthof in Tübingen schienen nach der Schließung der umliegenden Schlachthöfe in Stuttgart, Reutlingen und Böblingen gut. Doch der wirtschaftliche Einbruch nach den Problemen mit der Rinderseuche BSE Mitte der neunziger Jahre waren zu gravierend. Die Interessengemeinschaft aus Metzgermeistern, Landwirten und Viehhändlern, die den neuen Schlachthof bauen wollte, gab ihr Vorhaben auf.

Tübingen hat keinen Schlachthof mehr.

Schwerpunkt Südstadt Das Liegenschaftsamt

Das Liegenschaftsamt ist zuständig für die Verwaltung des bebauten und unbebauten Grundvermögens der Stadt, (rund 30 % der Markungsfläche), den Grundstücksverkehr, die Wohnungsvermittlung, die Wohnungsbauförderung und das Wohngeld. Bis Anfang 1997 war das Liegenschaftsamt auch für den Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung sowie die städtischen Parkhäuser verantwortlich.

Seit März 1996 wird das Amt von Adam Fleischmann geleitet, der die Nachfolge von Gerhard Breuninger, der als Geschäftsführer zur städtischen Wohnungsgesellschaft wechselte, antrat.

Leiter der Abteilung Grundstücksverkehr und zugleich Stellvertreter des Amtsleiters ist Wolfgang Kleinmann. Für Grundstücksgeschäfte in der Kernstadt und in den Stadtteilen sind Paul Schmid und Thomas Röhm zuständig, für den Städtebaulichen Entwicklungsbereich in der Südstadt Dr. Friedrich Heinzmann.

In den Jahren 1990 - 1997 wurden insgesamt 765 Kauf- und Tauschverträge sowie 13 Erbbaurechtsverträge abgeschlossen. Erworben wurden etwa 85 Hektar um rund 50 Millionen DM und zwar für:

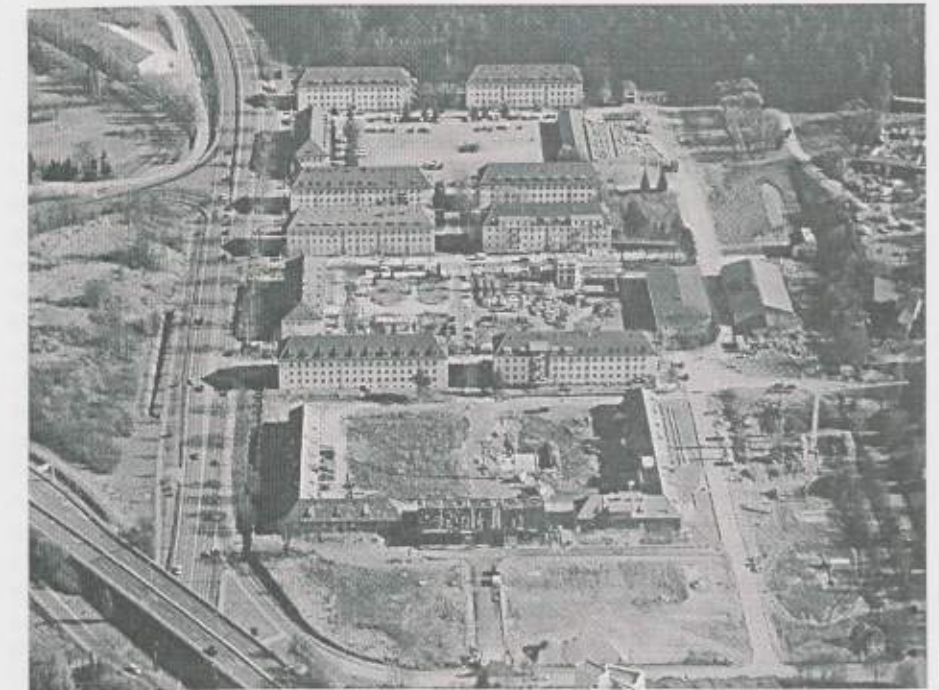
- Grundstücke im Städtebaulichen Entwicklungsbereich Südstadt (19 ha um 20 Millionen DM)
- 19 Gebäude um 14 Millionen DM (2 ha Grundstücksfläche)
- 7,7 ha Bauerwartungsland für Wohnen und Gewerbe um 8 Millionen DM
- 52 ha land- und forstwirtschaftliche Flächen um 6 Millionen DM
- 5 ha Gelände für Sportanlagen, Friedhöfe, Straßenflächen und sonstige Flächen für Bedürfnisse der öffentlichen Hand um 1,5 Millionen DM.

Im gleichen Zeitraum hat die Stadt etwa 60 Hektar um rund 125 Millionen DM veräußert. Darin sind enthalten:

- 150 Gebäude und 10 Eigentumswohnungen um 45 Millionen DM (8,8 ha Grundstücksfläche)
- 7,4 ha Baugrundstücke für den Wohnungsbau um 38 Millionen DM
- 12,5 ha Gewerbeflächen um 20,6 Millionen DM

- 3,2 ha im Städtebaulichen Entwicklungsbereich Südstadt um 15,7 Millionen DM
 - 26 ha landwirtschaftliche Grundstücke vorwiegend im Tausch um 4,8 Millionen DM.
 - 2,5 ha Arrondierungsflächen, Straßenflächen etc. um 2,0 Millionen DM
- Die Transaktionen, die der Stadt einen

- Loretto-Kaserne,
- Economat an der Katharinenstraße,
- Französische Schule an der Galgenbergstraße
- Freiflächen entlang der Eisenhutstraße und an der Königsberger Straße mit einer Gesamtfläche von rund 19 ha und zu einem Gesamtpreis von rund 20 Millionen DM.



Hindenburg-Areal

Mehrerlös von rund 75 Millionen DM eingebracht haben, zeigen, daß sich im Berichtszeitraum die An- und Verkäufe von Grundstücken nicht mehr die Waage gehalten haben. Die Verkäufe von Immobilien zur Sanierung des städtischen Haushalts, insbesondere in den letzten Jahren (allein 1996 betragen die Grundstückserlöse incl. im Entwicklungsbereich Südstadt rund 52 Millionen DM) schlagen sich deutlich nieder.

Entwicklungsbereich Südstadt

Im Städtebaulichen Entwicklungsbereich Südstadt hat die Stadt infolge des Abzugs der französischen Streitkräfte in den Jahren 1994 - 1997 folgende Liegenschaften von der Bundesrepublik Deutschland erworben:

- Depotgelände an der Reutlinger Straße,
- Hindenburg-Kaserne



Stadt der kurzen Wege: Loretto-Areal

Bis Ende 1997 wurden im Entwicklungsbereich 32 Grundstücke mit Altbausubstanz (z.B. Pferdeställe, Economat) mit einer Fläche von etwa 1,8 ha und 30 Bauplätze mit einer Fläche von etwa 1,4 ha zum Gesamtkaufpreis von etwa 15,7 Millionen. DM an Bauwillige nach den Vorgaben des Städtebaulichen Rahmenplans verkauft. Desweiteren wurden im Entwicklungsbereich vier Erbbaurechte für Vereine (z.B. Volkshochschule) bestellt. Für ein gemeinsames Projekt der Stadt mit der GWG, das ein Gebäude bestehend aus einer Grundschule, Wohnungen und Geschäften zum Gegenstand hat, wurden die liegenschaftlichen Verhältnisse neu geordnet.

Der unbebaute Grundbesitz (Äcker, Wiesen, Kleingärten, Lagerplätze, Stellplätze, Anlegestellen für Stocherkähne, Fischwasser) und der Wald werden von Reinhold Neu bearbeitet.

Die gemeindlichen Fischwasser sind an den Kreisfischereiverein verpachtet. Für Stocherkähne auf dem Neckar stehen etwa 100 städtische Liegeplätze an 4 Anlegestellen zu Verfügung.

Die Wälder der Stadt (1824 ha) werden vom städtischen Revierleiter Thomas Englisch sowie den staatlichen Revierleitern Herbert Kern, Hans-Joachim Ruf und Reinhard Lehmann betreut. Die städtischen Waldungen erfüllen aufgrund ihrer siedlungsnahen Lage vorrangig Aufgaben der Erholungs- und Schutzfunktion. Die Nutzung tritt dem gegenüber zurück und ist nicht auf eine Maximierung der Reinerträge ausgerichtet. Durch strikte Anwendung betriebswirtschaftlicher Prinzipien wird jedoch mindestens ein ausgeglichener Waldhaushalt angestrebt.

Der Waldaufbau ist geprägt durch forchenreiche Althölzer im Süden und Westen, ansonsten dominieren parkwaldähnliche, meist mehrschichtig aufgebaute buchenreiche Laubbaumbestände, häufig auch mit hohen Alteichenanteilen. Trotz der vorhandenen Überbevorratung existieren umfangreiche Vorräte erntereifen Holzes nur bei der Eiche.

Der Holzeinschlag betrug im Zeitraum 1990 bis 1997 rund 115 000 Festmeter bei einem Erlös von insgesamt 9,5 Millionen DM.

Abteilung Wohnungswesen

Zum 1. April 1992 wurden vom Liegenschaftsamt die Wohnungsvermittlungsstelle und die Wohnungsverwaltung sowie vom Sozialamt die Wohngeldstelle und die Obdachlosenbehörde mit dem Sachbereich Wohnungsbauförderung/Wohnungsbindung/Fehlbelegungsabgabe des Bauverwaltungsamtes als „Abteilung Wohnungswesen“ zusammengefaßt. Leiter der im Gebäude Karlstraße 3 untergebrachten Abteilung ist Gerhard Domnik. Die Zusammenfassung dieser Aufgaben brachte für viele Antragstellende den Vorteil, nicht mehr in verschiedenen Gebäuden untergebrachte Stellen aufsuchen zu müssen. Auch die Verwaltung konnte so effektiver und nach einer gewissen Anlaufzeit auch mit weniger Personal arbeiten. Im Berichtszeitraum sind folgende Schwerpunkte besonders hervorzuheben:

- Kommunale Wohnungsvermittlung (seit 12/89)
- Nachfolgenutzung der durch den Abzug der französischen Garnison freigegebenen Gebäuden und Flächen (1991)
- Einführung der Fehlbelegungsabgabe für Sozialwohnungen (1991)
- Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern
- Verkauf von städtischen Wohngebäuden an die GWG (1997 und 1998)

Wohngeld

Die Kosten des Wohngeldes, das von Ingeborg Ockert, Uwe Griesbach und Rudolf Schaller berechnet wird, tragen Bund und Land je zur Hälfte. Die Höhe des Wohngeldes und die Einkommensgrenzen sind seit 1986 unverändert. Da die Einkommen in der Regel angestiegen sind, erhalten die Wohngeldempfänger immer weniger Wohngeld. Eine Anpassung sowohl der Einkommensobergrenzen wie auch der einzelnen Wohngeldsätze, um den gestiegenen Einkommen und vor allen Dingen den erhöhten Mietaufwendungen Rechnung zu tragen, wurde mehrfach verschoben und ist derzeit nicht absehbar. Eine lang erhoffte Änderung trat 1991 in Kraft: Seit April 1991 wird für die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt in der Regel (Ausnahmen: z.B. Bürgerkriegsflüchtlinge, Hilfeempfänger mit geringem Erwerbseinkommen, Auszubildende u.a.)

das sogenannte „pauschalierte Wohngeld“ gewährt. Zahlreiche Anträge und Behördenengänge sowie Verwaltungsaufwand erübrigen sich, ohne daß sich am Betrag, den die Hilfeempfänger tatsächlich erhalten, etwas geändert hätte. Die seit 1990 zurückgegangene Anzahl der Wohngeldanträge und des ausbezahlten Wohngeldes ist - neben den gestiegenen Einkommen - weitgehend auf diese Umstellung zurückzuführen. Erhielten 1990 noch über 600 Haushalte von Sozialhilfeempfängern Wohngeld durch die Wohngeldstelle, so waren es 1997 noch etwa 100. Eine grundlegende Änderung brachte das „Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogrammes“ - FKPG - zum 1. Juli 1993. Wurde Wohngeld bis zu diesem Termin auch bei deutlicher Einkommenserhöhung immer für den ganzen Bewilligungszeitraum (i.d.R. 12 Monate) gewährt, so war nun Wohngeld neu zu berechnen, wenn das Einkommen im Bewilligungszeitraum um mehr als 15 v.H. angestiegen ist.

Fehlbelegungsabgabe

Durch Landesgesetz ist seit 1991 auch in Tübingen eine Fehlbelegungsabgabe von Inhabern von Sozialwohnungen zu erheben. Bei der erstmaligen Erhebung waren insgesamt 2405 Mieter anzuschreiben und bei Überschreitung der Einkommensgrenze zu veranlassen. Die Fälle sind nun alle drei Jahre - zeitlich versetzt nach Baujahr der Gebäude - erneut zu überprüfen. Zuständig sind der stv. Abteilungsleiter Karl-Heinz Burkhart und Renate Fellner. Im Jahresdurchschnitt wurden zwischen 550.000 DM und 700.000 DM vereinnahmt. Diese stehen der Stadt zu und sind wieder zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden.

Kommunale Wohnungsvermittlungsstelle

Die von Cornelia Kalmbach geleistete Aufbauarbeit im Rahmen dieser 1989 vom Gemeinderat neu geschaffenen Stelle fiel in eine Zeit, in der insbesondere in Tübingen große Wohnungsnot mit den zugehörigen Nebeneffekten herrschte. Die Mieten waren hoch, viele - insbesondere Alleinerziehende, ausländische Familien, kinderreiche Familien - fanden keine geeignete und bezahlbare Wohnung mehr. Hier sollte die Stelle Unterstützung bieten

und die Vergabe von Sozialwohnungen gerechter und transparenter machen. Durch die städtische Förderung (verbiligtetes Bauland und zinsgünstige Darlehen) von 88 Sozialwohnungen auf dem Herrlesberg verpflichteten sich GWG, GSW und Kreisbau, der Stadt jede vierte freierwerdende Wohnung des gesamten Wohnungsbestandes der Stadt zur Vermittlung an Wohnungssuchende anzubieten. Als erstes wurde ein Kriterienkatalog aufgestellt. So wurden Wohnungssuchende in fünf Dringlichkeitsstufen eingeteilt - von ganz dringenden (Obdachlosigkeit) bis zu sonstigen Fällen. Diese Daten erhalten laufend auch die drei Wohnungsgesellschaften mittels Datenträgeraustausch. Die Wohnungssuchenden müssen nur noch eine Stelle aufsuchen und einen Vordruck ausfüllen. Die Aufnahme in die Notfalldatei setzt immer voraus, daß eine gültige Wohnberechtigungsbescheinigung vorliegt (wird zusammen mit der Wohnungsbewerbung beantragt) und man seit zwei Jahren in Tübingen mit Hauptwohnsitz gemeldet oder zumindest ein Familienmitglied in Tübingen berufstätig ist. Durch die Ende der achtziger Jahre sprunghaft angestiegene Zahl der mit Wohnraum zu versorgenden Aussiedlerfamilien (s.u.) wurde das Versorgungsproblem noch verschärft. Seit Ende 1992 ist Karin Seitzer für die Wohnungsvermittlungsstelle zuständig, seit 1996 auch für die Ausstellung der Wohnberechtigungsbescheinigungen. Ausgestellte Wohnberechtigungsbescheinigungen 1988 - 1997:

Jahr	insg.	darunter	
		Aussiedler	Ausländer
1988	884	25	187
1990	1257	370	164
1991	1310	205	302
1992	919	221	158
1993	941	253	230
1994	938	283	233
1995	867	197	202
1996	803	195	105
1997	799	144	75

Wohnungssuchende 1990 - 1997:

Jahr	insg.
1990	1197
1991	1226
1992	858
1993	937
1994	865
1995	811
1996	704
1997	747

Jährlich wurden durchschnittlich etwa 200 Sozialwohnungen zur Wiederbelegung frei. Von den insgesamt etwa 600 durch den Abzug der französischen Garnison dem allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung stehenden Wohnungen konnte die Stadt 1991 und 1992 insgesamt 226 Wohnungen - darunter viele große Wohnungen mit Wohnflächen zwischen 109 und 177, die im bisherigen Wohnungsbestand nur gering vorhanden waren - vom Bund anmieten und an Berechtigte (darunter viele Wohnungen an soziale Vereine für z.B. psychisch Kranke, an die AIDS-Hilfe und die Drogenhilfe, für die Einrichtung von Kindergärten und für Jugendbetreuung) vermieten. Die Wohnungen, die teilweise in einem schlechten Zustand waren, konnten trotzdem schnell bezogen werden und wurden bis Ende 1997 von der Stadt verwaltet. Am 1.1.1998 hat die GWG die Gebäude vom Bund käuflich erworben (Ausnahme: Marienburger Straße). Auch für die Studierenden ergab sich eine deutlich bessere Versorgung mit Wohnheimplätzen. Das Studentenwerk konnte neben einigen Neubauten auf Waldhäuser-Ost in verschiedenen Mannschaftsgebäuden der früheren Hindenburgkaserne etwa 500 neue Studentenwohnheimplätze schaffen. Im Laufe des Jahres 1998 werden auch viele (Eigentums-)Wohnungen im Französischen Viertel bezugsfertig sein, sodaß insgesamt eine weitere Entspannung erfolgen wird. Auch die GWG wird mit Neubauten in Bühl, an der Herrenberger Straße, der Mohlstraße und am Hechinger Eck maßgeblich mit dazu beitragen.

Unterbringung von Asylbewerbern

Die vom Land zugewiesene Zahl von Asylbewerbern stieg von Ende 1989 bis 1993 von 350 auf über 900 Personen an. Es waren immer neue Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Erst eine Gesetzesänderung im Laufe des Jahres 1993 brachte einen Umschwung; die Zahlen gingen wieder zurück, sodaß einige geplante Neubauten nicht verwirklicht werden mußten und nach und nach Unterkünfte wieder geräumt werden konnten. Neu gebaut wurden Wohngebäude an der Sindelfinger Straße, Hirschauer Straße, Liststraße, Derendinger Straße und Waldhäuser Straße. Da sämtliche Baugenehmigungen für diese Behelfsbauten nur befristet erteilt wurden, müssen einzelne

Unterkünfte noch planungsrechtlich abgesichert werden. Als einzige größere Unterkunft wurde das Gebäude Herrenberger Straße 85 angemietet. Es können dort etwa 200 Personen untergebracht werden. Einige speziell für die Unterbringung von Asylbewerbern erworbene Wohnhäuser konnten 1997 geräumt und wieder verkauft werden (Köstlinstr. 8, Belthlestr. 9, Schellingstr. 34).

Zum 1. April 1998 trat eine wesentliche Änderung in Kraft. Zuständig für die Erstaufnahme ist nur der Landkreis. Da die Stadt die Kapazitäten in der Unterkunft Herrenberger Straße nicht mehr voll ausschöpfen kann, sondern die dezentralen Unterkünfte vorrangig belegt, wurde ein Block an den Landkreis vermietet.

Gebäudeverwaltung

Durch die Anmietung der Wohnungen der ehemaligen französischen Garnison verfügte die Stadt bis Ende 1996 über etwa 1050 Mietwohnungen. Darüber hinaus waren noch über 400 sonstige Mietverhältnisse (Gewerbe- und Vereinsräume, Stellplätze, Waldhütten usw.) zu betreuen. Durch den Kauf vieler Gebäude und Freiflächen der einstigen französischen Garnison (ehemalige Mannschafts- und Verwaltungsgebäude, Lager, Garagen, Pferdeställe, Panzerhallen, Depot, Heeresbäckerei, Turnhallen, Sportplätze u.v.a.m.) erhielt die Stadt zusätzliche Gebäude und Flächen, die bis zu einem Verkauf vorübergehend zu vermieten waren. Zum Jahreswechsel 1996/97 wurden 451 Wohnungen und 1997/1998 weitere 38 Wohnungen an die GWG verkauft. Ferner wurde ab 1998 das Soziokulturelle Zentrum „Sudhaus“ für mindestens zehn Jahre an den Verein Sudhaus e.V. vermietet, der nun die Liegenschaft eigenverantwortlich verwaltet. Bedingt durch diesen enormen Rückgang wurde auch Personal eingespart. Allein zuständig für diesen Bereich ist seit 1998 Traudel Storz; Rainer Bölzle ging zur GWG und Hans-Jörg Kicherer in den Ruhestand.

Wirtschaftsförderung

In den ersten Jahren des Berichtszeitraums hat angesichts der Verfügbarkeit neuer Gewerbeflächen die Bestandspflege erheblich an Bedeutung bei kleineren und mittleren Betrieben zugenommen. Durch beständige Arbeit und viel Engage-

ment konnten auch bei der Beschaffung gewerblichen Baulands und bei der Ansiedlung von Betrieben sichtbare Erfolge erzielt werden. Beispielhaft erwähnt sei der Grunderwerb im Güllen von rund 4,5 ha für den Gewerbepark Neckaraue oder die Ansiedlung von Betrieben im ökologischen Handwerkerpark Aischbach sowie im Gewerbegebiet Unter dem Holz.

Trotz der schwierigen Tübinger Rahmenbedingungen konnten insgesamt 12 ha Baulandfläche an Gewerbetreibende verkauft werden. Der Erlös betrug rund 17 Millionen DM. Für künftige Betriebsansiedlungen stehen der Stadt z. B. etwa 12 ha im Gewerbepark Neckaraue und 5 ha in Bühl (Bonlanden) zur Verfügung. Weitere Gewerbegebiete (Azenbach in Derendingen, Enzbach in Unterjesingen und Hofstrüttele II in Pfrondorf) sind in Vorbereitung.

Um die umfangreichen Aufgaben der Wirtschaftsförderung besser wahrnehmen zu können, hat die Stadt zusammen mit der Tübinger Wirtschaft Anfang 1997 eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet. Sie soll das Feld der kommunalen Wirtschaftsförderung künftig mit beackern.

Die seit 1996 bestehende Zusammenarbeit der Städte Reutlingen und Tübingen auf wirtschaftlichem Gebiet dient der Stärkung des Oberzentrums Reutlingen/Tübingen.

Parkhäuser

Die Tübinger Parkhausgesellschaft mbH wurde im Jahre 1984 gegründet. Sie war eine hundertprozentige Gesellschaft der Stadt und sollte neben dem Betrieb der beiden städtischen Parkhäuser Stadtgraben mit 325 Stellplätzen und König mit 478 Stellplätzen das geplante Parkhaus Metropol und eine Tiefgarage neben der Hermann-Hepper-Turnhalle an der Westbahnhofstraße, losgelöst vom Haushalt der Stadt, schneller verwirklichen. Daß mit dem Bau des Parkhauses Metropol erst im Juni 1994 begonnen werden konnte, lag nicht an der finanziellen Ausstattung der Parkhausgesellschaft, sondern an den sogenannten Altlasten, die bei den Untersuchungen des Baugrundstücks entdeckt wurden. Die Inbetriebnahme des rund 13-Millionen-DM-Projekts erfolgte im Juli 1996. Mit seinen 310 Stellplätzen, erhöhte sich die Zahl der von der Parkhausgesellschaft bewirtschafteten Stellplätze auf



Parkhaus Metropol in der Bauphase

über 1.100. Zum Jahresbeginn 1997 wurde die Tübinger Parkhausgesellschaft mbH aus steuerrechtlichen Gründen mit den Stadtwerken Tübingen GmbH nach den Vorschriften des Umwandlungssteuerrechts verschmolzen.

Ausblick auf das Jahr 1998

Das Liegenschaftsamt wird künftig zum Geschäftsbereich des vom Gemeinderat neu gewählten Finanz- und Wirtschaftsbürgermeisters gehören.

Auch im Jahr 1998 werden sich die An- und Verkäufe von Grundstücken nicht die Waage halten. Im Haushaltsplan 1998 stehen 8,5 Millionen DM Grundstückserlöse nur 2,0 Millionen DM für Grundstückskäufe gegenüber. Die Stadt verfügt nur noch über wenig Wohnbauland. Konkret in Planung befindet sich nur das Gebiet „Südlicher Stäudach“ in Lustnau.

Im städtebaulichen Entwicklungsbereich Südstadt wird sich der Verkauf von Baulätzen an Bauwillige fortsetzen.

Für die Ansiedlung von Gewerbe stehen hingegen ausreichend Bauflächen (rund 17 ha in den Gewerbegebieten Neckaraue/Lustnau und Bonlanden/Bühl) zur Verfügung. In Planung bzw. im Umlenungsverfahren befinden sich die Gebiete Enzbach in Unterjesingen, Azenbach in Derendingen und Hofstrüttele II in Pfrondorf.

Mit der Ansiedlung der ersten Produktionsbetriebe im Gewerbepark Neckaraue in Lustnau kann 1998 gerechnet werden.

Ein Schwerpunkt wird die Investorensuche für die Militärbrache „Depot“ an der Reutlinger Straße sein.

Auch Grunderwerbsverhandlungen über größere Objekte stehen im Jahr 1998 an, z.B. mit dem Bund über den Kauf des Casinos an der Wöhrdstraße, der Oberen Infanterie-Kaserne an der Mathildenstraße sowie von umfangreichen Flächen des ehemaligen Standortübungsplatzes südlich der Hindenburgkaserne. Teilweise sind diese Objekte aus dem Treuhandvermögen des Städtebaulichen Entwicklungsbereichs zu finanzieren.

Im Laufe des Jahres soll die seither in Esslingen ansässige Evangelische Hochschule für Kirchenmusik nach Tübingen verlegt werden. Dafür wird das Schwabenhäuser an der Gartenstraße der Evangelischen Kirche - nach Auszug der Volkshochschule - mietweise überlassen.

Streiten oder Schlichten §

Das Rechtsamt

Seit 1969 hat die Stadt Tübingen eine eigene Rechtsabteilung, welche die Stadt vor den Gerichten vertritt, die städtischen Ämter in allen Rechtsfragen berät und rechtlich geprägte Vorgänge begleitet. Neben den klassischen öffentlich-rechtlichen Fragestellungen aus der typischerweise von der Verwaltung bearbeiteten Materie wie dem Polizei- und Ordnungsrecht, dem Bauordnungs- und Bauplanungsrecht, dem Sozialhilfe- und dem Ausländerrecht wird das Rechtsamt auch dann um Unterstützung gebeten, wenn es Streitigkeiten mit Mietern, Architekten, Bauunternehmern oder auch Mitarbeitern gibt. Oftmals kann durch eine umfassende rechtliche Beratung aller Beteiligten eine gerichtliche Auseinandersetzung vermieden und eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Auch an der Abwicklung von Vorhaben mit besonderer politischer bzw. wirtschaftlicher Bedeutung wie

- der Gründung der Verkehrsgesellschaft,
- der Konversion von bislang militärisch genutzten Liegenschaften,
- dem Umbau der Lorettohalle zur Sporthalle durch den Rock'n-Roll Sportclub Tübingen e.V. und die Stadt,
- der Teileinziehung der Mühlstraße,
- der Übernahme der Erddeponie Schinderklinge in die Gebührenhoheit des Landkreises,
- der Einführung der Pflegeversicherung und deren Auswirkungen auf die städtischen Heime und die Sozialstation, sowie
- dem Entwurf einer Hallenvergabesatzung für die städtischen Sporthallen

war das Rechtsamt durch begleitende rechtliche Beratung, Formulierung von Verträgen und Satzungsentwürfen beteiligt. Vor den Gerichten wird das Rechtsamt entweder dann tätig, wenn die Stadt verklagt wird oder die Stadt selbst Ansprüche gegen Dritte ohne gerichtliche Hilfe nicht durchsetzen kann.

Beklagte ist die Stadt immer dann, wenn Anträge, z.B. auf Erteilung einer Baugenehmigung, einer Aufenthaltsgenehmigung, auf Sozialhilfegewährung, einer

Sondernutzungserlaubnis, einer Gaststätterlaubnis usw. durch das zuständige Amt abgelehnt oder aber Genehmigungen erteilt werden, Dritte sich durch diese Genehmigung jedoch beeinträchtigt fühlen (z.B. der Nachbar im Baugenehmigungsverfahren).

Beklagte in einem Prozeß vor dem Verwaltungsgericht ist die Stadt aber auch dann, wenn sie in Rechte der Bürger eingreift, Gebühren und Kosten festsetzt oder Ersatz verlangt, und der Adressat dieser Forderung deren gerichtliche Überprüfung veranlaßt.



Klägerin ist die Stadt nur in seltenen Fällen. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich dann um Forderungen aus Verträgen, Schadenersatzansprüche aus Verkehrsunfällen, Gewährleistungsansprüche u.ä. oder um Unterhaltsansprüche aus übergeleitetem Recht, die vor den Zivilgerichten geltend zu machen sind.

Auch die Inhalte der Gerichtsverfahren, an denen die Stadt beteiligt ist, spiegeln die politisch brisanten Themen der 90er Jahre in Tübingen wieder, was die folgende Aufstellung zeigt:

1990

- Eilverfahren gegen die Genehmigung von Asylbewerberunterkünften in der Sindelfinger Straße

- Normenkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan "Altstadtgebiet"

1991

- Normenkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan "Dorfstraße Teil I"
- Normenkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan "Westbahnhofstr./ Rappstr."
- Normenkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan "In den Fischergärten"
- Eilverfahren und Klage gegen die Baugenehmigung für die Erstellung von Wohnbehelfsbauten für Asylbewerber auf dem Holderfeld

1992

- Eilverfahren gegen die Baugenehmigung für die Erstellung von Wohnbehelfsbauten für Asylbewerber in der Liststraße und der Hirschauer Straße,
- Unterlassungsklage der "Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V." wegen des Aufrufs der Stadt zur Müllvermeidung
- Klage der Stadt gegen das Land Baden-Württemberg gegen die Weisung, die Tempo-30-Regelung in der Kernstadt und Hagelloch teilweise zurückzunehmen

1993

- Eilverfahren gegen die Parkraumbewirtschaftung in der Gartenstraße,
- Normenkontrollantrag gegen die Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs "Stuttgarter Straße/Französisches Viertel"
- Klage auf Leistungen nach dem Familienpaß
- Klage gegen die dem Land erteilte Baugenehmigung zur Errichtung eines Gebäudes zur Unterbringung der Polizeitechnik in der Konrad-Adenauer-Straße

1994

- Eilverfahren und Klage gegen die Teileinziehung der Mühlstraße
- Klage gegen das Land gegen die im Planfeststellungsbeschluß für die Klärwerkserweiterung enthaltene Auflage, eine 8 Millionen DM teure Spuntwand zu erstellen
- Mehrere Verfahren wegen Erteilung von Platzverweisen gegen Drogenabhängige (Botanischer Garten)

Anzahl und Prozeßverlauf der gerichtsanhängigen Verfahren ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung:

Jahr	Verfahren insgesamt	davon gerichtsanhängig	erledigte Gerichtsverfahren	gewonnen ☺	verloren ☹	Vergleich ☺	anderweitig erledigt
1990	393	252	124	91	19	3	11
1991	365	225	114	72	11	14	17
1992	413	214	59	35	8	7	9
1993	407	219	89	66	10	6	7
1994	385	217	71	48	11	8	4
1995	376	210	101	54	20	10	17
1996	384	210	98	68	15	12	3
1997	467	183	102	78	10	8	6

1995

- Normenkontrollantrag gegen den Bebauungsplan "Im Schönblick/Corrensstraße"

1996

- Klage gegen die ersten Vorausleistungsbescheide, mit denen Ausgleichsbeträge im städtebaulichen Entwicklungsbereich geltend gemacht werden
- Klage gegen die Planfeststellung für die Sanierung des Hochwasserrückhaltebeckens "Elysium"
- Klage gegen die der Fa. Mediagnost erteilte Baugenehmigung zum Betrieb eines Labors

1997

- Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz wegen Erstattung von Schülerbeförderungskosten

Neben diesen zuvor geschilderten Aufgaben ist das Rechtsamt auch zuständig für die Prüfung von Dienstaufsichtsbeschwerden, die Erstattung von Strafanzeigen und die Stellung von Strafanträgen sowie die Ausbildung von Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren, die der Stadt durch die Regierungspräsidien zur Ausbildung zugewiesen werden. Das Rechtsamt besteht seit seinen Anfängen aus drei Mitarbeitern. Der langjährige Mitarbeiter und bisherige Stellvertreter der

Amtsleitung, Manfred Steck, hat im November 1995 die Leitung der Verwaltungsstellen Lustnau und Derendingen übernommen. Seit 1.1.1997 vertritt Rechtsassessorin Eva Schüfer die Amtsleiterin Susanne Müller. Im Jahr 1996 hatte das Rechtsamt darüber hinaus den tragischen Verlust der langjährigen Mitarbeiterin im Vorzimmer des Rechtsamts, Marita Raidt, zu beklagen. Seit 7.10.1996 wird das Vorzimmer durch Anna Tenaglia geführt.

Vom Verkehr bis zu den Märkten

Das Ordnungsamt

In der Umsetzung des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung regelt und lenkt die Verkehrsabteilung als "Untere Straßenverkehrsbehörde" den öffentlichen Verkehr. Sie kann in eigener Zuständigkeit verkehrsregelnde Maßnahmen aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs anordnen, die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken beschränken oder verbieten und den Verkehr umleiten.

Zwei Schwerpunkte prägten die vergangenen acht Jahre: die Einführung von Tempo 30 flächendeckend und die Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzepts.

Der Weg zur Tempo-30-Zone

Im November 1989 beschloß der Gemeinderat, im gesamten städtischen Straßennetz an allen Strecken mit Wohnbebauung "Tempo-30-Zonen" einzurichten. Die Teilorte sollten einbezogen werden, sobald entsprechende Ortschaftsratsbeschlüsse vorlagen.

Die Einführung im Dezember 1989 wurde begleitet von einer umfangreichen und umfassenden Öffentlichkeitsarbeit. Dadurch konnte eine hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung erreicht werden. Die Ergebnisse durch die flächendeckenden Geschwindigkeitskontrollen zeigen von Jahr zu Jahr rückläufige Verstoßquoten (1991 waren es 7,2 %, 1995 und 1996 3,8 %). Zu Recht kann von der besten Einhaltung in deutschen Städten gesprochen werden.

Ein Rechtsstreit mit dem Land wegen der Beanstandung des Regierungspräsidenten im Straßenzug Wilhelm-/Alberstraße, Mohl-, Hölderlin-, Rümelinstraße/Am Stadtgraben, Keltern-/Westbahnhofstraße, in der Sigwart-, Goethe- und Waldhäuser Straße, in der Gmelinstraße/ Breiter Weg sowie in einem Teil der Straße Im Schönblick Zone 30 anzuordnen, ging über mehrere Instanzen bis zum Bundesverwaltungsgericht in Berlin und folglich über einen längeren Zeitraum. Nach fünf Jahren mußte sich die Stadt dem Regierungspräsidium beugen.

Das gleiche galt im Rechtsstreit mit dem Land wegen der Beanstandung des Regierungspräsidenten, im Stadtteil Hageloch Zone 30 anzuordnen. Tempo 30 konnte danach auf der Ortsdurchfahrt nicht eingerichtet werden.

In allen Stadtteilen mit Ausnahme von Pfrondorf und Weilheim wurden Tempo-30-Zonen in den Wohngebieten eingerichtet.

Bewirtschafteter Parkraum

Die Stadt sieht es seit Anfang der 80er Jahre als verkehrsrechtliche, städtebauliche und organisatorische Aufgaben, Parkraumplanungen zu entwickeln und umzusetzen. Deshalb wurde seit dieser Zeit in verschiedenen Quartieren straßenbezogenes Anwohnerparken eingeführt. Andere Straßen und Plätze wurden durch Parkuhren oder Parkscheinautomaten bewirtschaftet oder als Parkscheibenzonen zeitlich beschränkt.

Ausgangslage für ein Parkraumbewirtschaftungskonzept war, daß aus verschiedenen Gründen der Stadtentwicklung ein ebenerdiges Parkplatzangebot rückläufig bzw. nicht ausbaufähig ist und es zunehmend Konfliktsituationen zwischen den einzelnen Parkinteressengruppen bzw. den unterschiedlichen Nutzungen gab. Es zeigte sich, daß die vorhandene Parkraumkapazität, die bisher weitgehend dem freien Spiel der Kräfte überlassen wurde, nicht ausreicht und nach funktionalen Gesichtspunkten deshalb verteilt werden muß.

Deshalb ist es die Zielsetzung des Parkierungskonzeptes und der damit verbundenen Parkraumbewirtschaftung, den Mangel an Parkplätzen sinnvoll zu verwalten. Dadurch soll die Attraktivität der Innenstadt erhalten werden. Bevorrechtigt werden Anwohner, Kurzzeitparker und der Lieferverkehr. Die Berufs- und Ausbildungspendler sollen am Stadtrand parken.

Von 1992 an wurde der Gemeinderatsbeschuß zunächst in der Altstadt und in der Folge in immer weiteren Ringen um die Altstadt herum umgesetzt. Das Konzept ist flächendeckend gehalten und zeichnet sich durch konsequente Bevorrechtigung des Anwohnerparkens und einer Nutzung

durch Kurzzeitparken von 9 - 18 Uhr aus. Von 18 - 9 Uhr hingegen kann im gesamten Bereich nur von Anwohnern geparkt werden. In Straßen am Rande der Anwohnergebiete können Pkw-nutzende Besucher der Stadt werktags von 9 - 22 Uhr, samstags von 9 - 14 Uhr gebührenpflichtig und in der übrigen Zeit kostenfrei parken.

Im Bereich der 1. Realisierungsstufe lagen neben den ca. 980 Parkplätzen zusätzlich etwa 1980 private Stellplätze. Eine überschlägige Schätzung ergab, daß diese mit etwa 850 Stellplätzen von Anwohnern und der Rest überwiegend von Beschäftigten und Kunden/Besucher, wobei eindeutig das Schwergewicht auf Beschäftigten liegt, genutzt werden.

Die Anwohnerberechtigung wird auf Antrag den berechtigten Bewohnern für die Geltungsdauer von einem Jahr (Kalenderjahr) in Form des Anwohnerparkausweises erteilt. Einen Anspruch auf einen Berechtigungsnachweis hat nur der Anwohner, das heißt derjenige, der in dem jeweiligen Gebiet tatsächlich wohnt und dort auch amtlich gemeldet ist. Eine weitere Voraussetzung für die Berechtigung ist, daß der benutzte Pkw auf den Anwohner zugelassen ist. Für den Anwohnerberechtigten wurde 1993 eine Gebühr in Höhe von 120 DM erhoben. Durch eine Änderung der Gebührenordnung konnten ab 1994 lediglich noch 60 DM erhoben werden.

Bei der Einführung der ersten Bewirtschaftungsstufe wurden bei Parkscheinautomaten und Parkuhren die seitherigen Gebühren von 2 DM je Stunde übernommen. Die Parkhöchststunde wurde je Standort auf 20, 60 oder 120 Minuten festgelegt. Der Gemeinderat hat 1994 beschlossen, die Bewirtschaftungsdauer der Parkscheinautomaten und der Parkuhren von 22 Uhr auf 18 Uhr an Werktagen zu ändern. Hierdurch wurde der bislang größte Kritikpunkt für das Konzept entschärft, da eine Bewirtschaftung über das Ende der Geschäftsschlusszeiten hinaus nicht angemessen erschien.

Für Berufs- und Ausbildungspendler wurden in bestimmten Straßenzügen Parkscheinautomaten mit der Möglichkeit eines Tagesparkscheins eingerichtet. Da die Parkplätze mit Parkscheinautomaten und Parkuhren in unterschiedlicher Entfernung zur Innenstadt aufgestellt wurden

und sich damit der Wert des Parkplatzes verändert, wurden 1994 Parkzonen mit unterschiedlichen Parkgebühren festgelegt. Für die stundenweise Nutzung der Parkplätze wurden folgende Gebührenregelungen getroffen:

Parkgebührenzone 1
> 3,00 DM/Stunde
= 0,50 DM je 10 Minuten

Parkgebührenzone 2
> 1,50 DM/Stunde
= 0,50 DM je 20 Minuten

Parkgebührenzone 3
> 0,50 DM/Stunde
= 0,50 DM je 60 Minuten

Hinzu kommt für das Langzeitparken
Parkgebührenzone 1
> kein Angebot

Parkgebührenzone 2
> 5,00 DM pro Kalendertag

Parkgebührenzone 3
> 3,00 DM pro Kalendertag

Zum 1. November 1996 änderte der Gesetzgeber die Ladenschlußzeiten von 18.30 Uhr auf 20.00 Uhr werktags und samstags auf 16.00 Uhr. Da sich die Kurzzeitparkregelungen an Parkscheinautomaten und die Betätigung der Parkuhren im Altstadtbereich bislang auf 18.00 Uhr beschränkte, entsprach der Gemeinderat einem Verwaltungsvorschlag und verlängerte bei 90 Parkplätzen im Kernbereich der Altstadt die Bewirtschaftungszeiten von Montag bis Freitag auf 20.15 Uhr und an Samstagen bis 16.15 Uhr. Im November 1997 beschloß der Gemeinderat eine Änderung der Parkgebührenordnung. Zwar war das Ziel einer "Autoreichbarkeit" für Anwohner, Kunden und Besucher sowie für die ausbildungs- und berufsbedingten Langzeitparker erreicht. Trotzdem soll durch eine erweiterte und differenziertere Gebührenstaffelung eine noch bessere Verteilung der Parkplatznachfrage auf das vorhandene Angebot erreicht werden.

Plus bei Ordnungswidrigkeiten

Stellt man die Anzahl der in den Jahren 1990 und 1997 eingeleiteten Ordnungswidrigkeiten-Verfahren einander gegenüber, so ergibt sich eine Zunahme von 84.800 auf 105.100.

Der Anstieg verlief jedoch nicht linear. Die Entwicklung im einzelnen:

1990	=	84.800
1991	=	83.000
1992	=	90.600
1993	=	111.000
1994	=	121.300
1995	=	109.100
1996	=	116.400
1997	=	105.100

Betrachtet man die vom Ordnungsamt festgestellten Verkehrsordnungswidrigkeiten getrennt nach 1). „Falschparken“ und 2). „Geschwindigkeitsüberschreitungen“, so ergibt sich folgendes Bild:

1990	=	1).	50.200	2).	28.900
1991	=		51.700		24.600
1992	=		49.500		25.900
1993	=		71.900		32.100
1994	=		79.100		35.700
1995	=		64.400		39.000
1996	=		69.300		40.000
1997	=		62.400		36.600

Diese Entwicklung wurde durch verschiedene Ereignisse beeinflusst. So wurde im Frühjahr 1993 die erste Stufe der Parkraumbewirtschaftung eingeführt. Bereits im Vorjahr wurden hierfür 5 neue Mitarbeiter/innen im gemeindlichen Vollzugsdienst eingestellt und ausgebildet.

Da die Räumlichkeiten im Gebäude Brunnenstr. 10 nun nicht mehr ausreichten, wurde der gemeindliche Vollzugsdienst im Juni 1993 in das Gebäude Wöhrdstr. 4 ausgelagert. So wurde die Zersplitterung fortgesetzt, die bereits im Jahre 1990 begonnen hatte, als die komplette Ordnungswidrigkeitenabteilung von der Wilhelmstr. 24 in die Brunnenstr. 10 umziehen mußte.

Im Innendienst wurden eine Sachbearbeiterstelle neu geschaffen und halbtags eine Aushilfe eingestellt, um die EDV-Erfassung der wachsenden Zahl der Verwarnbelege zu gewährleisten. Auf die Aushilfsstelle konnte 1995 wieder verzichtet werden, da der Vollzugsdienst mit mobilen Datenerfassungsgeräten ausgerüstet wurde. Außerdem wurde durch die Umverteilung bestehender Aufgaben die Stelle eines Leiters des Vollzugsdienstes einge-

richtet und hierfür eine andere Stelle abgebaut. Mit der Parkraumbewirtschaftung war beim Vollzugsdienst ein regelmäßiger Nachtdienst eingeführt worden. Dieser wird wöchentlich an 6 Tagen durchgeführt.

Bei der Geschwindigkeitsüberwachung ergaben sich im selben Zeitraum ebenfalls einige Veränderungen. So wurde Ende 1992 eine veraltete Geschwindigkeitsmeßanlage durch eine neue ersetzt. Eine weitere Anlage wurde umgebaut und auf den neuesten Stand gebracht.

Bereits im Frühjahr waren an der Weinbergstraße 4 stationäre Geschwindigkeitsmeßanlagen in Betrieb genommen worden, für welche 2 Meßgeräte vorhanden sind. Im Innendienst mußte hierfür eine Sachbearbeiterstelle neu geschaffen werden. Ende 1996 wurde dann in Hirschau eine weitere Meßanlage installiert, 1997 folgten zwei Anlagen in Unteresingen, die jedoch erst 1998 vollständig betriebsbereit sind.

Ausländer-, Melde- und Paßabteilung

Bei der Ausländer-, Melde- und Paßabteilung sind derzeit 17 Mitarbeiter beschäftigt. Im Sachgebiet "Ausländerwesen" mußten nicht zuletzt durch die erhebliche Zunahme der Asylbewerber und durch den Zustrom von Bürgerkriegsflüchtlingen im Jahr 1991 zwei zusätzliche Stellen geschaffen werden. Ein Stellenabbau im Bereich "Melde- und Paßwesen" erfolgte mit der Zusammenlegung der beiden zuvor getrennten Sachgebiete. Nachdem mit der Einführung des Europapasses und des fälschungssicheren Personalausweises eine starke Nachfrage geherrscht hatte, beruhigte sich die Situation mit Beginn der neunziger Jahre langsam.

Ende 1997 waren in Tübingen 81.614 Personen gemeldet. Die Bevölkerungszahl hat damit gegenüber dem Stand 1990 (82.719) etwas abgenommen. Mit 12,5 % ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung dagegen angestiegen. Waren 1990 noch 8.866 Ausländer in Tübingen wohnhaft, stieg diese Zahl bis zum Jahr 1997 auf 10.191. Einen nicht unerheblichen Teil zu dem Anstieg trug der Zustrom von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien bei.



Protest gegen Lebensmittelpakete für Flüchtlinge: Kundgebung auf dem Marktplatz

Sehr stark zugenommen hat zu Beginn der neunziger Jahre auch die Zahl der Asylsuchenden. Während die Stadt Tübingen Ende 1990 157 Asylbewerber unterbringen mußte, stieg die Zahl bis Ende 1991 schon auf knapp über 600 an. Ihren Höchststand erreichte sie Mitte 1993 mit rund 1.000 Personen. Die Zugangssituation entspannte sich mit der Änderung des Grundgesetzes und des Asylverfahrensgesetzes. Die Zahl sank danach kontinuierlich bis zum 31.12.1997 auf 285 Personen. Allerdings stieg die Zahl der Personen, die nach abgeschlossenem Asylverfahren aus den verschiedensten Gründen zu dulden waren von 100 (Ende 1990) nach einem zwischenzeitlichen Tiefstand (31.12.1992: 38) auf 360 (Ende 1997). 1994 wurden die bis dahin getrennten Sachgebiete "Meldewesen" und "Paß/Ausweiswesen" unter dem Aspekt "Viele Leistungen aus einer Hand" zusammengelegt. Sie ist als Vorstufe zu einem Bürgeramt gedacht. Die Maßnahme hat sich bewährt. Für die Bürger gibt es seither eine Anlaufstation weniger. Durch den zeitlich unterschiedlich hohen Arbeitsanfall in beiden Sachbereichen konnte auch eine gleichmäßigere Auslastung der Beschäftigten erreicht werden. Weitere positive Aspekte ergaben sich für die Beschäftigten aus der Erweiterung ihres Aufgabensfeldes. Die Besucher haben dagegen nach wie vor unter der unübersichtlichen und unattraktiven Wartezone zu leiden. Es ist beabsichtigt, durch eine Nutzung der bisherigen Albert-Schweitzer-Realschule auch Platz für ein Bürgeramt zu schaffen.

Zwischen 1990 und 1997 wurden vom Melde- und Paßamt im Jahr durchschnittlich ca. 8.500 Anmeldungen, 8.100 Abmeldungen und rd. 5.900 Ummeldungen verarbeitet. Lohnsteuerkarten wurden im Schnitt rd. 46.000 über das Rechenzentrum ausgegeben und knapp 9.000 nachträglich von den Beschäftigten ausgestellt. Durchschnittlich wurden etwa 2.800 Europapässe jährlich beantragt. Zusätzlich wurden etwa 1.000 vorläufige Reisepässe pro Jahr ausgestellt. Bei den Personalausweisen waren es jährlich ca. 3.400 endgültige und etwas über 500 vorläufige Dokumente. Die Zahl der vorläufigen Dokumente resultiert aus der Tatsache, daß die Pässe und Personalausweise seit 1987 von der Bundesdruckerei erstellt werden. Dort ist mit Wartezeiten von mindestens 4 Wochen zu rechnen. Sehr stark ins Gewicht fallen auch die Auskunftsersuchen aus dem Melderegister. In erster Linie handelt es sich um schriftliche Auskünfte.

Bei der Wehrrfassung haben sich im Laufe des Jahres 1996 Verfahrenserleichterungen ergeben. Die Erfassung von Wehrpflichtigen erfolgt nun per Datenübertragung durch das Regionale Rechenzentrum an das Kreiswehrrersatzamt. Das Fundbüro veranstaltet jährlich im Durchschnitt zwei Fahrrad- und zwei sonstige Versteigerungen. Die Verwaltung der Fundfahräder nimmt mittlerweile erhebliche Personal- und Raumkapazitäten in Anspruch. Pro Jahr werden zwischen 200 und 250 Fundfahräder angeliefert. Derzeit werden Überlegungen angestellt,

die Verwaltung der Fundfahräder entsprechend dem bei der Stadt Reutlingen praktizierten Verfahren an einen privaten Träger abzugeben.

Offene Szene, Wagenburg, Hausbesetzer, Demos und Straßenmusik

Auch Tübingen hat, wie viele Städte, Probleme mit Punkern, Drogenabhängigen und Nichtseßhaften. Und die offene Szene in den Fußgängerzonen ist die sichtbarste Erscheinung dieser gesellschaftlichen Probleme, der Arbeits- und Wohnungslosigkeit, der Alkohol- und Drogenabhängigkeit. Auch wenn die Gesellschaft in diesen Zeiten nicht umhinkommt, ein gewisses Grad an öffentlicher Armut und nicht sozialem Verhalten zu ertragen, war es notwendig, über die soziale Arbeit hinaus mit polizeilichen Mitteln akzeptable Bedingungen und Verhältnisse für alle Betroffenen zu erreichen. Aufgrund der vielen aus diesem Verhalten resultierenden Straftaten und Ordnungsstörungen mußten gegen Punker, aber auch gegen Drogenabhängige Aufenthaltsverbote und Platzverweise ausgesprochen und Alkohol beschlagnahmt werden, um Grenzen aufzuzeigen und die Bürger vor Schaden zu bewahren. Diese polizeilichen Maßnahmen waren Entscheidungen in einem Interessenskonflikt zugunsten der Öffentlichkeit. Sie fanden allerdings in dieser nicht uneingeschränkt Zustimmung und haben auch unter Fachleuten kontroverse Reaktionen und Stellungnahmen ausgelöst. Zur Bewältigung der Konflikte wurden verschiedene Arbeitskreise gebildet, deren Aufgabe unter anderem ist, Regeln auszuhandeln, die für beide Seiten einen erträglichen Status ermöglichen.

Tübingen, das Mekka der Wagenburgen und Wagenbürger? Immer mehr Leute entscheiden sich für ein Leben auf Rädern. Auf wenigen Quadratmetern erfüllen sie sich in einem Bau-, Wohn- oder Zirkuswagen ihren Traum vom Eigenheim ohne Grundsteuer, Wasser- und Stromrechnung. Doch dieses Tun steht in der Regel im Widerspruch mit der Rechtsordnung, weil die "Wagenbürger" sich auf Grundstücken niederlassen, die zumeist im öffentlichen Eigentum stehen, und die Wagenburgen sich allenthalben mit dem Bauplanungs- und Bauordnungsrecht nicht vereinbaren lassen. Um den polizeiwidri-



Hindenburgareal: Alternatives Leben in der Wagenburg

gen Zuständen gegenzusteuern, wurden gegen die Tübinger Wagenburgen Kuntabunt und Bambule mehrere Räumungsverfügungen erlassen, die zum Teil gegen erheblichen Widerstand mit starken Polizeikräften durchgesetzt werden mußten.

In einer erregten, kontroversen Diskussion zwischen der Verwaltung und den Vertretern einer unkonventionellen Wohnform mit alternativen und ökologischen Konzepten beschloß der Gemeinderat als pragmatische Antwort auf die Wohnungsprobleme, in Tübingen ein Bauwagenprojekt in den Stadtentwicklungsplan Südstadt aufzunehmen und planungsrechtlich abzusichern. Die Wagenburgen Kuntabunt und Bambule, zwischenzeitlich als Vereine im Vereinsregister eingetragen, erhielten hinter dem ehemaligen Hindenburgareal von der Stadt per Pachtvertrag einen Platz, auf dem sie unter bestimmten Voraussetzungen ihre selbst festgelegte Lebensform in Einklang mit der Natur verwirklichen können.

Auch die Besetzungen des Gebäudes der ehemaligen Motorsportschule in der Alexanderstraße und der "Villa Metz" in der Hechinger Straße und weiterer Häuser wurden von der "Besetzerszene" mit der herrschenden Wohnraumpolitik und dem Wunsch nach kollektiven Wohnformen gerechtfertigt. Die Hausbesetzer kamen den Räumungsaufforderungen, denen entsprechende Begehren und Strafanzeigen der Hauseigentümer zugrunde lagen, immer erst dann nach, als starke Polizeikräfte zur Räumung bereitstanden. Die Motorsportschule mußte bei der zweiten Beset-

zung gar durch die Polizei geräumt werden.

Im Gegensatz dazu verliefen über 300 Versammlungen in den vergangenen Jahren bis auf wenige Ausnahmen vollkommen friedlich, weil es im Gespräch mit den Beteiligten möglich war, einen Interessensausgleich zu erreichen. Gleichwohl mußte 1996 eine im Zusammenhang mit dem Kurdischen Neujahrsfest "Newroz" stehende Versammlung verboten und durch die Polizei aufgelöst werden, weil mit Aktivisten und Sympathisanten der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans ("PKK") gerechnet werden mußte und gewalttätige Aktionen nicht ausgeschlossen werden konnten. Das Versammlungsverbot und die Auflösung der verbotenen Versammlung durch die Polizei war ein Novum für Tübingen. Thematische Schwerpunkte der weiteren Versammlungen waren: Ausländerfeindlichkeit, Asylpolitik, Hochschul- und Bildungspolitik, Wohnungsnot, Frieden und die Arbeitsmarktpolitik.

Das "Schwäbische Tagblatt" titelte: Der Tübinger Marktplatz ist italienischer als eine italienische Piazza. Eine treffende Beschreibung für das, was sich im Sommerhalbjahr nicht nur auf dem Marktplatz - allabendlich - abspielt. Die Fußgängerzone wird zur Bühne: Straßenmusiker und Aktionskünstler geben fidelnd und flötend, zupfend und feuerspeiend ihr Bestes. Es wird gesungen, getrunken, diskutiert und geklatscht und zu allerletzt an die Interessen und Bedürfnisse der Anwohner und Gewerbetreibenden gedacht. Weil sich aber alle an der Musik und den Kunst-

stücken erfreuen sollen, wurden aus Rücksicht auf die in der Innenstadt wohnenden und arbeitenden Mitbürger das Musizieren im Freien durch (Spiel-)Regeln geordnet.

Markthalle, die unendliche Geschichte: Im Dezember 1989 beschloß der Gemeinderat, trotz erheblicher Widerstände innerhalb des Rates und auch der Wochenmarktbeschicker, im denkmalgeschützten Gebäude "Kelter" eine Markthalle einzurichten. Nicht nur der Gemeinderat versprach sich davon eine Belebung für die Untere Stadt und einen Ersatz für die in der Innenstadt fehlenden Einzelhandelsgeschäfte. Und obwohl die Stadt mehr als 2,7 Mio DM für die Einrichtung ausgab und die Inneneinrichtung der Halle viel Zustimmung fand, standen die Sterne von Anfang an nicht gut: Zunächst wurde der Eröffnungstermin von Herbst 1991 auf Frühjahr 1992 verschoben, die Baustellen rund um die Markthalle zogen sich hin, im ersten Winter gefroren die Wasserleitungen, und die Umsätze waren nicht so, wie sich das Stadt, Gemeinderat und vor allem die Standbetreiber vorgestellt und gewünscht hatten. Dazu klagten die Händler über bauliche Mängel, eine fehlende Konzeption, fehlende Parkplätze und über zu hohe Mieten. Dabei vergaßen sie aber, daß sie sich auf die Bedingungen, die von Anfang gesetzt waren, eingelassen hatten und auch ihr kaufmännischer und professioneller Gestaltungswille gefragt war. Die Unzufriedenheit führte zu einer hohen Fluktuation unter den Betreibern und in der kontroversen Diskussion um die nicht vorliegende und auch nicht zu realisierende Kostendeckung beschloß der Gemeinderat im Herbst 1996, das denkmalgeschützte Gebäude über einen Makler zum Verkauf auszuschreiben. Die Markthalle wird zum 31. Dezember 1998 geschlossen.

Der schnelle Imbiß

Derzeit gibt es in Tübingen ca. 250 Gaststätten. Seit 1990 hat sich die Zahl der konzessionspflichtigen Betriebe um ca. 50 erhöht. Bei den neu hinzugekommenen Gaststätten handelt es sich vorwiegend um Imbißbetriebe. Jedoch auch die Südstadtentwicklung hat zum Entstehen neuer Schank- und Speisewirtschaften beigetragen.

In der Altstadt hingegen, in der wegen des dort geltenden Bebauungsplanes "Alt-

stadtgebiet" keine neuen Schank- und Speisewirtschaften mehr entstehen dürfen, reißt währenddessen die Kette von Neueröffnungen sogenannter "Lebensmitteleinzelhandelsbetriebe" nicht ab. Hierbei handelt es sich um erlaubnisfreie Ladengeschäfte des Lebensmitteleinzelhandels, in denen während der Ladenöffnungszeiten zubereitete Speisen und alkoholfreie Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle abgegeben werden dürfen, ohne jedoch Sitzgelegenheiten bereitzustellen. Problematisch bei diesen Betrieben ist, daß die Abgabe von Speisen und Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle lediglich Nebentätigkeit sein darf und dies auch in der Ausgestaltung der Räume zum Ausdruck kommen muß. Die Überwachung der betreffenden Betriebe auf Einhaltung der rechtlichen Gegebenheiten hat sich in der Vergangenheit aufgrund der hohen Fluktuation als teilweise recht schwierig erwiesen. Bemerkenswert ist weiterhin der Trend zur Bewirtschaftung im Freien. Nur die Gaststätten, die in der Sommersaison ein Straßencafe oder eine Terrassenwirtschaft anzubieten haben, sind attraktiv. Für die Gaststättenbetreiber ist es daher ungemein wichtig, auf jedem Fleckchen Erde, das sich hierzu anbietet, Stühle und Tische aufzustellen. Demzufolge war die Nachfrage nach längeren Öffnungszeiten für Straßencafes entsprechend groß. Die Stadtverwaltung entsprach daher 1995 der Bitte des Hotel- und Gaststättenverbandes, längere Öffnungszeiten zuzulassen. Probeweise durften die betreffenden Gastwirte ihre Terrassen- und Straßencafes anstatt seither bis 22.00 Uhr bis 23.00 Uhr betreiben. Nach Abschluß des Modellversuches entschloß sich die Verwaltung, grundsätzlich in Misch-, Gewerbe- und Kerngebieten Öffnungszeiten bis 23.00 Uhr zuzulassen. In Wohngebieten blieb es jedoch bei der seitherigen Regelung, die ein Betriebszeitende von 22.00 Uhr vorsah.

Die schlechte Konjunktur macht sich auch bei den Gaststättenbetrieben bemerkbar. Die Konzessionsentzugsverfahren, die aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten eingeleitet werden müssen, nehmen zu. Jährlich werden mindestens 2 gaststättenrechtliche Erlaubnisse widerrufen. Nur in den wenigsten Fällen gelingt es, Betriebe, die überschuldet sind, wieder langfristig zu sanieren.

Die Stadt Tübingen ist seit 1. Juli 1995 nicht mehr Lebensmittelüberwachungs-

behörde. Durch das Behördeneingliederungsgesetz sind die seitherigen Aufgaben, die die Ausführung lebensmittelrechtlicher Vorschriften betreffen, auf das Landratsamt Tübingen als untere Verwaltungsbehörde übergegangen.

Nach wie vor sind im Stadtgebiet Tübingen Feste und Veranstaltungen im Freien sehr beliebt. Das Afro-Brasilianische Festival des Zentrum Zoo, das auf dem Marktplatz stattfindet, hat zwischenzeitlich Tradition. Weitere Attraktionen sind der Umbrisch-provenzalische Markt, der seit 1995 jährlich stattfindet, und das Tübinger Stadtfest, das alle 2 Jahre von Tübinger Vereinen ausgerichtet wird.

Gewerbe und Handwerk

Durchschnittlich wurden pro Jahr ca. 500 Gewerbebeanmeldungen sowie ca. 300 Gewerbeabmeldungen vorgenommen. Die Erfassung der Gewerbebetriebe erfolgt seit 1994 über ein landeseinheitliches EDV-Gewerberegistrierungsverfahren. Als Spiegelbild zur Massenarbeitslosigkeit ist eindeutig der Trend zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit zu verzeichnen.

Eine Zunahme ergab sich bei den festgestellten Verstößen im Schwarzarbeitsbereich. Hier fielen insbesondere Baufirmen auf, die sich über Subunternehmer aus Billiglohnländern Wettbewerbsvorteile verschafften.

Die Zahl der Neuerteilungen von Waffenbesitzkarten für Sportschützen und Jagdscheininhaber blieb mit ungefähr 60 Fällen pro Jahr relativ konstant. Zum Stichtag 01.02.1994 betrug die Anzahl der Waffenbesitzer 1.285 Personen mit insgesamt 4.438 registrierten Waffen. Zwischen 1992 und 1997 mußten bei 15 Waffenbesitzern Verfahren zum Widerruf der Waffenbesitzkarten mangels waffenrechtlicher Zuverlässigkeit eingeleitet werden. Hauptgrund hierfür waren strafrechtliche Verurteilungen wegen der Teilnahme am Straßenverkehr unter Alkoholeinwirkung. Eine gewisse Renaissance erfuhr das Schießen mit historischen Vorderladerwaffen, was sich letztlich auf eine Steigerung der Genehmigungen für den Schwarzpulverwerb niederschlug. 1995 wurde der "Europäische Feuerwaffenpaß" eingeführt, den Waffenbesitzer benötigen, die EG-Staaten unter Mitnahme von Waffen bereisen. Der Feuerwaffenpaß ist als Ausgleich für die abgeschafften Grenzkontrollen innerhalb der EG vorgesehen.

Exorbitant stieg die Zahl der Heilpraktiker sowie Psychotherapie-Erlaubnisse. 1997 wurden insgesamt 46 Erlaubnisse erteilt. 1991 trat das neue "Gesetz über die Unterbringung psychisch kranker Personen" in Kraft. Wesentlicher Unterschied zum früheren Recht ist, daß nur noch das Amtsgericht länger andauernde zwangsweise Unterbringungen in psychiatrischen Kliniken anordnen kann. Das Ordnungsamt mußte hauptsächlich in Fällen von extremer Verwahrlosung sowie bei Personen mit Fremdgefährdung Unterbringungsverfahren einleiten.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Die Freiwillige Feuerwehr Tübingen besteht wie in den Jahren zuvor aus 11 aktiven Abteilungen, einer Jugendfeuerwehr, einer Altersabteilung und zwei Spielmannszügen, ferner aus 11 hauptamtlichen Mitarbeitern, von denen 7 auch die Leitstelle für die Kreisalarmierung betreuen.

Die Personalstärke der aktiven Feuerwehrangehörigen stieg von 1990 bis 1997 von 320 auf 354 Angehörige. Derzeit stehen 349 Feuerwehrangehörige im Einsatzdienst. Der Jugendfeuerwehr Tübingen, 1988 mit 22 Jugendlichen gegründet, gehören heute 97 Jungen und Mädchen an. Die Altersabteilung ist seit 1989 bis heute von 71 auf 85 angestiegen. Die Zahl der Mitglieder des Spielmannszuges ist seit 1990 rückläufig. Derzeitiger Stand sind 37 Angehörige.



150 Jahre Tübinger Feuerwehr

Die Einsatzstatistik stellt sich wie folgt dar:

1990	-	420 Einsätze
1991	-	484 Einsätze

1992	-	612 Einsätze
1993	-	599 Einsätze
1994	-	569 Einsätze
1995	-	453 Einsätze
1996	-	505 Einsätze
1997	-	502 Einsätze

Nach dem Ausscheiden von Stadtbrandmeister Eugen Lutz Ende November 1990 wurde 1991 im zweiten Anlauf Brandamtsrat Hans Joachim Ackermann Kommandant der Tübinger Feuerwehr - allerdings nur für etwas mehr als zwei Jahre. Seit 1. März 1994 ist Ewald Schnitzler, der seit 1989 bereits stellvertretender Kommandant war, Chef am Kelterplatz.

Nach dem Erwerb des Kaufhauses Prix durch die Stadt konnte nach dessen Abbruch mit dem Erweiterungsbau des Feuerwehrhauses am Kelterplatz begonnen werden. Grundsteinlegung war am 10. Juli 1990. Damit ging eine langjährige Forderung der Feuerwehr Tübingen nach mehr Raum für ihre Fahrzeuge und Werkstätten sowie einer größeren Leitstelle, die bereits am 1. Juli 1992 in Betrieb ging, in Erfüllung. Die Übergabe des Feuerwehrhauses Tübingen



Übergabe des Feuerwehrweiterungsbaus Stadtmitte

gen-Mitte fand am 10. Juni 1994 statt. Die Baukosten betragen ca. 12 Millionen DM. An den Kosten beteiligte sich das Land mit 5,6 Millionen DM. Ebenso konnte 1993 der Erweiterungsbau bei der Freiwilligen Feuerwehr in Unterjesingen zum Abschluß gebracht werden. Die sehr beengte Zu- und Abfahrt vom Feuerwehrhaus auf die vielbefahrene B 28 wurde ebenfalls 1993 verbreitert.

Die Restbeschaffung der Funkmeldeempfänger wurde 1995 abgeschlossen. Somit sind alle Feuerwehrangehörigen mit Funkmeldeempfängern ausgestattet, es können seither alle Abteilungen - auch in den Stadtteilen - "still" alarmiert werden.

In den Jahren 1990 bis 1997 wurden für die Freiwillige Feuerwehr Tübingen mit Stadtteilen 12 Fahrzeuge angeschafft, eine Investition von über 4 Millionen DM. Das Land hat sich hierbei teilweise bis zu 50 % an den Kosten beteiligt.

Die Lehrgänge "Erste Hilfe in Katastrophenfällen," die über Jahrzehnte vom Bundesverband für den Selbstschutz monatlich in Tübingen veranstaltet wurden, fielen der Neukonzeption des Zivilschutzes zum Opfer. Deshalb wurden die Lehrgänge 1996 zum letzten Mal in Tübingen durchgeführt. Der Bundesverband für den

Zivil und Katastrophenschutz

Auch die Fa. Wojcicki (Ausstellung "fdf") war bereit, sich an den Investitionen des Platzes zu beteiligen. Nach über 20 Jahren Ausstellung "fdf" ist eine zweite Ausstellung geplant, die von der Fa. Wojcicki ins Leben gerufen wird. Unter dem Titel "Freizeit 2000" soll diese Messe zum regelmäßigen Tübinger Veranstaltungskalender gehören. Weitere Veranstaltungen sind zwei Zirkus-Gastspiele und das Tübinger Sommerfest.

Die erste Umweltmesse in Tübingen fand 1995 statt. Nach der Umweltmesse in den Jahren 1996 und 1997 fällt diese 1998 auf Wunsch der Ausstellungsgesellschaft Hofmann aus. Es wird angestrebt, die Umweltmesse in zweijährigem Turnus durchzuführen. Als weitere Veranstaltung wird vom 05. bis 14. Juni 1998 das Kulturzelt dieses Jahr auf dem Festplatz aufgestellt werden.

Selbstschutz wurde aufgelöst.

Der öffentliche Schutzraum in der Tiefgarage des Schulzentrums Feuerhäggle mit 1.567 Schutzplätzen wird bis heute vom Ordnungsamt verwaltet und die jährliche

Wartung überwacht. Mit der Wartung und Instandsetzung der technischen Einrichtungen wurde das THW Tübingen beauftragt.

Festplatz "Weilheimer Wiesen"

Die Zuständigkeit für den Festplatz wurde mit der Auflösung des Bauverwaltungsamtes (1996) auf das Ordnungsamt übertragen. Dies war auch sinnvoll, da grundsätzlich alle Erlaubnisse und Genehmigungen für Veranstaltungen auf dem Festplatz beim Ordnungsamt eingeholt und überwacht werden. Seitdem konnte, trotz seiner mehr als eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten, ein Überschuß erwirtschaftet werden.

Der Grund dafür war sicherlich die öffentliche Ausschreibung des Festplatzes für 10 Flohmärkte, die ein erfreuliches Ergebnis erbrachte.

Somit wurden Mittel für eine Substanzverbesserung des Platzes frei. 1997 wurde mit der Oberflächenentwässerung begonnen und die von Süden nach Norden verlaufende "Erschließungsstraße" beiderseits der Baumreihen asphaltiert. Diese Maßnahme war dringend erforderlich, da der Festplatz zwar am Kanal angeschlossen war, aber keine ausreichende Oberflächenentwässerung hatte. Für die Baumaßnahme war der Einbau von 12 Entwässerungseinläufen an den Kanal erforderlich. Hierbei entstanden Kosten von über 220.000 DM.

Die erste Umweltmesse in Tübingen fand 1995 statt. Nach der Umweltmesse in den Jahren 1996 und 1997 fällt diese 1998 auf Wunsch der Ausstellungsgesellschaft Hofmann aus. Es wird angestrebt, die Umweltmesse in zweijährigem Turnus durchzuführen. Als weitere Veranstaltung wird vom 05. bis 14. Juni 1998 das Kulturzelt dieses Jahr auf dem Festplatz aufgestellt werden.

Die erste Umweltmesse in Tübingen fand 1995 statt. Nach der Umweltmesse in den Jahren 1996 und 1997 fällt diese 1998 auf Wunsch der Ausstellungsgesellschaft Hofmann aus. Es wird angestrebt, die Umweltmesse in zweijährigem Turnus durchzuführen. Als weitere Veranstaltung wird vom 05. bis 14. Juni 1998 das Kulturzelt dieses Jahr auf dem Festplatz aufgestellt werden.

Als weitere Veranstaltung wird vom 05. bis 14. Juni 1998 das Kulturzelt dieses Jahr auf dem Festplatz aufgestellt werden.

Was wäre Tübingen ohne die Märkte?

Die traditionellen zweitägigen Jahrmärkte in der Innenstadt - Georgi- und Martini- markt - sowie die eintägigen Jahrmärkte in Unterjesingen sind mit einer Vielzahl von Bewerbungen turnusgemäß durchgeführt worden.

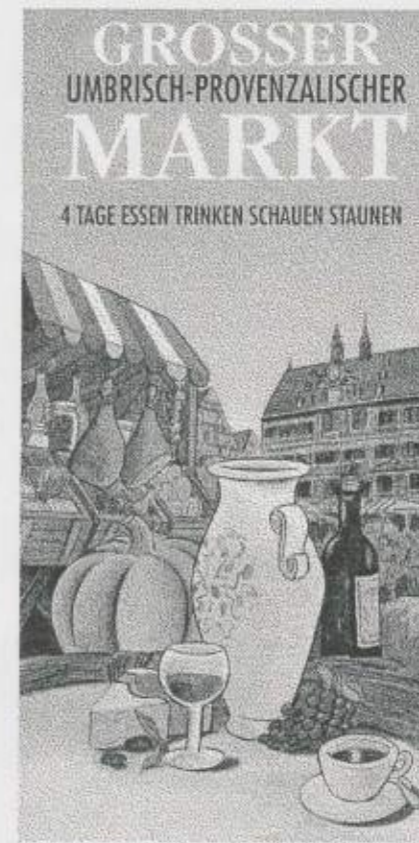
Die Marktsatzung wurde 1992 sowie 1993 geringfügig geändert. 1995 gab es eine notwendige, jedoch maßvolle Gebührenerhöhung. Über den gesamten Zeitraum konnte der Wochenmarkt in seiner gewohnten historischen Umgebung jeweils montags, mittwochs und freitags abgehalten werden. Besonders an Freitagen pulsiert das Marktgeschehen und bietet sowohl Bewohnern als auch Besuchern der Stadt ein farbenfrohes Bild.

Der städtische Flohmarkt findet, trotz wachsender Konkurrenz durch private Flohmarktveranstalter, jeweils im Mai und September in der Brunnenstraße statt. Aus Kostengründen wird seit 1995 kein Fahrradflohmarkt mehr veranstaltet.

Nach dem Motto "Wir tun was" wurde mit folgenden Märkten Neuland betreten: Im Frühjahr 1997 fanden zum ersten Mal die Marktschreiertage in der Fußgängerzone statt. Der Markt der Möglichkeiten rund um die Jakobuskirche, der an zwei Tagen im Sommer durchgeführt wird, ist ein gut gestalteter Markt mit einem schönen Ambiente, an dem zahlreiche Kunsthandwerker und andere Institutionen teilnehmen.

Im Herbst gibt es dann drei Tage "Essen, Trinken, Staunen und Schauen" in der Fußgängerzone. Marktbesucher aus Aix-en-Provence waren 1996 zum ersten Mal zu Gast in Tübingen. Mit 15 französischen Anbietern, 5 Tübinger Gastwirten und 15 Tübinger Gewerbetreibenden wurde ein perfekt organisierter Markt auf die Beine gestellt, der überall großen Anklang fand. Bei so viel südländischem Flair wollte auch die italienische Partnerstadt Perugia aus Umbrien nicht außen vor bleiben. So ist es in Zusammenarbeit mit dem HGV gelungen, einen mediterranen Markt mit 30 Händlern und einem vielfältigen Angebot an Spezialitäten aus den Partnerstädten zu präsentieren. Auch bei der Tübinger Geschäftswelt, die sich ebenfalls mit ca. 25 Ständen daran beteiligt, fand dieser Markt regen Zuspruch.

Was wäre eine Dichter- und Denkerstadt ohne Büchermarkt? Im Jahr 1996 wurde in Zusammenarbeit mit dem "Schwäbi-



Spezialitäten aus den Partnerstädten Aix-en-Provence und Perugia

schen Tagblatt" zum ersten Mal ein Büchermarkt in der Uhlandstraße durchgeführt, an dem 30 Besucher teilnahmen. Der Kunsthandwerkermarkt rund ums Nonnenhaus und in der Metzgergasse mit ca. 70 Künstlern aus nah und fern wird nach wie vor jährlich veranstaltet.

Zum Jahresausklang findet traditionell "alle Jahre wieder" der Weihnachtsmarkt über 3 Tage statt. Dieser Markt lebt nicht zuletzt vom Charme der engen Tübinger Altstadtgassen und den phantasievoll gestalteten Marktständen. Um die 50.000 Besucher aus der Region zieht es jedes Jahr am 3. Adventswochenende nach Tübingen. Zwischenzeitlich müssen von 800 Bewerbern 400 Besucher, die am Markt teilnehmen können, ausgesucht werden. Eine Aufgabe, die nicht immer leicht zu bewältigen ist. 1996 wurden daher zum ersten Mal die Metzgergasse und die Schmiedtorstraße als Marktgelände hinzugenommen. Die Bewirtung am Weihnachtsmarkt tragen Tübinger Vereine bzw. gemeinnützige Organisationen. Auch hierfür gibt es immer mehr Interessenten. Zwischenzeitlich wurde jedoch die Höchst-

zahl auf 70 Essens- und Getränkestände festgelegt, damit ein ausgewogenes Verhältnis zwischen weihnachtlichen Produkten und dem Essen und Trinken erhalten bleibt.

Stetig nach oben

Bis 1994 gehörte der Tübinger Stadtverkehr zum Ordnungsamt. Die folgenden Tabellen veranschaulichen die Entwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Tübingen.

Entwicklung der Fahrgastzahlen 1990 - 1994

	Fahrgäste	Veränderung zum Vorjahr in %
1990	6.399.326	+ 15,8
1991	7.196.574	+ 12,5
1992	8.041.052	+ 11,7
1993	8.615.533	+ 7,1
1994	8.191.713	- 4,9

Entwicklung der gefahrenen Kilometer 1990 - 1994

	Kilometer
1990	= 1.519.339
1991	= 1.785.553
1992	= 2.275.358
1993	= 2.222.269
1994	= 2.199.894

Entwicklung des städtischen Zuschusses an die Unternehmen des Tübinger Stadtbusses einschließlich der Ausgleichszahlungen an die Unternehmen der Tarifgemeinschaft Tübingen sowie für die SAM-Verkehre

	Zuschußhöhe in Mio. DM
1990	= ca. 2,1
1991	= 2,2
1992	= 5,0
1993	= 4,6
1994	= 4,6

Entwicklung der Fahrgastzahlen beim Nacht-SAM

	Fahrgäste
1990	ca. 78.000
1991	76.300
1992	82.300
1993	81.151
1994	70.437



1 Δ



2 Δ



3 Δ



4 Δ



5 ▷

- 1 Ausländer und Deutsche: Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit Juni 1993
- 2 Internationaler Frauentreiktag, 8. März 1994
- 3 Studierende, Schülerinnen und Schüler gegen Bildungsnotstand, Februar 1996
- 4 Mai-Singen - einmal anders 1995
- 5 Händler-Demo gegen die Depot-Pläne der Stadtverwaltung November 1997

Namen und Daten

Das Standesamt

Das Standesamt ist kein Zweig der gemeindlichen Selbstverwaltung, sondern eine staatliche Auftragsangelegenheit. Der Standesbeamte genießt eine Art richterliche oder notarielle Unabhängigkeit. Der Standesbeamte hat hauptsächlich Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle zu beurkunden. Dazu führt er ein Geburten-, ein Heirats-, ein Familien- und ein Sterbebuch.

Dabei sind zweierlei Rechtskreise zu beachten. Die formellen Bestimmungen (im Personenstandsgesetz geregelt) schreiben vor, "wie" der Personenstandseintrag vorzunehmen ist.

gar kein geschriebenes Recht, sondern nur Gewohnheitsrecht, was die Anwendung auch nicht einfacher macht.

Hier in Tübingen ist durch die Universität mit vielen ausländischen Angehörigen und Studenten und die vielen weiteren ausländischen Mitbürger das Personenstands- und Namensrecht von ungefähr 100 Nationen zu beachten.

Probleme ergeben sich oft bei der Beurkundung von Personenstandsfällen von Asylberechtigten und Asylbewerbern. Diese sind nicht immer in der Lage, die notwendigen Personenstandsunterlagen aus der Heimat beizubringen. Dasselbe gilt auch für Staatsangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien, die aus den Kriegsgebieten stammen. Während des Krieges war es fast nicht möglich, Unterlagen zu erhalten. Dabei konnte auch eine be-

Bis zum März 1991 regelte Paragraph 1355 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) den gemeinsamen Familiennamen für Ehepaare, entweder den Geburtsnamen des Mannes oder der Frau. Diese Regelung fand bei vielen Paaren keinen Zuspruch. Seit 1990 gab es verstärkt Bestrebungen, dieses Recht zu ändern. An den Bemühungen waren auch Tübinger Paare, unterstützt vom langjährigen Leiter des Tübinger Standesamtes, Heinz Stenz, von Richtern am Tübinger Amtsgericht und Landgericht, sowie vom Oberlandesgericht Stuttgart beteiligt. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im März 1991 die Unvereinbarkeit der bisherigen Regelung mit dem Grundgesetz festgestellt hatte, galt bis zu einer gesetzlichen Entscheidung eine Übergangslösung, nach der die Ehepartner ihren Namen behalten konnten.

Das zum 1. April 1994 in Kraft getretene Familiennamensrechtsgesetz sah dann für die Ehepaare weiterhin die Möglichkeit der Übergangsregelung vor. Lediglich für Kinder, deren Eltern keinen gemeinsamen Familiennamen führen, wurde die Möglichkeit eingeschränkt. Galt bis dahin die Möglichkeit, dem Kind entweder den väterlichen oder den mütterlichen Familiennamen zu geben oder einen aus beiden Namen zusammengesetzten (und dies bei jedem Kind neu), so läßt das heutige Recht nur noch eine Lösung zu - gleicher Familiennamen für die Kinder einer Ehe. Damit waren neue Konflikte programmiert, denn Eltern, deren Kind einen Doppelnamen trug, wollten nicht akzeptieren, daß ihren weiteren Kindern dies nicht zugestanden werden sollte. In Tübingen entstand eine bundesweite Interessengemeinschaft der Eltern, die letztendlich einen Erfolg verbuchen konnte: Mit dem 1998 in Kraft getretenen neuen Kinderschaftsrecht wurde die Möglichkeit geschaffen, auch den weiteren Geschwistern einen Doppelnamen zu geben.

Das Familiennamensrechtsgesetz von 1994 bot zudem den Ehepaaren, die vor diesem Datum geheiratet hatten, die Möglichkeit, den Ehenamen neu zu bestimmen oder sich für getrennte Namensführungen zu entscheiden und damit auch die Namen ihrer Kinder neu zu erklären. In der einjährigen Übergangsfrist haben viele Paare und Eltern in Tübingen Erklärungen zur Namensführung abgegeben. Besonders oft wurde die getrennte Namensführung gewählt. In den vergangenen Jahren ha-



Trauzimmer des Standesamtes im Rathaus

Die materiell-rechtlichen Vorschriften dagegen bestimmen, "was" in die entsprechenden Einträge aufzunehmen ist.

Bei der Beurkundung von Personenstandsfällen ausländischer Mitbürger ist das deutsche internationale Privatrecht zu beachten, und dieses verlangt oft die Berücksichtigung des entsprechenden ausländischen, oft auch "exotischen" Rechts. Der Standesbeamte hat sich daher neben den deutschen Rechtsnormen auch über ausländisches Recht und dessen Entwicklung zu informieren. Viele Staaten kennen

stimmte Volkszugehörigkeit eine Rolle spielen.

Die Ermittlung der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse gestaltet sich daher oft sehr schwierig.

Durch die Universität und vor allem durch ihre Kliniken sind hier in Tübingen viele Geburts- und Sterbefälle von Personen zu beurkunden, die keinen Wohnsitz in Tübingen haben.

Das Standesamt Tübingen erfaßt also einen weit größeren Personenkreis als den seines Amtsbezirkes.

ben sich in Tübingen etwa 20 bis 25 Prozent der Paare bei ihrer Eheschließung dafür entschieden, jeder seinen Namen weiterzuführen. Diese Zahl liegt weit über dem Bundesdurchschnitt.

Auch für deutsch-ausländische Paare und Eltern eröffneten sich neue Möglichkeiten

Statistik über Namensführung in der Ehe

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Geburtsname des Mannes	488	375	362	332	351	284	347	368
wurde zum gemeinsamen Ehenamen bestimmt								
Geburtsname der Frau	22	11	14	17	19	20	8	16
wurde zum gemeinsamen Ehenamen bestimmt								
Jeder behält seinen Geburtsnamen		81	88	128	120	127	129	140
Geburtsname zum Ehenamen vorangestellt								
a) Frau	155	57	84	83	55	54	40	65
b) Mann	16	10	3	8	4	7	2	2
Geburtsname zum Ehenamen angefügt								
a) Frau						11	12	24
b) Mann						2	1	2

zur Namensführung. Zum Beispiel können deutsch-ausländische Eltern bei der Geburtsbeurkundung für ihr Kind auch eine Namensbestimmung nach dem ausländischen Recht treffen.

Die einzelnen Aufgaben des Standesamts

Geburtenbuch: Mit der Beurkundung seiner Geburt bleibt der Mensch ein Leben lang verbunden. Dieser Geburtseintrag ist fortzuführen und zu ergänzen, sei es bei

spielsweise durch Mutter- und Vaterschaftsanerkennungen, Namenserteilungen und -änderungen, Legitimation, Feststellung der Nichteelichkeit, Adoptionen oder auch Hinweise über die Eheschließung und den Tod des Betroffenen.

Vor allem bei Auslandsberührung gestal-

tet sich die Prüfung und entsprechende Anwendung des ausländischen Rechts oft schwierig.

Heiratsbuch: Hier werden die Aufgebote für die Eheschließungen entgegengenommen und die Eheschließungen selbst vorbereitet. Weiter werden hier auch Ehefähigkeitszeugnisse für die Eheschließung im Ausland ausgestellt.

Familienbuch: Ein Familienbuch ist nach einer Eheschließung von Amts wegen an-

zulegen. Nachträglich kann ein Familienbuch auch auf Antrag angelegt werden, wenn die Ehe im Ausland geschlossen und wenigstens ein Ehegatte Deutscher oder heimatloser Ausländer, Asylberechtigter oder ausländischer Flüchtling mit Aufenthalt im Geltungsbereich des Personenstandsgesetzes ist. Ein großer Teil der Antragsteller sind Aus- und Übersiedler. Als Deutsche oder deutsche Volkszugehörige möchten sie zusätzlich auch ihre Namen in der deutschen Schreibweise führen. Während das früher nur durch ein Namensänderungsverfahren möglich war, besteht durch das Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgegesetzen und dem Bundesvertriebenengesetz seit dem 1.1.1993 für diese Personengruppen die Möglichkeit, die Änderung durch Erklärungen beim Standesamt zu erreichen. Durch die Landesaufnahmestelle für Spätaussiedler in Tübingen sind wir mit diesem Problem natürlich besonders vertraut. Zweck des Familienbuchs ist es vor allem, die an verschiedenen Stellen beurkundeten Vorgänge über die Familie zusammenzufassen (z.B. Auflösung der Ehe, Geburten der Kinder und deren Eheschließung, namensrechtliche Erklärungen...). Das Familienbuch ist stets beim Standesamt des Wohnortes des Ehepaars zu führen; umfangreiche Familienbuchbewegungen durch Zu- und Wegzüge sind damit eingeschlossen.

Sterbebuch: Vor allem durch die Kliniken sind viele Sterbefälle zu beurkunden, bei denen der Wohnort außerhalb von Tübingen liegt. Damit verbunden ist ein erheblicher Aufwand durch die Ermittlung der entsprechenden Personalien und Daten. Auch hier ergibt sich wieder das Problem der Beschaffung von Urkunden ausländischer Staatsangehöriger. Auffallend ist, daß viele ausländische Staatsangehörige nach dem Tod durch Familienangehörige (oft unter großen Opfern) ins Heimatland überführt werden. Zu den weiteren Aufgaben im Zusammenhang mit der Beurkundung von Sterbefällen gehört auch die Nachlaßsicherung. Vor allem bei Alleinstehenden ohne Angehörige wird oftmals die Wohnung versiegelt, bis die Erben ermittelt sind und ein Erbschein erteilt wird. Daneben gibt es noch weitere Aufgaben wie Entgegennahme von namensrechtlichen Erklärungen oder auch die Beurkundung von Kirchnaustritten.

Jahresstatistik Heiratsbuch-Abteilung		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Eheschließungen insgesamt		510	467	464	477	490	444	484	524
davon									
Beide Eheleute ledig		399	360	365	380	400	352	384	398
Ehemann ledig		39	32	39	27	40	26	43	49
Ehefrau ledig		40	44	31	36	28	37	29	35
Beide Eheleute verheiratet gewesen		32	31	29	34	22	29	28	42
Ausländische Staatsangehörige		87	81	77	130	123	122	121	149
Anzahl der ausl. Nationen		34	33	34	44	46	41	44	48
Entgegengenommene Aufgebote von anderen Standesämtern entgegengenommen		399	386	311	364	333	302	300	349
Gesamt		510	467	464	508	490	444	484	524
an andere Standesämter abgegeben		33	28	29	31	31	27	30	22

Jahresstatistik Sterbebuch-Abteilung		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Sterbefälle insg.		1098	1027	980	1067	1004	1061	1059	1068
Ortsansässig		485	443	468	469	438	467	452	386
Ortsfremde		613	584	512	598	566	594	607	682
Totgeburten		9	12	14	6	16	12	10	11
Ausl.Staatsangehörige		49	49	65	55	55	61	46	58
Anzahl der ausl. Nationen		13	14	21	19	18	19	16	16

Jahresstatistik Kirchnaustritte		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Evangelische Kirche		171	191	222	167	155	175	116	157
Katholische Kirche		124	180	187	123	140	121	86	71
Ev.-luth. Kirche		1		3	5	5	4	2	2
Ev.-luth. Kirche									
Evang. Landeskirche		1	6	1	4				
Ev.-method. Kirche									
Baptisten									
Griechisch-orthodoxe Kirche			2			1	1	1	
Israelitische Gemeinde Bad.-Württ.				1		2	1		1
Neuapostolische Kirche			1					1	1
Orthodoxe Kirche									
Insgesamt		297	380	414	299	303	302	207	232

Namensänderungsbehörde

Seit 1984 sind dem Standesamt Tübingen auch die Aufgaben nach dem Namensänderungsgesetz übertragen (früher Ordnungsamt). Hier handelt es sich um Änderungen des Vor- bzw. Familiennamens.

Ratschreiber

In jeder Gemeinde Baden-Württembergs, die Sitz eines Grundbuchamtes ist, gibt es einen Ratschreiber. Hier in Tübingen beschränkt sich diese Tätigkeit auf die Erteilung von Auskünften und Unterschriftsbeglaubigungen.

Vergleichsbehörde

Bei der Vergleichsbehörde werden Sühneveruche in Privatklageverfahren (Hausfriedensbruch, Beleidigung, Verletzung des Briefgeheimnisses, Bedrohung...) vorgenommen. Hier soll versucht werden, die Parteien ohne Anrufung des Gerichts schlichtend zu einem Vergleich zu bewegen. Sofern die streitenden Parteien überhaupt an einem Vergleich interessiert sind, kommt es in aller Regel zu einer Einigung.

Ausblick auf das Jahr 1998

Für das Standesamt Tübingen ist das Jahr 1998 ein ereignisreiches Jahr, sowohl in personeller Hinsicht als auch durch anstehende Gesetzesänderungen:

Der langjährige (seit Juni 1977) Leiter des Standesamts, Heinz Stenz, geht zum 1. Mai 1998 in den Ruhestand. Heinz Stenz ist, teils durch seine Tätigkeit als Fachberater für Standesämter, teils durch Veröffentlichungen in der Fachzeitschrift "Das Standesamt" weit bekannt. Seine umfassenden Kenntnisse und sein Rat werden geschätzt und gesucht. Darüber hinaus ist er auch durch sein Engagement im Familiennamensrecht bekanntgeworden. Im Laufe des Jahres 1998 ergeben sich wesentliche Änderungen im Eheschließungsrecht und im Kindschaftsrecht, die große Teile der bisherigen Arbeit völlig umgestalten werden.

Eheschließungsrecht 1. Juli 1998

Das bisherige Ehegesetz (Kontrollratsgesetz von 1946) wird vollständig in das Bür-

gerliche Gesetzbuch zurückgeführt. Eine wichtige Änderung dabei ist u.a. die Abschaffung des öffentlichen Aufgebotsausgangs. Die Aufgebotsbestellung selbst bleibt bestehen, erhält aber nun die Bezeichnung Anmeldung zur Eheschließung.

Zur Anmeldung zur Eheschließung gehört die Prüfung der Eheschließung durch den Standesbeamten. Hier entfallen nun die bisherigen Eheverbote der Schwägerschaft, der Wartezeit für die Frau nach Auflösung der Ehe (302 Tage) und das Auseinandersetzungszeugnis (beizubringen von vermögenssorgeberechtigten Verlobten für ihre Kinder und Abkömmlinge).

Stichwort Scheinehe: Gemeint ist damit eine zwar rechtsgültig geschlossene Ehe, die aber nur z.B. zum Zweck der Erlangung eines Aufenthaltsrechts für Deutschland geschlossen wurde. Hier gibt es nun für den Standesbeamten ein Mitwirkungsverbot bei der Eheschließung; bei konkreten Anhaltspunkten für eine solche Scheinehe ist zu ermitteln.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts wird es Trauzeugen bei der Eheschließung nur noch auf Wunsch des Paares geben; möglich sind kein, einer oder zwei Trauzeugen.

Kindschaftsrecht (vom 1. Juli 1998 an)

Mit dem zeitgleichen Inkrafttreten mit dem Eheschließungsrecht ergeben sich im Bereich Geburtenbuch grundlegende Änderungen: Vom 1. Juli 1998 an wird nicht mehr zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern unterschieden. Damit entfällt auch die bisherige Legitimation durch Eheschließung der Eltern nach der Geburt des Kindes. Bisher wurde bei einer nicht-ehelichen Geburt der Vater erst nachträglich am Rande des Geburtseintrags vermerkt (sofern eine Vaterschaft anerkannt bzw. festgestellt wurde), ebenso die Legitimation. Nun wird es auch möglich sein, sofern der Vater vor der Geburt die Vaterschaft wirksam anerkannt hat, diesen gleich in den Grundgeburtseintrag mit aufzunehmen.

Das Kindschaftsrecht regelt natürlich auch noch weitere wichtige Gebiete neu, wie zum Beispiel die gemeinsame elterliche Sorge nicht verheirateter Eltern oder die Abschaffung der Amtspflegschaft durch das Jugendamt für nichtehelich geborene

Kinder. Diese Änderungen betreffen auf den ersten Blick das Standesamt nicht, haben aber indirekt mehr oder weniger große Auswirkungen auf die Arbeit im Bereich Geburten: Folgebeurkundungen im Geburtenbuch (Randvermerke) und entgegenezunehmende Erklärungen wie Vaterschaftsanerkennungen und Zustimmungen zur Vaterschaftsanerkennung.

Als letzter großer Bereich wäre noch die Beurkundung der Totgeburten zu erwähnen. Diese wurden bisher ohne Namen in das Sterbebuch eingetragen. Vor allem

auf Vorschlag der betroffenen Eltern (eine Eintragung ohne Namen sei verletzend) hat der Gesetzgeber nun eine Änderung vorgenommen. Totgeborene Kinder werden nun mit im Geburtenbuch beurkundet, auf Wunsch der Eltern werden sie mit Vor- und Familiennamen eingetragen. Eine Übergangsregelung ermöglicht zudem die nachträgliche Namensgebung für schon beurkundete Totgeburten.

The image shows several forms from a German civil registry (Standesamt). The main title is 'Familienbuch'. The forms include:

- Geburtsurkunde (E 1):** Birth certificate form with fields for state, civil registry office, and birth details.
- Abstammungsurkunde (E 2):** Certificate of descent form.
- Heiratsurkunde (F):** Marriage certificate form with fields for date and place of marriage.
- Sterbeurkunde (G):** Death certificate form with fields for date and time of death.

Each form includes a header with the state (Bundesrepublik Deutschland) and the civil registry office (Standesamt) information.

Von der Wiege bis zur Bahre, Formulare, Formulare

Sport nicht nur in Schulen

Das Schul- und Sportamt

Das Schul- und Sportamt besteht seit dem 1.4.1975 als selbständiges Amt. Es ist gegliedert in die Abteilungen "Schulpflege", "Sport" und "Planungen". Zum Geschäftsbereich gehören die städtischen Schulen, Turn- und Sporthallen, Sportanlagen, Tübinger Sportvereine und Sportvereinigungen, die Abwicklung der finanziellen Angelegenheiten mit den Kirchen und die Betreuung der Tübinger Musikschule e.V.

Schulpflege

Von der Schulpflege werden betreut: 16 Grund- und Hauptschulen mit zusammen 22 Schulgebäuden, 3 Realschulen, 5 Gymnasien

1 Sonderschule (Förderschule) für Lernbehinderte

1 Allgemeiner Schulkindergarten (jetzt: Grundschulförderklassen als Bestandteil der Grundschule im Aischbach).

Die ehemalige "Integriert-differenzierte Gesamtschule" - die Geschwister-Scholl-Schule - ist mit dem Schuljahr 1989/90 abgeschlossen worden. Sie wird seither als Verbundschule geführt, unter deren Dach eine Hauptschule (einzügig), eine Realschule (zweizügig) und ein Gymnasium (dreizügig) vereint sind.

Schülerzahlen-Entwicklung

Sch.J.	GS KI./Sch	HS KI./Sch.	RS KI./Sch.	FÖS KI./Sch.	Gym KI./Sch.	Zus. KI./Sch.	WS KI./Sch.
1989/90	123/2574	34/565	46/1056	9/97	141/3255	353/7547	44/829
1990/91	127/2718	35/603	47/1083	10/98	142/3407	361/7909	44/820
1991/92	133/2804	36/614	46/1123	10/100	147/3513	372/8154	44/830
1992/93	140/2970	37/678	46/1139	10/100	152/3670	485/8557	44/861
1993/94	138/2943	39/733	46/1176	11/120	155/3812	389/8784	44/87
1994/95	140/2922	37/740	47/1227	13/126	162/3915	399/8930	44/883
1995/96	141/2994	40/780	49/1240	13/132	163/4017	406/9163	44/849
1996/97	148/3106	38/770	51/1286	13/133	166/4129	416/9424	42/836
1997/98	147/3055	40/792	51/1329	12/129	171/4228	421/9533	26/855

GS: Grundschulen
 HS: Hauptschulen
 RS: Realschulen
 FÖS: Förderschule
 Gym: Gymnasien
 WS: Freie Waldorfschule
 KI.: Anzahl der Klassen
 Sch.: Schülerzahlen

Das enorme Anwachsen der Schüler- und Klassenzahlen bei gleichzeitiger erheblicher Verschlechterung der Finanzen stellt für Schulen und Schulträger eine Herausforderung dar, die es mit viel Kreativität und Phantasie zu meistern gilt.

Es werden 33 Gymnastikräume, Turn- und Sporthallen mit einer Gesamtnutzfläche von 12.314 qm betreut.

Dafür stehen 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Liste der Schulpflege.

Vergabe von Turn- und Sporthallen

Die städtischen Turn- und Sporthallen sind montags bis freitags vom späten Nachmittag bis 22.00 Uhr dem Sport geöffnet. Für Wochenendveranstaltungen werden Einzelgenehmigungen erteilt. Jährlich werden etwa 700 Belegungsanträge gestellt, mündliche Auskünfte und Anfragen belaufen sich auf ca. 250. Belastend sind hier die kurzfristigen Belegungswünsche der Vereine. Jährlich werden ca. 650 Rechnungen für Hallenbelegungen ausgestellt.

Die Hermann-Hepper-Turnhalle wird seit ihrem Umbau 1979 fast ausschließlich für gesellige Veranstaltungen herangezogen. Bei Wochenendnutzungen ergeben sich häufig Beschwerden bei Musik-Veranstaltungen. Die Nachbarn beklagen sich über die Begleitumstände (lautes Autoradio, Türenschielen, quietschende Reifen beim Wegfahren, Schreien, Lachen, Nicht-Einhalten von genehmigten Musikzeiten...) Dasselbe gilt für Veranstaltungen in der Turnhalle der Ludwig-Krapf-Schule in Dendingen.

Schulräume wurden hauptsächlich der Volkshochschule und der Musikschule zur Verfügung gestellt. Aber auch andere Benutzer und Einzelpersonen stellen vermehrt Anträge; die Inanspruchnahme des städtischen Personals wird immer stärker. Die bisherigen Wartegelder der Vereine an die Hausmeister sind zugunsten von Schließdiensten weggefallen. Dafür wird seit 1994 Kostenersatz für erforderlichen Hausmeister-Einsatz (in voller Höhe) verlangt. Dies hat bei den Vereinen erhebliche Verärgerung ausgelöst. Dieser wurde noch gesteigert bei der Einführung der Entgelt-Richtlinien zum 1.4.1996, mit der erstmals Hallenmieten für Trainingszeiten eingeführt wurden.

Schuletat

Die Einnahmen des Schulhaushalts bestehen vor allem aus den Sachkostenbeiträgen des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG). Nach dem Stand von 1.1.1997 gewährt es folgende Zuschüsse je Schüler:

Hauptschule	1.237 DM
Realschule	919 DM
Gymnasium	1.044 DM
Förderschule	1.786 DM
Grundschulförderklasse	734 DM

Für Grundschüler gibt es keinen Landeszuschuß. Hier findet nur ein interkommunaler Lastenausgleich statt. Danach haben Wohngemeinden, aus denen Kinder die Tübinger Grundschulen besuchen, einen Kostenanteil von jährlich 300 DM an die hiesige Stadtkasse zu bezahlen (Jahresaufkommen: ca. 6.000 DM).

Die Stadt hat an Sachkostenbeiträgen erhalten:

1990	4.499.150 DM
1991	4.945.903 DM
1992	5.345.046 DM
1993	5.813.618 DM
1994	6.124.917 DM
1995	6.335.925 DM
1996	6.591.827 DM
1997	6.941.624 DM
1998 ca.	7.130.000 DM

Weitere Einnahmen ergeben sich aus Mieten für Hausmeister-Dienstwohnungen, von Dritt-Nutzern der Schulräume, Hallen und Parkplätze sowie Entgelten, Kostenersätzen und Landeszuschüssen

(erweiterte Kernzeiten "EWÖ") mit jährlich ca. 1.440.000 DM.

Ausgaben

Hier sind die Kosten enthalten für den eigentlichen Schulbetrieb (Sachkosten für Schüler, Lehrer), Gebäudeunterhaltung und -betrieb, städtisches Personal, Schulsozialarbeit (Erweiterte Öffnungszeiten an Grundschulen, Hausaufgaben- und Sprachhilfen, Schulsozialarbeiter an Hauptschulen), Schülersport, Schülerbeförderung, Schüler-Unfallversicherung, städtische Zuschüsse an Bildungseinrichtungen (Freie Waldorfschule) und Elterninitiativen (Förderschule, "Schülermensa" in der Geschwister-Scholl-Schule) und für die städtische Schulverwaltung.

Die Zahlen des Schul-Etats haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

1990	11.105.856 DM
1991	12.379.258 DM
1992	13.244.513 DM
1993	14.108.977 DM
1994	13.868.800 DM
1995	6.139.018 DM
1996	15.034.287 DM
1997 ca.	17.973.930 DM
1998 ca.	18.009.420 DM

Vermögenshaushalt

In den Einnahmen finden wir die Landeszuschüsse für Bauvorhaben im Schulsektor. Diese wurden in den letzten Jahren vornehmlich für die Sanierung des Kepler-Gymnasiums und der Geschwister-Scholl-Schule sowie für das neue "Schulzentrum West" (Neubauten für die Hauptschule Innenstadt und die Albert-Schweitzer-Realschule) gewährt. Die Ausgaben beziehen sich auf die oben genannten Baumaßnahmen. Dazu kamen unumgängliche Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten. Auch ist seit einigen Jahren ein Pauschalposten mit rund 200.000 DM enthalten für die Anschaffung von teuren Geräten für den Schulunterricht (Filmgeräte, Tageslichtprojektoren, EDV-Geräte, Geräte für den naturwissenschaftlichen Unterricht, Technik, usw.). In Bälde wird wieder ein größerer Geldbetrag benötigt für die Ausstattung der Schulen mit einer neuen Generation von Computern. Die derzeitigen Geräte sind teilweise schon über 5 Jahre alt.

Vermögenshaushalt 1990 -1998

Jahr	Einnahmen DM	Ausgaben DM
1990	2.822.553	7.070.241
1991	312.740	4.815.713
1992	454.600	3.510.689
1993	497.400	8.402.744
1994	1.187.800	4.367.716
1995	370.000	6.098.977
1996	2.417.351	15.092.555
1997	ca. 3.762.500	ca. 8.683.400
1998	ca. 1.011.500	ca. 7.132.000

Projekt "Unternehmen Schule"

Die zunehmende finanzielle Enge der Stadt führte dazu, nicht nur den Ämtern, sondern auch den Schulen mehr Eigenverantwortung zu übertragen. Letzteren wurden schon in den achtziger Jahren mehr Flexibilität eingeräumt, nachdem erhebliche Mittelkürzungen dies erforderten.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Pilotversuch der Dorfackerschule Lustnau und des Carlo-Schmid-Gymnasiums zur direkten Verbuchung von Anweisungen auf die Haushaltsgruppen bei der Stadtkasse und Einsicht in die Bücher, ohne Beteiligung des Schul- und Sportamts (1997). Der Versuch ist noch nicht abgeschlossen. Gewisse technische "Kinderkrankheiten" müssen noch geheilt werden. Eine positive Grundtendenz zeichnet sich aber schon ab. Es kann daran gedacht werden, weitere Schulen, z.B. die übrigen vier Gymnasien "ans Netz" zu nehmen, wenn die Vernetzung der Schulen untereinander und mit der Stadt hergestellt ist.

Was noch?

Schuljubiläen

- 1991: Geschwister-Scholl-Schule, 20 Jahre
- 1993: Walter-Erbe-Realschule, 25 Jahre
- 1994: Grundschule auf der Wanne, 30 Jahre
- 1996: Wildermuth-Gymnasium, 100 Jahre, Geschwister-Scholl-Schule, 25 Jahre
- 1998: Walter-Erbe-Realschule, 30 Jahre Grundschule im Aischbach, 25 Jahre

Zentrale Angelegenheiten

Schülerbeförderung

Das Schul- und Sportamt organisiert die Schülerbeförderung. Die Arbeiten müssen im knappen Zeitraum zwischen der letzten Ferienwoche und dem Schulbeginn erledigt werden. Erst dann sind die für eine exakte Planung erforderlichen Fakten bekannt (Schülerzahlen, Wohngebiete u. a.). Es folgen umfangreiche Verhandlungen mit den Verkehrsunternehmen und anderen beteiligten Ämtern, wobei wirtschaftliche Gesichtspunkte und die Effektivität der Beförderung im Vordergrund stehen. Die Berechtigungsausweise werden über die Schulsekretariate ausgegeben. Für die Schüler der Gymnasien sind zwei verschiedene hohe Eigenanteile einzuziehen. Bis zum Schuljahr 1992/93 wurden in der Unterstufe 25 DM und in der Oberstufe 35 DM monatlich eingezogen. Ab dem Schuljahr 1993/94 sind die Eigenanteile auf 40 bzw. 55 DM angehoben worden. Im Schuljahr 1995/96 wurden die Eigenanteile wieder verringert, und zwar auf 30 und 40 DM monatlich. Im Schuljahr 1996/97 wurde am 26.02.1997 vom Kreistag eine Erhöhung der Eigenanteile auf 49 DM für die Ober- und Unterstufe beschlossen. Weiterhin wurde die Erstattung für die Schüler, die nicht die nächstgelegene Schule besuchen, eingeschränkt. Nun bekommen diese Schüler nur die fiktiven Kosten zur nächstgelegenen Schule erstattet. Da die Änderung während des Schuljahres durchgeführt wurde und die Schüler die Schülermonatskarte März schon erhalten hatten, bedeutete dies erhebliche Mehrarbeit, und viel Ärger bei den Sekretärinnen und im Amt. Schüler der Grund-, Haupt-, Förderschule und Grundschulförderklasse sowie Dritt-Kinder und Sozialhilfeempfänger sind weiterhin vom Eigenanteil befreit.

Die Organisation des Transportes und die Beförderung der Schüler zum lehrplanmäßigen Schwimmunterricht ins Hallenbad Nord ist stets sehr umfangreich und besonders kostenaufwendig. An vier Tagen in der Woche wird ein durchgehender Pendelverkehr zwischen den Schulen und dem Hallenbad durchgeführt. Rund 35 Verträge mit öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen, darunter auch Taxifirmen, über die Beförderung

von Schülern in die Grundschulförderklassen im Aischbach und die Förderschule im Feuerhägle sind zu verzeichnen. Für die Beförderung in die Grundschulförderklasse sind zwei Betreuungskräfte eingesetzt. Für diese erhalten wir vom Landratsamt eine Erstattung von 11 DM/Std./Tag. Eine Kostendeckung wird hier nicht erreicht. In den Schuljahren 1993/94 bis 1996/1997 wurde an der Aischbachschule ein Integrationsversuch von behinderten Kindern geführt. Die Kinder wurden von einem Taxiunternehmen am Wohnort abgeholt, zur Schule und wieder zurück gefahren.

Außerunterrichtliche Angebote

Für das Aufgabengebiet "Außerunterrichtliche Angebote" wurde im Sommer 1992 eine halbe Stelle eingerichtet.

1. Erweiterte Öffnungszeiten

Im Herbst 1990 hat sich die Stadt entschlossen, entsprechend dem Landesprogramm "Kernzeitbetreuung" auch in Tübingen eine Schulkindbetreuung vor und nach dem Unterricht (7.30 - ca. 9.00, ca. 11.00 - 13.00), genannt "Erweiterte Öffnungszeiten" (EWÖ) anzubieten. Die Betreuung wurde zunächst durch das Bildungszentrum InFö im Namen der Stadt durchgeführt. Am 17.06.1991 beschloß der Gemeinderat, die Betreuung ab dem Schuljahr 1991/92 in eigener Regie durchzuführen. Die "Erweiterten Öffnungszeiten" haben sich als Betreuungseinrichtung für Schulkinder etabliert. Sie werden von Kindern und Eltern positiv aufgenommen. Voraussetzung für das Zustandekommen der Gruppen sind ein Raum und die Mindestanzahl von 18 angemeldeten Kindern am Stichtag jedes Jahres. Im Lauf der Zeit haben sich folgende Gruppen als feste Einrichtung herauskristallisiert: Grundschule Hügelstraße, Grundschule Winkelwiese/Waldhäuser Ost (2 Gruppen), Dorfackerschule, Französische Schule (2 Gruppen), Grundschule Pfrondorf und Grundschule Kilchberg. Die Gruppengröße schwankt zwischen 19 und 26 Kindern. Die Betreuungsgruppen an der Mörike-/Ludwig-Krapf-Schule und an der Grundschule im Aischbach kamen nicht in jedem Schuljahr zustande, da zu wenig Kinder angemeldet wurden.

1995 wurde von einer Projektgruppe das "Integrative Gesamtkonzept für Schulkindbetreuung" ausgearbeitet. Dieses sieht u.a. drei verschiedene Betreuungsbausteine vor:

7.30 - 13.00 Uhr	Erweiterte Öffnungszeiten
7.30 - 14.00 Uhr	Mittlerer Bedarf
7.00 - 17.00 Uhr	Schülerhort

Die Umsetzung des Konzepts soll schrittweise stadtteilbezogen erfolgen. Im Zuge dieser Umsetzung wird im Schülerhort Neckarhalde zusätzlich eine Schulkindbetreuung für die Grundschule Innenstadt bis 14.00 angeboten. An den Grundschulen auf der Wanne, Bühl, Hirschau und Unterjesingen werden die Betreuungsgruppen von Elternvereinen bzw. Elterninitiativen durchgeführt. An der Französischen Schule wurde die Betreuungszeit bis 14.00 ausgedehnt. Dort hat sich eine "Elterninitiative fehlende Schülerhortplätze e.V." gebildet. Diese Elterninitiative bietet in den von der Stadt kostenlos zur Verfügung gestellten Räumen im Schülerhort Mathildenstraße eine Nachmittagsbetreuung bis 17.00 an. Diese Elterninitiative plant, ab dem kommenden Schuljahr einen ebenfalls vom Land geförderten "Hort an der Schule" in Eigenregie zu betreiben.

2. Schulsozialarbeit

Nachdem im Herbst 1989 für die Schulsozialarbeit an der Geschwister-Scholl-Schule und zunächst gemeinsam für die Grundschule Hügelstraße und die Mörikeschule zwei volle Stellen eingerichtet und besetzt wurden, wurde die Schulsozialarbeit 1991 ausgeweitet. Für die Mörikeschule wurde eine volle Stelle und für die Hügelstraße eine halbe Stelle eingerichtet. An der Hauptschule Innenstadt wurde ebenfalls eine halbe Stelle eingerichtet. Die Stelle an der Mörikeschule wurde in das Förderprogramm des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) aufgenommen. Der LWV beteiligte sich 5 Jahre lang an den Personalkosten. Diese Förderung ist am 30.06.1996 ausgelaufen. Die Stelle an der Hauptschule Innenstadt wurde 1996 im Rahmen des Projekts "Jugendhilfe an der Schule" auf 75% aufgestockt, der Landkreis trägt hier die Personalmehrkosten.

Die Stadt hat 1995 beim Landkreis die Übernahme der Kosten für die Schulsozialarbeit beantragt. Dieser Antrag wurde vom Kreistag abgelehnt, die Stadt hat dagegen Widerspruch eingelegt. Der Widerspruch wurde am 27.10.1997 vom Landkreis zurückgewiesen. Die Tätigkeit der Schulsozialpädagogen wird von den Schulen, Kindern und Erziehungsberechtigten als hilfreiche Unterstützung aufgenommen und positiv bewertet. Die an den Schulen vermehrt auftretenden Probleme lassen den Bedarf an Schulsozialarbeit steigen.

3. Hausaufgaben und Sprachhilfe für Aussiedlerkinder und ausländische Kinder

Für Aussiedlerkinder und ausländische Kinder wird seit 1974 an verschiedenen Schulen eine Hausaufgaben- und Sprachhilfe durchgeführt. Durch diese Maßnahme wird den Kindern das Einüben sozialen Verhaltens, das Zurechtfinden in ihrer Umgebung, der Übergang in das deutsche Schul- und Bildungssystem und die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht erleichtert. Diese Maßnahmen werden größtenteils durch einen Landeszuschuß gedeckt.

4. Mittagstisch

An der Geschwister-Scholl-Schule wurde von der "Elterninitiative Mensatreff" im Schulgebäude mit großem Engagement eine Mensaküche eingebaut. Diese wurde am 04.10.1996 feierlich eingeweiht und an die Stadt übergeben. Die Arbeit der ehrenamtlich tätigen "Kocheltern" wird durch die neue Küche erheblich vereinfacht, die Anzahl der ausgegebenen Essen ist gestiegen. An der Französischen Schule wird ebenfalls von einer Elterninitiative ein Mittagessen an die Schüler/innen ausgegeben.

5. Integration von/Kooperation mit Behinderten

Vom Kultusministerium wurde auf Antrag betroffener Eltern ab dem Schuljahr 1993/94 ein Schulversuch zur "Integration behinderter Kinder" in der Aischbachschule genehmigt. Der Schulversuch ist mit dem Schuljahr 1996/97 ausgelaufen. Die von den Eltern beantragte Fortsetzung des Schulversuchs in die Sekundarstufe I

ist gescheitert. Die behinderten Schüler/-innen besuchen jetzt die Sonderschule. An der Grundschule Winkelwiese/Waldhäuser Ost findet mit Zustimmung des Kultusministeriums durch die Auslagerung einer Klasse der Schule für Geistigbehinderte (Kirnbachschule) eine vertiefte Kooperation statt. Der Kooperationszeitraum betraf ursprünglich nur die erste und zweite Klasse, danach kehrten die Kinder für den weiteren Schulbesuch an die Kirnbachschule zurück. Die Kooperation wird jetzt im Schuljahr 1997/98 in der dritten Klasse fortgesetzt.

Sportabteilung

Der wachsenden und vielfältigen Bedeutung des Sports Rechnung tragend, hat der Gemeinderat am 20.03.1972 beschlossen, so bald wie möglich eine Sportabteilung einzurichten. Die Sportabteilung betreut derzeit rund 105 sporttreibende Tübinger Vereine mit insgesamt ca. 25.000 Mitgliedern. Dies entspricht einem Organisationsgrad von 29,4 % bei einer Bevölkerung von 85.000. Der Leiter der Sportabteilung Hans Peter Bürker nimmt auch ständig an den Sitzungen des "Stadtverbandes für Sport e.V." teil.

Städtische Sport-, Spiel- und Gymnastikstunden (SSG)

Die Einrichtung der SSG entwickelte sich aus einer vom Deutschen Sportbund anfangs der sechziger Jahre propagierten Aktion "Zweiter Weg". Sie besteht seit 1961. Die Teilnehmerzahl beträgt ca. 1000 Sporttreibende. Mit 48 Wochenstunden halten die drei beim Schul- und Sportamt beschäftigten Sport- und Gymnastiklehrerinnen die Teilnehmer/innen in der SSG fit und bei guter Kondition. Das SSG-Programm umfaßt auch Angebotsstunden zur Gesunderhaltung und zur Prävention. Die letzte Gebührenerhöhung erfolgte zum 1. Juli 1997.

Aufkommen an Teilnehmergebühren

1990	1992	1994	1996	1997
137.982,-	135.816,-	199.806,-	202.576,-	213.292,-

Angemeldete Teilnehmer/innen jeweils zum 01.01. eines Jahres

1990	1992	1994	1996	1997
1054	1052	972	1008	940

Sportlerehrung

Am 21. März 1997 fand die 43. Tübinger Sportlerehrung im Rathaus seit 1955 statt. Dabei wurden ca. 240 Sportler/innen für besondere sportliche Leistungen geehrt und ausgezeichnet. Darunter befanden sich auch 11 verdiente ehrenamtlich Tätige aus den Sportvereinen sowie Personen, die die Bedingungen zum Erwerb des Deutschen Sportabzeichens zum 25., 30., 35. mal oder noch öfter erfüllten.

Zuschüsse an Vereine nach den Sportförderungs-Richtlinien

Die Bedeutung des Sports in der Gesellschaftsordnung erfordert eine enge Partnerschaft mit den Trägern der Turn- und Sportbewegung. Die Durchführung ihrer Aufgaben in diesem Bereich der Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge macht eine Förderung und Unterstützung aus öffentlichen Mitteln notwendig. Der Gemeinderat hat deshalb am 01.04.1974 Sportförderungs-Richtlinien beschlossen. Wesentliche Leistungen der Stadt seit 1990 für den Vereinssport sowie für die Unterhaltung der Sportstätten und Einrichtungen der durch die Vereine und die Schulen benutzten Anlagen (s. Tabelle):

	Laufende Zuschüsse	Baukostenzuschüsse	Leistungen für Vereins-/Schulsport	Gesamt
1990:	344.089,00	120.000,00	859.251,00	1.323.340,00
1991:	442.122,00	120.000,00	930.058,00	1.492.180,00
1992:	445.629,00	120.000,00	935.484,00	1.501.113,00
1993:	443.056,00	120.000,00	944.555,00	1.507.611,00
1994:	413.302,00	120.000,00	976.579,00	1.509.881,00
1995:	417.600,00	170.000,00	997.875,00	1.585.475,00
1996:	418.672,00	120.000,00	1.481.558,00	2.020.230,00
1997:	423.064,00	100.000,00	910.936,00	1.434.000,00
	3.347.534,00	990.000,00	8.036.296,00	12.373.830,00

Zentrale Beschaffungen

Die Beschaffung von Sportgeräten für Hallen und Außenanlagen erfolgt zentral durch die Sportabteilung. Dadurch lassen sich erhebliche Einsparungen erzielen. Bis 1990 erfolgte die Überprüfung der beweglichen und festeingebauten Turn- und Sportgeräte schwerpunktmäßig entsprechend der Nutzerfrequenz. Seit 1991 erfolgt die Sicherheitsüberprüfung jährlich durch eine Fachfirma mittels Wartungs-

vertrag, neben der Überprüfung durch unsere Hausmeister in den betreffenden Gebäuden. Die jährlichen Wartungs- und Instandsetzungskosten an Sportgeräten belaufen sich auf 40.000,- bis 50.000,- DM. Die Beschaffungen im Schulsportbereich kosten darüber hinaus ca. 80.000 DM.

Hallenkosten/Mieten

Der Gemeinderat hat am 26.2.1996 beschlossen, für die Überlassung von Schulräumen, Sport- und Mehrzweckhallen ein privatrechtliches Entgelt (Sachkostenanteile, Kostenersätze und Mieten) zu erheben. Die Entgeltrichtlinie (ER) trat am 1.4.1996 in Kraft. Das bisher kostenfreie Training für Erwachsene entfällt. Mit dem Beschluß wurden die Vereine mit ca. 100.000 DM belastet. Im Rahmen der Haushaltsberatungen beschloß der Gemeinderat am 16.2.1998, die Hallenentgelte um 25.000 DM zu erhöhen. Der Sachkostenanteil für das Training von Erwachsenen beträgt nun 1,25 Pfennig pro qm/Std., (vorher 1,00 Pfennig pro qm/Std.) neben den Entgelten für Veranstaltungen.

Entgelte für Sportplätze

Die Benutzung von Freisportflächen (Sportplätzen) war bisher kostenfrei.

Durch die angespannte finanzielle Lage der Stadt wurde bei der Aufstellung des Haushalts für 1998 auch ein Entgelt für die Benutzung von Sportplätzen (Mindestmaß 60 x 90 m) veranschlagt. Damit sollen Einnahmen für die Stadt von ca. 25.000 DM erzielt werden, d.h. 1.500 DM je Sportplatz. Der Gemeinderat ermäßigte den Betrag bei der Verabschiedung des Haushalts am 16.02.98 auf 10.000 DM, also ca. 600 DM je Sportplatz.

Bis 1997 wurde für Tennisanlagen, unabhängig von der Zahl der Spielfelder, eine Miete von 100 DM/Jahr erhoben. Ab 1998 erhebt das Liegenschaftsamt pro Tennisfeld eine Miete von 150 DM/Jahr. Die Stadt erwartet hier Mehreinnahmen von ca. 7.500 DM pro Jahr.

Investitionen im Sportbereich

1991 - Umbau des Allwetter-Asphalt-Platzes bei der Turnhalle Feuerhägle in zwei Kleinspielfelder (22 x 44 m und 26 x 44 m), 75 m Laufbahn, Weitsprunganlagen - alle mit Kunststoffbelag, Kosten: 370.000 DM
 - Umbau der bisherigen Rotgrandlaufbahn beim Sportplatzhauptspielfeld des TV Derendingen in eine 100-m Kunststofflaufbahn, Kosten: 87.972 DM
 - Bau einer Skateboard-Anlage in der Linden-/Jahnallee, Kosten: 27.000 DM
 - Instandsetzung der Hochsprunganlage und der Speerwurfanlage im Lustnauer Stadion, Kosten: 30.000 DM
 - Für die Sporthallen Schleifmühlweg und Kilchberg/Bühl sind keine Mittel mehr im Haushalt aufgenommen, für den Neubau der Turnhalle Waldhäuser Ost ist jedoch ein erster Teilbetrag von 1,5 Mio. DM vorgesehen.
 - Durch Zugänge von Schülern im Bereich der Südstadt wird der bisherige Gymnastikraum der Mörikeschule als Klassenzimmer benötigt. Dies bedeutet den Wegfall von Trainingszeiten für Tanz-Sportler.

1992 - Baubeginn der Turnhalle Grundschule Waldhäuser-Ost (15 x 27 m), voraus. Kosten 4.39 Mio. DM
 - Das ehemalige franz. Sportgelände an der Reutlinger Straße wurde vom Bund der Stadt gegen Miete überlassen. Das Gelände wird dem Boule Club, dem Baseball- und Softballverein und der Radsportgemeinschaft sowie freien Nutzern für sportliche Zwecke überlassen.
 - Für eine weitere Halle aus dem französischen Nachlaß arbeitet die Stadt ein Nutzungskonzept aus (franz. Ballspielhalle im Hindenburgbereich).
 - Sporthalle Schleifmühlweg: Für die Sporthalle wurde das Baugesuch durch das Architektenbüro Panzer eingereicht. Nach dem Stand vom Juni 92 betragen die Kosten 12.524.000 DM. Im Haushalt für 1993 und die Folgejahre wurden keine Mittel eingestellt.
 - Loretto-Turnhalle: Am 16.11.92 hat der Gemeinderat zugestimmt, nach Übergabe

der ehemaligen Loretto-Turnhalle, Gebäude Paulinenstraße 21, in städtisches Eigentum, diese den beiden Tanzsportvereinen TTC-Rot-Gold Tübingen und Rock'n' Roll-Sport-Club Tübingen für eine Sport- und Turnierhalle zu überlassen. Die Vereine erwarten von der Stadt einen Zuschuß von ca. 1.067 Mio., da die Halle auch für den Schulsport benutzt wird.
 - Planung bzw. Neubau einer Sporthalle durch die TSG Tübingen: Der Verein informiert den Gemeinderat über den Bau einer Sporthalle auf dem TSG-Sportgelände und erwartet bei Gesamtkosten von ca. 9 Mio DM eine Beteiligung der Stadt von ca. 5 Mio (ohne Nebenkosten).
 - Durch die Einführung der "Erweiterten Öffnungszeiten" (EWÖ) mußte der bisherige Gymnastikraum der Grundschule Pfrondorf aufgegeben werden. Damit entfallen Trainingsmöglichkeiten für Judo-Sportler.

1993 -Sanierung der dioxinhaltigen Sportflächen (TV Derendingen und TSV Lustnau). Mit der Sanierung der Rundbahn in Lustnau wurde im Herbst begonnen, Kostenanschlag 600.000 DM.

1994 -Die neue Turnhalle der Grundschule WHO mit einer Größe von 15 x 27 m wurde am 01.07.94 eingeweiht, Baukosten ca. 4,39 Mio.
 - Einweihung Mehrzweckgebäude/ Vergrößerung der Turnhalle Unterjesingen.

1995 -Loretto-Turnhalle: Von der Panzerhalle zur Tanz- und Schulsporthalle (Spatenstich: September 1992, Einweihung: 22. September 1995, Zuschuß der Stadt ca. 1.067.000 DM)



Loretto-Turnhalle, die frühere französische Panzerhalle

- Sporthalle Hindenburg: Die Halle war nicht nutzbar und wurde instandgesetzt: Größe 20 x 40 m, Kosten ca. 400.000 DM, Inbetriebnahme Ende 1995.
 TSG-Sporthalle beim Freibad: Der Gemeinderat hatte der TSG unter Auflagen einen städtischen Zuschuß in Aussicht gestellt. In einer außerordentlichen TSG-Vereinsversammlung am 13.11.1995 beschlossen die Mitglieder, das Vorhaben nicht weiter zu verfolgen.

1996 -Der bisherige Hartplatz auf dem Holderfeld wurde zu einem Kunstrasenplatz mit Sand umgebaut; Kosten ca. 470.000 DM.
 - Zur Verbesserung der Sanitärsituation werden im Wirtschaftsplan der Südstadt 200.000 DM für ein Sanitärgebäude bereitgestellt.
 - 11.05.96: Spatenstich für den Erweiterungsbau an der Grundschule Kilchberg: Ein neuer Mehrzweckraum ist vorgesehen, da der bisherige Gymnastikraum in zwei Klassenzimmer umgebaut wird.

1997 -Wegen umfangreicher Stellungnahmen der Fachämter und Behörden verzögert sich die Baugenehmigung für das Sanitärgebäude auf dem ehemaligen französischen Sportgelände in den Reutlinger Wiesen. Ende Dezember steht der Rohbau.
 - Einbau einer neuen Hallentrennwand in der Hermann-Hepper-Turnhalle; Kosten: ca. 120.000 DM
 - Einbau eines neuen Sportbodens in der Sporthalle Waldhäuser-Ost; Kosten: ca. 193.000 DM

- Einbau eines neuen Sportbodens in der Spielhalle Uhlandstraße; Kosten: ca. 74.000 DM

- Einbau eines neuen Sportbodens in der Mehrzweckhalle Pfrondorf; Kosten: ca. 135.500 DM

Bedeutende Sportveranstaltungen

1991

30.11.91: Sportgala/Sportschau zugunsten der Deutschen Knochenmarkspender-Datei in der Sporthalle Uhlandstraße, mit Beteiligung von bekannten Spitzensportlern, u.a. Dieter Maute (Kunstradfahren), Eberhard Gienger (Turnen). Ausrichter: Stadt Tübingen, Schul- und Sportamt, Stadtverband für Sport, Institut für Sportwissenschaft, Deutsche Olympische Gesellschaft, Schirmherr: Oberbürgermeister Dr. Schmid

1992

31.05.92: 1. Tübinger Mountain Bike-Trial, Ausrichter: Rad-Sport-Gemeinschaft Tübingen (RSG)

29.08. - 30.08.92: Deutsche Meisterschaften im Fahrrad-Trial, Ausrichter: RSG

17.10.- 18.10.92: 30. Wanderpokalschießen für Tübinger Vereine. Ausrichter: Schützengesellschaft Tübingen

1993

16.09.93: Damen-Volleyball-Länderspiel Deutschland - Italien

Oktober: Deutsche Meisterschaften der Schüler in den Standardtänzen. Ausrichter: TTC Astoria Tübingen

1994

02.10.94: 1. Tübinger Stadtlauf (durch die Altstadt). Ausrichter: LAV Tübingen

1995

03.12.95: 20. Tübinger Nikolauslauf über die Halbmarathon-Distanz. Ausrichter: Postsportverein Tübingen

1996

29.06.96: Landesmeisterschaft Baden-Württemberg im Boogie Woogie in Tübingen, Ausrichter: Rock'n' Roll-Sportclub Tübingen

1997

März 97: 43. Tübinger Sportlerehrung im Tübinger Rathaus (seit 1955)

21.09.97: 4. Tübinger Stadtlauf, Ausrichter: LAV (Tübingens Neubürger Dieter Baumann, bekannter Läufer über Mittel- und Lang- Distanz, der im September 1997 nach Tübingen gezogen war, nahm an diesem Laufteil und wurde Stadtlaufsieger 1997) Dieser Stadtlauf hängt alle seine Vorgänger mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 1.736 (1996: 1.500 Teilnehmer) und mit einer Zuschauerzahl von "mindestens 30.000" (so schätzen Polizei und der Veranstalter) ab. An diesem Stadtlauf nahmen auch 111 Schülerstaffeln teil.

Schulplanung

Die Planungsabteilung arbeitet zusammen mit dem Hochbauamt an allen Schul- und Sportstättenbauvorhaben. Sie erhebt, prüft und erstellt die Bauprogramme und koordiniert die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und künftigen Nutzern (Schulleitungen, Schüler, Eltern, Lehrer, Sportvereine, usw). Ferner ist die Planungsabteilung für die Durchführung schulorganisatorischer Maßnahmen zuständig, die vom Schulträger zu veranlassen sind, z.B. Zuweisung von Schulräumen.

Wichtigste Grundlage der Schulplanung sind - insbesondere für die Entwicklung der Schülerzahlen - die jährlich zu erstellenden statistischen Auswertungen, die teilweise im "Schulbericht" dargestellt werden. Die Schulplanung ist in den letzten Jahren geprägt von ständig steigenden Schülerzahlen in allen Schularten und der finanziellen Krise der Kommunen. Der Schulträger steht bei der Schulplanung den Forderungen verschiedener Interessenvertreter gegenüber.

Wesentliche Aufgaben und Arbeiten:

Anbau Grundschule Unterjesingen: Im Oktober 1991 konnte der Anbau von 4 Klassenzimmern an der Grundschule Unterjesingen eingeweiht werden.

Generalsanierung Uhlandgymnasium:

Die Generalsanierung des Uhlandgymnasiums wurde 1992 im wesentlichen abgeschlossen. Die Gesamtinvestitionen betragen seit 1985 rund 4 050 000 DM.

Generalsanierung Keplergymnasium:

1993 wurde die Generalsanierung der historischen Klassenzimmer, des Lehrerberereichs und der Haupttreppenanlage des Altbaus des Keplergymnasiums abge-

schlossen. Berücksichtigt wurden entsprechende Auflagen des Brandschutzes. Mit der Sanierung wurde 1978 begonnen. Insgesamt wurden seit 1985 rund 3,15 Mio DM investiert. Das Gebäude ist ein Kulturdenkmal nach § 2 des Denkmalschutzgesetzes. Der Denkmalschutz beschränkt sich nicht auf die Außenhaut, sondern erfaßt auch wesentliche Teile der Innengestalt des Gebäudes. Die Innenräume wurden dem Denkmalanspruch gemäß saniert. Das bedeutet u.a.: Wiederherstellung der Füllungstüren, der Oberlicht-Segmentfenster und des Parkettbodens.

Neubau Hauptschule Innenstadt:

Am 08.10.90 faßte der Gemeinderat den Baubeschluß für das Schulzentrum im Schleifmühlweg. Zugrunde lagen die Pläne des Architekten Fahrner in der Fassung vom 31.05.1990. Am 09.06.1994 wurde der Grundstein für die neue zweizügige Hauptschule gelegt. Nach 2jähriger Bauzeit konnte die Hauptschule von der Hölderlin- und Uhlandschule im Sommer 1996 das neue Gebäude beziehen. Am 19.10.1996 wurde die neue Hauptschule festlich eingeweiht. Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf ca. 17,6 Millionen DM.

Im Dezember 1996 wurden die Uhlandschule und die Hölderlinschule in der Hinteren Grabenstraße abgerissen. Das Grundstück soll nach dem Ergebnis eines Architekten-/Investorenwettbewerbs mit einem Wohn- und Geschäftshaus bebaut werden.

Neubau der Albert-Schweitzer-Realschule:

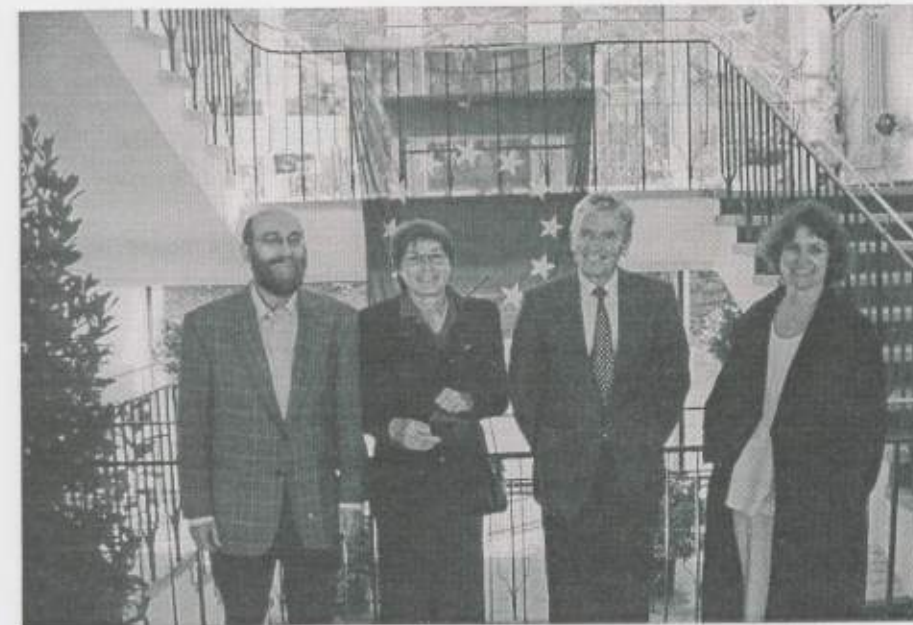
Am 02.03.95 beschloß der Gemeinderat für den Haushalt 1995 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 8 Millionen DM (davon 4 Mio. DM fällig in 1996 und 4 Mio. DM fällig in 1997), so daß im Februar 1996 mit dem Bau begonnen werden konnte. Die Grundsteinlegung für die dreizügige Realschule erfolgte am 12.06.97. Die Realschule wird noch vor den Sommerferien 1998 ihre alte Heimat im Herzoglichen Fruchtkasten mit Industriesaal und in der Alten Silcherschule verlassen und den Neubau beziehen können. Die Baukosten belaufen sich auf ca. 21,5 Millionen DM.

Der Fruchtkasten mit Industriesaal wird künftig Teile der Stadtverwaltung beherbergen und als zentrales Bürgeramt ausgebaut werden. Um die Alte Silcherschule

zu erhalten, wird zur Zeit mit interessierten Vereinen und Bürgerinitiativen ein Nutzungskonzept erarbeitet. Ob ein Erhalt dieser Schule angesichts der hohen und unsicheren Sanierungskosten gelingt, muß abgewartet werden.

Französische Schule: Die Schule der französischen Garnison am Galgenberg wurde im Juni 1992 aufgelöst. Mit einer symbolischen Schlüsselübergabe des Schulleiters André Mouhot an die Erste Bürgermeisterin Gabriele Steffen wurde das Gebäude mit Inventar zur Nutzung an die Stadt Tübingen übergeben. Noch im Juli und August wurden im Westflügel des Gebäudes die notwendigsten Reparaturarbeiten durchgeführt, so daß zum Schuljahresbeginn 92/93 dort 6 Klassen provisorisch einziehen konnten, um die Mörikes- und Hügelschule zu entlasten.

Zum Hausherrn wurde vorübergehend der Leiter der Hügelschule, Dr. Uwe Lieberharkort bestellt.



Einsetzungsfeier und Schlüsselübergabe für den ersten deutschen Rektor an der "Französischen Schule" am Galgenberg, Paul Gerhard Jud (links), Mitte: Erna und André Mouhot, rechts: Erste Bürgermeisterin Gabriele Steffen

Im Rahmen der Schulplanung für die Südstadt wurde das Gebäude zu einer dreizügigen Grundschule ausgebaut und saniert. Nach Abschluß der ersten Sanierungsarbeiten wurde am 22.11.1994 die Feier zur Verselbständigung der Schule begangen. Am 26.09.1995 erfolgte die

Einsetzung des ersten Rektors der Französischen Schule, Paul-Gerhard Jud, in sein Amt. Er löste Jürgen Oppenländer als kommissarischen Schulleiter ab.

Im Herbst 1993 hatte der Gemeinderat beschlossen, die Umsetzung eines besonderen pädagogischen Konzepts zu unterstützen, das von der dafür beauftragten "Primarschulgruppe" - ein Zusammenschluß von interessierten Lehrerinnen, Lehrern, Eltern und dem Schulförderverein - entwickelt wurde. Inzwischen hat sich die Institution als "Schule im Quartier" zur vollen "Halbtagschule" mit besonderem pädagogischen Profil entwickelt.

Als einzige Schule im Landkreis Tübingen nimmt die Französische Schule an einem Modellversuch "Schulanfang auf neuen Wegen" teil, der jahrgangübergreifenden Unterricht und einen zweiten Einschulungstermin umfaßt.

Bemerkenswert ist, daß der Schulsport in

terungsbau an der Grundschule Kilchberg. Eine Kostenbeteiligung der Ortschaft über Spenden und Eigenleistungen in Höhe von ca. 100.000 DM zur Deckung eines Fehlbetrages von 285.000 DM (Gesamtbaukosten 1,29 Mio.) wurde zur Voraussetzung gemacht. Der Spatenstich erfolgte am 11.05.1996. Im Frühjahr 1998 wird das Bauvorhaben fertiggestellt sein. Der Erweiterungsbau umfaßt einen Mehrzweckraum und Sanitärräume. Der bestehende eingeschossige WC-Anbau wird zur Unterbringung eines Raums für erweiterte Öffnungszeiten, einer Eingangshalle und eines Jugendraums mit Sanitäranlagen umgebaut. Im Hauptbau wird der bisherige Mehrzweckraum im Erdgeschoß zur Gewinnung von zwei Klassenzimmern baulich unterteilt.

Anbau Geschwister-Scholl-Schule: Am 21.10.96 beschloß der Gemeinderat den Bau von 4 weiteren Klassenzimmern für die Geschwister-Scholl-Schule. Da diese Schule 6 bis 7 Wanderklassen führen mußte, ist dies eine wesentliche Entlastung für die Schule. Mitte August 1997 wurde mit dem Bau begonnen. Bereits im Dezember 1997 waren die Klassenzimmer bezugsfertig. Die Baukosten betragen 486.000 DM. Für die Ausstattung der Räume konnten zusätzliche 50.000 DM zur Verfügung gestellt werden. Eine kleine Einweihungsfeier fand am 13.01.98 statt.

Neubau der Grundschule am Hechinger Eck: Am 10.05.1993 beschloß der Gemeinderat zur Schulplanung Südstadt, daß die jetzige Grund- und Hauptschule Mörikeschule als 3-zügige Haupt- bzw. Sekundarstufenschule genutzt werden soll. Die bisherige Grundschule Mörikeschule soll an einen neuen Standort ausgelagert werden. Am 02.05.1994 stimmte der Gemeinderat dem Standort für die neue zweizügige Grundschule westlich des Hechinger Ecks zu.

Bei der beschlossenen Planung für den Neubau handelt es sich um ein bisher einmaliges Modellprojekt. Gebaut wird ein mischgenutztes Gebäude, das in einem 6-geschossigen Bau direkt an der Hechinger Straße gewerbliche Nutzung (Läden und Büroräume) und Wohnungen vorsieht sowie Teile der Grundschule (Mehrzweckraum), die sich ansonsten in einem rückwärtigen 3-geschossigen Anbau anschließt. Die Schulräume konzentrieren

sich auf die Ebenen Erdgeschoß bis 2. Obergeschoß. Der Schulspart wird ebenfalls im "TRZ" durchgeführt.

Der GWG als Bauträgerin des Gebäudeteils mit Wohn- und Geschäftsnutzung wurde die Baudurchführung für den Gebäudeteil mit Schulnutzung übertragen. Die Finanzierung der Schule erfolgt aus dem Treuhandvermögen für den Städtebaulichen Entwicklungsbereich "Stuttgarter Straße/ Französisches Viertel". Im Wirtschaftsplan 1997 sind 2,95 Mio. DM und insgesamt 6,662 Mio. DM plus 0,28 Mio. DM für die Leistungen des Hochbauamts enthalten. Der Spatenstich erfolgte am 26.06.1997. Im Herbst 1998 soll zumindest der Gebäudeteil für die Schule bezugsfertig sein.

Schaffung von zwei Klassenzimmern durch Umbau in der Grundschule Pfrondorf: Durch den Zuzug von Familien im Neubaugebiet "Breite" in Pfrondorf zeichnete sich 1995 ab, daß die bisher 1,5zügige Grundschule 2zünftig werden wird. Zur Schaffung der zwei erforderlichen Klassenzimmer wurden verschiedene Varianten geprüft. Zur Ausführung kam der Umbau des Gymnastikraumes, der von den Erweiterten Öffnungszeiten belegt war, zu einem Klassenzimmer. Die Erweiterten Öffnungszeiten teilen sich seither das Vereinszimmer in der Schönbuchhalle mit den Pfrondorfer Vereinen. Ebenso wurde das ehemalige Musikzimmer zu einem Klassenzimmer vergrößert. Die Baukosten betragen rund 110.000 DM.

Umbau einer Wohnung zu einem Klassenzimmer in der Kirchplatzschule in Lustnau: Das Anwachsen der Bevölkerung in Lustnau führt zu einem Anstieg der Schülerzahlen. Eine Schülerzahlenvorausrechnung von 1996 zeigt, daß sich die Schülerzahlen im Grundschulbereich in der Dorfschule (ohne Köstlinschule) in den kommenden Jahren nahe am Klasseinteiler zur Vierzügigkeit bewegen werden.

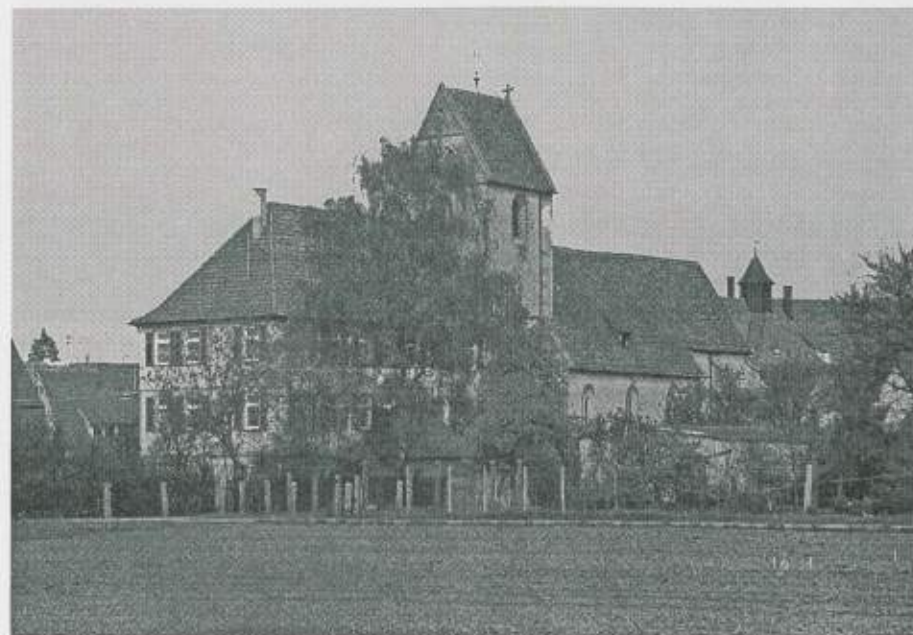
Zur Schaffung von vier zusätzlichen Klassenzimmern wurde ein Ausbauplan erarbeitet: Durch Verlegung des Rektorats der Dorfschule in einen kleineren Raum konnte mit wenigen Mitteln ein zusätzliches Klassenzimmer geschaffen werden. In der Kirchplatzschule wurde 1997 durch Umbau der Wohnung im Obergeschoß ein Klassenzimmer, ein Gruppenraum, ein

Lehrmittelzimmer und ein kleines Lehrerzimmer geschaffen. Der Gesamtaufwand betrug rund 100.000 DM. Für einen Anbau von zwei Klassenzimmern an der Dorfschule wurde im Haushaltsplan 1998 eine Verpflichtungsermächtigung von 395.000 DM ausgewiesen.

Bau eines Kleinspielfeldes für das Schulzentrum am Schleifmühlweg: Da die geplante Tiefgarage mit darüberliegenden Außensportanlagen für das Schulzentrum voraussichtlich in den nächsten 10 Jahren nicht verwirklicht wird, hat der Kultur- und Schulausschuß am 29.01.98 beschlossen, ein Kleinspielfeld auf dem Flurstück 4056/4 (Minimal-Parkplatz) als Provisorium für die Schulen zu erstellen. Die Baukosten betragen ca. 160.000 DM. Die Finanzierung kann durch Wenigerausgaben beim Ersatzbau für die Hauptschule Innenstadt erfolgen. Das Kleinspielfeld soll noch in 1998 fertiggestellt werden.

Das Amt und die Kirchen

Zwischen der Stadt als bürgerlicher Gemeinde und der Evangelischen und (Römisch-) Katholischen Kirchengemeinde bestehen von altersher auch finanzielle Beziehungen, die vertraglich festgeschrieben sind. Zuletzt aufgrund des Evangeli-



Weilheimer Kirche

schen Kirchengemeindengesetzes und des Katholischen Pfarrgemeindegesetzes, beide vom 14. Juni 1887, und der hierzu ergangenen Verfügung der Königlichen Ministerien des Innern und des Kirchen- und Schulwesens vom 25. März 1889 wurden in den Jahren zwischen 1890 und 1905 die auch heute noch gültigen Vereinbarungen getroffen.

Von den städtischen Verpflichtungen konnten inzwischen abgelöst werden (25-faches des Mittels der letzten 10 Jahre):

- 1960: 1.125 DM- Neujahrsveneration für den Dekan, Müllerkuchen für Geistliche, Ämterersatzgebühren (Tübingen, Lustnau, Derendingen)
- 1964: 1.839 DM - Städt. Anteil an der Belohnung für Kalkant, Stiftsmesner und Stiftsorganist, Tübingen
44.465 DM Pfarrbesoldungsholz, Lustnau, Derendingen
- 1968: 17.445 DM Mesnerbesoldung Lustnau
24.543 DM dto. Derendingen
- 1976: 21.900 DM dto. Hagelloch
- 1978: 12.500 DM dto. Kilchberg
18.125 DM dto. Weilheim

Heute werden noch jährlich Fixbeträge für die Mesnerbesoldung an die Katholische

Kirchenpflege Bühl (50 DM), Katholische Kirchenpflege Hirschau (150 DM), Evangelische Kirchenpflege Pfrondorf (290 DM) und Evangelische Kirchenpflege Unterjesingen (370,- DM) bezahlt. Außerdem ist ein kleiner Jahresbetrag für das Glockenläuten in Bebenhausen zu erbringen. Im Verhandlungswege soll eine Ablösung dieser Beträge erreicht werden.

Schwierig dürfte es jedoch werden, die Beteiligungspflicht der Stadt an den Kirchenbaulasten zu streichen. Obwohl ein öffentliches Interesse an Turm ('Feurio', 'Feind vor dem Tor'), Uhr (Taschen- oder Armbanduhren gab es früher -fast- nicht) und Glocken (Warneinrichtung bei Feuer oder anderen Notfällen, Orientierung fürs Wecken, Vespere, Beten, Viehversorgung) heute nicht mehr gegeben ist, haben die Gerichte strenge Anforderungen an eine Vertragskündigung durch die Kommunen (oder das Land) gestellt. Der Gedanke des Schutzes von Kulturgütern und die Heimatpflege spielen dabei eine Rolle.

In der Regel trägt die Stadt zwischen einem Drittel und der Hälfte an Unterhaltungskosten der alten Kirchen. Für die in diesem Jahrhundert erstellten Kirchen gibt es keine Verpflichtungen.

Ein Beispiel: Nach der Ausscheidungs- und Verpflichtungsurkunde der Filialgemeinde Bebenhausen der Pfarrei Lustnau vom 26. September 1891 gilt: "Nicht in der Verwaltung der Stiftungspflege stehende, für evangelisch-kirchliche Zwecke bestimmte Gebäude und Güter, deren Unterhaltung bislang ganz oder teilweise durch die bürgerliche Gemeinde erfolgte: Die Kirche samt Turm sind Eigentum des Staates und von diesem zu unterhalten, dagegen hat die Kosten der Instandhaltung der Kirchenuhr, der Glocken samt Gestellen und Seilen, sowie die 1884 vom Staat angeschaffte und der Gemeinde zum Eigentum übergebenen Kirchenorgel im Brandversicherungsanschlag von 2.600 DM seither und auch künftig die Bürgerliche Gemeinde zu tragen.

Der Begräbnisplatz - der jetzige und der frühere (der sogenannte Herrenkirchhof) - ist und verbleibt Eigentum der bürgerlichen Gemeinde, ebenso die Geräte für Beerdigungen.

Diese Verpflichtungen der Stadt erfordern im Jahresschnitt zusammen etwa 10.000 DM. Die Sanierung einiger Kirchtürme und ihrer Einrichtungen in den letzten Jahren (z.B. Derendingen, Weilheim, Bühl, Schloßkirche Bebenhausen, Stiftskirche) sprengten den Rahmen jedoch erheblich. Trotz der schlechten Finanzlage der Stadt fließen seit 1994 jährlich ca. 45.000 DM ab. Auch hier muß im Verhandlungswege nach anderen Lösungen gesucht werden.

Tübinger Musikschule e.V.

Die Stadt ist (Gründungs-) Mitglied der aus Tübingen nicht wegzudenkenden Musikschule (TMS). Die TMS konnte 1995 ihr 40jähriges Bestehen feiern. Sie ist seit September 1979 Mieterin des städtischen Gebäudes Frischlinstraße 4 (alte Waldorfschule). Ihr Angebot umfaßt den Unterricht in allen klassischen Musikfächern (Streich-, Zupf-, Blechblas-, Holzblas-, Schlag- und Tasteninstrumente). Derzeit werden 1.646 Schüler (884 weiblich, 762 männlich) von 65 Lehrkräften unterrichtet. Ensemblefächer werden angeboten in Singgruppen/ Chören, Instrumentalgruppen, Streich-/Kammerorchester, Sinfonieorchester, Bläserorchester, Kammermusik, Jazz, Big-Band. Ergänzungsfächer sind Musiklehre/Hörerziehung und Rhythmik. Schließlich wird Musik mit Behinderten durchgeführt.

Das Repertoire an Veranstaltungen umfaßte 1997 interne Schülervorspiele, Orchesterkonzerte, Kammermusik und Lehrerkonzerte, Chorkonzerte und Singveranstaltungen sowie Mitwirkung bei Veranstaltungen allgemeinbildender Schulen. Hierbei wurden etwa 10.000 Besucher festgestellt. Eine große Resonanz haben auch die regionalen Ausscheidungswettbewerbe bei "Jugend musiziert", die "Tübinger Percussionstage", Preisträgerkonzerte, Musikschultage, Hoffeste und Spielen bei öffentlichen Anlässen.

Ein besonderes Anliegen der TMS ist auch die Einbindung der Eltern. Sie haben starke Mitwirkungsrechte bei der Gebührensatzung, der Erstellung der Haushaltspläne und des gesamten Schullebens. Um dies zu gewährleisten, aber auch die Elternpflichten zu definieren, wurde in den letzten 15 Jahren die Satzung mehrfach geändert.

Der Haushalt 1997 umfaßte rd. 3,8 Mio. DM, davon

Einnahmen:	
Unterrichtsgebühren	2,24 Mio. DM
Landeszuschüsse	0,4 Mio. DM
Städt. Zuschuß	0,9 Mio. DM
Spenden u.a.	0,3 Mio. DM
Ausgaben:	
Lehrkräfte	3,1 Mio. DM
Verwaltung u.a.	0,3 Mio. DM
Sachkosten	0,4 Mio. DM

Vorsitzender des Vereins ist seit 1982 Dr. Heinz Doerner. Die Schulleitung liegt von Beginn an in den bewährten Händen von Gymnasialprofessor Helmut Calgéer. Stv. Vorsitzende sind Heinz Schlumpberger, Realschulrektor, und der Leiter des städtischen Schul- und Sportamts, Gerhard Ohme. Geschäftsführerin ist seit vielen Jahren Traudi Matzewitzki.

Ausstellungen, Museen und Büchereien

Das Kulturamt

Man kann in den offiziellen Verlautbarungen zur deutschen Kulturpolitik in diesem Jahrzehnt zwar allenthalben lesen, daß der Kultur, der kulturellen Betätigung und dem kulturellen Konsum gerade in schwierigen Zeiten eine erhöhte Bedeutung zukomme und man auf sie ein besonderes Augenmerk haben müsse, doch die logischen Folgerungen aus diesen Erkenntnissen - verstärkte und vermehrte Kulturförderung - wurden und werden meist nur zögerlich genannt, seltenst in die Tat umgesetzt. Tübingen bildete und bildet dabei keine Ausnahme.

Wie bei fast allen Kommunen wurde im Zuge der Haushaltskonsolidierungen, die seit etwa 1993 immer dringender wurden, im Kulturbereich überproportional gekürzt und gestrichen. So wurden die Subventionen an die Tübinger Vereine in den vergangenen fünf Jahren um etwa 20 Prozent reduziert. Einigen (wenigen) Vereinen wurden die Subventionen gar gänzlich oder beinahe ganz gestrichen, darunter so renommierten wie dem Jazz im Prinz Karl oder dem Club Voltaire, dem Kammermusikerkreis oder der Volksbühne. Die großen Kultureinrichtungen (Landestheater, Zimmertheater, d.a.i., Institut Culturel) mußten und müssen froh sein, daß ihre Zuschüsse "nur" eingefroren oder gedeckelt wurden. Positiv kann (neben dem, daß wenigstens die Volkshochschule und die Französischen Filmtage eine Subventionserhöhung erfahren haben) immerhin vermerkt werden: Politiker und Verwaltung waren sich bei allen Entscheidungen stets des Grundsatzes bewußt, daß die kulturelle Lebendigkeit einer Stadt geprägt wird von der Vielfalt und Vielzahl kultureller Vereine, Institutionen und Einrichtungen und daß diese auch in finanzkränkelnden Zeiten einer kommunalen Förderung und Unterstützung bedürfen. In öffentlichen Debatten wurde dabei deutlich, daß der wirtschaftlichen Bedeutung von Kultur auch in Tübingen neue Aufmerksamkeit zufiel und zufällt.

Einbußen mußten vor allem auch die eigenen städtischen Kultureinrichtungen hinnehmen. Das 1992 im umgebauten Kornhaus eröffnete Stadtmuseum ist noch im-

mer ohne eine Dauerausstellung zur Geschichte Tübingens, da die dafür vorgesehenen Mittel - rund eine halbe Million - zur Umbaufinanzierung verwendet wurden. Stellenstreichungen und -nichtbesetzungen bringen Probleme beim Wechselausstellungsbetrieb. Ja, der Betrieb des Stadtmuseums insgesamt war und ist im Gemeinderat so umstritten, daß um dessen Existenz gebangt werden mußte und muß und dies trotz guter Ausstellungen, die weit über die Stadt und Region Aufsehen erregt und Beachtung gefunden haben. So zählte etwa die Eröffnungsausstellung über den Nationalsozialismus in Tübingen über 12.000 Besucher.

Bei der Stadtbücherei wurden Ausleihgebühren beschlossen, der Personalbestand wurde um etwa 15 Prozent zurückgenommen. In der Folge mußten in den Zweigstellen die Öffnungszeiten reduziert werden. Nur das ehrenamtliche Engagement von Eltern, Lehrer/innen und Erzieher/innen verhinderten eine Schließung der Zweigstellen in Derendingen und auf der Wanne.

Dennoch: Das Pflänzlein Kultur ist trotz der finanziellen Dürre nicht eingetrocknet, es blüht nach wie vor, ja, kann auf manche neue Blüte verweisen. Not macht bekanntlich erfinderisch und hat durchaus auch positive Seiten. Zunehmend wurde in den vergangenen Jahren unter Wahrung der kulturellen Vielfalt auf Qualität statt beliebiger Quantität geachtet, auf eine Bündelung und Vernetzung von Kräften. Alte Tugenden wurden neu belebt oder verstärkt, das private Engagement erhielt wieder einen größeren Stellenwert, was sowohl in etablierten Vereinen, Initiativen, Interessengemeinschaften und Kultureinrichtungen als auch bei spontanen Aktionen und Aktivitäten beobachtet werden kann. Die Universität und das damit verbundene personelle wie geistige Potential sind nach wie vor ein großer Vorteil Tübingens.

Auch der Abzug des französischen Militärs und die damit verbundenen Veränderungen - Freiwerden von Räumen, Umnutzung von militärischem Gelände zu zivilen Zwecken - brachte neue Chancen und Möglichkeiten. So konnte mit Unterstützung der Stadt die Tübinger Volkshochschule eines der großen Mannschaftsgebäude im Bereich der ehemaligen Loretto-Kaserne erwerben und dies zum seit langem gewünschten Kollegengebäude umbauen, in dem dann auch noch die VHS-Verwaltung eine neue Heimat fand. Das

durch den Umzug der Volkshochschule freiwerdende Schwabenhaus an der Gartenstraße wurde von der Evangelischen Landeskirche für die bisher in Esslingen untergebrachte kirchliche Musikhochschule angemietet, womit Tübingen eine neue, attraktive Kultureinrichtung erhält. Durch die Vermittlung der Stadt gelangte das ehemalige französische "Foyer" (Gaststätte und Hotel) an einen Privatmann, der sich verpflichtete, dort zu günstigen Bedingungen Tübinger Kultureinrichtungen Räume zur Verfügung zu stellen und auf dem Areal einen in Tübingen fehlenden großen Konzertsaal zu bauen.

Das ehemalige Offiziers-Casino der Franzosen schließlich wurde von der Bundesvermögensverwaltung dem Kulturamt zum jährlichen Entgelt von 132.000 DM überlassen, so daß dort seit 1991 durch einen Gemeinderatsbeschluß ein "Bürger- und Kulturhaus" betrieben werden kann, das allerdings ohne Zuschüsse auskommen muß. Neben einer Gaststätte sind im Gebäude fest beheimatet das Europa-Zentrum Baden-Württemberg, das Maison d'Aix-en-Provence, das Bildungszentrum und Archiv für Frauengeschichte e.V. (BAF) und die West-Ost-Gesellschaft sowie eine Probestühne des Zimmertheaters. Drei Veranstaltungssäle stehen den verschiedensten Nutzern und Nutzungen zur Verfügung für Bücher- und Schallplattenmärkte, Konzerte, Vorträge, Podiumsdiskussionen, Theater, Feste und Feiern. Zur festen und gut besuchten Kultureinrichtung wurden dort stattfindende sonntägliche Matineen zu den verschiedensten Tübinger Themen.

Einige in den späten 80er Jahren gegründete Kultur-Einrichtungen konnten sich in den vergangenen Jahren trotz aller Schwierigkeiten etablieren. So erhält das Französische Filmfestival in Anerkennung seiner internationalen Bedeutung inzwischen nicht nur von der Stadt Tübingen eine finanzielle Unterstützung von beinahe 100.000 DM, es genießt Hilfen und Zuwendungen vom Land Baden-Württemberg, der Französischen Botschaft und einem großen Freundeskreis. Inzwischen hat sich auch das 1988 im "Möbel-Beck" eingerichtete "Soziokulturelle Zentrum Sudhaus" mit seinen Ateliers, Musikprobenräumen und Veranstaltungssälen einen festen Platz im Tübinger Kulturleben erobert. Um ihm eine größere und längerfristige Planungssicherheit zu gewähren und um den Haushaltsplan der Stadt von

noch notwendigen Investitionen zu entlasten, wurde das Gebäude 1998, zunächst auf 10 Jahre befristet, dem Sudhaus-Verein übergeben. Eine feste Größe ist inzwischen auch das 1986 erstmals im Rahmen der Landeskunstwochen eingerichtete (Open Air-) Sommertheater geworden, das vom Tübinger Zimmertheater und (meist) vom Melchinger Theater im Lindenhof ausgerichtet wurde und wird.

Das kulturelle "Sommerloch", das sich früher spätestens mit den Semesterferien Mitte Juli bildete, wird seit einigen Jahren zudem zunehmend ausgefüllt durch das neue Open Air-Kino (seit 1992), das Afro-Brasilianische Festival des Zentrum Zoo (seit 1989) sowie das "Kulturzelt" (seit 1995).

Bewährt hat sich die in den 80er Jahren begonnene und in den 90er Jahren verstärkt fortgesetzte Politik der Verwaltung, Mittel im Subventionsbereich von der institutionellen Förderung auf eine projektbezogene Förderung umzuschichten. Wenn gleich dies auch nur in einem bescheidenen Maße vom Gemeinderat genehmigt wurde und 1998 die Mittel gar auf etwa 60.000 DM zurückgefahren wurden, war es doch damit dem Kulturamt möglich, rasch und unbürokratisch viele (kleine und große) Projekte zu fördern, aufzunehmen oder zu initiieren.

In vielfältiger Weise gestaltete das städtische Kulturamt zudem im Rahmen der ihm zugewiesenen Aufgaben das Tübinger Kulturleben mit, versuchte ihm Impulse zu geben, es zu bereichern. Neben der allgemeinen Koordination von Veranstaltungen, der Beratung und Hilfe war das Kulturamt in allen Bereichen als Kulturträger und -gestalter, als Veranstalter und Ausrichter tätig.

Zu den bewährten herausragenden Veranstaltungen - dem im zweijährigen Rhythmus veranstalteten Stadtfest, den speziellen Stadtführungen "Kennen Sie Tübingen", den literarischen Spaziergängen durch Tübingen, der Gestaltung des Volkstrauertages, Stadtteiljubiläen - kamen neue: 1998 wird mit dem Handels- und Gewerbeverein (HGV) und dem Ordnungssamt zum dritten Mal ein "Umbrisch-Provenzalischer Markt" mit Händlern und Kulturgruppen aus Aix-en-Provence und Perugia durchgeführt; rund 10.000 Menschen haben die in Zusammenarbeit mit dem "Schwäbischen Tagblatt", dem Südwestfunk und vielen anderen Tübinger Kultureinrichtungen im Casino seit 1993



Tübinger Stadtfest: Alle zwei Jahre ein Höhepunkt im Tübinger Veranstaltungskalender

veranstalteten Matineen besucht, bürger-schaftliche Reisen und Fahrten wurden zu den Tübinger Partner- und Nachbarstädten organisiert.

Neue Impulse erfuhr der Bereich Bildende Kunst. So wurden 1995 und 1997 vom Kulturamt Künstler und Künstlerinnen aus Tübingen und Umgebung oder "die sich Tübingen besonders verbunden fühlen" eingeladen, an juriierten Ausstellungen in der Kunsthalle teilzunehmen. Der Erfolg - sowohl quantitativ wie auch qualitativ - hat beide Male alle Erwartungen übertroffen. Jedesmal haben sich rund 150 Künstler und Künstlerinnen der Jury gestellt, die dann aus den etwa fünf- bis sechshundert Werken rund 90 bis 100 ausgewählt und gezeigt hat. Neue Ausstellungsmöglichkeiten bietet auch die im Frühjahr 1998 eröffnete "Kulturhalle", ein hoher etwa 200 qm großer Raum, ehemals Trafostation der Stadtwerke, im Gebäude Nonnengasse 19, in dem schon das Kulturamt samt seiner Stadtbücherei untergebracht ist. Für den Bereich Denkmalpflege ist zu vermerken, daß 1995 weitgehend mit privater Hilfe die fast 500 Jahre alte astronomische Uhr am Rathaus samt Zifferblatt restauriert und nach Jahrzehnten wieder richtig in Gang gesetzt werden konnte.

Einen besonderen Akzent konnte das Kulturamt im Bereich Veröffentlichungen setzen. So wurden im Berichtszeitraum rund fünfzig Einzelpublikationen erstellt und herausgegeben, darunter sieben gewichtige Bände und zehn - teils mehrere hundert Seiten umfassende - Hefte zur Stadtgeschichte sowie zwanzig Ausstellungskataloge. Ein 1995 konzipierter Faltpro-

spekt "Rundgang durch Tübingens Altstadt", der in fünf Sprachen erhältlich ist, wurde inzwischen über 100.000 Mal aufgelegt, gedruckt und an den Mann oder an die Frau gebracht. Beachtenswert ist, daß diese Buchreihen und die Broschüren sich weitgehend selbst finanzieren bzw. immer wieder Spender, Sponsoren und Mäzene finden.

Veröffentlichungen seit 1990 Beiträge zur Tübinger Geschichte

Band 4. Benigna Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz 1991. 492 Seiten. Pappband 38 DM

Band 5. Hermann Jantzen: Stiftskirche in Tübingen. 1993. 323 Seiten mit 293 Abbildungen. Pappband 48 DM

Band 6. Wilfried Setzler und Franz Quarthal (Hrsg.): Das Zisterzienserklöster Bebenhausen. Beiträge zur Archäologie, Geschichte und Architektur. 1995. 283 Seiten mit 76 Abbildungen. Pappband 39 DM

Band 7. Der jüdische Friedhof Wankheim. Dokumentiert von Frowald Gil Hüttenmeister. 1995. 303 Seiten mit 152 Abbildungen. Pappband 48 DM

Band 8. Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.): Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden. 1995. 436 Seiten mit 321 Abbildungen. Pappband 48 DM

Band 9. Herbert Aderbauer. Das Tübinger Spital und der Wandel seiner sozialen Funktion in der frühen Neuzeit. 1997. 423 Seiten, Pappband 48 DM

Band 10. Ursula Schwitalla: Varietas pavimentorum. Die mittelalterlichen ornamentierten Bodenfliesen der ehemaligen Zisterzienserabtei Bebenhausen. 1998. 212 Seiten mit 208 Abbildungen und 15 Tafeln. Pappband

Kleine Tübinger Schriften

Heft 10. Andreas Feldtkeller und Wilfried Setzler: Hölderlinturm. Dokumente zu Ernst Zimmer und zur Geschichte des Hölderlintums, 2. Auflage 1997. 39 Seiten mit 34 Abbildungen. Broschiert 6 DM

13. Die Mühlstraße in Tübingen - Zierde der Stadt? Bearbeitet von Bernhard Ster-

ra. 1990. 120 Seiten mit 110 Abbildungen. Broschiert 19 DM

14. Edith Glaser und Susanne Stiefel: Zwischen Waschzuber und Wohltätigkeit. 1991, 2. Auflage. 52 Seiten mit 28 Abbildungen. Broschiert 5 DM

15. Gabriela Rothmund: Der Bebenhäuser Pflieghof in Tübingen. 1992. 135 Seiten mit 68 Abbildungen. Broschiert 15,00 DM

16. Vorbei und nicht vergessen. Ehemalige polnische Zwangsarbeiter als Gäste in Tübingen. 1992. 63 Seiten mit 25 Abbildungen. Broschiert 5 DM

17. Annemarie Hopp. Von Hindenburg zur Wagenburg. 1995. 88 Seiten mit 82 Abbildungen. Broschiert 8 DM

18. Herman Jantzen: Grenzen und Marksteine. 1996. 115 Seiten mit 94 Abbildungen und 12 Tafeln mit Wappen und Zeichen, 1 Faltkarte. Pappband 28 DM

19. Wilfried Setzler (Hrsg.): Reden und Aufsätze von und über Carlo Schmid 1896 - 1979. Eine Kostprobe zum 100. Geburtstag. 1996. 48 Seiten mit 7 Abbildungen. Broschiert 8 DM

20. Michaela Häffner: Die Demokratische Vereinigung 1945 - 1946. Eine Studie zur Nachkriegsgeschichte am Beispiel Tübingens 1997. 84 Seiten. Broschiert 9,80 DM

21. Karl Schmid und Herbert Schmitt: Die astronomische Uhr am Tübinger Rathaus. 1997. 44 Seiten mit 46 Abbildungen, davon 39 in Farbe. Broschiert 10 DM

22. Tina Löschner: "Es ist unsre heilige Pflicht". Nationaler Frauendienst in Tübingen während des Ersten Weltkrieges. 1997. 82 Seiten. Broschiert 9,80 DM

23. Hermann Jantzen: Quellen, Bäche und Brunnen. Ein Tübinger kulturhistorisches Mosaik zum Thema Wasser. 160 Seiten mit 75 Abbildungen und 8 Karten. Kartiert 28 DM

Tübinger Kataloge

32. Moderne Grafik aus den städtischen Sammlungen. 1990. 47 Seiten mit 27 Abbildungen. 5 DM

33. Projekte für die Berliner Bühne der 1920er Jahre von Gustav Adolf Rieth. 80 Seiten mit 43 Abbildungen. Broschiert 8 DM (vergriffen)

34. Helmuth Seible, 1889 - 1955, ein schwäbischer Maler im Aufbruch vom Impressionismus zur Moderne. Bearbeitet von Ulla Gröne. 1992. 48 Seiten mit 32 Abbildungen, davon 30 in Farbe. 10 DM

35. Heinrich Schickard in Tübingen. 1992. 31 Seiten mit 19 Abbildungen. 3 DM

36. Benigna Schönhagen (Hrsg.): Vorbei und vergessen. Nationalsozialismus in Tübingen. 438 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Kartiert 30 DM (vergriffen)

37. Gut behütet - Streng bewacht. Tübinger Dienstmädchen nach der Jahrhundertwende. Herausgegeben von Karin Priem und Edda Rosenfeld. 1992. 132 Seiten mit 65 Abbildungen. 15 DM

38. Margot Hutzler-Spichtinger: "Zur freundschaftlichen Erinnerung". Tübinger Porzellanmalerei für Studenten. 1993. 59 Seiten mit 50 Abbildungen. 8 DM

39. Helga Merkel (Hrsg.): Zwischen Ärger und Anerkennung - Mathilde Weber 1829 - 1901. 1993. 168 Seiten mit 91 Abbildungen 18 DM

40. Suse Müller-Diefenbach. Herausgegeben vom Bildungszentrum und Archiv zur Frauengeschichte Baden-Württembergs e.V. 1993. 83 Seiten mit 52 Abbildungen. 20 DM (vergriffen)

41. Barbara Lipps-Kant: Georg Salzmann 1891 - 1985. Der Traum des Architekten. 179 Seiten mit zahlreichen, teils farbigen, Abbildungen. Pappband 40 DM

42. Udo Rauch (Hrsg.): Das Tübinger Stadtbild im Wandel. 1994, 188 Seiten mit 174 Abbildungen und einem Panoramabild. 32 DM

43/1. Frido Hohberger: Zeichnung. Im Labyrinth der Form. Mit einer Einführung von Walter Springer. 1994. 56 Seiten mit 29 Abbildungen.

43/2. Frido Hohberger: Malerei. Klangkörper Farbe. Mit einer Einführung von Walter Springer. 1994. 56 Seiten mit 26 Abbildun-

gen. Zwei Bände im Schuber. 25 DM

44. Annemarie Hopp und Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Feinde - Freunde - Fremde. Erinnerungen an die Tübinger "Franzosenzeit". 1995. 159 Seiten mit 74 Abbildungen. 18 DM

45. CHC Geiselhart, Bernd Vogelmann (Hrsg.): Das Tübinger Pflockfeld in Petrosawodsk. 1995. 64 Seiten mit 115 Abbildungen. 25 DM

46. Rosemarie Dyckerhoff. Das plastische Werk. Herausgegeben vom Kulturamt der Stadt Tübingen. 1966. 112 Seiten mit 72 Abbildungen. 30 DM

47. Barbara Lipps-Kant: Ugge Bärtle. Das druckgraphische Werk 1946-1987. Herausgegeben vom Kulturamt der Stadt Tübingen. 1995. 172 Seiten mit 104 Abbildungen. 38 DM

48. Herausgeputzte Renaissance. Deckenmalereien in einem Tübinger Weingärtnerhaus. Herausgegeben von Udo Rauch. Tübingen 1996. 52 Seiten mit 46 Abbildungen. 10 DM

49. Udo Rauch (Hrsg.): Tübingen vor 40 Jahren. Ein Stadtportrait des Fotografen Paul Swiridoff. Tübingen 1998. 48 Seiten mit 36 Abbildungen. Kartiert 12 DM

50. Eine Stadt des Buches. Tübingen 1498-1998. Mit Beiträgen von Gerd Brinkhus, Wilfried Lagler, Klaus Schreiner. 1998. 180 Seiten mit 105 Abbildungen. Broschiert 29,80 DM

51. Wero Pfeiffer: Wilhelm Pfeiffer. Mit Beiträgen von Axel von Kriegern und Rainer Zerbst. Tübinger Kataloge Nr. 51. 1998. 79 Seiten mit 65 Abbildungen. Fester Einband 19,80 DM

Die Stadtbücherei Tübingen

Nachdem die Hauptstelle der Stadtbücherei 1985 in das Gebäude der alten Stadtwerke in der Nonnengasse 19 umgezogen war und zwischen 1985 und 1990 bereits eine rasante Entwicklung nahm, besuchten immer mehr Bürgerinnen und Bürger Zweigstellen und Hauptstelle "ihrer" Stadtbücherei. Die Ausleih- und Leserzahlen steigen weiterhin rasch an: 1990 waren es noch 16.700 Leser und 440.000

Entleihungen, 1994 bereits 19.700 Leser und 599.700 Entleihungen in der Hauptstelle der Stadtbücherei und in ihren vier Zweigstellen Derendingen, Waldhäuser-Ost, Wanne und Lustnau. Damit schien der Aufwärtstrend ungebrochen. Schwierigkeiten kündigten sich jedoch an, als 1993 1,5 Stellen nicht mehr besetzt wurden und die Zweigstelle in Derendingen vorübergehend geschlossen werden mußte. Um die Zweigstelle mit eingeschränkten Ausleihzeiten - 20 statt 30 Öffnungszeiten pro Woche - weiterzuführen, gab die Hauptstelle 1 Stelle ab und mußte dadurch die sehr rege Öffentlichkeitsarbeit weitgehend einstellen: Aktionstage und Lesungen für Erwachsene und Kinder mußten stark eingeschränkt werden, ebenso themenbezogene Auswahlverzeichnisse zum Medienbestand der Bücherei. Beibehalten wurden Führungen für Erwachsene und Kinder aller Altersgruppen.

Die Jugendbuchwoche im November, die die Stadtbücherei gemeinsam mit den Buchhandlungen Osiander, Linie 1 und Gastl, dem Kulturamt der Stadt, der Volkshochschule, dem Institut Culturel Franco-Allemand und dem Landestheater Tübingen veranstaltet und die jedes Jahr viele Besucher nach Tübingen lockt, wurde weitergeführt. Inzwischen ist die Tübinger Jugendbuchwoche zu einer Institution geworden, die jedes Jahr mit einem neuen Thema weit über Baden-Württemberg hinaus bekannt ist: 1997 kamen an sechs Veranstaltungstagen insgesamt 5.441 Besucher zu den Veranstaltungen und zur Buchausstellung. Themen waren zwischen 1991 und 1997: "Ausländer - Inländer", "Amerika - Amerika", "Freunde/Freundinnen", "Sehnsucht", "Außenseiter", "Unterwegs" und "Gewalt".

1995 konnte in der Stadtbücherei der Leserservice durch die Umstellung des EDV-Gesamtverfahrens SISIS - verglichen mit dem bisherigen EDV-Verbuchungssystems - wesentlich verbessert werden, vor allem im Hinblick auf Kundennähe und Benutzerfreundlichkeit. Umfangreiche Literatur- und Medienrecherchen sind nun möglich, nicht nur im eigenen Bestand, sondern auf Anfrage auch in den Bibliotheken der näheren Umgebung wie Reutlingen und Balingen.

Am 31. Dezember 1994 ging der langjährige Leiter der Stadtbücherei, Albrecht Zel-

ler, in Ruhestand. Die Stelle konnte erst Ende 1995 wiederbesetzt werden, ebenso war die Stelle der stellvertretenden Leitung acht Monate lang vakant, zusätzlich fehlte eine weitere halbe bibliothekarische Stelle. Deshalb mußten die Öffnungszeiten der Hauptstelle reduziert werden, und die Zweigstelle Wanne wurde drei Monate lang von ehrenamtlichen Helfern betreut. Erst im April 1996 konnte die Stadtbücherei zu ihren ursprünglichen Öffnungszeiten zurückkehren.

Für das Jahr 1996 forderte der Gemeinderat die Einführung von Jahresgebühren für die Ausleihe bei der Stadtbücherei: ein Jahresabonnement für Erwachsene kostet seit dem 1. Januar 1996 25 DM, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren bleiben gebührenfrei. Die Ausleihzahlen gingen 1996 auf 500.000 Entleihungen zurück, dafür stieg die Präsenznutzung bei der Stadtbücherei sprunghaft an, ebenso die Anzahl der Kopien aus Büchern und Zeitschriften. Viele Besucher wollten sich weiterhin in der Stadtbücherei mit Informationen in Form von Zeitungs- und Zeitschriftenartikel versorgen und stellten nach wie vor viele Fragen, sie waren jedoch mit den Jahresgebühren nicht einverstanden. Seit Mitte 1997 steigen die Ausleihzahlen wieder, durchschnittlich werden in der Hauptstelle und in der größten Zweigstelle Waldhäuser-Ost insgesamt 40.000 Medien pro Monat entliehen; im Januar 1998 waren es 41.500, im Februar 42.500 Entleihungen. Hinzu kommen die Entleihungen in den Zweigstellen Derendingen, Wanne und Lustnau. Insgesamt erzielt die Stadtbücherei durch Gebühreneinnahmen einen - verglichen mit anderen öffentlichen Bibliotheken ungewöhnlich hohen - Deckungsbeitrag von über 12 % (1997, zum Vergleich: 1991 waren es nur 1,1 %).

Trotz Gebühreneinführung und Etatkürzungen bemüht sich die Stadtbücherei um eine kontinuierliche und aktuelle Medienauswahl und um die Integration neuer Medien. Seit April 1997 können Leserinnen und Leser nun zusätzlich zum bisherigen Angebot aktuelle Informationen über das Internet abrufen, eine kurze Einführung in die Handhabung des Netzzugangs ist auf Wunsch möglich. Ohne das große literarische Interesse der Tübingerinnen und Tübinger zu vernachlässigen, möchte die Stadtbücherei gerne auch Informationen auf CD-ROM anbieten.

Eine weitere Serviceverbesserung, die allen zugute kommt, ist die Verlegung und der Umbau der zentralen Verbuchungsstelle im Erdgeschoß. Da jetzt an zwei Ausleihterminals gleichzeitig verbucht werden kann, können lange Leserschlangen schneller bedient werden. Neue Medienschränke hinter der Verbuchungsstelle erleichtern die Ausgabe von CDs und Videofilmen. Darüber hinaus wurde bewußt ein neuer Standort für die Theke gewählt: der Zugang zum neuen Lesegarten und zur Jugendabteilung wurde geöffnet. Insgesamt wirkt der Eingangsbereich der Stadtbücherei jetzt heller und weitläufiger.

Ausblick 1998

Tübingen feiert 1998 500 Jahre Buchstadt Tübingen - gleichzeitig wurde aufgrund der schwierigen Haushaltslage das Personalbudget der Stadtbücherei um 160.000 DM gekürzt. Damit wird es nicht möglich sein, denselben Leistungsumfang an Zweigstellen und Öffnungszeiten aufrecht zu erhalten. Dennoch wird sich die Stadtbücherei am großen Bücherfest im Juli 1998 beteiligen; auch die Jugendbuchwoche ist im Herbst wieder eingeplant.



500 Jahre Buchstadt Tübingen

Kunsthalle Tübingen

Ausstellungsübersicht

Ausstellungsdaten	Titel der Ausstellung	Besucherzahl
10.01. - 18.02.90	Francesco Goya	18 000
24.02. - 29.04.90	Franz Marc	95 000
19.05. - 15.07.90	Bauhausfotografie	5 500
28.07. - 23.09.90	Frans Post	10 000
29.09. - 18.11.90	Anselm Kiefer	10 000
24.11.90 - 10.2.91	Duane Hanson	88 000
16.02. - 21.04.91	Meisterwerke des Expressionismus	65 000
04.05. - 30.06.91	Russische Architektur - Avantgarde I	5 000
06.07. - 04.08.91	Jenaer Künstler (Kunstverein Tübingen)	1 000
10.08. - 22.09.91	Günther Förg	1 000
25.09. - 24.11.91	Renato Guttuso	10 000
30.11. - 29.12.91	Jahresausstellung des Künstlerbunds Tübingen	800
11.01. - 01.03.92	John Heartfield	13 000
14.03. - 03.05.92	Russische Avantgarde und die Bühne	9 000
09.05. - 07.06.92	Klaus Herzer (Kunstverein Tübingen)	1 000
22.08. - 04.10.92	Baltasar Lobo - Skulpturen und Zeichnungen	1 200
17.10. - 29.11.92	Karl Gerstner - Retrospektive	3 500
05.12. 92 - 03.01.93	Jahresausstellung des Künstlerbunds Tübingen	800
16.01. - 02.05.93	Paul Cézanne - Gemälde	430 000
15.05. - 11.07.93	Russ. Architektur - Avantgarde II	2 500
21.08. - 26.09.93	Dieter Luz (Kunstverein Tübingen)	1 000
03.10. - 21.11.93	Sophie Taeuber-Arp	4 000
28.11. - 26.12.93	Jahresausstellung des Künstlerbunds Tübingen	1 000
08.01. - 06.02.94	3 Maler aus Dresden (Kunstverein Tübingen)	1 000
12.02. - 27.03.94	in memoriam Georg Friedrich Zundel	3 000
09.04. - 29.05.94	Tom Wesselmann - Retrospektive	25 000
15.10. - 27.11.94	Carl Grossberg (1894 - 1940)	18 500
03.12.94 - 26.2.95	Der frühe Kandinsky - Gemälde, Aquarelle	113 000
18.03. - 18.06.95	Degas - Portraits	85 000
05.07. - 13.08.95	Kunst in Tübingen (Kulturamt Tübingen)	2 000
02.09. - 10.12.95	Egon Schiele - Sammlung Leopold, Wien	80 000
20.01. - 27.05.96	Auguste Renoir - Gemälde 1860 - 1917	420 000
22.06. - 11.08.96	Gaston Chaissac, Gemälde und Zeichnungen	9 000
28.09. - 24.11.96	Stiftung Froehlich (Beuys, Warhol, Twombly)	10 000
30.11. - 29.12.96	Jahresausstellung des Künstlerbunds Tübingen	1 000
11.01. - 06.04.97	Max Pechstein - Das malerische Werk	45 000
12.04. - 25.05.97	Robert Longo - Magellan	7 000
31.05. - 27.07.97	Paul Kleinschmidt - Sammlung Deyhle	9 000
02.08. - 07.09.97	Zwischen Schrift und Bild (Kunstverein)	900
13.09. - 23.11.97	Rudolf Schlichter - Retrospektive	23 000
29.11. - 28.12.97	Kunst in Tübingen (Kulturamt Tübingen)	1 600

Nach Ende der überaus erfolgreich verlaufenen Gemälde-Ausstellung von Paul Cézanne (16.1. - 2.5.93) konnte Mitte Mai auf der Grünfläche vor der Kunsthalle mit dem Bau des neuen Verwaltungsgebäudes begonnen werden. Von Juni bis September 1994 wurde das Foyer der Kunsthalle durch einen Glasvorbau, der wiederum mit den alten Büroräumen verbunden ist, erweitert. Die Kunsthalle Tübingen hat heute einen hellen Eingangsbereich mit großzügig angelegten Kassen- und Personalräumen.

Stadtmuseum

Noch während des Umbaus des Kornhauses zum Stadtmuseum wurden im Jahr 1990 die im Theodor-Haering-Haus aufgebaute Präsentation von Exponatensembles zu stadthistorischen Themen sowie die Sonderausstellungen eingestellt. Das von Theodor Haering den Zwecken des Heimatmuseums gewidmete Gebäude wurde für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Museumsverwaltung sowie für die Unterbringung eines Teils des Museumsmagazins genutzt.

Im Februar 1991 erfolgte eine Teileröffnung des neuen Stadtmuseums bevor der Umbau beendet war. Diesem Schritt lag der Gedanke zugrunde, ein "Schaufenster" des Kornhauses zu öffnen, durch das der Öffentlichkeit vorab ein erster Ausblick auf die Planungen gegeben werden sollte. Im Erdgeschoß wurden durch einen vorübergehend geschaffenen Nebeneingang zwei Abteilungen zugänglich:

- eine erste Abteilung der Dauerausstellung unter dem Titel "Stadtbild", die von Martin Beutelspacher zusammengestellt wurde und

- eine Vorschau auf künftige Ausstellungseinheiten in den oberen Stockwerken unter dem Titel "Ausblicke - Einblicke", die von Wolfgang Hesse bearbeitet wurde.

Bereits diese Öffnung der Ausstellungen zeigte das große Interesse der Bevölkerung an der Einrichtung des Stadtmuseums - 25.000 Besuche in nur 10 Monaten konnte die Statistik verzeichnen.

Zwei Faktoren bestimmten die Entwicklung im Stadtmuseum in den darauffolgenden zweieinhalb Jahren:

- Nach Abschluß des Umbaus wurde entschieden, die gestiegenen Baukosten bereits für die Gestaltung der Dauerausstellung bewilligten Mitteln zu decken.



Immer gut für eine andere Perspektive: das Stadtmuseum

Diese Summe von 500.000 DM für den Fortgang der Dauerausstellung zur Stadtgeschichte wurde bis heute nicht wieder bewilligt.

- Der erste Leiter des Stadtmuseums, Dr. Thomas Schuler, verließ seinen Posten, den er zum 1. Mai 1987 angetreten hatte, im Jahr 1991. Die Stelle wurde erst zum 01.10.1993 mit Claudine Pachnicke wiederbesetzt.

Als es am 9. Mai 1992 soweit war, daß das umgebaute Kornhaus seiner Bestimmung als Stadtmuseum übergeben werden konnte, fand diese Eröffnung statt, bevor eine stadthistorische Dauerausstellung eingerichtet worden war. Zum Auftakt wurde eine Wechselausstellung unter dem Titel "Nationalsozialismus in Tübingen" präsentiert. Diese von Dr. Benigna Schönhaagen erarbeitete Ausstellung, begleitet von einem Katalog von Führungen, Veranstaltungen und Erzählcafés, zog rund 12.000 Interessierte an. Das erste Ausstellungsthema, mit Überlegung ausgewählt, sollte ein Zeichen setzen für das neue Museum, sollte deutlich machen, daß hier nicht nur Geschichte verwaltet wird, sondern dieses Haus auch Forum der Meinungen und der städtischen Auseinandersetzung sein will. Unter diesem Motto gestaltet auch Claudine Pachnicke das Programm des Kornhauses. Pro Jahr finden im Durchschnitt statt:

- 10 Wechselausstellungen mit ca. 20.000 Besuchern/innen. Das Programm orientiert sich am Ziel, eine möglichst breite Öffentlichkeit für das Stadtmuseum zu interessieren. Der Programmgestaltung liegen deshalb die Prinzipien der Vielfalt zugrunde: Vielfalt der Themen, der Mei-

nungen und der Publikumskreise. Zu den Themenbereichen gehören:

Stadtgeschichte:

Stadtbild im Wandel, das Tübinger Schloß, die Tübinger Altstadt, die Geschichte der Tübinger Staatsbürgerinnen, Tübinger Buchbinder, Hölderlins Jenaer Jahre, Faszination Schloßfledermäuse.

In Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde des Stadtmuseums:

Die Tübinger Franzosenzeit 1945 - 1991, Renaissancemalerei in einem Tübinger Weingärtnerhaus, das Hindenburgareal in der Südstadt

Jubiläen:

150 Jahre TSG, 400 Jahre Osiandersche Buchhandlung, 100 Jahre Graphische Sammlung der Universität Tübingen, 150 Jahre Tübinger Freiwillige Feuerwehr (jeweils in Zusammenarbeit mit den genannten Einrichtungen)

Kulturgeschichte:

Laterna Magica, Papiertheater, Schachspiele, Gußeiserne Öfen, Yörük-Nomadkultur in der Türkei, Kulturpflanze Hanf, Voodoo-Kult auf Haiti.

Kunst:

Die Scherenschnittkünstlerin Lotte Reiniger, Kunst des Musikvideos, die Tübinger Bildhauerin Rosemarie Dyckerhoff, die Möbel des Designers Coll-Part, die Hölderlin-Installation von Johannes Pfeiffer, Kunst aus Stoff, Fotografien von Gilles Rey, Fotografien von Eric Vazzoler.

- 6 Präsentationen im Forum des Museums, in denen sich Gruppen, Initiativen, Vereine der Stadt mit ihrem Programm oder ihrer Geschichte vorstellen, wie z.B. Waldorfschule Tübingen, AIDS-Hilfe Reutlingen/Tübingen, Schwellenwohnen in Tübingen, Santons aus der Partnerstadt Aix, das Tübinger Tiefbauamt

- 25 Veranstaltungen, in denen als Ergänzung zu Ausstellungen ein städtischer Meinungsbildungsprozeß stattfinden kann, z.B. Stadt-Leben, Veranstaltungsreihe zu Perspektiven der Stadtentwicklung mit kontroversen Diskussionen, Abendführungen zur Fledermausbeobachtung, Erzählcafé mit Tübinger Staats-

bürgerinnen, Vorträge zur Tübinger Geschichte im Nationalsozialismus.

- 15 museumspädagogische Maßnahmen, in denen sich Ausstellungsthemen für Kinder und Jugendliche erschließen, wie z.B. im Generationendialog zum Thema Glaube und Religion, in der Kinderwerkstatt beim Buchbinden oder beim Malen zu verschiedenen Themen.

- 50 Führungen für Schulklassen und Gruppen durch verschiedene Wechselausstellungen.

Im Jahr 1996 gelang es, einen einmaligen Betrag von 104.000 DM bewilligt zu bekommen, um mit dieser Teilsumme die Dauerausstellung zur Stadtgeschichte als permanente Ausstellung über zwei Stockwerke voranzutreiben. Damit wurden in Zusammenarbeit mit einem Ausstellungsarchitekten und einem Grafikdesigner ein Gestaltungskonzept erarbeitet und drei Themenbereiche umgesetzt. Nun muß die Finanzierung der weiteren Entwicklung der Dauerausstellung gelöst werden.

Seit dem Weggang des wissenschaftlichen Mitarbeiters Martin Beutelspacher im Februar 1997 fehlt die intensive Betreuung der Sammlungsabteilung, so daß die Erforschung der Relikte der Stadtgeschichte weitgehend zurückgestellt werden mußte. Außer seiner Stelle konnten seit 1993 drei weitere nicht wieder besetzt werden. Für ein Museum im Aufbau eine schwere Einbuße.

Dämme gegen das Vergessen

Das Stadtarchiv

verwahrt und erschließt die Unterlagen zur Tübinger Geschichte. Waren das früher nur kostbare Pergamenturkunden, schwergewichtige Folianten und dickleibige Akten, so gehören heute auch Zeitungsausschnitte, Plakate oder Flugblätter dazu. Damit ist die Aufzählung aber noch längst nicht abgeschlossen. Vor etwa 150 Jahren wurde die Fotografie erfunden und seither immer emsiger betrieben. Es folgten in den letzten Jahrzehnten der (Mikro-)Film, die Schallplatte, das Magnetband, das Video, die Compact Disc und vor kurzem erst die CD-ROM.

Alle diese Unterlagen - von der mittelalterlichen Stadturkunde bis zum neuzeitlichen Mikrofilm oder digital gespeicherten Bild

- können im Leseraum des Archivs eingesehen werden. Das Stadtarchiv ist also öffentlich zugänglich. Es fördert durch Auskünfte, Gutachter-Veröffentlichungen oder Ausstellungen die Kenntnis der Stadtgeschichte, und es schreibt eine Stadtchronik. Man könnte es in einem Satz auch anders formulieren: Das Stadtarchiv baut Dämme gegen das Vergessen. Es ist der Wissensspeicher für das, was sich in Tübingen zugetragen und einen (schriftlichen oder bildlichen) Niederschlag gefunden hat.

Still und leise zerfällt das Archivgut

Wer genau das Papier erfunden hat und wann es erstmals hergestellt wurde, ist heute nicht mehr bekannt. Die frühen Papiere waren robust und langlebig. Unter günstigen Bedingungen erschien ihre Lebensdauer fast unbegrenzt. Der Sündenfall geschah erst um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Dem Papier wurden mehr und mehr fremde Stoffe, darunter vor allem Holzschliff, zugesetzt. Der Beschreibstoff wurde dadurch zwar billiger, aber - wie wir heute wissen - weniger haltbar. Der zweite Sündenfall ereignete sich erst in unseren Tagen und hieß „Recycling“. Papier wird seither immer wieder aufgearbeitet. Still und leise zerfällt das Schriftgut unserer Tage in den Regalen. Die Forschung hat sich zwar um Methoden bemüht, diesen Vorgang aufzuhalten. Was aber bleibt, sind die enormen Kosten, die für das Tübinger Stadtarchiv oft nicht erschwinglich sind. Dennoch wurden in den letzten Jahren viele Archivalien durch aufwendige Restaurierung vor dem Zerfall bewahrt oder durch eine Mikroverfilmung vor der weiteren Abnutzung geschützt.

Von der Daguerreotypie zur digitalen Bildspeicherung

Vor etwas mehr als 150 Jahren wurden in Paris die ersten brauchbaren Fotografien gemacht. Louis Daguerre hatte ein Verfahren entdeckt, mit dem silbrig beschichtete Metallplättchen belichtet und haltbare Bilder daraus entwickelt werden konnten. Schon wenige Monate später war seine Rezeptur auch in Tübingen bekannt. Soweit man heute weiß, entstanden damals 1839 auf dem Tübinger Schloß die ersten Daguerreotypien in Deutschland. Bald darauf ließen sich die ersten professionellen Fotografen in der Stadt nieder. Seither

wurden Tübingen und seine Bewohner ungezählte Male abgelichtet. Vieles davon muß heute aber als verloren gelten. Denn mehr als 100 Jahre sollte es dauern, bis man bei der Stadt eine erste Fotosammlung anlegte.

Erst seit den fünfziger Jahren wurden regelmäßig Abzüge beim Kulturamt gesammelt und in Mappen abgelegt. 1991 übernahm das Stadtarchiv die Verantwortung für diese Sammlung, die mittlerweile mehrere tausend Fotografien umfaßt, darunter die wertvollen „Nachlässe“ der Fotografen Paul Sinner und Hermann Bauer aus dem letzten Jahrhundert.

Die alten und seltenen Abzüge bereiten allerdings zunehmend konservatorische Probleme. Die Fotografien „bleichen aus“ oder werden brüchig. Sie leiden vor allem durch die häufige Benutzung. Selbst mit Handschuhen ist das Blättern in den Bildern ein zerstörerisches Werk.

In den letzten Jahren (1995-1997) wurde deshalb ein großer Teil der alten Fotos eingescannt und auf die Festplatte eines Computers gespeichert. Mit Hilfe einer Datenbank können sie nun am Bildschirm aufgerufen und betrachtet werden. Die Originale wurden unterdessen verpackt und müssen seither kaum noch benutzt bzw. strapaziert werden.

Flattichs Registratur und andere Schriftgutbestände

Zentrale Aufgabe des Stadtarchivs ist das Ordnen und Verzeichnen von Schriftgut, das bei den städtischen Ämtern anfällt und später dem Stadtarchiv zur dauernden Aufbewahrung übergeben wurde. Im Berichtszeitraum konnten einige für die Geschichte der Stadt herausragende Bestände dieser Art aufgearbeitet werden. Allen voran sei hier die sogenannte Flattich-Registratur (jetzt Bestand A 150) genannt, welche die Akten von Bürgermeistereamt und Hauptamt im Zeitraum von 1900 bis 1952 umfaßt. Mit rund 6000 Aktenfaszikeln, die sich über 90 laufende Regalmeter erstrecken, ist dieser Bestand momentan der umfangreichste im Stadtarchiv. Das Ergebnis der Verzeichnungsarbeiten ist in einem vierbändigen Findbuch aufgeführt. Gleichzeitig kann der Inhalt der Akten auch in einer Datenbank abgerufen werden.

Ein weiterer bedeutender Bestand, der durch eine umfassende Erschließung der heimatkundlichen und wissenschaftlichen

Forschung zugänglich gemacht werden konnte, ist der Bestand der städtischen Verwaltungsakten aus dem 19. Jahrhundert, welche beispielsweise einen Einblick in die Massenarmut oder in die Anfänge der Industrialisierung vermitteln.

Zu den wichtigsten Neuzugängen von Schriftgut nichtstädtischer Herkunft zählt die Übernahme des Archivs der TSG, des ältesten Tübinger Sportvereins. Als weitere Bestände aus Vereins- bzw. Privatbesitz seien hier exemplarisch erwähnt: die Unterlagen der Tübinger Schützengesellschaft und der Nachlaß von Hans Rath, dem letzten Schultheißen von Lustnau und Landespolitiker in der Weimarer Republik.

Stadtbild im Wandel

„Das Stadtarchiv fördert ... die Kenntnis der Stadtgeschichte durch eigene Untersuchungen, Veröffentlichungen und Ausstellungen“. So steht es in der Benutzungsordnung des Archivs von 1980. Diesem Auftrag wurde in den vergangenen Jahren durch mehrere größere Projekte nachgekommen, darunter die Ausstellung „Das Tübinger Stadtbild im Wandel“, die 1994 im Stadtmuseum gezeigt wurde und mit etwa 6000 Besuchern besonders erfolgreich war. Der zugehörige Katalog erlebte wegen der starken Nachfrage eine zweite Auflage.

Besondere Beachtung wurde auch der Ausstellung „Herausgeputzte Renaissance“ zuteil, die der Verein der Freunde des Stadtmuseums 1996 im Kornhaus zeigte. Der begleitende Katalog entstand unter maßgeblicher Beteiligung des Stadtarchivs und beschäftigte sich mit einer prächtig bemalten Putzdecke, die völlig überraschend in einem kleinen Weingärtnerhaus der Tübinger Unterstadt entdeckt worden war.

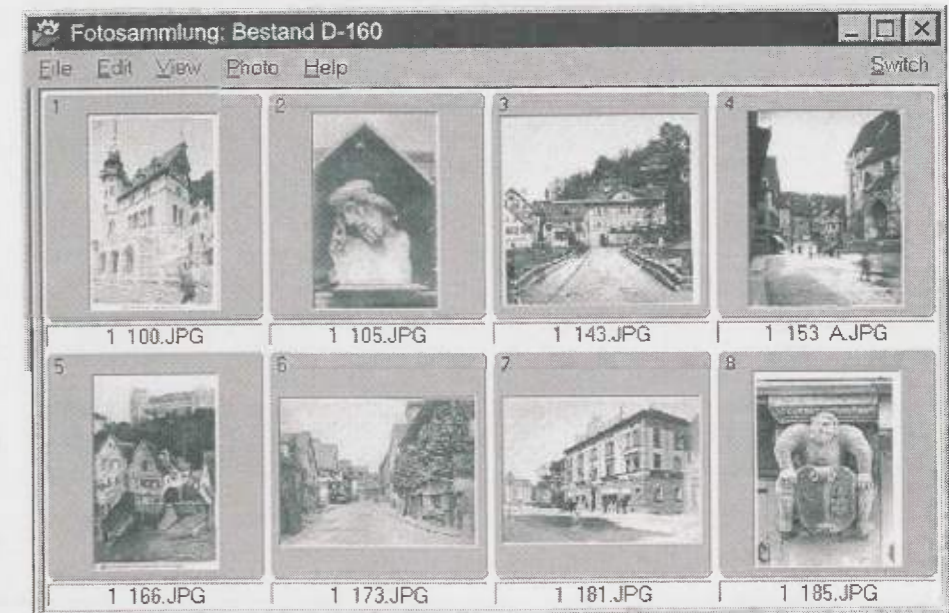
Erfreulichen Zuspruch fand auch die Fotoausstellung „Tübingen vor 40 Jahren. Ein Stadtporträt des Fotografen Paul Swiridoff“. Dieses Projekt wurde 1998 in Zusammenarbeit mit der Tübinger Volksbank realisiert, mit deren Hilfe mehr als 1.000 Aufnahmen des bekannten Fotografen erworben werden konnten.

Namhaftes am Straßenrand

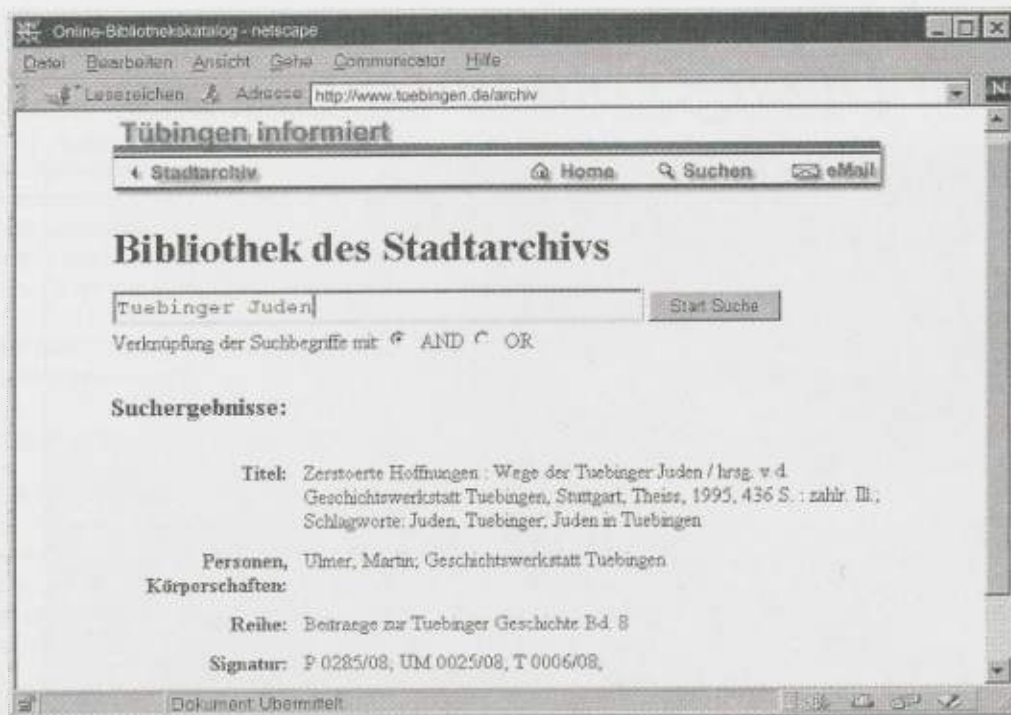
Einem Beschluß des Gemeinderats zufolge



Oben: 1994 zeigte das Stadtarchiv die Ausstellung „Das Tübinger Stadtbild im Wandel“. Der Begleitband erlebte wegen der starken Nachfrage eine zweite Auflage.

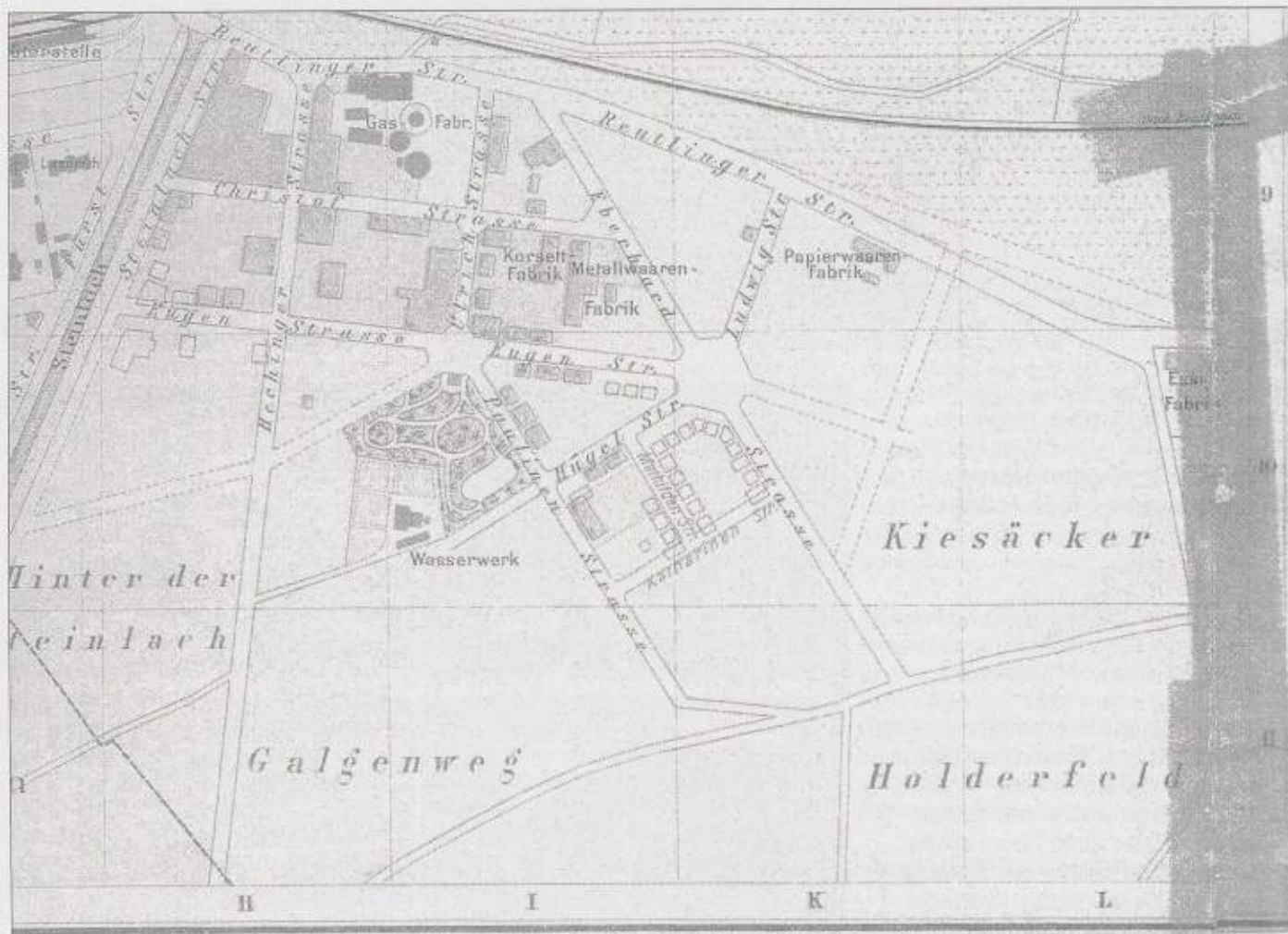


Rechts: Historische Fotografien sind empfindlich und leiden ganz besonders unter der Benutzung. In den letzten Jahren wurde deshalb ein großer Teil der alten Fotos eingescannt und ist seither am Bildschirm abrufbar. Die wertvollen Originale werden auf diese Weise geschont.



Links: Das Stadtarchiv verfügt über eine umfangreiche Bibliothek zur Geschichte und Gegenwart Tübingens. Die Titelaufnahmen – es sind mehr als 30.000 – sind auch online im Internet abrufbar unter www.tuebingen.de/archiv.

Unten: Ausschnitt aus dem Tübinger Stadtplan von 1903. Der wertvolle Farbdruck ist nicht alterungsbeständig und zerfällt – wie die meisten modernen Papiere – im Laufe der Zeit. Unsachgemäße Reparaturen mit Tesafilm (am rechten Bildrand) verursachen zusätzliche Schäden.



ge tragen seit 1992 alle nach Personen benannte Straßen erläuternde Zusatzschilder mit biographischen Daten. Die Recherchen für diese Texttafeln führte das Stadtarchiv durch. Es war kein einfaches Unterfangen, denn rund ein Drittel der Tübinger Straßennamen sind nach Personen oder Familien benannt, darunter viele, die einen direkten Bezug zu Stadt und Region haben. Aufmerksame Passanten erhalten hiermit Hinweise zur Kultur- und Stadtgeschichte Tübingens. Auch manche Deutungsfallen ließen sich durch die zusätzliche Beschriftung beseitigen. So hat das Wienergäßle nichts mit der Hauptstadt Wien zu tun, sondern ist nach einem im Mittelalter dort lebenden Anwohner namens Weener benannt. Die Biesingerstraße und die Esslingerstraße erinnern an dort ehemals begüterte Tübinger Familien. Die Isoldenstraße zeichnet kein Mitglied des württembergischen Herrscherhauses aus, wie in diesem Viertel häufig der Fall, sondern die Dichterin Isolde Kurz, die ihre Jugendjahre und letzten Monate in Tübingen verlebte. Die Weberstraße verweist nicht auf ein altes Handwerk, sondern ehrt das Ehepaar Mathilde und Heinrich Weber, das die Tübinger Armen unterstützte.

Tübingen goes online

1996 wurde dem Stadtarchiv die Federführung beim Aufbau der WebSite der Stadt Tübingen übertragen. Nach einer relativ kurzen Vorbereitungsphase konnten Ende April 1997 ca. 500 Seiten im Internet online gegeben werden. Unter der Adresse <http://www.tuebingen.de> sind seither umfangreiche Informationen über die Ämter und Einrichtungen der Stadtverwaltung abrufbar. Ein Kapitel „Was erledige ich wo“ enthält ca. 400 Einträge zu Dienstleistungen, die die Stadt für ihre Bürger erbringt. Ein virtueller Stadtrundgang wendet sich an auswärtige Besucher, denen für die Anreise nicht nur Übersichtspläne, sondern auch der komplette amtliche Stadtplan angeboten wird. Als kleiner Werbegag wurde eine WebCamera auf dem Rathausdach installiert, die regelmäßig ein aktuelles Bild vom Tübinger Marktplatz aufzeichnet. Passend dazu kann auch das Rathausglockenspiel angehört werden. Die Verwaltung ist per eMail stadt@tuebingen.de erreichbar.

Partnerschaften

1998 wird Tübingens älteste Städtefreundschaft mit Monthey/Wallis/Schweiz 39 Jahre, die jüngste partnerschaftliche Verbindung mit Petrosawodsk/Karelien/GUS acht Jahre alt. 2000 bis 2400 Personen aus allen zehn Städten begegneten sich in den letzten Jahren in der eigenen oder in der Partnerstadt (Begegnungen pro Jahr, bezogen auf die letzten fünf Jahre: mit Aix 470, mit Petrosawodsk 380, mit Perugia 280, mit Durham 170, mit Aigle 120, mit Ann Arbor 90, mit Monthey ebenfalls 90, mit Kingersheim 60, mit Kilchberg 50, mit Villa el Salvador 30 bis 1995). Dazu kamen jährlich 600 bis 700 Begegnungen u.a. der Schulen mit Nicht-Partnerstädten, da es in den Partnerstädten nicht genug Interessierte gab. Die Zahlen allein zeigen, daß gegenseitiges Interesse auch heute lebendig ist. Die 1989/90 aufgenommene Verbindung nach Rußland wurde von beiden Stadtverwaltungen unter bis heute großer Bürgerbeteiligung engagiert aufgebaut. Die Chance, die Partner im Osten bzw. im Westen kennenzulernen und von ihrer Situation zu erfahren, wird von beiden Seiten weiter stark genützt. Wie mit den älteren Partnerstädten gibt es hier Schüleraustausche (seit 1990, seit 1991 regelmäßig zwischen dem Carlo-Schmid-Gymnasium und der Schule Nr. 5, sporadische Begegnungen des Kepler-Gymna-

siums mit Schule Nr. 1 und eine soeben eingegangene Verbindung der Waldorfschule mit der Schule Nr. 45), ungezählte Begegnungen von Sport-, Tanz-, Musik- und Theatergruppen sowie Austausch von offiziellen Delegationen und damit Petrosawodsker Präsenz bei Tübinger Stadtfesten sowie bei Vereinsjubiläen oder sportlichen Wettkämpfen.

Außergewöhnlich waren die von der West-Ost-Gesellschaft und der Stadt mehrfach organisierten Bürgerbegegnungen von bis zu 200 Personen, wobei den Tübingern besondere Möglichkeiten zum Austausch geboten waren, da sie ab St. Petersburg die Reise zusammen mit Kulturgruppen aus Petrosawodsk per Schiff fortsetzten. Die Unterbringung in Familien hier und dort gewährten den Erwachsenen Einblicke zum Verständnis des Partners, wie sie sonst nur Schülern beim Austausch offenstehen.

Eine andere Besonderheit sind mehrwöchige oder mehrmonatige Praktika in sozialen Einrichtungen, Krankenhäusern, Firmen oder Handwerksbetrieben, die das Kultoramt seit mehreren Jahren für Petrosawodsker/innen vermittelt. Zudem fördert die Stadt zwei bis drei Lehrer/innen oder Studierende aus Petrosawodsk, Multiplikatoren für die deutsche Sprache, ebenfalls seit mehreren Jahren, durch Stipendien für den Internationalen Sommerkurs der Universität Tübingen.



Gern gesehene Gäste: Volkstanzgruppe aus Petrosawodsk

Die Altpartnerstädte, allen voran Aix-en-Provence, hatten 1991 wissen lassen, daß sie die Bedeutung unserer westlichen Partnerschaften nach der deutschen Vereinigung und der daraus folgenden Öffnung nach Osten nicht geringer, sondern im Gegenteil als noch wichtiger einschätzten. Und in der Tat hat die Partnerschaft mit Petrosawodsk den Austausch unter den Altpartnerstädten nicht beschnitten. Als neue Tendenz gab es hier in den letzten Jahren häufiger Begegnungen auf professioneller Ebene, wo es vor allem um Zusammenarbeit und weniger um unbeschwertes Zusammensein ging und geht: Zum Thema Stadt und Stadterneuerung befaßten sich Architekten und Amtsleiter aus Aix und Tübingen in Vorträgen und mit Ausstellungen mit den neuen Stadtteilen „Sextius-Mirabeau“ und dem „Französischen Viertel“, Pädagoginnen der Tübinger Kindertageseinrichtungen waren für einen Vergleich der Arbeitskonzepte in Perugia und zeigten den Peruginer Kolleginnen und Kollegen dann in Tübingen das eigene Arbeitsfeld. Mitarbeiter der Entsorgungsbetriebe Tübingen besuchten Kollegen in Aix, stießen dort mit der Initiative offene Türen ein und haben zum



Erfahrungsaustausch: Mitarbeiter der EBT in Aix-en-Provence (Oktober 1997)

Gegenbesuch 1998 neben den Aixern noch Peruginer Kollegen eingeladen. Grundschullehrer/innen aus Aix-en-Provence, Perugia und Tübingen, zuletzt auch aus Bath, der englischen Partnerstadt von Aix, engagieren sich seit drei Jahren im Rahmen eines Comenius-Projektes zur Förderung von europäischem Bewußtsein schon in der Grundschule und treffen in Abständen zu vollgepackten Sitzungen

zusammen. Die Beteiligten verlangen sich dabei gegenseitig viel ab. Die Sprache ist (noch) eine beträchtliche, aber keine unüberwindliche Hürde.

Auch beim Schüleraustausch zeugen (überrigens sorgfältig gearbeitete) Dokumente über die einzelnen Begegnungen von der Bereitschaft, sich im Rahmen des Begegnungsprogramms mit einem Thema zu befassen und die eigene Recherche anderen schriftlich vorzustellen.

Ein Anstoß zu mehr individuellen Schüleraustauschen kam in jüngster Zeit von der rührigen neuen Partnerschaftskommission in Monthey. Hier haben die Beziehungen - nach einigen Jahren mit wenig Kontakten - seit 1994 einen schönen Aufschwung genommen; neben einer Schulpartnerschaft (Geschwister-Scholl-Schule und Cycle d'Orientation de Monthey), Austausch von Delegationen, Kulturaustausch (jüngst eine in beiden Städten gezeigte Fotoausstellung „Monthey-Tübingen“) kamen inzwischen zwei Dutzend Jugendliche individuell zusammen: Die Beschäftigung mit der eigenen Gruppe entfällt, und die Gäste integrieren sich besser in die neue Familie.

Aus County Durham wurden in den letzten Jahren interessante Schüler-Projekte vorgeschlagen, darunter Außensport-Camps und eine Begegnung Jugendlicher aus sieben europäischen Ländern, die sich über ihr gegenseitiges Bild befragten („As others see us“). Erfreulich sind feste Beziehungen, die aus einem Schriftsteller-austausch (1987 - 1991) und einem Maler- und Fotografenaustausch (1991-92) erwachsen sind. Tony Sutcliffe, langjähriger International Officer des Durham County Council und in Tübingen wohlbekannt, ist im April 1997 in Pension gegangen. Brian Stobie, sein langjähriger Mitarbeiter, führt Tony Sutcliffes Begegnungsarbeit mit Tübingen engagiert fort.

Eine weitere Neuerung in den Partnerschaftsbeziehungen ist der Umbrisch-Provenzalische Markt: Zum dritten Mal werden im September 1998 in Tübingen heimische Produkte zusammen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Textilien, Backwaren, Seifen, Keramik und vielem mehr aus den Partnerstädten Aix und Perugia feilgeboten.

Zum 25. Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Aigle im Herbst 1998 (seit 12. Oktober 1973) wird das „Ensemble Vocal du Chablais“ am 19. September 1998 in der Tübinger St. Johannes-Kirche ein Konzert



Pantomimen aus Perugia auf dem Umbrisch-Provenzalischen Markt am 21./22.09.1996

für Chor und Orgel geben (im Rahmen des Umbrisch-Provenzalischen Markts). Auch eine offizielle Delegation hat ihr Kommen zugesagt. 1999 runden sich weitere Partnerschaftsgeburtstage: Tübingen ist dann 40 Jahre mit Monthey verbunden, 30 Jahre mit der Grafschaft Durham und 15 Jahre mit Perugia; im Jahr 2000 40 Jahre mit Aix-en-Provence und 10 Jahre mit Petrosawodsk.

Wo drückt wen die finanzielle Not?

Das Sozialamt

Wachsende Aufgaben, steigende Ausgaben und schwindende Finanzkraft der Kommunen stellten die Sozialverwaltung in den neunziger Jahren vor besondere Anforderungen. Ein neues Selbstverständnis war gefragt, das zwischen den Polen Bescheidenheit und Konzentration bezüglich der eigenen Aufgabenwahrnehmung einerseits und gesamtstädtischer Verantwortung in Form von Steuerung der Prozesse des Sozialen weit über die eigene Aufgabenwahrnehmung hinaus andererseits ein neues Gleichgewicht etablieren mußte.

Im Berichtszeitraum stieg die Zahl der Asylbewerber bis zum Jahr 1993 so sprunghaft an, daß die Stadt zeitweise in größte Nöte geriet, Unterkünfte zu akzeptablen Bedingungen anzumieten und die Fallzahlen personell zu bewältigen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Sozialhilfefälle stetig und erheblich an, war der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz planerisch und real zu bewältigen.

Kindertageseinrichtungen

In den Jahren 1990 - 1997 sind in Tübingen insgesamt 16 Kindertageseinrichtungen eröffnet worden, davon 11 in städtischer Trägerschaft. Dies sind in der Reihenfolge ihres Entstehens:

- Kindergarten Hegelstraße (1990)
- Kindergarten Mathildenstraße 32(1992)



Kinderhaus Alte Mühle

- Kindergarten Mathildenstraße 34(1992)
- Kinderhaus Alte Mühle, (1992)
- Kinderhaus Horemer, (1992)
- Schülerhort Mathildenstraße (1993)
- Kinderhaus Weststadt, (1993)
- Kindergarten Herrlesberg, (1994)
- Kindertageseinrichtung Mauerstraße, (1995)
- Kindergarten -Provisorium Klein-Herrlesberg (1996)
- Kindergarten Tübingen-Bühl (1997)



1992 neu eröffnet: Kinderhaus Horemer

Insgesamt betreibt die Stadt heute 44 Einrichtungen. Dabei stellt sich die Platzverteilung im Vergleich zum Jahr 1990 wie folgt dar:

	1990	1997
Plätze für Kinder im Alter von 0 - 3	37	66
Plätze für Kinder im Alter von 3 - 6 davon	1 497	1 903
Kindergartenplätze	1 403	1 717
Ganztagsplätze	94	255
Plätze für Schulkinder	101	186

In freigemeinnütziger Trägerschaft wurden im Berichtszeitraum folgende Einrichtungen eröffnet:

- ökumenischer Kindergarten Janusz-Korczak, 1992
- Villa Kunterbunt, 1993
- Kindergarten Huberstraße, 1993
- Kindergarten Wächterstraße, 1994
- Waldkindergarten, 1996

Besonders erwähnenswert ist hier der Waldkindergarten, der konzeptionell auf ein "richtiges Haus" verzichtet und mit einer - allerdings wunderschönen - Schutzhütte vorlieb nimmt. Ansonsten durchstreifen die Kinder die Wälder des Spitzbergs.

Die Platzverteilung in den Einrichtungen freigemeinnütziger Träger im Vergleich zwischen 1990 und 1997:

	1990	1997
Plätze für Kinder im Alter von 0 - 3	38	60
Plätze für Kinder im Alter von 3 - 6 davon	976	1 056
Kindergartenplätze	820	882
Ganztagsplätze	156	174
Plätze für Schulkinder	30	30

Die Aktivitäten der Stadt und der freien Träger haben dazu geführt, daß die Stadt Tübingen dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der seit Januar 1996 besteht, derzeit ohne Schwierigkeiten gerecht werden kann. Die Kindergartenbedarfsplanung sieht einen weiteren Ausbau um 279 Plätze vor, der vor allem durch Baugebiete und damit verbundene steigende Einwohnerzahlen notwendig wird. Konzeptionell zeichneten sich die 90er Jahre durch den Ausbau von Ganztagesplätzen und die Erweiterung der Altersmischung in den Einrichtungen und Gruppen aus. Die weitestgehende Mischung findet man derzeit in den Einrichtungen Horemer und Mauerstraße mit Kindern im Alter von 1 - 10 Jahren; die Einrichtung Mauerstraße ist auch wegen ihrer Belegplätze für die Universität Tübingen interessant. Die Universität ist berechtigt, 12 der insgesamt 17 Plätze der Tageseinrichtung in eigener Zuständigkeit zu vergeben und nutzt diese Möglichkeit mit Erfolg für die Frauenförderung. Dafür erstattet die Universität der Stadt die Betriebskosten.

Gemischt sind die Kindertageseinrichtungen heute nicht nur in Bezug auf das Alter der Kinder, sondern auch bezüglich unterschiedlicher Betreuungsformen wie Kindergarten- und Tagheimplätzen. Auf diese Weise ist es möglich, dem unterschiedlichen Betreuungsbedarf der Eltern auch wohnortnah gerecht zu werden.

Diese konzeptionellen Veränderungen innerhalb der Abteilung Kindertageseinrichtungen, weg vom klassischen Kindergarten bzw. Ganztagesbetrieb und hin zu erweiterter Alters- und Betriebsformenmischung, bedürfen intensiver fachlicher Begleitung der Einrichtungen, verlangen den pädagogischen Mitarbeiterinnen Offenheit und Flexibilität ab und sind auf enge Zusammenarbeit mit der Elternschaft angewiesen.

Ein weiterer Beitrag dazu, Betreuungsplätze bedarfsgerecht anzubieten, ist die Entwicklung des Schulkindkonzepts im Jahr 1996. Hier wird vorgeschlagen, zwischen Erweiterten Öffnungszeiten (Baustein I) und traditionellem Hort (Baustein III) ein Angebot für den "mittleren Betreuungsbedarf" einzurichten. Das Angebot soll eine Betreuung bis 14 Uhr und Mittagessen enthalten, es wurde zunächst im Schülerhort Neckarhalde (mit einigen Abstrichen) eingeführt.

Zuschüsse an freie Träger

Die schwindende Finanzkraft der Kirchen auf der einen Seite und die neuen Trägerstrukturen auf der anderen Seite machten es notwendig, die Bezuschussung freier Träger im Bereich Kindertageseinrichtungen neu zu überdenken. Ein Antrag der beiden Kirchengemeinden auf Zuschußerhöhung und erhebliche Defizite zweier Elterninitiativen waren konkreter Anlaß zur Diskussion im Gemeinderat. Klar war, daß die Elterninitiativen, also die neuen "kleinen freien Träger", ihre Arbeit würden aufgeben müssen, falls keine andere Regelung gefunden würde.

Anfang 1996 beschloß deshalb der Gemeinderat die stufenweise Erhöhung der Übernahme des Abmangels bei den "großen Trägern", also im wesentlichen den Kirchengemeinden, von 66 2/3 % auf 70 % im Jahr 1997, 73 % im Jahr 1998 und 75 % im Jahr 1999. Den "kleinen Trägern", also Trägern ohne eigene Finanzmittel, wurde zugestanden, daß der Abmangel bis zu 90 % der Kosten, die der Stadt bei dem Betrieb einer vergleichbaren Einrichtung entstehen würden, übernommen wird. Mit diesem Beschluß konnte die Beteiligung freier Träger am Aufgabenbereich Kindertagesstätten im gleichen Ausmaß wie bisher sichergestellt werden.

Einsparungen und Mehreinnahmen

Dem intensiven Ausbau standen Bemühungen gegenüber, durch die Nutzung von Einsparmöglichkeiten und Mehreinnahmen die Belastung des städtischen Budgets in Grenzen zu halten. Ein erster Schritt zur Einsparung waren die Strukturveränderungen in den Kindergärten, die Anfang 1995 vom Gemeinderat beschlossen wurden. Im Rahmen dieser Strukturveränderungen wurde eine in Tübingen bisher neue Form des Kindergartens geschaffen: der Kindergarten mit zwei Nachmittags-Öffnungszeiten. Die wöchentlichen Öffnungszeiten werden in diesem Modell von 40 auf 34 Stunden reduziert, sofern die Nachmittagsbelegung des Kindergartens im Durchschnitt unter 10 anwesenden Kindern liegt. Heute sind von insgesamt 33 Kindergärten 19 Einrichtungen 40 Stunden und 14 Einrichtungen 34 Stunden geöffnet.

Den langen Diskussionen um sozialverträgliche Kindergartengebühren setzte der Gemeinderat mit seinen Beschlüssen zur gestaffelten Erhebung von Kindergartengebühren ein vorläufiges Ende. Seit Januar 1996 werden die Gebühren in den städtischen Kindertageseinrichtungen gestaffelt nach Einkommen, Kinderzahl und Betreuungszeit erhoben. Zwar wurde die erste 3stufige Staffel nach 1jähriger Probezeit überarbeitet und in eine 4stufige Staffel umgewandelt, grundsätzlich aber wurde das Konzept beibehalten. Die Unterschiede sind offensichtlich: Während ein Kindergartenplatz bis 1990 noch für alle Eltern 50 DM kostete, variiert die Gebühr für den Kindergartenplatz heute von 0 bis 260 DM. Die Gebührenfestsetzung basiert auf einer Selbsteinschätzung der Eltern. Nur ein Viertel der Fälle wird kontrolliert, mit zunehmend stimmigerem Ergebnis. Insgesamt kann man feststellen, daß sich das System der gestaffelten Gebühren bewährt hat.

Einsparungen konnten einerseits durch Schließungen von Gruppen in überversorgten Gebieten (abgebaut wurden 147 Plätze) erreicht werden, andererseits durch Abbau von Standards für Mitarbeiterinnen und Nutzer:

- Reduzierung der Personalausstattung in den Kindergartengruppen,
- Reduzierung von Verfügungszeiten,
- Besetzung der Zweitkraftstellen mit Kinderpflegerinnen,

- Abbau des übertariflichen Urlaubs,
- Abdeckung von einem Drittel der Zweitkräfte mit Anerkennungspraktikantinnen

Jugendarbeit

Die Arbeit der Abteilung Jugend war in den Jahren 1990 - 1997 gekennzeichnet durch folgende Schwerpunkte: Erweiterung der Angebote in den Ortschaften und Stadtteilen, inhaltliche Neukonzeptionen der bestehenden Einrichtungen, vor allem unter den Gesichtspunkten Vernetzung und Kooperation, grundlegende Umgestaltung des Sommerferienprogramms sowie die Entwicklung und Vorstellung von Ideen und Modellen für die Einrichtung eines Mitbestimmungsgremiums an der Tübinger Kommunalpolitik für Kinder und Jugendliche.

Nach vielen Gesprächen und Diskussionen in den Ortschaftsräten konnten 1990 neben den bereits bestehenden Jugendtreffs in Weilheim und Kilchberg in den Ortschaften Bühl und Hagelloch zwei weitere Einrichtungen in Betrieb genommen werden. Beide Jugendtreffs sind selbstverwaltet, das heißt, die Jugendlichen sind für die Organisation und den Betrieb nach vorher ausgehandelten Richtlinien mit dem jeweiligen Ortschaftsrat und der Abteilungsleitung selbst verantwortlich.

Nach fast 15jährigen Überlegungen und Planungen wurde endlich im November 1996 im Stadtteil Lustnau, gegenüber dem Egeria-Gelände, ein Jugendtreff eröffnet. Dieser Treff liegt in Verantwortung eines eigens gegründeten Vereins zur Förderung und Betreibung eines Jugendtreffs in Lustnau e.V.

Allen drei Einrichtungen ist eines gemein: Ohne die engagierte ideelle und materielle Unterstützung der Bevölkerung der jeweiligen Ortschaft bzw. des Stadtteils und ohne die tatkräftige Eigenarbeit der Jugendlichen wären diese Treffs nicht entstanden und könnten auch nicht auf Dauer existieren.

Die Abteilung selbst konnte 1994 im ehemaligen Loretto-Kasernengelände und 1997 im ehemaligen Hindenburg-Kasernengelände zwei neue Einrichtungen in Betrieb nehmen. Der Jugendtreff bei den Pferdeställen im Hindenburggelände wird vom Team des Jugendhauses Pauline mitbetreut und hat zur Zeit an drei Nachmittagen/Abenden geöffnet. Eine weiter-

gehende Konzeption für diesen Treff, der noch ausbaufähig ist, wird in Verbindung mit dem Zuzug von Familien in dieses neue Wohn- und Gewerbequartier notwendig werden.



Jugendtreff bei den Pferdeställen

Die Einrichtung "Kazonga" am Lorettoplatz beherbergt ein Büro, mehrere unterschiedlich große Sport- und Gymnastikräume sowie eine Holzwerkstatt. Das Gebäude wird betreut von einem Mitarbeiter der Abteilung Jugend, der hier mit einem neuen Konzept zur arbeits- und bewegungsorientierten Sozialarbeit sowohl Einzelfallhilfen vor allem für arbeitslose oder in anderen schwierigen Situationen stehende Jugendliche oder junge Erwachsene anbietet als auch mit unterschiedlichen Gruppen im sportlichen oder handwerklichen Bereich arbeitet. Desweiteren wird das Gebäude gegen Entgelt von vielen Gruppen und Initiativen genutzt, die sich dem Gesamtkonzept, vor allem auch der tatkräftigen Mithilfe beim Putzen und Instandhalten des Gebäudes verpflichtet fühlen. Auch hier muß eine weitergehende Konzeption noch entwickelt werden.

Zuletzt ist in diesem Zusammenhang noch die Musikwerkstatt zu erwähnen, die zwar schon 1988 eingerichtet wurde, damals aber finanziell und organisatorisch auf so wackeligen Füßen stand, daß ein Weiterbestehen sehr fraglich war.

Die Musikwerkstatt hat mittlerweile in den Katakomben des Sudhauses ihre endgültige Bleibe gefunden. Mit zwei fest angestellten Honorarkräften (seit 1991) und einem/r Praktikanten/in sowie mehreren

ehrenamtlichen Mitarbeitern/innen ist sie eine nicht mehr wegzudenkende jugendkulturelle Einrichtung für Tübingen geworden. Hier können Jugendliche auch ohne Vorerfahrungen unter Anleitung Rock- und Popmusik erlernen, im Gruppenrahmen erste Band-Erfahrungen sammeln und im günstigsten Fall als Band zusammenbleiben, wobei auch dann noch für eine gewisse Zeit eine Betreuung durch die Musikwerkstatt möglich ist.

Mit den oben beschriebenen neuen Einrichtungen ist die Abteilung ihrem konzeptionellen Ziel, in Tübingen möglichst flächendeckend für Kinder und Jugendliche sinnvolle Freizeitangebote vorzuhalten, ein großes Stück näher gekommen. Die vergangenen 8 Jahre waren aber auch geprägt von inhaltlichen Umstrukturierungen der bestehenden Einrichtungen. Die sich bereits Ende der 80er Jahre abzeichnende Verjüngung des Publikums und die zunehmend wichtiger werdende Rolle der Jugendhäuser bei der Hilfestellung in problematischen und schwierigen Lebenssituationen vieler Kinder und Jugendlicher machten es notwendig, die Angebote der Einrichtungen weiter zu differenzieren. So

wurde der offene Betrieb eingeschränkt zugunsten eines Programmangebots, das auf Bedürfnisse, Alter und nicht zuletzt Geschlecht der Kinder und Jugendlichen abgestimmt ist. Die deutlichste Umstrukturierung hat das Jugendhaus Pauline erfahren, das für die neuen Anforderungen im Jahr 1992 für 250.000 DM umgebaut wurde, um eine bessere Trennung von offener Arbeit und Gruppenbereich zu ermöglichen.

Völlig umstrukturiert wurde in den vergangenen Jahren das Tübinger Sommerferienprogramm. Durch die Gewinnung vieler Tübinger Vereine und Verbände, aber auch von Einzelpersonen zur Mitarbeit konnte den Tübinger Kindern im Sommer 1997 ein Programm mit 144 Einzelangeboten präsentiert werden, das allgemeine Anerkennung fand. Dieses umfangreiche Programm bedurfte aber der Einrichtung einer eigenen Arbeitsgruppe innerhalb der Abteilung. Das Team des Jugendforums Waldhäuser Ost ist seit 1994 mit dieser anspruchsvollen Aufgabe betraut.

Bereits im Sommer 1992 startete die Abteilung im Rahmen des Ferienprogramms einen ersten Versuch mit einem Kindergemeinderat. Engagierte Jugendliche aus dem Stadtjugendring und den Schülermitverwaltungen der Tübinger Gymnasien folgten im gleichen Jahr im Herbst mit



Sommerferienprogramm 1997: Bootsausflug . . .



... und Zirkusbesuch

einem Jugendparlament. Die Kinder und Jugendlichen, die sich hier engagierten, waren weder gewählt, noch gab es eine feste Struktur. Es war ein erstes Erproben von Mitbestimmungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. Beide Parlamente tagten einige Male, konnten aber wegen der fehlenden Struktur nicht kontinuierlich arbeiten und schliefen wieder ein. Die Erfahrungen waren aber insgesamt durchaus positiv; desweiteren erhielt die Verwaltung mehrere Anfragen von Kindern und Jugendlichen, ob nicht auch in Tübingen, ähnlich wie in anderen Städten, ein Kinder- oder Jugendgemeinderat eingerichtet werden könne. Daraufhin beauftragte der Sozialausschuß die Verwaltung, die Einrichtung eines Mitbestimmungsgremiums für Kinder und Jugendliche in Tübingen vorzubereiten. Ein erstes gemeinsames Plenum hat stattgefunden mit dem Ergebnis, daß sich ca. 20 Schülerinnen und Schüler in einer Arbeitsgruppe mit der Entwicklung eines Modells für Tübingen beschäftigen wollen. Der Entwurf eines solchen Modells kann voraussichtlich im Herbst 1998 vorgestellt werden.

Sozialhilfe

Die Stadt Tübingen nimmt die Aufgabe der Sozialhilfegewährung in Delegation des Landkreises wahr. Für diese Regelung sprechen zahlreiche Gründe; die wichtigsten sind die besseren Möglichkeiten des persönlichen Kontakts zu den Hilfesuchenden und die Möglichkeit, die städtischen Ressourcen insgesamt besser zu nutzen. Bis 1994 erhielt die Stadt für die ihr durch diese Aufgabe entstehenden Personal- und Sachkosten keinerlei Entschädigung. Durch Inkrafttreten des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetz zum Januar 1994, das erstmalig die Möglichkeit einer Kostenerstattung gesetzlich vorsah, wurde zwischen Landkreis und Stadt 1994 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen, aufgrund derer der Stadt zwei Drittel der Personalkosten ersetzt wurden. Kaum mehr als ein Jahr nach Abschluß der Vereinbarung stand die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wieder auf dem Prüfstand; sie wurde von der Stadt im Februar 1996 gekündigt. Nach eingehenden Verhandlungen einigten sich Landkreis und Stadt Tübingen auf die Weiterführung der Delegation unter folgenden Bedingungen:

- Die Stadt erhält für die ihr durch die Delegation entstehenden personellen und sächlichen Verwaltungskosten eine Kostenerstattung von 80 %.
- Die Laufzeit dieser Vereinbarung beträgt mindestens 8 Jahre.

Entwicklung der Fallzahlen außerhalb von Einrichtungen

(Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen)

Im Sozialhilfereich ist die Entwicklung der Fallzahlen für die Kostenentwicklung maßgeblicher als die Personalkosten. Die Fallzahlen stiegen in den Jahren 1990 bis 1997 im Bereich der Hilfen außerhalb von Einrichtungen, also der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Hilfen in besonderen Lebenslagen, stetig an. 846 Fällen im Jahr 1990 stehen 1.213 Fälle im Jahr 1997 gegenüber, das entspricht einem Anstieg um 43 %.

Fallzahlen

(außerhalb von Einrichtungen)

1990	91	92	93	94	95	96	97
846	781	838	852	1098	1121	1148	1213

Auf Sozialhilfe angewiesen sind vor allem folgende Personengruppen:

- alleinerziehende Mütter und Väter,
- Arbeitslose,
- Wohnungslose.

Hilfen zur Arbeit - die KomAG

Die zunehmende Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Belastung der kommunalen Haushalte durch die immer stärkere Finanzierung der Kosten von Arbeitslosigkeit über die Sozialhilfe veranlaßte das Sozialamt, über neue Wege in der Hilfe zur Arbeit nachzudenken. Zwar hatte das Amt bereits 1983 die Möglichkeit aufgegriffen, Hilfeempfänger zu beschäftigen und bis 1996 ständig 50 Stellen bei der Stadt, bei freigemeinnützigen Trägern oder auf dem sogenannten 2. Arbeitsmarkt besetzt. Um dem wachsenden Problemdruck zu begegnen, vor allem aber, um für Sozialhilfeempfänger auch Stellen auf dem 1. Arbeitsmarkt zu gewinnen, wurde im Jahr 1996 eine Kommunale Arbeitsförderungsgesellschaft (KomAG) gegründet, die zum Januar 1997 ihre Arbeit aufnahm. Gesell-

schafter sind die Landkreise und Städte Tübingen und Reutlingen sowie die freigemeinnützigen Beschäftigungsträger. Bereits im Jahr der Gründung konnten 55 Personen direkt auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, über 80 Hilfeempfänger wurden durch die Aktivitäten der KomAG motiviert, sich selbst eine Arbeit zu suchen und schieden aus dem Hilfebezug aus.

Entwicklung der Fallzahlen in Einrichtungen

Im Bereich der Hilfen in Einrichtungen (das sind ganz überwiegend Einrichtungen der Altenhilfe) ist dagegen ein Rückgang zu verzeichnen. Sie fielen von 284 im Jahr 1990 auf 230 im Jahr 1997, das entspricht einem Rückgang um 20 %. Der Rückgang ist zum einen auf einen Abbau von Plätzen im Altenheimbereich, zum anderen auf das Inkrafttreten der Pflegeversicherung im Jahr 1996 zurückzuführen.

Fallzahlen

(in Einrichtungen)

1990	91	92	93	94	95	96	97
284	280	280	275	272	266	256	230

Altenhilfe und Pflege

Das Bürgerheim entwickelte sich in den 90er Jahren immer mehr zu einem Pflegeheim für altersverwirrte Menschen; ca. 40 bis 50 Pflegebedürftige wurden durchschnittlich betreut. Dabei litt die Pflege zunehmend unter den schlechten baulichen Voraussetzungen, die das dringend saniierungsbedürftige Haus gerade auch für diese schwierige Arbeit bot.



Sanierungsbedürftig: das Bürgerheim

Ein erstes Sanierungskonzept, das die Umwandlung des Bürgerheims in ein traditionelles Pflegeheim vorsah, wurde vom Gemeinderat nicht befürwortet. 1994 wur-

de, aufbauend auf den Ergebnissen des 1993 fertiggestellten städtischen Altenkonzepts zusammen mit Vertretern/innen des Gemeinderats und Experten eine neue Konzeption erarbeitet, die 1995 unter dem Titel: "Servicezentrum Bürgerheim" dem Rat vorgestellt wurde. Sie enthält folgende Bestandteile:

- Dauerpflege (31 Plätze)
- Kurzzeitpflege (4 Plätze)
- Tages- und Nachtpflege (12 Plätze).

Das stadtteilorientierte Angebot wird durch ambulante Angebote wie Sozialstation, Mittagstisch und ein Café ergänzt. Im Sommer 1995 zogen die Bewohnerinnen und Bewohner des Bürgerheims aus. Die meisten siedelten in das Pauline-Krone-Heim über, aber auch die anderen Heime in Tübingen und Umgebung erwiesen sich als äußerst hilfsbereit und nahmen Bürgerheimbewohner/innen auf. Der Baubeginn erfolgte schließlich im November 1997. Anfang 1999 wird das neue Servicezentrum Bürgerheim neu eröffnet werden.

Anders als das Bürgerheim verfügt das Pauline-Krone-Heim bereits über einen Neubau, der immerhin 65 Pflegebedürftige aufnehmen kann. Die beiden alten Baukörper auf dem Gelände des Pauline-Krone-Heimes, das Parkhaus und das Birkenhaus, sind dazu allerdings ebenso wenig geeignet wie das Bürgerheim. Sie wurden trotzdem notdürftig zu Pflegebereichen umstrukturiert, derzeit sind hier 75 Pflegebedürftige untergebracht. Nach der Eröffnung des neuen Servicezentrums Bürgerheim ist geplant, die beiden Altbauten im Pauline-Krone-Heim zu sanieren und in ein Pflegeheim mit angeschlossener betreuter Wohnanlage umzuwandeln.

Sozialstation

In den Jahren 1990 - 1997 nahmen die Klientinnen und Klienten der städtischen Sozialstation kontinuierlich zu, von 164 im Jahr 1990 auf 221 im Jahr 1997. Die Zahl der Hausbesuche entwickelte sich entsprechend, von 19.257 (1990) auf 19.646 im Jahr 1997. Während die Sozialstationen bis 1994 ca. ein Drittel ihrer Kosten über öffentliche Zuschüsse decken konnten, wurden die Zuschüsse von Stadt, Landkreis und Land mit Einführung der Pflegeversicherung auf Null zurückgefahren. Ambulante Pflege wurde dadurch für den Nutzer deutlich teurer, und die Pflege-

dienste arbeiten unter einem starken Kosten- und Rationalisierungsdruck.

Neue Organisationsform: Eigenbetrieb "Altenhilfe Tübingen"

Alle Bereiche der städtischen Altenarbeit und Pflege wurden zum Januar 1996 in den Eigenbetrieb "Altenhilfe Tübingen" überführt. Diese Organisationsform verlangt vom Altenbereich, der sich zunehmend am Markt behaupten muß, mehr Eigenverantwortung, bietet aber gleichzeitig mehr Entscheidungsspielräume. Insbesondere ist dem Eigenbetrieb aufgetragen, das Defizit im Haushaltsplan, das 1992 mit 4,2 Mio. DM seinen Höchststand erreicht hatte, abzubauen und die Arbeit der Einrichtungen und Dienste inhaltlich weiter zu entwickeln. Bereits in den ersten beiden Jahren seines Bestehens ist es dem Eigenbetrieb gelungen, das Defizit auf 1,5 Mio. DM zu reduzieren. Mit dem Bau des Servicezentrums Bürgerheim und der Sanierung des Pauline-Krone-Heimes führt die Altenhilfe Tübingen die bisher getrennten Bereiche der ambulanten, teilstationären und vollstationären Altenhilfe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen zusammen, das für die Bürger/innen der Stadt Tübingen ein weitgefächertes und bedarfsgerechtes Hilfeangebot vorhält.

IAV-Stelle

Um dem Primat ambulanter Hilfen vor stationären Einrichtungen Nachdruck zu verleihen und das ambulante Hilfeangebot qualitativ zu verbessern, richtete auch die Stadt Tübingen eine Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstelle für sozialpflegerische Dienste ein. Die Stelle ist mit drei Sozialpädagoginnen bzw. Altenpflegerinnen auf zwei Stellen besetzt und wird gemeinsam von der Stadt Tübingen, der evangelischen und katholischen Gesamtkirchengemeinde sowie der Beratungsstelle für Ältere Menschen und deren Angehörigen getragen. Zu ihren Aufgaben gehört die Information und Beratung pflege- und hilfebedürftiger Menschen über ambulante Hilfe und Unterstützungsangebote, aber auch über teilstationäre und stationäre Hilfen.

Das stark nachgefragte Angebot der IAV-Stelle ist durch gravierende Kürzungen der Landesmittel im Jahr 1998 und Wegfall der Landesmittel 1999 erheblich ge-

fährdet. In Tübingen wird deshalb die Zusammenlegung von IAV-Stelle und Beratungsstelle für Ältere zu einer neu zu gründenden Fachstelle Altenberatung diskutiert.

Asylbewerber

Bis zum Jahr 1989 gab es in Tübingen kaum Zuweisungen von Asylbewerbern, weil vom Land in der Thielpvalkaserne eine Sammelunterkunft betrieben wurde. Durch den unerwartet drastisch angestiegenen Asylbewerberstrom änderte sich diese Situation für die Stadt schlagartig. So waren bis Mitte 1991 noch 256 Asylbewerber unterzubringen (Quote 3,5 %). Diese Quote konnte einigermaßen erfüllt werden mit den Unterkünten Waldhörle, Schloß Roseck, privaten Unterkünten und Europastraße.

Ende 1991 stieg die Quote auf 7,5 % = 600 Personen an. Diesem starken Andrang konnte die Stadt mit den Unterkünten Sindelfinger Straße, Depot und Hindenburg-Kaserne ebenfalls noch gerecht werden. Nachdem die Quote 1992 dann auf 12 % = 960 Personen anstieg, half nur noch die Anmietung der Unterkunft Herrenberger Straße sowie der Bau der dezentralen Unterkünte in der Derendinger Straße, der Liststraße und der Hirschauer Straße.

Die Aufgabe der Flüchtlingsbetreuung und Leistungsgewährung wurde von der Stadt bis 1993 (wie die Sozialhilfegewährung) in Delegation des Landkreises wahrgenommen. Seit mit dem Asylbewerberleistungsgesetz für diesen Personenkreis 1993 ein eigenes Leistungsgesetz in Kraft trat, leistete die Stadt Tübingen dem Landratsamt bei der Durchführung des Gesetzes Ausführungshilfe. Die ihr bei der Durchführung der Aufgaben entstehenden Kosten werden der Stadt vollständig erstattet.

Die Zahl der Asylbewerber stieg in den Jahren 1990 - 1993 sprunghaft an und erreichte im Jahr 1993 den Höchststand mit 985 unterzubringenden und zu betreuenden Personen. Seit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) am 01.11.1993 ging die Zahl der Asylbewerber bis auf 344 Personen im Jahr 1997 zurück.

Fallzahlen:

1990	91	92	93	94	95	96	97
210	592	777	985	755	590	540	344

Viel Ärger und wütende Proteste gab es unter den Flüchtlingen, als mit Einführung des AsylbLG die Bewohner der großen Unterkünfte, wie in fast allen anderen Landkreisen auch, nur noch Sachleistungen erhielten. Vor allem die "Essenspakete" waren Stein des Anstoßes; Unterstützergruppen kauften den Flüchtlingen die Pakete ab, so daß die gesetzliche Vorgabe unterlaufen wurde. Solidarität mit den Flüchtlingen und die Schwierigkeit, die Sachleistungen auch nur einigermaßen sinnvoll zu organisieren, ergänzten sich: innerhalb weniger Monate wurden die "Essenspakete" wieder abgeschafft.

Hilfen für Wohnungslose

Bei den Hilfen für Wohnungslose konnten im Berichtszeitraum erhebliche Verbesserungen erzielt werden. Dafür sind im wesentlichen drei Gründe maßgeblich:

- die Neuorganisation der Fachberatungsstelle für Wohnungslose,
- die Eröffnung des Aufnahme- und Übernachtungsheims in der Eberhardstraße 1995
- die Weiterentwicklung der Projekte "Schwellenwohnen".

Die Trägerschaft für die Fachberatungsstelle für Wohnungslose ging 1994 von der Kreisliga auf den Verein "Arche" über.

Die Aufgaben

- Betreuung der Notübernachtungsunterkünfte,
 - Betreuung des Tagesaufenthalts,
 - Organisation des Aufnahme- und Übernachtungsheims sowie
 - Angebot von betreuten Arbeitsmöglichkeiten
- konnten so sinnvoll zusammengeführt werden.

In erster Linie führte jedoch der Umbau des Schülerhortes in der Eberhardstraße zu einem Aufnahme- und Übernachtungsheim (AÜH) zu einer Verbesserung der Situation. Das AÜH ist eine Einrichtung zur Wiedereingliederung von Wohnungslosen. Neben sozialpädagogischen und hauswirtschaftlichen Hilfen gibt es dort medizinisch-pflegerische Angebote und sogar eine ambulante nervenärztliche Begleitung. Die Erfolge der Arbeit sind beachtlich.

Beim "Schwellenwohnen" handelt es sich um Wohnmöglichkeiten zwischen Straße und "normaler" Wohnung, insbesondere für Personen, die sich nach Jahren auf der Straße nicht in der Lage fühlen, eine Wohnung zu bewohnen. Begonnen wurde das Projekt mit einfachen Schutzhütten ohne Wasser und Heizung als Erfrierungsschutz. In den Jahren 1995 - 1997 wurden zusätzlich zwei Holzschuppen ausgebaut, die nun über Wasser und Heizung verfügen und tatsächlich wieder ein Gefühl dafür aufkommen lassen, was Wohnen bedeuten kann. Spendengelder, Eigenarbeit der Bewohner und ehrenamtliche Arbeit ermöglichten die Realisierung dieser Projekte nahezu ohne städtische Mittel.



Schwellenwohnen: Schutzhütte für Wohnungslose vor dem Ausbau

Vor neue Herausforderungen sahen sich die Mitarbeiterinnen von Stadt und "Arche" gestellt, als im Sommer 1996 12 bis 15 wohnungslose Jugendliche und junge Erwachsene in Tübingen auftauchten. Sie gehörten der Gruppe der Punks an und wollten die Stadt auch nicht verlassen, als es im Oktober kalt wurde und sie kein Obdach hatten. Sie nächtigten in der Platanenallee, in Toiletten und Abrißgebäuden der Bahn und waren offensichtlich in einem schlechten gesundheitlichen Zustand. Am 30.10.1996 sah sich das Sozialamt schließlich genötigt, die Jugendlichen (12 Menschen mit 14 Hunden) in zwei Gruppen in einem Schwellenwohnprojekt und einer Notunterkunft unterzubringen. Als die Verwaltung beabsichtigte, den Jugendlichen zum Wohnen ein ehemaliges Kindergartenengebäude auf der Wanne zur Verfügung zu stellen, brannte das Gebäude vollständig aus.

Die Jugendlichen fielen durch aggressives Betteln, kriminelle Handlungen und exzessiven Alkoholkonsum auf. Die Probleme waren mit dem bestehenden Personal



Abgebrannt: geplante Notunterkunft für wohnungslose Jugendliche

nicht zu bewältigen. Eine Spendenaktion des "Schwäbischen Tagblatts" ermöglichte es, ab April 1997 zunächst für 1 Jahr einen Streetworker einzustellen. Anstellungsträger ist ein freigemeinnütziger Träger der Jugendhilfe, die Sophienpflege. Die Arbeit des Streetworkers war bereits nach wenigen Monaten so erfolgreich, daß es gelang, die Anschlußfinanzierung über Mittel des Landkreises und der evangelischen Kirche sicherzustellen, wenn auch nur mit 75 % einer Vollzeitstelle.

Hilfen für Drogenabhängige und Substituierte - der Kontaktladen

Ansätze zur Entwicklung einer "offenen Drogenszene" am Alten Botanischen Garten und deren polizeiliche Auflösung führte im Sommer 1994 zur Bildung eines "Arbeitskreises Drogen" unter Federführung der Stadt Tübingen. Nach eingehender Analyse der Situation kam der AK Drogen zu dem Ergebnis, daß das in Tübingen gut ausgebaute medizinisch und therapeutisch ausgerichtete Hilfesystem dringend der Ergänzung um niederschwellige Angebote bedarf. Im Zentrum der Diskussion stand die Einrichtung eines "Kontaktladens", dessen Hauptaufgaben alltagspraktische Hilfen, niederschwellige Beratung, Beschäftigungsangebote und tagesstrukturierende Maßnahmen sein sollten. Nach eingehender Diskussion von Konzept und Finanzierung konnte der Kontaktladen im Dezember 1996 seine Arbeit aufnehmen. Eine Spendenaktion des "Schwäbischen Tagblatts" erleichterte die Einrichtung.

Nahezu 60 Besucher/innen nutzen das Angebot an jedem Öffnungstag, etwa ein Fünftel aller Abhängigkeitskranken im Landkreis wird durch das Angebot erreicht - ein einmalig gutes Ergebnis in der Bundesrepublik. Den Mitarbeiter/innen ge-

lingt es über den Cafébetrieb und organisierte Freizeiten hinaus, gezielte Beratungsgespräche zu führen und die Klienten/-innen zu anderen Diensten und Einrichtungen (Klinik, Beratungsstelle) zu vermitteln.

Vom Familien- und Sozialpaß zur Bonus-Karte

Der Tübinger Familienpaß räumte Familien mit geringeren Einkommen bis zum Jahr 1995 neben Zuschüssen zum Besuch von Kindertageseinrichtungen zahlreiche Vergünstigungen ein: freien Eintritt in Kunsthalle und Stadtmuseum, Ermäßigungen bei Volkshochschule, Familienbildungsstätte und Musikschule, eine Anzahl kostenloser Bäderbesuche, freie Fahrten im ÖPNV und verbilligte Theaterbesuche. Gleichzeitig stiegen die Kosten immer mehr an und lagen 1994 mit 1,3 Mio. DM um 300.000 DM über dem Planansatz von 1 Mio. DM.

Der Gemeinderat beschloß daraufhin Anfang 1995, die Angebote zu reduzieren. Neben Zuschüssen für die Kindertagesbetreuung fielen nur noch einige freie Bäderbesuche und die Musikschule unter die Vergünstigungen. Damit konnten die Ausgaben wieder auf den Planansatz von 1 Mio. DM gedrückt werden.

Als im Jahr 1996 beschlossen wurde, die Gebühren für den Besuch von Kindertageseinrichtungen gestaffelt zu erheben und sich die freien Träger 1997 diesem Verfahren anschlossen, entfiel das Kernstück des Familienpasses. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, daß die Vergünstigungen des Tübinger Familienpasses zum 1. Mai 1998 entfallen.

Als Ersatz für den Familienpaß wird eine "Bonus-Karte" eingeführt, mit deren Hilfe einkommensschwachen Familien und Einzelpersonen vor allem kulturelle und soziale Angebote sowie Freizeitveranstaltungen vergünstigt angeboten und damit leichter zugänglich gemacht werden sollen. Bisher konnten 9 Anbieter (Theater, Bäder, Museen, u.a.) zum Mitmachen gewonnen werden, weitere Partner werden gesucht.

Die Bonus-Karte wird auch den Sozialpaß ersetzen, der seit Oktober 1985 Tübinger Einwohnern gewährt wurde, die mindestens 3 Monate arbeitslos gemeldet waren

und die der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen.

Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung sowie Unterhaltssicherung

Die Aufgaben dieses Bereiches sind ebenfalls dem Sozialamt angegliedert. Im einzelnen handelt es sich um folgende Tätigkeitsgebiete:

- Sozialversicherung,
- Unterhaltssicherung,
- Unfallversicherung,
- Behindertenausweise.

Statistische Zahlen

	1990	91	92	93	94	95	96	97
Rentanträge	652	561	571	584	565	605	633	560
Sonstige Anträge	580	330	350	380	430	595	605	587
Amtshilfe für								
Versicherungsträger	302	230	380	450	460	495	498	488
Beratungen (pers.+tel.) ca.	4000	4000	4500	4500	5000	5000	5500	5500
Unterhaltssicherung	201	144	139	133	124	120	146	137
Behindertenausweise	--	870	970	1065	1 080	1 100	1 133	1 305

Erziehungsgeld

Seit dem Jahr 1986 wird vom Bund ein Erziehungsgeld gewährt; im Anschluß daran besteht die Möglichkeit des Bezugs eines Landeserziehungsgeldes. Dieses ist an Einkommensgrenzen gebunden; die Anträge werden vom Sozialamt entgegengenommen und geprüft.

	1990	91	92	93	94	95	96	97
Bundeserziehungsgeld	764	680	691	685	850	870	580	550
Landeserziehungsgeld	250	224	340	260	109	210	180	140

Rundfunkgebührenbefreiung und Telefongebührenermäßigung

Personen mit geringem Einkommen sowie Behinderte können auf Antrag von den Rundfunk- und Fernsehgebühren befreit werden und auch eine ermäßigte Telefongrundgebühr erhalten. Während die Gewährung der Ermäßigungen von Telefongebühren seit 1996 direkt bei den Anbietern liegt, ist die Stadt nach wie vor für Anträge auf Befreiung von Rundfunk- und

Fernsehgebühren zuständig. Im Jahr 1996 waren durchschnittlich 3.400 Anträge und im Jahr 1997 4.400 Anträge auf Rundfunkgebührenbefreiung zu bearbeiten.

Förderung bürgerschaftlichen Engagements - Bürgerbüro und Stadtteilforen

„Die Stadt muß nicht alles machen, alle zusammen machen die Stadt“ - unter diesem Motto läuft in Tübingen die Diskussion um bürgerschaftliches Engagement. Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement zu unterstützen, zu ermutigen und neue Freiwillige zu gewinnen, ist das Ziel des Unternehmens „Bürgerbüro Tübingen e.V.“ mit seinen Projekten

- Aktivbörse,
- Stadtteilforen,
- Freiwilligenzentrale.
Das Bürgerbüro ist als Modellprojekt des Landes Baden-Württemberg anerkannt, die Personalkosten werden von dort übernommen. Die Stadt übernimmt die Mietkosten für das Ladenbüro. Bei der Fruchtschranne und hat gegenüber dem Land die Gesamtkoordination inne.

Mit seinen Angeboten legt das Bürgerbüro als Ergänzung zum „klassischen“ Ehrenamt einen Schwerpunkt auf neue, partizipative Formen bürgerschaftlichen Engagements. Zur Philosophie gehören:

- Akzeptanz eines Engagements auf Zeit (beispielsweise in Fragen von Arbeitslosigkeit oder Studium),
- Akzeptanz des Gestaltungswillens von Bürgerinnen und Bürgern,
- Akzeptanz der Dualität von Eigennutz und Gemeinnutz.



Modellprojekt des Landes Baden-Württemberg: das Bürgerbüro

Bisher gibt es in Tübingen zwei Stadtteilforen, in Lustnau seit 1995 und in der Nordstadt seit 1997. Die dezentralen Aktivitäten der Stadtteilforen werden in der innerstädtischen Zentrale zusammengeführt und koordiniert. Sie werden auch unterstützt von der Freiwilligenzentrale, deren Aufgabe es ist, Menschen, die freiwillig tätig sein wollen, zu gewinnen und mit professionellen Diensten und Einrichtungen aus dem Sozial-, Kultur-, Umwelt- und Bildungsbereich zusammenzubringen.

Ausblick auf 1998

Im Jahr 1998 wird sich das Sozialamt schwerpunktmäßig mit dem Thema Jugend und Arbeit, insbesondere mit der Verbesserung des Übergangs Schule-Beruf für benachteiligte Jugendliche befassen. Eine im Jahr 1996 unter Federführung des Sozialamts gegründete interdisziplinäre Arbeitsgruppe zu diesem Thema entwickelte unter dem Namen "MaßArbeit" eine Konzeption, die vorsieht, Jugendlichen, die weder Ausbildungsplatz noch Arbeitsplatz haben, in einer Koordinations- und Leitstelle "maßgeschneidert" Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, vorrangig in Betrieben des 1. Arbeitsmarktes, anzubieten. Betriebliche Sozialarbeit soll die Jugendlichen in betrieblichen Phasen begleiten und unterstützen.

Für die Realisierung dieses Projektes konnten zunächst Spendengelder über

eine Tübinger Konzertveranstaltung gewonnen werden. Das Projekt "MaßArbeit" wird im Mai 1998 die Arbeit aufnehmen, Träger wird "InFö e.V." werden; der Verein ist auch für die Schulsozialarbeit an den betrieblichen Schulen zuständig.

Die im Sozialamt bereits laufenden Beschäftigungsprojekte wie beispielsweise die Schreinerei im Epple-Haus, die Bio-Nische und das Kazonga-Haus sollen eng an die Arbeit der Leitstelle angebunden werden. Vermutlich werden diese betreuten Arbeitsverhältnisse jedoch nicht ausreichen, so daß auch neue Arbeitsprojekte ins Leben gerufen werden müssen.

Die Erarbeitung eines Tübinger Modells der Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird ein weiterer Schwerpunkt sein. Nach einer Auftaktveranstaltung im März 1998 hat sich eine Arbeitsgruppe von 20 Jugendlichen gebildet, deren Mitglieder gemeinsam mit der Verwaltung überlegen, wie ein "offener" Jugendgemeinderat aussehen kann. Die Offenheit bezieht sich darauf, daß der legitimierte Jugendgemeinderat eng mit bestehenden oder neu zu initiierten Jugendprojekten zusammen arbeitet und immer wieder auch für alle Jugendlichen offene Plenarsitzungen veranstaltet. Im Herbst sollen die Ergebnisse der Überlegungen dem Gemeinderat vorgestellt werden.

Und noch einmal die Jugend: In Hirschau wird zur Zeit ein weiterer selbstverwalteter Jugendtreff im Keller des alten Schulhauses mit viel Eigenleistung fertiggestellt;

der Gemeinderat hat dazu einen Investitionskostenzuschuß von 20.000 DM beigesteuert. Fortschritte macht auch die Realisierung des "Fun-Park Bühl". Bereits 12.000 DM haben Erwachsene und Jugendliche für die von ihnen geplante Freiflächengestaltung an Spendengeldern zusammen bekommen. Beide Projekte werden von der Abteilung Jugend beraten.

Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) wird die Verwaltung 1998 beschäftigen. Zum 1. April geht danach die Erstunterbringung von Flüchtlingen ebenso wie deren Betreuung und die Leistungsgewährung von der Stadt auf den Landkreis über. Die Stadt wird nur noch für die Anschlußunterbringung zuständig sein. In Tübingen wird das Gesetz so umgesetzt werden, daß die Unterkunft Herrenberger Straße nach und nach freigemacht und an den Landkreis zur Nutzung als Gemeinschaftsunterkunft übergeben wird. Der Wegfall dieser Plätze bedeutet für die Stadt, daß wieder verstärkt Wohnraum für geduldete oder als asylsuchend anerkannte Flüchtlinge im städtischen Raum gewonnen werden muß.

Im Bereich der Hilfen für Wohnungslose wird es Aufgabe des Jahres 1998 sein, eine neue Konzeption für die Betreuung des Männerwohnheims zu erstellen, die an die guten Erfahrungen mit dem Aufnahme- und Übernachtungsheim anknüpfen soll. Die zwei weiteren Unterkünfte in der Südstadt sollen ebenfalls in das Betreuungskonzept einbezogen werden.

Die Kindertagesstätten werden in eine 2. Phase der Strukturveränderungen gehen. Ziel ist im wesentlichen die Entwicklung von Modellen mit "zusammenhängenden Öffnungszeiten" im Kindergarten. Es soll überlegt werden, wie bei der gleichen Anzahl von Öffnungszeiten auf die Mittagspause im Kindergarten verzichtet werden kann; die Mittagspause wird den Betreuungsbedürfnissen heutiger Eltern in vielen Fällen nicht mehr gerecht.

Bewahren und entwickeln

Das Stadtplanungsamt

Die Zeit zwischen 1990 und 1997 war für das Amt personell wie auch strukturell eine bewegte Zeit. Mit Wirkung zum 31. Oktober 1991 schied der langjährige Amtsleiter, Gerhard Fromm, aus. Er war seit 1959 beim Stadtplanungsamt und hatte das Amt seit 1969 als Amtsleiter verantwortlich geführt. Gerhard Fromm hat die Phase des stärksten Wachstums Tübingens, u.a. des Baubooms der 70er Jahre, miterlebt und mitgestaltet, er hat dadurch das heutige Gesicht Tübingens stark mitgeprägt.

Die Ausschreibung der Stelle des Amtsleiters führte über 3 Anläufe im April 1993 zur Wahl von Erich Fritz zum neuen Amtsleiter. In der Zwischenzeit wurde die Amtsführung durch den stellvertretenden Amtsleiter Albrecht Barth wahrgenommen. Mit der Neubesetzung gingen auch eine Reihe organisatorischer Veränderungen einher. Dem Stadtplanungsamt wurden die Abteilung Stadtsanierung (später Abteilung Denkmalschutz und Stadtsanierung), die vorher im Stadtsanierungsamt war, und die bisher direkt dem Baudezernenten unterstehende Verkehrsplanungsabteilung zugeordnet. Später kamen noch die Aufgabengebiete Planungsrecht, Satzungen und Verfahren, die bisher beim Bauverwaltungsamt lagen, hinzu. 1995 wurde das Grünflächenamt in das Stadtplanungsamt integriert, die Freiflächenplanung und Unterhaltung der Grünflächen nach einiger Zeit wiederum dem Hochbauamt zugeordnet.

Schwerpunkte der letzten Jahre

Eine Frage, die sich das Stadtplanungsamt selbst gestellt hat, hieß: wie kann die Stadt Tübingen in die Lage versetzt werden, auch in Zukunft preiswerten Grund und Boden für den Wohnungsbau bereitstellen zu können? Im Februar 1995 brachte die Verwaltung eine Vorlage in den Gemeinderat ein mit dem Ziel, eine grundsätzliche Diskussion über diese Frage anzuregen. Die Vorlage wollte die Entwicklungstendenzen darstellen, auf die Probleme aufmerksam machen, Möglich-

keiten aufzeigen, wie darauf reagiert werden kann und Bedingungen vorschlagen, unter denen die Stadt Tübingen auch in Zukunft zur Wohnraumversorgung der Bevölkerung beitragen kann.

1995 ging das Statistische Landesamt davon aus, daß die Bevölkerung Tübingens auf eine Zahl von ca. 97.000 Einwohnern im Jahr 2005 anwachsen wird. Das damals angenommene Bevölkerungswachstum schlägt sich in der derzeitigen Entwicklung nicht nieder. Das liegt auch daran, daß der Wohnraum zum Erwerb oder zur Miete in Tübingen mit zur obersten Preisgruppe im gesamten Bundesgebiet zählt. Neu geschaffener Wohnraum wird zu großen Teilen durch den Wohnflächenbedarf der bereits ansässigen Bevölkerung aufgesaugt. Der Wohnflächenverbrauch wächst weiter an. 1995 lag der Durchschnitt bei ca. 36 qm Wohnfläche/Einwohner, bis heute ist er auf über 38 qm angestiegen. Dieser Mehrverbrauch bedeutet rechnerisch für Tübingen von 1995 bis 1997 bei ca. 85.000 Einwohnern einen Eigenverbrauch von ca. 95.000 qm Wohnfläche, ohne daß die Stadt um einen einzigen Einwohner gewachsen ist. Dazu kommen noch, daß die Zahl der Einpersonenhaushalte weiter steigen und die Belegungszahl von derzeit knapp über 2,0 auf merklich unter 2,0 Personen / Wohnung sinken wird.

Nach intensiven Diskussionen in den zuständigen Gremien lauteten die endgültigen Beschlüsse des Gemeinderats vom 03.02.1997:

1a) Neue Baugebiete werden nur noch entwickelt, Umliegungen nur noch durchgeführt, wenn sich die beteiligten Grundeigentümer bereit erklären, statt 90% künftig 100% der abrechenbaren, direkten Erschließungskosten zu tragen und über den gesetzlich geregelten, kostenlosen Flächenbeitrag hinaus, weitere 15% zu einem Drittel des vom Gutachterausschuß festgelegten Verkehrswerts abzutreten. Dieser erhöhte Flächenbeitrag ist einzusetzen für die Finanzierung der für das neue Baugebiet erforderlichen Infrastruktureinrichtungen und zur Förderung des Wohnungsbaus (Grundstücksverbilligung für den sozialen Mietwohnungsbau und für Eigentumsmaßnahmen).

1b) Für vergleichbare Wohnungsbaugrundstücke sollen mit den Erschließungsträgern Vereinbarungen über die Übernahme zurechenbarer Kosten von

Erschließung und Infrastruktur abgeschlossen werden.

2) Bei größeren Baugebieten, bei denen die Voraussetzungen zutreffen, wird jeweils geprüft, ob eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme möglich ist.

3) Neue Baugebiete sollen dem Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden entsprechen. Sie sollen keine Monostrukturen aufweisen, sondern sich durch Nutzungsvielfalt, städtebauliche Qualität, kostengünstige Bauweise und sparsamen und umweltfreundlichen Energieeinsatz auszeichnen.

Das einzige neue Wohnbaugebiet, an dem die Verwaltung seit diesen Beschlüssen arbeitet, ist das Gebiet "Südlicher Stäudach". Dabei werden die Beschlüsse 1a) und 3) berücksichtigt. Nach dem derzeitigen Stand kann davon ausgegangen werden, daß die beteiligten Grundeigentümer die Bedingungen der Ziffer 1a) akzeptieren werden. Die unter der Ziffer 3) genannten Forderungen werden, soweit sie bei diesem Gebiet relevant sind, bei der Aufstellung des Bebauungsplans umgesetzt.

Handelsentwicklung - Zentren- und Märktekonzept

Die bundesweiten Trends - Konzentrationsprozesse, peripher gelegene und stellplatzbegünstigte Standorte, Factory-Outlet-Center, Erlebniskauf - halten an und haben in letzter Zeit auch Tübingen eingeholt und zu kontroversen Diskussionen geführt. Hier sei nur die heftige Auseinandersetzung um die Verwertung des Depotgeländes an der Reutlinger Straße erwähnt.

Zwei gegenläufige Meinungen bestimmen die Diskussion. Die eine Seite betont die ihrer Meinung nach unzureichende Kaufkraftbindung am Ort - die Tübinger Bürgerinnen und Bürger müssen derzeit, um bestimmte Märkte und Warenangebote aufsuchen zu können, in benachbarte Städte fahren - und fordert deshalb die Ansiedlung neuer Fachmärkte auf Tübinger Markung. Die andere Seite betont die historisch gewachsene Attraktivität des Tübinger Stadtzentrums, insbesondere der Altstadt, die nicht durch die Schaffung neuer und starker Einzelhandelsschwerpunkte am Stadtrand gefährdet werden dürfe.

Seit längerem schon hat die Konzentration bestimmter Warensortimente dazu geführt, daß die Versorgung der Wohnbevöl-

liche Lösung, die Elemente der verschiedenen, diskutierten Planungen beinhaltete. Auf Grundlage dieser Entscheidung wurde dann nicht, wie ursprünglich geplant, ein Rahmenplan für die gesamte oben angesprochene Fläche erarbeitet, sondern ein Bebauungsplan für die vorerst tatsächlich benötigte Fläche erstellt. Er trat am 29. März 1997 in Kraft.

Mühlstraße

Mit der Entscheidung, die dringend notwendige Sanierung der Eberhardsbrücke 1992 durchzuführen, entstand die Frage der Verkehrsführung während der Bauzeit. Nachdem anfangs lediglich eine Mengenreduzierung durch Umleitungsbeschilderungen erreicht werden sollte, beschloß der Gemeinderat im März 1992 mit einer Stimme Mehrheit, die Mühlstraße für die Zeit der Brückenbauarbeiten für den motorisierten Individualverkehr (MIV) voll zu sperren, um so die Verkehrsmenge auf der Brücke deutlich zu verringern. Anträge, die Hauptsatzung zu ändern, um die Verkehrsfrage bürgerentscheidfähig zu machen, bzw. gleich einen Bürgerentscheid zu beschließen, fanden keine Mehrheit. Während der baustellenbedingten Sperrung sollte ein innerstädtisches Verkehrskonzept erarbeitet werden, das auch die Sinnfälligkeit dieser restriktiven Maßnahme bewerten sollte. Aufgrund der befürchteten Folgen einer Vollsperrung erließ die Verwaltung als Verkehrsbehörde eine verkehrsrechtliche Anordnung zur halbseitigen Sperrung der Mühlstraße während der Bauzeit.

Die "Bürgerinitiative (BI) Europastraße" als Sprachrohr der Sperrungsgegner übergab Ende März 92 einen mit 2.921 Unterschriften unterstützten Bürgerantrag mit der Forderung, die Sperrung während der Bauzeit nochmals auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu setzen. Der Gemeinderat stimmte im zweiten Anlauf einem Antrag zur Änderung der Hauptsatzung zu und machte so den Weg frei für Bürgerentscheide zu wichtigen Verkehrsfragen. Verkehrszählungen vor und während der Brückensanierung lieferten Aussagen über die Auswirkungen der halbseitigen Sperrung: Deutliche Verringerungen des Kfz-Verkehrs in der Innenstadt (z.B. Mühlstraße 56%) standen Mehrbelastungen auf dem Innenstadtring (Hegelstraße, Schloßbergtunnel, Kelternstraße, Stuttgarter Straße, äußere Wil-

helmstraße) gegenüber. Außerdem konnte eine stärkere Verkehrsentslastung der Hechinger Straße von durchschnittlich 24% erreicht werden. Die Tü-Busse verzeichneten einen Fahrgastzuwachs von mehr als 10%. Der Radverkehr steigerte sich auf der "freien" Abwärtsspur in der Mühlstraße um 16%. Insgesamt gesehen hatte sich diese Verkehrsführung - trotz der unvermeidbaren Mehrbelastungen in der Weststadt - bewährt.

Im Juli 1993 legte die "BI Europastraße" im Rathaus den Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheides vor, der mit 13.297 Unterschriften das Quorum von 6.000 deutlich übertraf. Bei einer Bürgerversammlung zum Thema Verkehr im April 1993, einer Info-Veranstaltung der "BI Europastraße" im Oktober und einer Podiumsdiskussion im LTT im November, sowie über Anzeigen, Leserbriefe und redaktionelle Beiträge im "Schwäbischen Tagblatt" bis hin zu Faltschriften des Oberbürgermeisters und der Fraktionen des Gemeinderates warben beide Seiten für ein "Ja" bzw. "Nein" auf die Frage: "Sind Sie dafür, daß die Mühlstraße nach Abschluß der Sanierung der Eberhardsbrücke wieder in beiden Richtungen für den gesamten Verkehr geöffnet wird bzw. offen bleibt?"

Beim Bürgerentscheid am 14. November 1993 votierten 55,5% der abgegebenen Stimmen für und 44,5% gegen die Öffnung der Mühlstraße. Trotzdem erreichten die Sperrungsgegner ihr Ziel nicht, denn das Quorum von 30% der Abstimmungsberechtigten wurde mit 29,8% (88 Stimmen fehlten) denkbar knapp verfehlt.

Verkehrsforum

Der Gemeinderat der Stadt Tübingen hat 1994 unter dem Eindruck des Bürgerentscheids über die Teilsperre der Mühlstraße und der dabei weitgehend emotional geführten, die Bürgerschaft spaltenden Diskussion, ein Verkehrsforum ins Leben gerufen. Es sollte die widersprüchlichen Gesellschafts- und Interessengruppen an einen Tisch zusammenführen. Damit verband sich die Hoffnung, daß die Diskussion über die künftige Verkehrsentwicklung im allgemeinen und einzelne Verkehrsprojekte im besonderen versachlicht und gegenseitiges Verständnis füreinander entwickelt werden könnte. Das Verkehrsforum setzte sich aus Vertretern nahezu aller gesellschaftlich relevan-

ten Gruppen sowie Mitgliedern des Gemeinderates und der Verwaltung zusammen. Es arbeitete eineinhalb Jahre von Dezember 1994 bis zum Juni 1996. Dabei wurde in zahlreichen Plenarsitzungen und Arbeitsgruppentreffen weitgehend selbstbestimmt ein kaum glaubliches Arbeitspensum bewältigt. Zusammen mit Volkshochschule, Universität und vielen anderen Initiativgruppen wurden außerdem themenbegleitende Vorträge, Aktionen und ein Bürgerforum veranstaltet. Der Einsatz aller Beteiligten zeigte, wie sehr der Verkehr und seine Auswirkungen das tägliche Leben eines jeden einzelnen bestimmen und wie existenziell diese Probleme auch persönlich empfunden werden.

Nicht verwundern kann, daß entsprechend der Vielfalt der Interessen und Sichtweisen auch die Lösung der Verkehrsprobleme zum Teil unterschiedlich gesehen wird. Es zeigte sich aber, daß es unter entsprechenden Voraussetzungen möglich ist, die Diskussion zu objektivieren, in weiten Bereichen sogar zu einem Konsens zu gelangen und in anderen Bereichen zumindest ein besseres Verständnis für die Haltung des anderen zu entwickeln. Das Verkehrsforum hat im wesentlichen ein Verkehrsleitbild entwickelt, das Grundlage für die weitere Verkehrsplanung in Tübingen sein soll. Darin ist als grundsätzliches Ziel formuliert, daß der Autoverkehr in Zukunft abnehmen und der Fußgänger-, Rad- sowie öffentliche Verkehr anwachsen sollen. Der Prozeß und die Ergebnisse des Tübinger Verkehrsforums wurden in den "Bausteinen der Stadtentwicklung", Heft 4, dokumentiert.

Der Gemeinderat hat am 03.02.1997 dem Verkehrsleitbild als Richtschnur zugestimmt. Die vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen sowie ein neues Parkleitsystem konnten bereits 1996 umgesetzt werden.

Bauleitplanung

Da der Stadtentwicklungsplan 1975 das Zieljahr 1990 hatte, war schon Ende der 80er Jahre aus dem Gemeinderat ein Vorschlag für das weitere Verfahren angemahnt worden. Die Verwaltung hat im März 1990 einen Verfahrensvorschlag vorgelegt. Mit Verfügung des Oberbürgermeisters wurde eine Gruppe berufen, die als einzelne und selbst verantwortliche Personen am Konzept einer Stadtentwicklungsplanung "Tübingen 2000" mitarbei-

ten sollten. Die Koordination lag in Händen des Stadtplanungsamtes. Um die Arbeit aus dem verwaltungsinternen Zirkel hinauszuholen, fand im November 1992 ein Kompaktseminar statt, bei dem bekannte Fachleute zu diesem Themenbereich vortrugen. Zu dieser Veranstaltung war auch der Gemeinderat eingeladen.

Im Nachgang zu dieser Veranstaltung bediente sich die Verwaltung dann eines Moderators. Es wurde bei der Arbeit versucht, eine Vision, ein Leitbild für die weitere Entwicklung Tübingens zu erarbeiten. Dies sollte ein erster Schritt auf dem Wege zur weiteren Konkretisierung sein. Unter dem Titel "Zukunft in Tübingen - Freiheit ausnutzen und Spielraum nutzen" wurden zwei extreme Szenarien entwickelt.

Das Ergebnis dieser fruchtbaren Arbeit war die Durchführung eines zweitägigen Workshops für Verwaltung und Gemeinderat im Mai 1993 in Bad Boll. Die gemeinsame Diskussion der Themen außerhalb des üblichen Sitzungsrahmens, bunt gemischt in Arbeitsgruppen, hat sich sehr positiv auf das Klima und die Arbeit ausgewirkt, so daß danach noch einige Zeit der "Geist von Bad Boll" beschworen wurde. Der Abschluß dieser Arbeiten erfolgte in einem zusammenfassenden Papier "Grundsätze zur Stadtentwicklung der Universitätsstadt Tübingen".

Flächennutzungsplanung

Ogleich die rechtliche Möglichkeit bestand, den Nachbarschaftsverband aufzulösen, wurde das bewährte Verwaltungsinstrument doch beibehalten.

Im Verlauf der Jahre 1990-97 gab es keine einschneidenden Änderungen im Flächennutzungsplan (FNP). Das Jahr 1990 war eigentlich das Zieljahr des Flächennutzungsplanes, die ursprünglich prognostizierte Einwohnerzahl war längst erreicht, doch wies der FNP noch ausreichend Baugebiete auf, um den weiteren Bedarf abzudecken.

Die Phase von 1990-97 war geprägt durch eine Dominanz der verbindlichen gegenüber der vorbereitenden Bauleitplanung. Die wichtigen Planungsentscheidungen fielen ad hoc und nicht durch eine langfristige, vorbereitende Planung. Entscheidende Änderungen des FNP waren auch deshalb nicht erforderlich, weil die ausge-

wiesenen Flächen ausreichten, um den Bedarf an Wohnbauflächen und gewerblichen Bauflächen zu decken.

Im Jahr 1998 soll der FNP als ganzes wieder verstärkt ins Blickfeld gerückt werden. Eine neue Bevölkerungsprognose ist dringend erforderlich und damit einhergehend auch eine Neufassung des Erläuterungsberichtes.

Bebauungspläne

In den Jahren 1990-97 wurden 37 Bebauungspläne rechtskräftig. Größere Wohngebiete waren bei diesen Plänen nicht dabei. Es handelte sich meist um Umstrukturierungen im bebauten Bereich, d.h. Planungen im Bestand. Typisch für Umstrukturierungen von Gewerbe zu Wohnen mögen die Bebauungspläne "Freiacker" oder "Mühlbachäcker -Ost" sein, typisch für Pläne im Bestand "Nordwestlicher Österberg" oder "Reutlinger Straße - Westlicher Teil".

Ein Bebauungsplan, der heftig in den Gremien und in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, war der Plan "Morgenstelle, nordöstlicher Teil". Er hatte die Baulandbereitstellung für ein Verfügungsgebäude zum Inhalt, in dem auch Gentechnik durchgeführt werden soll.

Bemerkenswert ist die Bereitstellung von Gewerbeflächen durch die Bebauungspläne "Gewerbegebiet Bonlanden" in Bühl, "Gewerbegebiet Gullen", "Gewerbegebiet Au-Ost", "Handwerkerpark beim Aischbach" und "Hofstrüttele Teil II" in Pfrondorf.

Als innovativ kann der Bebauungsplan "Handwerkerpark beim Aischbach" bezeichnet werden. Es wurde auf das übliche freistehende Gebäude in einem mehr oder weniger zufällig geschnittenen Grund-



Innovativ: Handwerkerpark beim Aischbach

stück verzichtet, sondern für die Betriebsgebäude eine geschlossene Bauweise vorgeschrieben. Dem Gebäudekomplex wurde eine einheitliche Gestaltungs- und Nutzungsidee zugrundegelegt und sowohl im Bebauungsplan wie in Privatverträgen festgeschrieben. Dies war möglich, da die Stadt hier Grundstückseigentümerin war.

Heiß diskutiert war der Bebauungsplan für den Bereich Gullen. Die plötzlich auftauchende Anfrage der Post, hier möglicherweise ein Briefverteilungszentrum erstellen zu wollen, war die Initialzündung, um diesen bereits totgesagten Plan wieder aufzugreifen und politisch mehrheitsfähig zu machen. Als die Post dann doch im benachbarten Reulingen baute, bedeutete dies eine bittere Niederlage.

Der Bebauungsplan Gullen war einer der ersten Pläne, bei dem das Thema "Ausgleich" (der durch die Bebauung zerstörten Natur) eine entscheidende Rolle spielte. Der Gesetzgeber hatte diese rechtliche Konstruktion seit 1993 im Baugesetzbuch verankert.

Ein Beispiel für diese schwierige Materie bot der Bebauungsplan "Im Schönblick/Correnstraße", der eigentlich das Thema Innenverdichtung zum Ziel hatte. Durch eine Normenkontrollklage wurde der Plan wegen eines Mangels bei der Abwägung zur Ausgleichsmaßnahme "gekippt". Nach einer nochmaligen Auslegung in "verbesselter Ausführung" stand er erneut beim Verwaltungsgerichtshof auf dem Prüfstand, hielt diesmal jedoch stand. Als Neuerung im Verfahren der Bauleitplanung ist die Anwendung des Instruments der Vorhaben- und Erschließungsplanung zu nennen. Eingeleitet wurde dieses Verfahren bei den Plänen "Steinbößstraße", "Südlich des Hagellocher Weges" und "Hintere Grabenstraße". Diese Verfahren sollen die Kommunen von Verwaltungsarbeit entlasten; der Investor muß alle Vorarbeiten selber durchführen. Abgeschlossen werden konnte noch keines dieser Verfahren.

Ein weiteres Verfahren, das neuerdings verstärkt zum Zuge kommt, ist der städtebauliche Vertrag. Die Stadt bindet hierbei vertraglich den Nutznießer einer Planung, bestimmte Aufwendungen, die durch die Planung verursacht werden, kostenmäßig zu übernehmen. Ein besonderes Beispiel

war der Bebauungsplan "Klinikum Oberer Schnarrenberg", in dem das Land als Vertragspartner für die Kosten von Ausgleichsmaßnahmen finanziell in die Pflicht genommen wurde.

Bauberatung

Im Planungsamt wurde das Baugeschehen durch die Bauberatung von Bauwilligen und durch die planungsrechtliche Stellungnahme zu eingehenden Baugesuchen begleitet. Nachdem bisher im wesentlichen ein einzelner Diplomingenieur diese Aufgabe zu bewältigen hatte, wurde 1990 die Aufgabenverteilung geändert: Das Stadtgebiet wurde in drei Bereiche aufgeteilt, in denen jeweils ein Ingenieur sowohl die Bauberatung durchführte, als auch die planungsrechtliche Stellungnahme anfertigte und zumeist auch die Bauungspläne bearbeitete. Diese Aufteilung korrespondierte mit der Gebietsaufteilung im Baurechtsamt.

Der Schwerpunkt lag einerseits in den neu erschlossenen Baugebieten wie z.B. dem Herrlesberg, andererseits war das Füllen von Baulücken, wie auch Umbau und Ersatzbau von Bedeutung. Es zeigte sich, daß diese Arbeit einen sehr großen Zeitaufwand bedeutete. Die eigentliche Aufgabe des Amtes, nämlich die vorbereitende und die verbindliche Bauleitplanung, droh-

dadurch ins Hintertreffen zu geraten. Im Rahmen der Verwaltungsreform wurde dieses Problem so gelöst, daß ein Ingenieur zum Baurechtsamt abgegeben wurde, und mit ihm die planungsrechtliche Bearbeitung im größten Teil des Stadtgebietes an das Baurechtsamt ging. Weiterhin planungsrechtlich zuständig ist das Stadtplanungsamt in der Altstadt und in den Ortskernen der Ortschaften. Beim Amt verblieb auch die städtebauliche Beurteilung.

Städtebauliche Projekte

Wettbewerbe

Wettbewerbe waren in Tübingen seit jeher ein Mittel, um optimale Lösungsvorschläge für eine Planungsaufgabe zu erhalten. Da die Abwicklung eines Wettbewerbsverfahrens eine kosten- und personalintensive Arbeit ist, hat die Stadt versucht in diesen Fällen die Kosten auf den eigentlichen Nutznießer abzuwälzen.

So sind folgende Wettbewerbe auf Förderung bzw. Initiative der Stadt ausgelobt worden: Klinikum Schnarrenberg (Universitätsbauamt), Personalwohnungen am Geißweg (Klinikumsverwaltung), Wohnbebauung Grotthaus/Läninger (GWG), Bauungsvorschläge für die Bebauung des Spielplatzes an der Memmingerstraße

(GWG), Bebauung im Bereich "Herrenberger Straße / Gösstraße" (GWG).

Ein Wettbewerb, den die Stadt selber durchgeführt hat, war der Architekten- und Investorenwettbewerb "Hintere Grabenstraße". Dieser Wettbewerb war zudem ein Novum, weil hier gleich in der Wettbewerbsphase Architekt und Investor zusammengespant wurden.

Städtebauliche Entwicklung des Schlachthofareals

Am 10. Mai 1993 faßte der Gemeinderat den Aufstellungsbeschluß zum Bebauungsplan "Schlachthausstraße". Begründet wurde dies mit der Auslagerung des Schlacht- und Viehhofes, dessen Betrieb in unmittelbarer Nähe zu Wohngebäuden und zur Universität auf Dauer unverträglich geworden war. Aber auch der betriebliche Zustand, die teilweise äußerst desolate Bausubstanz und die neuen Verordnungen und Richtlinien für Schlachthöfe zwangen zur Schließung des Schlachthofes.

Das Plangebiet schließt das Betriebsgelände des benachbarten Omnibusunternehmens Schnaith mit ein, da auch hier die Auslagerung des Betriebes wegen fehlender Entwicklungsmöglichkeiten erforderlich wird.

Ziel der städtebaulichen Entwicklung ist die Umstrukturierung und Aufwertung des Plangebietes, das innenstadt- und universitätsnah in reizvoller landschaftlicher Situation zwischen Österberg und Ammer liegt.

1996 wurde eine Standortanalyse zur Beurteilung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit unterschiedlicher Nachfolgenutzungen in Auftrag gegeben. Dabei wurden die städtebaulichen und landschaftsplanerischen Zielvorstellungen der Verwaltung bestätigt, wonach Dienstleistungen, Nutzungen durch die Universität, ein Kongreßzentrum und Wohnbebauung angesiedelt werden könnten.

Denkmalschutz und Stadtbildpflege

Aufgabe der Abteilung ist einerseits der sorgsame Umgang mit historischer Bausubstanz in der Altstadt und in den Ortskernen der 9 eingegliederten Stadtteile (in

Bebenhausen im gesamten Ort), andererseits die Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmälern.

Im Jahr 1993 gab es im Bereich der Stadt Tübingen 635 Kulturdenkmale (ohne archäologische und bewegliche Kulturdenkmale). Aufgrund des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) sind alle Maßnahmen am Äußeren eines Kulturdenkmals genehmigungspflichtig; der Umgang mit ihnen sollte generell besonders pfleglich erfolgen. Die Kulturdenkmale verteilten sich auf die Altstadt mit 298 Objekten, auf die Kernstadt außerhalb der Altstadt mit 188 Objekten und auf die Orte und Einzelhöfe mit 149 Objekten. 575 Kulturdenkmale waren zum damaligen Zeitpunkt einfache Kulturdenkmale nach § 2 DSchG, 60 Kulturdenkmale fielen als solche von besonderer Bedeutung unter den verschärften Schutz des § 12 DSchG sowie hinsichtlich ihrer Umgebung unter den Schutz des § 15 DSchG.

Der Erfassungsstand, der dieser Denkmalliste zugrundeliegt, ist höchst unterschiedlich. Während die Kulturdenkmale der Altstadt 1993 neu inventarisiert wurden, geht die Liste für die Kernstadt außerhalb der Altstadt auf das Jahr 1980, die Liste für die Orte und Einzelhöfe auf die Jahre 1974/75 zurück. Inhaltlich differierten die Listen ebenfalls voneinander. Im Herbst 1993 erarbeitete das Landesdenkmalamt in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv für die Altstadt Einzelbegründungen der Denkmaleigenschaft; für die Kulturdenkmale außerhalb der Altstadt gibt es dagegen nur stichwortartige Hinweise; für die Orte lediglich die Objektadressen. Man muß auch heute noch in manchen Orten von einem nicht unbeträchtlichen und bisher unbekanntem Denkmalsbestand ausgehen. Beispielsweise wurde in Unterjesingen ein Handwerkerhaus entdeckt, das wahrscheinlich 1431 erbaut wurde.

Da das Landesdenkmalamt aus personellen Gründen nicht in der Lage ist, die älteren Denkmallisten von 1980 bzw. 1974/75 zu überarbeiten, haben sich Landesdenkmalamt und Stadtplanungsamt, insbesondere die Abteilung Denkmalschutz und Stadtsanierung, vorgenommen, alle Gebäudeabbrüche in den Ortsteilen - möglichst auch im gesamten Stadtgebiet - auf ihre Denkmaleigenschaft zu überprüfen. Eine Neufassung der Liste der Kulturdenkmale wurde in Zusammenarbeit mit dem

Landesdenkmalamt im Mai 1996 vorgelegt. Die Liste wird ständig fortgeschrieben und überarbeitet.

Nachfolgend einige Beispiele für Kulturdenkmale: In der Denkmalliste sind als sogenannte Sachgesamtheiten u.a. enthalten: die Scheunen am Weilheimer Ortsrand (Wilsonstrasse), der Stadtfriedhof an der Gmelinstraße und die Wasserkraftanlage in der Brückenstraße, bestehend aus Wohnhaus, Turbinenhaus, Windenhaus, Walzenwehr und Steg. Als größerer denkmalgeschützter Grünbereich ist die Platanenallee auf der Neckarinsel hervorzuheben.

Als Gesamtanlage ist seit 1975 nahezu der gesamte Ortsteil Bebenhausen ge-



Scheunenzeile in Weilheim: Stegreifentwurf von 13 Studentinnen und Studenten der Uni Stuttgart (WS 1994/95, Fachgebiet Gebäudekunde) zum Thema Wohnen und Arbeiten

schützt. Für die Tübingen Altstadt steht ein entsprechender Schutz nach § 19 DSchG immer noch aus. In jüngster Zeit häufen sich die Anfragen in dieser Richtung, da die damit verbundenen steuerlichen Vorteile interessant erscheinen.

In einem Fachplan "Stadtgestalt und Denkmalschutz" zum "Städtebaulichen Rahmenplan Südstadt" hat das Landesdenkmalamt in Zusammenarbeit mit der Abteilung Denkmalschutz und Stadtsanierung die Kulturdenkmale in der gesamten Südstadt erfaßt. So wurden u.a. die Walter-Erbe-Realschule in der Primus-Truber-Strasse, die Kapelle auf dem Bergfriedhof und der Kindergarten am Galgenberg unter Denkmalschutz gestellt.

Fachliche Begutachtung und Beratung

Die Stadt hat diese Aufgabe von der Tätigkeit der Unteren Denkmalschutzbehörde abgekoppelt und der Abteilung Denkmalschutz und Stadtsanierung im Stadtplanungsamt übertragen. Im 14-

Tage-Rhythmus finden gemeinsame Besprechungen zwischen dem Landesdenkmalamt und der Abteilung Denkmalschutz und Stadtsanierung des Stadtplanungsamtes statt, um die anstehenden Bauanträge zu prüfen, Bauherren zu beraten und die in der Durchführung befindlichen Maßnahmen zu begleiten. Die praktische Arbeit ist der wesentliche Kern der denkmalpflegerischen Tätigkeit in Tübingen. Nur aufgrund einer so praktizierten engen Zusammenarbeit ist Effektivität, d.h. ein gutes Ergebnis für das einzelne Objekt zu erreichen. Der Vollzug ist damit einfach, bürgernah und zeitsparend.

Im September 1997 wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, die die Zusammenarbeit zwischen dem Landesdenkmalamt und der Stadt Tübingen erleichtern soll. Für bestimmte Baumaßnahmen, z. B. Werbeanlagen, Rundfunk- und Fernsehantennen, Farbgestaltungen, Einbau neuer Fenster, Schaufenster und Türen, Einbau von Dachgauben und neuer Dachdeckung, in der Altstadt und in den Ortskernen der 9 Stadtteile (in Bebenhausen im gesamten Ort), erteilte das Landesdenkmalamt unter bestimmten Voraussetzungen im voraus das Einvernehmen gem. § 3 Abs. 3 DSchG.

Zukunft des Stadtfriedhofs

Ende 1997 wurde mit der Inventarisierung des Stadtfriedhofs begonnen. Im Rahmen der Frage Wiederbelegung des Stadtfriedhofs oder Nutzung als Park werden die Gräber, die die Angehörigen aufgeben möchten, auf ihre Denkmaleigenschaft überprüft.

Stadtbildsatzung/ Ortsbildsatzungen

Das Stadtbild Tübingens gehört zu den schönsten in Deutschland. Dieses zu bewahren, war der Stadt immer ein besonderes Anliegen. Bereits 1979 hatte der Gemeinderat eine Stadtbildsatzung erlassen, die für das Bauen und Sanieren in der Altstadt Maßstäbe setzte. Diese Satzung einschließlich Erhaltungssatzung wurde 1991 neu gefaßt. 1994/95 gab es eine Initiative der Architektenkammer für eine gelockerte Anwendung der strengen Vorschriften. Die Abteilung Stadtsanierung erarbeitete dazu einen Vorschlag. Da es aber auch galt, in den Stadtteilen die reizvollen Ortskerne zu erhalten und dort



Baugebiet Herrlesberg, 1997

wiederherzustellen, wo negative Entwicklungen der Nachkriegszeit diese beschädigt hatten, haben Gemeinderat und Stadtverwaltung bereits seit 1985 über die Aufstellung von Ortsbildsatzungen für die Tübinger Stadtteile diskutiert und Satzungsentwürfe erarbeitet. Ende 1993 wurden die Satzungsentwürfe in den Stadtteilen in Bürgeranhörungen wie auch in den Ortschafts- und Ortsbeiräten ausführlich beraten. Am 02.05.1994 wurden die Ortsbildsatzungen vom Gemeinderat für die Stadtteile Bebenhausen, Bühl, Hageloch, Kilchberg, Lustnau und Weilheim verabschiedet. Die in den Ortsbildsatzungen geforderten Gestaltungselemente leiten sich aus den historischen Befunden der ortstypischen Bauweise ab, die trotz teilweise grober Veränderungen in neuerer Zeit im Ortsbild jedes Stadtteils auch heute noch erkennbar sind.

Vorplatz Neckarmüllerei

Während die ursprüngliche Platzgestaltung mit Nymphenbrunnen, Sandsteinmauern und -bänken eine sehr hohe gestalterische Qualität aufwies, bietet der derzeitige Zustand des Vorplatzes einen eher jämmerlichen Eindruck: Reste der ursprünglichen Mauern, zertretene Pflanzbeete, ein ungestalteter Abgang zu einer Trafostation mit zeitweiligen Müllablagerungen. Die ungestaltete Platzfläche wird beinahe ausschließlich als Abstellfläche für Fahrräder und Motorräder genutzt. Der Blick auf den Neckar wird durch eine massive Brüstung behindert, und es fehlen Sitzmöglichkeiten.

Im Dezember 1996 wurde das Neckarmüllereigrundstück verkauft. Im Kaufvertrag verpflichtete sich die Käuferin, sich an den Kosten für die Umgestaltung des Vorplatzes zu beteiligen. Die Umgestaltung sieht vor, in einer ersten Stufe den Bereich des Treppenabgangs zur Trafostation, den Zugang zur Gaststätte und den Bereich der bestehenden Pflanzbeete umzubauen. Entlang des Ufers wird ein neues, den Blick auf den Neckar freigebendes Geländer angebracht, und in der im Südosten auf das Höhenniveau der größeren Fläche angehobenen Nische werden Sitzmöglichkeiten geschaffen. Die Platzgestaltung auf der bestehenden, als Zweiradparkplatz benutzten Fläche wird in einer zweiten Stufe realisiert. Dabei ist noch abzuklären, ob und wie wieder ein Brunnen installiert werden kann.

Sanierungsmaßnahmen

Der Gemeinderat schloß die Altstadtsanierung am 17.03.1997 förmlich ab. Zu diesem Zweck wurde die seit 1977 geltende Satzung für die Gebiete "Lammblock", "Rathausblock", "Hintere Grabenstrasse/Alter Botanischer Garten" und "Erweiterung Rathausblock" aufgehoben. Das war die Voraussetzung, um bei den Grundstückseigentümern Ausgleichsbeträge einfordern zu können. Mit dieser Beitragspflicht gegenüber der Stadt müssen Grundstückseigentümer in den umgebauten Quartieren für die sanierungsbedingte Wertsteigerung ihrer Immobilien aufkommen; 80 Prozent der Eigentümer haben ihre Beiträge bereits im Vorfeld bezahlt.

Einfache Stadterneuerung Lustnau und Weststadt

1987 bzw. 1988 wurden die Sanierungsvorhaben Lustnau und Weststadt in das Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg Einfache Stadterneuerung (PES) aufgenommen. In den folgenden Jahren konnten damit in beiden Stadtgebieten umfangreiche Neuordnungsmaßnahmen durchgeführt werden, z. B. die Neugestaltung und Verkehrsberuhigung der Daimler-, sowie in einzelnen Abschnitten der Dorf- und der Steinbößstraße in Lustnau. In der Weststadt wurden der Haagtorplatz neu gestaltet und der Wettbewerb für das Schulzentrum am Schleifmühlweg durchgeführt.

Auch nach der Reduzierung der Haushaltsmittel konnten ab 1994 in der Weststadt die Belthlestraße erneuert und in Lustnau die Neuhaldenstraße bei der Dorfackerschule umgestaltet werden. Angestrebt werden für die verbleibenden Förderjahre bis 2000 noch einige kleinere Abrundungen der beiden Programme, der ursprünglich angesetzte Förderrahmen kann jedoch nicht mehr ausgeschöpft werden, da die Stadt die notwendigen Komplementärmittel zur Landesförderung nicht mehr bereitstellen kann.

Verkehr

Nach den Diskussionen um die Sperrung der Mühlstraße beschloß der Gemeinderat am 16. März 1992, ein innerstädtisches Verkehrskonzept erarbeiten zu lassen, um die Sperrung in ihrem Gesamtzusam-

menhang beurteilen zu können. Die Verwaltung legte daraufhin am 22. April 1993 im Verkehrsplanungsausschuß ein "Gesamtverkehrskonzept" (GVK) und ein "Verkehrskonzept Innenstadt" (VKI) vor. Das GVK bildet für das VKI die Rahmengrundlage und macht Vorgaben für die konzeptionelle und fachübergreifende Planung in Richtung einer stadtverträglichen Mobilität. Nicht mehr nur der Verkehr, sondern vor allem auch die Stadt ist der "Patient" des Gesamtverkehrskonzeptes. Es formuliert qualitative und quantitative Ziele und schlägt für die einzelnen Verkehrsmittel Schritte zur Annäherung an die Zielvorstellungen vor.

Im VKI sind nach einer Zustandsbeschreibung die wesentlichen Ziele zur Verbesserung der verkehrlichen und städtebaulichen Situation in der Innenstadt genannt. Es folgt dann ein Konzept, das von der Verkehrsführung über eine Bewertung der verschiedenen Möglichkeiten von Netzzunterbrechungen bis hin zu einzelnen Umbauten konkrete und umsetzbare Einzelmaßnahmen vorschlägt. Aufgrund der Diskussionen um die Mühlstraße und des anschließend eingerichteten Verkehrsforums erfolgte jedoch keine inhaltliche Diskussion der beiden Konzepte. Einzelne Maßnahmen wie z.B.

- die Fortsetzung der Parkraumbewirtschaftung,
 - das Parkleitsystem,
 - ÖV-Netz-Erweiterungen,
 - Busbeschleunigungen,
 - Busspuren,
 - Buskaps,
 - Mobilitätszentrale,
- wurden umgesetzt oder zumindest beschlossen. Einige andere, nicht verwirklichte Maßnahmen sind:
- Netzunterbrechung Mühlstraße (beide Richtungen) oder Eberhardsbrücke (dann Mühlstraße wieder offen),
 - Verbesserungen an den Haltestellen Lustnauer Tor/Wilhelmstraße,
 - Machbarkeitsstudie Regionalstadtbahn.

Radverkehr

Die 1989 gebildete Radwegekommision, bestehend aus jeweils einem Vertreter jeder Gemeinderatsfraktion und Vertretern der Fahrradorganisationen sowie der Verwaltung, behandelte Probleme mit gewünschten und vorhandenen Radwegeführungen und bereitete deren Umsetzung bzw. Verbesserung vor. Nachdem

der Gemeinderat 1990 den empfohlenen Maßnahmen zugestimmt hatte, konnten fast alle baulichen Vorschläge umgesetzt werden. Im Rahmen der Arbeit der Radwegekommision wurden auch viele Einbahnstraßen innerhalb der Innenstadt in "unechte Einbahnstraßen" umgewandelt, um so das Radfahren in Gegenrichtung innerhalb dieser Straßen zu ermöglichen.

Im Jahr 1990 legte die Verwaltung ein weitergehendes Fuß- und Radwegebauprogramm mit Prioritätenliste vor. Von den darin vorgestellten Maßnahmen, die jeweils für die nächsten Jahre aufgeschlüsselt waren, konnten wegen Finanzierungsschwierigkeiten nur Teile der für 1990/91 vorgesehenen Maßnahmen realisiert werden, von den für 1992 und die folgenden Jahre vorgesehenen Maßnahmen wurde fast nichts realisiert. Die 1995 vom Verkehrsforum zusammengetragenen, kleineren Sofortmaßnahmen im Radverkehr konnten bereits 1996 vollständig realisiert werden.

Etwas Besonderes für die Verknüpfung von ÖPNV und Fahrrad war der Tübinger Fahrradbus, der ab Winterfahrplan 1990/91 bis zum Herbst 1992 zwischen Innenstadt/Universität und Nordstadt im Einsatz war. Bei einem Zuschußbedarf von ca. 160.000 DM pro Jahr und einem durchschnittlichen Besetzungsgrad von 5,7 Personen pro Fahrt war der Fahrradbus letztendlich zu unwirtschaftlich.

Zur Bereinigung der Fahrradabstellsituation am Hauptbahnhof wurde gemeinsam mit Ordnungsamt und Tiefbauamt zum Sommersemesterende 1994 eine "Aktion Bänderl" durchgeführt, um aus den dort abgestellten 400-500 Fahrrädern die nicht mehr fahrbereiten herauszufiltern und damit wieder mehr Kapazität zum geordneten Abstellen zu gewinnen. Zur langfristigen Verbesserung der Fahrradabstellsituation am Bahnhof ist vorgesehen, beim geplanten Umbau des Europaplatzes eine Fahrradstation zu integrieren. Durch ein Bike+Ride-Sonderförderprogramm des Landes konnten am Bahnhof 100 neue Abstellmöglichkeiten und im weiteren Stadtgebiet an den Haltestellen des ÖPNV nochmals ca. 50 Abstellmöglichkeiten geschaffen werden.

1990 - 95 wurden einmal jährlich "Fahrrad- und Verkehrssicherheitstage" organisiert und durchgeführt. Mitbeteiligt waren alle Institutionen und Vereine, die sich mit dem Fahrrad als Verkehrsmittel oder Sportge-

rät befassen. Seit 1996 sind die "Fahrrad- und Verkehrssicherheitstage" in die bundesweit stattfindenden "Mobil ohne Auto"-Aktionstage integriert.

Weitere Maßnahmen im Bereich der Radverkehrsförderung waren:

- Seit 1993 wird auf der Grundlage des amtlichen 8-farbigen Stadtplans mit einem Überdruck in lila (seit 1997 in grün) das Radverkehrsnetz als separater Radwegplan verkauft.

- Über mehrere Jahre wurden innerhalb der Stadtverwaltung insgesamt 50 Dienstfahräder angeschafft, die auf die einzelnen Dienststellen verteilt sind und für Dienstfahrten zur Verfügung stehen.

- Bis zum Sommer 1995 hatte jede/r städtische Mitarbeiter/in Anspruch auf einen Fahrtkostenzuschuß von 5.--DM/Monat, wenn er/sie mit dem Fahrrad zur Dienststelle fuhr. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde dieser Zuschuß jedoch gestrichen.

Durch die 24. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 07.08.1997 und den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften (die sog. "Fahrradnovelle") tritt die Radwegbenutzungspflicht zum 01.10.98 in Kraft. Die Verwaltung ist dabei, die vorhandenen Radwege, Radfahrstreifen und gemeinsamen Fuß- und Radwege gemäß den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift zu überprüfen und baulich und / oder beschilderungstechnisch entsprechend anzupassen.

ÖPNV

Für die Planung des Busbetriebs war bis 1994 das Ordnungsamt und ist seit 1995 die Stadtverkehrsgesellschaft (SVT) bei den Stadtwerken zuständig. Die Planung für die ÖPNV-Infrastruktur allerdings liegt beim Stadtplanungsamt. Im Zusammenhang mit der Einführung des Semestertickets im April 1996 wurden neue Buslinien eingerichtet, bestehende Buslinien z.T. geändert und beschleunigt, Takte verdichtet (z.B. Grundtakt 15 Minuten, 5-Minuten-Takt nach WHO u. Morgenstelle), die Regionallinien von Rottenburg in die Nordstadt durchgebunden, Nachtbusse am Wochenende eingeführt und ein Jobticket bzw. die City-Card Tübingen-Reutlingen angeboten. Infolge der Angebotsausweitung wurden zahlreiche neue Bushaltestellen, Verbesserungen an bestehenden Bushaltestellen, eine neue Buswendeanlage in der Galgenberg-

straße und einige Busbeschleunigungsmaßnahmen geplant und umgesetzt. Politisch gescheitert sind eine Buslinie durch die Haußerstraße und die Buswendeanlage Weilerhalde. Nicht finanzierbar, da nicht zuschußfähig, war die u.a. vom Verkehrsforum geforderte Busbeschleunigung Am Stadtgraben in Verbindung mit einer Verbesserung der Zufahrt zum dortigen Parkhaus. Glücklicherweise konnten die vielen ÖPNV-Verbesserungen in den Jahren 1996 und 1997 durchgeführt werden. Denn mit der Ende 1997 eingeführten Bagatellgrenze von 200.000 DM für die Gewährung von Landeszuschüssen (GVFG-Mittel) wird die Finanzierbarkeit kleinerer ÖPNV-Maßnahmen, wie sie in Tübingen bisher überwiegend angefallen sind, künftig wesentlich schwerer werden. Ein verkehrspolitisches Thema besonderen Ranges war die Reaktivierung der Ammertalbahn. Hier liegt die Zuständigkeit beim Landkreis und seit April 1994 auch beim "Zweckverband ÖPNV im Ammertal" (ZÖA). Die Stadt spielt bei der Finanzierung jedoch eine große Rolle, war bei den Planungen der Infrastruktur auf Tübinger Gemarkung beteiligt und ist als Hauptziel der Verkehrsströme auch hinsichtlich der verkehrlichen Wirkungen stark betroffen. Die Aufnahme des Betriebs mit einer Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h und einem 30-Minuten-Takt während der Hauptverkehrszeiten ist für Anfang 1999 geplant. Auf Tübinger Gemarkung sind die Haltepunkte Hauptbahnhof, Westbahnhof, Unterjesingen-Sandacker und Unterjesingen-Mitte vorgesehen. Die von der Stadt Tübingen zusätzlich gewünschten Haltepunkte Umlandstraße/Jahnalle und Unterjesingen-Enzbach können aus betrieblichen Gründen vorerst nicht verwirklicht werden.

Zwischen 1992 und 1997 hat sich die Verwaltung wiederholt um eine Machbarkeitsstudie für eine Regionalstadtbahn nach Karlsruher Vorbild bemüht, um Möglichkeiten zur Eindämmung des starken Kfz-Pendlerverkehrs auszuloten. Während eine Machbarkeitsstudie vom Verkehrsforum gewünscht worden war, haben Gemeinderat und Kreistag eine solche jedoch stets abgelehnt.

Parken

Nachdem die Parksituation im Laufe der Jahre zunehmend kritischer wurde, be-

schloß der Gemeinderat am 03. Dezember 1990 grundsätzlich das im wesentlichen noch heute gültige "Parkkraumbewirtschaftungskonzept Innenstadt" und die Ausführung einer 1. Realisierungsstufe, die zum 1. März 1993 in Kraft gesetzt würde. Im Stadtzentrum wurde die Belegung sämtlicher ca. 1.000 öffentlichen Parkplätze so geregelt, daß Anwohnern, Kunden, Besuchern und dem Wirtschaftsverkehr Parkplätze zur Verfügung stehen. Diese waren vorher zum großen Teil ganztagig von Berufs- und Ausbildungsependlern blockiert. Der Einstieg in die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung hatte im wesentlichen die erwarteten Wirkungen gebracht. Eine Verkehrsberuhigung der Altstadt war nachweisbar: die Anzahl der Ein- und Ausfahrten ging um 11% zurück.

Mit der Umsetzung der 2. Realisierungsstufe wurden im II. Quartal 1995 auf weiteren 170 ha zusätzlich ca. 2.700 weitere Parkplätze einbezogen. Die Auswirkungen wurden im Rahmen eines Forschungsvorhabens des Bundesministers für Verkehr von der Universität Kaiserslautern untersucht. Zusammenfassend wurde ausgeführt, daß die Maßnahmen zu einer deutlichen Vergleichmäßigung der Parkraumauslastung geführt haben. Für alle Nutzergruppen ist jetzt praktisch überall und zu jeder Tageszeit freier Parkraum vorhanden. Die Ziele Stärkung der Innenstadt als Wirtschaftsstandort und Schutz der Wohngebiete vor Parksuchverkehr wurden erreicht. Auch konnte ein Umstieg vom Auto auf Fuß, Rad und Bus im Berufs- und Ausbildungsverkehr bewirkt werden. Die 3. Stufe (insgesamt ca. 130 ha) wurde 1997 zur schrittweisen Planung und Umsetzung beschlossen und soll 1998 umgesetzt werden.

Vor jeder Realisierungsstufe ist eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt worden. In einer Parkraumbewirtschaftungskommission wurden alle Planungen zwischen delegierten Interessenvertretern, Gemeinderäten und der Verwaltung diskutiert, in Informationsveranstaltungen für die einzelnen Anwohnergebiete Planungsinhalte vermittelt sowie Bedenken und Anregungen aufgenommen.

Die Änderung der Parkgebühren von einer dreistufigen (3,00, 1,50, 0,50 DM) zu einer vierstufigen Regelung (3,00, 2,00, 1,00,

0,50 DM) wurde 1997 vom Gemeinderat beschlossen und zum 01. Januar 1998 umgesetzt.

Zur Ergänzung des innerstädtischen Angebotes an Parkhausplätzen konnte im Juli 1996 das Parkhaus "Metropol" mit 310 Plätzen an der B 28 eröffnet werden.

Bereits im Gesamtverkehrskonzept 1993 wurde ein Parkleitsystem vorgeschlagen, das aufbauend auf den beiden 1992 installierten Hinweistafeln mit Anzeige der freien Plätze in den Parkhäusern "Stadtgraben" und "König" und Parkhinweisen auf der bestehenden Zentrums-Wegweisung die Autofahrer zu allen Parkhäusern führen sollte. Aufgrund der hohen Kosten für dieses voll dynamische System (16 Standorte mit Anzeige der freien Plätze) konnte dieses Konzept nicht umgesetzt werden. Vom Handels- und Gewerbeverein und im Verkehrsforum wurde ein Parkleitsystem für die gesamte Kernstadt jedoch immer wieder angemahnt. Nach der Überarbeitung des Konzeptes mit einer Mischung aus wenigen dynamischen Hinweistafeln und einer statisch beschilderten "Parkroute Zentrum" konnte das Parkleitsystem im November 1996 in Betrieb gehen. Angeschlossen sind über eine "Nordroute" und eine "Südroute" die Parkhäuser "Neckar", "Stadtgraben", "König" und "Metropol" sowie die Parkplätze "Technisches Rathaus" und "Weststadt".

Tempo 30

Ende der 80er Jahre waren in Tübingen die ersten Tempo 30-Zonen eingerichtet worden. Im November 1989 beschloß der Gemeinderat, an allen Strecken mit Wohnbebauung Tempo 30 einzuführen. Es sollten auch die innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen mit hohen Nutzungskonflikten (Zinser-Dreieck, Mühlstraße, Wilhelmstraße, Alberstraße, Mohlstraße, Hölderlinstraße, Rümelinstraße, Am Stadtgraben, Kelternstraße, Westbahnhofstraße und Hechinger Straße) in die Tempo -30-Zonen einbezogen werden. Die Teilorte sollten über ihre Einbeziehung selbst entscheiden.

Das Regierungspräsidium hat im Januar 1990 die Rechtmäßigkeit des Gemeinderatsbeschlusses jedoch teilweise in Frage gestellt, die Einbeziehung der Straßenzüge Wilhelm-/Alberstraße, Mohl-/Hölderlin-/Rümelinstraße/Am Stadtgraben, Keltern-/Westbahnhofstraße, Sigwart-/Goethe-/



Kilchberg: Riesenplakat einer Schulklasse zu "Tempo 30"

Waldhäuser Straße, Gmelinstraße/Breiter Weg wie auch der Ortsdurchfahrt Hageloch untersagt. Erhebliche Bedenken wurden gegen Tempo 30 im Bereich Zinser-Dreieck/ Mühlstraße sowie in der Hechinger Straße erhoben. Das Regierungspräsidium hat seine Entscheidungen im wesentlichen mit der im Vergleich zu den angrenzenden Wohnstraßen höheren Verkehrsbedeutung und entsprechend anderen Charakteristik der strittigen Straßen begründet. Von den vom Regierungspräsidium bemängelten Tempo -30- Maßnahmen konnten bis heute durchgesetzt werden: als Zone nur in der Hechinger Straße, die 1992 durch Straßenumbau und eine Pfortnerampelanlage verkehrsberuhigt wurde, sowie als Einzelbeschilderungen in der Goethe-/Mörikestraße (aufgrund der besonderen Gefahrensituation), und in der Rümelinstraße wegen der Kliniknähe.

Ortsdurchfahrt Unterjesingen

Die Ortsdurchfahrt Unterjesingen stellt nach wie vor ein großes Problem dar. Eine Ortsumgehung ist im Bundesverkehrswegeplan 1992 erst im "weiteren Bedarf" vorgesehen. Auf absehbare Zeit ist nicht mit ihrer Verwirklichung zu rechnen. 1990/91 konnten einige kleinere Verbesserungen entlang der Ortsdurchfahrt umgesetzt werden: Fußgängerampeln an der Brunnenhalde und Bei den Linden, verschiedene Gehwegverbreiterungen sowie eine Mittelinsel am östlichen Ortseingang. Eine am westlichen Ortseingang geplante Mittelinsel konnte bis heute nicht verwirklicht werden. Sie ist Bestandteil des Bebauungsplanverfahrens "Beim Enzbach".

Im Juni 1994 verunglückte an der Fußgängerampel westlich der Rottenburger Straße ein Kind tödlich. Daraufhin war die Ortsdurchfahrt Unterjesingen zweieinhalb

Jahre lang erneut ein heißes verkehrspolitisches Thema. Vom Ortschaftsrat wurde Tempo 40 auf der gesamten Ortsdurchfahrt zusammen mit stationärer Geschwindigkeitsüberwachung gefordert. In Verhandlungen mit dem Straßenbauamt, dem Regierungspräsidium und dem Verkehrsministerium (der Verkehrsminister war im Juli '95 persönlich in Unterjesingen) war Tempo 40 jedoch nur im Ortszentrum und zwar nur in Verbindung mit baulichen Maßnahmen durchsetzbar. Der Ortschaftsrat zog es dann jedoch vor, die zur Verfügung gestellten Gelder - anstatt für bauliche Maßnahmen - für zwei stationäre Geschwindigkeitsmeßanlagen zur Überwachung von Tempo 50 an den Ortseingängen zu verwenden.

Bundesstraßen-Neubau

Zwei für die Tübinger Stadt- und Verkehrsentwicklung wichtige Projekte der übergeordneten Verkehrsplanung stellen die Planungen zur B 27neu und zur B 28neu dar. Die B 27neu ist im Bundesverkehrswegeplan zwischen Stuttgart und Balingen als vierspurige Bundesstraße ausgewiesen und zum Teil schon entsprechend ausgebaut. Der Abschnitt Kirchentellinsfurt - Tübingen-Ost wurde am 15.12.1994 für den Verkehr freigegeben, für die Anwohner der Nürtinger Straße eine Erlösung. Das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt Bläsibad - Nehren wurde 1989 eröffnet. Nach Planänderungen fand 1993 hierzu eine erneute Auslegung statt. Wegen eines Grundsatzurteils des Europäischen Gerichtshofes zur Anwendung des Umweltverträglichkeitsgesetzes mußte 1995 nachträglich eine Anhörung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen durchgeführt werden. Die Stadt Tübingen hat dem Ausbau des Abschnitts Bläsibad - Nehren stets nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß vorher der Abschnitt Tübingen Ost - Bläsibad (als Schindhaubasis-tunnel) hergestellt wird, um das Nadelöhr Tübingen nicht noch weiter zu belasten. Diese Forderung wurde vom Regierungspräsidium abgelehnt.

Im Bundesverkehrswegeplan 1992 wurden die Abschnitte Tübingen Ost - Bläsibad und Bläsibad - Nehren als "vordringlicher Bedarf" in die höchste Prioritätsstufe gehoben. Im Juni 1994 stellte das Regierungspräsidium dem Gemeinderat den Stand der Planungen und die Umweltverträglichkeitsprüfung für die drei verbliebe-

nen Varianten "Ausbautrassen" mit Tunnel in der Stuttgarter Straße, "offene Schindhaubastrasse" und "einröhriger Schindhaubasistunnel" vor. Darüber hinaus erläuterte das Regierungspräsidium seine zwischenzeitlich getroffene "Tendenzent-scheidung" für die "Ausbautrassen". Am 29.8.1994 hat sich der Gemeinderat gegen diese Ausbautrassen entschieden und einen - zunächst einröhrigen - Schindhaubasistunnel gefordert. Zur Klärung der strittigen Fragen wurden vom Regierungspräsidium und der Stadt eine städtebauliche Bewertung der Ausbautrassen hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten in der Südstadt und eine aktualisierte Verkehrsuntersuchung mit Abschätzung der Leistungsfähigkeit eines einröhrigen Schindhaubasistunnels in Auftrag gegeben und 1995 dem Gemeinderat vorgestellt. Aus den Untersuchungen ging hervor, daß einerseits die Ausbautrassen die Entwicklungsmaßnahmen in der Südstadt erheblich beeinträchtigen würde und andererseits ein einröhriger Schindhaubasistunnel leistungsfähig genug wäre. Dies wurde vom Regierungspräsidium jedoch weiterhin bezweifelt, weshalb ein vertiefendes Gutachten zur Leistungsfähigkeit in Auftrag gegeben wurde. Dieses bestätigte im Dezember 1996, daß ein einröhriger Tunnel leistungsfähig genug sei. Der Gemeinderat hat daraufhin seine Forderung zugunsten eines Schindhaubasistunnels bekräftigt und das Regierungspräsidium aufgefordert, die sogenannte 2+2-Lösung (einröhriger Schindhaubasistunnel mit Beibehaltung der Stuttgarter Straße als Umleitungs- und Überlaufstrecke) sowie einen Doppelstocktunnel unter dem Schindhau zu untersuchen. Für die Straßenbauverwaltung kommt jedoch weiterhin nur ein durchgehend vierspuriger Ausbau der B 27 in Frage.

Am 21.1.1997 verkündete der Regierungspräsident dann seine Entscheidung, den weiteren Planungen die Ausbautrassen zugrunde zu legen. Auf Betreiben des Oberbürgermeisters hat sich Umwelt- und Verkehrsminister Hermann Schaufler im Mai 1996 jedoch gegen die Ausbautrassen ausgesprochen und den neuen Regierungspräsidenten gebeten, Möglichkeiten der Optimierung der offenen Schindhaubastrasse mit geringeren Umweltbeeinträchtigungen zu untersuchen. Im Juni 1997 legte das Regierungspräsidium seine Untersuchungen zu einem Doppelstocktunnel vor, der bei den Kosten nicht

viel günstiger als ein Tunnel mit zwei nebeneinanderliegenden Röhren abschneidet. Im Juli 1997 hat der Gemeinderat die Entscheidung des Regierungspräsidiums zugunsten der Ausbautrassen erneut abgelehnt und mehrheitlich die 2+2-Lösung sowie deren Optimierung gefordert.

Weitere Streitpunkte liegen in der Verknüpfung der B 27neu mit der B 28 in den Reutlinger Wiesen und in der Führung der B 27 neu im Bereich des Hindenburgareals. Hierzu hat die Verwaltung Ende 1996 alternative Überlegungen vorgestellt, die weiterentwickelt werden. An Aktualität gewinnt zur Zeit die Frage, ob die Brücke der Stuttgarter Straße über die B 28 abgerissen werden kann.

Die Forderungen nach einer neuen Straße im Oberen Neckartal reichen bis in die 50er Jahre zurück. Diese Straße soll vor allem den regionalen Pendlerverkehr aufnehmen und als Zubringer zur Bodensee-Autobahn dienen. Diskutiert wurden eine bahnparallele Trasse südlich des Neckars und eine Trasse nördlich des Neckars mit Umgehungen von Wurmlingen und Hirschau. In einem Verkehrsgutachten von 1983 wird empfohlen, zwei Straßenzüge im Westen Tübingens unabhängig voneinander auszubauen: die L 370 bahnparallel im Neckartal und die B 28 mit Ortsumgehungen im Ammertal. Dieses Konzept ist bis heute im Grundsatz beibehalten worden. Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan 1992 wurde allerdings die Klassifizierung dieser Straßenzüge geändert: die L 370neu soll zur B 28neu, die B 28 zur B 296 werden. Dabei hat die B 28neu "vordringlichen Bedarf" und somit höhere Priorität. Die Aufstufung hat einerseits zu einer Verzögerung und zu stärkeren Widerständen gegen die Trasse geführt, andererseits aber die Finanzierbarkeit erleichtert.

Das Planfeststellungsverfahren für die B28 neu ist 1993 eingeleitet worden. Widerstände gegen die bahnparallele Trasse kommen aus Rottenburg - insbesondere Kiebingen - sowie aus Bühl und Kilchberg, die u.a. ein neues Raumordnungsverfahren fordern. Hirschau und Weilheim sind für diese Trasse. Weilheim fordert allerdings eine östliche Umfahrung der Ortschaft durch die K 6900. Diese Forderung wurde von der Stadt Tübingen in ihre Stellungnahme vom 15.6.93 zuerst auch aufgenommen. Nachdem eine Untersuchung 1995 jedoch ergeben hatte, daß eine sol-

che Umfahrung auch viele Nachteile mit sich bringt, hat die Stadt Tübingen diese Forderung im April 1996 zurückgezogen. Dies führte zum Konflikt mit Weilheim und machte ein Vermittlungsverfahren erforderlich, das ergebnislos endete.

Das Anhörungsverfahren zur Planfeststellung mit den Städten Tübingen und Rotenburg ist noch nicht abgeschlossen, da noch einige Fragen zu klären sind. Strittig sind zwischen der Stadt Tübingen und dem Regierungspräsidium noch der Rückbau der L370 in den Ortsdurchfahrten, die Option eines zweigleisigen Ausbaus der Bahnstrecke und der unzureichende Anschluß der B 28 neu an die bestehende B 28 (Hegelstraße, Schloßbergtunnel).

Verkehrsentwicklung

Die Verkehrserhebungen von 1992, 1995 und 1997 lassen Aussagen zur Verkehrsentwicklung zu; sie zeigen deutliche Verkehrszunahmen. Im 3-Jahres-Zeitraum 1989-92 haben die Verkehrsbelastungen am Außenkordon insgesamt um 15% zugenommen. An der Zählstelle Bläsiab (B 27) betrug der Verkehrszuwachs sogar 27%. Im 4-Jahres-Zeitraum 1993-97 haben die Verkehrsbelastungen der B 28 im Bereich Hegelstr./Reutlinger Str. um ca. 6% zugenommen, der Verkehrszuwachs der B 27 im Bereich Stuttgarter Straße betrug während dieser Zeit insgesamt ca. 9%. Auffallend ist bei den Zählungen von 1993 und 1995 wiederum der mit durchschnittlich 5% pro Jahr überproportional starke Verkehrszuwachs auf den südlichen Ein- und Ausfallstraßen (Hechinger Str. und Derendinger Str.). Die Verkehrszunahmen im Innenstadtbereich fallen dagegen mit ca. 1% pro Jahr (1993-95) geringer aus.

Ein Grund für den nur moderaten Kfz-Verkehrszuwachs in der Innenstadt dürfte der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sein. So wurden die Fahrleistungen des TÜ-Bus von 1989 bis 1997 nahezu verdoppelt, die Fahrgastzahlen sind sogar um 110% gestiegen.

Landschaftsplan

Das Instrument des Landschaftsplanes ist auf der Planungsebene des Flächennutzungsplanes angesiedelt. Die Zuständigkeit hierfür liegt, wie beim Flächennutzungsplan, beim Nachbarschaftsverband Reutlingen-Tübingen. Der 1982 in

Auftrag gegebene und 1991 im Gemeinderat der Stadt Tübingen beschlossene erste Landschaftsplan stellte weder Stadt noch Träger öffentlicher Belange zufrieden. Die Stadt Tübingen gab deswegen Ende 1992 die Fortschreibung des Landschaftsplanes in Auftrag. Das Ergebnis der Arbeiten wurden 1995 und 1996 in das planungsmethodische Raster des Landschaftsplanes des Nachbarschaftsverbandes eingearbeitet. Im Laufe des Jahres 1998 wird mit einer Beschlußfassung durch alle Gremien gerechnet.

Mit den vorgelegten Planwerken liegen eine flächendeckende Bestandsaufnahme der Landschaft, eine Konfliktdanalyse und Maßnahmenvorschläge im Maßstab 1:10.000 vor. Erfasst wurden Daten zum Biotop- und Artenschutz, zur Erholungsfunktion, zum Landschaftsbild, zur Bodenqualität, zum Oberflächen- und Grundwasserhaushalt und zum Klima. Es kommt dabei deutlich die außergewöhnlich hohe Qualität und Empfindlichkeit der Landschaft zum Ausdruck. Stark reliefgeprägt, mit weiten und engen Tälern und vielen Relikten alter Kulturlandschaften stellt die Landschaft einen wesentlichen Beitrag zum hohen Wohn- und Freizeitwert der Stadt dar, zu deren Erhaltung und Weiterentwicklung im Landschaftsplan Ausführungen gemacht wurden.

Von Bedeutung für die Zukunft erscheinen folgende Themen:

- Die Siedlungsentwicklung bedroht immer mehr hoch empfindliche Landschaftsbestandteile, was wegen der erweiterten Eingriffsregelung des neuen Baugesetzbuches schnell zu einer Verteuerung der Baumaßnahmen führt. Deshalb werden anläßlich des Landschaftsplanes Lage und Ausdehnung neuer Gebiete grundsätzlich zu diskutieren sein.

- Die ortsnahen Landschaften bestehen aus vielen Streuobstlagen, die oft mit alten Weinbergmauern und Gärten durchsetzt sind und deswegen Erholung und gleichzeitig hohe Landschaftsästhetik bieten. In Stadtnähe als "freizuhaltende Mittelhangzonen" zum Planungsprinzip der Stadtentwicklung erhoben, bleiben sie zwar erhalten, jedoch ist ihr ökologischer und gestalterischer Wert durch mangelnde Pflege und der damit einhergehenden Sukzession bedroht. Dies betrifft besonders viele südexponierte Keuperhänge am Schönbuchrand mit ihren wärmelieben-

den, aus der Sicht des Naturschutzes höchst wertvollen Trockenbiotopen.

- Die Erschließung mit Spazierwegen ist an vielen Stellen zur freien Landschaft hin verbesserungsfähig: besonders im Käsenbach- und im Öhlertal, am Weilers- und am Rosenbach, am südlichen Rammerthang und am Landkutschers Kapf/Weiherhau.

- Die Nutzung von Freizeitgärten sollte nach folgenden Kriterien gesteuert werden: nutzergerecht hinsichtlich Lage und Freizeitqualität, landschaftsgerecht hinsichtlich der Pflegenotwendigkeit des ortsnahen Landschaftsbildes und hinsichtlich der Erhaltung wertvoller Tier- und Pflanzenarten.

Ausblick

Der Blick in die nächsten Jahre läßt erwarten, daß einige der wichtigsten Themen der Stadtplanung die alten sein werden, die Neugestaltung des Europaplatzes, die Ansiedlung bzw. die weitere Entwicklung im Einzelhandel, die Planungen für die B 27 und die B 28, um nur die wichtigsten zu nennen. Neu hinzukommen werden die Wiederaufnahme der Stadtentwicklungsplanung, die Fortschreibung des Flächennutzungsplans, die Aufstellung des städtebaulichen Rahmenplans "Stadtzentrum Tübingen" und eines Rahmenplans für das Institutsgelände auf der Oberen Viehweide. Notwendig wird es sicher auch sein, sich mit der langfristigen Entwicklung des Güterbahnhofs zu beschäftigen.

Eine neue Stadt entsteht

Das Stadtplanungsamt

Das Tübinger Stadtplanungsamt wurde 1963 eingerichtet; ein kleiner, aber fester Mitarbeiterstab - direkt dem Baudezernenten unterstellt - sollte die Erneuerung der historischen Altstadt betreuen. Diese Aufgabe ist mit der Erhebung von Ausgleichsbeträgen (bzw. einer überwiegenden Ablösung nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs) und der förmlichen Aufhebung der Sanierungssatzung im Jahr 1997 inhaltlich und auch formell abgeschlossen. Als 1990/91 die städtebauliche Neuordnung weitläufiger Militärfächen im Tübinger Süden anstand, bot es sich an, die Erfahrungen des Stadtplanungsamts mit der umfassenden Bearbeitung eines großen Stadtumbau-Projektes für diese Aufgabe zu nutzen. Seit der Entscheidung, die Südstadtplanung dem Stadtplanungsamt zu übertragen, hat sich gezeigt, daß die besondere Herangehensweise der Stadtplanung zu neuen Ansätzen führt, die inzwischen weit über Tübingen hinaus Beachtung finden.

Im Jahr 1990 wurden in Tübingen durch den Abzug der Französischen Garnison innerstädtische Areale in der Südstadt verfügbar, die bis dahin "Terra incognita" für

die Tübinger Bevölkerung waren. Schnell war der Verwaltung und den politischen Gremien klar, daß sich hier eine einmalige Chance für die Stadtentwicklung bot, handelte es sich doch um zentrumsnahe und damit für eine Innenentwicklung attraktive Flächen.

Die freiwerdenden Areale waren von recht unterschiedlicher Qualität und Gestalt: Neben Kasernengebäuden, die bislang als Mannschaftsquartiere gedient hatten, gab es Panzerhallen, Werkstattgebäude, die ehemaligen Pferdeställe, Tankstellen, Exerzierplätze, ein Offizierskasino, Wagenhallen und einige Gebäude mehr, die als Garagen oder zu sonstigen Logistikzwecken genutzt wurden. Darüber hinaus gab es an die ehemaligen Kasernengelände angrenzende Brachflächen, die im Zusammenhang mit der Umnutzung der militärischen Areale in Wert gesetzt werden konnten.

Bereits Anfang 1991 erklärte die Stadt ihre Absicht zur Festlegung eines städtebaulichen Entwicklungsbereichs für 2.500 Arbeitsplätze und 6.000 Einwohner, verbunden mit der Formulierung der wichtigsten städtebaulichen Ziele (Mischung, Dichte, öffentlicher Raum). Das Stadtplanungsamt wurde mit der Planung beauftragt. Im Sommer erfolgte der Startschuß zu einem städtebaulichen Ideenwettbewerb, begleitet von einem Kolloquium und Diskussionsveranstaltungen zur Zukunft der Süd-

stadt. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt begannen Stadt und Studentenwerk mit dem Umbau von Militärgebäuden. Als Zwischennutzer (bis zur Privatisierung der Flächen) siedelten sich die ersten Gewerbebetriebe an.

Anfang 1992 wurde der städtebauliche Wettbewerb von einer Gruppe Studenten gewonnen und im Laufe des Jahres als Bestandteil eines vom Stadtplanungsamt ausgearbeiteten städtebaulichen Rahmenplans in der Öffentlichkeit und in den Gremien ausführlich erörtert. Im Herbst beschloß der Gemeinderat die Entwicklungssatzung, die im Dezember durch Genehmigung des Regierungspräsidiums rechtskräftig wurde.

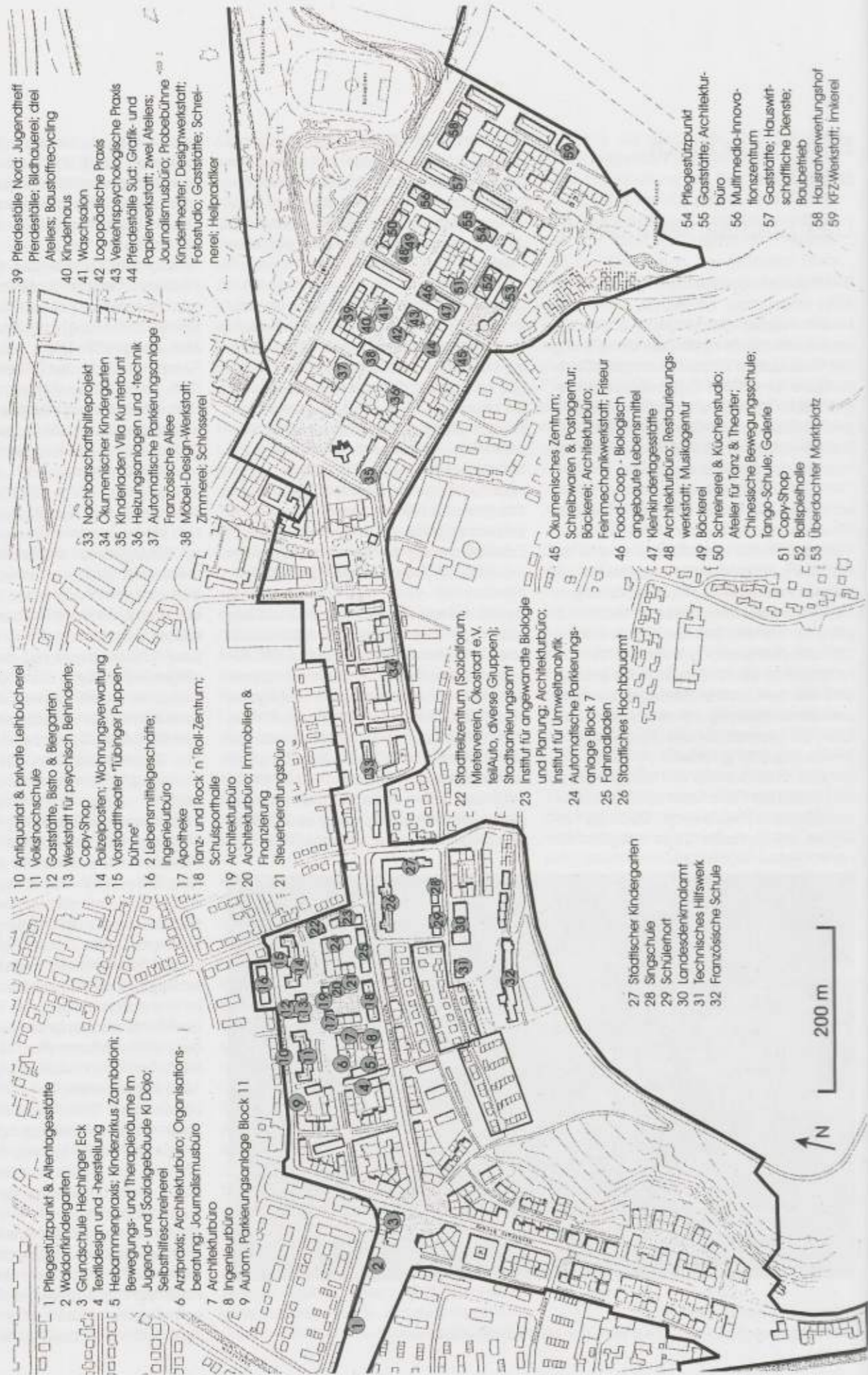
Im Laufe des Jahres 1993 bildete der Gemeinderat den Südstadtausschuß, der sich bis heute ressortübergreifend mit allen Belangen der städtebaulichen, kulturellen und sozialen Entwicklung in der Südstadt befaßt. Zur Umsetzung der Ziele der Entwicklungsmaßnahme ist umfangreicher Grunderwerb notwendig. Es finden Kaufverhandlungen mit der Bundesvermögensverwaltung statt, die nach dem Abzug der französischen Garnison als Eigentümer für die Vergabe der Flächen zuständig ist. Im Dezember 1993 beschloß der Gemeinderat den städtebaulichen Rahmenplan für den Entwicklungsbereich.

1994 erwarb die Stadt vom Bund das Hindenburgareal, das Lorettoareal und die Französische Schule. Die Altlastensanierung und erste Verhandlungen mit Grundstückskäufern begannen. Zur Konkretisierung der Planungen wurde ein Konzept für den Bebauungsplan Hindenburg-West erarbeitet. Im Rahmen des Forschungsfeldes "Städtebauliche Qualitäten im Wohnungsneubau" des Bundesbauministeriums wurden Umsetzung und Sicherung umweltschonender Qualitäten in der städtebaulichen Praxis analysiert.

1995 folgten erste Optionen für den Gebäude- und Grundstücksverkauf, Konzepte für die Neubebauung des Loretto-Areals und die Parkierung. Novum bei der Planung der Parkierung war, daß Stellplätze nicht unmittelbar den Wohn- und Gewerbegrundstücken zugeordnet wurden: In einem dicht bebauten Viertel ist auch ein anderer Umgang mit der Mobilität notwendig. Damit Bewohner und Beschäftigte den öffentlichen Raum als Aufenthaltsraum nutzen können, wird das Auto nicht (wie heute üblich) bevorzugt



Neu und alt nebeneinander:
Das französische Viertel, die ehemalige Hindenburg-Kaserne



behandelt. In den Randbereichen der Quartiere, maximal 300 m von den Wohnungen entfernt, entstehen automatisierte Parkgaragen; im Viertel selbst stehen nur Parkplätze für Gehbehinderte und bestimmte Gewerbebetriebe zur Verfügung. Der Platz, der sonst für das Parken der Autos notwendig würde, wird zum für die Menschen nutzbaren Raum. Die Anlieferung von Waren zu den Wohnungen und Betrieben bleibt selbstverständlich möglich: der Stadtteil soll nicht autofrei werden, aber mit deutlich weniger Autos auskommen.

1996 bildeten das Stadtansierungsamt und die Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg eine Projektgruppe, wobei das Stadtansierungsamt weiterhin für das gesamte planerische Management, die Grundstücksvermarktung und die Bürgerbeteiligung zuständig blieb und die LEG für die wirtschaftliche Abwicklung und die Termin- und Kostenkontrolle verantwortlich zeichnete. Das Südstadtprojekt wurde in das Forschungsfeld "Nutzungsmischung" im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus des Bundesbauministeriums aufgenommen, das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Tübingen, übernimmt die Begleitforschung. Ziel der Forschung ist vor allem, Fragen und Probleme der Nutzungsmischung zu erörtern.

Der Verkauf der bebauten (Altbau-)Grundstücke begann. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Entwicklungsbereich bereits 350 Arbeitsplätze und Wohnraum für 1.300 Bewohner. Der Gemeinderat beschloß das Stellplatzkonzept und den Bebauungsplan für "Hindenburg-West". Im Juni wurde der erste private Kaufvertrag über ein Neubaugrundstück abgeschlossen, im Französischen Viertel wurden die ersten Baugruben ausgehoben. Die künftigen Bewohner gründeten im Dezember die Parkierungsgesellschaft Französische Allee.

1997 begannen auch im Lorettoareal die ersten Neubaumaßnahmen, die Parkierungsgesellschaft Lorettoplatz wurde gegründet. Alle Parzellen im ersten Bauabschnitt, sowohl im Lorettoareal als auch im Französischen Viertel, waren Ende des Jahres vergeben. Nach der Fertigstellung der im Verfahren befindlichen Projekte (Ende 1998/Mitte 1999) wird das Gebiet knapp 3.000 Einwohner und zwischen 500 und 600 Arbeitsplätze haben.

Nutzungsmischung

Im Entwicklungsbereich entsteht eine Mischung aus Wohnen, produzierendem und dienstleistendem Gewerbe, Kultur- und Freizeiteinrichtungen bis in die einzelnen Gebäude und Parzellen hinein. Kooperationen und Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Unternehmen werden durch die räumliche Nähe vereinfacht. Auf vielen Grundstücken werden neben Wohnungen - kleine und mittlere Betriebe, Büros, Läden und Werkstätten Platz finden, für die in den Städten sonst kaum geeignete Flächen angeboten werden.

Als Grundlage für die Ansiedlung von Gewerbe wurde die Art der baulichen Nutzung im Entwicklungsbereich als Mischgebiet festgelegt. Das heißt, die Unterbringung von gewerblichen Betrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören, ist grundsätzlich möglich, das Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten gewollt. Vor allem deshalb wurden die Käufer der einzelnen Parzellen dazu verpflichtet, in den Neubauten im Erdgeschoss eine lichte Raumhöhe von mindestens 2,75 Metern herzustellen.

Parzellierung und Nutzerorientierung

Käufer der Grundstücke soll grundsätzlich der spätere Nutzer sein, sei es als Bewohner oder als Gewerbetreibender. Der Zuschnitt der Parzellen erfolgt in Absprache

mit den Nutzergruppen und orientiert sich direkt an deren Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten. Angesichts der hohen Nutzungsdichte ergeben sich günstige Baulandpreise; die Nutzergruppen können selbst über die Durchführung ihrer Maßnahme entscheiden.

Dieses Verfahren ist nachfrageorientiert, es zielt auf einen sparsamen Umgang mit dem Bauland und den finanziellen Ressourcen der Bauherren ab; auch Haushalte mit mittleren und geringen Einkommen können Immobilien erwerben. Wer selbst festlegt, wie groß das Grundstück ist und was dort gebaut wird, kann dabei die eigenen Ansprüche und ihre mögliche Veränderung am Besten mit einplanen. Dem fertigen Quartier wird man die kleinteilige Parzellierung ansehen: jede Baugemeinschaft baut ihren Teil der Stadt nach eigenen Vorstellungen und Ansprüchen.

Bauliche Vielfalt

Vielfalt und Lebendigkeit sollen auch von außen an der Architektur ablesbar sein. Daher wurde auf Gestaltungsvorgaben für Neu- und Umbau weitestgehend verzichtet, Architekten und Bauherren können, die Vorgaben des Bebauungsplans berücksichtigend, Entscheidungen wie Fenstergröße, Vorsprünge (Balkone und Erker), Dachneigung, Materialwahl oder Farbe selbst treffen. Der Bebauungsplan gibt unterschiedliche Traufhöhen vor, die in Zusammenhang mit der Parzellierung der



Blick in den Lorettoplatz

Grundstücke eine kleinteilige Struktur der Stadtviertel bewirken und durch die Maßstäblichkeit der Gebäude den städtischen Raum prägen.

Dichte

Ein Begriff, der nicht immer nur positive Assoziationen hervorruft, sondern auch an enge Hinterhöfe und anonyme Mietskasernen erinnert. Aber Dichte läßt sich auch anders verstehen: als Dichte von Kontakten, Einrichtungen und Möglichkeiten, als Grundlage eines Stadtteils der kurzen Wege. Und als ökologische Maßnahme, denn um die steigenden Ansprüche an Wohnraum zu erfüllen, können nicht ständig neue Siedlungsgebiete ausgewiesen werden. Nicht zuletzt sprechen auch finanzielle Gründe für eine dichte Bebauung in der Südstadt: nur so bleibt das Bauen bezahlbar.

Soziales und Kultur

Die geplanten "innerstädtischen" Stadtviertel mit ihrer Mischung aus Wohnen und Arbeiten, mit ihrer Mischung aus verschiedensten Bevölkerungsgruppen sollen die Möglichkeiten zu gegenseitiger Hilfe verbessern und die Chance erhöhen, daß "Teilbereiche des sozialen Netzes durch die Bevölkerung im Quartier selbst organisiert und getragen werden" (Zitat Rahmenplan).



Neubau im Loretto-Areal, im Hintergrund die Volkshochschule

Durch ihren Umbau wird die Südstadt zu einem Stadtteil mit einer ungewöhnlich dichten sozialen und kulturellen Infrastruktur. Mit der Entwicklungssatzung hat sich die Stadt Tübingen verpflichtet, die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen in Erschließung und Einrichtungen in der Südstadt zu investieren. Im Rahmen dieser

Investitionen besteht Raum für innovative Maßnahmen. Dabei sollen vor allem Projekte gefördert werden, die mit der Beteiligung der Bürger in Gang gesetzt werden. "Die Stadt kann nicht alles machen - alle zusammen machen die Stadt" ist der Grundgedanke dieses Konzepts: die Stadt übernimmt die soziale und kulturelle Grundversorgung - in Zeiten knapper öffentlicher Mittel muß jedoch Eigeninitiative diese Grundversorgung ergänzen und entlasten. Im Tübinger Süden sollen sich Potentiale und Ressourcen einer bürgerschaftlichen Kultur entfalten. Denn die Verantwortung für das Quartier ist ein wichtiger Entwicklungsfaktor, der sich unter anderem in der intensiven Bürgerbeteiligung während der gesamten Planungsphase ausdrückt.

Folgende Einrichtungen sind bisher geplant oder bereits vorhanden: vier Kindergärten und Kindertagesstätten, ein Schülerhort, die Grundschulen Hechinger Eck und Französische Schule, der Jugendtreff Bei den Pferdeställen, die Volkshochschule, das Stadtteilzentrum im Loretto-Areal, eine Stadtteilkantine und ein ökumenisches Zentrum im Französischen Viertel, diverse Vereinsräume, zwei Pflegestützpunkte, eine Altentagesstätte, Kneipen und Gaststätten, Puppenbühne, Kulturhaus und vieles mehr. In den ehemaligen Pferdeställen im Französischen Viertel haben Grafiker, Maler und Bildhauer ihre Ateliers ausgebaut, aus der ehemaligen Panzerhalle soll ein überdachter Marktplatz für unterschiedlichste Anlässe werden.

Zwei Tübinger Tanzsportvereine betreiben im Loretto-Areal das Tanz- und Rock'n Roll-Zentrum, eine Sporthalle, an deren Finanzierung sich die Stadt beteiligt hat und die von der Französischen Schule mitgenutzt wird. Im Französischen Viertel wird die alte Ballspielhalle der Garnison von Vereinen genutzt, auf der Sportanlage Reutlinger Wiesen haben sich Boule-, Fahrrad-, Trial- und Baseballverein angesiedelt. Gemeinsam mit dem Sportinstitut der Universität Tübingen wird an Konzepten gearbeitet, Sport als Alltagsbewegung in die Gestaltung des öffentlichen Raums zu integrieren.

Finanzierung der Maßnahme

Wie die Kosten- und Finanzierungsübersicht zeigt, belaufen sich die Gesamtausgaben der Entwicklungsmaßnahme auf

insgesamt 131,4 Millionen DM. Davon entfallen auf den Erwerb von Grundstücken 23% der Kosten, auf sonstige Ordnungsmaßnahmen (Erschließung, Freilegung von Grundstücken, Gestaltung v. Außenanlagen) 39%. Der Kostenanteil für Baumaßnahmen (Kindergärten, Schulen, Kulturelle Einrichtungen u.ä.) liegt bei 29%.

Den Ausgaben stehen Einnahmen in Höhe von 134,7 Millionen DM entgegen, die zum überwiegenden Teil aus Grundstückserlösen erzielt werden. Bis 1997 hat die Stadt bereits mit 14 Mio. DM die Finanzierung der Maßnahme unterstützt.

Zeitlicher Ablauf

Ein Grundgedanke der Entwicklungsmaßnahme ist das behutsame städtebauliche Vorgehen. Dieses ist nur dann möglich, wenn der zeitliche Ablauf einerseits ein Reagieren auf veränderte Rahmenbedingungen zuläßt, andererseits auch Erfahrungen, die bei den vorausgehenden Realisierungsschritten gemacht wurden, berücksichtigt werden können. Daher findet die Entwicklung über eine Zeitspanne von 15 bis 20 Jahren statt und ist in vier große Abschnitte gegliedert:

1992 bis 1998:

Hindenburg-West, Loretto-Ost, Infanteriekaserne und Französische Schule

1998 bis 2002:

Loretto-West, Hindenburg-Ost und die ergänzende Bebauung an der Königsberger Straße

2002 bis 2007:

Hechinger Straße/Hechinger Eck sowie Flächen südlich der Infanteriekaserne

2007 bis 2010:

Bebauung entlang der Stuttgarter Straße zwischen Loretto- und Hindenburg-Areal

Weitere Aussichten ...

Die Umsetzung der Maßnahme hängt zum Teil von Faktoren ab, auf die die Stadt wenig Einfluß hat. Inwieweit zum Beispiel nördlich der Reutlinger Straße die geplante Bebauung realisiert werden kann, wird von der Trassenführung der B 27 in starkem Maße beeinflußt. Stadt und Straßenbauverwaltung sind sich darüber einig, daß nur eine Untertunnelung des Schind-

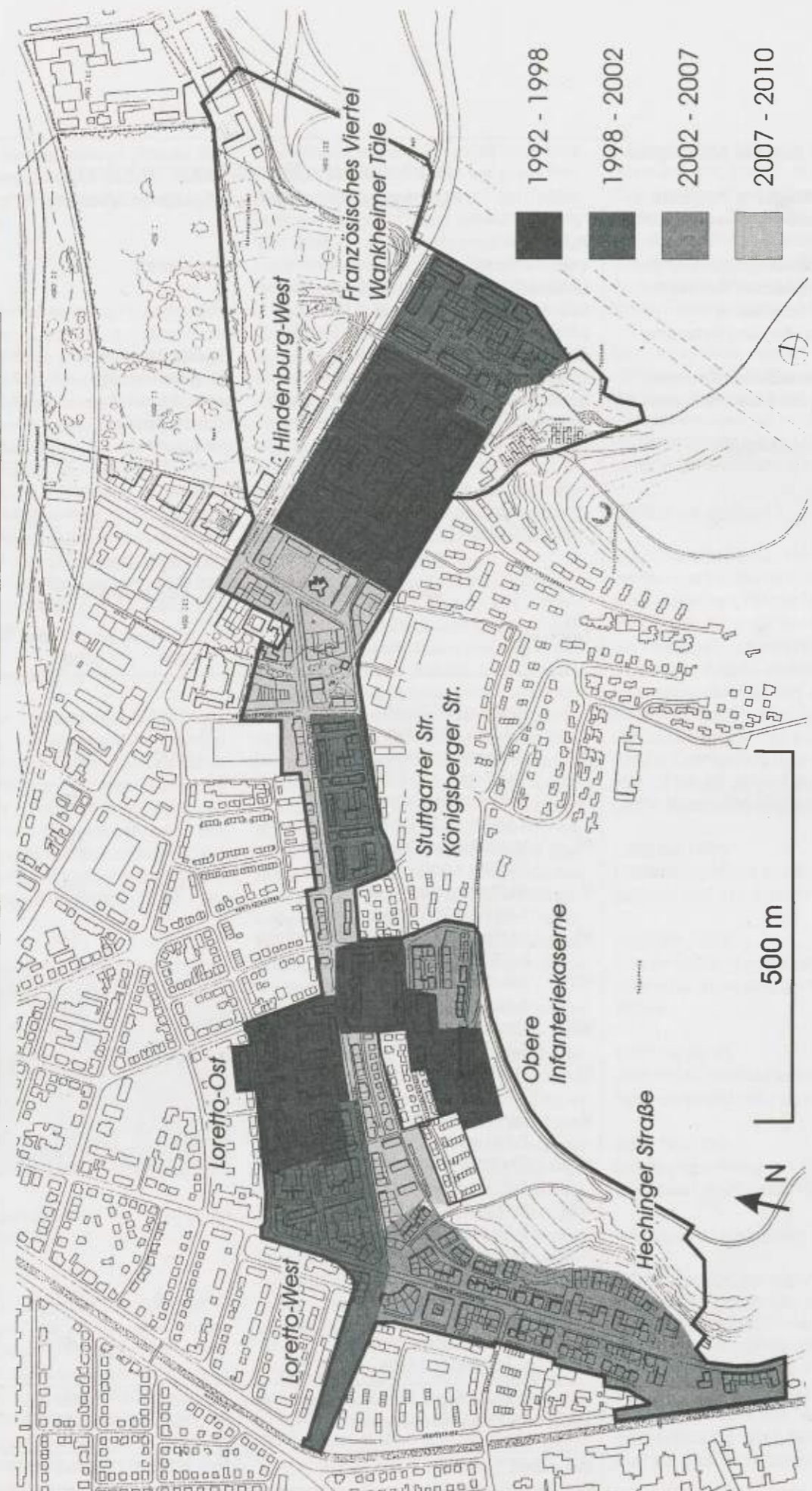
haus die gestellte Aufgabe befriedigend lösen kann.

Konkrete und vordringliche Aufgaben in den Jahren 1998 und 1999 werden sein:

- Erstellung der Bebauungspläne für den Ostteil des Französischen Viertels und den Westteil des Lorettoareals
- Vergabe der Parzellen und Bebauung dieser Areale
- Gestaltung des öffentlichen Raumes unter Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner
- Bau der Parkieranlagen

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Stuttgarter Straße/Französisches Viertel"			
Ausgaben		Einnahmen	
Vorbereitende Untersuchungen	8,7 Mio. DM		
Grunderwerb	29,7 Mio. DM		
sonst.			
Ordnungsmaßnahmen	50,9 Mio. DM	Grundstückserlöse	75,5 Mio. DM
Baumaßnahmen	38,4 Mio. DM	Ausgleichsbeträge	7,7 Mio. DM
Sonstige Maßnahme	0,7 Mio. DM	sonst. Einnahmen	26,3 Mio. DM
Vergütung	3,0 Mio. DM	Haushaltsmittel der Stadt *	25,2 Mio. DM
Summe	131,4 Mio. DM		
		* bis 1997 von der Stadt finanziert: 14,0 Mio. DM	
		Summe	134,7 Mio. DM

Städtebaulicher Entwicklungsbereich Baulandkapazität in den Teilgebieten				
Teilbereich		Jahr und Anzahl der Bewohner		
		1996	2000	2005
I	Reutlinger Wiesen 2,5 ha x 120 E/ha	-	-	290
II	Hindenburg-Areal 13,27 ha x 180 E/ha	1000	2500	2390
III	Schweickhardtstraße 1,56 ha x 120 E/hall	-	100	190
IV	Marienburger-/Eisenhutstraße 2,28 ha x 150 E/ha	150	250	340
V	Stuttgarter Straße Ost 1,86 ha x 200 E/ha	370	370	370
VI	Stuttgarter Straße/Mathildenstraße 0,23 ha x 200 E/ha	50	50	50
VII	Infanteriekaserne 1,10 ha x - E/ha	-	-	-
VIII	Loretto-Areal 5,92 ha x 150 E/ha	500	770	960
IX	Hechinger Straße Ost 7,24 ha x 100 E/ha	-	300	720
X	Hechinger Straße West 2,60 ha x 180 E/ha	-	300	470
XI	Stuttgarter Straße West 1,30 ha x 150 E/ha	80	120	190
XII	Galgenbergstraße West 0,70 ha x 100 E/ha	-	-	-
XIII	Französische Schule 1,84 ha x - E/ha	-	-	-
XIV	Galgenbergstraße Ost 0,58 ha x 100 E/ha	60	60	60
XV	Areal Motorsportschule 0,78 ha x 100 E/ha	10	80	80
Belegung ehemaliger Garnisonswohnungen außerhalb Entwicklungsbereich		2220	4900	6110
		560	560	560
insgesamt Bewohner		2780	5460	6670



Wenn's ums Bauen geht

Das Baurechtsamt

1. Aufgaben

Das Baurechtsamt in der seit 01.09.1991 existierenden Ausprägung versteht sich als Dienstleistungsbetrieb in allen Genehmigungs-, Erlaubnis- und Bewilligungsverfahren für Grundstücke und Gebäude. Darin eingeschlossen sind alle Aufgaben der Unteren Baurechtsbehörde, die technischen Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wie Brandverhütung, Feuer- und Betriebssicherheit, die Wahrnehmung gemeindlicher Belange bezüglich der Herbeiführung des Einvernehmens, die Überwachung des Bodenverkehrs, der Vorkaufsrechte und der Grundstücksteilungen, die Aufgaben der unteren Denkmalschutzbehörde und der Zweckentfremdung von Wohnraum, die Anwendung des Wohnungseigentumsrechts und die Verfahrenssteuerung auf gemeindlicher Ebene im Wasserrecht, Naturschutzrecht und Immissionsschutzrecht.

2. Organisation

Zum 01.09.1991 wurde für die Baurechtsbehörde Tübingen ein wichtiger organisatorischer Schritt vollzogen. Die Zweiteilung der Baurechtsbehörde in einen technischen und einen verwaltungsrechtlichen Teil, die aufgrund einer überkommenen Organisationsstruktur vorhanden war, wurde mit dem Ausscheiden von Stadtbauamtsdirektor Konrad Kost als Leiter des Bauordnungsamtes durch Verfügung des Oberbürgermeisters aufgehoben. Es wurde ein neues Baurechtsamt gebildet, das sich aus dem früheren Bauordnungsamt und der früheren Abteilung Baurecht des Bauverwaltungsamtes zusammensetzte.

Das neue Amt wurde hierarchiefrei organisiert. Auf die Bildung von Abteilungen und die Schaffung von Abteilungsleiterstellen wurde verzichtet. Stattdessen wurden die Bearbeitungsbezirke Ost, Süd und West gebildet. Diese Bezirke sind jeweils für ein Drittel des Tübinger Stadtgebiets zuständig und erledigen in ihrem Gebiet mit voller Kompetenz das gesamte Aufga-

benspektrum des Amtes. Diese Organisationsform erleichtert es aufgrund ihrer Transparenz dem Bürger, jeglichem "Zuständigkeitsdschungel" zu entgehen und für alle Rechtsfragen den zuständigen Sachbearbeiter zu finden. Ebenso erleichtert es den Sachbearbeitern den Überblick über ihr Bearbeitungsgebiet, weil sich bei ihnen alle Vorgänge aus den verschiedenen Rechtsgebieten bündeln und sie darüber hinaus eine detaillierte Sachkenntnis aller Verhältnisse und Vorgänge in ihrem Bezirk erlangen.

3. Entwicklung der Rechtsvorschriften

Hehres Ziel sowohl des Landes- als auch des Bundesgesetzgebers war es einmal, baurechtliche Vorschriften für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren anzulegen, um größtmögliche Rechtssicherheit für den Bürger zu schaffen. Von dieser Absicht entfernt sich der Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene immer mehr, und er erliegt zunehmend der Versuchung, auch auf kurzfristige Bedürfnisse in immer kürzeren Intervallen mit einer Rechtsanpassung zu reagieren.

Am beständigsten blieb bisher die Baunutzungsverordnung, die in ihrer Fassung vom 23.01.1990 den gesamten Berichtszeitraum überdauert hat.

Die Vorschriften des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 08.12.1986 erhielten durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 weitgehende Neuregelungen und Ergänzungen. Eine besondere Stellung innerhalb der baurechtlichen Vorschriften erhielt das Bundesnaturschutzrecht, hier insbesondere der inzwischen sehr bekannt gewordene § 8a, der das Verhältnis des Naturschutzrechts zum Planungsrecht neu gestaltete.

Das innerhalb des obengenannten Artikelgesetzes enthaltene Wohnungsbauerleichterungsgesetz brachte eine Reihe von Maßnahmen, die auf die Dauer von 5 Jahren befristet (vom 01.06.1990-31.05.1995), der Erfüllung eines dringenden Wohnungsbedarfes dienen sollten. Dadurch sollte erreicht werden, daß Wohnbauland zügig und in ausreichendem Umfang ausgewiesen und die Zulassung von Wohnbauvorhaben im Rahmen

einer geordneten städtebaulichen Entwicklung erleichtert wird.

Der Ablauf der Befristung zwang den Gesetzgeber, wieder ein einheitliches Bauplanungsrecht zu schaffen und die befristeten Maßnahmen, die sich bewährt hatten, in das Baugesetzbuch aufzunehmen.

Bauordnungsrecht

Gleich zu Beginn des Berichtszeitraums trat am 26.04.1990 die Baufreistellungsverordnung in Kraft, die die Oberste Baurechtsbehörde, ebenfalls zur Erleichterung des Wohnungsbaus, erließ. Damit waren Wohngebäude mit nicht mehr als drei Wohnungen im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans unter weiteren Voraussetzungen von einem Baugenehmigungsverfahren freigestellt. Mit dem Bau konnte nach einem erleichterten Anzeigungsverfahren begonnen werden.

Zum 01.01.1996 wurde das baden-württembergische Bauordnungsrecht völlig umgekrempelt. Dies geschah durch eine Novellierung und Neubekanntmachung der Landesbauordnung sowie die Folgeänderungen der Ausführungsverordnung, der Verfahrensverordnung und der Feuerungsverordnung. Die bisherige Prüfzeichenverordnung, die Überwachungsverordnung, die Baufreistellungsverordnung und die Verordnung über den Wegfall der Genehmigungs- und Anzeigepflicht von Werbeanlagen entfielen. Damit war die bisherige Baufreistellungsverordnung als sogenanntes "Kenntnisgabeverfahren" in die Landesbauordnung aufgenommen. Weitere Erleichterungen gab es beim Recht der Abstandsflächen und durch eine beträchtliche Erweiterung des verfahrens- (bisher genehmigungs-)freien Vorhabenkatalogs.

Leider beschränkte sich die politisch hochgepreisene Deregulierung auf eine Ausdünnung des Verfahrens- und Zuständigkeitsrechts der Baurechtsbehörde, während die Anforderungen und die Kompliziertheit des materiellen Baurechts nahezu unverändert blieben. Dies wird auf Dauer leider zu einer Zunahme der Rechtsunsicherheit und der Ungleichheit führen.

Ebenfalls in den Berichtszeitraum fallen die Neufassung der Wärmeschutzverordnung vom 16.08.1994 und die Neufassung

der Heizungsanlagenverordnung vom 22.03.1994, die erhöhte Anforderungen an den Wärmeschutz und die heizungstechnische Ausstattung der Gebäude stellten.

4. Tätigkeit des Baurechtsamts und die daraus zu ziehenden Schlüsse

- Bauanträge
- Anträge auf Bauvorbescheid
- Anträge im Kenntnissgabeverfahren
- Zustimmungsverfahren für Vorhaben des Bundes und der Länder
- Stellungnahmen zu Verfahren anderer Rechtsträger
- Überwachung des Bodenverkehrs
- Anträge auf Grundstücksteilung
- Anträge auf Genehmigung von Vorgängen nach dem Städtebauförderungsrecht
- Anträge auf Prüfung des Vorkaufsrechts
- Bauaufsichtliche Maßnahmen
- Baueinstellungen
- Nutzungsuntersagungen
- Abbruchs- und Beseitigungsanordnungen
- Brandverhütungsschauen
- Feuerpolizeiliche Anordnungen
- Durchführung der Verwaltungszwangsmaßnahmen für die oben genannten Verfahren
- Androhung und Festsetzung von Zwangsgeld
- Androhung und Durchführung der Ersatzvornahme
- Bearbeitung des Rechtsmittel- und Klageverfahrens, einschl. Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes in den oben genannten Angelegenheiten
- Führung von Widerspruchsverfahren mit dem Regierungspräsidium
- Fertigung von Begründungen und Erwidierungen in Klage- und Berufungsverfahren
- Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes nach § 80 VwGO
- Vertretung der Unteren Baurechtsbehörde bei den Verhandlungen der Gerichte
- Führung des Baulastenverzeichnisses
- Mitwirkung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in baurechtlicher Hinsicht

- Aufgaben der Unteren Denkmalschutzbehörde
- Verhandlungen mit dem Landesdenkmalamt
- Rechtliche Würdigung der Äußerungen des Landesdenkmalamts und des Stadtplanungsamts und Vertretung dieser Entscheidungen gegenüber dem Bauherrn
- Verwaltungsmäßige Betreuung der Listenerfassungsverfahren der Kulturdenkmale
- Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum
- Beratung im Rahmen der täglichen Anfragen und der Erteilung von Zweckentfremdungsgenehmigungen
- Verfolgung rechtswidrig vorgenommener Umnutzungen
- Einholung des Einvernehmens der Gemeinde in baurechtlicher Hinsicht bei den zuständigen Gremien der Gemeinde

Bauvolumen

Der Umfang der Bautätigkeit in Tübingen läßt sich an der Zahl der bearbeiteten Bauanträge nicht deutlich machen, weil ein 1 qm großes Werbeschild ebenso verfahrenspflichtig ist wie ein Wohnblock mit 80 Wohneinheiten. Deutlich spiegelt sich das Gesamtvolumen dagegen wider in der Höhe der von der Stadt erhobenen Baugenehmigungsgebühren, denn sie werden aus den jeweiligen Baukosten errechnet.

Jahr	Baugenehmigungsgebühren	Bauvolumen ca.
1990	1.292.000.--	259 Mio
1991	980.000.--	196 Mio
1992	1.293.000.--	259 Mio
1993	952.000.--	191 Mio
1994	1.438.000.--	288 Mio
1995	1.207.000.--	241 Mio
1996	1.286.000.--	257 Mio
1997	1.749.000.--	350 Mio

Verzerrt wird dieses Bild allerdings durch die Gebührenfreiheit von Bund und Land. Dies hat zur Folge, daß selbst Klinikbauvorhaben mit einem Bauvolumen von 100 Mio DM im Einzelfall von der Baurechtsbehörde zwar zu bearbeiten, aber kostenlos zu genehmigen sind und damit keinen Niederschlag in dieser Statistik finden.

Deutlich wird aus dieser Übersicht jedoch, daß im Baugeschehen in Tübingen im Berichtszeitraum kein echter Einbruch zu beklagen ist. Vielmehr zeigt die über mehrere Berichtszeiträume geführte Beobachtung, daß sich in Tübingen weitgehend unabhängig von den konjunkturellen Schwankungen in Bund und Land in einem eigenen "Kleinklima" eine Bautätigkeit entwickelt, die allenfalls von in Tübingen selbst zu entscheidenden Bauanreizen wie z.B. der Bereitstellung von Bauland beeinflusst wird.

Der deutliche Anstieg des Bauvolumens im Jahr 1997 wurde zwar auch von einigen Großbauvorhaben wie z.B. dem "Baresel-Bau" an der Europastraße beeinflusst, überwiegend jedoch durch die deutlich in Gang gekommene Bautätigkeit auf den Konversionsflächen in der Südstadt.

Wohnungsbau

Unabhängig vom relativ konstanten Gesamtbauvolumen ist im Wohnungsbau und bei der Zahl der genehmigten Wohneinheiten mehr Bewegung festzustellen.

Wohnungen	1990	1991	1992	1993
1-Zimmer	307	60	699	49
2-Zimmer	226	140	271	11
3-Zimmer	146	105	151	99
4-Zimmer	125	94	76	30
5-Zimmer	82	42	54	32
6-Zimmer	30	13	13	32
mehr als 6 Zi.	49	12	30	27
insg.	965	466	1294	380

Wohnungen	1994	1995	1996	1997
1-Zimmer	40	54	88	35
2-Zimmer	86	145	139	174
3-Zimmer	78	122	175	157
4-Zimmer	63	60	70	125
5-Zimmer	48	23	47	87
6-Zimmer	22	16	19	50
mehr als 6 Zi.	14	17	16	16
insg.	351	437	554	664

Die hochschnellenden Zahlen in den Jahren 1990 und 1992 ergaben sich ausschließlich aus dem studentischen Wohnungsbau und hier insbesondere aus Baumaßnahmen im Studentendorf Waldhäuser Ost und im Bereich der Hindenburgkaserne. Danach ist ein deutlicher Rück-

gang mit einem Tiefpunkt im Jahr 1994 zu verzeichnen. Seit dem Jahr 1995 steigt die Zahl der genehmigten Wohneinheiten kontinuierlich um jährlich ca. 20% an. Eine deutliche Zunahme im Jahr 1997 im 4-, 5- und 6-Zimmer-Bereich weist auf eine verstärkte Bautätigkeit im Einfamilienhaus-Bereich hin.

Von dem zum 01.01.1996 eingeführten Kenntnissgabeverfahren wird in Tübingen sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht. Die Praxis hat gezeigt, daß insbesondere für den Architekten umfangreiche Vorabstimmungsgespräche mit der Baurechtsbehörde über Vorschriften und Anforderungen notwendig werden. Dadurch entsteht weder für den Planfertiger noch für die Baurechtsbehörde eine Arbeitserleichterung. Hinzu kommen die Verantwortlichkeiten, die im Kenntnissgabeverfahren ganz beim Planfertiger liegen und die fehlende Rechtssicherheit im Hinblick auf mögliche Nachbarklagen. Im Gegensatz zum herkömmlichen Baugenehmigungsverfahren, in dem nachbarliche Abwehransprüche nach Ablauf von 14 Tagen nicht mehr geltend gemacht werden können, bestehen im Kenntnissgabeverfahren die Unwägbarkeiten eines Nachbarwiderpruchs bis zur Baufertigstellung.

Unter anderem aus diesen Gründen wurden in Tübingen nur ca. 15% der im Kenntnissgabeverfahren möglichen Fälle tatsächlich in diesem verkürzten Verfahren eingereicht.

Zweckentfremdung von Wohnraum

Das in Tübingen geltende Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, verbunden mit der restriktiven Handhabung durch das Baurechtsamt, hat sich bereits in präventiver Hinsicht als sehr wirksames Instrument erwiesen. Allein schon durch das zwischenzeitlich ins Bewußtsein der meisten Bürger gerückte Verbot der anderweitigen Nutzung einer bisherigen Wohnung als auch die eindeutige Auskunft der Baurechtsbehörde in nahezu täglichen Anfragen läßt die Zahl der tatsächlich gestellten Zweckentfremdungsanträge beträchtlich schrumpfen.

1990 = 8 Anträge
 1991 = 15 Anträge
 1992 = 19 Anträge
 1993 = 33 Anträge

1994 = 15 Anträge
 1995 = 17 Anträge
 1996 = 17 Anträge
 1997 = 18 Anträge
 insg. = 142 Anträge

Ca. 60% der Genehmigungen wurden für den Abbruch von Wohngebäuden erteilt unter der Voraussetzung, daß in größerem Umfang neuer Wohnraum geschaffen wurde. Bei ca. 30% der Anträge lag ein berechtigtes Interesse des Verfügungsberechtigten an einer Umnutzung des Wohnraums vor, und in 10% der genannten Fälle wurde die Nutzungsänderung aus gesundheitlichen und sozialen Gründen (Einrichtung einer Arztpraxis, eines Kindergartens usw.) erteilt.

Schaffung von Wohnungseigentum

Der Neubau von Eigentumswohnungen ist rechtlich und wohnungspolitisch unproblematisch. Anders verhält es sich bei der Umwandlung von bisherigen Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. In der Regel spielen sich solche Umwandlungen im Altbaubestand ab, nachdem zuvor eine umfangreiche Sanierung durchgeführt wurde. Dies hat zur Folge, daß preiswerte Altbaumietwohnungen entfallen und aufgrund des Sanierungsaufwands teure Eigentumswohnungen entstehen. Die Kommunen betrachten deshalb solche Umwandlungen im Altwohnungsbestand mit Sorge. Zuhilfe kam ihnen die bis 1992 geltende Rechtslage, wonach bei der Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung die einschlägigen Brand-, Schall- und Wärmeschutzbestimmungen einzuhalten waren. Die dadurch erforderlichen Nachrüstungen machten häufig eine Umwandlung wirtschaftlich uninteressant, so daß viele Altwohnungen deshalb erhalten blieben. Diese Auslegung des Wohnungseigentumsgesetzes durch die Baurechtsbehörden rief Kläger auf den Plan, die sowohl den Verwaltungsrechtsweg als auch den Zivilrechtsweg beschritten. Am 30.06.1992 erging schließlich ein Beschluß des gemeinsamen Senats des Bundesgerichtshofes und des Bundesverwaltungsgerichtes zur Behandlung von Wohnungsaufteilungsanträgen. Dieser Beschluß brachte für die Aufteilungswilligen die erhebliche Erleichterung, daß künftig bei einer Wohnungsumwandlung bauordnungsrechtliche Vorschriften nicht

mehr geprüft bzw. hieraus entstehende Nachrüstungen nicht mehr gefordert werden dürfen.

Dieser Beschluß hatte im Altbaubereich im selben Jahr fast eine Verdreifachung der Anträge und im Folgejahr fast eine Vervierfachung im Verhältnis zum Jahr 1991 zur Folge. Dies auch deshalb, weil viele Antragsteller mit einer Wohnungsaufteilung abgewartet hatten, bis der oben genannte höchstrichterliche Beschluß gefaßt war. Nach Abbau dieses Antragsstaus normalisierte sich die Zahl der konvertierten Altbauwohnungen ab dem Jahr 1994 und pendelte sich auf eine durchschnittliche Zahl von ca. 150 Wohnungen pro Jahr ein.

Ausgestellte Abgeschlossenheitsbescheinigungen

Jahr	Zahl der Bescheinigungen	Zahl der Wohneinheiten	davon Neubau	davon Altbau
1990	69	432	347	85
1991	71	533	425	108
1992	104	636	377	259
1993	138	638	256	382
1994	90	332	229	103
1995	97	556	423	133
1996	97	490	271	219

Denkmalschutz

Das Baurechtsamt nimmt die Aufgaben der unteren Denkmalschutzbehörde wahr. Das Stadtplanungsamt, als zuständige Stelle für "Denkmalpflege", übernimmt die notwendigen Vorverhandlungen und Ortstermine und fertigt zu den einzelnen Anträgen die Stellungnahme, in der Regel gemeinsam mit dem Landesdenkmalamt. Das Baurechtsamt veranlaßt dann die rechtliche Durchsetzung der denkmalrechtlich Forderungen und die verwaltungsmäßige Abwicklung der denkmalrechtlich Verfahren.

Bodenverkehr

Für die grundbuchmäßige Teilung eines Grundstücks bedarf es bei unbebauten Grundstücken einer Genehmigung nach § 19 BauGB, bei bereits bebauten Grundstücken zusätzlich nach § 8 LBO. Nach

der Rechtsprechung beinhaltet eine bauplanungsrechtliche Teilungsgenehmigung, soweit der Teilungszweck eine künftige Bebauung ist, gleichzeitig eine sogenannte Bebauungsgenehmigung. Die Teilungsgenehmigung hat somit für die beabsichtigte Bebauung präjudizierende Wirkung. Es ist deshalb bei entsprechenden Anträgen besondere Sorgfalt in der Prüfung der Zulässigkeit der Teilung und der beabsichtigten Bebauung gefordert. Die bauordnungsrechtliche Teilungsgenehmigung hat dagegen die Gefahrenabwehr wie Brandschutz, erforderliche Belichtung und Belüftung usw. zum Inhalt.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Grundstücksteilungsgenehmigungen erteilt:

Jahr	Zahl
1990	= 39
1991	= 64
1992	= 75
1993	= 67
1994	= 56
1995	= 44
1996	= 80
1997	= 102
insgesamt	= 528

Prüfung des Vorkaufsrechts

Bei allen Grundstücksveräußerungen im Bereich der Stadt Tübingen hat die Baurechtsbehörde zu prüfen, ob der Stadt ein gesetzliches oder satzungsmäßiges Vorkaufsrecht an einem Grundstück zusteht und ob die Ausübung des Vorkaufsrechts erforderlich ist.

Letzteres insbesondere im Hinblick auf den Erwerb notwendiger Flächen für Straßen- und Wegebaumaßnahmen, für öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten. In den Jahren 1990-1997 wurden folgende Negativbescheinigungen (über die Nichtausübung des Vorkaufsrechts) an die zuständigen Notare ausgestellt:

Negativbescheinigungen

Jahr	Zahl
1990	= 409
1991	= 411
1992	= 466
1993	= 450
1994	= 461
1995	= 524

1996	=	609
1997	=	472
insgesamt	=	3.802

Ablösung der Stellplatzverpflichtung

Die Landesbauordnung bietet die Möglichkeit, anstelle der Herstellung der notwendigen Stellplätze einen Geldbetrag an die Gemeinde zu bezahlen, wenn sich die erforderlichen Stellplätze auf dem Baugrundstück und in der näheren Umgebung nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten herstellen lassen. Die Höhe des Ablösebetrags liegt in Tübingen im Berichtszeitraum unverändert bei DM 15.000 DM je Stellplatz. Die Stadt fährt damit einen Mittelweg zwischen der Zumutbarkeit für den Bauherrn und den Kosten für die von der Gemeinde zu schaffenden Parkierungseinrichtungen. Zuletzt wurde dieser Betrag in einer ausführlichen Diskussion am 06.10.1997 vom Gemeinderat bestätigt. Seit 01.01.1996 können die Ablösebeträge auch für Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs verwendet werden.

Von der Ablösemöglichkeit wurde in den vergangenen acht Jahren in folgendem Umfang Gebrauch gemacht:

Ablösebeträge

Jahr	Summe	Stellplätze
1990	392.000.--	26
1991	1.200.000.--	80
1992	240.000.--	16
1993	540.000.--	36
1994	1.590.000.--	106
1995	75.000.--	5
1996	2.808.000.--	187
1997	477.000.--	32
insgesamt	7.322.000.--	488

Universität und Kliniken

In den Jahren 1990-1997 wurden folgende bedeutendere Bauvorhaben genehmigt und verwirklicht:

Neue Kinderklinik (54 Mio. DM), Umnutzung der Alten Chirurgie für die Frauenklinik (43 Mio. DM), Erweiterung der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik (120 Mio. DM), Verfügungsgebäude mit Gen-Laboratorien, zentrales Chemikalienlager,

Parkhaus an der Medizinischen Klinik, Schwesternhäuser am Rosenauer Weg, Gebäude für Transfusionsmedizin, Anbau an das Paul-Lechler-Krankenhaus, Sanierung des Schlosses und Umbau für Institutszwecke (45 Mio. DM).

Gewerbe- und Industriebauten

Der Stadt Tübingen lastet der Ruf an, gewerbefreundlich zu sein. Es ist deshalb besonders interessant, sich zu vergegenwärtigen, welche gewerblichen und industriellen Bauvorhaben in den vergangenen acht Jahren in Tübingen genehmigt und verwirklicht wurden. Im Hinblick auf diesen relativ kurzen Zeitraum hat sich in Tübingen manches getan. Nachfolgend die nennenswerten Bauvorhaben (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

Hochregallager der Firma Egeria, neues Toyota-Autohaus an der Hechinger Straße, Omnibushalle und Verwaltungsgebäude der Firma Kocher, neue Bankgebäude der Volksbank in Pfrondorf und Unterjesingen, Aufstockung der Firmen Transtec und Erbe, völlige Neubebauung des Gröber-Areals, Metall-Bau Schramm in Au-Ost, Verzinkerei Möck in Weilheim, Produktionshallen der Firma Beton-Kemmler in Hirschau, neues Druckhaus der Tübinger Chronik im Unteren Wert, Laborgebäude und Parkhaus der Firma CHT, zwei Bürogebäude der Firma Wolf und Müller an der Bismarckstraße, Logistikzentrum der Firma Brennenstuhl in Pfrondorf, im Gewerbegebiet Hofstrüttele in Pfrondorf: Landschaftsgärtner Welz, Schreiner Künstle, Steinmetz Kirsch, Fliesenleger Helle, Gipsker Künstle, Bürogebäude an der Konrad-Adenauer-Straße (Finanzamt), in der Altstadt die Neubauten der Firmen Haidt, Stehle und Dauth, drei Hotelgebäude an der Wöhrdstraße (Domizil), Neckarmüllerei, Bremsendienst Ott in Bühl, Geschäftshaus "Bareseibau" am Europaplatz, Parkhaus Metropal mit gewerblichem Anbau, Verdopplung der Produktionsfläche der Firma Horn, gewerbliche Wiederbelebung des gesamten Zankerareals an der Sindelfinger Straße, die gewerblichen Nutzungen im Hindenburg- und Lorettoareal, Stinnes-Baumarkt an der Reutlinger Straße, Lagerhallen der Firma Kemmler an der Reutlinger Straße, Bäckerei Gehr an der Sindelfinger Straße, nahezu komplette Bebauung des Handwerkerparks Aischbach, Umbau und Um-



Derendingen: Gewerbegebiete Unter dem Holz (Mitte), Azenbach (Oberer Bildrand) und Paul-Dietz-Straße (Vordergrund; ehemaliges Wurster- und Dietz-Gelände)

nutzung des ehemaligen BEKA-Areals zum Bau- und Gartenmarkt der Fa. Hornbach (begonnen).

Der "berühmte" § 34 BauGB und das Einvernehmen der Gemeinde

Bauvorhaben auf Flächen, für die kein Bebauungsplan besteht, können genehmigt werden, wenn sie sich in ihre prägende Umgebung einfügen und die Gemeinde hierfür das Einvernehmen erteilt. Nach der Hauptsatzung der Stadt Tübingen obliegt die Erteilung des Einvernehmens dem Planungsausschuß des Gemeinderats für Bauvorhaben ab sechs Wohneinheiten bzw. 300 qm gewerbliche Nutzfläche. Die Anwendung dieser Rechtsgrundlage bietet für den Bauherrn häufig den großen Vorteil einer kurzfristigen Entscheidung der Baurechtsbehörde gegenüber einem langwierigen Bebauungsplanverfahren. Insbesondere bei den kurzfristig zu treffenden Entscheidungen vieler Bauträger

können so selbst umfangreiche Bauvorhaben einer Verwirklichung zugeführt werden.

Im Berichtszeitraum befaßte sich der Planungsausschuß in 125 Tagesordnungspunkten mit dieser Materie. Genehmigt werden konnten auf diese Weise eine ganze Reihe auch größerer gewerblicher Bauvorhaben und insgesamt ca. 800 Wohnungen. Wenn man bedenkt, daß in diesen Wohnungen ca. 2.000-3.000 Menschen wohnen, wäre zusammengenommen ein sehr großes Neubaugebiet erforderlich, um diese Bauvorhaben unterzubringen. § 34 BauGB erweist sich damit als sehr effizientes und praktikables bauplanungsrechtliches Instrument.

Bündelungsfunktion des Baurechtsamtes für das Baudezernat

In allen Verfahren des Wasserrechts, des Naturschutzes und des Immissionsschutz-

zes, aber auch in unzähligen verwaltungsinternen Abklärungen und Anfragen im Rahmen des fiskalischen Handelns übernimmt das Baurechtsamt die Funktion der Geschäftsstelle des Baubürgermeisters. Es werden Stellungnahmen der einzelnen Fachämter eingeholt, koordiniert und zu einer abgestimmten Antwort und Handlungsrichtlinie zusammengefaßt.

Nicht immer hoch hinaus

Das Hochbauamt

Bis Ende 1990 hatte das Hochbauamt praktisch zwei Abteilungen - den Hochbau mit den Bereichen Neubau, Bauunterhaltung, Entwurf/Planung/Modellbau und Energie sowie den Grün-Bereich mit Planung/Unterhaltung und der Stadtgärtnerei (mit Landschaft und Anzuchtbetrieb).

Mit der Gründung eines Grünflächenamtes wurde 1991 der Grünbereich insgesamt vom Hochbauamt abgekoppelt. Eine von einem externen Gutachter durchgeführte Organisationsuntersuchung der städtischen Ämter kam 1994 auf Anregung des Hochbauamts zu dem Vorschlag, den Energiebereich aus dem Hochbauamt auszugliedern und der Umweltbeauftragten zuzuordnen. Dieser Vorschlag wurde im Jahr 1995 umgesetzt.

Mit der Auflösung des Bauverwaltungsamts kam zu Beginn des Jahres 1996 der Bereich Beschaffung und Submission von dort zum Hochbauamt. Gleichzeitig wurden das Grünflächenamt wieder aufgelöst und die Stadtgärtnerei in den neu gegründeten Eigenbetrieb SBT eingegliedert, während der Bereich Grünplanung und Bauunterhalt im Februar 1997 wieder zum Hochbauamt zurückverlagert wurde. Der Bereich Modellbau wurde Ende 1996 bei der Stadt ganz aufgegeben. Heute besteht das Amt wieder aus den zwei Abteilungen Hochbau (wo statt Energie der Bereich Beschaffung/Submission dazugekommen ist) und "Grün" (allerdings nur noch mit Planung und Unterhalt).

Die organisatorischen Änderungen sind damit nicht abgeschlossen: Im Rahmen der Verwaltungsreform ist vorgesehen, bereits im Jahr 1998 sukzessiv eine Organisation der Gebäudewirtschaft als Stabsstelle beim Finanz- und Wirtschaftsdezernenten auszubauen. Der Bereich Bauunterhalt wird dann entweder samt Personal aus dem Hochbauamt in die Stabsstelle verlagert oder im jeweiligen Auftrag der Stabsstelle weiterhin vom Hochbauamt erledigt.

Angesichts des bereits erfolgten starken Personalabbaus beim Hochbauamt wäre bei der erstgenannten Lösung ein Weiter-

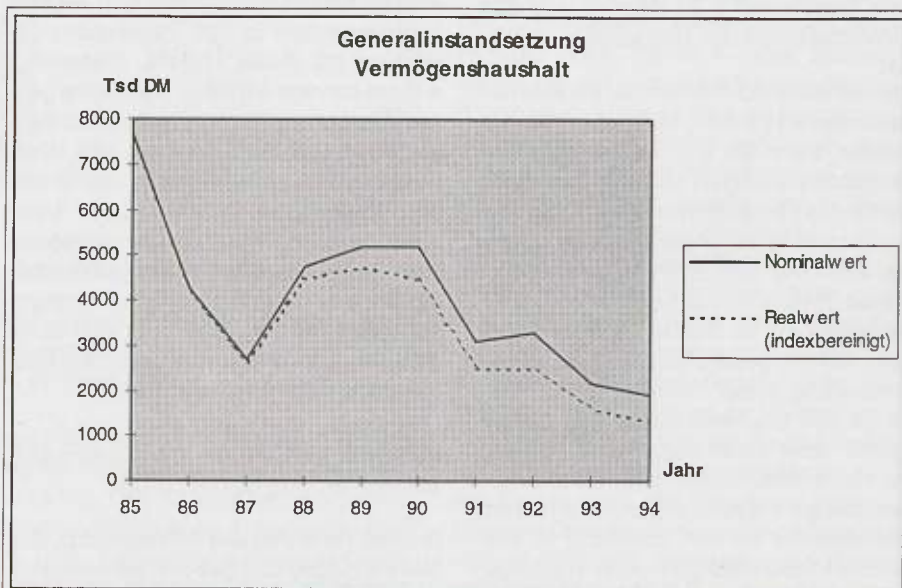
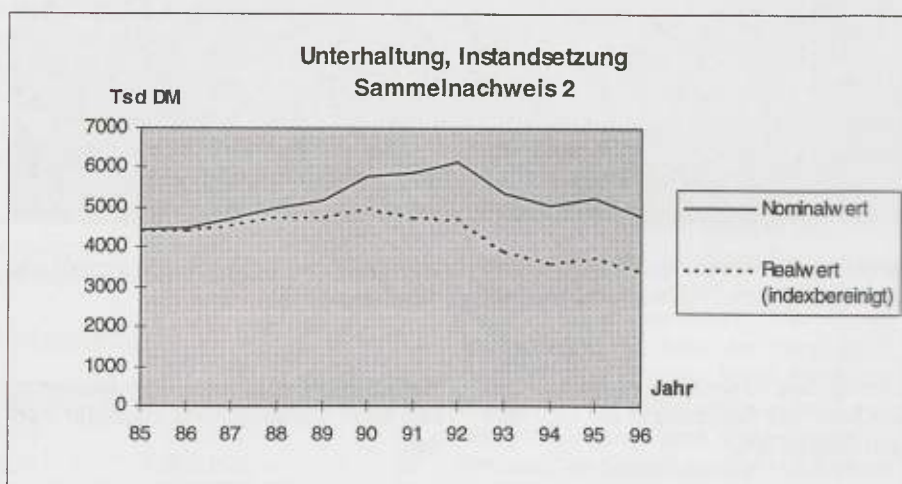
bestand des Funktionsbereichs Hochbau in Frage gestellt. Wie auch immer über diese Alternative entschieden wird, ist seit längerer Zeit beabsichtigt, das Rest-Hochbauamt mit dem Rest-Tiefbauamt zu einem städtischen Bauamt zu vereinigen.

Infolge von Leistungsabbau und Rationalisierung, abnehmender Mittelbereitstellung im Bereich Bauunterhalt und Generalsanierung (vgl. Schaubilder), Verzicht auf bestimmte Leistungen (z.B. Modellbau, Entrümpelung mit eigenem Personal), Verkauf von Vermögen und Verlagerung von Aufgaben in die neu gegründeten Eigenbetriebe und Einsatz der EDV (hier insbesondere der CAD im Planungsbereich) war es dem Hochbauamt möglich, Personal abzubauen. Der Personalabbau geschah durch Versetzung bzw. Zuruhesetzung (z.T. im Rahmen einer Vorruhestandsregelung).

Die Personalentwicklung seit 1989 ist aus der Tabelle auf der folgenden Seite zu entnehmen. Am gravierendsten war der Abbau in den Bereichen Neubau (75 %) und Bauunterhalt (55 %). Dabei ist zu berücksichtigen, daß der stellvertretende Amtsleiter nunmehr selbst Bauleitungsfunktionen größerer Projekte übernimmt. Insgesamt ist durch diesen Personalabbau eine gewisse Überlastung des Amtes eingetreten, vor allem im Hinblick auf die neuen Sanierungstitel sowie die derzeit laufenden größeren Projekte: Mehrzweckgebäude Hechinger Eck (ca. 16 Mio. DM) und Bürgerheim (ca. 7,8 Mio. DM).

Bereich Neubau

Die Investitionen der Stadt im Neubaubereich waren in der Vergangenheit erheblich. Allein in den 10 Jahren 1985 bis 94 betrug der Wertzuwachs der in Betrieb ge-



	Besetzte Stellen					
	1989		1993		1998	
	B + Ang.	Arb.	B + Ang.	Arb.	B + Ang.	Arb.
Hochbau						
Amtsleitung/Stellvertreter	2		2		2	
Sekretariat	1		1,5		1	
Neubau	4		3		1	
Bauunterhalt	7	1	8	1	3,6	-
Entwurf/Planung/Modellbau	3,5		3,5		2	
Energie	2,5		4		-	
Beschaffung/Submission	-		-		1,5	
Summe Hochbau	20	1	22	1	11	
Bereich Grün						
Planung/Unterhalt	2		-		2	
Stadtgärtnerei						
Leitung	3					
Landschaft	4	52				
Anzucht	-	3				
Summe Grün	9	55	-	-	2	
Gesamtsumme	29	56	22	1	13	-

nommenen Neubauten ca. 145 Mio. DM. Bis zum Jahr 1999 kamen bzw. kommen weitere Projekte mit einem Wert von ca. 53 Mio. DM hinzu, zusammen also seit 1985 ca. 198 Mio. DM.

Seit 1985 hat das Hochbauamt die nebenstehend aufgelisteten Projekte entweder selbst durchgeführt oder in Bauhermfunktion betreut (vgl. Schaubild rechts).

Im mehrjährigen Mittel hat das Hochbauamt ca. 70 % der Investitionen an freie Büros vergeben, ca. 30 % im eigenen Haus bearbeitet. Durch sorgfältige Kostenschätzungen und -berechnungen sowie durch das 1980 eingeführte Kostenüberwachungsverfahren haben sich in der Zuständigkeit des Hochbauamts Baukostenüberschreitungen vermeiden lassen.

Das Flüchtlingsproblem zwang zu einem Sonderprogramm zum Bau von Asylbewerberhäusern:

Sindelfinger Straße:	16 Häuser
Holderfeld:	2 Häuser
Derendinger Straße:	1 Haus
Rappenberghalde:	4 Häuser

Das Hochbauamt arbeitet seit einiger Zeit nicht mehr ausschließlich im städtischen Auftrag. Von besonderem Interesse dürfte das 6-geschossige Mehrzweckgebäude am Hechinger Eck sein, dessen Planung

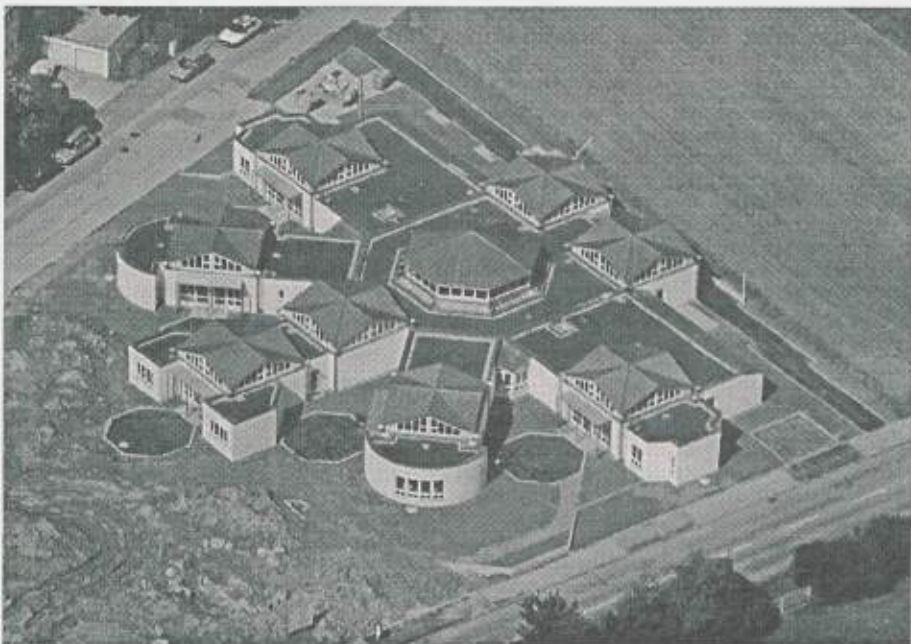
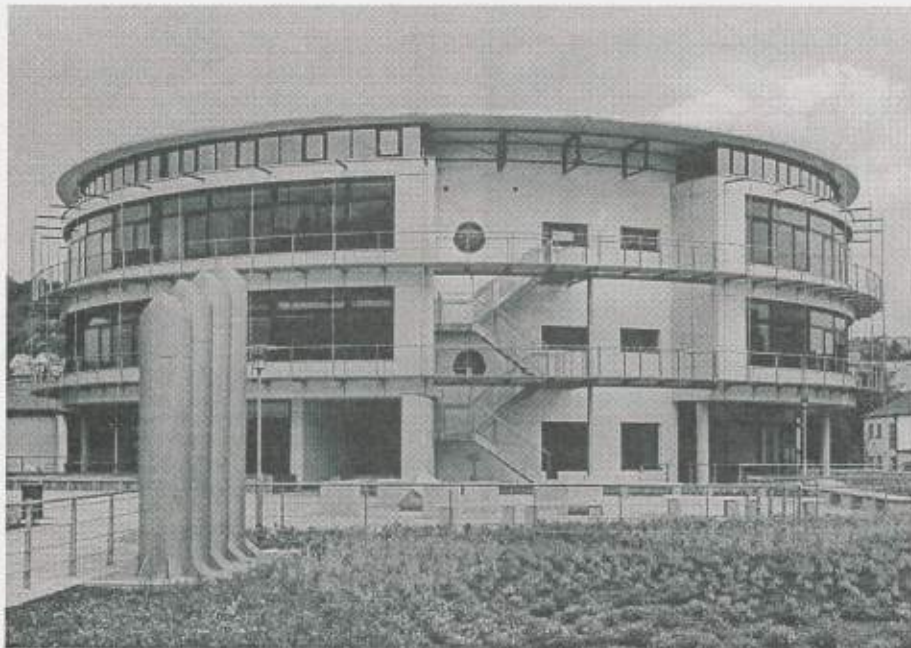
Neubauten	Jahr der Fertigstellung	Architekt	Bemerkungen
Feuerwehr Bühl	1987	Nil/Christe	
FW Derendingen, 1. BA	1986	Nil/Schurer	
Feuerwehr Mitte	1994	Büchin	Wettbewerb
Carlo-Schmid-Gymnasium + Förderschule	1985	Hakenbeck + Schnauffer	Wettbewerb
Hauptschule	1997	Fahmer/Wagner	Wettbewerb
Realschule Schleifmühlweg	1997 1998	Fahmer/Wagner	Wettbewerb "
Mehrzweckgebäude Hechinger Eck	1999	Meckseper/Schurer	
KiGa Ahornweg	1988	Panzer	
KiGa Alte Mühle	1992	Ackermann & Raff	Mehrfachbeauftragung
KiGa Horemer	1992	Nil/Schurer	
KiGa Herrlesberg	1994	Eble	
KiGa Pfrondorf 1 KiGa Pfrondorf 2	1990 1993	Wagner "	
Schülerhort Fichtenweg	1987	Häfele	
Kinderhaus Weststadt	1994	Häfele	
TuHa Weißdornweg	1994	Krisch + Partner	
Mehrzweckhalle Weilheim	1990	Nil/Schurer	
Gärtnereihof Europastraße	1987	Nil/Wiedmann	
Parkhaus Metropole mit Gittersteg	1996	Klink & Mayer-Lauffer & Schwille	Wettbewerb
KiGa Bühl	1997	Meckseper	GU-Bau
Wohnhaus Mathildenstr.	1992	Meckseper/Christe	

und Baudurchführung das Hochbauamt im Auftrag der GWG wahrnimmt. Das Gebäude umfaßt eine zweizügige Grundschule, Läden, Praxen, Büroräume und Wohnungen.

Neben seinen sonstigen Aufgaben fühlt sich das Hochbauamt auch verpflichtet, alte Bausubstanz zu erhalten und zu reaktivieren. In diesem Zusammenhang ist die denkmalgerechte Wiederherstellung des Kepler-Gymnasiums und der Kapelle auf dem Stadtfriedhof zu nennen, weiterhin die Sanierung und Wiederverwendung des von der Bahn zum Schrottpreis erworbenen Eisenbahngitterstegs und die Sanierung des Steinenbergturms.

Bereich Bauunterhalt/Sanierung

Trotz des zunehmenden Gebäudebestandes fielen die Bauunterhaltungsmittel (nach Realwerten) seit 1990 rapide (vgl. Schaubild S. 116 oben; ab 1997 sind die



Neubauten: Albert-Schweitzer-Realschule (oben), Kinderhaus Horemer (unten)

Anbauten/Umbauten

Anbau Grundschule Unterjesingen	1991	Meckseper
Anbau Grundschule Kilchberg	1998	Meckseper/Strobel
Bürgerheim	1999	Meckseper/Strobel
Aufstockung Parkhaus König	1990	Wägenbaur
Französische Schule + 2	1992-1994	Brocke + Christe
KiGa + Jugendhaus		+ Schmid
Stadtbücherei	1985	Nil/Schurer
Rathaus Unterjesingen		
Sonstiges: Mittelpunkt Baden-Württemberg im Elysium	1986	Nil

Ansätze wegen des Verkaufs von Wohnungen nicht mehr vergleichbar). Bereits der höchste Wert von 1990 lag erheblich unter dem empfohlenen jährlichen Ansatz der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST) von 1,2 % des Gebäudewertes und auch weit unter dem Ansatz vergleichbarer Städte. Allerdings existierten damals noch Finanzierungsprogramme im Vermögenshaushalt zur Generalsanierung und durchgreifenden Erneuerung (vgl. Schaubild S.116 unten), doch auch diese mit abnehmender Tendenz. Seit 1992/93 wurden aus dem übernommenen Bestand aus dem Erbe der französischen Garnison eine größere Anzahl von Gebäuden (z.T. allerdings nur Übergangsweise) in den Bauunterhalt des Hochbauamts übernommen, so z.B.:

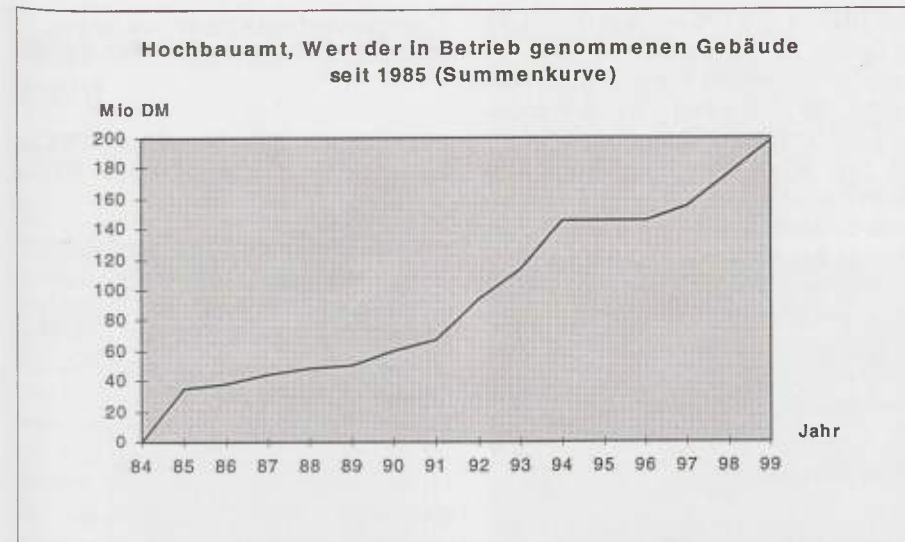
- 230 Wohnungen (bis Anfang 1998)
 - Casino und Foyer
 - Französische Schule
 - drei Gebäude, die zu Kindergärten bzw. Schülerhorten umzubauen waren sowie
 - verschiedene weitere Gebäude, die zur Sanierung anstanden und die z.T. an neue Eigentümer weitergegeben wurden (z.B. an die VHS usw.)
- Zu unterhalten waren auch die angeführten Asylbewerberunterkünfte.

Seit 1997 reduzierte sich der städtische Gebäudebestand erheblich durch

- den Verkauf von 109 Wohngebäuden mit 451 Wohnungen an die GWG (auf 1.1.97)
- den Verkauf von 17 Wohngebäuden an die GWG (auf 1.1.98)
- Abgabe des Reithauses an den Reitverein
- den Verkauf einer Anzahl von Wohngebäuden an Privat
- die Übergabe der Parkhäuser an die SWT (auf 1.1.98)
- die Übergabe des Sudhaus-Komplexes an den Verein (auf 1.1.98)



Geografischer Mittelpunkt von Baden-Württemberg im Elysium



- die Aufgabe des Schlachthofs
- die Bildung der Eigenbetriebe SBT, AHT, EBT, sowie der SVT (mit Abgabe der Altenheime, Betriebshöfe, Wartehallen usw.)

Diese Abnahme des Gebäudebestandes und damit der Unterhaltungsleistungen traf zeitlich günstig mit dem Wunsch mehrerer älterer Mitarbeiter zusammen, von der Möglichkeit der Vorruhestandsregelung Gebrauch zu machen. Die Stellen konnten nach Ausscheiden dieser Personen aus dem Stellenplan gestrichen werden. Durch den Weggang der Wohnungen wird jedoch die gleichmäßige Auslastung der Mitarbeiter des Bereichs Bauunterhalt erschwert. Bisher konnten sie außerhalb der Ferienzeiten (wenn Bauarbeiten in Schulen und Kindergärten nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich sind) überwiegend an Wohn- und Geschäftsgebäuden arbeiten.

Generalsanierung und Beseitigung von Bauschäden

Bereits 1981 hatte das Hochbauamt einen ersten Gebäudezustandsbericht für Wohn- und Geschäftsgebäude vorgelegt. Diese Untersuchungen sollten weiter fortgesetzt und auf Schulen, Kindergärten usw. ausgedehnt werden. Diese Anstrengung unterblieb jedoch infolge mangelnden Interesses der Entscheidungsgremien.

Immerhin gelang es in den Jahren 1982 bis 1984, Mittel aus Gebäudeverkäufen in Höhe von 1,485 Mio. DM zweckgebunden für Sanierungen zu verwenden.

Damals gab es auch noch ein Haushaltsprogramm für "Werterhöhende Baumaßnahmen an Wohn- und Geschäftsgebäuden", das leider bereits 1989 auslief und (zusammen mit den o.g. reinvestierten Verkaufserlösen) folgende Haushaltsansätze umfaßte (in TDM):

1979 = 1000	1985 = 2000
1980 = 900	1986 = 1850
1981 = 1250	1987 = 1850
1982 = 2085	1988 = 1800
1983 = 1100	1989 = 1500
1984 = 1600	ab 1990 = 0

In die Wohn- und Geschäftsgebäude konnte in diesem Jahrzehnt immerhin ein Gesamtbetrag von 16,935 Mio. DM (für Außeninstandsetzung, Wärmedämmung, Einbau von Bädern und Zentralheizungen usw.) investiert werden, und zwar weitgehend in die inzwischen an die GWG verkauften Wohngebäude. Von 1990 an mußten solche Investitionen unterbleiben.

Damals wurde auch in die Sanierung von Nichtwohngebäuden - Verwaltungsgebäude, Schulen (z.B. Generalsanierung Uhland- und Keplergymnasium), Sporthallen und Kindergärten usw. - noch kräftig investiert. Der sich daraus - zusammen mit den Investitionen an Wohn- und Geschäftsgebäuden - ergebende Investitionsverlauf kann der Grafik "Generalinstandsetzung" auf Seite 116 entnommen werden.

Weiterhin mußte in die von der Garnison übernommenen Gebäude erheblich investiert werden, so z.B. 2,9 Mio. DM in die

(ab 1.1.98 ins Eigentum der GWG übergegangenen) 230 Wohnungen.

Inzwischen hatte die bisherige Indifferenz der Entscheidungsgremien zur Notwendigkeit der Gebäudeinstandhaltung und -sanierung einer realistischeren Einstellung Platz gemacht, so daß die Verwaltung 1995 mit der Ausarbeitung einer Mängelliste der Sporthallen mit Kostengrobschätzung beauftragt wurde. Diese Liste konnte im September 1995 dem Gemeinderat vorgelegt werden. Es folgte im August 1996 eine Mängelliste für Schulgebäude mit Kostengrobschätzung. Beide Arbeiten setzen quasi den Gebäudezustandsbericht von 1981 fort. Der Investitionsbedarf aus diesen beiden Listen war in drei Dringlichkeitsstufen gegliedert und sah wie folgt aus:

Sporthallen

Stufe	Dringlichkeit	Ges. Kosten (Grobschätzung) DM	Bemerkungen
I	Akut (Sicherheit)	2.040.000,-	
II	Eilig	2.335.400,-	
III	Mittelfristig	1.864.000,-	
	SUMME	6.240.400,-	ohne Sporthalle Uhlandstraße

Schulen

Stufe	Dringlichkeit	Ges. Kosten (Grobschätzung) DM	Bemerkung
I	Akut (Sicherheit)	2.301.000,-	
II	Eilig	7.252.000,-	
III	Mittelfristig	3.912.000,-	
	SUMME	13.465.000,-	

Für die anderen Gebäudearten (KiGa, Verwaltungsgebäude ...) konnten noch keine Erhebungen gemacht werden.

Aufgrund dieser beiden Vorlagen wurden in den Haushalten folgende Sanierungsmittel bereitgestellt:

1997	1998	
-	2.000.000,-	Schulen
450.000,-		KiGa Feuerhägge
470.000,-	970.000,-	sonstige Gebäude
920.000,-	2.970.000,-	zusammen

Mit den Mitteln aus 1998 sollen auch Brandschutzaufgaben an Schulen finanziert werden.

Die Umsetzung dieser sprunghaften Beschlüsse bringt das Hochbauamt mit seinem reduzierten Personalbestand in be-



Der Tübinger Steinbergturm
erbaut: 1898
generalsaniert: 1998

trächtliche Schwierigkeiten. Für eine funktionierende Personaleinsatzplanung wäre für die Zukunft ein einigermaßen stabiler jährlicher Sanierungstitel wünschenswert.

Entwurf, Planung, Modellbau

Das Aufgabenspektrum dieses Bereichs umfaßt nicht nur die Planung der ausgeführten Projekte von der Vorplanung bis zur Ausführungsplanung. Einen breiten Raum nehmen folgende Aufgaben ein:

- Bearbeitung von Untersuchungsaufträgen des Gemeinderats,
- sonstige Voruntersuchungen, Standortuntersuchungen, Entwicklung von Lösungsvarianten,
- Vorbereitung Organisation, Betreuung und Vorprüfung von Wettbewerben, Lehrlingsausbildung

Seit 1993 ist eine CAD-Anlage (RIBCON) im Einsatz (2. Arbeitsplatz seit 1994). Inzwischen werden alle Planungen (mit Ausnahme der allerersten Voruntersuchungen) nur noch auf CAD bearbeitet.

Bis 1996 wurde beim Hochbauamt eine Modellbauwerkstatt mit einer Personalstelle betrieben, welche die erforderlichen Modelle herstellte, aber auch für andere Bereiche (z.B. für das Stadtmuseum) Arbeiten lieferte. Sie wurde aus Einsparungsgründen abgeschafft. Seither werden Modellbauarbeiten an Privatfirmen vergeben.

Bereich Energie

Der Energiebeauftragte mit seinen Mitarbeitern gehörte bis 1994 zum Hochbauamt. In dieser Zeit entstanden im Auftrag der Stadt zwei bemerkenswerte Arbeiten:

1. "Gutachten über Energieeinsparung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in der Stadt Tübingen", Teil I bis III (1991 bis 1992) durch: Öko-Institut, Freiburg
2. "Teiluntersuchung zum Energiebericht Tübingen, Effizienz von Energiesparmaßnahmen" vom Mai 1992 durch Ebök, Ingenieurbüro Tübingen.

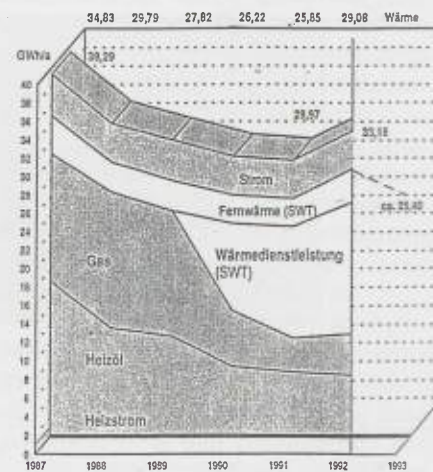
Die Daten und Aussagen dieser beiden Arbeiten flossen ein in den Energiebericht der Stadt Tübingen, Fortschreibung 1988-1992, der im November 1994 den Gremien vorgelegt werden konnte.

Seit 1995 gehört der Bereich Energie zur Umweltbeauftragten.

Auf Grund der oben erwähnten Arbeiten in Verbindung mit den früheren Energieberichten hatte der Gemeinderat in den jährlichen Haushaltsplänen z.T. erhebliche Finanzmittel bereitgestellt, die gewöhnlich nicht als solche explizit bezeichnet waren, sondern die zum größeren Teil in den Ansätzen des Bauunterhalts und der Generalsanierung steckten.

Mit den Finanzspritzen von 1997 und 1998 hat sich die Lage wieder gebessert. Mit diesen Mitteln werden in größerem Umfang auch Energiesparmaßnahmen durchgeführt.

Energieverbrauchsentwicklung städtischer Gebäude 1987-1992



Bereich Grün

Zwischen 1991 und 1996 gehörte der Bereich Planung und Unterhaltung nicht zum Hochbauamt. Seit Februar 1997 ist dieser Bereich mit 2 Personalstellen und mit dem früheren Aufgabenspektrum wieder beim Hochbauamt angesiedelt. Die Tätigkeiten umfassen Bau, Planung und Unterhaltung von öffentlichen Grünanlagen und Freiflächen städtischer Gebäude sowie Planung und Bau landschaftspflegerischer Maßnahmen. Seit September 1997 ist eine CAD-Anlage mit einem Arbeitsplatz im Einsatz.

Was man meist nicht sieht

Das Tiefbauamt

In den Jahren 1990 bis 1997 ist die Finanzknappheit der öffentlichen Hand – auch und gerade in Tübingen – zutage getreten, was eine völlige Umkehr und Änderung der Zielsetzungen zur Folge hatte und einen wesentlichen Anstoß zu Reformen und Änderungen gab. So gab es Anfang der 90er Jahre noch ein Programm für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, für das insgesamt 3,2 Mio. DM veranschlagt waren; es waren noch der Umbau und Rückbau von Straßen und die Renaturierung von Wasserläufen vorgesehen. Heute sind im Haushaltsplan derlei Investitionsmaßnahmen nicht mehr auffindbar. Man muß sich damit bescheiden, durch Umschichtungen im Etat unter Mühen einige unvermeidliche Sanierungsmaßnahmen bei der vorhandenen Bausubstanz finanzieren zu können. Die wichtigsten, aus dieser Situation resultierenden Veränderungen sind nachstehend kurz skizziert.

Personen

In einem Zeitraum von 7 Jahren und vor dem Hintergrund der geschilderten Finanznöte ergaben sich naturgemäß sehr viele Veränderungen.

Zum 31. März 1992 wurde Stadtbaudirektor Friedrich Gräber nach über 25 Jahren Dienst bei der Stadt, davon 9 Jahre als

Tiefbauamtsleiter, in den Ruhestand verabschiedet. Er hat in diesen langen Jahren die Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur der Stadt maßgeblich mitgestaltet und geprägt. Durch seine unbeirrbar Art und sein konsequentes Handeln war er bei seinen Mitarbeitern hoch geschätzt.



Ein Begriff in der Bürgerschaft:
Walter Böll und seine Mannen

Altersbedingt, über Vorruhestandsregelungen oder durch Zuordnung zu anderen Organisationseinheiten sind eine Vielzahl von Mitarbeitern ausgeschieden, darunter 5 altgediente und erfahrene Bauleiter und Planer, die aufgrund der stark zurückgegangenen Bauaktivitäten nicht mehr ersetzt wurden. Dieser Aderlaß bedeutet nicht nur einen erst wieder zu erarbeitenden Verlust an langjähriger Berufserfahrung, sondern auch eine stärkere Belastung der verbliebenen Mitarbeiter. Besonders zu erwähnen ist das Ausscheiden von Walter Böll Ende August 1996, der als langjähriger Leiter des städtischen Bauhofs („Walter Böll und seine Mannen“) wie kaum ein zweiter städtischer Mitarbeiter in der Bürgerschaft ein Begriff war.



Verabschiedung von
Stadtbau-
direktor
Friedrich
Gräber

Organisation

Das Tiefbauamt hat sich, weg vom umfassenden Bauamt mit direkter Ausführungskompetenz hin zu einem „Infrastruktur- und Bauamt“ entwickelt.

Im einzelnen wurden folgende organisatorische Änderungen vorgenommen:

- a) Zuordnung der Verkehrsplanungsabteilung als Stabstelle zum Baubürgermeister ab 12. Dezember 1988. Danach Zuordnung als Abteilung zum Stadtplanungsamt. Ziel dieser Änderung war die Trennung des konzeptionellen Teils der Verkehrsplanung von der Ausführung und Einordnung der Gesamtverkehrsplanung in die stadtplanerische Gesamtschau.
- b) Bildung der Stadtbaubetriebe SBT zum 1. Januar 1996 und damit verbunden die Zuordnung des bisherigen Bauhofs zu dem neuen Betrieb. Damit verbunden waren die Auflösung des Bauverwaltungsamts und die Übertragung der Aufgaben des Kassen- und Rechnungswesens sowie der allgemeinen Bauverwaltungsarbeiten auf das Tiefbauamt. Gleichzeitig wurde die Müllabfuhr als Pilotprojekt für eine budgetverantwortliche Organisationseinheit beim Tiefbauamt weitergeführt. Ziel war die Trennung der Ausführungsverantwortung für die allgemeinen Aufgaben im Straßenraum (Reinigung, Unterhaltung, Betrieb der Lichtsignalanlagen etc.) von der Fachverantwortung, die beim Tiefbauamt verblieben ist. Mit dieser Trennung soll ein Auftraggeber-/Auftragnehmerverhältnis ausgebildet werden, das die Verantwortlichkeiten klar herausarbeitet und eine kostenmäßige Darstellung des Leistungsaustausches erlaubt.
- c) Bildung des Eigenbetriebs Entsorgung zum 1. Januar 1997 und Zuordnung von Teilbereichen des Tiefbauamtes zu diesem Eigenbetrieb (Stadtentwässerung, Müllabfuhr, Klärwerk, Erddeponie). Damit werden wesentliche bisherige Aufgabenbereiche des Tiefbauamtes als Eigenbetriebe mit vollständiger Budgetverantwortlichkeit in kaufmännischer Buchführung geführt. Planungs- und Bauleistungen erbringt nach wie vor das Tiefbauamt unter Verrechnung der dafür anfallenden Aufwände.

Was steht am Ende des Berichtszeitraumes?

In den vergangenen 8 Jahren hat sich die Zahl der Beschäftigten wie folgt reduziert:

	1989	1997
Beamte	5	4
Angestellte	36	26 (mit 3 Ang. EBT)
Arbeiter	116	36 (incl. EBT)

Der Schwerpunkt hat sich insgesamt von einem Bauamt mit direkter Ausführungsverantwortung hin zu einer Organisationseinheit entwickelt, die in Fachverantwortung in jeder Hinsicht für die Infrastruktur und den öffentlichen Raum zuständig ist. Gleichzeitig betreut das Tiefbauamt direkt oder über Dritte hochqualifizierte Bauabwicklung und Bauplanung für nahezu alle Bereiche (außer Hochbau) des öffentlichen Baugeschehens bei der Stadt.

Die Baumaßnahmen

Bauprojekte Straßenraum

Erschließungen

Im Berichtszeitraum wurden verschiedenste Erschließungsmaßnahmen durchgeführt. Schwerpunkte waren Neubaugebiete in den Stadtteilen und die Erschließung von Gewerbegebieten.

An Erschließungen, die bereits Ende der 80er Jahre begonnen worden waren, wurden fertiggestellt:

- Herrlesberg/Stauden als größte Maßnahme im Berichtszeitraum mit einem Kostenvolumen von knapp 6,4 Mio. DM (ohne Kanalisation und Versorgungsleitungen)
- Industriegebiet Rittweg in Hirschau
- Breite in Pfrondorf

Als Erschließungsmaßnahmen in den Teilorten wurden im Berichtszeitraum begonnen und fertiggestellt:

- Wohngebiet Grothaus-Läniger in Bühl
- Wohn- und Gewerbegebiet Bonlanden in Bühl
- Wohngebiet Bühlerstraße/Rammertstraße in Kilchberg
- Wohngebiet Riedstraße in Hirschau
- Gewerbegebiet Hofstrüttele in Pfrondorf



Erschließung Bonlanden in Bühl

Als Erschließungsmaßnahmen in der Kernstadt wurden begonnen und fertiggestellt:

- Ausbau In den Fischergärten, Lustnau
 - Gewerbegebiet Au- Ost
 - Handwerkerpark Aischbach
 - Fortsetzung der Erschließung Behördenzentrum Mühlbachäcker
- Begonnen aber noch nicht abgeschlossen wurde das Gewerbegebiet Güllen (Nekkarau).

Insgesamt wurden damit für den Straßenbau (ohne die 1990 bereits begonnene Erschließungsmaßnahmen) rund 10 Mio. DM investiert.

Straßen und Brücken

Reine Straßenneubauprojekte sind faktisch verschwunden – Schwerpunkt der Bautätigkeit in diesem Bereich ist der bebauungsplanmäßige Ausbau von bereits bestehenden, aber noch nicht ausgebauten Straßen und die Sanierung von Brücken und Straßen. Ebenfalls mangels finanzieller Möglichkeiten nahezu verschwunden sind Maßnahmen des Stadtqualitätsprogramms.

Als Straßensanierungsprojekte sind besonders zu nennen:

- Umbau der Inneren Gartenstraße im Anschluß an die Kanalverstärkung
- Germanenstaffel nach mehrmonatiger Sperrung wegen Baufähigkeit durch sparsame Maßnahmen gesichert
- Nordring – Sanierung auf Höhe der Hartmeyerstraße (Bereich Wanne)
- Sanierung des Holzmarktes

Das Gesamtinvestitionsvolumen dieser Maßnahmen betrug rund 6 Mio. DM einschließlich der Straßenausbaumaßnahmen.

Mehrere Brücken wurden im Berichtszeitraum von Grund auf saniert bzw. ersetzt:

- Ammerbrücke Rathstraße in Lustnau wurde als Fuß- und Radwegbrücke völlig neu hergestellt (Ersatz einer Holzbrücke durch eine Stahlbetonkonstruktion)



Fuß- und Radwegbrücke über die Ammer in Lustnau (Rathstraße)

- Neckarbrücke Kusterdinger Straße (vollständiger Ersatz des vorhandenen Bauwerks)
- Bahnbrücke Kreßbacher Straße (vollständige Erneuerung durch die damalige Bundesbahn unter Kostenbeteiligung der Stadt)
- Sanierung der Eberhardsbrücke – eine in mehrerer Hinsicht spektakuläre Maßnahme. Zum einen war diese Baustelle wegen ihrer zentralen Lage in der Öffentlichkeit präsent wie kaum eine zweite, zum anderen wurde anlässlich dieser Baumaßnahme das Thema "Sperrung der Mühlstraße" mit anschließendem Bürgerentscheid heftig diskutiert. Letztlich blieb es bei der dauerhaften halbseitigen Straßenspernung, die sich aus der Notwendigkeit der Bauabwicklung ergeben hatte.

Zum Schluß sollen die unerfreulichen



Sanierung Eberhardsbrücke

Schlagzeilen im Zusammenhang mit Kostenüberschreitungen für die Gesamtmaßnahme (zusätzliche Maßnahmen wie Erneuerung der Geländer, Erneuerung

der Straßenbeleuchtung und wesentlich schlechtere Bausubstanz als vom externen Fachplaner prognostiziert) nicht unerwähnt bleiben.

- Erneuerung des Neckarwehrsteges im Zusammenhang mit der Sanierung des Stauwehrs Brückenstraße mit einer städtischen Kostenbeteiligung

Insgesamt wurden für diese Sanierungs- bzw. Erneuerungsmaßnahmen im Berichtszeitraum rund 9 Mio. DM investiert. Bei den mehr und mehr auslaufenden und



Sanierung Fußgängerbrücke Nordring

zwischenzeitlich faktisch bei Null angelegten Maßnahmen zum Stadtqualitätsprogramm sind als letzte größere Projekte der Bereich Kelternplatz mit Schmiedtorstraße und „Am kleinen Ämmerle“ zu nennen, wobei eine zunächst eingebaute Schwelle in der Einfahrt von der Kelternstraße in die nun verkehrsberuhigte Schmiedtorstraße für Furore sorgte. Der Ausbau der Schmiedtorstraße zu einer verkehrsberuhigten Straße ist nach Einschätzung des Tiefbauamtes im nachhinein nicht besonders glücklich – aber man gewöhnt sich daran.



Stein des Anstoßes: Schwelle an der Einfahrt Schmiedtorstraße

Als Maßnahme, die in größerem Ausmaß Wellen geschlagen hat und die im Zusammenhang mit der Verkehrsdiskussion und den Ausgaben für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Vergangenheit und noch heute genannt wird, ist der Umbau der Hechinger Straße einschließlich Pfortnerampel zu nennen. Hierüber wird an anderer Stelle näher berichtet.

Nicht zuletzt konnte die Belthlestraße im Zusammenhang mit dem Programm Einfache Stadterneuerung (PES) von Grund auf saniert werden. Aus demselben Programm kam der Stadtteil Lustnau vor der Dorfackerschule zu einem „Roten Platz“ mit Pflastersteinen aus der Partnerstadt Petrosawodsk und einer Verbindung zwischen Schule und dem Spielplatz auf dem früheren Dorfacker. Davor waren in Lustnau bereits anfangs der 90er Jahre der Bereich Dorfstraße zwischen Alber- und Kreuzstraße sowie die Daimlerstraße grundlegend saniert und umgestaltet worden.

Städtebaulicher Entwicklungsbereich Südstadt

Für den städtebaulichen Entwicklungsbereich, der an anderer Stelle ausführlich dargestellt ist, wurden seit Start der Entwicklungsmaßnahme sämtliche Erschließungsarbeiten über das Tiefbauamt abgewickelt. Start war die rasch verwirklichte „Neukanalisierung“ der ehemaligen Kasernenareale und die komplette Neuverlegung der Versorgungsleitungen, denen abschnittsweise die Herstellung der neuen Straßen folgt.

Eine besondere Herausforderung waren zunächst die vielfältigen Zwischennutzungen und ist mittlerweile die Bebauung der neu erschlossenen Areale parallel zu den öffentlichen Erschließungsarbeiten. Für die Beteiligten erfordert die Situation - die „öffentlichen Tiefbauer“ können nicht richtig ran, die privaten Bauherren müssen zum Teil warten – ein hohes Maß an Geduld und Kooperationsbereitschaft. Daß dies soweit gelungen ist, zeigen die sichtbaren Resultate.

Gescheiterte Projekte

In einem Verwaltungsbericht ist auch zu erwähnen, was an Vorstellungen und Absichten nicht geklappt hat. Wie oben erwähnt, ist ein Schwerpunkt der öffentlichen Bautätigkeit der bebauungsplan-

mäßige Ausbau noch nicht ausgebauter Straßen. Da dies für die Anlieger jedoch Erschließungsbeiträge nach sich zieht und der bisherige bauliche Zustand der Straße den einen oder anderen Betroffenen nicht stört, zumal es immer schon so war, konnten einige Projekte nicht verwirklicht werden.

An erster Stelle ist die Schloßbergstraße zu nennen, bei der die liegenschaftlichen Voraussetzungen für einen reduzierten Ausbau vorlagen und die keine öffentliche Abwasserentsorgung vorzuweisen hat. Jedes Gebäude muß entweder ins Nekkartal oder ins Ammertal mit einer privaten Hausanschlußleitung entwässert werden. Nach heftigen Protesten der Anwohner wurde das Projekt vom Gemeinderat am 25. Mai 1992 gekippt.

Jubel am Schloßberg

Der Bebauungsplan für das Sträßchen wird geändert

TÜBINGEN (mab). Mit klarer Mehrheit hat der Tübinger Gemeinderat gestern beschlossen, ein Änderungsverfahren für den umstrittenen Bebauungsplan der Schloßbergstraße einzuleiten. Nur die CDU-Fraktion stimmte gegen den Antrag der AL. Nach der Entscheidung brachen die anwesenden Schloßbergstraßen-Anwohner in Jubel aus.

Zuvor war ein CDU-Antrag, die Entscheidung zu verlegen, mit hauchdünner Mehrheit von 26 zu 28 Stimmen abgelehnt worden. Der Vorschlag der Verwaltung, nach dem wesentliche Forderungen der Anwohner berücksichtigt, eine Verbreiterung der Straße auf 4,50 Meter jedoch festgelegt werden sollte, kam nicht mehr zur Abstimmung.

Oberbürgermeister Eugen Schmid, der mit dem zuständigen Spitzen des Rathauses vor sechs Wochen ein Gespräch mit Vertretern der Initiative „Rettet die Schloßbergstraße“ geführt hatte, konnte sich mit seinen Warnungen vor der Langwierigkeit eines Änderungsverfahrens nicht durchsetzen. Den Antrag der AL-Fraktion auf Beibehaltung der Straßenbreite hatte Bruno Gebhardt-Pietzsch zunächst damit begründet, der zwölf Jahre alte Ausbau-Plan sei „heute einfach nicht mehr zeitgemäß“. Er ergänzte den Antrag nach Einwänden Eugen Schmid, das gehe nicht ohne Planänderung, um den Auftrag an die Verwaltung, die se Bebauungsplanänderung unter Beibehaltung der Beitragspflicht für die Anwohner zu erarbeiten. Für die CDU montierte Eugen Salzer vor allem eine ausreichende Feuerwehrrufzeit zum Schloß und den dringenden Leitungsausbau durch die Stadtwerke. Gebhardt-Pietzsch erwiderte, der Rat dürfe sich seine Planungsautonomie nicht von den Stadtwerken aus der Hand nehmen lassen. Gespalten äußerte sich die JFW, während die FDP ihren nahezu mit der AL-Vorlage deckungsgleichen Antrag zurückzog. Einen „unzulässigen Ausbau, wo überall für den Rückbau Geld ausgegeben wird“, nannte Gisela Kehler-Bleicher (DKP) die Pläne für die Schloßbergstraße. Erika Braun-gardt-Friedrichs hatte sich für die SPD zwar für eine Änderung ausgesprochen, die große Mehrheit ihrer Fraktion schloß sich aber zunächst der Vertagungs-Forderung der CDU an. Als es zur Abstimmung kam, stand die CDU jedoch mit ihrer Ablehnung allein. Eine klare Mehrheit stimmte für den AL-Antrag.

An fehlendem Grunderwerb für den politisch gewollten Ausbau scheiterte der Ausbau der Unteren Höbergstraße in Pfrondorf und wird jetzt aktuell der Ausbau „Fronländer“ in Bühl nicht verwirklicht werden können.

Bauprojekte bei der Stadtentwässerung

Kanalbaumaßnahmen

Die im Zusammenhang mit Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen verlegten neuen Abwasserleitungen werden hier nicht gesondert aufgeführt. Nach Prüfung des baulichen Zustandes wurden im Berichtszeitraum insgesamt rund 40 km Kanalisation von insgesamt knapp 380 km

im Gesamtstadtgebiet saniert, wobei moderne, grabenlose Sanierungsverfahren (sog. Inlinerverfahren u.a.) einen immer breiteren Raum einnehmen. Diese Kanalsanierungen werden jährlich schwerpunktmäßig durchgeführt, wobei insbesondere der Bereich „Wanne“ und die Südstadt mit Derendingen für die letzten Jahre zu erwähnen sind.

Als größte Kanalneubauprojekte sind besonders zu nennen:

- Gartenstraße vom Bootshaus (Kreuzung Äulestraße) bis zur Eberhardsbrücke mit vierjähriger Bauzeit und einem Einzelbauvolumen von rund 5 Mio DM.

Für die Verwirklichung der Regenwasserbehandlung für das Obere Neckartal wurden zwei große Kanalverbaumaßnahmen durchgeführt:

Verbindungssammler Freibad – Kläranlage Weilheim und

- Verbindungssammler Kläranlage Weilheim – Kilchberg

Damit konnte die Kläranlage Weilheim aufgelassen und zu einem RÜB für den Stadtteil Kilchberg umgebaut werden.

- Neuverlegung Sammler Ziegelwiesen – Halde in Pfrondorf in schwierigstem Gelände (Knollenmergel)

- Kanalverstärkung Steinbößstraße für die Entwässerung dieses Teils des Neubaugebietes Herrlesberg-Stauden (mit Fortführung über Daimlerstraße und Kreuzstraße

- Kanalverstärkungen und Erneuerung Untere Straße in Unterjesingen

Kleinere, aber dennoch wichtige Projekte waren:

- Entlastungskanal Stauffenbergstraße/ Brunnenstraße über den Wilhelm-Schussen-Weg

- Kanal Goldersbachstraße (unterirdische Vortriebsweise)

- Kanalschließung Bläsiweg

Diese Projekte, die insgesamt rund 14 Mio. DM an Investitionsmitteln gekostet haben, hatten im wesentlichen das Ziel, die Gewässerqualität durch die Beseitigung von Regenwasserauslässen zu verbessern bzw. den Ausbau neuer Baugebiete zu ermöglichen.

Regenüberlaufbecken

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 8 sogenannte Regenüberlaufbecken (RÜB) mit einem Rückhaltevolumen von 4.664

cbm neu hergestellt, so daß aktuell insgesamt 18 RÜB in Betrieb sind. Die Regenwasserbehandlung für Tübingen ist damit zu knapp 80% verwirklicht!

Im einzelnen waren dies:

- RÜB Nürtinger Straße mit dem Problem der Gründung im Alten Neckarbett, Volumen: 537 cbm
- RÜB Gartenstraße mit demselben Problem, Volumen: 585 cbm
- RÜB Äulestraße, Volumen: 448 cbm
- RÜB Abwasserstation Pfrondorf als Um- und Erweiterungsbau der früheren Kläranlage in baugrundtechnisch schwieriger Lage – aber dafür romantisch mitten im Wald gelegen, Volumen: 660 cbm
- RÜB Sandäcker in Unterjesingen in schwierigem Ammergrund mit problematischer Nähe zu Wohngebieten während der Bauphase, Volumen: 670 cbm
- RÜB Kilchberg als Umbau der aufgelassenen Kläranlage Weilheim, Volumen: 381 cbm
- RÜB Hebewerk in Hirschau, Volumen: 990 cbm
- RÜB Nonlanden, dessen Erstellung und damit die Baugebieterschließung zunächst am Grunderwerb zu scheitern drohte, Volumen: 393 cbm

Insgesamt wurden für diese Bauinvestitionen rund 13 Mio. DM aufgewendet.

Erweiterung und Ausbau des Klärwerks und der Kläranlagen

Die wasserrechtliche Einleitungserlaubnis für gereinigtes Abwasser aus dem Tübinger Klärwerk in den Neckar endete zum 31. Dezember 1990. Zur Neuerteilung dieser Einleitungserlaubnis mußte die Einhaltung neuer verschärfter Einleitungsgrenzwerte durch die Ausarbeitung von Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen in einem neuen Planfeststellungsverfahren nachgewiesen werden. Nach einem langwierigen Planungsprozeß wurde die Ausbau- und Erweiterungsplanung am 13. Oktober 1994 planfestgestellt, während parallel bereits mit den Arbeiten begonnen wurde.

Die Planung

Die einzuhaltenden Grenzwerte sehen wie folgt aus:

Ammoniumstickstoff
10 mg/l (ab 1.1.1999)
5 mg/l (ab 1.1.2003)
Stickstoff, gesamt
18 mg/l (ab 1.1.2003)

Die Einhaltung der Grenzwerte ist zeitlich gestaffelt und orientiert sich an der geplanten Bauabwicklung.

Für Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen ist folgendes vorgesehen:

- Einrichtung einer Phosphatfällung zur Einhaltung des Phosphatgrenzwertes;
- Ertüchtigung der mechanischen Reinigungsstufe durch Ergänzung der Rechenanlage und Erweiterung des Sandfangs;
- Schaffung einer neuen Verbindung zwischen Neckarnordseite (Schlammbehandlung) und Neckarsüdseite (Abwasserreinigung) mit einem Verbindungssteg;
- Völliger Neubau der Schlammbehandlung aus den 50er Jahren mit Erweiterung der Kapazität und Bau einer Trocknungsanlage zur nachhaltigen Reduzierung des zu entsorgenden Klärschlammes;
- Erweiterung der vorhandenen Belebungsbecken und der Nachklärung für die vollständige Nitrifikation/Denitrifikation;
- Neubau eines Betriebsgebäudes mit neuer Leitwarte;



Ausbau und Erweiterung: Klärwerk im Neckartal

Verwirklichung und Kosten

Zur Reduzierung der Kosten für Ausbau und Erweiterung wurden nach dem Planfeststellungsbeschuß nochmals alle möglichen und denkbaren Einsparungspotentiale kritisch überprüft. In Abstimmung mit der Planfeststellungsbehörde kommt nun ein reduzierter Ausbau gegenüber

den planfestgestellten Plänen zur Ausführung, so daß der ursprüngliche Kostensatz von über 120 Mio. DM deutlich reduziert werden konnte. Die Bauabwicklung hat zum Jahresanfang 1998 folgenden Stand mit folgenden Kosten erreicht:

Lfd.Nr.	Bezeichnung des Bauteiles	Baukosten DM	Voraussichtliche Bauzeit
0.	Genehmigungsplanung	1 386 727,00	
1.	BA Ia, Phosphatfällung	309 314,41	gebaut
2.	BA Ib, Rechengebäude und Sandfang	4 000 000,00	gebaut bis auf Restarbeiten
3.	BA II, Versorgungssteg über den Neckar	1 495 543,09	gebaut
4.	BA III, Schlammbehandlung Maschinengebäude, Zentrifugen, Trocknung, Faulbehälter, BHKW; Gasbehälter, Umbau Neckareindicker)	40 000 000,00	Fertigstellung spätes Frühjahr 1998
5.	BA IV Nitrifikation/Denitrifikation (Belebungsbecken, Nachklärbecken und DN-Form)	38 000 000,00	Juli 98 – Dez.2000
6.	BA V Betriebsgebäude	7 190 000,00	voraussichtlich 2 000 – 2 001
Gesamtsumme ca.		92 000 000 DM	

Bauprojekte Gewässer Hochwasserschutz Lustnau

Als größtes Projekt, das seiner Verwirklichung ferner denn je ist, ist der Hochwasserschutz Lustnau zu nennen. Nach dem Hochwasserereignis vom 8. Juli 1987 wurden vielfältigste Planungsaktivitäten gestartet, die sich im Berichtszeitraum – nicht unerwartet – als nicht durchsetzbar erwiesen haben. Die planerische Vorbereitung eines zentralen Rückhaltebeckens vor Lustnau (Planungskosten von rund 500.000 DM) wurde am 28. Juni 1993 durch den Gemeinderat gestoppt, die Verwaltung wurde mit einer Vielzahl von Prüfaufträgen über einzelne Detaillösungen versehen. Im Juni 1996 wurde ein neuer Anlauf unternommen mit dem Auftrag an die Verwaltung, ein System kleiner Retentionsräume in Verbindung mit Maßnahmen zum passiven Hochwasserschutz zu untersuchen. Dieser Prüfauftrag wird derzeit noch bearbeitet.

Wasserbauprogramm 90

Dieses Programm, in dem mehrere Bauvorhaben zur Gewässerrenaturierung und

zur Sanierung von Hochwasserrückhaltebecken zusammengefaßt waren, konnte nur teilweise verwirklicht werden und wurde zwischenzeitlich eingestellt.

Verwirklicht wurden:

- Sanierung Haldenbach Pfrondorf

(Wiederherstellung des Gewässers mit dem Neubau des Sammlers Ziegelwiesen-Halde);

- Sanierung Hochwasserrückhaltebecken Kaisersbrücke;
- Renaturierung Ammer.

Nicht verwirklicht wurden Maßnahmen am Mühlbach Derendingen (bis Kinderhaus an der Sieben-Höfe-Straße) am Bühlertalbach und an der Steinlach.

Ein besonderes Kapitel ist das Hochwasserrückhaltebecken Elysium, das wasserrechtlich nachträglich genehmigt wurde, aus technischer Sicht dringend sanierungsbedürftig ist und dessen Sanierung im Grunde finanziert ist.

Trotz einer zwischenzeitlich aufgehobenen Anordnung des Landratsamtes, dieses Rückhaltebecken wegen der Gefährdungslage zu beseitigen, konnte sich der Gemeinderat angesichts der Sanierungskosten von über 400.000 DM bisher nicht zur Durchführung der Sanierung entschließen.

Bauprojekte Altlasten

Als große Maßnahme im Bereich „Altlasten“ ist die Sicherung des ehemaligen

Gaswerkstandortes „Reutlinger Straße“ im Zusammenhang mit dem Bau des Parkhauses Metropal zu erwähnen. Nach zähen Auseinandersetzungen in einem langen Planungs- und Entscheidungsprozeß konnte der Teilstandort des ehemaligen Tübinger Gaswerks (1862 – 1912) durch eine 80 cm starke Dichtwand bis in 18 m Tiefe in den anstehenden Gipskeuper gesichert werden (Kosten 5,2 Mio DM). Gleichzeitig wurde die Gründung des Parkhauses durch einen Bohrfahrost mit rund 100 Bohrpfehlen in einem Raster von 5 m bis 7 m ausgeführt.



Parkhaus Metropal: Altlastensanierung auf dem ehemaligen Gaswerk-Gelände

Ziele, Planungen und Konzeptionen

Der öffentliche Raum

Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich auf alle öffentlichen Verkehrswege, für die hinsichtlich Bau und Unterhaltung das Tiefbauamt zuständig ist. Im Berichtszeitraum war und ist die Situation für diesen gesamten Verantwortungsbereich durch zunehmend geringere Ressourcen geprägt. Insgesamt entwickelt sich daraus das Ziel, die Aufwände so weit wie möglich zu reduzieren und die noch vorhandenen Ressourcen weitestgehend zu bündeln und zielgerichtet einzusetzen. Bereits in der Planungsphase muß verstärkt ein Augenmerk auf die zukünftigen Unterhaltungskosten gerichtet werden und müssen Einrichtungen so weit wie möglich standardisiert werden, was noch einen erheblichen Umdenkungsprozeß notwendig macht.

Straßenunterhaltung

Der Einsatz der Unterhaltungsmittel wird dahingehend gesteuert, daß Mittel nur

dort eingesetzt werden, wo der Einsatz der Mittel zu einer nachhaltigen Steigerung des Gebrauchswertes führt. Vorrangig werden dabei die Mittel für die Straßenerneuerung im Zusammenhang mit anderweitigen Maßnahmen der SWT oder bei Kanalsanierungsmaßnahmen eingesetzt. Isolierte Maßnahmen werden nur durchgeführt, wenn die Verkehrssicherheit dies erfordert.

Die Verkehrssicherheit der Straßen wird wegen der zwischenzeitlich stehenden Rechtssprechung seit 1995 durch einen Straßenkontrolleur (keine Neueinstellung!) überwacht, der kleine Maßnahmen umgehend bei der SBT beauftragt (Beseitigung von Stolperfallen, Schlaglöchern etc.). Bei der Erneuerung und Neuaufstellung von Pollern, Absperrungen etc. wird auf einen einheitlichen Standard geachtet

Bereits vor vier Jahren wurde ein Standardkatalog von immer noch sieben Leuchtentypen festgelegt, was mittelfristig zu einer Reduzierung der Lagerhaltungskosten und zu einem einheitlichen Standard führen wird.

Bei der Erneuerung der Straßenbeleuchtung ist es neben der Ausrüstung mit Energiesparleuchten ein Ziel, veraltete Leuchten und Überspannungen – nach Möglichkeit mit anderen "Sowiesomaßnahmen" – auf den einheitlichen Standard zu bringen. Trotz knapper Mittel wurde – unter anderem mit einem Sonderprogramm für das Gebiet Waldhäuser-Ost – schon einiges erreicht. Eine Erweiterung der Straßenbeleuchtung bleibt auf wenige Ausnahmefälle beschränkt, um das Ziel einer Reduzierung der Unterhaltungsaufwände nicht zu gefährden.

Das arme Tübingen geht wahrhaft düsteren Zeiten entgegen:

Kein Geld für neue Laternen

Die vom Rat bewilligten Mittel reichen nicht einmal für den Ersatz aller kaputter Lampen aus

Von Sepp Wals

TÜBINGEN. Das Tiefbauamt der Unistadt hat kein Geld mehr, um die Straßenlaternen in Ordnung zu halten und alle kaputten Lampen auszuwechseln. Die 200 000 Mark, die der Gemeinderat im Etat 1993 für die Erneuerung und Erweiterung der Beleuchtung bewilligte, reichen allenfalls noch für die Hebung der schlimmsten Sicherheitsmängel aus. Aber selbst bei der „Abwehr von Gefahren“ müssen die städtischen Beleuchter auf das Prinzip Hoffnung bauen – beispielsweise auf Waldhäuser-Ost: Dort blies der Wind im März einen verrosteten Lichtmasten um. Daraufhin kam bei den Stadtwerken der Verdacht auf, daß die übrigen 560 Laternen auf WHO auch nicht viel besser dastehen. Das Versorgungsunternehmen wollte deshalb alle diese Masten einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen. Das Tiefbauamt mußte jedoch passen, weil allein diese Untersuchung die Restmittel im Etat aufgefressen hätte.

Verantwortlich für die Misere ist der Gemeinderat. Wie die Kommunalpolitiker überall im Land investieren die Tübinger Stadträte lieber in prestigeträchtige Neubauten als in die Bestandssicherung. Zuletzt wurde dies überdeutlich, als die Haushaltskoalition aus CDU, SPD und UFW den Sportlern rund sechs Millionen Mark für eine neue Vereinshalle in Aussicht stellten, gleichzeitig aber keine Mark für die fällige Dachsanierung der Uhlendhalle herausrückten. Seit Jahren klagt Hochbauamtschef Rolf Nill darüber, daß er die städtische Bausubstanz verfallen lassen muß, weil ihn der Rat bei der Unterhaltung der Gebäude zu knapp hält – ohne Erfolg.

Albrecht Fügler, seinem Kollegen im Tiefbauamt, ergeht es nicht besser, weswegen er – unterstützt von Baubürger Klaus Blanke – am vergangenen Donnerstag mit seiner Not an die Öffentlichkeit ging. Am Beispiel der Straßenbeleuchtung zeigte er dem Umweltausschuß auf, wohin die ruhmlose „Sparpolitik“ des Rats führt: „Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo wir schon sehr bald mit einschneidenden Konsequenzen rechnen müssen.“

In den vergangenen fünf Jahren bekam das Tiefbauamt jeweils zwischen 400 000 und 600 000 Mark für neue Laternen. Diese Summen haben nie ausgereicht, um die Beleuchtung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in Schuß zu halten. Ein Viertel der 10 631 Laternen ist bereits so veraltet, daß für sie keine Ersatzteile mehr zu bekommen sind. Allein um die Lampen in Deringingen halbwegs wieder auf den Stand der Technik zu bringen, bräuchte Fügler 550 000 Mark. Für das laufende Jahr strich ihm der Rat den Etatposten aber auf 200 000

Mark zusammen. Die Folge: Zusätzliche Masten kann sich das Tiefbauamt nur noch in Neubaugebieten leisten, wo sich die Anwohner mit ihren Erschließungsbeiträgen das Recht auf Licht erkauft haben. Die „Befriedigung subjektiver Sicherheitsbedürfnisse (ausreichende Ausleuchtung von Gehwegen und dunklen Ecken)“ ist nicht mehr drin. Mitunter bleiben – wie in der Goethestraße – auch längst versprochene Zebrastreifen auf der Strecke, weil die dazugehörigen Laternen nicht finanziert werden können.

Ansonsten reicht das Geld höchstens noch für den Ersatz gemeingefährlicher Installationen. Selbst dabei muß das Tiefbauamt knausern. Fügler wies im Rathaus vorsorglich daraufhin, daß es im Lauf des Jahres wohl „unumgänglich“ wird, kaputte Leuchten ersatzlos aus dem Verkehr zu ziehen. Der Abbau kostet nämlich nur 200 Mark, die Ersatzlaternen aber 3500 Mark.

Das gleiche traurige Bild malen die Stadtwerke auch bei der Wartung der Lichtmasten an die Wand. 370 000 Mark (Vorjahr: 480 000) wurden dafür genehmigt, nach Ansicht der städtischen Elektriker viel zu wenig. „Die Auswechslung von Leuchtmitteln“, so kündigten die Stadtwerke an, „müßte erheblich eingeschränkt werden, so daß an vielen Stellen ein längerfristiges Fehlen der Straßenbeleuchtung nicht vermieden werden kann.“

Teuer bezahlt werden muß in Tübingen zudem die Strategie der großen Haushaltskoalition, auch beim Energiesparen zu sparen. Für das laufende Jahr stellte die Ratsmehrheit 100 000 Mark bereit, um die alten Quecksilberdampflampen durch stromsparende Natrium-



Vom Rost zerfressen – vom Wind auf Waldhäuser Ost verweht: Zwei Millionen müßten investiert werden, wenn – wie befürchtet – auch die anderen WHO-Masten bald fällig werden. Das Tiefbauamt hat nicht einmal das Geld, um diesem Verdacht gründlich nachzugehen. Privatbild

dampflampen zu ersetzen. Diese Investition lohnt sich in jedem Fall. Nach vier Jahren haben die Natriumlampen die Umrüstkosten hereingewirtschaftet, danach sorgen sie für eine spürbare Entlastung der Stadtkasse. Wenn der Rat diesen Posten weiterhin mit 100 000 Mark abspießt, so rechnet Fügler dem Umweltausschuß vor, dann dauert es noch 21 Jahre, bis alle Quecksilberlampen ausgemustert sind.

gen und arbeitsintensive Pflanzungen im Straßenraum wurden zwischenzeitlich vollständig beseitigt – Gehölze können nur noch durch radikalen Rückschnitt gepflegt werden.

Straßenreinigung

Hier gilt dasselbe wie beim Straßenbegleitgrün. Der Reinigungsstandard für die maschinelle Straßenreinigung wurde gesenkt, während gleichzeitig versucht wurde, den Standard in der Kernstadt (Fußgängerzone) zu halten bzw. zu steigern. Im Berichtszeitraum sind die zwischenzeitlich bei den SBT angesiedelten Straßenservice mit Handkarren bis auf wenige Ausnahmen in der Innenstadt verschwunden und durch mobile Reinigungskolonnen mit einem Kleinmüllverdichter ersetzt worden.

Winterdienst

In früheren Jahren ein umstrittenes Thema, mittlerweile in allgemeinen Bewußtsein: Salzstreuung nur an verkehrswichtigen Straßen nach Prioritäten, verkehrsunbedeutende Straßen werden gar nicht gestreut. Das System hat zwischenzeitlich nahezu Perfektion erreicht. Seit Gründung der SBT führen diese den Winterdienst im Auftrag des Tiefbauamtes durch.

Parken im öffentlichen Straßenraum

Im Berichtszeitraum wurde das Thema „Parkraumbewirtschaftung“ in politischen Gremien diskutiert und entschieden. Der Vollzug – zwischenzeitlich steht die Stufe III der Parkraumbewirtschaftung an – wurde problemlos durchgeführt. Entsprechend ist die Zahl der technischen Einrichtungen (Parkscheinautomaten/Parkuhren) explodiert. Von drei ersten Parkscheinautomaten Ende 1989 ist die Zahl zum Jahresende 1997 auf sage und schreibe 101 mit der entsprechend notwendigen Peripherie im Hintergrund angestiegen. Ein Ziel ist es, dabei die modernen Möglichkeiten der Kommunikationstechnik (Fernwartung über Datenfunk) bis hin zur bargeldlosen Bezahlung einzusetzen.

Lichtsignalanlagen

Im Berichtszeitraum wurde die Umrüstung der Signalanlagen auf verkehrsabhängi-

ge Programmauswahl abgeschlossen. Über Jahre hinweg wurde damit eine GVFG (Gemeinde-Verkehrsfinanzierungs-Gesetz)-bezuschußte Gesamtmaßnahme mit einem zentralen Verkehrsrechner und dezentralen Gebietsrechnern – unter Beteiligung der Straßenbauverwaltung des Landes – mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 6 Mio. DM abgeschlossen. Dabei wurde größter Wert auf die Berücksichtigung der Belange des ÖPNV gelegt (Busvorrechtigungen), wobei auch die modernste Technik den Konflikt zwischen Bedürfnissen der Fußgänger, der Radfahrer, des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) und des ÖPNV nicht lösen kann, sondern nur durch optimierte Bedarfsschaltungen etwas entschärfen kann.

Verkehrsbeschilderungen, Markierungen

Der allgemeine Wille, den „Schilderwald“ auszulichten bzw. nicht weiter anwachsen zu lassen, konnte auch im Berichtszeitraum nicht verwirklicht werden. Die Vorstellungen – insbesondere aus der Bürgerschaft –, mit einem Schild könne ein Mißstand behoben werden und alle würden sich an die damit signalisierten Ge- und Verbote halten, ist einfach übermächtig. Immerhin wurden die Verwaltungsabläufe und die Zahl der Beteiligten bei der Festlegung der Standorte beträchtlich reduziert.

Für eher negative Reaktionen hat das Thema „Parkleitsystem“ gesorgt. Die wohlmeinende Übersichtsbeschilderung, die mehr Verwirrung als Klarheit brachte, wurde nach einigen Wochen wieder demontiert. Eine große Aktion war die Markierung der „Tempo 30“-Hinweise bei der flächendeckenden Einführung von Tempo 30. Diese 30er-Markierungen sind zwischenzeitlich aus dem Straßenbild nicht mehr wegzudenken, sorgen jedoch für einen beträchtlichen Erneuerungsaufwand.

Einrichtungen des ÖPNV

In dem Maße, in dem die zwischenzeitlich gegründete SVT (Straßenverkehrsgesellschaft Tübingen) durch neue Buslinien den ÖPNV optimiert hat, mußten die dazu notwendigen Infrastruktureinrichtungen nachgezogen werden (Bushaltestellen, Wartehäuschen etc.). Dies ist immer termingerecht gelungen, wobei bei der Neueinrichtung auf einheitliche Standards

geachtet wird (z.B. erhöhter Bordstein für ebenerdigen Ein- und Ausstieg bei den modernen Niederflurbussen). Sukzessive soll bei anstehenden Umbauten an bestehenden Haltestellen dieser Standard nachgerüstet werden. In gleicher Weise sollen mittelfristig alle städtischen Bushaltestellen erneuert und in die Obhut eines Werbevertragspartners übertragen werden. Dieses Ziel wurde z.B. im vergangenen Jahr für die Wartehallen in der Wilhelmstraße erreicht.

Im Bereich des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) wurden angesichts der anstehenden großen Umbaumaßnahme lediglich einige kleinere, aber zweckmäßige Verbesserungen ausgeführt (ebenerdiger Übergang zum Bahnhof, neue Wendemöglichkeit).

Die öffentlichen Bedürfnisanstalten

Das „anrühige“ Thema Bedürfnisanstalten, das etwas im argen liegt, konnte auch im Berichtszeitraum nicht befriedigend gelöst werden. Zwar werden mit der modernen Anlage am Haagtor und dem Einbau einer völlig neuen Anlage beim Verkehrsverein an der Eberhardsbrücke Abhilfen geschaffen, aber die veralteten, nicht reinigungsfreundlichen Anlagen am Marktplatz und in der Bursagasse unterhalb der Stiftskirche führen noch immer ein Schattendasein.

Aus Kostengründen wurde im Berichtszeitraum die Anlage beim Wildermuth-Gymnasium geschlossen und abgerissen. Trotz sehr häufiger Reinigungsfrequenz (3mal täglich) sind diese älteren Anlagen der Inanspruchnahme durch soziale Problemgruppen nicht gewachsen. Am stärksten betroffen ist die Anlage am Alten Botanischen Garten, die der „Drogenszene“ nicht gewachsen war und nach völliger Demolierung geschlossen werden mußte.

Die Stadtentwässerung

Gründung EBT

Der wesentliche Einschnitt durch die Gründung des Eigenbetriebs Entsorgung (EBT) zum 1.1.1997 wurde bereits oben erwähnt. Die vorbereitenden Arbeiten einschließlich der Startphase waren wesentlich Aktivitäten der beiden letzten Jahre.

Kanalnetz

Unabhängig davon wurden im Berichtszeitraum wesentliche Fortschritte bei der Dokumentation des Kanalnetzes und dessen Zustandes erzielt. Bis auf einige wenige noch fehlende Kilometer wurde das gesamte Kanalnetz mit einer Gesamtlänge von 380 km gemäß Eigenkontrollverordnung mit Fernsehkameras untersucht, dokumentiert und die wesentlichsten Schäden beseitigt. Parallel dazu wurde die Digitalisierung des Kanalkatasters nahezu abgeschlossen, so daß bis 1999 jede Kanalhaltung mit sämtlichen zugehörigen Informationen per Knopfdruck abgerufen werden kann.

Dezentrale Kläranlagen

Das Ziel, sämtliche dezentralen Kläranlagen aus Kostengründen aufzunehmen und an das zentrale Klärwerk anzuschließen (Kläranlagen Pfrondorf, Kreßbach, Bebenhausen, Weilheim) wurden mit der Auflassung der Kläranlage Weilheim im Berichtszeitraum erreicht.

Betriebsorganisation

Im Berichtszeitraum wurde der Betrieb der Stadtentwässerung dahingehend umorganisiert, daß das Klärwerk mit seinem Betriebsleiter für den Gesamtbetrieb der Stadtentwässerung zuständig ist (Überwachung der Regenauslässe, Betrieb der Regenauslässe, Betrieb der Regenüberlaufbecken). Als Schlußpunkt der organisatorischen Neuordnung wurde auch die Zuständigkeit für die Kanalreinigung dem Klärwerk zugeordnet, das nun ganzheitlich den Betrieb disponieren und steuern kann.

Gleichzeitig wurde das im Berichtszeitraum erstellte Indirekteinleiterkataster, in dem alle wesentlichen gewerblichen Einleiter ins Kanalnetz dokumentiert sind, dem Klärwerk zugeordnet. Mit der in diesen Tagen fertiggestellten Datenverbindung zwischen Klärwerk und Technischem Rathaus sind nun auch sämtliche Daten sowohl auf dem Klärwerk als auch im Rathaus gegenseitig verfügbar.

Allgemeiner Kanalplan und Regenwasserbehandlung

Derzeit läuft ein externer Auftrag, den Allgemeinen Kanalplan (AKP) aus dem Jahr

1986 kritisch zu überprüfen, um mögliche Einsparpotentiale und bisher noch nicht erkannte Potentiale im Kanalnetz offenzulegen.

Was die Regenwasserbehandlung selbst anbelangt, wurden Bau, Planung und Genehmigungsverfahren für nahezu alle als notwendig erkannten Regenüberlaufbecken fertiggestellt.

Die Gewässer

Im Berichtszeitraum wurde durch die Bildung der Stadtbaubetriebe SBT mit einem Auftraggeber-/Auftragnehmeverhältnis ein ideales Werkzeug geschaffen, die Gewässer im Stadtgebiet durch Vorgabe der Unterhaltungsarbeiten zu standardisieren und vom Aufwand her einzugrenzen.

Es wurde bereits begonnen, für jedes einzelne Gewässer Leistungsverzeichnisse mit Vorgabe des Pflegeurnus (Mähfähigkeit, Gehölzpflege etc.) zu erstellen. Dem kommt die Novellierung des Wassergesetzes Baden-Württemberg vom 13.11.1995 entgegen, das den Schwerpunkt der Gewässerunterhaltung von der Erhaltung des Ausbaustandards hin zur Förderung und Unterstützung der natürlichen Gewässerdynamik verschiebt. Über gezielte Unterhaltungsmaßnahmen können damit die Gewässer hin zu einer höheren ökologischen Wertigkeit entwickelt werden.

Ökologisches Entwicklungskonzept Ammer und Ammerkanal

Durch das ökologische Entwicklungskonzept für Ammer und Ammerkanal im Jahre 1991, also lange vor der Novellierung des Wassergesetzes, wurde frühzeitig ein neuer Schwerpunkt bei der Gewässerunterhaltung gesetzt. Nach langer politischer Diskussion, die sich mit der Bearbeitung des Themas „Landschaftsschutz“ für das Ammertal oberhalb des Stadtgebietes (Nutzungskonzept Ammertal) überlagerte, wurde den darin formulierten Entwicklungszielen zugestimmt.

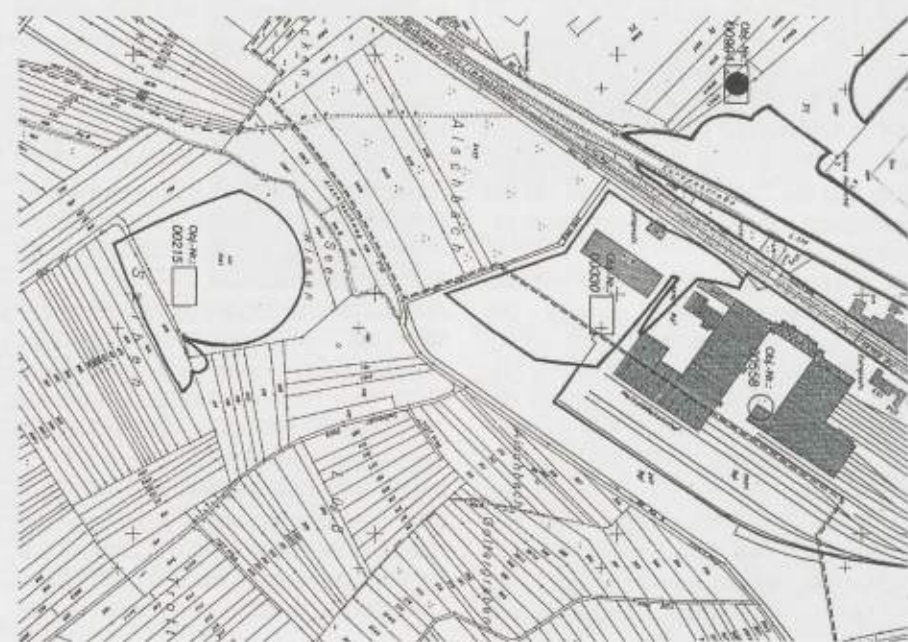
Die konkret ausgearbeiteten Maßnahmen am Ammerkanal (Entnahme des Geschiebetrübs durch zwei Gewässeraufweitungen, Beseitigung des Verbaues mit Bepflanzung) sind als Ausgleich für den Eingriff durch die Klärwerkserweiterung ins Landschaftsbild finanziert und kommen 1998 zur Ausführung. Gleichzeitig ist der Umbau der Wehranlagen

ge Ammerhof (Ausleitung Ammerkanal) zur Sohlrampe und Neuauftellung der Wassermenge zwischen Restammer und Ammerkanal für 1998 finanziert.

In den letzten beiden Jahren ist es darüber hinaus gelungen, mit einem langwierig ausgearbeiteten Kompromiß zwischen Landwirtschaft und Naturschutz die Unterhaltung der Gräben und Drainagen im oberen Ammertal auf neue Beine zu stellen.

Die Altlasten

Zu Beginn des Berichtszeitraumes war das Thema „Altlasten“ brandaktuell, in Tübingen speziell das Thema „Ehemaliges Gaswerk Reutlinger Straße“, die Förderlöcher (kommunale Altlastenfonds) quollen über und die Kommunen wurden geradezu gedrängt, möglichst viele Erkundungen in Gang zu bringen – das Thema schien unerschöpflich. Zwischenzeitlich ist das Thema – nicht die Altlasten – vom Tisch, die Töpfe sind leer. Altlasten sind allenfalls im Zusammenhang mit Umnutzungen im Einzelfall akut.



Flächendeckende Erhebung altlastverdächtiger Flächen

Ein bleibendes Werk mit Aktualität für die Stadtplanung und alle privaten und öffentlichen Nutzungsabsichten ist die 1991 bis 1993 durchgeführte sogenannte „flächendeckende Erhebung altlastverdächtiger Flächen“ (100%-Finanzierung aus Altlasten-

stufenfonds), bei der sämtliche verfügbare Akten, Luftbilder etc. sozusagen auf den Kopf gestellt wurden und jeglichen Hinweisen auf Altlastenverdacht nachgegangen wurde. Das ganze mündete in ein digitalisiertes vorliegendes Altlastenkataster, in dem alle Informationen und Hinweise komprimiert vorliegen und für sämtliche stadtplanerischen und sonstige Fragen zur Verfügung stehen.

Altlastenerkundungen

Folgende Erkundungen bzw. Altlastensanierungen (mit derzeitigem Stand) wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:

- a) Ehemaliges Gaswerk Reutlinger Straße (Teilsanierung/Sicherung Parkhausareal abgeschlossen, Restfläche wurde erkundet, Sanierungsuntersuchung, -planung steht aus);
- b) altes Neckarbett (Erkundung des Gesamtareals ist soweit abgeschlossen, derzeit läuft ein zweijähriges Beobachtungsprogramm bis Mitte 1998

- zur Klärung der Frage, ob eine akute Grundwassergefährdung vorliegt);
- c) Kirchgraben Lustnau (Erkundung ist abgeschlossen, kein Sanierungsbedarf);
- d) Kieselrotsanierungen auf Tübinger Sportplätzen (Lustnau, Derendingen, TSG-Gelände) im Jahr 1993 abgeschlossen;

- e) Sanierung des Kindergartens Gartenstraße (ehemalige Chemische Fabrik Denzel) im Jahr 1995 abgeschlossen;
- f) Altablagerung Weiherbrunnen im Zusammenhang mit Klärwerkserweiterung erkundet.

Daneben wurde und wird das Thema „Altlasten“ für diverse Bebauungsplanverfahren bearbeitet (ehemalige chemische Fabrik Lustnau, Schlachthofareal, etc.)

Ehemalige militärische Liegenschaften Südstadt

Im Zusammenhang mit der Konversion der ehemaligen militärischen Liegenschaften wurde die gesamte Erkundung der Areale einschließlich der Entsorgung der kontaminierten Böden und Abbruchmaterialien und der Grundwassersanierungen durch das Tiefbauamt betreut. Dabei fielen bis Ende 1997 insgesamt ca. 3,2 Mio. DM an Kosten an, die mit dem Kaufpreis für die Liegenschaften verrechnet werden. Die Sanierung des in Teilbereichen mit Mineralölen verunreinigten Grundwassers dauert in einem Teilbereich des Hindenburg-Areals an. Bis zum Jahr 2000 dürfte die gesamte Sanierung der Liegenschaften abgeschlossen sein.

Die Müllabfuhr

Im Berichtszeitraum wurden Zuständigkeiten und Organisation vollständig auf neue Beine gestellt. Die Zuständigkeit für die Müllabfuhr wurde auf der Grundlage des novellierten Abfallgesetzes Baden-Württemberg mit Beschluß des Kreistages vom Oktober 1992 der Stadt Tübingen zum 31.12.1994 entzogen. Die Durchführung der Einsammlung und des Transports des Abfalls im Stadtgebiet gegen Kostenersatz wurde der Stadt im Gegenzug auf der Grundlage einer Vereinbarung zum 1.1.1995 übertragen. Dieser Vertrag ist bis 31.12.1999 befristet.

In Konsequenz wurde die Müllabfuhr ab 1.1.1995 als Pilotprojekt zur Einführung der Kostenrechnung im Rahmen der Verwaltungsreform geführt. Damit wurde dank des besonderen Engagements der Mitarbeiter eine signifikante Verbesserung des Betriebsergebnisses erreicht. Seit 1.1.1997 wird die Müllabfuhr als Teil des Eigenbetriebs Entsorgung (EBT) geführt.



Müllfahrzeug als Werbeträger

Aktivitäten

Mit Einführung der Abfallberatung 1992 wurden die Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit deutlich intensiviert und das vorbildhafte mengenabhängige Tariffsystem weiter verbessert. Insbesondere das Thema „Abfallvermeidung“ wurde gemeinsam mit Umweltgruppen und dem lokalen Handwerk intensiv bearbeitet, was 1994 u.a. in einen bundesweit ersten Reparaturführer mündete, zu dem auch heute noch Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet eingehen.

Der Aufbau und die Verbesserung der getrennten Erfassungssysteme von wiederverwertbaren Altstoffen 1992 führten zur restriktiven Handhabung der Sperrmüllabfuhr und zur getrennten Sammlung von Grüngut und Metallschrott.

Die Einführung des Dualen Systems Ende 1992/ Anfang 1993 brachte weitere wesentliche Änderungen im Abfuhrsystem (Ausdünnung der Entleerungshäufigkeiten beim Restmüll).

Im August 1993 wurde in einer großen Aktion die Biotonne flächendeckend eingeführt mit der Möglichkeit, sich bei eigener Kompostierung vom Anschluß- und Benutzungszwang befreien zu lassen.

Nach Übergang der Zuständigkeit auf den Landkreis zum 1.1.1995 wurde darauf hingewirkt, das bisherige Sperrmüllsystem des „wildes Einsammelns“ zugunsten eines Holsystems auf Abruf abzuschaffen. Zum 1.1.1997 wurde dieses neue System eingeführt – was dem Stadtbild zugute kam – allerdings zum 1.1.1998 vom Kreistag wieder teilweise rückabgewickelt. Insgesamt können sich die vergangenen Aktivitäten, die vom Kreis nach 1994 für das gesamte Kreisgebiet übernommen wurden, sehen lassen.

Die Erddeponie

Das Thema „Erddeponie“ war ein zentrales Thema im Berichtszeitraum. Bedingt durch die günstigen Anlieferungsbedingungen (niedrige Gebühren mit 6,50 DM pro cbm und verkehrsgünstige Lage) wurde die Erddeponie Schinderklinge mit Jahreseinbaumengen bis zu 250.000 cbm rascher verfüllt als ursprünglich geplant. Im Jahre 1993 wurde deshalb von der Stadt als Betreiberin der Erddeponie auf der Grundlage einer bestehenden dreiseitigen Vereinbarung mit der Gemeinde Kusterdingen und dem Landkreis zusätzliches Deponievolumen von 293.000 cbm durch eine Aufhöhung der bestehenden Deponie („Brotlaiblösung“) gesichert.

Gleichzeitig wurde der Landkreis als Träger der Abfallbeseitigung auf die schwindenden Deponiekapazitäten und die Notwendigkeit einer Erweiterung der bestehenden Erddeponie hingewiesen. Nachdem eine Erweiterungsplanung für die bestehende Erddeponie durch die Stadt initiiert und eingeleitet worden war, stimmte nach langer Diskussion die Gemeinde Kusterdingen der Erweiterung der Erddeponie um über 2 Mio. cbm in Richtung Osten zu, und das ganze Thema konnte in zwei zweiseitigen Verträgen vom Dezember 1995 auf neue Beine gestellt werden (Betreibervertrag Stadt/Landkreis; Vertrag über Deponienutzung Landkreis/Gemeinde Kusterdingen). Allerdings geriet in Folge dieser Vertragsabschlüsse durch das Zugeständnis einer exorbitanten Luftschadung an die Gemeinde Kusterdingen das ganze bisherige Abfallkonzept für die Beseitigung von Bodenaushub aus den Fugen.

Die meisten übrigen Kreisgemeinden wollten ebenfalls ähnliche vordergründig lukrative Verträge mit einer Luftschadung von über 10 DM pro cbm mit dem Landkreis abschließen, was ein drastisches Ansteigen der Gebühren zur Folge hatte. Damit ist die Anlieferung von Bodenaushub auf den Deponien des Kreises faktisch zusammengebrochen, während die Kosten weiterlaufen und ein jährliches Loch von derzeit über 300.000 DM in den Kreishaushalt reißen. Das Genehmigungsverfahren selbst und die Bauausführung, bei dem das Tiefbauamt teilweise Bauleitungsaufgaben übernommen hat, lief unproblematisch und reibungslos ab.

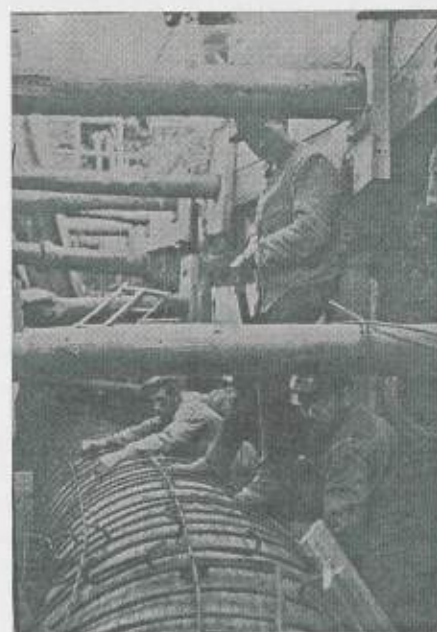
Was niemand sieht

Neben den oben geschilderten Aktivitäten läuft vieles eher im Verborgenen, was bei einem vollständigen Verwaltungsbericht nicht unerwähnt bleiben soll:

- Mitwirkung bei Baugenehmigungen
- Mitarbeit bei Bebauungsplänen (Erschließungsplanung, Altlasten)
- Mitwirkung beim Grundstücksverkehr
- Erteilung und Überwachung von Aufbruchgenehmigungen
- Sicherstellung der Verkehrssicherheit und nicht zuletzt Bauleitungstätigkeiten für die SWT, was sich durch die Koordinationsmöglichkeit mit städtischen Vorhaben und Notwendigkeiten vielfach bewährt hat. Insgesamt wurde im Berichtszeitraum auf diese Weise ein Bauvolumen der SWT in Höhe von über 10 Mio. DM betreut.

Der Ausblick

Wie eingangs des Berichtes geschildert, hat sich in dem relativ begrenzten Zeitraum vieles geändert. Weitere Änderungen werden auch in Zukunft nicht ausbleiben. Aus heutiger Sicht gewinnt die Konsolidierung des Bestandes in Zukunft noch mehr Priorität vor dem reinen Neubau – mit noch stärkerer Beachtung von Standardisierung bei der Ausstattung der Unterhaltungskosten. Gleichzeitig werden noch stärker Modelle der Finanzierung über Dritte (Erschließungsverträge etc.) in den Vordergrund treten, die mehr Koordinierungsaufgaben und weniger direkte Bauaufgaben zur Folge haben werden. Darüberhinaus werden, wie die Gründung des Eigenbetriebs Entsorgung und der Stadtbaubetriebe zeigt, verstärkt betriebswirtschaftliche Instrumentarien die herkömmliche Kameralistik ersetzen. Die Bereitstellung und Unterhaltung der sogenannten harten Infrastruktur (Straßen, Wege, Brücken, Ver- und Entsorgungsleitungen), was Aufgabe des Tiefbauamtes ist, wird dabei – in welcher Form auch immer – eine wesentliche kommunale Aufgabe bleiben.



Tiefbau damals Δ

Mühlstraße
Bau um die Jahrhundertwende



Auf den Punkt genau

Das Stadtvermessungsamt

Im Berichtszeitraum hat sich beim Stadtvermessungsamt einiges geändert. Der Amtsleiter, Werner Spanagel, trat nach Erreichen der Altersgrenze 1994 in den wohlverdienten Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde vom Gemeinderat sein bisheriger Stellvertreter Josef Mayer bestimmt, mit der Maßgabe, die Stelle des stellvertretenden Amtsleiters aus den eigenen Reihen zu besetzen. Dies erforderte eine Änderung in der Organisation des Amtes. Aus 6 Abteilungen wurden 5, von denen erstmals jede einzelne einen eigenen Abteilungsleiter bekam. Die Delegation der eigenverantwortlichen Aufgaben-erledigung wurde vollzogen.

Ein weiterer Aspekt, der bei der Neuorganisation Berücksichtigung fand, war die Vergleichbarkeit des Amtes in Leistung und Kosten mit dem freien Beruf. Es wurde hier der Grundstein gelegt für die Überführung von Teilen des Stadtvermessungsamtes in das neue "Vermessungsbüro der Stadt". Auf diesem Weg sind wir schon einen ordentlichen Schritt vorangekommen. In dem mit dem freien Beruf vergleichbaren Teil des Amtes haben wir die Kosten- und Leistungsrechnung mit dem ersten Betriebsabrechnungsbogen (BAB) im Haushaltsjahr 1997 eingeführt. Ein Schritt, der intensiv vorbereitet wurde und für die Beschäftigten des Amtes einen großen Einschnitt bedeutete. Arbeits- und Denkweise mußten den neuen Gegebenheiten angepaßt werden.

Wurde in der Vergangenheit der Nachweis der Anwesenheit gefordert, gilt es fortan auch noch die Leistung festzuhalten und die Zeiteinheiten den Aufträgen zuzuordnen. Es müssen die Kosten sichtbar gemacht werden. Es müssen alle erbrachten Leistungen verrechnet werden. Für den dadurch bedingten Verwaltungsmehraufwand wird ein Verwaltungsprogramm (EDV-Programm "Geobüro") eingesetzt, das auch die Sollstellung im Regionalen Rechenzentrum "online" erledigt. Die Nachkalkulation wird ebenfalls ermöglicht und wurde fester Bestandteil der täglichen Arbeit. Wir kennen somit unsere Kosten und können Schwachstellen erkennen

und ausmerzen. Wirtschaftliches Denken und Kostenbewußtsein wurde zur Basis allen Tuns.

Der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung zum Erfolg verholfen haben letztlich die Beschäftigten des Stadtvermessungsamtes, die in lobenswerter Weise diesen neuen Weg mitgegangen sind und mit viel Engagement und Ideenreichtum die Umstellung vollzogen haben. Auch einer der Gründe dafür, daß der Personalbestand reduziert werden und damit die Personalkosten von über 5 Millionen DM auf unter 4 Millionen DM gesenkt werden konnten. Der Personalbestand umfaßt mit Stand Ende 1997 28 Beamte, 16 Angestellte, 2 Meßgehilfen und 2 Auszubildende. Insgesamt sind davon 7 Stellen von Mitarbeiterinnen in Teilzeit besetzt.

Ein weiterer Grund für die Personalreduzierung ist die eingeführte computerunterstützte Erstellung von Zeichnungen (CAD). Hierfür wurde im Berichtszeitraum die analoge Stadtkarte (Karte auf Papier) im Maßstab 1:500 in eine digitale Form (Karte im Computer) überführt. Eine Arbeit, bei der für die Überführung von Flurstücksgrenzen, Gebäudeumrißlinien, Nummern und Bezeichnungen rund 1 Million Elemente in den Computer eingegeben werden mußten. Mit diesem Kraftakt steht damit flächendeckend für die Gesamtstadt Tübingen insbesondere den technischen Ämtern die sogenannte automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) für den künftigen Einsatz von CAD-Anwendungen zur Verfügung. Die Stadtwerke Tübingen können ebenso auf dieser Grundlage ihr Informationssystem aufsetzen und im ersten Schritt das digitale Leitungskataster erstellen. Für alle Anwender ist damit die Voraussetzung für die Einführung wirtschaftlicher und personalsparender Arbeitstechniken geschaffen.

Seit 1989 hat sich das Tätigkeitsfeld des Amtes nicht geändert. Geändert hat sich aber in Teilen der Auftragsumfang. Bei der Abteilung "Verwaltung, Kartographie" ist dies an der Auftragsentwicklung im Bereich der Bautechnik ablesbar. Konnten wir im Jahre 1990 noch 164 Lageplanaufträge verzeichnen, so waren es im Jahre 1997 nur noch 45. Insgesamt waren es 830 Aufträge zur Fertigung von Lageplänen vom Stellplatz bis zum Parkhaus. Größere Objekte waren dabei das Schul-

zentrum Schleifmühlweg, die Tiefgarage und die Sporthalle in der Westbahnhofstraße, das Parkhaus Metropol, das Schul-, Wohn- und Geschäftshaus in der Hechinger Straße und die Wohnanlage der GWG in der Appenbergstraße in Bühl. Für den Aushub der Baugruben haben wir 217 mal die Gebäudeecken abgesteckt; den Gebäudeumriß haben die Mitarbeiter der Abteilung 277 mal auf das sogenannte Schnurgerüst übertragen. Dies bildet die Vorarbeit für die Platzierung der Wände, die das neue Gebäude umschließen. Mit Geländeaufnahmen für die Planung der Höhenlage von Hochbauten haben wir für 208 Bauvorhaben die Voraussetzung geschaffen, daß sie sich in die Umgebung einfügen und möglichst im natürlichen Gefälle entwässern können. Insgesamt wurden in 7.900 Fällen Kopien aus dem Planwerk für die unterschiedlichsten Anwendungen – auch für den Bürger – gefertigt, ebenso wie 35 Abrechnungspläne als Grundlage für die Berechnung der Erschließungsbeiträge.

Die Abteilung wird vom Stellvertreter des Amtsvorstandes geleitet und ist Anlaufstelle für die städtischen und privaten "Kunden". Hier laufen die Fäden im Amt zusammen. Personal-, Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen werden genauso abgedeckt wie die Unterhaltung des umfangreichen Geräte-, Maschinen- und Fahrzeugparks. Hier werden die Produkte der zugehörigen Kartografie vermarktet. Vom Stadtplan wurden in diesen 8 Jahren 45.000 Stück und von der Freizeitkarte 17.000 Stück verkauft. Bei beiden Produkten sind wir Hersteller, Herausgeber und Verleger. Den Stadtplan verkaufen wir über den örtlichen Buchhandel 8-farbig und in einer Teilaufgabe 9-farbig mit eingedrucktem Radwegenetz. Bei der aktuellen Ausgabe wurde aus Kostengründen auf Plastikumschlag und Beilagen verzichtet, der Inhalt der bisherigen Broschüre auszugsweise auf die Rückseite gedruckt.

Als weitere Anwendungen des Stadtplans bieten wir als generalisierte Stadtplanübersicht in den Maßstäben 1:20.000 bis 1:60.000 Orientierungspläne für Touristen, Ausstellungsbesucher, Kongreßteilnehmer, Bürger- und Verkehrsverein, Universität, städtische Ämter und Private dem Einzelfall angepaßt oder nach deren Wünschen zum Druck vorbereitet an.

Im Maßstab 1 : 5000 findet der Stadtplan Innenstadt für die unterschiedlichsten Themen Anwendung. Beispielhaft erwähnt seien Orientierungskarte Innenstadt mit Parkierung, Rundgang durch die Altstadt, Prospekt "Tübingen informiert"

und Veranstaltungskalender. Weitere Sonderkarten auf der Basis des Stadtplans sind die jährlich herausgegebene Richtwertkarte, die Übersichtskarten Wasserrohrnetz, Gasrohrnetz und Wärmenetz für die Stadtwerke, die Karte der Wahlbezir-

ke, die Karte der kleinräumigen Gliederung, die stets aktualisierten ÖPNV-Liniensübersichten zum Aushang an den Haltestellen, die Orientierungskarte für Behinderte, die Kartenbeilage zum Buch "Grenzen und Marksteine" von Hermann

Jantzen, Teilergänzung der Ortsinformationstafeln an den Ortseingängen, Kartenübersichten für den Besucher von Tübingen z.B. am Bahnhof usw. Als Deckfolien zum Stadtkartenwerk im Maßstab 1: 500 mit 696 Kartenblättern der Größe 60x80 cm werden als analoges Kartenwerk Deckfolien für die unterirdisch verlegten Leitungen (Gas, Wasser, Strom, Fernwärme, Kanal), für die Topografie, für Verkehrszeichen, Ampeln, Fahrbahnbeziehungen bearbeitet. Für die Erstellung eines Planungsatlanten wurden Karten bereitgestellt, ebenso wie für die Erhebung altlastenverdächtiger Flächen. Die Freizeitkarte für "Freizeit-Wandern-Radfahren" bearbeiten die Mitarbeiter der Kartografie im Maßstab 1:35.000 den ganzen Landkreis umfassend und stellen alle Freizeiteinrichtungen von der Grillstelle bis zum Sportplatz in dieser Karte dar. Herausgegeben wird diese Freizeitkarte gemeinsam mit der Landkreisverwaltung.

Für die Entwicklung einer Stadt und auch die Durchsetzung politischer Ziele arbeitet mehr unauffällig und meist nicht bei der Arbeit groß in Erscheinung tretend, dafür auf den Zentimeter genau, die Abteilung der Katastergeometer. Sie hat zur gewünschten Zeit durch die Bildung der neuen Baugrundstücke im städtebaulichen Entwicklungsbereich die Voraussetzung für den Verkauf der städtischen Flächen, für die Bildung neuen Eigentums (Grundbucheintrag) und damit für die Bebauung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs "Stuttgarter Straße, Französisches Viertel", insbesondere Hindenburg- und Loretokasernengelände, geschaffen.

Geschaffen wurden auch bebaubare Grundstücke im Handwerkerpark und in der Au-Ost. Übernommen wurden die Umlegungsbeschlüsse des Umlegungsausschusses in den Gebieten "Hofstrütze" in Pfrondorf, "Grothaus-Läniger" in Bühl, "Riedstraße" in Hirschau, "Bonlanden" in Bühl und "Bühler Straße/Rammertstraße" in Kilchberg. Damit wurden Bauplätze für Wohnbebauung und Gewerbenutzung geschaffen. Auffallend war auch die große Anzahl neugebildeter kleinerer Baugrundstücke im Neubaugebiet Herrlesberg-Stauden als Folge der hohen Grundstückspreise. Weitere große und größtenteils sehr schwierige Vermessungen waren die Straßenschlußvermessung der Ortsdurchfahrt Unterjesingen, das Sanie-

rungsgebiet in Unterjesingen, die Vermessung der B 28 im Bereich der Hegelstraße und Reutlinger Straße und die Zerlegungen für den Erwerb von Flächen für das Naturschutzgebiet Spitzberg. Der Bau der K 6 900 von Derendingen nach Weilheim und der Bau des Landgrabens wurden nach gescheiterten Grunderwerbsverhandlungen durch eine Flurbereinigung ermöglicht, bei der die gesamte Vermessung des Flurbereinigungsgebietes von 207 ha Größe das Stadtvermessungsamt durchführte und dabei 6.048 Grenzpunkte neu bestimmt und eingemessen hat.

Den Katastergeometern ist es stets gelungen, die vom Bürger beantragten Vermessungen zum gewünschten Termin zu erledigen. Weniger zur Freude der Bürger - weil mit Kosten verbunden -, messen wir in den Karten fehlende Gebäude ein und aktualisieren so die für Planungen notwendigen Kartenunterlagen. In mehreren Stadtteilen wurden die beim Ausbau von Ortswegen entfernten Grenzzeichen wieder eingebracht, damit das Eigentum wieder mit für jedermann sichtbaren Zeichen (Grenzsteine oder Grenzbolzen) versehen ist. 23.368 Flurstücke wurden im Berichtszeitraum verändert und die Veränderungen in 1.910 Nachweisen über die Veränderungen dokumentiert. Es wurden 2.662 Grenzpunkte auf ausdrücklichen Antrag der Eigentümer wieder abgemarkt und 4.311 Gebäude eingemessen. 10 km Straßen und Wege und 70 ha Bauland wurden neu vermessen. All diese Tätigkeiten der Katastergeometer werden peinlichst genau dokumentiert, damit jede Vermessung später wieder rekonstruiert werden kann.

Über deren Richtigkeit und Eignung zur Dokumentation im Liegenschaftskataster wacht das strenge Auge des Prüfungsbeamten, der der Abteilung Prüfung und Fortführung vorsteht. Diese Abteilung prüft und dokumentiert alle Vermessungen der Katastergeometer, damit die Sicherung des Eigentums gewährleistet ist und stets die Grenzpunkte am einst festgelegten Punkt wieder eingebracht werden können. Hier wird auch das Automatisierte Liegenschaftsbuch (ALB) mit dem beschreibenden Teil der Flurstücke und der Eigentümer geführt. Alleine im Jahr 1997 wurden 98.000 Auskünfte aus diesem ALB von städtischen Ämtern und für den Bürger abgerufen. Im Berichtszeit-

raum wurden 47.000 Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen ins ALB eingegeben. Mit der Neueinrichtung des ALBs für Tübingen, Derendingen, Hirschau und Weilheim wurde dieses Werk 1993 komplettiert. Die Prüfung konnte im Berichtszeitraum abgeschlossen werden.

Die Richtigkeit der automatisierten Liegenschaftskarte wird geprüft, und die lagebestimmenden Zahlen (Koordinaten) aller im Kataster erfaßten Punkte (im Berichtszeitraum waren dies 30.000 neue Punkte) werden nach der Prüfung freigegeben und in den Datenspeicher übernommen. 62.000 Auskünfte wurden erteilt und die Bodenschätzungsergebnisse von 1.237 ha landwirtschaftlicher Fläche übernommen. Die gesamte automatisierte Liegenschaftskarte wurde auf Richtigkeit geprüft und die Straßennamen für das Adressbuch überarbeitet.

Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Organisation und Durchführung der Ausbildung von Nachwuchskräften. Es wurden 6 Vermessungstechniker/innen erfolgreich ausgebildet und 15 Schülern eine Schnupperlehre ermöglicht. 2 Praktikanten haben ein Praxissemester abgeleistet, und mehrere Vermessungsreferendare und Vermessungsinspektorenanwärter wurden durchgeschleust. Trotz der Fülle dieser Arbeiten konnte in der Abteilung der Personalstand halbiert und auf 4 Stellen reduziert werden.

Durch die Neuorganisation des Stadtvermessungsamtes ist mit der Abteilung Ingenieurvermessung ein Sachbereich entstanden, der zum einen Aufgaben hat, die mit einem privaten Vermessungsbüro vergleichbar sind, und zum anderen auch sogenannte hoheitliche Tätigkeiten ausübt. Zu dem Bereich des Vermessungsbüros gehören die Ingenieurvermessung und das Leitungskataster. Dem Bereich der hoheitlichen - also vom Gesetzgeber vorgeschriebenen - Aufgaben sind die Geschäftsstellen des Gutachter- und des Umlegungsausschusses zuzuordnen.

In der Ingenieurvermessung werden für städtische und auch für private Planer, für Hoch- und Tiefbauer und für die Stadtwerke alle anfallenden Vermessungsarbeiten erledigt und Grundlagenpläne erarbeitet. Diese Arbeiten bleiben meistens unsichtbar, denn einem fertigen Projekt ist in der



© 1998 Stadt Tübingen, Stadtvermessungsamt
 Freibad Hirschau L 371
 Bühl, Rottenburg L 370 / A 81
 Alle Angaben über Verkehrsführung und Parkierung ohne Gewähr

Regel nicht mehr anzusehen, welche grundlegenden Dinge hier der Geometer vorbereitet hat. Die neue Kläranlage funktioniert unter anderem aber auch nur deshalb, weil zuvor eine exakte Geländeaufnahme gemacht wurde, die Bauwerke an der richtigen Stelle vor Ort abgesteckt und während der Bauphase ständig auf die genaue Ausführung hin überprüft wurden. Bei der Erschließung eines Neubaugebiets müssen die Straßen berechnet und für den Ausbau in die Örtlichkeit übertragen werden. Durch ein genaues Höhenetz, das sich über das gesamte Stadtgebiet mit über 1.000 Höhenpunkten erstreckt, sorgt der Geometer dafür, daß Abwasserkanäle so exakt geplant und gebaut werden können, daß das Wasser nicht entgegen seiner Natur den Berg aufwärts fließen muß.

Die Standsicherheit von Gebäuden wie z.B. der Stiftskirche und sämtlichen Brücken im Stadtgebiet muß ständig überwacht werden. Hierzu sind nahezu 2.000 Kontrollpunkte an diesen Bauwerken angebracht, die zu bestimmten Terminen mit einer Genauigkeit, die unter 1 Millimeter Differenz liegen muß, aufzumessen und zu dokumentieren sind.

Die Neuplanung und der Ausbau von zahlreichen Regenüberlaufbecken (RÜB), Straßen, Kanälen und Hochbauten erforderte von den Geometern die Aufnahme und Ausarbeitung von 150 km Längs- und Querprofilen. Es wurden außerdem im Berichtszeitraum 250 km Kanäle, Gas-, Wasser- und Kabelleitungen, 100 km Randsteine sowie über 7.000 Verkehrszeichen abgesteckt, aufgenommen und im Kartenwerk des Vermessungsamtes dokumentiert. Dadurch haben die Stadt und die Stadtwerke nicht nur jederzeit einen exakten Überblick, wo die Leitungen und Kanäle liegen, sondern auch darüber, welches Vermögen insgesamt im Boden vergraben ist.

Zu den großen Objekten der Ingenieurvermessung während der letzten Jahre gehören außer der Kläranlage auch die Bauüberwachung des Metroparkhauses, der Bau von RÜB und zahlreiche Straßeneubaumaßnahmen. In den Ortschaften wurden die Baulanderschließungen Bonlanden West, Grothaus-Läniger, Riedstraße und Bühler Straße/Rammerstraße vermessungstechnisch betreut. Im Kern-

stadtgebiet war die Ingenieurvermessung schwerpunktmäßig an der Umgestaltung bzw. Neuordnung der Konversionsflächen in den ehemaligen Kasernenarealen beteiligt.

Für die Altstadtsanierung, das Denkmalamt, für private und für städtische Architekten waren die Fassaden und die Raumaufteilung zahlreicher historischer und städtebaulich wichtiger Gebäude aufzunehmen und graphisch zu bearbeiten.

Eine neue große Herausforderung für das siebenköpfige Team stellt die mit dem Haushaltsplan für 1997 eingeführte Kosten/Leistungsrechnung dar. Jetzt müssen, wie im freien Beruf auch, Personalkosten, Sach- und Materialkosten kalkuliert, erwirtschaftet und zum Ende des Jahres bilanziert werden. Die Bilanz des ersten Jahres wird mit Spannung erwartet.

Eine der hoheitlichen Aufgaben ist die Durchführung von Umlagen und Grenzregelungen nach dem Baugesetzbuch. Bei diesen gesetzlichen Umlagen werden Feldflurstücke so umgestaltet, daß sie gemäß den Festsetzungen eines Bebauungsplans als Wohn- oder Gewerbegrundstück genutzt werden können. Alle Beschlüsse und Verfügungen in diesem Bereich greifen teilweise massiv in das Eigentumsverhältnis und somit in die Verfügungsgewalt über ein Grundstück ein. Dementsprechend streng sind die Anforderungen an die Nachprüfbarkeit aller in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen des Umlagenausschusses.

Im Berichtszeitraum ist es gelungen, sieben Bebauungspläne umzusetzen, ohne daß sich die insgesamt 200 Beteiligten gezwungen sahen, den Rechtsweg zu beschreiten. Auf einer Fläche von 11 ha konnten somit 161 Bauplätze für Wohnbebauung und auf 35 ha insgesamt 50 Gewerbegrundstücke geschaffen werden.

Bei der Umsetzung künftiger Bebauungspläne gibt es für die Eigentümer der betroffenen Grundstücke eine durch das vom Gemeinderat beschlossene "Grundsatzprogramm Wohnen" etwas schmerzliche Neuerung. Bisher wurde von den einbezogenen Grundstücken lediglich soviel an Fläche oder Wert abgezogen, wie es das Baugesetzbuch als Rahmen erlaubt.

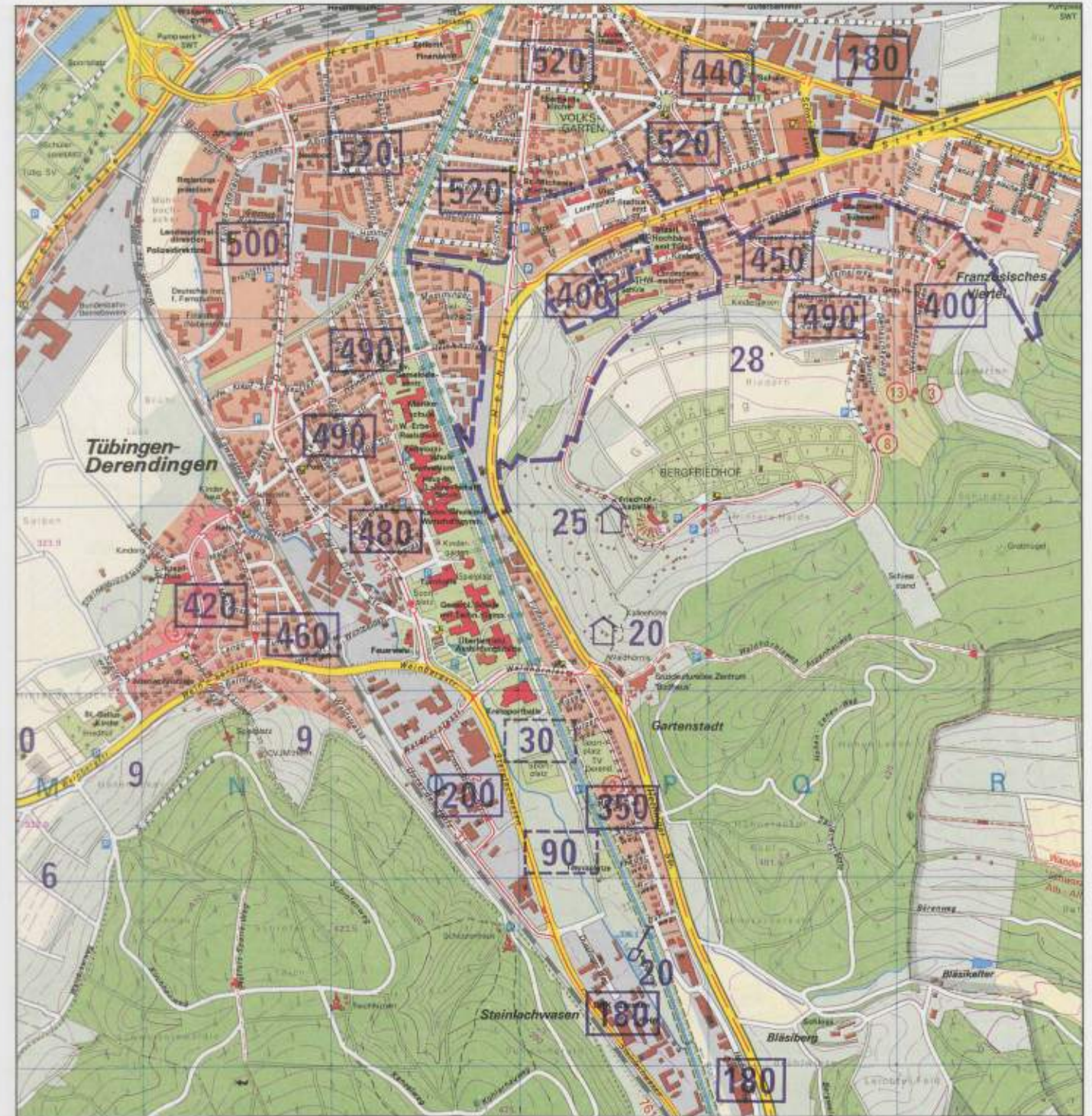
Künftig müssen die Eigentümer bereit sein, freiwillig eine zusätzliche Fläche von 15 Prozent zu einem reduzierten Preis an die Stadt zu verkaufen. Sollte diese grundsätzliche Bereitschaft nicht vorhanden sein, wird es nach dem beschlossenen Grundsatzprogramm keinen Bebauungsplan geben. Das Baugebiet "Südlicher Stäudach" ist das erste Umlagegebiet, bei dem dies praktiziert werden soll.

Die zweite hoheitliche Aufgabe der Abteilung ist die Einrichtung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses. Ihr müssen alle im Gemeindegebiet von Tübingen abgeschlossenen Kaufverträge vorgelegt werden. Im Berichtszeitraum waren dies nahezu 10.000 Kaufverträge mit einem Umsatz von über 3 Milliarden DM, die einzeln ausgewertet und in der Kaufpreissammlung niedergelegt wurden. Dadurch hat die Geschäftsstelle eine umfassende Übersicht über den Immobilienmarkt und kann diesen für die Öffentlichkeit transparent machen. Dies geschieht in erster Linie durch die jährliche Veröffentlichung einer vom Gutachterausschuß beschlossenen amtlichen Richtwertkarte und durch zahlreiche mündliche und schriftliche Richtwertauskünfte. Auskünfte über konkrete Verkaufsfälle werden natürlich nicht erteilt.

Der Gutachterausschuß, ein unabhängiges Gremium von sachverständigen Frauen und Männern aus der freien Wirtschaft, erstellt im Jahr durchschnittlich 120 Gutachten. Diese Gutachten werden überwiegend von Privatleuten in Auftrag gegeben und von der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses sorgfältig vorbereitet.

Für die Erledigung aller Vermessungsarbeiten des gesamten Amtes sind ca. 4.200 Lage- und Höhenfestpunkte notwendig. Sie werden in der Abteilung Automation überwacht und erhalten. Es handelt sich hierbei um ein Tätigkeitsfeld, in dem künftig der Einzug von GPS (Globale Positionierungssysteme) grundlegende Veränderungen bringen wird. Dieses GPS kann mit Signalen von Satelliten Punkte mit Zentimetergenauigkeit ohne Rücksicht auf Sichtverhältnisse bestimmen und so bisher notwendige Arbeiten erübrigen.

Bis zum Jahre 1996 wurden die Messungen für das ganze Amt zentral durchgeführt, jetzt werden sie dezentral in den ein-



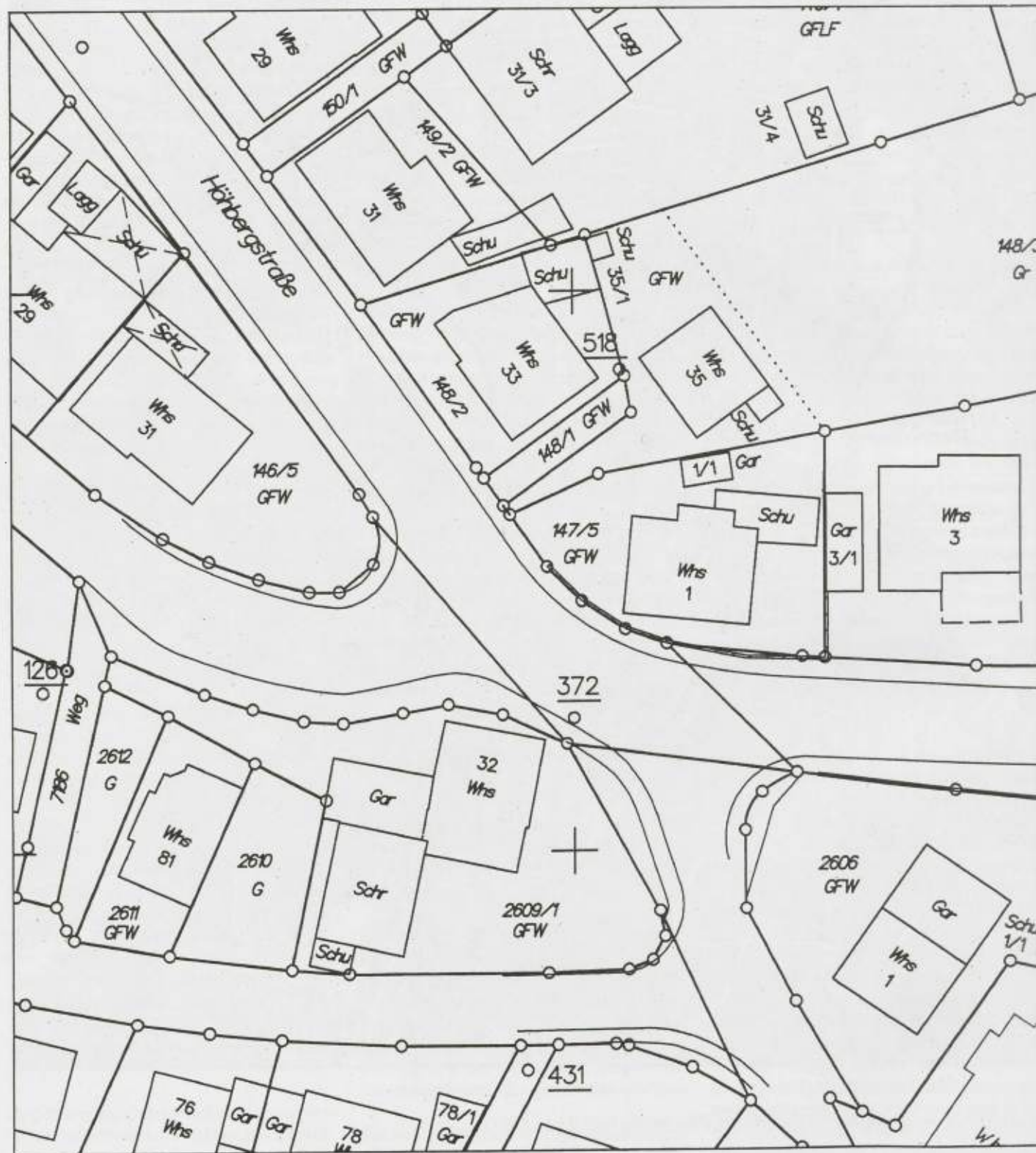
Auszug aus der amtlichen Richtwertkarte (Richtwerte vom 31.12.1997)

zelnen Abteilungen erledigt. Größere Messungen waren für die Planung eines Rückhaltebeckens zum Hochwasserschutz von Lustnau in Bebenhausen notwendig. Ein Schulatlas und ein Baumka-

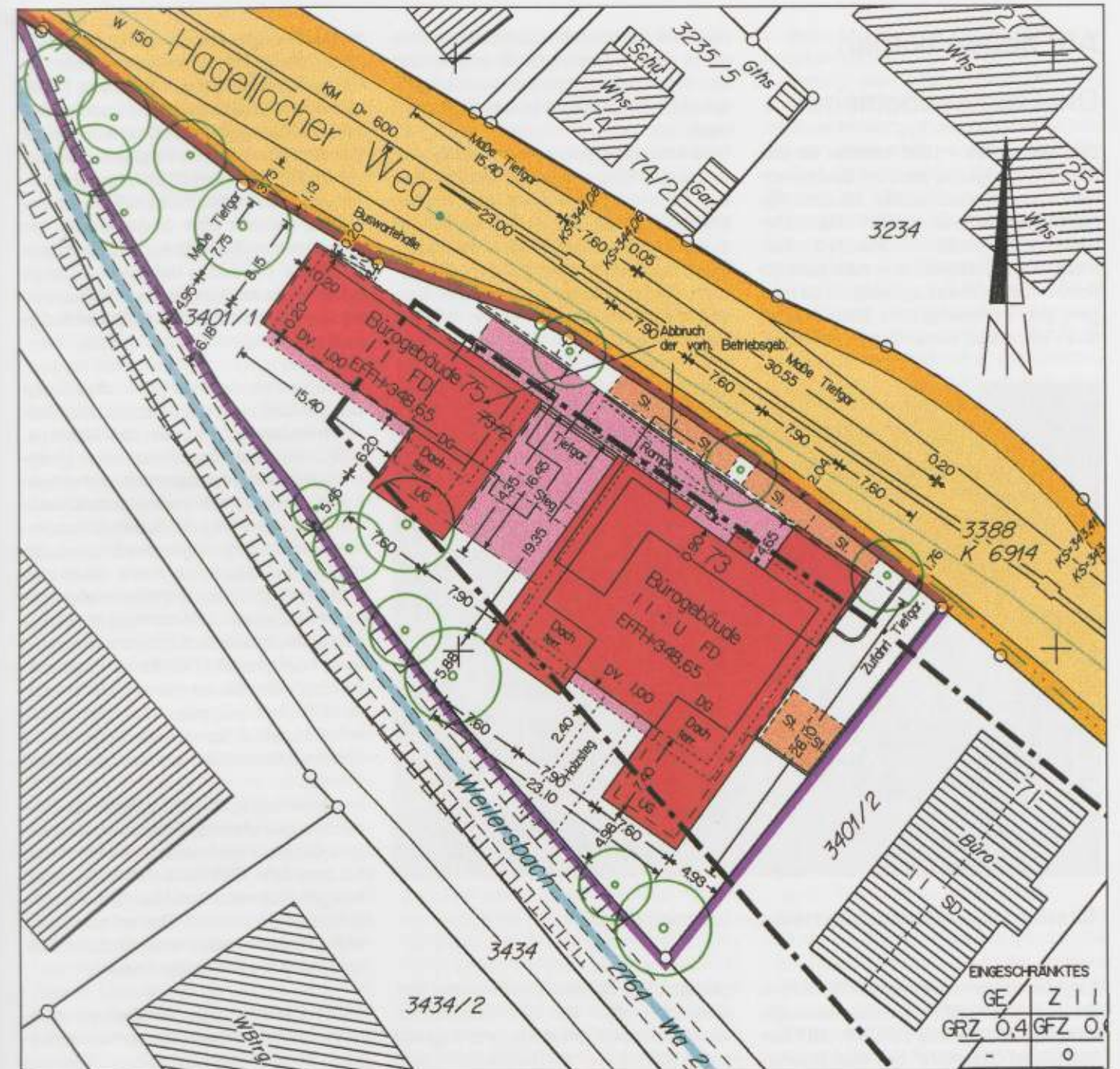
taster wurden erstellt und fortgeführt. Weiter werden für die Abteilung Kataster die Vermessungen mit der Nixdorf-Anlage ausgewertet und Koordinaten von 600 000 Grenz- und Vermessungspunkten zentral

vorgehalten und gegebenenfalls an Dritte im gewünschten Datenformat abgegeben.

Eine wesentliche Querschnittsaufgabe für die gesamte Verwaltung ist die Erstellung



Auszug aus der digital erstellten Automatischen Liegenschaftskarte (ALK) M 1 : 500



Ausschnitt aus einem digital erstellten Lageplan M 1 : 500 zum Baugesuch

eines Informationssystems für grundstücksbezogene Daten. Die Basis wurde im Berichtszeitraum teilweise im Schichtbetrieb an 3 CAD-Arbeitsplätzen mit einer Software der Firma IBM erstellt und wird als automatisierte Liegenschaftskarte bezeichnet. Grundstücksgrenzen und Gebäudeumrisse sind erfasst und werden über Auskunftsarbeitsplätze den städti-

schon Ämtern künftig zur Verfügung stehen. Weitere Daten wie Bebauungsplan, Grünflächenkataster, Baumkataster, Altlastenkataster, Leitungen der Stadtwerke und des Eigenbetriebs Entsorgung müssen neben weiteren flurstücksbezogenen Daten in das Informationssystem über Schnittstellen Eingang finden. Dies zu koordinieren, zu überwachen und zu unter-

stützen, wird in der Abteilung ebenfalls geleistet. Ebenso werden die Daten dieses Informationssystems allen Ämtern auf einem Server zum Zwecke der Auskunft und Entscheidungshilfe oder als Arbeitsgrundlage für die Erledigung der vielfältigen Aufgaben einer Verwaltung vorgehalten und zur Verfügung gestellt.

Auf neuen Wegen

Die Stadtbaubetriebe

Die Jahre 1990 - 1995 standen für das Bauverwaltungsamt ganz im Zeichen sowohl von organisatorischen als auch von räumlichen Veränderungen. Vor dem Hintergrund, den städtischen Haushalt mittelfristig zu konsolidieren, aber auch mehr Effizienz in die Verwaltungsabläufe zu bringen, gab es mannigfache Bemühungen und Vorschläge, dieses Ziel zu erreichen.



Auf neuen Wegen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SBT

Aufgrund der Empfehlungen im Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt Karlsruhe vom Jahr 1987 wurde zum 1.9.1991 das Sachgebiet „Baurecht“ aus dem Bauverwaltungsamt ausgegliedert und zusammen mit dem Bauordnungsamt zum neuen Baurechtsamt verschmolzen. Eine größere Organisationsmaßnahme und gleichzeitig ein wesentlicher Schritt zu mehr Kundenfreundlichkeit und verhaltenmäßiger Effizienz erfolgte im März 1992 durch die Bildung der Wohnungsabteilung beim Bauverwaltungsamt aus Teilen des Liegenschaftsamts (Wohnungsverwaltung und Wohnungsvermittlung), des Sozialamts (Wohngeld und Obdachlosenswesen) und des Bauverwaltungsamts (Wohnungsbindung, Fehlbelegungsabga-

be, Wohnraumbericht). Zum gleichen Zeitpunkt gingen Vorsitz und Geschäftsstelle der Wohnraumkommission vom Liegenschaftsamtsamt auf das Bauverwaltungsamt über.

Eine erhebliche Veränderung auf organisatorischer Ebene ergab sich im September 1993 durch die Ausgliederung des Friedhofwesens und der Stadtgärtnerei aus dem Grünflächenamt und der vorläufigen Zuordnung zum Bauverwaltungsamt. Mit 140 Mitarbeitern wuchs das Bauverwaltungsamt zu einem der größten städtischen Ämter an. Mit Fuhrpark, Stadt

gärtnerei und der kostenrechnenden Einrichtung Friedhof- und Bestattungswesen verwandelte sich das Bauverwaltungsamt immer stärker in einen Dienstleistungsbetrieb. Die letzte Organisationsmaßnahme im Berichtszeitraum betraf schließlich das Sachgebiet „Bauleitplanung - Verwaltungsverfahren“. Dieses Sachgebiet wurde zum 1.2.1994 dem Stadtplanungsamt zugeordnet, wo es bereits früher angesiedelt gewesen war.

Rasante Bauentwicklung

Aus den klassischen Feldern, die typischerweise im Bauverwaltungsamt bearbeitet wurden, ragte ein Ereignis ganz be-

sonders heraus: Nach den Flauten in den 80er Jahren kam die Baukonjunktur ab dem Jahr 1990 richtig in Schwung. Durch den einsetzenden Bauboom konnten bereits 1990 insgesamt 965 Wohneinheiten genehmigt werden. Im Vergleich dazu waren es 1988 lediglich 253 Wohneinheiten. Hergestellt wurden 1990 475 Wohneinheiten, darunter eine große Anzahl von Sozialmietwohnungen, insbesondere durch die Bebauung des Herrlesbergs sowie anderer Baugebiete. 1988 waren es dagegen nur etwa die Hälfte an fertiggestellten Wohnungen.

Hinzu kam ein weiteres glückliches Ereignis: Mit Auflösung der französischen Garnison im Jahr 1991 wurden über Nacht ca. 600 Wohnungen frei, die zu einer Linderung auf dem angespannten Wohnungsmarkt beigetragen haben. Gleichwohl war die Versorgungslage in diesen Jahren immer noch äußerst angespannt, was durch Mieten und Baupreise sowie einer steigenden Anzahl von Wohnberechtigungsbescheinigungen dokumentiert wurde. Es mangelte einfach noch an Wohnungen mit einer bezahlbaren Miete für einkommensschwache Bevölkerungskreise und besondere Bedarfgruppen. Auch im städtischen Haushalt konnte kein Geld mehr für den sozialen Wohnungsbau eingestellt werden.

Immerhin haben aber der anhaltende Bauboom sowie die freigewordenen ehemaligen Garnisonswohnungen bewirkt, daß bis zum Jahr 1995 ca. 5.000 Wohnungen belegt werden konnten. Innerhalb der mittleren und gehobenen Einkommensbereiche gab es dadurch eine deutliche Entspannung am Wohnungsmarkt.

1991: Einführung der Fehlbelegungsabgabe für fehlbelegte Sozialmietwohnungen. Im Verwaltungshaushalt konnten dadurch jährlich im Mittel 650.000 DM an Einnahmen verbucht werden.

1992: Erstmals und als eine der ersten Städte im Bundesgebiet wies die Stadt Tübingen für die Konversionsflächen in der Südstadt einen städtebaulichen Entwicklungsbereich aus. Die Entwicklungssatzung trat am 2.12.1992 in Kraft.

Im Zuge einer größeren Rochade erfolgte im November 1992 der Umzug des Bauverwaltungsamtes vom Technischen Rathaus in das Gebäude Karlstraße 3 (Zinserdreieck).

1995: Das Bauverwaltungsamt wurde nach knapp 40jährigem Bestehen zum 31.12.1995 aufgelöst. Sämtliche Regiebereiche des Bauverwaltungsamts sowie ein kleiner Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich in dem zum 1.1.1996 neugegründeten Eigenbetrieb Stadtbaubetriebe Tübingen (SBT) wiedergefunden.

Das Mummert-Gutachten

Mit den Untersuchungen und Vorarbeiten zur Bildung eines zentralen Regieamtes innerhalb der Stadt Tübingen begann eines der aufregendsten Kapitel sowohl bei den städtischen Repräsentanten als auch bei den davon betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denn dieser Vorgang war ein absolutes Novum im städtischen Verwaltungsgeschehen; und mit Gewißheit konnte niemand sagen, ob sich dieses noch recht verschwommene Gebilde am Ende auch erfolgreich behaupten würde.

Ganz am Anfang stand im Oktober 1993 der Auftrag der Stadt Tübingen an die Firma Mummert & Partner Unternehmensberatung GmbH in Hamburg, eine allgemeine Organisationsuntersuchung bei allen städtischen Ämtern durchzuführen. Daraus resultierten schließlich die Entscheidungen der Haushaltsstrukturkommission und des Gemeinderats vom Mai 1994, schwerpunktmäßig die Regiebereiche des Bauverwaltungsamts und des Tiefbauamts, also den Fuhrpark, die Stadtgärtnerei, das Friedhofswesen und den Bauhof näher zu untersuchen, diese Bereiche in einer übergeordneten Einheit zu zentralisieren und dafür ein ämterunabhängiges Aufbaumodell zu entwickeln. Dieses Untersuchungsziel erschien den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunächst sehr abstrakt, zumal auch niemand so recht wußte, wie sich dieses ganze Geschehen auf die alten Ämter auswirken würde. Ganz konkret war dagegen das strategische Ziel der Verwaltung und des Gemeinderats, bis zum Jahr 1998 in den Regiebereichen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 1 Mio. DM Personalkosten einzusparen.

Im April 1995 legten die Gutachter schließlich die Ergebnisse ihres Berichts vor. Im wesentlichen wurde dabei vorgeschlagen, ein verändertes Modell zur Aufbauorganisation des Regiebereichs zu schaffen. Konkret: Die bisher dem Bauverwaltungsamt und Tiefbauamt zugeordneten Re-

giebereiche Fuhrpark, Bauhof, Friedhöfe und Grünunterhaltung sollten in einer Organisationseinheit vereinigt werden. Durch die Konzentration der manuellen Bereiche in einer großen, leistungsfähigen Einheit versprachen sich die Gutachter eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung und wesentliche Synergieeffekte. Es ging aber nicht nur um den Aufbau einer völlig neuen Organisationsstruktur. Verbunden damit war auch die Überleitung einer traditionellen Behördenstruktur in eine Unternehmensstruktur. Dies bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als daß der Regiebereich künftig verstärkt unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten - verbunden mit einer permanenten Wirtschaftlichkeitskontrolle - geführt wird. Als Grundvoraussetzung dafür war vorgesehen:

- Ausbildung eines Auftraggeber-/Auftragnehmeverhältnisses zwischen künftigem Betriebsamt und den Fachämtern;
- Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung;
- Einführung eines Informations- und Kommunikationskonzeptes.

Die Strukturkommission des Gemeinderats hat im Juni 1995 all diesen Veränderungen struktureller und organisatorischer Art zugestimmt.

Von nun an begann für die Beteiligten und Betroffenen die eigentliche Arbeit - und es begann vor allem der Kampf gegen die Zeit. Das lobenswerte Gutachten mit vielen Hinweisen und Empfehlungen an die Verwaltung mußte in praktische Schritte umgesetzt werden. Dies bedeutete: Schaffung eines Umsetzungsplans, eines Vorgehensplans und einer Zeitschiene. War anfangs noch davon die Rede, daß die Neugründung dieses Betriebsamtes nicht vor Ende 1998 erfolgen könnte, war den Akteuren einschließlich Personalrat (der von Beginn an in den Umstrukturierungsprozeß eingeschaltet war) bald klar, daß nur mit einem schnellen Schnitt die hochgesteckten Ziele, vor allem auch die Einsparungen für den städtischen Haushalt, erreicht werden konnten. In der „vereinbarung für die Bildung eines Stadtbetriebshofes“ vom September 1996 wurde deshalb festgelegt, daß

1. ein Eigenbetrieb gebildet wird mit den Teilbereichen Fuhrpark, Stadtgärtnerei, Friedhofswesen und Bauhof.

2. dieser Eigenbetrieb am 2.1.1996 seine Arbeit aufnimmt.

Es begann eine hektische Betriebsamkeit. Zunächst mußte eine Projektorganisation mit einer Projektgruppe und einer Projektleitung erarbeitet werden. Weiterhin mußten Arbeitsgruppen für verschiedene Themen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der künftigen Organisationseinheit besetzt werden. Die Projektleitung lag in den Händen von Werner Friedrich (Bauverwaltungsamt), Albert Füger (Tiefbauamt) und Michael Lucke (Kämmerei, Stabstelle Verwaltungsreform). Zur Organisation und Koordination der verschiedenen Arbeitsgruppen wurde eine Projektleitungsgruppe gebildet, der neben der Projektleitung auch der Baudezernent, die Organisationsabteilung des Hauptamts sowie ein Mitglied des Personalrats angehörte. Eine recht gute Erfahrung war dabei, gleich zu Beginn des Umsetzungsprozesses einen externen Berater zu beteiligen. Es ist nicht zuletzt auch der Verdienst von Dr. Kindler von der Firma IMAKA, daß der Betrieb mit einigem „Knirschen“ rechtzeitig zum 1.1.1996 starten konnte.

Die Zielvorgaben für die Bildung des neuen Betriebes waren grob vereinfacht folgende:

- Wirtschaftlichkeit herstellen auf allen Ebenen;
 - Wettbewerbsfähigkeit mit privaten Betrieben erreichen. Mittelfristig sollte der Betrieb in der Lage sein, seine Produkte zu Marktpreisen zu produzieren.
- Das neue Betriebsamt sollte also im Prinzip wie ein Privatunternehmen funktionieren. Dies bedeutete: Es mußte betriebswirtschaftlich kalkuliert werden. Es mußte ebenso eine Leistungserfassung und eine Leistungsverrechnung im Zuge eines Auftraggeber-/ Auftragnehmeverhältnisses installiert werden. Es wurde ein eigener Wirtschaftsplan mit Sonderrechnung und eigener kaufmännischer Buchführung ins Auge gefaßt. Bei allen diesen Überlegungen (es gab und gibt keine Patentlösungen) ging es im Prinzip um drei Problemkreise:
- sozialverträglicher Personalabbau im Zuge der Fluktuation;
 - Senkung der laufenden Betriebskosten;
 - Reduzierung von Standards.

Dies bedeutete aber auch, daß die Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viel stärker als bisher in

den Vordergrund treten mußte, um die Zielvorgaben wie angepeilt zu erreichen. Nach einer kurzen Zitterpartie - der Landtag von Baden-Württemberg mußte erst noch die Rechtsgrundlage im Eigenbetriebsgesetz schaffen - konnte der Gemeinderat am 18.12.1995 die Gründung des Eigenbetriebs „Stadtbaubetriebe Tübingen (SBT)“ beschließen. Dieser neue Betrieb hatte mit 206 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem geplanten Umsatzvolumen von ca. 21 Mio. Mark eine beachtliche Größe. Alle Beteiligten, auch Mitglieder des Gemeinderats, brachten die Erwartung zum Ausdruck, daß durch die Zusammenlegung der manuellen Tätigkeiten effektiver und effizienter gearbeitet werden könnte und dadurch in weiten Bereichen Kosten, insbesondere auch Personalkosten, einzusparen sind. Es gab aber auch pessimistische Stimmen, die ein „Experiment mit unsicherem Ausgang“ befürchteten.

Als einer der Hauptakteure und späterer Betriebsleiter war Werner Friedrich mit der Beschlußfassung zur Gründung eines Eigenbetriebs äußerst zufrieden; bringt doch ein Betrieb in dieser Organisationsform beachtliche Vorteile gegenüber einer traditionellen Ämterstruktur. Zu nennen wären z.B.

- eine eigene Betriebsleitung (Organstellung) mit umfassenden Zuständigkeiten und Gesamtverantwortung für alle Aufgaben des Betriebs, Organisation, Personal und Finanzen;
- eine umfassende dezentrale Ressourcenverantwortung;
- eine großzügige Budgetierung (im Eigenbetrieb gibt es die stärkste Budgetierung überhaupt);
- weitere Vorteile, die das Eigenbetriebsrecht für die wirtschaftliche Steuerung eines Unternehmens bietet (weitestmögliche Deckungsfähigkeit, große Zuständigkeit in Personalangelegenheiten);
- im Erfolgsplan hinsichtlich der Ergebnissteuerung;
- größere Beweglichkeit bei der Stellenübersicht;
- hohe Beweglichkeit im Vermögensplan.

Oberster Grundsatz bei allen Vorarbeiten zur Betriebsgründung waren Kosteneinsparungen in allen Bereichen durch Rationalisierungsmaßnahmen bei gleichzeitiger Einsparung von Personalkosten. Eine Todsünde früherer Regierbereiche war die allgemeine Vorhaltung von Perso-

nal, Betriebsmitteln, Geräten und Fahrzeugen für alle denkbaren Vorgänge und Arbeitsspitzen sowie die schranken- und kostenlose „Zurufswirtschaft“ des Bauhofs, Gärtnereihofs usw. Dieser Vorhaltementalität galt es als erstes zu Leibe zu rücken. Neben der Frage der Auslastung der Potentiale zur Senkung der Betriebskosten galt es auch zu prüfen, ob alle Betriebsstätten unbedingt benötigt werden. Nicht benötigte Betriebsstätten können vermietet oder eventuell sogar verkauft werden. Bei diesen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen haben sich die SBT bereits einiger gängiger Methoden aus der Privatwirtschaft bedient, wie z.B. Personalabbau im Zuge der Fluktuation, Senkung der laufenden Betriebskosten und Reduzierung der Standards.

Die ersten kleinen Schritte im neuen Betrieb

Nach der Bildung des Eigenbetriebs „Stadtbaubetriebe Tübingen“ gab es weiterhin hektische Betriebsamkeit pur. An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Betriebs mußten beim Aufbau einer völlig neuen Organisationsstruktur hohe Anforderungen, die bisweilen auch die Zumutbarkeitsgrenze überschritten haben, gestellt werden. In dieser kritischen Anfangsphase war die massive Unterstützung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei sowie die externe Beratungstätigkeit durch Dr. Kindler von der Firma IMAKA von großem Nutzen. Ein Schwerpunkt in dieser ersten Zeit lag darin, organisatorische und betriebswirtschaftliche Basisarbeit einzuführen und umzusetzen (Inventur, Bewertung des Anlage- und Umlaufvermögens, Eröffnungsbilanz und Finanzbuchhaltung). Es wurde zügig darangegangen, die Leistungserfassung und Leistungsverrechnung umzusetzen sowie in groben Zügen eine erste Kosten- und Leistungsrechnung aufzubauen, um Kostendisziplin und Kostentransparenz herzustellen.

Die einschneidendste Veränderung ergab sich aber durch die Aufgabentrennung nach dem Auftraggeber-/Auftragnehmerprinzip. Dies bedeutete, daß alle internen und externen Leistungen der SBT exakt verrechnet werden mußten, wobei der Betrieb umfassend zum Dienstleistungsbetrieb wurde (Auftragnehmer) und die städtischen Fachämter die Rolle des Auf-

traggebers zu übernehmen hatten. Die kostenlose Beauftragung des Fuhrparks, Bauhofs oder Gärtnerei im Wege der „Amtshilfe“ durch städtische Ämter, Verbände, Vereine und dergleichen gehörte damit der Vergangenheit an. Daneben galt es, eine funktionierende Informations- und Kommunikationstechnik aufzubauen. Gerade auf diesem Feld gab es in der Gründungsphase die größten Schwierigkeiten. Im Gründungsjahr 1996 hat eine störungsanfällige Datenverarbeitungstechnik manche Turbulenz beschert. Bislang haben sich die Strukturveränderungen wie folgt ausgewirkt:

- Durch die Zusammenfassung von gleichartigen Arbeitsabläufen war es möglich, Abläufe zu verkürzen oder ganz entfallen zu lassen. Dadurch konnten Kosten gesenkt und die Qualität der Leistungen erhöht werden.

- Die Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung schaffte klare Verantwortlichkeiten für Ergebnisse und Kosten. Im Eigenbetrieb gibt es die stärkste Form der dezentralen Ressourcenverantwortung.

- Durch die Bildung einer Betriebsleitung mit Organstellung und mit unmittelbar aus dem Gesetz sich ergebenden Zuständigkeiten sind die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten des Betriebsleiters gestiegen. Ebenso trat die Eigenverantwortlichkeit der Bereichsleiter viel stärker in den Vordergrund.

Neben der Betriebsatzung, die der Gemeinderat noch im Dezember 1995 als Startsignal für den Eigenbetrieb beschlossen hatte, waren eine Geschäftsordnung sowie innerbetriebliche Regelungen für Zuständigkeiten, Befugnisse und Verantwortungsbereiche zu erlassen sowie die verantwortlichen Mitarbeiter des Eigenbetriebs, unter anderem ein Betriebswirt als Leiter des Bereichs Verwaltung und Betriebswirtschaft, zu benennen und ihre Aufgabenkreise festzulegen.

Der Betrieb gewinnt an Profil

Nach all diesem Dauerstreß galt es, die Bereiche der SBT zu konsolidieren und den Betrieb immer stärker auf betriebswirtschaftliche Linie zu trimmen. Zielvorstellung dabei war, sich schrittweise dem

Wettbewerbs- und Wirtschaftlichkeitsvergleich mit externen privaten Anbietern zu unterziehen, also nach und nach Marktbedingungen einzuführen. Die Ausrichtung des Betriebs nach dem ökonomischen Prinzip, die Ermittlung und Steigerung der Produktivität sowie die ständige Prüfung und Kontrolle der Wirtschaftlichkeit im Betrieb zielte in erster Linie auf den Hauptkostenblock: die Personalkosten. Schrittweise mit der Einführung von Rationalisierungsmaßnahmen in allen Bereichen sowie der Überprüfung der inneren Organisationsstrukturen mußte ein entsprechendes Minus beim Personalaufwand erscheinen. Weitere Betriebsziele in 1996 und 1997 waren

- die konkrete Ausgestaltung der Auftraggeber-/Auftragnehmerbeziehungen;
- Einführung einer flexiblen Jahresarbeitszeit für die operativen Bereiche;
- Vorarbeiten für die Eingliederung der Stadtteilbauhöfe in die SBT;
- eine umfassende Untersuchung der Kostenstruktur im Bereich Friedhofswesen mit dem Ziel, den Kostendeckungsgrad viel stärker anzuheben;
- Vorarbeiten für ein rechnergestütztes Grünflächen- und Baumkataster zusammen mit einer Softwarefirma;
- die Überlegungen für ein Standortkonzept zu konkretisieren und mit Zeit- und Finanzzielen zu hinterlegen, da die räumliche Trennung der SBT aus betriebswirtschaftlicher Sicht kritisch zu bewerten ist. Daneben gab es in allen Bereichen organisatorische und personelle Veränderungen zur Optimierung der Arbeitsabläufe.

In einer ersten Zwischenbilanz der beiden Betriebsjahre 1996 und 1997 kann festgehalten werden, daß sich die SBT in einer beachtlichen organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Vorwärtsbewegung befinden. Diese Situation findet ihren Ausdruck vor allem darin, daß in dieser Zeit insgesamt über 30 Personalstellen sozialverträglich abgebaut wurden. Die Planzahl des Personalaufwands im Einstiegsjahr 1996 betrug noch 14,5 Mio. DM, demgegenüber gab es ein Rechnungsergebnis 1997 von 11,6 Mio. DM, also knapp 3 Mio. weniger. Dies war gleichbedeutend mit einer Entlastung des Haushalts (Ersätze an die Stadtbaubetriebe) um knapp 3 Mio. DM.

Ausblick auf das Jahr 1998

Aufgrund der Pfrondorfer Empfehlungen sollen mit diesen Maßnahmen bei der SBT

im Jahr 1998 = 700.000 und 1999 = 200.000 DM eingespart werden. Diese Vorgabe wird mit dem Wirtschaftsplan 1998 bereits übererfüllt.



Aus Alt mach Neu: Der frühere städtische Fuhrpark in der Schlachthausstraße (1928) und der heutige Fuhrpark der Stadtbaubetriebe SBT



Vom Versorgungs- zum Dienstleistungs- unternehmen

Die Stadtwerke Tübingen GmbH

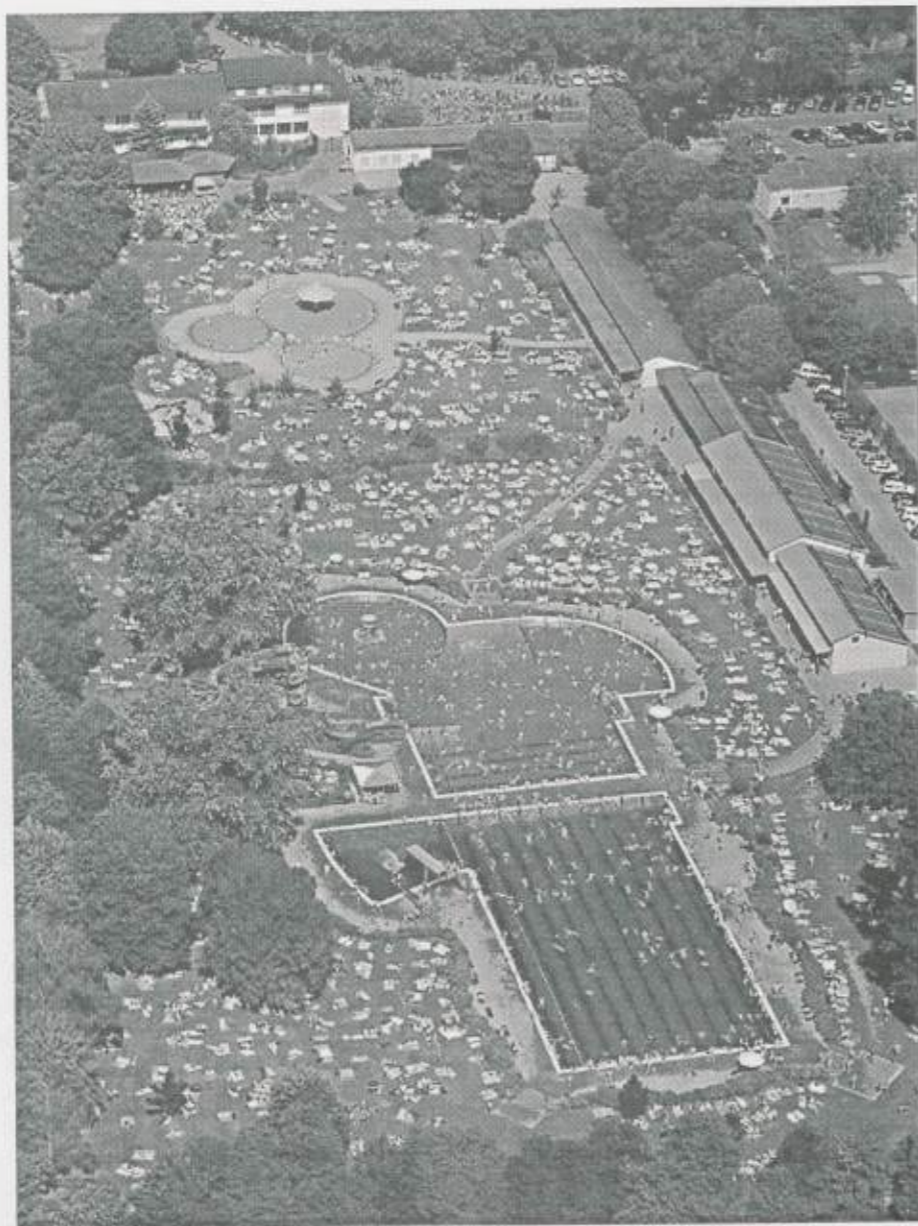
Die 90er Jahre waren bei den Stadtwerken (SWT) geprägt durch die Ausweitung der Geschäftsbereiche. 1990 wurden 15 städtische Heizungsanlagen von den SWT übernommen und in den folgenden Jahren saniert, zu Wärmeinseln zusammengefaßt oder an bestehende Wärmenetze angeschlossen. Die Anlage im Sozio-Kulturellen Zentrum beim "Waldhörnle" wurde zum Blockheizkraftwerk umgebaut, drei weitere Blockheizkraftwerke kamen im Uhlandbad, auf dem Herrlesberg und bei der Firma Rösch hinzu.

Durch die Übernahme der französischen Wohn- und Militärgebäude und den weiteren Ausbau auf den Arealen erhöhte sich der Wärmebedarf in der Südstadt kontinuierlich. Dies machte 1994 den Neubau eines zweiten Blockheizkraftwerkes auf dem Betriebsgelände der SWT erforderlich.

1995 gründeten die SWT zusammen mit der Fernwärmegesellschaft Baden-Württemberg GmbH (FBW) das Gemeinschaftskraftwerk Tübingen GmbH (GKT). An dieser Gesellschaft sind die SWT und die FBW zu je 50 % beteiligt. Zur Versorgung der Universität, kommunaler und landeseigener Gebäude sowie von privaten Kunden in der Innenstadt wurde das Heizwerk Brunnenstraße zu einer modernen Kraft-Wärme-Kopplungsanlage ausgebaut.

Bei der Umgründung der Stadtwerke vom Eigenbetrieb zur Eigengesellschaft wurden die Bäder zunächst nicht mit eingebracht; den SWT oblag lediglich die Betriebsführung. Erst 1992 wurden sie aus organisatorischen und fiskalischen Gründen in das Vermögen der SWT eingegliedert.

Um die Stadt von den hohen Defiziten des Öffentlichen Personennahverkehrs zu entlasten, haben die SWT 1995 mit den Busunternehmen Kocher und Schnaith die Stadtverkehr Tübingen GmbH (SVT) gegründet. Die beiden Busunternehmen sind an dieser Gesellschaft zu jeweils 12 %, die SWT zu 76 % beteiligt.



In nur neun Monaten wurde das Freibad zu einer modernen Freizeitanlage umgebaut

Mit den drei städtischen Parkhäusern König, Stadtgraben und Metropol erhielten die SWT einen weiteren Betriebszweig. Die Tübinger Parkhaus GmbH wurde zum 1.1.1997 mit den SWT verschmolzen. Nicht nur im Wärmebereich waren die letzten Jahre durch rege Bautätigkeit geprägt: Seit 1992 wird im Behälter auf dem Sand zur Minderung der Wasserhärte das Tübinger Eigenwasser mit Bodenseewasser gemischt. Im selben Jahr nahm auch die neue Netzleitwarte im Verwaltungsgebäude ihren Betrieb auf. 1994/95 erfolgte die Generalsanierung des Freibades. Mit der Erweiterung und Erneuerung der Wehran-

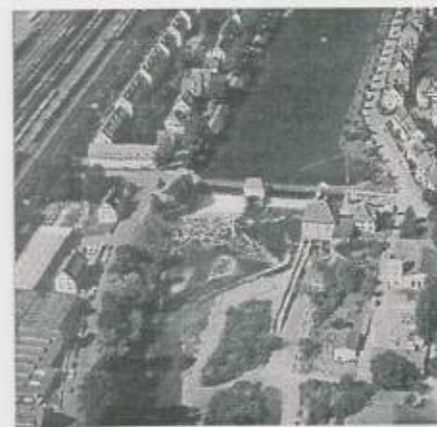
lage und des Steges an der Brückenstraße wurde 1995 begonnen. Nach Fertigstellung der Fischtreppe und der Außenanlagen konnte 1998 bei einem Tag der offenen Tür die sanierte Anlage der Bevölkerung vorgestellt werden.

In enger Zusammenarbeit mit der Stadt haben die SWT ein computergestütztes geographisches Informationssystem (GIS) für Netze und Anlagen eingeführt. Für das Landeshochschulnetz und die Universität wurde 1996 mit der Verlegung von Glasfaserkabeln zum Ausbau eines Telekommunikationsnetzes begonnen.

Trotz der Übernahme neuer Aufgaben und Geschäftsbereiche ist der Personalstand - abgesehen von kleinen Schwankungen - mit 240 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch konsequente Sparbemühungen und Effizienzsteigerungen in allen Unternehmensbereichen konstant geblieben.

Strom

Die Stromabgabe stieg seit 1990 um 12,5 % von 286 Millionen Kilowattstunden auf 322 Millionen Kilowattstunden im Jahr 1997. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zunahme von 1,6 % pro Jahr. Während 1990 noch 93,7 % des Strombedarfs von der EVS bezogen wurden, konnten 1997 fast 27 % in Tübingen durch die Anlagen der SWT und das GKT gedeckt werden. Um rund 15 km neuer Kabel wurde das Leitungsnetz auf 708 km erweitert. Davon durchzogen 1990 noch 21 % Freileitungskabel Tübingen und seine Ortsteile; 1997 waren es nur noch 9,5 %. Die Zahl der Hausanschlüsse erhöhte sich von 11.949 auf rund 13.000.



Nach einer Rundumsanierung können im Neckarwerk nun 20 % mehr Strom erzeugt werden

Gas

Die Gasabgabe hat sich seit 1990 um 40 % auf 881 Millionen Kilowattstunden erhöht. Im Tarifbereich stieg die Abnahme sogar um 46 %; durch die Ausweitung der Wärmeverversorgung hat der Zuwachs in diesem Bereich über 50 % betragen. Mit der Erschließung weiterer Neubaugebiete, vor allem in den Ortsteilen Bühl, Kilchberg, Weilheim und Hirschau wurde das Gasleitungsnetz von 182 auf rund 210 Kilometer

verlängert; die Zahl der Hausanschlüsse erhöhte sich von 6.100 auf 7.600.

Wärme

Betrag der Anschlußwert aller Fernwärmekunden 1990 noch 57,6 Megawatt, so stieg er bis 1997 infolge der Erschließung neuer und des Anschlusses alter Wohngebiete auf 84 Megawatt. Der Wärmeverbrauch nahm von 75,4 Millionen Kilowattstunden im Jahr 1990 auf 113 Millionen Kilowattstunden in 1996 zu. Aufgrund der milden Witterung war 1997 ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Die sieben Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen der SWT mit einer Leistung von insgesamt 16,5 Megawatt tragen inzwischen zu rund 54 % zur Wärmeezeugung bei. Lag die Stromerzeugung dieser Anlagen 1990 noch bei 14 Millionen Kilowattstunden, erreichte sie 1997 rund 37,3 Millionen Kilowattstunden.

Nachdem in den zurückliegenden Jahren die Wärme ausschließlich in den eigenen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und Heizzentralen erzeugt wurde, speiste 1997 das GKT erstmals rund 4 Millionen Kilowattstunden Wärme in das Innennetz ein. Den größten Teil seiner erzeugten Wärme lieferte das GKT mit knapp 70 Millionen Kilowattstunden an die Universität.

Wasser

Trotz gestiegener Einwohnerzahlen ist der Wasserverbrauch in den letzten Jahren kontinuierlich von 5,2 auf 4,8 Millionen Kubikmeter gesunken. Verbrauchte 1990 noch jeder Tübinger 140 Liter pro Tag, waren es 1997 nur noch 128 Liter.

20 Kilometer Wasserleitungen wurden seit 1990 verlegt, so daß das Rohrnetz 1997 eine Länge von rund 300 Kilometern aufwies. Die Zahl der Hausanschlüsse nahm in diesem Zeitraum um 1.200 auf 12.700 zu.

Der Wasserbedarf wurde 1990 noch zu 43 % durch Eigenförderung und zu 57 % durch den Bezug von der Bodensee-Wasserversorgung und der Ammertal-Schönbuch-Gruppe gedeckt. Dieses Verhältnis änderte sich nach der Fertigstellung des Mischwasserbehälters auf dem Sand: Um

den größten Teil des Stadtgebietes mit einheitlichem Wasser mit einem Härtegrad von knapp 14 % zu versorgen, beträgt der Anteil des harten Tübinger Eigenwassers am Mischwasser nur noch 23 %.



Durch die Mischung von Eigen- und Bodenseewasser im Behälter Sand erhalten fast alle Tübinger Haushalte Wasser im Härtebereich 2 (7-14° dH)

Tarife

Beim Strom führte die neue Bundestarifordnung zu einer wesentlichen Veränderung der Tarifstruktur. Ab 1.1.1992 wurde zunächst ein verbrauchsorientiertes Tarifsystem mit Jahres-Grundpreis und ab 1.1.1993 ein vollständig linearer Tarif eingeführt. Der Verbrauchspreis wurde auf 26,2 Pfennige je Kilowattstunde (Pf/kWh) für Haushalts- und Landwirtschaftsbedarf sowie auf 32,7 Pf/kWh für gewerblichen und sonstigen Bedarf zuzüglich Zählerverrechnungspreis festgelegt. Damit weichen die SWT seit 1992 in der Tarifstruktur von den Tarifen der EVS ab, im Ergebnis zahlen unsere Kunden jedoch nicht mehr als die Kunden der EVS. Im Vertragsbereich wurden die Preise ab 1.10.1991 um 6 % ermäßigt. Diese Tarif- und Vertragspreise blieben bis 31.12.1995 stabil.

Zum 1.1.1996 fiel die Kohleausgleichsabgabe weg. Durch Preisreduzierungen im Bezug bei der EVS haben die SWT ihre Verbrauchspreise für gewerblichen Bedarf auf 30,8 Pf/kWh und die Sondervertragspreise um 4,7 % gesenkt. Darüber hinaus brachte der Wegfall der Kohleausgleichsabgabe für alle Kunden eine Strompreismäßigung um 7,8 %.

Die Gaspreise blieben in ihrer Struktur im Zeitraum von 1990 bis 1997 unverändert. Sie folgten der Entwicklung der Ölpreise und mußten im Berichtszeitraum mehrmals angehoben bzw. gesenkt werden. Lediglich das frühere Sonderabkommen wurde mit Wirkung vom 1.10.1992 als Grundpreistarif IV in die Tarife übernommen. Die Gaspreise für Tarif- und Vertragskunden liegen 1997 mit einem Durchschnittserlös von 5,18 Pf/kWh um 0,6 Pf/kWh über den Preisen von 1989.

Der Wasserpreis wurde von 2,05 DM/cbm3 im Jahr 1988 in Stufen 1991, 1994 und 1996 auf 3,30 DM/cbm angehoben. Die Verrechnungspreise (Normalzähler 5,- DM/monatlich) sind seit 1992 unverändert. Waren zunächst die hohen Investitionen für das Mischwasser-Konzept für die Anhebung des Wasserpreises ausschlaggebend, so führte in den letzten Jahren der rückläufige Wasserverbrauch bei rd. 90 % Festkostenanteil zwangsläufig zu Anhebungen des Wasserverbrauchspreises. Insgesamt bewegt sich Tübingen noch im Rahmen der Preise vergleichbarer Städte.

Die Wärmepreise folgten aufgrund der entsprechenden Preisgleitklauseln der jährlichen Entwicklung der Gaspreise. Lag der Durchschnittspreis 1990 bei 8,14 Pf/kWh, betrug er 1997 10,2 Pf/kWh Wärme.

Kundenberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Durch die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für alle Interessenten direkt im Eingangsbereich des SWT-Gebäudes hat sich die Betreuung der Kunden in den letzten Jahren deutlich verbessert. Der Kunde muß nicht mehr lange nach seinem Ansprechpartner suchen, dieser kommt direkt zu ihm. Schwerpunkt der Kundenberatung ist der rationelle Energieeinsatz zum Heizen und zur Warmwasserversorgung sowie der Einsatz schadstoffarmer und sparsamer Heizgeräte. Durch Veranstaltungen im Hause und Einzelberatungen auch vor Ort konnte eine große Zahl von Kunden für das umweltschonende Erdgas gewonnen werden. Die Umstellung von mit Öl oder festen Brennstoffen betriebenen Zentralheizungen auf Erdgas wird unter Einhaltung umweltschonender Bedingungen durch einen finanziellen Zu-

schuss in Höhe von 1 500 Mark unterstützt. Allein die im Jahr 1996 installierten Gasheizungen führen jährlich zu einer Entlastung der Umwelt von 580 t CO₂.

Wurde Anfang der 90er Jahre vor allem der Kauf von energie- und wassersparenden Kühlschränken und Waschmaschinen mit einer Prämie von 50 Mark belohnt, fördern die SWT seit 1996 Geräte mit einem geringen Stand-by-Verbrauch.

Seit 1996 arbeiten die SWT im Rahmen des ASEC-SAVE-IRP-Projektes „Weiterentwicklung von IRP-Projekten bei kommunalen Versorgungsunternehmen“ auch in internationalen Arbeitskreisen bei der Weiterentwicklung von Energiesparprogrammen mit. Besonders erfreulich hierbei ist, daß in diesem Projekt auch zwei Tübinger Maßnahmen - der Tübinger Wärmepass und das Förderprogramm „Verringerung des Stand-by-Verbrauchs“ - unter den 15 ausgewählten Programmen zu finden sind.

Bäder

Besuchten 1990 noch 350 000 Badegäste die beiden Tübinger Hallenbäder, ging in den Folgejahren die Besucherzahl leicht zurück und pendelte sich seit 1995 bei rund 322 000 Gästen ein. Der Freibadbesuch schwankt je nach Witterung; nach der vollständigen Neugestaltung des Bades in den Jahren 1994/95 stieg hier der Besuch im Jahr 1997 auf 315 000 Badegäste an. Dies war seit 1975 der höchste Jahresbesuch.

Als nächste Maßnahme ist in allen drei Bädern die Umstellung der manuellen Kassen auf elektronische Kassenautomaten vorgesehen.

Die Bäderpreise wurden 1993, 1995 und 1998 der Kostenentwicklung angepaßt. Neben den seitherigen Einzel-, Zehner-, Saison- und Jahreskarten wurde 1994 eine 3-Monatskarte für alle drei Bäder eingeführt, die vor allem im Sommer großen Zuspruch findet.

Parkhäuser

Zum 1.1.1997 ist die Tübinger Parkhausgesellschaft mbH mit den SWT verschmolzen worden. Die SWT haben das vorhandene Personal komplett übernom-

men. Im Zuge der Verlegung der Parkhauszentrale im Stadtgraben zur Netzleitwarte im Verwaltungsgebäude der SWT werden die Mitarbeiter aus den Parkhäusern auch räumlich in den Betrieb der SWT integriert.

1997 wurden die Parkhäuser von 950.000 Nutzern in Anspruch genommen.

Stadtverkehr Tübingen GmbH

Seit 1995 führen die SWT die Geschäfte des Nahverkehrs in Tübingen.

Durch verstärkte Werbemaßnahmen und die Einführung des Semestertickets konnten die Fahrgastzahlen in den letzten Jahren erheblich gesteigert werden. So wurden Faltblätter mit Informationen über Monats- und Jahreskarten ebenso wie bei den Fahrplanwechseln die neu eingeführten Kurzfahrpläne über das Verteilernetz der Kundenzeitschrift der SWT an alle Haushalte verteilt.

Fahrgäste:	Veränderung in %:
1995 8.311.103	+ 1,5
1996 10.545.164	+ 26,9
1997 11.581.778	+ 9,8

Entwicklung der gefahrenen Kilometer 1995 - 1997		
1995	1996	1997
2.154.612	2.555.168	2.852.413

Betriebsverluste in Mio. DM		
1995	1996	1997
6,1	2,4	4,0 (lt. Wirtschaftsplan)

Entwicklung der Fahrgastzahlen beim Nacht-SAM		
1995	1996	1997
46.040	32.000	29.260

(seit April 1996 verkehrt der Nachtbus)

Wichtige Änderungen 1995 - 1997

1. Januar 1995

Die Verantwortung der Nahverkehrs-Organisation geht von der Stadt Tübingen auf die Stadtwerke Tübingen GmbH über.

1. April 1996

Kooperationsverträge mit den Regional-Verkehrsunternehmen Groß und RAB. Einführung des Semestertickets für Studierende. Einführung der neuen Buslinien 13, 15, 16, 17 und 18 und der SAM-Linie 30.

18. April 1996

Einführung des Nachtbusses (Linien N91 - N98).

1. Juni 1996

Einführung der CityCard für die Städteverbindung Tübingen - Reutlingen.

2. Juni 1996

Verbesserungen und Änderungen zum Fahrplanwechsel, z. B. Verbesserungen beim Spät- und Wochenendverkehr, Reduzierung der Wartezeiten am Omnibusbahnhof und auf Waldhäuser Ost, Änderung diverser Liniennummern (u. a. SAM-Linien, Linie nach Kusterdingen). Neue Fahrzeitberechnung mit Zeitnahmehaltestellen

1. Juni 1997

Integration der Linie 19 (Bühl - Omnibusbahnhof) in den Stadtbusverkehr und deren Durchbindung bis zur BG Unfallklinik. Verzicht auf Kontrolle bei den Zeitfahrausweisen.

28. September 1997

Einführung des 15-Minuten-Taktes von Montag bis Freitag bei den Linien 1, 2, 4 und 7 sowie Veränderung des Taktangebots bei den Linien 3 und 10 (neu: 30-Minuten-Takt statt 20-Minuten-Takt). Neueinführung der Linie 6 zwischen Waldhäuser Ost und Innenstadt sowie weitgehende Umgestaltung des Liniennetzes in der Südstadt und in Derendingen. Einführung der neuen SAM-Linie 34 zum Wohngebiet Galgenberg. Zum 1.4.1998 wurde eine neue Schüler-Jahreskarte eingeführt. Für das Wintersemester ist eine Ausdehnung des Semestertickets auf die Region geplant. Die Fachhochschulen in Reutlingen sollen ebenfalls in den Geltungsbereich mit einbezogen werden.

Die wichtigsten Investitionen der SWT seit 1990 (teilweise auf mehrere Jahre verteilt)

Jahr	Projekt	Investitionssumme in Mio DM
1990	Mischwasserbehälter Sand	6,70
	Erwerb der städtischen Heizungsanlagen	3,70
1991	Umbau von Heizzentralen zu Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen	2,40
1992	Blockheizkraftwerk Uhlandbad und Herrlesberg	3,40
1993	Flachdachsanieerung Hallenbad Nord	1,33
1994	Blockheizkraftwerk II im Eisenhut	7,25
	Freibadsanieerung	11,30
1995	Erneuerung Neckarwerk und Wehrsteg Brückenstraße	3,60
1996	Umspannwerk Nonnengasse	1,10

Erlöse und Gewinnabführung an die Stadt

Jahr	Gesamtumsatz in Mio DM	Gewinn in Mio DM	Konzessionsabgabe in Mio DM	Ausschüttung an Stadt in Mio DM
1990	115,1	2,3	6,8	9,1
1991	125,0	3,2	7,4	10,6
1992	122,1	2,7	7,8	10,5
1993	125,2	0,2	7,9	10,1
1994	127,3	3,4	7,7	11,1
1995	134,0	1,8	7,9	9,7
1996	130,8	3,7	8,0	11,0

Außerdem investierten die SWT von '90 bis '96 rund 65 Millionen Mark in die Erweiterung und Erneuerung der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserverteilungsnetze.

Aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken: der Tübus



Impressum

©

1998

Stadt Tübingen

Berichte: Ämter, Eigenbetriebe, Geschäfts- und Verwaltungsstellen
Redaktion: Ursula Metzger, Journalistin
Bildnachweis: Paul Bicheler, Annette Faden, Manfred Grohe, Heinz Heiss, Helmut Maier,
Ulrich Metz, Peter Neumann, Wolf-Dieter Nill, Hans Paysan, Paul Sinner,
Stadtverwaltung, Paul Swiridoff, ufit, Andreas Werum

Farbfotos
Marktplatz-
illumination:

Jörg Kallinich/ Peter Eitle

Karikaturen:

Sepp Buchegger

Gestaltung und
Reproduktion:

Stadt Tübingen, Hauptamt - Öffentlichkeitsarbeit/ Reprstelle

Druck
und Bindung:

Stadt Tübingen, Hauptamt - Hausdruckerei/ Buchbinderei

Farbdrucke:

Müller und Bass, Tübingen

Auflage:

2.000

Tübingen online:

<http://www.tuebingen.de>

e-Mail:

stadt@tuebingen.de